

REGIERUNGSVORLAGE

60 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2000

(1. Jänner bis 31. Dezember 2000)

und

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz



**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

Wien 2000

Print Media Austria AG

II

I n h a l t

	Seite
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000	1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages	11
Anlagen:	
I. Bundesvoranschlag 2000 (Ausgaben und Einnahmen):	
Kapitel	
01 Präsidentschaftskanzlei	12
02 Bundesgesetzgebung	14
03 Verfassungsgerichtshof	16
04 Verwaltungsgerichtshof	18
05 Volksanwaltschaft	20
06 Rechnungshof	22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	24
11 Inneres	32
12 Bildung und Kultur	40
13 Kunst	54
14 Wissenschaft	58
15 Soziale Sicherheit und Generationen	64
16 Sozialversicherung	72
17 Gesundheit	74
18 Umwelt	80
19 Jugend und Familie	84
20 Äußeres	86
30 Justiz	90
40 Militärische Angelegenheiten	94
50 Finanzverwaltung	98
51 Kassenverwaltung	106
52 Öffentliche Abgaben	110
53 Finanzausgleich	116
54 Bundesvermögen	120
55 Pensionen	128
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	130
58 Finanzschuld, Währungstauschverträge	136
57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	142
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	152
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	162
61 Umwelt neu	176
63 Wirtschaft und Arbeit	178
64 Bauten und Technik	188
65 Verkehr, Innovation und Technologie	204
70 Öffentliche Leistung und Sport	214
71 Bundestheater *)	216
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel **)	218
Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1999 **)	222
Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1999 **) ...	226
Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen **)	230
II. Konjunkturausgleich-Voranschlag 2000	234
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	241
IIa. Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen	242
III. Stellenplan	243
IV. Fahrzeugplan	373
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000	(1)-(5)

*) Geldvoranschlag

**) Darstellung in Schilling und EURO

Bundesfinanzgesetz 2000

1

**Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2000
(Bundesfinanzgesetz 2000 - BFG 2000)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 2000 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlusssummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs- haushalt	Gesamt- haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	781 324,352	496 010,293	1 277 334,645
Einnahmen:	726 676,227	550 658,418	1 277 334,645
Abgang:	54 648,125	-	-
Überschuss:	-	54 648,125	-

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2000 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/56429, 7/56439, 7/58429 und 7/58439) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen für den Erwerb von Bundstiteln (Kapitel 58)
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/56429, 8/56439, 8/58429 und 8/58439) und aus Kapitalrückzahlungen überjähriger sonstiger Finanzierungen und Veranlagungen (8/56509 und 8/56519) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen aus der Entnahme von Bundstiteln aus dem Bundesbesitz (Kapitel 58)

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 2000 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 700 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann.

(4) Zusätzlich zu den Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 Z 10 des Bundesfinanzierungsgesetzes, BGBl.Nr. 763/1992, bis zu einem Betrag von insgesamt 10 vH der Ausgaben des Gesamthaushalts durchzuführen.

Artikel III. (1) Lässt die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 2000 zusätzliche Ausgaben als zweckmäßig erscheinen, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Überschreitungen, die durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken sind, bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages (Anlage I) nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu genehmigen:

1. Hinsichtlich der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Stabilisierungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 507,705 Millionen Schilling, wenn
 - a) die wirtschaftliche Entwicklung dies erfordert und
 - b) das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten die Ausübung dieser Ermächtigung volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen lässt.
2. Hinsichtlich der Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Konjunkturbelebungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 609,694 Millionen Schilling, wenn
 - a) mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten und
 - b) dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt werden kann.
3. Liefer- und Leistungsaufträge zu Lasten der gemäß Z 1 oder Z 2 genehmigten zusätzlichen Bundesmittel sind innerhalb von 3 Monaten nach der durch den Bundesminister für Finanzen erteilten Überschreitungsgenehmigung, jedoch spätestens bis zum Ablauf dieses Finanzjahres zu vergeben.

(2) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 2000 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 2000 mit 3,6 vH zu Grunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 2000 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(3) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 20 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, soweit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für die betreffende betriebsähnliche Einrichtung betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

Bundesfinanzgesetz 2000

3

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenanteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen der Voranschlagsansätze 2/51305, 2/51306, 2/51315, 2/51325, 2/51405, 2/51406, 2/51415, 2/51425 und 2/51426 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenanteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2000 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 70 bis zur Höhe des jeweils vorgesehenen Voranschlagsbetrages - lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 5 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 5 Millionen Schilling - wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen bei Voranschlagsansätzen jener Kapitel sichergestellt werden kann, die in den Zuständigkeitsbereich des selben haushaltsleitenden Organes fallen;
2. bei den Voranschlagsansätzen des Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) bis zu einem Betrag von 25 vH des Ansatzbetrages, wenn dies im Sinne der konjunkturellen Zielsetzungen gemäß Art. III Abs. 1 wirtschaftlich zweckmäßig ist und der Überschreibungsbetrag durch gleichhohe Ausgabenrückstellung bei einem anderen Voranschlagsansatz des Konjunkturausgleich-Voranschlag sichergestellt werden kann;
3. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 6 der Paragrafen 1111, 6525, 6530, 6531 und 6533 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragrafen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 5 und 6 des Paragrafen 6351 bis zur Höhe einer erzielbaren Ausgabeneinsparung beim jeweiligen Voranschlagsansatz für Förderungen und/oder Aufwendungen des entsprechenden Paragrafen, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
5. bei der zweckgebundenen Gebarung der Voranschlagsansätze 1/10006 und 1/10008 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
6. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschussleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfeleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1992, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
7. beim Voranschlagsansatz 1/11506 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen 1/11508 und/oder 1/11528 sichergestellt werden kann;
8. beim Voranschlagsansatz 1/14186 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann;

9. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 85 000 Millionen Schilling zur Tilgung zusätzlicher auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
 10. beim Voranschlagsansatz 1/54708 bis zu einem Betrag von 5 000 Millionen Schilling für Zahlungen nach dem Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/54709 sichergestellt werden kann;
 11. beim Voranschlagsansatz 1/60048 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 des Wasserechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
 12. bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 und 1/60376 bis zu 100 vH der beim jeweiligen Voranschlagsansatz veranschlagten Ausgaben für den Bundesanteil an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, und § 68c Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, bzw. des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440, gemeinsam von Bund und Ländern bzw. vom Bund finanziert werden, wenn die Bedeckung dieser Überschreitungen bei den jeweils anderen, in dieser Überschreitungsermächtigung angeführten Voranschlagsansätzen durch gleich hohe Ausgabeneinsparungen sichergestellt werden kann;
 13. beim Voranschlagsansatz 1/61226 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/61228 bedeckt werden kann;
 14. beim Voranschlagsansatz 1/61248 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Umweltförderungen im In- und Ausland, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/61246 sichergestellt werden kann;
 15. beim Voranschlagsansatz 1/61266 bis zu einem Betrag von 10 Millionen Schilling für EU-Förderungen im Rahmen der EAGFL-Ausrichtung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60206 sichergestellt werden kann;
 16. bei den Voranschlagsansätzen 1/63515 und 1/63516 für Zahlungen gemäß §§ 27 und 35 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, bis zum Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
 17. bei den Voranschlagsansätzen 1/63636 und 1/63638 für Zahlungen bis zum Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
 18. beim Voranschlagsansatz 1/63558 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Zahlungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, und dem Karenzgeldgesetz, BGBl. I Nr. 47/1997, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 635 sichergestellt werden kann;
 19. bei den Voranschlagsansätzen 1/63665 und 1/63666 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann.
- (2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 2000 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben
1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG in der jeweils geltenden Fassung und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze der Titel 2/513 und 2/514 zu finden ist;
 2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zu Gunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51247, 2/51267, 2/51277 bzw. 2/51287 sicherzustellen ist;
 3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt

Bundesfinanzgesetz 2000

5

der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbstständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hierfür jeweils nicht mehr als 25 Millionen Schilling im Finanzjahr 2000 betragen und beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;

4. bei den Voranschlagsansätzen 1/40008 und 1/40108 bis zu einem Betrag von insgesamt 17 Millionen Schilling für den Auslandseinsatz in Mosambik gemäß Bundes-Verfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997, wenn die Bedeckung durch Ausgabenrückstellungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2000 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens für notwendige Umschichtungen im Zusammenhang mit der Bundesministerien-Gesetz-Novelle 2000, BGBl. I Nr. xxx, im Ausmaß jener Beträge, die durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei den jeweils anderen, in den bisherigen Zuständigkeitsbereich fallenden Voranschlagsansätzen sichergestellt werden können;
2. bei den Voranschlagsansätzen 1/10008, 1/10046, 1/10048, 1/12216, 1/12446, 1/12476, 1/15006, 1/15016, 1/15018, 1/60206, 1/61266, 1/63186, 1/63416, 1/63418, 1/63666, 1/65236 und 1/65258 für die Restfinanzierung des Bundesanteils an den EU-Strukturfondsprogrammen der Periode 1995 bis 1999 bis zu einem Betrag von insgesamt 400 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
3. beim Voranschlagsansatz 1/02408 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit der Historikerkommission zur Untersuchung des Vermögensentzuges auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit und der Rückstellungen bzw. Entschädigungen (sowie wirtschaftliche und soziale Leistungen) der Republik Österreich ab 1945, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
4. beim Voranschlagsansatz 1/10006 bis zu einem Betrag von 14,500 Millionen Schilling zur finanziellen Unterstützung für das Wohnbauprojekt Palästina, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
5. beim Voranschlagsansatz 1/10008 bis zu einem Betrag von 43 Millionen Schilling für die Durchführung des Auslandsdienstes des österreichischen Rundfunks, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
6. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 12 bis zu einem Betrag von insgesamt 250 Millionen Schilling für zusätzliche Schulraumbeschaffungen sowie allfällige Kostensteigerungen des Betriebsaufwandes, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/12043, 1/54013, 1/54043, 1/54093, 1/60023, 1/63013, 1/65693 und 1/65133 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushalts für Zahlungen zur Kapitalaufstockung an Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
8. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 6 und 8 des Kapitels 20 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Maßnahmen der Aussenpolitik, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
9. beim Voranschlagsansatz 1/20103 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für den Neubau des Amts- und Residenzgebäudes der Österreichischen Botschaft Berlin, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/54626 sichergestellt werden kann;
10. beim Voranschlagsansatz 1/40108 für Investitionsausgaben bis zu einem Betrag von 150 Millionen Schilling jener Mehreinnahmen, die beim Voranschlagsansatz 2/54608 aus Veräußerungen von Liegenschaften und Hochbauten erzielt werden, welche ausschließlich militärisch genutzt werden und für die keine Ersatzinvestitionen erforderlich sind;
11. beim Voranschlagsansatz 1/50018 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für Einhebungsvergütungen gemäß § 2a Abs. 4 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr.

- 659/1994, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
12. beim Voranschlagsansatz 1/50296 bis zu einem Betrag von 150 Millionen Schilling für Zahlungen an den HIPC-Trust-Fonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 13. bei den Voranschlagsansätzen 1/58828, 7/58829 und 1/58908 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluss von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 14. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 15. beim Voranschlagsansatz 1/60808 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für die Finanzierung eines Baukostenzuschusses, wenn die Bedeckung durch jene Mehreinnahmen sichergestellt wird, die beim Voranschlagsansatz 2/54608 aus Veräußerungen von Liegenschaften im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung erzielt werden;
 16. beim Voranschlagsansatz 1/60826 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für Wildbach- und Lawinenverbauung, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 17. beim Voranschlagsansatz 1/60938 bis zu einem Betrag von 24 Millionen Schilling als Mietzinsvorauszahlung für die Sanierung des Sonnenuhrhauses in Schönbrunn, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/64743 sichergestellt werden kann;
 18. beim Voranschlagsansatz 1/65633 bis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling für Zahlungen gemäß § 11 des ASFINAG-Ermächtigungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/54624 sichergestellt werden kann.

(2) Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 2000 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragraphen 6351 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2000 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 10 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind;
2. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 1 200 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
3. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;
4. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling für Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
5. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
6. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;
8. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981;
9. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der UT 9 der Kapitel 56 und 58 im Ausgleichshaushalt für die Durchführung von nicht vorhersehbaren, ordentlichen Tilgungen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen bis zu einem Betrag von 20 000 Millionen Schilling pro Voranschlagsansatz;

Bundesfinanzgesetz 2000

7

10. bei den Voranschlagsansätzen 1/58008, 1/58018, 1/58028, 1/58208, 1/58218 und 1/58228 bis zu einem Betrag von insgesamt 500 Millionen Schilling für Stückzinsen aus dem Erwerb von Bundeswertpapieren;
11. bei den Voranschlagsansätzen 7/58009, 7/58019, 7/58029, 7/58209, 7/58219 und 7/58229 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Erwerb von Bundeswertpapieren zur Verbesserung der Schuldenstruktur des Bundes;
12. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling für Disagio bei Käufen und Verkäufen von Bundeswertpapieren;
13. beim Voranschlagsansatz 1/61208 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen;
14. beim Voranschlagsansatz 1/61218 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Angelegenheiten der Ersatzvornahme bei Deponien, Ablagerungen und Altstandorten nach dem Wasserrechtsgesetz, dem Abfallwirtschaftsgesetz, dem Altlastensanierungsgesetz, der Gewerbeordnung und sonstigen Rechtsvorschriften, die Abfälle oder Altstandorte betreffen;
15. beim Voranschlagsansatz 1/65693 bis zu einem Betrag von 3 000 Millionen Schilling gemäß Art. II § 10 des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982.

Artikel VIII. Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2000 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 523/1993, bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;
3. die Ausfallhaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 250 Millionen Schilling an Kapital und 50 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
4. die Ausfallhaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 des Arbeitsmarktservicegesetzes, BGBl. 313/1994, aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 5 000 Millionen Schilling an Kapital und 5 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren auf Grund des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982, stammenden Kreditoperationen mit Bundeshaftungen und die Kreditoperation im Einzelfall 5 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
6. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft zur Finanzierung der ihr durch Art. IV des

Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen, wenn die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge unter Zugrundelegung der im § 65 b Abs. 2 BHG umschriebenen finanzmathematischen Formel das im § 65b Abs. 1 Z 2 und 3 BHG bestimmte jeweilige Höchstausmaß einen Bankarbeitstag vor Festlegung der Konditionen nicht überschreitet.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 sowie Z 5 bis 7 ist § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüber hinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2000 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698 und 1/64708 sowie der beim Voranschlagsansatz 1/40108 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung - wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muss - genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10008 (EFRE-Kofinanzierung für Werkverträge (EU), geb. Post), 1/10046 (EFRE-Kofinanzierung für FER (EU) geb. Post), 1/10048, 1/12006 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel) (geb. Post)), 1/12216 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel) (geb. Post) und für Sicherung der Jugendausbildung), 1/12266 (für Sicherung der Jugendausbildung), 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14146, 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14186, 1/14188 (für Start/Wittgenstein-Programme), 1/14208 (für klinischen Mehraufwand), 1/14308 (für Prozesskosten und außergerichtliche Vergleiche), 1/15016 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/20076, 1/20078, 1/20506, 1/20508, 1/50118, 1/50128, 1/50296 (für HIPC-Trust-Fonds), 1/50428, 1/51816, 1/51817, 1/51818, 1/54729, 1/54826, 1/60606, 1/60608, 1/60826, 1/61208, 1/61246, 1/61248, 1/61266, 1/63145, 1/63146, 1/63186, 1/63416, 1/63418, 1/63626, 1/63656, 1/63665, 1/63666, 1/64145, 1/64146, 1/64148, 1/65236, 1/65246, 1/65255, 1/65256, 1/65258 (EU-Kofinanzierung) und 1/65326 genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
3. der bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 und 1/60376 genehmigten Ausgabenbeträge für Bundesanteile an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. gemäß § 68c Abs. 4 oder 5 des Weinggesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
4. in Höhe von 50 vH jener Ausgabenbeträge des Ermessens der Unterteilung 8, die nicht ohnedies bereits nach dem BHG oder dem BFG 2000 rücklagefähig sind, mit Ausnahme der Vergütungen und Überweisungen im Bundshaushalt, der Ausgaben für Finanzschulden sowie sonstiger Finanzierung, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2000 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze 2/51305, 2/51306, 2/51315, 2/51325, 2/51405, 2/51406, 2/51415 und 2/51425 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2000 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 50 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;

Bundesfinanzgesetz 2000

9

2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 500 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 25 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2000 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 20 Millionen Schilling, oder
 2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling,
- so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 2000 werden durch den Stellenplan 2000 festgelegt (Anlage III).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 2000 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 2000 (Anlage IV) getroffen.

Artikel XV. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Artikel XVI. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Juni 2000 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner 2000 bis 31. Dezember 2000 mit der Maßgabe, dass die auf Grund des Gesetzlichen Budgetprovisoriums 2000, BGBl. I Nr. xxx, in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 2000 vollzogenen Gebarungen unter Berücksichtigung der auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000, BGBl. I Nr. xxx, sich ergebenden geänderten Zuständigkeiten einzelner Bundesministerien zu Gunsten und zu Lasten der maßgeblichen Einnahmen- und Ausgabenansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 2000 zu überrechnen sind.

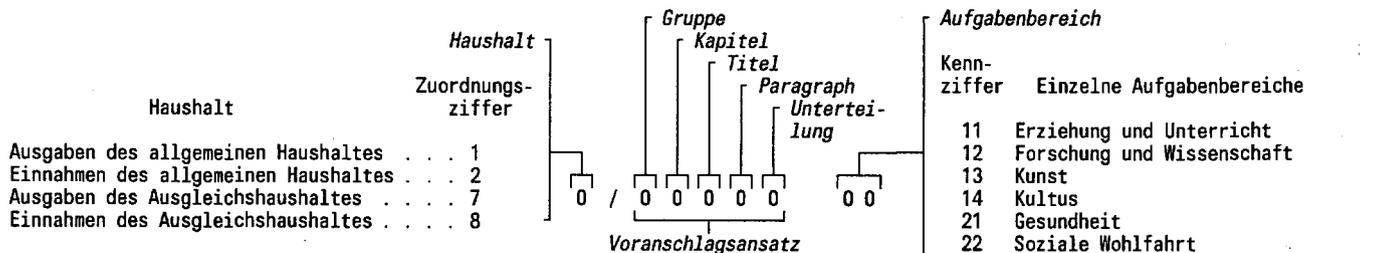
Artikel XVII. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlags

1. soweit in diesem Bundesgesetz Bestimmungen über den Stellenplan getroffen werden, ab 1. April 2000 die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. im Übrigen der Bundesminister für Finanzen betraut.

BUNDES VORAN SCHLAG 2000

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch nummerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:



Bei den *Einnahmenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatz- bezeichnung vorliegt
0	Zweckgebundene Einnahmen	Zweckgebundene erfolgswirk-
1	(Erfolgswirksame Einnahmen)	same Einnahmen
2	Zweckgebundene Einnahmen	Zweckgebundene bestandswirk-
3	(Bestandswirksame Einnahmen)	same Einnahmen
4	Sonstige Einnahmen	
5	(Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen
6		
7	Sonstige Einnahmen	
8	(Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen
9		

Bei den *Ausgabenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurz- bezeich- nung	erfolgs- wirksame Gebarung (E) oder bestands- wirksame Geb. (B)
Personalausgaben:			
0 = Aufwendungen (<i>Gesetzliche Verpflichtungen</i>), Personal- ausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
Sachausgaben:			
2 = Anlagen (<i>Gesetzliche Verpflichtungen</i>)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen (<i>Gesetzliche Verpflichtungen</i>)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuss (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen (<i>Gesetzliche Verpflichtungen</i>), Sachaus- gaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes“ (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.

2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/01		Präsidentenkanzlei:							
1/01000	43	Personalausgaben		38,698			38,698	36,074	34,866
1/01003	43	Anlagen				1,850	1,850	2,700	2,630
1/01005		Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,187
	23					0,100	0,100	0,100	0,060
	43					0,100	0,100	0,100	0,127
1/01007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,779		4,779	4,725	4,345
	22				0,676		0,676	0,635	0,369
	43				4,103		4,103	4,090	3,976
1/01008	43	Aufwendungen			16,917		16,917	17,756	19,074
		Gesamtausgaben 01...		38,698	21,696	2,050	62,444	61,455	61,102

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

13

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/01		Präsidentschaftskanzlei:						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,095		1,095	1,045	1,165
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/01009		Bezugsvorschussersätze			0,145	0,145	0,190	0,124
	23				0,025	0,025	0,001	0,017
	43				0,120	0,120	0,189	0,107
		Gesamteinnahmen 01...		1,095	0,148	1,243	1,238	1,289

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/02		Bundesgesetzgebung:							
1/021		Nationalrat:	*						
1/02106	43	Förderungen			79,100		79,100	150,000	500,000
1/02107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			574,356		574,356	572,353	619,376
	22				0,601		0,601	0,701	0,552
	43				573,755		573,755	571,652	618,824
1/02108	43	Aufwendungen			50,264		50,264	52,490	45,127
		Summe 021...			703,720		703,720	774,843	1.164,503
1/022		Bundesrat:	*						
1/02207	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			81,993		81,993	81,633	88,871
	22				0,101		0,101	0,111	0,017
	43				81,892		81,892	81,522	88,855
1/02208	43	Aufwendungen			14,322		14,322	14,923	11,701
		Summe 022...			96,315		96,315	96,556	100,573
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP:	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			166,120		166,120	176,140	170,606
1/02306	43	Förderungen			0,400		0,400	0,673	0,117
1/02307	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			34,921		34,921	34,587	33,310
	22				0,051		0,051	0,081	0,054
	43				34,870		34,870	34,506	33,256
1/02308	43	Aufwendungen			12,246		12,246	15,749	16,058
		Summe 023...			213,687		213,687	227,149	220,091
1/024		Parlamentsdirektion:							
1/02400	43	Personalausgaben		218,888			218,888	197,989	189,229
1/02403	43	Anlagen				25,423	25,423	52,541	41,868
1/02405	43	Bezugsvorschüsse				0,962	0,962	0,962	0,612
	23					0,512	0,512	0,512	0,482
	43					0,450	0,450	0,450	0,130
1/02407	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,151		4,151	4,701	3,273
	22				2,451		2,451	2,601	2,261
	43				1,700		1,700	2,100	1,012
1/02408	43	Aufwendungen			211,756		211,756	233,183	194,515
	11				4,000		4,000	3,000	3,774
	43				207,756		207,756	230,183	190,741
		Summe 024...		218,888	215,907	26,385	461,180	489,376	429,496
		Gesamtausgaben 02...		218,888	1.229,629	26,385	1.474,902	1.587,924	1.914,663

Anmerkungen:

- 1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

15

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/02		Bundesgesetzgebung:						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		25,453		25,453	28,100	25,196
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,785		4,785	4,500	5,329
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP:						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,490		1,490	2,010	1,852
2/024		Parlamentsdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,566		1,566	1,228	1,024
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,002
2/02409	23	Bezugsvorschussersätze			0,750	0,750	0,690	0,665
	43				0,600	0,600	0,590	0,592
					0,150	0,150	0,100	0,074
		Summe 024...		1,566	0,758	2,324	1,926	1,691
		Gesamteinnahmen 02...		33,294	0,758	34,052	36,536	34,069

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/03		Verfassungsgerichtshof:							
1/03000	42	Personalausgaben		35,820	35,820	28,620	29,498
1/03003	42	Anlagen	1,043	1,043	1,445	1,330
1/03005		Bezugsvorschüsse	0,200	0,200	0,200	0,200
	23	0,100	0,100	0,100
	42	0,100	0,100	0,100	0,200
1/03007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	27,194	27,194	28,020	26,677
	22	0,611	0,611	0,300	0,388
	42	26,583	26,583	27,720	26,289
1/03008	42	Aufwendungen	7,743	7,743	8,355	8,250
		Gesamtausgaben 03...		35,820	34,937	1,243	72,000	66,640	65,955

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

17

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998	
2/03		Verfassungsgerichtshof:								
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen			0,849		0,849	0,849	0,547	
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,004	0,004	0,004	0,004	
2/03009		Bezugsvorschussersätze				0,147	0,147	0,147	0,163	
	23					0,007	0,007	0,007		
	42					0,140	0,140	0,140	0,163	
		Gesamteinnahmen 03...				0,849	0,151	1,000	1,000	0,714

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
			pers.	sachl.				
1/04		Verwaltungsgerichtshof:						
1/04000	42	Personalausgaben	137,106			137,106	119,118	118,032
1/04003	42	Anlagen			2,090	2,090	4,984	3,342
1/04005		Bezugsvorschüsse			0,270	0,270	0,291	0,082
	23				0,070	0,070	0,080	
	42				0,200	0,200	0,211	0,082
1/04007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		1,530		1,530	1,932	1,229
	22			1,520		1,520	1,920	1,221
	42			0,010		0,010	0,012	0,008
1/04008	42	Aufwendungen		13,037		13,037	14,253	13,790
		Gesamtausgaben 04...	137,106	14,567	2,360	154,033	140,578	136,475

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

19

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/04		Verwaltungsgerichtshof:						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		4,698		4,698	4,697	4,418
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/04009		Bezugsvorschussersätze			0,270	0,270	0,300	0,105
	23				0,070	0,070	0,025	
	42				0,200	0,200	0,275	0,105
		Gesamteinnahmen 04...		4,698	0,273	4,971	5,000	4,523

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/05		Volksanwaltschaft:							
1/05000	42	Personalausgaben		30,950			30,950	29,654	28,389
1/05003	42	Anlagen				0,770	0,770	0,910	0,180
1/05005		Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,150
	23					0,100	0,100	0,100	0,100
	42					0,100	0,100	0,100	0,050
1/05007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,100		14,100	14,660	11,982
	22				0,321		0,321	0,246	0,215
	42				13,779		13,779	14,414	11,767
1/05008	42	Aufwendungen			6,680		6,680	7,890	8,650
		Gesamtausgaben 05...		30,950	20,780	0,970	52,700	53,314	49,351

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

21

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/05		Volksanwaltschaft:						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,472		1,472	1,727	1,387
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/05009		Bezugsvorschussersätze			0,125	0,125	0,080	0,127
	23				0,015	0,015	0,020	0,027
	42				0,110	0,110	0,060	0,099
		Gesamteinnahmen 05...		1,472	0,128	1,600	1,810	1,513

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/06		Rechnungshof:							
1/06000	43	Personalausgaben		243,607			243,607	236,540	217,597
1/06003	43	Anlagen				6,440	6,440	4,871	5,832
1/06005	43	Bezugsvorschüsse				0,850	0,850	0,850	0,850
	23					0,500	0,500	0,500	0,498
	43					0,350	0,350	0,350	0,352
1/06007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,387		8,387	10,349	7,851
	22				3,140		3,140	3,633	2,895
	43				5,247		5,247	6,716	4,956
1/06008	43	Aufwendungen	*		55,716		55,716	57,834	44,073
		Gesamtausgaben 06...		243,607	64,103	7,290	315,000	310,444	276,204

Anmerkungen:

1/06008 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

23

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998	
2/06		Rechnungshof:								
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*		0,001	0,001	0,001	
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			1,238	1,238	1,238	0,997	
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,040	0,040	0,040	0,025	
2/06009	23	Bezugsvorschussersätze				0,721	0,721	0,721	0,601	
	43					0,311	0,311	0,311	0,400	
						0,410	0,410	0,410	0,201	
		Gesamteinnahmen 06...				1,239	0,761	2,000	2,000	1,624

Anmerkungen:

2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		406,405			406,405	472,047	468,346
1/10003	43	Anlagen				37,732	37,732	52,065	49,650
1/10004	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			20,681		20,681	20,681	10,341
1/10005		Bezugsvorschüsse				3,482	3,482	5,373	4,039
	23					1,608	1,608	2,402	1,537
	43					1,874	1,874	2,971	2,502
1/10006		Förderungen	*	45,431			45,431	72,957	123,951
	12			0,446		0,446	0,446	0,660	0,480
	38			0,083		0,083	0,083	0,096	0,096
	43			44,902		44,902	44,902	72,201	123,375
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		290,201			290,201	258,806	268,184
	21			0,202		0,202	0,202	0,202	0,000
	22			6,511		6,511	6,511	7,673	5,460
	43			283,488		283,488	283,488	250,931	262,723
1/10008		Aufwendungen	*	456,878			456,878	575,645	666,155
	21			0,165		0,165	0,165	0,200	0,174
	43			456,713		456,713	456,713	575,445	665,981
		Summe 1000...		406,405	813,191	41,214	1.260,810	1.457,574	1.590,665
1/1001		Verwaltungsakademie:							
1/10010	11	Personalausgaben		5,492			5,492	28,799	24,659
1/10013	11	Anlagen				0,542	0,542	2,552	2,640
1/10016	11	Förderungen		0,836			0,836	3,934	0,817
1/10017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,041			0,041	0,659	0,500
	11			0,031		0,031	0,031	0,349	0,416
	22			0,010		0,010	0,010	0,310	0,084
1/10018	11	Aufwendungen		10,318			10,318	48,555	43,470
		Summe 1001...		5,492	11,195	0,542	17,229	84,499	72,087
1/1002		Konsumentenschutz:							
1/10026	43	Förderungen			0,630		0,630	2,966	2,995
1/10028	43	Aufwendungen			6,907		6,907	32,505	33,031
1/10027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,050	
		Summe 1002...			7,537		7,537	35,521	36,026
1/10038	43	Bundesgesetzblatt	*		21,993		21,993	25,874	56,212
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046	36	Förderungen			13,001		13,001	14,359	17,453
1/10048	36	Aufwendungen			407,071		407,071	0,059	687,857
		Summe 1004...			420,072		420,072	14,418	705,310
1/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:							
1/10066		Förderungen			29,906		29,906	140,733	263,100
	38				19,436		19,436	91,462	82,987
	43				10,470		10,470	49,271	180,113
1/10068	43	Aufwendungen			0,209		0,209	0,983	0,871
		Summe 1006...			30,115		30,115	141,716	263,971
1/10078	43	Zahlungen an die BIG			5,014		5,014	5,262	5,119

Anmerkungen:

- 1/10006 Hievon 2000 8,257 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.
1/10008 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.
1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

25

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentraleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	8,259	8,259	0,002	0,013
2/10004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		99,078	99,078	77,109	29,429
	21			0,001	0,001	0,001
	43			99,077	99,077	77,108	29,429
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,463	0,463	0,463	0,226
2/10009	43	Bezugsvorschussersätze			4,460	4,460	4,120	3,236
	23				1,400	1,400	0,983	0,934
	43				3,060	3,060	3,137	2,302
		Summe 1000...		107,337	4,923	112,260	81,694	32,905
2/1001		Verwaltungsakademie:						
2/10014		Erfolgswirksame Einnahmen		0,485	0,485	0,684	0,867
	11			0,484	0,484	0,683	0,867
	43			0,001	0,001	0,001
2/10015	11	EU-Förderprogramm					0,001
2/10018	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen					0,002
		Summe 1001...		0,485	0,485	0,687	0,867
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		21,993	21,993	25,874	52,736
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002
2/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:						
2/10064	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002	0,553

Anmerkungen:

2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):							
1/10080	42	Personalausgaben		45,887			45,887	47,000	33,145
1/10083	42	Anlagen				0,468	0,468	0,550	1,387
1/10087		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,550		0,550	0,700	0,331
	22				0,547		0,547	0,697	0,324
	42				0,003		0,003	0,003	0,008
1/10088	42	Aufwendungen			15,095		15,095	21,750	18,470
		Summe 1008...		45,887	15,645	0,468	62,000	70,000	53,333
1/1005		Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):							
1/10058	43	Aufwendungen						396,603	438,672
1/1009		EU Ratspräsidentenschaft:							
1/10098	43	Aufwendungen						5,880	37,348
		Summe 100...		457,784	1.324,762	42,224	1.824,770	2.237,347	3.258,743
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		60,190			60,190	59,482	56,143
1/10103	12	Anlagen	*			2,765	2,765	3,253	6,142
1/10106	12	Förderungen			0,077		0,077	0,091	0,088
1/10107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	1,073	0,881
	12				0,024		0,024	0,024	0,008
	22				0,976		0,976	1,049	0,873
1/10108	12	Aufwendungen	*		17,973		17,973	21,144	19,020
		Summe 101...		60,190	19,050	2,765	82,005	85,043	82,275
1/102		Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt): Statistisches Zentralamt							
1/1021		Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes:							
1/10210	43	Personalausgaben		121,151			121,151		
1/10217	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,085		2,085		
1/10218	43	Aufwendungen			1,823		1,823		
		Summe 1021...		121,151	3,908		125,059		
1/1022		Bundesanstalt 'Statistik Österreich':							
1/10227	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001		
1/10228	43	Aufwendungen			743,000		743,000		
		Summe 1022...			743,001		743,001		
1/10200	43	Personalausgaben						467,831	440,757
1/10203	43	Anlagen						20,990	22,604
1/10207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						6,302	7,237
	22							6,149	7,099
	43							0,153	0,138
1/10208	43	Aufwendungen						178,584	154,168
		Summe 102...		121,151	746,909		868,060	673,707	624,766
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		22,010			22,010	21,284	21,632
1/10318	43	Aufwendungen			0,065		0,065	0,077	0,071
		Summe 103...		22,010	0,065		22,075	21,361	21,703

Anmerkungen:

1/10103 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/10108 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

27

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):						
2/10084	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,253		0,253	0,003	0,047
2/10088	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1008...		0,253	0,001	0,254	0,004	0,047
2/1002		Konsumentenschutz:						
2/10024	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
2/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):						
2/10050	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					396,603	438,672
2/1009		EU Ratspräsidentschaft:						
2/10094	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	0,055
		Summe 100...		130,072	4,924	134,996	504,868	525,834
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:						
2/10104		Erfolgswirksame Einnahmen		2,111		2,111	1,179	1,143
	12			2,110		2,110	1,178	1,143
	43			0,001		0,001	0,001	
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 101...		2,111	0,002	2,113	1,181	1,143
2/102		Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt):						
		Statistisches Zentralamt						
2/1021		Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes:						
2/10214		Erfolgswirksame Einnahmen		138,904		138,904		
	11			138,902		138,902		
	43			0,002		0,002		
2/1022		Bundesanstalt 'Statistik Österreich':						
2/10224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/10204	43	Erfolgswirksame Einnahmen					29,691	24,674
2/10205	43	EU-Statistiken					0,001	30,023
2/10207	43	Bestandswirksame Einnahmen					0,004	0,166
		Summe 102...		138,905		138,905	29,696	54,863
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:						
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:						
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		22,075		22,075	21,361	21,094

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998	
				pers.	sachl.					
1/104		Presse- und Parteienförderung:								
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:								
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			123,768		123,768	123,768	123,768	
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:								
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			201,718		201,718	482,481	201,719	
1/1044		Publizistikförderung:								
1/10446	38	Förderungen			5,677		5,677	7,097	6,945	
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):								
1/10456	38	Förderungen			80,667		80,667	100,833	100,833	
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):								
1/10466	38	Förderungen			132,000		132,000	165,000	150,917	
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:								
1/10476	38	Förderungen			7,334		7,334	9,167	9,167	
		Summe 104...			551,164		551,164	888,346	593,349	
1/105		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:								
		Volksgruppenförderung								
1/1050		Volksgruppenförderung:								
1/10506	43	Förderungen			51,848		51,848	51,848	67,719	
1/1051		Zwangsarbeiter-Entschädigungen:								
1/10518	43	Aufwendungen			0,001		0,001			
		Summe 105...			51,849		51,849	51,848	67,719	
1/107		Sportangelegenheiten:								
		Sportförderung:								
1/10704	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			110,000		110,000	400,000	420,000	
1/10706	11	Förderungen			44,314		44,314	208,534	176,735	
1/10708	11	Aufwendungen			2,842		2,842	13,375	13,192	
1/10705	11	Förderungen (D)						0,500	0,500	
		Summe 1070...			157,156		157,156	622,409	610,427	
1/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):								
		Bundessportheime und Sporteinrichtungen								
1/10750	11	Personalausgaben			1,333		1,333	7,700	69,138	
1/10753	11	Anlagen				0,064	0,064	0,301	54,073	
1/10757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,120		0,120	0,575	3,343	
1/10758	11	Aufwendungen			0,972		0,972	4,577	72,392	
1/10756	11	Förderungen							1,144	
		Summe 1075...			1,333	1,092	0,064	2,489	13,153	200,090
1/1076		Amt der Bundessporteinrichtungen:								
1/10760	11	Personalausgaben			3,609		3,609	11,894		
1/10768	11	Aufwendungen				0,049	0,049	0,230		
		Summe 1076...			3,609	0,049		3,658	12,124	
1/1077		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:								
1/10776	11	Förderungen			7,696		7,696	37,500		
1/10778	11	Aufwendungen			13,940		13,940	65,600		
1/10777	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,003		
		Summe 1077...			21,636		21,636	103,103		
		Summe 107...			4,942	179,933	0,064	184,939	750,789	810,517

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

29

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 104...		0,006		0,006	0,006	
2/105		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand: <i>Volkgruppenförderung</i>						
2/1050		Volkgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/107		Sportangelegenheiten:						
2/1070		Sportförderung:						
2/10704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,018		0,018	0,800	0,612
2/10709	11	Darlehensrückzahlungen			0,150	0,150	0,355	0,475
2/10700	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					0,010	0,062
		Summe 1070...		0,018	0,150	0,168	1,165	1,149
2/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):						
		<i>Bundessportheime und Sporteinrichtungen</i>						
2/10754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	3,747	72,498
2/10757	11	Bestandswirksame Einnahmen					0,003	0,206
		Summe 1075...		0,002		0,002	3,750	72,705
2/1076		Amt der Bundessporteinrichtungen:						
2/10764	11	Erfolgswirksame Einnahmen					10,501	
2/1077		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:						
2/10774	11	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
		Summe 107...		0,020	0,150	0,170	15,417	73,853

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/108		Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:							
1/1081		Strahlenschutz:							
1/10813	21	Anlagen				0, 400	0, 400	11, 802	5, 494
1/10817	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 175		0, 175	0, 700	0, 645
1/10818	21	Aufwendungen			17, 325		17, 325	92, 390	73, 884
1/10816	21	Förderungen						0, 163	0, 150
		Summe 1081...			17, 500	0, 400	17, 900	105, 055	80, 174
1/1082		Veterinärwesen:							
1/10826		Förderungen			0, 119		0, 119	0, 561	0, 336
	21				0, 015		0, 015	0, 371	0, 332
	34				0, 104		0, 104	0, 190	0, 004
1/10827	34	Epizootie			4, 311		4, 311	59, 050	26, 596
1/10828	34	Aufwendungen			0, 599		0, 599	2, 820	2, 172
		Summe 1082...			5, 029		5, 029	62, 431	29, 104
1/1083		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/10836	21	Förderungen			0, 044		0, 044	0, 203	0, 060
1/10837	21	Entschädigungen			0, 028		0, 028	0, 300	0, 168
1/10838	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...			0, 959		0, 959	4, 817	3, 847
		Summe 1083...			1, 031		1, 031	5, 320	4, 076
1/1084		Gentechnologie:							
1/10846	21	Förderungen			0, 073		0, 073	0, 344	0, 293
1/10848	21	Aufwendungen			0, 942		0, 942	4, 433	3, 302
		Summe 1084...			1, 015		1, 015	4, 777	3, 595
		Summe 108...			24, 575	0, 400	24, 975	177, 583	116, 949
1/109		Dienststellen:							
1/1090		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/10900	21	Personalausgaben		32, 896			32, 896	111, 481	104, 774
1/10903	21	Anlagen				3, 356	3, 356	15, 790	13, 117
1/10907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 005		0, 005	0, 046	0, 011
1/10908	21	Aufwendungen			11, 180		11, 180	52, 612	45, 590
		Summe 1090...		32, 896	11, 185	3, 356	47, 437	179, 929	163, 492
1/1091		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/10910	34	Personalausgaben		26, 049			26, 049	93, 665	87, 973
1/10913	34	Anlagen				1, 930	1, 930	9, 082	12, 402
1/10917	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 011		0, 011	0, 030	0, 016
1/10918	34	Aufwendungen			10, 714		10, 714	50, 420	48, 446
		Summe 1091...		26, 049	10, 725	1, 930	38, 704	153, 197	148, 836
1/1092		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:							
1/10920	34	Personalausgaben		5, 749			5, 749	16, 848	17, 961
1/10923	34	Anlagen				0, 520	0, 520	2, 448	0, 929
1/10927	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 047		0, 047	0, 350	0, 192
1/10928	34	Aufwendungen			3, 288		3, 288	15, 465	13, 004
		Summe 1092...		5, 749	3, 335	0, 520	9, 604	35, 111	32, 085
		Summe 109...		64, 694	25, 245	5, 806	95, 745	368, 237	344, 414
		Gesamtausgaben 10...		730, 771	2. 923, 552	51, 259	3. 705, 582	5. 254, 261	5. 920, 435

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

31

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/108		Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:						
2/10824	34	Epizootie		1,741		1,741	3,000	4,581
2/1084		Verschiedene Einnahmen:						
2/10844		Erfolgswirksame Einnahmen					4,016	2,462
	21						4,007	2,435
	34						0,009	0,027
2/10847		Bestandswirksame Einnahmen					0,006	
	21						0,005	
	34						0,001	
		Summe 1084...					4,022	2,462
		Summe 108...		1,741		1,741	7,022	7,043
2/109		Dienststellen:						
2/1091		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/10914	34	Erfolgswirksame Einnahmen		12,894		12,894	66,920	47,606
2/10917	34	Bestandswirksame Einnahmen					0,031	0,012
		Summe 1091...		12,894		12,894	66,951	47,617
2/1092		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:						
2/10924	34	Erfolgswirksame Einnahmen		8,330		8,330	35,005	28,182
2/10927	34	Bestandswirksame Einnahmen					0,003	
		Summe 1092...		8,330		8,330	35,008	28,182
2/1090		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/10904	21	Erfolgswirksame Einnahmen					32,500	21,496
2/10907	21	Bestandswirksame Einnahmen					0,047	
		Summe 1090...					32,547	21,496
		Summe 109...		21,224		21,224	134,506	97,295
		Gesamteinnahmen 10...		316,155	5,076	321,231	714,058	781,125

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/11		Inneres:							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentraleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		1.005,296			1.005,296	897,530	913,627
1/11003	43	Anlagen	*			115,654	115,654	312,699	321,651
1/11005	43	Bezugsvorschüsse				23,452	23,452	28,600	26,926
	23					10,004	10,004	12,200	12,195
	43					13,448	13,448	16,400	14,731
1/11006		Förderungen			3,445		3,445	4,201	2,506
	11				0,002		0,002	0,002	0,280
	21				0,001		0,001	0,001	0,025
	22				0,001		0,001	0,001	0,035
	43				3,441		3,441	4,197	2,166
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			117,000		117,000	109,500	108,500
	22				16,900		16,900	13,500	14,021
	43				100,100		100,100	96,000	94,479
1/11008	43	Aufwendungen	*		702,557		702,557	643,126	623,362
1/11009	43	Aufwendungen (B)				0,002	0,002	0,002	
		Summe 1100...		1.005,296	823,002	139,108	1.967,406	1.995,658	1.996,571
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen			174,160		174,160	143,121	152,204
	42				160,800		160,800	142,621	142,172
	43				13,360		13,360	0,500	10,032
1/1102		Menschenrechtskoordinator und Beiräte:							
1/11023	43	Anlagen				0,001	0,001		
1/11026	43	Förderungen			1,000		1,000		
1/11028	43	Aufwendungen			10,499		10,499		
		Summe 1102...			11,499	0,001	11,500		
		Summe 110...		1.005,296	1.008,661	139,109	2.153,066	2.138,779	2.148,776

Anmerkungen:

- 1/11003 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgabe nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
- 1/11008 Hievon 2000 0,007 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,002 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

33

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/11		Inneres:							
2/110		Bundesministerium für Inneres:							
2/1100		Zentraleitung:							
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			0,854		0,854	0,848	4,772
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			6,820		6,820	6,717	7,200
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,580	0,580	0,500	0,991
2/11009	43	Bezugsvorschussersätze				26,940	26,940	27,440	27,175
	23					12,940	12,940	12,490	12,792
	43					14,000	14,000	14,950	14,383
		Summe 1100...			7,674	27,522	35,196	35,507	40,138
2/1102		Menschenrechtskoordinator und Beiräte:							
2/11024	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001		
2/11028	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,001	0,001		
		Summe 1102...			0,001	0,001	0,002		
		Summe 110...			7,675	27,523	35,198	35,507	40,138

Anmerkungen:

2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,001 Millionen Schilling), 1/11008 (0,007 Millionen Schilling), 1/11308 (0,500 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,346 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*			28,715	28,715	65,112	18,078
1/11107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,030		0,030		
1/11108	43	Aufwendungen	*		94,311		94,311	58,816	83,714
		Summe 1110...			94,341	28,715	123,056	123,928	101,792
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen				1,230	1,230	2,000	2,670
1/11116	41	Förderungen			11,710		11,710	14,280	14,280
1/11118	41	Aufwendungen			7,970		7,970	9,220	8,520
		Summe 1111...			19,680	1,230	20,910	25,500	25,470
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen				1,400	1,400	1,400	1,765
1/11126	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/11128	41	Aufwendungen			48,599		48,599	48,599	48,599
		Summe 1112...			48,600	1,400	50,000	50,000	50,364
1/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:							
1/11143	43	Anlagen				0,082	0,082	0,100	
1/11146	22	Förderungen			23,200		23,200	7,000	
1/11148	43	Aufwendungen			4,451		4,451	5,428	
		Summe 1114...			27,651	0,082	27,733	12,528	
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997:							
1/11163	43	Anlagen				1,540	1,540	0,019	0,089
1/11168	43	Aufwendungen			54,387		54,387	20,161	19,742
		Summe 1116...			54,387	1,540	55,927	20,180	19,831
1/1117		Zivildienst:							
1/11173	43	Anlagen				0,026	0,026	0,020	0,037
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			392,900		392,900	503,000	448,355
	21				139,500		139,500	160,000	154,419
	22				76,000		76,000	143,600	97,127
	43				177,400		177,400	199,400	196,810
1/11178	43	Aufwendungen			392,900		392,900	443,418	436,402
		Summe 1117...			785,800	0,026	785,826	946,438	884,795
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)				28,735	28,735	40,000	20,600
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)			30,000		30,000	30,000	22,312
		Summe 1118...			30,000	28,735	58,735	70,000	42,912
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E, Z13. BMG: Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F, Z13. BMG							
1/11198	43	Aufwendungen			246,000		246,000	300,000	300,000
1/1113		Opferschutzeinrichtungen:							
1/11136	22	Förderungen							9,398
		Summe 111...			1.306,459	61,728	1.368,187	1.548,574	1.434,563

Anmerkungen:

- 1/111 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.
1/11103 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/11108 Hievon 2000 5,999 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.
1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

35

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):						
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		52,884		52,884	31,474	60,045
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,012	0,012	0,011	
		Summe 1110...		52,884	0,012	52,896	31,485	60,045
2/1111		Zivilschutz:						
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,279
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1111...		0,002	0,002	0,004	0,004	0,279
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):						
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	50,000		50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:						
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	335,000		335,000	380,000	344,290
2/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:						
2/11147	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997:						
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,249		0,249	0,700	
2/11167	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1116...		0,249	0,001	0,250	0,701	
2/1117		Zivildienst:						
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen		339,076		339,076	243,590	204,727
2/11177	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1117...		339,076	0,010	339,086	243,600	204,727
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:						
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800		0,800	0,800	1,186
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,500	0,500	0,500	0,148
		Summe 1118...		0,800	0,500	1,300	1,300	1,334
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E. Z13. BMG: Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F. Z13. BMG						
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,001	0,145
		Summe 111...		778,013	0,526	778,539	707,092	660,819

Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,002 Millionen Schilling), 1/11108 (5,999 Millionen Schilling), 1/11183 (28,735 Millionen Schilling) und 1/11188 (30,000 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (86,620 Millionen Schilling) und 1/1141 (183,644 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/11218	43	Aufwendungen			5,269		5,269	6,426	6,291
		Summe 1121...			5,269	0,001	5,270	6,427	6,291
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11226	43	Förderungen			6,500		6,500		3,700
1/11228	43	Aufwendungen			32,000		32,000	12,150	14,648
		Summe 1122...			38,500		38,500	12,150	18,349
		Summe 112...			43,769	0,001	43,770	18,577	24,640
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		7.382,071			7.382,071	6.926,236	6.763,451
1/11303	42	Anlagen	*			112,251	112,251	227,383	240,687
1/11307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			165,300		165,300	163,000	150,795
	42				161,201		161,201	159,902	146,047
	42				4,099		4,099	3,098	4,748
1/11308	42	Aufwendungen	*		1.277,761		1.277,761	1.474,389	1.452,481
		Summe 1130...		7.382,071	1.443,061	112,251	8.937,383	8.791,008	8.607,415
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		70,620			70,620	83,600	62,832
1/11313	42	Anlagen				5,200	5,200	8,083	4,866
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,700		0,700	0,500	0,187
1/11318	42	Aufwendungen			10,100		10,100	10,575	14,084
		Summe 1131...		70,620	10,800	5,200	86,620	102,758	81,968
		Summe 113...		7.452,691	1.453,861	117,451	9.024,003	8.893,766	8.689,383
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		8.002,100			8.002,100	7.700,166	7.399,417
1/11403	42	Anlagen				269,415	269,415	466,643	338,493
1/11407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			196,350		196,350	188,000	184,999
	42				191,700		191,700	184,070	180,580
	42				4,650		4,650	3,930	4,419
1/11408	42	Aufwendungen	*		1.400,246		1.400,246	1.587,014	1.523,050
		Summe 1140...		8.002,100	1.596,596	269,415	9.868,111	9.941,823	9.445,959
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		143,600			143,600	154,197	143,477
1/11413	42	Anlagen				9,701	9,701	19,124	12,586
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,000		4,000	2,820	3,170
1/11418	42	Aufwendungen			26,343		26,343	25,100	29,275
		Summe 1141...		143,600	30,343	9,701	183,644	201,241	188,509
		Summe 114...		8.145,700	1.626,939	279,116	10.051,755	10.143,064	9.634,468

Anmerkungen:

- 1/112 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
1/11303 Hievon 2000 10,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
1/11308 Hievon 2000 0,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 20,386 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.
1/11408 Hievon 2000 0,346 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.
1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

37

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,001
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 112...		0,003		0,003	0,003	0,001
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	30,400		30,400	2,501	21,009
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		447,190		447,190	504,360	443,366
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen			3,200	3,200	5,170	4,435
		Summe 1130...		477,590	3,200	480,790	512,031	468,810
2/11317	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003		
		Summe 113...		477,590	3,203	480,793	512,031	468,810
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen		87,225		87,225	88,890	84,650
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen			7,471	7,471	13,400	11,514
		Summe 1140...		87,225	7,471	94,696	102,290	96,164
2/11417	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003		
		Summe 114...		87,225	7,474	94,699	102,290	96,164

Anmerkungen:

2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,001 Millionen Schilling), 1/11008 (0,002 Millionen Schilling), 1/11303 (10,011 Millionen Schilling) und 1/11308 (20,386 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150	22	Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben		54,294			54,294	49,722	47,933
1/11503	22	Anlagen				3,421	3,421	3,000	1,698
1/11506	22	Förderungen			75,500		75,500	117,000	107,796
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			50,500		50,500	14,500	11,195
1/11508	22	Aufwendungen			242,390		242,390	186,556	171,393
	22				235,790		235,790	181,406	166,067
	43				6,600		6,600	5,150	5,326
		Summe 1150...		54,294	368,390	3,421	426,105	370,778	340,015
1/1151		KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial): Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen							
1/11510	13	Personalausgaben		4,385			4,385	3,718	3,793
1/11513	13	Anlagen				0,082	0,082	0,100	10,677
1/11516	13	Förderungen			0,039		0,039	0,048	0,045
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,130		0,130	0,050	0,057
1/11518	13	Aufwendungen			41,444		41,444	7,500	19,048
		Summe 1151...		4,385	41,613	0,082	46,080	11,416	33,620
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben		54,965			54,965	41,831	34,544
1/11523	22	Anlagen				1,325	1,325	0,080	0,533
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,112		1,112	0,800	0,932
1/11528	22	Aufwendungen			45,736		45,736	28,697	32,408
		Summe 1152...		54,965	46,848	1,325	103,138	71,408	68,417
		Summe 115...		113,644	456,851	4,828	575,323	453,602	442,052
1/116		Sicherheitsakademie:							
1/1160		Sicherheitsakademie:							
1/11603	42	Anlagen				3,300	3,300		
1/11606	42	Förderungen			0,001		0,001		
1/11607	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,004		0,004		
	22				0,002		0,002		
	42				0,002		0,002		
1/11608	42	Aufwendungen			8,495		8,495		
		Summe 116...			8,500	3,300	11,800		
		Gesamtausgaben 11...		16.717,331	5.905,040	605,533	23.227,904	23.196,362	22.373,881

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

39

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		7,819		7,819	3,600	7,402
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,022	0,022	0,010	0,083
		Summe 1150...		7,819	0,022	7,841	3,610	7,485
2/1151		KZ-Gedänkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial): <i>Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen</i>						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,705		2,705	2,500	3,326
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1151...		2,705	0,002	2,707	2,502	3,326
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,150		0,150	0,149	0,094
2/11528	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,020	0,020	0,001	
		Summe 1152...		0,150	0,020	0,170	0,150	0,094
		Summe 115...		10,674	0,044	10,718	6,262	10,905
2/116		Sicherheitsakademie:						
2/1160		Sicherheitsakademie:						
2/11604	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,045		0,045		
2/11607	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005		
		Summe 116...		0,045	0,005	0,050		
		Gesamteinnahmen 11...		1.361,225	38,775	1.400,000	1.363,185	1.276,836

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/12		Bildung und Kultur:							
1/120		<i>Unterricht und kulturelle Angelegenheiten</i>							
		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:							
		<i>Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.</i>							
1/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):							
		Zentralleitung							
1/12000	43	Personalausgaben		441,649			441,649	391,867	361,859
1/12003		Anlagen	*			36,066	36,066	66,923	76,553
	11					24,165	24,165	46,363	61,922
	43					11,901	11,901	20,540	14,631
	13							0,020	
1/12005		Bezugsvorschüsse				45,000	45,000	50,017	34,169
	23					20,000	20,000	14,000	11,529
	43					25,000	25,000	36,017	22,640
1/12006		Förderungen			103,000		103,000	131,881	103,776
	13				2,865		2,865	3,729	3,356
	43				100,135		100,135	128,151	100,420
	11							0,001	
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			620,082		620,082	606,205	607,396
	11				2,003		2,003	2,428	5,064
	14				612,193		612,193	596,532	596,529
	22				4,450		4,450	5,090	4,324
	43				1,436		1,436	2,155	1,479
1/12008		Aufwendungen	*		822,939		822,939	867,876	750,813
	11				450,851		450,851	563,675	500,577
	13				8,918		8,918	10,204	9,128
	43				363,170		363,170	293,996	241,108
	21							0,001	
		Summe 1200...		441,649	1.546,021	81,066	2.068,736	2.114,769	1.934,566
1/1201		Zahlungen an die BIG:							
1/12013	11	Anlagen				0,014	0,014	0,001	
1/12018	11	Aufwendungen			1.374,494		1.374,494	1.940,129	1.738,608
		Summe 1201...			1.374,494	0,014	1.374,508	1.940,130	1.738,608
1/1202		BM f. Bild., Wiss. u. Kult.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):							
		<i>BM f. Unterr. u. kult. Angeh.-Schulraum</i> (zweckgeb. Gebarung)							
1/12028	11	Aufwendungen			5,000		5,000	0,001	
1/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):							
1/12038	11	Aufwendungen			0,014		0,014	0,001	
1/12043	13	Kapitalbeteiligungen				0,014	0,014	0,001	
1/1205		Museen (Anstalten öffentlichen Rechts):							
1/12057	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			575,119		575,119		
1/12058	13	Aufwendungen						180,496	
		Summe 1205...			575,119		575,119	180,496	
		Summe 120...		441,649	3.500,648	81,094	4.023,391	4.235,398	3.673,174
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:	*						
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
1/12203	11	Anlagen				0,125	0,125	1,324	0,337
1/12206	11	Förderungen			36,998		36,998	46,248	41,623
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			781,725		781,725	788,400	619,917
1/12208	11	Aufwendungen	*		211,489		211,489	240,790	209,427
		Summe 1220...			1.030,212	0,125	1.030,337	1.076,762	871,304

Anmerkungen:

- 1/12003 Hievon 2000 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/12008 Hievon 2000 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.
1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.
1/12208 Hievon 2000 5,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

41

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/12		Bildung und Kultur:						
2/120		<i>Unterricht und kulturelle Angelegenheiten</i>						
		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:						
		<i>Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.</i>						
2/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):						
		<i>Zentralleitung</i>						
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,014		0,014	0,001	
2/12004		Erfolgswirksame Einnahmen		11,000		11,000	14,101	17,664
	11			1,700		1,700	6,400	4,585
	43			9,300		9,300	7,697	13,078
	13						0,004	
2/12007		Bestandswirksame Einnahmen			0,070	0,070	0,005	
	43				0,070	0,070	0,004	
	13						0,001	
2/12009		Bezugsvorschussersätze			45,500	45,500	46,000	39,824
	23				22,500	22,500	9,000	10,539
	43				23,000	23,000	37,000	29,285
		Summe 1200...		11,014	45,570	56,584	60,107	57,487
2/1202		BM f. Bild., Wiss. u. Kultur-Schulraum						
		(zweckgeb. Gebarung):						
		<i>BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum</i>						
		(zweckgeb. Gebarung)						
2/12020	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		5,000		5,000	0,001	5,000
2/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):						
2/12030	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	0,009
2/1205		Museen (Anstalten öffentlichen Rechts):						
2/12054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		61,949		61,949	27,262	
		Summe 120...		77,977	45,570	123,547	87,371	62,496
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:						
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:						
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	5,000		5,000	0,737	9,184
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,000		1,000	1,080	0,453
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	
		Summe 1220...		6,000	0,028	6,028	1,819	9,638

Anmerkungen:

2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.

2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen			148,674		148,674	170,417	194,625
1/1225		Allgemein bildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen			84,353		84,353	105,441	94,897
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen			1,200		1,200	1,500	3,991
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen			0,918		0,918	1,147	1,032
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/12293	13	Anlagen				0,014	0,014		
1/12296	13	Förderungen			0,120		0,120	50,120	
		Summe 1229...			0,120	0,014	0,134	50,120	
1/1228		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/12286	12	Förderungen						0,100	0,090
		Summe 122...			1.265,477	0,139	1.265,616	1.405,487	1.165,939
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:							
1/12400	13	Personalausgaben		9,401			9,401	10,380	9,225
1/12403	13	Anlagen				0,638	0,638	0,750	0,457
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,007		0,007	0,001	
1/12408	13	Aufwendungen			5,313		5,313	6,250	6,672
		Summe 1240...		9,401	5,320	0,638	15,359	17,381	16,354
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		25,359			25,359	24,604	23,254
1/12413	11	Anlagen				1,406	1,406	1,654	3,922
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,231		0,231	0,340	0,155
1/12418	11	Aufwendungen			17,506		17,506	20,558	17,226
		Summe 1241...		25,359	17,737	1,406	44,502	47,156	44,558
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		15,001			15,001	15,304	13,436
1/12423	11	Anlagen				0,239	0,239	0,281	0,272
1/12427	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,579		0,579	0,680	0,646
1/12428	11	Aufwendungen			65,547		65,547	62,224	64,867
		Summe 1242...		15,001	66,126	0,239	81,366	78,489	79,222
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		48,135			48,135	45,737	42,786
1/12433	11	Anlagen				1,805	1,805	3,300	5,225
1/12437	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,540		1,540	1,450	0,974
	22				1,076		1,076	0,868	0,599
1/12438	11	Aufwendungen			0,464		0,464	0,582	0,375
		Summe 1243...		48,135	32,974	1,805	82,914	83,675	75,043
1/1244		Museen:							
1/12440	13	Personalausgaben		204,969			204,969	314,590	401,446
1/12443	13	Anlagen				52,520	52,520	179,773	176,381
1/12446	13	Förderungen			115,849		115,849	106,849	103,864
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			5,594		5,594	5,754	8,128
1/12448	13	Aufwendungen			315,739		315,739	367,024	432,098
		Summe 1244...		204,969	437,182	52,520	694,671	973,990	1.121,917

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

43

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	7,137
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,134		0,134	50,120	0,023
		Summe 122...		6,148	0,028	6,176	51,940	16,797
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:						
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		5,800		5,800	5,493	5,242
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	
		Summe 1240...		5,800	0,028	5,828	5,495	5,242
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		23,000		23,000	23,250	21,149
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,019	0,008
		Summe 1241...		23,000	0,042	23,042	23,269	21,157
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		65,200		65,200	53,505	60,127
2/12427	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,014	0,014	0,001	
		Summe 1242...		65,200	0,014	65,214	53,506	60,127
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		12,300		12,300	10,465	10,126
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,019	0,010
		Summe 1243...		12,300	0,042	12,342	10,484	10,136
2/1244		Museen:						
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen		7,810		7,810	21,883	64,287
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	0,045
		Summe 1244...		7,810	0,028	7,838	21,885	64,331

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		1,700			1,700	2,082	2,952
1/12453	13	Anlagen				0,600	0,600	1,500	1,128
1/12456	13	Förderungen	*		7,056		7,056	5,645	5,532
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,014		0,014	0,007	
1/12458	13	Aufwendungen			4,456		4,456	5,233	10,204
		Summe 1245...		1,700	11,526	0,600	13,826	14,467	19,816
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:							
1/12460	12	Personalausgaben		160,730			160,730	149,692	143,177
1/12463	12	Anlagen				36,747	36,747	39,702	38,419
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,091		0,091	0,120	0,099
1/12468	12	Aufwendungen			56,807		56,807	58,596	59,342
		Summe 1246...		160,730	56,898	36,747	254,375	248,110	241,037
1/1247		Bundesdenkmalamt:							
1/12470	13	Personalausgaben		112,040			112,040	107,069	97,952
1/12473	13	Anlagen				3,271	3,271	3,848	3,828
1/12476	13	Förderungen			133,113		133,113	156,427	166,426
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,177		0,177	0,400	0,358
1/12478	13	Aufwendungen			49,631		49,631	58,387	51,955
	43				48,631		48,631	57,637	50,520
					1,000		1,000	0,750	1,436
		Summe 1247...		112,040	182,921	3,271	298,232	326,131	320,519
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen				0,222	0,222	0,201	
1/12486	13	Förderungen	*		42,594		42,594	30,476	42,229
1/12488	13	Aufwendungen			1,618		1,618	0,202	0,449
		Summe 1248...			44,212	0,222	44,434	30,879	42,677
1/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):							
1/12490	12	Personalausgaben		0,236			0,236	0,500	0,113
1/12493	12	Anlagen				0,500	0,500	0,291	1,338
1/12497	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,014		0,014	0,001	
1/12498	12	Aufwendungen			6,000		6,000	2,369	2,367
		Summe 1249...		0,236	6,014	0,500	6,750	3,161	3,818
		Summe 124...		577,571	860,910	97,948	1.536,429	1.823,439	1.964,962

Anmerkungen:

- 1/1245 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (6,770 Millionen Schilling) und 2/52180 (7,056 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
- 1/1248 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (33,850 Millionen Schilling) und 2/52180 (10,584 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12486 Hievon 2000 10,584 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52180 und 32,010 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

45

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		6,770	6,770	8,822	15,749
2/1246		Nationalbibliothek und Phonotheke:						
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,700	1,700	2,763	1,300
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen	0,042	0,042	0,003	0,029
		Summe 1246...		1,700	0,042	1,742	2,766	1,328
2/1247		Bundesdenkmalamt:						
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,154	0,154	0,120	0,052
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen	0,042	0,042	0,010	0,020
		Summe 1247...		0,154	0,042	0,196	0,130	0,072
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):						
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		33,850	33,850	22,412	36,043
2/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):						
2/12490	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		6,750	6,750	3,161	4,704
		Summe 124...		163,334	0,238	163,572	151,930	218,888

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260	11	Schulaufsichtsbehörden: Personalausgaben		707,358			707,358	679,785	644,678
1/12603	11	Anlagen				22,143	22,143	26,050	26,104
1/12607	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			90,220		90,220	90,800	79,924
	11				80,132		80,132	80,910	71,232
	22				10,088		10,088	9,890	8,692
1/12608	11	Aufwendungen			88,621		88,621	104,256	100,239
		Summe 1260...		707,358	178,841	22,143	908,342	900,891	850,945
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
1/12610	11	Personalausgaben		100,962			100,962	93,679	90,054
1/12613	11	Anlagen				0,775	0,775	1,500	1,035
1/12617	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,331		2,331	1,780	1,701
	11				0,493		0,493	0,288	0,274
	22				1,838		1,838	1,492	1,428
1/12618	11	Aufwendungen			17,223		17,223	19,674	18,921
		Summe 1261...		100,962	19,554	0,775	121,291	116,633	111,711
		Summe 126...		808,320	198,395	22,918	1.029,633	1.017,524	962,656
1/127		Allgemein bildende Schulen:							
1/1270		Allgemein bildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben		12.408,965			12.408,965	11.764,000	11.366,146
1/12703	11	Anlagen				96,840	96,840	113,930	104,806
1/12707	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			357,485		357,485	355,000	330,845
	11				356,135		356,135	353,279	328,676
	21				1,350		1,350	1,721	2,169
1/12708	11	Aufwendungen			642,876		642,876	689,987	658,471
	11				641,514		641,514	688,674	657,020
	21				1,362		1,362	1,313	1,451
		Summe 1270...		12.408,965	1.000,361	96,840	13.506,166	12.922,917	12.460,269
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben		280,158			280,158	270,711	258,703
1/12713	11	Anlagen				5,025	5,025	3,599	5,707
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,275		3,275	4,300	3,992
1/12718	11	Aufwendungen			31,765		31,765	34,155	30,634
		Summe 1271...		280,158	35,040	5,025	320,223	312,765	299,036
1/1272		Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/12723	11	Anlagen				10,000	10,000	4,288	3,981
1/12728	11	Aufwendungen			22,000		22,000	9,662	12,057
		Summe 1272...			22,000	10,000	32,000	13,950	16,038
1/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):							
1/12733	11	Anlagen				0,100	0,100	0,040	0,040
1/12738	11	Aufwendungen			0,300		0,300	0,119	0,379
		Summe 1273...			0,300	0,100	0,400	0,159	0,419
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben		103,296			103,296	103,211	97,619
1/12743	11	Anlagen				3,922	3,922	4,614	4,383
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,186		0,186	1,050	0,119
1/12748	11	Aufwendungen			17,178		17,178	18,469	17,756
		Summe 1274...		103,296	17,364	3,922	124,582	127,344	119,877

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

47

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen		198,000		198,000	172,059	185,251
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	0,032
		Summe 1260...		198,000	0,028	198,028	172,061	185,283
2/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:						
2/12614	11	Erfolgswirksame Einnahmen		18,103		18,103	20,103	17,296
2/12617	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	
		Summe 1261...		18,103	0,028	18,131	20,105	17,296
		Summe 126...		216,103	0,056	216,159	192,166	202,579
2/127		Allgemein bildende Schulen:						
2/1270		Allgemein bildende höhere Schulen:						
2/12704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		42,504		42,504	58,680	40,794
	21			41,543		41,543	56,470	39,359
				0,961		0,961	2,210	1,435
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,130	0,130	0,046	0,055
		Summe 1270...		42,504	0,130	42,634	58,726	40,850
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		39,600		39,600	40,307	40,286
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,003	0,015
		Summe 1271...		39,600	0,042	39,642	40,310	40,302
2/1272		Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebahrung):						
2/12720	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		32,000		32,000	13,950	22,270
2/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebahrung):						
2/12730	11	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen		0,400		0,400	0,159	0,530
2/1274		Bds. -Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung:						
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen		7,500		7,500	4,760	7,008
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,013	0,020
		Summe 1274...		7,500	0,042	7,542	4,773	7,028

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1275		Allgemein bildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			36.189,931		36.189,931	34.056,536	33.819,292
1/12758	11	Aufwendungen			3,144		3,144	3,361	3,121
		Summe 1275...			36.193,075		36.193,075	34.059,897	33.822,413
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):							
1/12760	11	Personalausgaben		66,351			66,351	68,128	61,673
1/12763	11	Anlagen				1,496	1,496	3,800	1,913
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,136		0,136	0,130	0,125
1/12768	11	Aufwendungen			23,265		23,265	25,265	22,876
		Summe 1276...		66,351	23,401	1,496	91,248	97,323	86,587
1/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):							
1/12773	11	Anlagen				0,030	0,030	0,036	
1/12778	11	Aufwendungen			0,400		0,400	0,073	0,148
		Summe 1277...			0,400	0,030	0,430	0,109	0,148
1/1278		Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung):							
1/12783	11	Anlagen				0,028	0,028	0,045	0,046
1/12788	11	Aufwendungen			0,336		0,336	0,135	0,077
		Summe 1278...			0,336	0,028	0,364	0,180	0,123
		Summe 127...		12.858,770	37.292,277	117,441	50.268,488	47.534,644	46.804,910
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben		5.160,808			5.160,808	4.673,958	4.771,209
1/12803	11	Anlagen				105,005	105,005	123,500	128,464
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			66,917		66,917	66,000	61,525
1/12808	11	Aufwendungen			380,632		380,632	409,253	385,114
	11				380,618		380,618	409,251	385,114
	21				0,014		0,014	0,002	
		Summe 1280...		5.160,808	447,549	105,005	5.713,362	5.272,711	5.346,312
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:							
1/12810	11	Personalausgaben		3.530,328			3.530,328	3.235,336	3.165,061
1/12813	11	Anlagen				48,147	48,147	56,644	61,269
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			102,198		102,198	97,000	90,866
1/12818	11	Aufwendungen			262,215		262,215	281,942	249,272
		Summe 1281...		3.530,328	364,413	48,147	3.942,888	3.670,922	3.566,467
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben		3.772,229			3.772,229	3.462,870	3.435,543
1/12823	11	Anlagen				43,947	43,947	51,702	52,945
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			78,334		78,334	73,520	70,145
1/12828	11	Aufwendungen			202,375		202,375	217,599	199,609
	11				202,361		202,361	217,597	199,609
	21				0,014		0,014	0,002	
		Summe 1282...		3.772,229	280,709	43,947	4.096,885	3.805,691	3.758,242
1/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):							
1/12833	11	Anlagen				13,250	13,250	14,353	10,856
1/12838	11	Aufwendungen			59,500		59,500	52,760	37,152
		Summe 1283...			59,500	13,250	72,750	67,113	48,008

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

49

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1275		Allgemein bildende Pflichtschulen:						
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,010	
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):						
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen		26,771		26,771	26,771	27,320
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,003	0,011
		Summe 1276...		26,771	0,042	26,813	26,774	27,330
2/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):						
2/12770	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,430		0,430	0,109	0,315
2/1278		Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12780	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,364		0,364	0,180	0,323
		Summe 127...		149,579	0,256	149,835	144,991	138,948
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804	11	Erfolgswirksame Einnahmen		7,820		7,820	12,602	11,495
	21			7,820		7,820	12,601	11,495
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,056	0,056	0,008	0,559
		Summe 1280...		7,820	0,056	7,876	12,610	12,053
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen		2,200		2,200	11,942	2,902
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,006	0,019
		Summe 1281...		2,200	0,042	2,242	11,948	2,921
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,483		1,483	1,783	1,965
	21			1,469		1,469	1,782	1,965
				0,014		0,014	0,001	
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,004	0,055
		Summe 1282...		1,483	0,028	1,511	1,787	2,021
2/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):						
2/12830	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		72,750		72,750	67,113	60,313

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):							
1/12843	11	Anlagen				3,773	3,773	0,486	0,784
1/12848	11	Aufwendungen			62,000		62,000	48,578	53,044
		Summe 1284...			62,000	3,773	65,773	49,064	53,828
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:							
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		1.411,895			1.411,895	1.301,000	1.253,284
1/12858	11	Aufwendungen		1,679			1,679	1,805	1,694
		Summe 1285...		1.413,574			1.413,574	1.302,805	1.254,978
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):							
1/12860	11	Personalausgaben		64,376			64,376	63,119	59,862
1/12863	11	Anlagen				3,145	3,145	3,700	3,317
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,045		0,045	0,060	0,042
1/12868	11	Aufwendungen			35,214		35,214	37,846	32,314
		Summe 1286...		64,376	35,259	3,145	102,780	104,725	95,535
1/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):							
1/12873	11	Anlagen				2,750	2,750	0,945	1,522
1/12878	11	Aufwendungen			2,870		2,870	2,233	2,376
		Summe 1287...			2,870	2,750	5,620	3,178	3,899
1/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):							
1/12883	11	Anlagen				0,130	0,130	0,010	
1/12888	11	Aufwendungen			0,308		0,308	0,030	
		Summe 1288...			0,308	0,130	0,438	0,040	
		Summe 128...		12.527,741	2.666,182	220,147	15.414,070	14.276,249	14.127,269
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/1290		Pädagogische Akademien:							
1/12900	11	Personalausgaben		952,757			952,757	923,730	904,799
1/12903	11	Anlagen				11,199	11,199	9,500	9,573
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			93,841		93,841	119,000	96,228
1/12908	11	Aufwendungen			87,000		87,000	96,897	84,658
		Summe 1290...		952,757	180,841	11,199	1.144,797	1.149,127	1.095,257
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:							
1/12910	11	Personalausgaben		666,938			666,938	621,018	600,971
1/12913	11	Anlagen				5,950	5,950	7,000	10,727
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			39,425		39,425	37,040	36,169
1/12918	11	Aufwendungen			75,334		75,334	81,000	79,701
		Summe 1291...		666,938	114,759	5,950	787,647	746,058	727,568
1/1292		Berufspädagogische Akademien:							
1/12920	11	Personalausgaben		67,369			67,369	66,496	60,871
1/12923	11	Anlagen				2,460	2,460	2,990	2,790
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			6,463		6,463	6,540	4,054
1/12928	11	Aufwendungen			11,975		11,975	12,788	12,238
		Summe 1292...		67,369	18,438	2,460	88,267	88,814	79,953
1/1293		Bundesanstalten für Leibeseziehung:							
1/12930	11	Personalausgaben		42,969			42,969	40,010	38,501
1/12933	11	Anlagen				1,881	1,881	2,213	2,129
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			21,811		21,811	21,600	20,883
1/12938	11	Aufwendungen			12,853		12,853	13,819	13,015
		Summe 1293...		42,969	34,664	1,881	79,514	77,642	74,528

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

51

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckgeb. Geb.):						
2/12840	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		65,773		65,773	49,064	63,128
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen		51,427		51,427	52,427	53,717
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,009	
		Summe 1286...		51,427	0,042	51,469	52,436	53,717
2/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):						
2/12870	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		5,620		5,620	3,178	6,266
2/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12880	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,438		0,438	0,040	0,268
		Summe 128...		207,525	0,168	207,693	198,177	200,687
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
2/1290		Pädagogische Akademien:						
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen		3,208		3,208	4,008	2,562
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,006	0,005
		Summe 1290...		3,208	0,028	3,236	4,014	2,567
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen		13,600		13,600	9,025	12,224
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,004	
		Summe 1291...		13,600	0,028	13,628	9,029	12,224
2/1292		Berufspädagogische Akademien:						
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,392		0,392	0,392	0,205
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	0,001
		Summe 1292...		0,392	0,028	0,420	0,394	0,205
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,427		0,427	0,427	0,179
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,050	
		Summe 1293...		0,427	0,042	0,469	0,477	0,179

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		135,916			135,916	131,545	125,712
1/12943	11	Anlagen				2,834	2,834	3,334	3,334
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			151,334		151,334	145,540	144,455
1/12948	11	Aufwendungen			62,495		62,495	67,188	64,600
		Summe 1294...		135,916	213,829	2,834	352,579	347,607	338,100
1/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12953	11	Anlagen				0,530	0,530	0,196	0,344
1/12958	11	Aufwendungen			1,270		1,270	0,586	1,684
		Summe 1295...			1,270	0,530	1,800	0,782	2,028
1/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):							
1/12963	11	Anlagen				0,170	0,170	0,067	0,193
1/12968	11	Aufwendungen			0,392		0,392	0,202	0,216
		Summe 1296...			0,392	0,170	0,562	0,269	0,409
1/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12973	11	Anlagen				0,100	0,100	0,003	
1/12978	11	Aufwendungen			0,300		0,300	0,020	0,050
		Summe 1297...			0,300	0,100	0,400	0,023	0,050
1/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):							
1/12983	11	Anlagen				0,028	0,028	0,012	
1/12988	11	Aufwendungen			0,266		0,266	0,076	0,077
		Summe 1298...			0,266	0,028	0,294	0,088	0,077
1/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):							
1/12993	11	Anlagen				0,041	0,041	0,042	0,076
1/12998	11	Aufwendungen			2,000		2,000	0,124	1,436
		Summe 1299...			2,000	0,041	2,041	0,166	1,512
		Summe 129...		1.865,949	566,759	25,193	2.457,901	2.410,576	2.319,482
		Gesamtausgaben 12...		29.080,000	46.350,648	564,880	75.995,528	72.703,317	71.018,392

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

53

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/1294		Pädagogische Institute:						
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,140		0,140	0,077	0,932
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,002	0,003
		Summe 1294...		0,140	0,028	0,168	0,079	0,935
2/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12950	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,800		1,800	0,782	1,905
2/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):						
2/12960	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,562		0,562	0,269	0,622
2/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12970	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,400		0,400	0,023	0,221
2/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):						
2/12980	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,294		0,294	0,088	0,031
2/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):						
2/12990	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		2,041		2,041	0,166	1,206
		Summe 129...		22,864	0,154	23,018	15,321	20,094
		Gesamteinnahmen 12...		843,530	46,470	890,000	841,896	860,490

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/13		Kunst:							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen				2,650	2,650	2,880	2,850
1/13006	13	Förderungen			122,115		122,115	76,560	80,444
	22				85,315		85,315	76,560	80,444
1/13008	13	Aufwendungen			36,800		36,800		
					22,275		22,275	21,796	21,765
		Summe 1300...			144,390	2,650	147,040	101,236	105,059
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen			404,089		404,089	422,406	414,542
1/13018	13	Aufwendungen			74,283		74,283	77,593	85,593
		Summe 1301...			478,372		478,372	499,999	500,135
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen				0,018	0,018	0,020	
1/13026	13	Förderungen			126,096		126,096	160,797	161,766
1/13028	13	Aufwendungen			4,814		4,814	7,183	6,179
		Summe 1302...			130,910	0,018	130,928	168,000	167,946
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/13033	13	Anlagen				5,000	5,000	5,000	4,980
1/13035	13	Förderungen (D)				0,050	0,050	0,050	
1/13036	13	Förderungen			88,160		88,160	68,168	86,412
1/13038	13	Aufwendungen			6,800		6,800	6,800	5,994
		Summe 1303...			94,960	5,050	100,010	80,018	97,386
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen				2,207	2,207	2,400	1,962
1/13045	13	Förderungen (D)				0,007	0,007	0,001	
1/13046	13	Förderungen			176,609		176,609	190,879	181,634
1/13048	13	Aufwendungen			8,981		8,981	9,762	9,762
		Summe 1304...			185,590	2,214	187,804	203,042	193,358
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen			3,014		3,014	3,276	3,276
1/13068	13	Aufwendungen			3,314		3,314	3,425	6,422
		Summe 1306...			6,328		6,328	6,701	9,698
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit							
1/13076	13	Förderungen			46,500		46,500	50,000	53,145
1/13078	13	Aufwendungen			0,920		0,920	1,000	1,000
		Summe 1307...			47,420		47,420	51,000	54,145
1/1308		Zahlungen an die BIG:							
1/13088	13	Aufwendungen			0,028		0,028	0,004	0,120
1/1309		Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13096	13	Förderungen			0,085		0,085		
1/13098	13	Aufwendungen			0,765		0,765		
		Summe 1309...			0,850		0,850		
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen						40,000	40,000
		Summe 130...			1.088,848	9,932	1.098,780	1.150,000	1.167,847

Anmerkungen:

1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (99,960 Millionen Schilling) veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

55

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/13		Kunst:						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,002	
2/1301		Musik und darstellende Kunst:						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1302		Literatur:						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			0,050	0,050	0,050	
2/1304		Filmwesen:						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120		0,120	0,150	0,015
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen			0,007	0,007	0,001	
		Summe 1304...		0,120	0,007	0,127	0,151	0,015
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,001	
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,007		0,007	0,001	0,002
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1309		Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13094	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
		Summe 130...		0,154	0,057	0,211	0,208	0,017

Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/2000, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/131		Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand):							
1/1310		Amt der Bundestheater:							
1/13100	13	Personalausgaben		45,370			45,370	8,363	
1/13105		Bezugsvorschüsse				0,300	0,300	0,100	
	13					0,150	0,150	0,099	
	23					0,150	0,150	0,001	
1/13107	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,250		1,250	0,186	
1/13108	13	Aufwendungen			0,288		0,288	0,096	
		Summe 1310...		45,370	1,538	0,300	47,208	8,745	
1/1311		Bundestheatergesellschaften:							
1/13117	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.839,000		1.839,000	679,730	
1/13118	13	Aufwendungen			0,012		0,012	0,004	
1/13113	13	Kapitalbeteiligungen						0,001	
		Summe 1311...			1.839,012		1.839,012	679,735	
		Summe 131...		45,370	1.840,550	0,300	1.886,220	688,480	
		Gesamtausgaben 13...		45,370	2.929,398	10,232	2.985,000	1.838,480	1.167,847

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 2000

57

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/131		Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand):							
2/1310		Amt der Bundestheater:							
2/13104	13	Erfolgswirksame Einnahmen			31,565		31,565	7,022	
2/13109	13	Darlehensrückzahlungen				0,220	0,220	0,066	
	23					0,180	0,180	0,065	
						0,040	0,040	0,001	
				Summe 1310...	31,565	0,220	31,785	7,088	
2/1311		Bundestheatergesellschaften:							
2/13114	13	Erfolgswirksame Einnahmen			2,004		2,004	0,597	
				Summe 131...	33,569	0,220	33,789	7,685	
				Gesamteinnahmen 13...	33,723	0,277	34,000	7,893	0,017

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/14		Wissenschaft:							
1/140		<i>Wissenschaft und Forschung</i>							
		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:							
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr</i>							
1/1400		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft):							
		<i>Verwaltungsbereich Wissenschaft</i>							
1/14000	43	Personalausgaben		235,153			235,153	237,954	224,994
1/14003	43	Anlagen				7,686	7,686	10,400	13,249
1/14005		Bezugsvorschüsse				19,000	19,000	25,000	15,960
	23					6,500	6,500	7,000	5,068
	43					12,500	12,500	18,000	10,893
1/14006	43	Förderungen			6,319		6,319	8,000	8,000
1/14007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,807		2,807	3,000	2,385
	22				2,743		2,743	2,926	2,375
	43				0,064		0,064	0,074	0,010
1/14008	43	Aufwendungen	*		86,582		86,582	102,000	113,120
		Summe 1400...		235,153	95,708	26,686	357,547	386,354	377,709
1/14018	12	Zahlungen an die BIG			1.494,436		1.494,436	1.893,806	1.846,356
1/1402		Amt des BFPZ Arsenal:							
1/14020	12	Personalausgaben		22,035			22,035	68,555	65,666
1/14027	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,550		0,550	2,000	1,829
1/14028	12	Aufwendungen			0,362		0,362	2,467	2,101
		Summe 1402...		22,035	0,912		22,947	73,022	69,596
		Summe 140...		257,188	1.591,056	26,686	1.874,930	2.353,182	2.293,660
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:							
1/14106	12	Förderungen			281,000		281,000	330,000	325,927
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.567,450		1.567,450	1.567,450	1.434,282
1/14108	12	Aufwendungen			853,388		853,388	991,000	981,569
		Summe 1410...			2.701,838		2.701,838	2.888,450	2.741,778
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/14116	12	Förderungen			37,176		37,176	42,000	40,764
1/14117	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,100		8,100	7,000	6,990
	43				1,000		1,000	0,500	1,645
	43				7,100		7,100	6,500	5,345
1/14118	12	Aufwendungen			31,668		31,668	36,000	35,616
		Summe 1411...			76,944		76,944	85,000	83,370
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/14126	12	Förderungen			3,160		3,160	4,000	3,630
1/1413		Forschungsvorhaben:							
1/14136	12	Förderungen			5,320		5,320	51,099	51,100
1/14138	12	Aufwendungen			156,783		156,783	181,000	185,971
		Summe 1413...			162,103		162,103	232,099	237,071
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:							
1/14146	12	Förderungen			204,376		204,376	600,000	753,000
1/1415		Anwendungsorientierte Forschung:							
1/14157	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			170,080		170,080	223,190	248,698
	43				100,000		100,000	203,000	189,280
	43				70,080		70,080	20,190	59,418
1/14156	12	Förderungen						0,004	22,130
1/14158	12	Aufwendungen						250,003	291,870
		Summe 1415...			170,080		170,080	473,197	562,699

Anmerkungen:

1/14008 Hievon 2000 0,007 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

59

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/14		Wissenschaft:						
		<i>Wissenschaft und Forschung</i>						
2/140		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:						
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr</i>						
2/1400		Zentralleitung						
		(Verwaltungsbereich Wissenschaft):						
		<i>Verwaltungsbereich Wissenschaft</i>						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,007		0,007	0,001	
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen		2,588		2,588	2,588	2,329
	21			0,013		0,013	0,010	
	43			2,575		2,575	2,578	2,329
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,042	0,042	0,003	0,056
2/14009		Bezugsvorschussersätze			27,000	27,000	27,000	17,972
	23				5,600	5,600	5,600	5,197
	43				21,400	21,400	21,400	12,775
		Summe 1400...		2,595	27,042	29,637	29,592	20,357
2/1402		Amt des BFPZ Arsenal:						
2/14024	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	91,664	69,415
		Summe 140...		2,605	27,042	29,647	121,256	89,772
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,195		0,195	0,195	0,331
	12			0,104		0,104	0,095	0,245
	23			0,091		0,091	0,100	0,086
2/14109		Darlehensrückzahlungen			0,260	0,260	0,260	0,134
	12				0,120	0,120	0,140	
	23				0,140	0,140	0,120	0,134
		Summe 1410...		0,195	0,260	0,455	0,455	0,465

Anmerkungen:

2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1416		Forschungseinrichtungen:							
1/14166	12	Förderungen			170,989		170,989	165,989	167,984
1/14168	12	Aufwendungen			6,360		6,360	59,178	74,937
		Summe 1416...			177,349		177,349	225,167	242,921
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14176	12	Förderungen			456,921		456,921	412,000	405,000
1/14178	12	Aufwendungen			93,385		93,385	77,000	77,000
	43				82,855		82,855	65,870	66,469
					10,530		10,530	11,130	10,531
		Summe 1417...			550,306		550,306	489,000	482,000
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen			77,000		77,000	62,000	64,733
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			222,000		222,000	217,000	212,444
1/14188	12	Aufwendungen			201,352		201,352	201,522	133,071
	43				124,717		124,717	123,824	61,669
					76,635		76,635	77,698	71,401
		Summe 1418...			500,352		500,352	480,522	410,248
1/1419		Forschungsunternehmen:							
1/14196	12	Förderungen			88,261		88,261	380,000	380,000
1/14198	12	Aufwendungen			33,000		33,000	188,507	193,958
		Summe 1419...			121,261		121,261	568,507	573,958
		Summe 141...			4.667,769		4.667,769	6.045,942	6.090,676
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben		12.201,627			12.201,627	10.788,684	10.757,469
1/14203	12	Anlagen				453,400	453,400	1.334,856	1.191,606
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			761,000		761,000	736,000	728,038
1/14208	12	Aufwendungen			6.252,775		6.252,775	3.698,025	3.495,296
	21				6.252,729		6.252,729	3.697,975	3.495,287
					0,046		0,046	0,050	0,010
		Summe 1420...		12.201,627	7.013,775	453,400	19.668,802	16.557,565	16.172,409
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben		54,000			54,000	120,000	76,927
1/14213	12	Anlagen				25,000	25,000	25,000	26,162
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			40,000		40,000	40,000	29,382
1/14218	12	Aufwendungen			190,000		190,000	190,000	154,861
		Summe 1421...		54,000	230,000	25,000	309,000	375,000	287,332
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben		0,021			0,021	0,003	
1/14223	12	Anlagen				0,007	0,007	0,001	
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,007		0,007	0,001	
1/14228	12	Aufwendungen			0,302		0,302	0,302	0,170
		Summe 1422...		0,021	0,309	0,007	0,337	0,307	0,170
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben		1,548			1,548	0,014	8,305
1/14233	12	Anlagen				8,294	8,294	10,500	11,887
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,028		0,028	0,007	0,003
1/14238	12	Aufwendungen			25,277		25,277	32,000	24,566
		Summe 1423...		1,548	25,305	8,294	35,147	42,521	44,761

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

61

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,007	0,007	0,001	0,423
2/1415		Anwendungsorientierte Forschung:						
2/14150	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	250,000	250,000
2/14154	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,780
		Summe 1415...		250,780	250,000
2/1416		Forschungseinrichtungen:						
2/14164	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	0,043
		Summe 141...		0,202	0,260	0,462	251,237	250,931
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204	12	Erfolgswirksame Einnahmen		114,587	114,587	92,307	42,040
				114,580	114,580	92,306	42,040
				0,007	0,007	0,001
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen	1,000	1,000	1,000	1,018
		Summe 1420...		114,587	1,000	115,587	93,307	43,058
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		308,972	308,972	374,992	380,992
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	0,028	0,028	0,008	0,115
		Summe 1421...		308,972	0,028	309,000	375,000	381,108
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,337	0,337	0,307	0,187
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100	0,100	0,100	0,235
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen	0,014	0,014	0,002
		Summe 1423...		0,100	0,014	0,114	0,102	0,235

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		221,474			221,474	220,855	200,947
1/14243	12	Anlagen				21,596	21,596	40,000	34,152
1/14247	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,600		0,600	0,600	0,370
	12				0,212		0,212	0,200	0,117
	21				0,388		0,388	0,400	0,253
1/14248		Aufwendungen	*		80,538		80,538	89,300	93,800
	12				80,378		80,378	88,900	93,643
	21				0,160		0,160	0,400	0,157
		Summe 1424...		221,474	81,138	21,596	324,208	350,755	329,268
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,056			0,056	0,005	0,042
1/14253	12	Anlagen				0,021	0,021	0,003	
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,028		0,028	0,002	0,006
1/14258	12	Aufwendungen			0,153		0,153	0,202	0,053
		Summe 1425...		0,056	0,181	0,021	0,258	0,212	0,101
1/14268	12	Aufwendungen							
		Summe 142...		12.478,726	7.350,708	508,318	20.337,752	17.326,360	16.834,040
1/143		Universitäten der Künste:							
1/1430		<i>Kunsthochschulen</i> Universitäten der Künste: <i>Kunsthochschulen</i>							
1/14300	13	Personalausgaben		1.323,656			1.323,656	1.213,916	1.170,885
1/14303	13	Anlagen				42,000	42,000	70,000	53,906
1/14306	13	Förderungen			4,739		4,739	6,000	5,999
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			225,000		225,000	237,000	213,843
1/14308	13	Aufwendungen			279,000		279,000	290,000	256,079
		Summe 1430...		1.323,656	508,739	42,000	1.874,395	1.816,916	1.700,711
1/1431		Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung): <i>Kunsthochschulen</i> (zweckgebundene Gebarung)							
1/14310	13	Personalausgaben		1,000			1,000	1,000	1,255
1/14313	13	Anlagen				3,300	3,300	3,000	5,255
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,200		1,200	1,000	1,497
1/14318	13	Aufwendungen			16,500		16,500	17,000	15,636
		Summe 1431...		1,000	17,700	3,300	22,000	22,000	23,644
		Summe 143...		1.324,656	526,439	45,300	1.896,395	1.838,916	1.724,355
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen				0,500	0,500	1,440	0,742
1/14606	12	Förderungen			846,106		846,106	742,000	594,870
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,150	
1/14608	12	Aufwendungen			8,773		8,773	10,300	9,277
		Summe 146...			855,029	0,500	855,529	753,890	604,889
		Gesamtausgaben 14...		14.060,570	14.991,001	580,804	29.632,375	28.318,290	27.547,620

Anmerkungen:

1/14248 Die Verausgabung von 12,000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gebunden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

63

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen		1,412		1,412	1,412	2,276
	12			1,360		1,360	1,372	2,163
	21			0,052		0,052	0,040	0,113
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007	0,001	0,010
		Summe 1424...		1,412	0,007	1,419	1,413	2,286
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,258		0,258	0,212	0,082
		Summe 142...		425,666	1,049	426,715	470,341	426,956
2/143		Universitäten der Künste: <i>Kunsthochschulen</i>						
2/1430		Universitäten der Künste: <i>Kunsthochschulen</i>						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		46,000		46,000	46,000	37,521
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,060	0,060	0,060	0,086
		Summe 1430...		46,000	0,060	46,060	46,060	37,607
2/1431		Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung): <i>Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)</i>						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		21,990		21,990	21,990	23,002
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1431...		21,990	0,010	22,000	22,000	23,002
		Summe 143...		67,990	0,070	68,060	68,060	60,608
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,102		0,102	0,102	15,283
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,014	0,014	0,002	
		Summe 146...		0,102	0,014	0,116	0,104	15,283
		Gesamteinnahmen 14...		496,565	28,435	525,000	910,998	843,550

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/15		Soziale Sicherheit und Generationen:							
		<i>Soziales</i>							
1/150		BM für soziale Sicherheit und Generationen:							
		<i>Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</i>							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben		462,664			462,664	404,568	393,317
1/15003	43	Anlagen				29,057	29,057	30,379	22,189
1/15006		Förderungen	*		125,282		125,282	77,140	67,076
	12				0,001		0,001	0,001	
	21				43,500		43,500	37,496	31,912
	22				81,781		81,781	39,643	35,164
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			64,950		64,950	75,731	76,533
	22				6,181		6,181	7,576	5,093
1/15008		Aufwendungen			58,769		58,769	68,155	71,439
	12				254,145		254,145	238,729	195,962
	22				9,699		9,699	6,787	6,382
	43				0,001		0,001	0,001	
					244,445		244,445	231,941	189,581
		Summe 1500...		462,664	444,377	29,057	936,098	826,547	755,077
1/1501		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:							
1/15016	22	Förderungen			0,016		0,016	0,552	50,809
1/15018	22	Aufwendungen			0,016		0,016	0,012	380,821
		Summe 1501...			0,032		0,032	0,564	431,630
1/15045		Bezugsvorschüsse				3,524	3,524	6,195	5,438
	23					0,028	0,028	0,007	0,148
	43					3,496	3,496	6,188	5,290
1/1502		<i>Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds</i> <i>(zweckgeb. Geb.):</i>							
1/15023	43	Anlagen						0,004	2,349
1/15027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,002	
1/15028	43	Aufwendungen						0,014	
		Summe 1502...						0,020	2,349
1/15057	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik						2.500,000	2.849,382
		Summe 150...		462,664	444,409	32,581	939,654	3.333,326	4.043,876
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
1/15117	21	Heilfürsorge			16,000		16,000	17,000	14,928
1/15127	22	Versorgungsgebühren			199,700		199,700	213,200	211,837
1/15137	22	Entschädigungen			0,400		0,400	0,600	0,209
1/15147	22	Orthopädische Versorgung			0,200		0,200	0,200	0,281
1/15158	22	Aufwendungen			2,740		2,740	2,900	2,518
1/1516		Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:							
1/15166	22	Förderungen			25,000		25,000	30,000	
		Summe 151...			244,040		244,040	263,900	229,772
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,500		8,500	7,600	7,346
1/15217	21	Heilfürsorge			2,200		2,200	0,150	0,170
1/15227	22	Orthopädische Versorgung			0,350		0,350	0,400	0,324
1/15237	22	Rehabilitation			0,030		0,030	0,030	
1/15248	22	Aufwendungen			0,400		0,400	0,350	0,329
1/15255	22	Darlehen				0,004	0,004	0,004	
1/15269	22	Aufwendungen (B)				11,300	11,300	6,700	8,481
		Summe 152...			11,480	11,304	22,784	15,234	16,650

Anmerkungen:

1/15006 Hievon 2000 0,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

65

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/15		Soziale Sicherheit und Generationen:						
		<i>Soziales</i>						
2/150		BM für soziale Sicherheit und Generationen:						
		<i>Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</i>						
2/1500		Zentraleitung:						
2/15000		Zentraleitung; zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen	*	0,020		0,020	0,020	0,014
		<i>Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen</i>						
	22			0,001		0,001		
	43			0,019		0,019	0,020	0,014
2/15004		Erfolgswirksame Einnahmen		11,486		11,486	17,615	23,487
	22			0,006		0,006	0,006	
	43			11,480		11,480	17,609	23,487
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,080	0,080	0,035	0,003
		Summe 1500...		11,506	0,080	11,586	17,670	23,504
2/15049		Bezugsvorschussersätze			4,891	4,891	7,940	7,273
	23				0,387	0,387	1,351	0,716
	43				4,504	4,504	6,589	6,558
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht		14,600		14,600	13,300	14,248
2/1502		<i>Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):</i>						
2/15020	43	<i>Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen</i>					0,020	2,349
2/15064	22	<i>Überweisungen vom AMS</i>					0,001	
		<i>Einnahmen gem. § 6 Abs. 7 ANPFG</i>						
		Summe 150...		26,106	4,971	31,077	38,931	47,375
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:						
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,170		0,170	0,300	0,035
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:						
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,170		0,170	0,260	0,228
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen			0,010	0,010	0,010	
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,940	0,940	0,890	0,633
		Summe 152...		0,170	0,950	1,120	1,160	0,861

Anmerkungen:

2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz			27,500		27,500	23,000	24,260
1/1534	22	Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			17.350,000		17.350,000	17.150,000	16.149,113
		Summe 153.			17.377,500		17.377,500	17.173,000	16.173,372
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15427	22	Kleinrentnerentschädigung			2,100		2,100	2,800	2,530
1/15436	22	Förderungen			77,000		77,000	71,800	77,395
		Summe 154.			79,100		79,100	74,600	79,925
1/155		Arbeitsmarktpolitik (I): *							
1/1550		Ämter des AMS:							
1/15500	22	Personalausgaben		227,596			227,596	658,140	695,133
1/15507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			11,330		11,330	20,410	14,768
1/15508	22	Aufwendungen			5,814		5,814	21,449	16,399
1/15503	22	Anlagen						0,001	
		Summe 1550.		227,596	17,144		244,740	700,000	726,299
1/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
1/15515	22	Förderungen (D)				3,000	3,000	100,000	12,000
1/15516	22	Förderungen			1.262,500		1.262,500	4.894,998	5.563,468
	12				1.262,500		1.262,500	0,250	0,390
1/15518	22	Aufwendungen			21,801		21,801	165,000	116,933
	12				21,801		21,801	154,700	116,317
1/15513	22	Anlagen						10,300	0,616
1/15517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,001	
		Summe 1551.			1.284,301	3,000	1.287,301	5.160,000	5.692,402
1/1553		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):							
1/15536	22	Förderungen			56,700		56,700	1.249,000	1.409,474
1/15538	22	Aufwendungen			6,500		6,500	40,000	40,434
		Summe 1553.			63,200		63,200	1.289,000	1.449,908
1/15547	22	Sonderunterstützung			242,055		242,055	1.127,000	1.337,094
1/1555		Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. AIVG und KGG:							
1/15554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG			4,351		4,351	10,490	20,816
1/15557	22	Leistungen nach dem AIVG und KGG			11.608,705		11.608,705	39.422,000	40.595,081
		Summe 1555.			11.613,056		11.613,056	39.432,490	40.615,897
1/15567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG ...			2,000		2,000	7.718,000	6.948,000

Anmerkungen:

1/155 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG (ausgenommen die VA-Ansätze 1/15536 und 1/15538).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

67

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:						
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,006	
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):						
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,005	130,983
		Summe 153...		0,007		0,007	0,011	130,983
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:						
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,007	
2/155		Arbeitsmarktpolitik (I):	*					
2/1550		Ämter des AMS:						
2/15500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,376		0,376	1,000	1,660
2/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:						
2/15510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,668		0,668	8,000	68,663
2/15513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			5,322	5,322	39,487	41,997
		Summe 1551...		0,668	5,322	5,990	47,487	110,660
2/15530	22	Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU) ..		54,998		54,998	0,002	179,705
2/15580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)		11.108,860		11.108,860	48.250,000	47.673,704
2/15581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)		44,043		44,043	190,000	216,833
2/15550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)	*				5.999,000	7.239,157
2/15564	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG						
2/15569	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (Darl. Rückz.)						

Anmerkungen:

2/155 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG.

2/15550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/1557		Überweisung an das AMS:							
1/15578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.			622,500		622,500	2.490,000	2.470,000
1/15577	22	Überweisung an das AMS						0,002	124,704
		Summe 1557...			622,500		622,500	2.490,002	2.594,704
1/15587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung			165,000		165,000	330,000	356,707
1/15597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.			30,000		30,000	30,000	
1/15565	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)							17,000
1/15566	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51aAMFG							108,875
		Summe 155...		227,596	14.039,256	3,000	14.269,852	58.276,492	59.846,886
1/156		Arbeitsmarktpolitik (II):							
1/15626	22	Sicherung der Jugendausbildung			0,010		0,010	0,001	70,963
1/15627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete			3,400		3,400	10,000	10,849
1/15656	22	Beschäftigungsprogramm			32,100		32,100	500,000	
1/15607	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)						0,001	-0,246
1/15617	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)						0,001	
1/15647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz						0,034	
1/15665	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)						150,000	
1/15666	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG						150,000	
		Summe 156...			35,510		35,510	810,037	81,566

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

69

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/1557		Überweisung vom AMS:						
2/15570	22	Überweisung vom AMS					0,001
		Abgangsdeckung (zweckgebundene Einnahmen)						
2/15590	22	Überweisungen von der BUAK					0,001	0,002
		Einnahmen gem. § 60 (2) lit. e AIVG (zweckgeb. Einn.)						
2/15591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik					2.500,001	2.849,382
		Summe 155...		11.208,945	5,322	11.214,267	56.987,492	58.271,103

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/157		Einrichtungen der Kriegsof- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter:							
1/15700	22	Personalausgaben		361,160			361,160	366,078	343,314
1/15703	22	Anlagen				16,904	16,904	16,100	14,465
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			12,149		12,149	12,246	6,507
1/15708	22	Aufwendungen			242,360		242,360	250,000	224,344
		Summe 1570...		361,160	254,509	16,904	632,573	644,424	588,630
1/15737	21	Heilfürsorge			110,000		110,000	135,000	88,719
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen			3,000		3,000	3,000	1,766
1/15757	22	Orthopädische Versorgung			85,000		85,000	95,000	89,108
1/15767	22	Versorgungsgebühren			4.847,900		4.847,900	5.278,000	5.289,354
1/15777	22	Krankenversicherung			205,000		205,000	220,000	181,120
1/15778	22	Härteausgleiche			15,500		15,500	18,500	15,740
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,800		8,800	8,500	5,164
	21			6,980		6,980	7,345	4,247
	22			1,820		1,820	1,155	0,916
1/15788	22	Aufwendungen			0,020		0,020	0,006	0,005
		Summe 1578...			8,820		8,820	8,506	5,169
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge			2,000		2,000	2,900	2,453
		Summe 157...		361,160	5.531,729	16,904	5.909,793	6.405,330	6.262,059
1/159		Verschiedene Dienststellen:							
1/1590		Heimarbeitungskommissionen:							
1/15900	22	Personalausgaben		0,814			0,814	3,014	2,470
1/15908	22	Aufwendungen			0,241		0,241	1,049	0,674
1/15903	22	Anlagen						0,011	0,016
1/15907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,070	
		Summe 1590...		0,814	0,241		1,055	4,144	3,160
1/1592		Arbeitsinspektion:							
1/15920	21	Personalausgaben		70,906			70,906	224,494	218,042
1/15923		Anlagen				0,035	0,035	2,412	2,765
	21				0,035	0,035	2,411	2,765
	41						0,001	
1/15927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,636		4,636	15,912	13,281
	21			4,636		4,636	10,710	8,848
	22						5,202	4,433
1/15928		Aufwendungen			12,897		12,897	61,964	52,030
	21			12,897		12,897	61,963	52,030
	41						0,001	
1/15926	21	Förderungen						0,250	0,250
		Summe 1592...		70,906	17,533	0,035	88,474	305,032	286,368
		Summe 159...		71,720	17,774	0,035	89,529	309,176	289,528
		Gesamtausgaben 15...		1.123,140	37.780,798	63,824	38.967,762	86.661,095	87.023,634

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

71

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/157		Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter:						
2/15704	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,173		0,173	0,221	0,424
	43			0,172		0,172	0,220	0,424
				0,001		0,001	0,001	
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,016	0,016	0,075	
		Summe 1570...		0,173	0,016	0,189	0,296	0,424
2/15784	21	Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz		6,210		6,210	7,204	
	22			5,100		5,100	6,000	
				1,110		1,110	1,204	
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung		64,180		64,180	70,000	65,437
		Summe 157...		70,563	0,016	70,579	77,500	65,861
2/159		Verschiedene Dienststellen:						
2/1590		Heimarbeitskommissionen:						
2/15904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,020		0,020	0,013	0,008
2/15907	22	Bestandswirksame Einnahmen					0,002	
		Summe 1590...		0,020		0,020	0,015	0,008
2/1592		Arbeitsinspektion:						
2/15924	21	Erfolgswirksame Einnahmen		1,337		1,337	6,030	6,082
	43			1,337		1,337	6,020	6,082
							0,010	
2/15927	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,090	0,090	0,174	0,184
	41				0,090	0,090	0,173	0,184
							0,001	
		Summe 1592...		1,337	0,090	1,427	6,204	6,266
		Summe 159...		1,357	0,090	1,447	6,219	6,274
2/156		Arbeitsmarktpolitik (II):						
2/15600	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.)	*				0,002	
2/15664	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG					0,002	
2/15669	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51 a AMFG (Darl. Rückz.)					0,001	
		Summe 156...					0,005	
		Gesamteinnahmen 15...		11.307,321	11,349	11.318,670	57.111,625	58.522,492

Anmerkungen:

2/15600 Zweckgebunden im Sinne des § 12 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957. Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15607 (0,001 Millionen Schilling) und 1/15617 (0,001 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/16		Sozialversicherung:	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag		17.893,700			17.893,700	22.401,900	23.035,466
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag		707,000			707,000	547,800	440,300
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag		8.799,700			8.799,700	9.774,700	10.296,300
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag		1.395,900			1.395,900	1.843,700	1.778,800
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG		8.867,000			8.867,000	9.155,000	8.424,000
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag		4.758,700			4.758,700	3.291,800	4.508,200
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG		4.512,000			4.512,000	4.461,000	4.490,000
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag		7.975,400			7.975,400	8.093,600	7.121,500
		Summe 160...			54.909,400		54.909,400	59.569,500	60.094,566
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen		5.354,200			5.354,200	5.399,500	5.859,002
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen		47,400			47,400	42,800	49,812
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen ..		592,300			592,300	618,900	619,600
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen		59,800			59,800	63,700	72,400
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen		938,000			938,000	971,000	1.069,449
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen		3.044,400			3.044,400	3.144,900	3.309,589
		Summe 161...			10.036,100		10.036,100	10.240,800	10.979,852
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung		663,000			663,000	624,000	614,000
1/16227	22	Zuschuss zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger		0,001			0,001	0,001	
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen		21,000			21,000	27,000	20,094
		Summe 162...			684,001		684,001	651,001	634,094
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG		10,000			10,000	7,000	5,796
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten		0,001			0,001	0,001	
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung		365,000			365,000	345,000	335,000
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG		3,000			3,000	3,598	2,489
		Summe 164...			378,001		378,001	355,599	343,285
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld		365,500			365,500	335,200	301,300
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages		0,998			0,998	0,800	0,837
		Summe 165...			366,498		366,498	336,000	302,137
		Gesamtausgaben 16...			66.374,000		66.374,000	71.152,900	72.353,935

Anmerkungen:

1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

73

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/16		Sozialversicherung:							
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen			3.308,000	3.308,000	0,001
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	3,861
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	23,210
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen			145,000	145,000	139,000	143,811
		Gesamteinnahmen 16...							
					3.453,003	3.453,003	139,004	170,882

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/17		Gesundheit:							
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen				1,500	1,500	4,000	1,564
1/17204	21	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			0,001		0,001	0,001	
1/17206	21	Förderungen			78,584		78,584	61,656	60,885
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			5,100		5,100	12,000	7,776
1/17208	21	Aufwendungen			163,222		163,222	194,514	136,163
		Summe 1720...			246,907	1,500	248,407	272,171	206,388
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ...			0,002		0,002	0,002	
1/17218	12	Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)			823,932		823,932	4.816,175	4.068,630
1/1722		Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches:							
1/17223	21	Anlagen				0,255	0,255	0,300	
1/17226	21	Förderungen			19,619		19,619	23,081	23,081
1/17228	21	Aufwendungen			4,250		4,250	5,000	4,075
		Summe 1722...			23,869	0,255	24,124	28,381	27,156
1/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckgeb. Geb.):							
1/17236	21	Förderungen	*		100,000		100,000	100,000	4,086
1/1724		Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..*			421,000		421,000	519,000	467,533
		Summe 172...			1.615,710	1,755	1.617,465	5.735,729	4.773,794

Anmerkungen:

1/17236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17230 veranschlagt.

1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

75

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/17		Gesundheit:						
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):						
2/17230	21	Anteil der Umsatzsteuer	*	100,000		100,000	100,000	100,000
2/1724		Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	421,000		421,000	519,000	467,533
2/17294		Erfolgswirksame Einnahmen		29,612		29,612	75,002	82,674
	12			7,387		7,387	25,000	71,398
	21			22,225		22,225	50,002	11,276
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 172...		550,612	0,001	550,613	694,003	650,207

Anmerkungen:

- 2/17230 2000 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52824 in Höhe von 100,000 Millionen Schilling.
Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17236 veranschlagt.
- 2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/173		Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch. BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnol.							
1/1731		Veterinärwesen:							
1/17316		Förderungen			0,358		0,358		
	21				0,292		0,292		
	34				0,066		0,066		
1/17317	34	Epizootie			19,765		19,765		
1/17318	34	Aufwendungen			11,640		11,640		
		Summe 1731...			31,763		31,763		
1/1732		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17326	21	Förderungen			0,002		0,002		
1/17327	21	Entschädigungen			0,152		0,152		
1/17328	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ... *			5,861		5,861		
		Summe 1732...			6,015		6,015		
1/1733		Gentechnologie:							
1/17336	21	Förderungen			0,002		0,002		
1/17338	21	Aufwendungen			4,260		4,260		
		Summe 1733...			4,262		4,262		
1/1734		Strahlenschutz:							
1/17346	21	Förderungen			0,104		0,104		
1/17347	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,525		0,525		
1/17348	21	Aufwendungen			9,818		9,818		
		Summe 1734...			10,447		10,447		
		Summe 173...			52,487		52,487		
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408		Aufwendungen			5,106		5,106	4,800	4,676
	11				2,500		2,500	2,293	2,295
	21				2,606		2,606	2,507	2,381
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz			2,595		2,595	2,000	0,221
1/17427	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)			6.440,952		6.440,952	6.459,360	6.155,516
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz			25,095		25,095	40,000	33,252
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen ..			27,932		27,932	21,000	4,508
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen			49,500		49,500	45,000	54,147
1/17467	11	Schülerbeihilfen			2,400		2,400	4,000	3,136
		Summe 174...			6.553,580		6.553,580	6.576,160	6.255,456
1/179		Dienststellen:							
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben		78,586			78,586		
1/17903	21	Anlagen				8,994	8,994		
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,004		0,004		
1/17908	21	Aufwendungen			42,116		42,116		
		Summe 1790...		78,586	42,120	8,994	129,700		
1/1791		Bundesinstitut für Arzneimittel:							
1/17910	21	Personalausgaben		50,765			50,765		
1/17913	21	Anlagen				6,717	6,717		
1/17917	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,031		0,031		
1/17918	21	Aufwendungen			29,236		29,236		
		Summe 1791...		50,765	29,267	6,717	86,749		

Anmerkungen:

- 1/17328 Hievon 2000 1,212 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 1/51288
1/17338 Hievon 2000 0,254 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 1/51288
1/17903 Hievon 2000 4,200 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 1/51218
1/17908 Hievon 2000 1,555 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 1/51288

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

77

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/173		Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch. : BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnol.						
2/17314	34	Epizootie		1,259		1,259		
2/1733		Gentechnologie: Umweltfonds						
2/17334	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,020		0,020		
	34			0,011		0,011		
				0,009		0,009		
2/17337	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006		
	34				0,005	0,005		
					0,001	0,001		
		Summe 1733...		0,020	0,006	0,026		
		Summe 173...		1,279	0,006	1,285		
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:						
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,052		0,052	0,100	0,008
2/179		Dienststellen:						
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen		32,500		32,500		
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,047	0,047		
		Summe 1790...		32,500	0,047	32,547		
2/1791		Bundesinstitut für Arzneimittel:						
2/17914	21	Erfolgswirksame Einnahmen		8,732		8,732		
2/17917	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,027	0,027		
		Summe 1791...		8,732	0,027	8,759		

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg. 1998
				pers.	sachl.				
1/1793		Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:							
1/17930	21	Personalausgaben		110,688			110,688		
1/17933	21	Anlagen				12,507	12,507		
1/17937	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,461		1,461		
1/17938	21	Aufwendungen			80,023		80,023		
		Summe 1793...		110,688	81,484	12,507	204,679		
1/1794		Bundes-Hebammenakademien: Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien							
1/17940	21	Personalausgaben		0,010			0,010	0,625	0,596
1/17943	21	Anlagen				0,004	0,004	0,500	0,006
1/17947	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,003		0,003	0,003	
1/17948	21	Aufwendungen			6,500		6,500	19,000	15,007
		Summe 1794...		0,010	6,503	0,004	6,517	20,128	15,608
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben		68,407			68,407		
1/17953	34	Anlagen	*			6,000	6,000		
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,007		0,007		
1/17958	34	Aufwendungen			42,451		42,451		
		Summe 1795...		68,407	42,458	6,000	116,865		
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:							
1/17960	34	Personalausgaben		16,635			16,635		
1/17963	34	Anlagen	*			1,778	1,778		
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,152		0,152		
1/17968	34	Aufwendungen			18,795		18,795		
		Summe 1796...		16,635	18,947	1,778	37,360		
1/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:							
1/17920	21	Personalausgaben						157,321	149,831
1/17923	21	Anlagen						19,500	16,022
1/17927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						1,900	1,354
1/17928	21	Aufwendungen						109,000	99,450
		Summe 1792...						287,721	266,658
		Summe 179...		325,091	220,779	36,000	581,870	307,849	282,266
		Gesamtausgaben 17...		325,091	8.442,556	37,755	8.805,402	12.619,738	11.311,515

Anmerkungen:

1/17953 Hievon 2000 0,210 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 1/51218

1/17963 Hievon 2000 0,217 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 1/51218

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

79

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/1793		Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:							
2/17934	21	Erfolgswirksame Einnahmen			194,658		194,658		
2/17937	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,018	0,018		
		Summe 1793...			194,658	0,018	194,676		
2/1794		Bundes-Hebammenakademien: Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien							
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen			3,000		3,000	0,019	2,217
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	
		Summe 1794...			3,000	0,003	3,003	0,022	2,217
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen			64,026		64,026		
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen				0,031	0,031		
		Summe 1795...			64,026	0,031	64,057		
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:							
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen			35,675		35,675		
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003		
		Summe 1796...			35,675	0,003	35,678		
2/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.							
2/17924	21	Erfolgswirksame Einnahmen						196,657	172,581
2/17927	21	Bestandswirksame Einnahmen						0,018	
		Summe 1792...						196,675	172,581
		Summe 179...			338,591	0,129	338,720	196,697	174,799
		Gesamteinnahmen 17...			890,534	0,136	890,670	890,800	825,013

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/18		Umwelt:							
1/180		Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:							
1/1800		Zentralleitung:							
1/18000	43	Personalausgaben		73,055			73,055	231,197	184,500
1/18003	43	Anlagen				1,000	1,000	7,498	4,578
1/18005		Bezugsvorschüsse				0,101	0,101	1,550	1,193
	23					0,002	0,002	0,825	0,080
	43					0,099	0,099	0,725	1,113
1/18007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,200		1,200	3,373	2,451
	22				1,194		1,194	2,890	1,990
	43				0,006		0,006	0,483	0,461
1/18008	43	Aufwendungen	*		20,693		20,693	128,540	127,289
		Summe 1800...		73,055	21,893	1,101	96,049	372,158	320,010
1/1801		Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):							
1/18017	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			74,100		74,100	222,300	
1/18018	21	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 1801...			74,101		74,101	222,301	
		Summe 180...		73,055	95,994	1,101	170,150	594,459	320,010
1/186		Umweltschutz:							
1/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/18603	21	Anlagen				0,004	0,004	0,792	1,792
1/18606	21	Förderungen			1,000		1,000	127,000	127,000
1/18607	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/18608	21	Aufwendungen	*		20,002		20,002	252,910	221,728
		Summe 1860...			21,003	0,004	21,007	380,703	350,520
1/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/18626	21	Förderungen	*		100,002		100,002	646,002	222,457
1/18628	21	Aufwendungen	*		4,000		4,000	114,000	23,332
		Summe 1862...			104,002		104,002	760,002	245,789
1/1863		Siedlungswasserwirtschaft:							
1/18636	37	Förderungen	*		103,002		103,002	2.349,000	1.849,997
1/1864		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/18646	37	Förderungen			40,000		40,000	490,000	423,326
1/18648	37	Aufwendungen	*		43,001		43,001	64,358	92,996
		Summe 1864...			83,001		83,001	554,358	516,322
1/18656		EU-Förderungen			0,007		0,007	0,007	40,892
	21				0,002		0,002	0,002	0,159
	37				0,005		0,005	0,005	40,733
		Summe 186...			311,015	0,004	311,019	4.044,070	3.003,521

Anmerkungen:

- 1/18008 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18608 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18626 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18620 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (100,000 Millionen Schilling).
1/18628 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/18636 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18630 (103,000 Millionen Schilling)
1/18648 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18630.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

81

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/18		Umwelt:							
2/180		Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:							
2/1800		Zentralleitung:							
2/18000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	0,003		0,003	0,002	2,096
2/18004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			12,146		12,146	47,346	3,104
2/18007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,008	0,008	0,008	0,013
2/18009		Bezugsvorschussersätze				0,302	0,302	0,751	1,222
	23					0,101	0,101	0,193	0,375
	43					0,201	0,201	0,558	0,846
		Summe 1800...			12,149	0,310	12,459	48,107	6,435
2/1801		Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):							
2/18014	21	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 180...			12,150	0,310	12,460	48,108	6,435
2/186		Umweltschutz:							
2/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:							
2/18604	21	Erfolgswirksame Einnahmen			0,055		0,055	0,006	0,278
2/18607	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	0,020
		Summe 1860...			0,055	0,003	0,058	0,009	0,298
2/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
2/18620	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	0,002		0,002	0,002	
2/1863		Siedlungswasserwirtschaft:							
2/18630	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	103,001		103,001	147,982	135,109
2/18634	37	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	378,000	
		Summe 1863...			103,002		103,002	525,982	135,109
		Summe 186...			103,059	0,003	103,062	525,993	135,407

Anmerkungen:

- 2/18000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/18008 (0,001 Millionen Schilling) und 1/18608 (0,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/18620 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 mitveranschlagt.
- 2/18630 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/18636 (103,000 Millionen Schilling) und 1/18648 (0,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/187		Umweltbundesamt:							
1/18700	21	Personalausgaben							87,433
1/18703	21	Anlagen							29,452
1/18707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							1,684
	21								0,075
	22								1,610
1/18708	21	Aufwendungen							98,984
		Summe 187...							217,553
		Gesamtausgaben 18...		73,055	407,009	1,105	481,169	4.638,529	3.541,084

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

83

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/187		Umweltbundesamt:							
2/18700	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	2,627
2/18704	21	Erfolgswirksame Einnahmen	6,076
2/18707	21	Bestandswirksame Einnahmen	0,200
				Summe 187...	8,903
				Gesamteinnahmen 18...	115,209	0,313	115,522	574,101	150,745

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/19		Jugend und Familie:							
1/191		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen			21,691		21,691	25,519	25,519
1/19118	22	Aufwendungen	*		24,882		24,882	29,274	29,274
		Summe 1911...			46,573		46,573	54,793	54,793
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen			0,009		0,009	0,002	
		Summe 191...			46,582		46,582	54,795	54,793
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen			37.389,600		37.389,600	34.541,000	31.726,022
1/19317	22	Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen			140,003		140,003	208,401	97,154
1/19327	22	Geburtenbeihilfen Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen			32,000		32,000	47,000	25,905
1/19337	22	Schülerfreifahrten			4.015,353		4.015,353	3.858,870	3.747,484
1/19347	22	Schulbücher			1.270,000		1.270,000	1.200,000	1.205,993
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten			195,639		195,639	185,698	190,300
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D)				1,000	1,000	1,000	0,132
1/19368	22	Aufwendungen			29,000		29,000	14,000	14,867
		Summe 1936...			29,000	1,000	30,000	15,000	14,999
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen			150,000		150,000	110,000	109,659
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19386	22	Förderungen			20,000		20,000		
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*		14.046,544		14.046,544	11.612,171	12.447,482
1/19388	22	Aufwendungen			13,000		13,000	3,000	1,611
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse				1.100,725	1.100,725	995,000	1.041,546
		Summe 1938...			14.079,544	1.100,725	15.180,269	12.610,171	13.490,639
1/19397	22	Rückzahlungen und Überweisungen			192,528		192,528	4.651,867	5.868,053
		Summe 193...			57.493,667	1.101,725	58.595,392	57.428,007	56.476,207
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19416	11	Förderungen			84,705		84,705	99,654	99,654
1/19418	11	Aufwendungen			13,549		13,549	15,940	15,927
1/19417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							
		Summe 194...			98,254		98,254	115,594	115,581
		Gesamtausgaben 19...			57.638,503	1.101,725	58.740,228	57.598,396	56.646,581

Anmerkungen:

1/19118 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19110.

1/19387 Hievon 2000 4.878,736 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/63550.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

85

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/19		Jugend und Familie:						
2/191		Familienpolitische Maßnahmen:						
2/1911		Familienpolitische Aktivitäten:						
2/19110	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,015		0,015	0,003	0,010
		Summe 1911...		0,016		0,016	0,004	0,010
2/1913		Reservfonds für Familienbeihilfen:						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,008		0,008	4.419,117	5.868,053
		Summe 1913...		0,024		0,024	4.419,121	5.868,063
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)		42.477,858		42.477,858	41.516,986	40.520,244
2/19301	22	Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)		0,016		0,016		
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer ... *		5.599,000		5.599,000	5.482,890	5.475,328
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer ... *		9.500,000		9.500,000	9.500,000	9.500,000
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		91,000		91,000	91,000	86,293
2/19330	22	Beiträge der Länder		147,666		147,666	147,666	147,665
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)		314,000		314,000	273,730	297,075
2/1936		Härteausgleich:						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,008		0,008	0,001	
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen			0,700	0,700	0,900	0,858
		Summe 1936...		0,008	0,700	0,708	0,901	0,858
2/19371	22	Familienberatungsstellen		0,008		0,008	0,001	
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse			465,128	465,128	414,832	448,745
2/19390	22	Ersatz vom Reservfonds für Familienbeihilfen ..		0,008		0,008	0,001	
		Summe 1939...		58.129,564	465,828	58.595,392	57.428,007	56.476,207
2/194		Jugend:						
2/1941		Außerschulische Jugenderziehung:						
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,105	0,152
		Gesamteinnahmen 19...		58.129,598	465,828	58.595,426	61.847,233	62.344,422

Anmerkungen:

2/19110 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19118 mitveranschlagt.

2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.

2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/20		Äußeres:							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		362,534			362,534	332,000	338,908
1/20003	43	Anlagen				5,500	5,500	15,283	16,633
1/20005		Bezugsvorschüsse				1,500	1,500	1,539	0,995
	23					0,300	0,300	0,300	0,130
	43					1,200	1,200	1,239	0,865
1/20006		Förderungen			69,965		69,965	77,394	67,431
	12				0,115		0,115		
	21				0,017		0,017	0,020	0,020
	43				69,833		69,833	77,374	67,411
1/20007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,342		6,342	7,000	5,569
	22				6,132		6,132	6,700	5,486
	43				0,210		0,210	0,300	0,083
1/20008	43	Aufwendungen	*		336,948		336,948	211,426	254,087
		Summe 2000...		362,534	413,255	7,000	782,789	644,642	683,624
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Hellbrunn			0,004		0,004	0,700	
1/20028	43	Presse und Information			8,500		8,500	8,000	9,083
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen			220,579		220,579	234,544	230,019
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			449,800		449,800	376,369	363,674
		Summe 2003...			670,379		670,379	610,913	593,693
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich ..			38,600		38,600	56,400	21,502
1/2007		Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS:							
1/20076		Förderungen			130,717		130,717		
	38				58,307		58,307		
	43				72,410		72,410		
1/20078	43	Aufwendungen			0,627		0,627		
		Summe 2007...			131,344		131,344		
1/2008		OSZE-Vorsitz 2000:							
1/20083	43	Anlagen				0,150	0,150		
1/20087	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001		
1/20088	43	Aufwendungen			46,249		46,249		
		Summe 2008...			46,250	0,150	46,400		
1/2005		EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):							
1/20053	43	Anlagen						1,800	2,164
1/20058	43	Aufwendungen						48,200	147,982
		Summe 2005...						50,000	150,146
1/2006		EU-Ratspräsidentschaft (Ressortbudget):							
1/20063	43	Anlagen						0,003	0,050
1/20067	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,001	
1/20068	43	Aufwendungen						4,500	46,447
		Summe 2006...						4,504	46,496
		Summe 200...		362,534	1.308,332	7,150	1.678,016	1.375,159	1.504,544

Anmerkungen:

1/20008 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

87

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/20		Äußeres:						
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:						
2/2000		Zentraleitung:						
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		15,618		15,618	22,567	29,082
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,312	0,312	0,033	
2/20009	23	Bezugsvorschussersätze			1,150	1,150	1,450	1,143
	43				0,150	0,150	0,250	0,150
					1,000	1,000	1,200	0,993
		Summe 2000...		15,619	1,462	17,081	24,051	30,225
2/2007		Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS:						
2/20074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
2/2008		OSZE-Vorsitz 2000:						
2/20084	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/2005		EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):						
2/20054	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
		Summe 200...		15,622	1,462	17,084	24,052	30,225

Anmerkungen:

2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		532,500			532,500	492,300	516,201
1/20103	43	Anlagen				60,586	60,586	197,963	189,758
1/20105	43	Bezugsvorschüsse				9,400	0,400	0,271	0,250
1/20106	22	Förderungen	*		5,031		5,031	5,431	5,053
1/20107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			30,700		30,700	35,800	26,306
	21				19,000		19,000	23,000	16,105
	22				8,620		8,620	9,600	7,809
	43				3,080		3,080	3,200	2,391
1/20108		Aufwendungen			975,900		975,900	936,467	1.014,674
	21				4,400		4,400	4,500	3,931
	43				971,500		971,500	931,967	1.010,742
		Summe 201...		532,500	1.011,631	60,986	1.605,117	1.668,232	1.752,242
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		37,500			37,500	38,000	36,804
1/20303	13	Anlagen				1,500	1,500	7,259	3,500
1/20305	13	Bezugsvorschüsse				0,100	0,100	0,100	0,024
1/20307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,180		2,180	2,550	1,334
	13				0,160		0,160	0,130	0,127
	21				1,500		1,500	1,750	0,812
	22				0,520		0,520	0,670	0,395
1/20308		Aufwendungen			69,387		69,387	68,000	65,064
	13				68,987		68,987	67,550	64,738
	21				0,400		0,400	0,450	0,325
		Summe 203...		37,500	71,567	1,600	110,667	115,909	106,725
1/204		Kulturelle Vorhaben:							
		<i>Kulturelle Veranstaltungen</i>							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen			5,700		5,700	5,700	5,703
	11				0,375		0,375	0,375	0,234
	13				5,323		5,323	5,323	5,468
	43				0,002		0,002	0,002	
1/20408	13	Aufwendungen			62,000		62,000	75,000	78,282
		Summe 204...			67,700		67,700	80,700	83,984
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen			664,500		664,500	803,000	905,000
	11				161,267		161,267	303,485	317,832
	12				19,000		19,000	19,000	6,594
	21				71,813		71,813	97,785	116,027
	22				26,501		26,501	10,000	32,382
	33				4,464		4,464	14,501	2,704
	34				94,817		94,817	85,511	135,148
	35				36,641		36,641	54,206	22,998
	36				90,343		90,343	114,008	112,377
	38				10,252		10,252	11,001	21,453
	43				149,402		149,402	93,503	137,486
1/20508	43	Aufwendungen			80,000		80,000	47,000	45,000
		Summe 205...			744,500		744,500	850,000	950,000
		Gesamtausgaben 20...		932,534	3.203,730	69,736	4.206,000	4.090,000	4.397,494

Anmerkungen:

1/20106 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

89

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/201		Vertretungsbehörden:						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/20104		Erfolgswirksame Einnahmen		43,853		43,853	64,178	60,103
	21			4,300		4,300	4,500	3,208
	43			39,553		39,553	59,678	56,895
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			1,722	1,722	2,326	0,884
2/20109	43	Bezugsvorschussersätze			0,250	0,250	0,250	0,204
		Summe 201...		43,854	1,972	45,826	66,755	61,191
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304		Erfolgswirksame Einnahmen		1,584		1,584	2,704	2,444
	13			1,532		1,532	2,673	2,388
	21			0,002		0,002	0,006	
	43			0,050		0,050	0,025	0,056
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,013	0,013	0,013	
2/20309	13	Bezugsvorschussersätze			0,025	0,025	0,025	0,023
		Summe 203...		1,584	0,038	1,622	2,742	2,466
2/204		Kulturelle Vorhaben: <i>Kulturelle Veranstaltungen</i>						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		1,566		1,566	3,620	4,142
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504		Erfolgswirksame Einnahmen		4,400		4,400	4,664	4,373
	38			1,000		1,000	1,000	2,360
	43			3,400		3,400	3,664	2,013
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen			28,795	28,795	23,692	98,845
		Summe 205...		4,400	28,795	33,195	28,356	103,218
		Gesamteinnahmen 20...		67,026	32,267	99,293	125,525	201,242

Anmerkungen:

2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/30		Justiz:							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		191,800			191,800	167,091	165,868
1/30003	43	Anlagen				3,400	3,400	4,000	4,000
1/30005	43	Bezugsvorschüsse				11,900	11,900	14,000	12,300
	23					3,800	3,800	4,000	3,388
	43					8,100	8,100	10,000	8,912
1/30006	23	Förderungen	*		217,100		217,100	215,488	207,160
	12				0,850		0,850	1,000	1,050
	43				216,250		216,250	214,488	206,110
1/30007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,000		2,000	2,264	2,019
	22				1,962		1,962	2,159	1,953
	43				0,038		0,038	0,105	0,066
1/30008	43	Aufwendungen			61,900		61,900	35,501	38,001
1/30018	42	Zahlungen an die BIG			40,300		40,300	42,614	39,509
		Summe 300...		191,800	321,300	15,300	528,400	480,958	468,856
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		123,300			123,300	121,097	110,699
1/30103	42	Anlagen				1,300	1,300	0,955	0,955
1/30107	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,400		1,400	1,295	1,244
	22				1,359		1,359	1,254	1,198
	42				0,041		0,041	0,041	0,046
1/30108	42	Aufwendungen			8,400		8,400	8,858	9,092
		Summe 301...		123,300	9,800	1,300	134,400	132,205	121,990
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		3.901,200			3.901,200	3.691,641	3.587,769
1/30203	42	Anlagen				103,900	103,900	149,545	121,579
1/30207	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.091,800		1.091,800	1.216,082	1.061,807
	22				77,265		77,265	71,480	65,459
	42				1.014,535		1.014,535	1.144,602	996,347
1/30208	42	Aufwendungen			1.795,500		1.795,500	1.864,177	1.856,140
1/30209	42	Aufwendungen (B)				0,100	0,100	0,050	0,100
		Summe 302...		3.901,200	2.887,300	104,000	6.892,500	6.921,495	6.627,394
1/303		Justizanstalten:							
1/3030		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		1.749,142			1.749,142	1.749,072	1.699,433
1/30303	42	Anlagen				37,510	37,510	45,000	56,000
1/30306	22	Förderungen			1,900		1,900	2,288	2,200
1/30307	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			44,711		44,711	42,740	44,402
	22				0,001		0,001	0,001	
	42				44,710		44,710	42,739	44,402
1/30308	42	Aufwendungen			1.065,997		1.065,997	1.149,134	1.114,664
		Summe 3030...		1.749,142	1.112,608	37,510	2.899,260	2.988,234	2.916,699
1/3031		Justizanstalt St. Pölten:	*						
1/30310	42	Personalausgaben		40,122			40,122		
1/30313	42	Anlagen				0,690	0,690		
1/30317	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,911		0,911		
1/30318	42	Aufwendungen			22,382		22,382		
		Summe 3031...		40,122	23,293	0,690	64,105		

Anmerkungen:

1/30006 Hievon 2000 0,060 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.

1/3031 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

91

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/30		Justiz:							
2/300		Bundesministerium für Justiz:							
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	0,060	0,060	0,065	0,025
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			3,265	3,265	2,123	4,034
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,005	0,005	0,005
2/30009	43	Bezugsvorschussersätze	12,800	12,800	12,500	11,777
	23				3,960	3,960	3,500	3,573
	43				8,840	8,840	9,000	8,204
			Summe 300...		3,325	12,805	16,130	14,693	15,836
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen			2,300	2,300	2,004	2,341
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen	0,002	0,002	0,002
			Summe 301...		2,300	0,002	2,302	2,006	2,341
2/302		Justizbehörden in den Ländern:							
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen			7.637,661	7.637,661	7.220,169	6.549,525
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen	0,160	0,160	0,130	0,282
			Summe 302...		7.637,661	0,160	7.637,821	7.220,299	6.549,807
2/303		Justizanstalten:							
2/3030		Justizanstalten:							
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen			459,100	459,100	433,256	448,339
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen	0,599	0,599	0,911	0,466
			Summe 3030...		459,100	0,599	459,699	434,167	448,805
2/3031		Justizanstalt St. Pölten:							
2/30314	42	Erfolgswirksame Einnahmen		*	11,062	11,062
2/30317	42	Bestandswirksame Einnahmen	0,001	0,001
			Summe 3031...		11,062	0,001	11,063

Anmerkungen:

2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.

2/3031 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/3032		Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg:	*						
1/30320	42	Personalausgaben		21,236			21,236		
1/30323	42	Anlagen				0,100	0,100		
1/30327	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,078		0,078		
1/30328	42	Aufwendungen			6,821		6,821		
		Summe 3032...		21,236	6,899	0,100	28,235		
		Summe 303...		1.810,500	1.142,800	38,300	2.991,600	2.988,234	2.916,699
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		80,500			80,500	93,100	90,798
1/30506	22	Förderungen			22,100		22,100	26,000	25,000
1/30508	42	Aufwendungen			286,400		286,400	259,193	227,017
1/30503	42	Anlagen						0,500	0,127
		Summe 305...		80,500	308,500		389,000	378,793	342,942
		Gesamtausgaben 30...		6.107,300	4.669,700	158,900	10.935,900	10.901,685	10.477,881

Anmerkungen:

1/3032 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

93

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/3032		Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg:	*					
2/30324	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,977		0,977		
2/30327	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
		Summe 3032...		0,977	0,001	0,978		
		Summe 303...		471,139	0,601	471,740	434,167	448,805
2/305		Bewährungshilfe:						
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,005	0,002
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 305...		0,005	0,002	0,007	0,007	0,002
		Gesamteinnahmen 30...		8.114,430	13,570	8.128,000	7.671,172	7.016,791

Anmerkungen:

2/3032 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/40		Militärische Angelegenheiten:							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		726,140			726,140	703,878	695,371
1/40003	41	Anlagen				14,000	14,000	17,000	37,949
1/40005	41	Bezugsvorschüsse				47,665	47,665	45,350	44,345
	23					14,315	14,315	14,000	12,185
	41					33,350	33,350	31,350	32,160
1/40006	41	Förderungen	*		3,650		3,650	3,650	5,725
1/40007	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,470		14,470	13,520	10,235
	21				0,030		0,030	0,030	0,089
	22				14,090		14,090	13,090	10,020
	41				0,350		0,350	0,400	0,126
1/40008	41	Aufwendungen			98,000		98,000	89,000	94,000
1/40018	41	Zahlungen an die BIG			58,600		58,600	49,933	52,933
		Summe 400...		726,140	174,720	61,665	962,525	922,331	940,558
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		10.127,843			10.127,843	9.650,207	9.473,767
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*			40,000	40,000	29,000	27,421
1/40107	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2.165,000		2.165,000	2.343,048	2.248,888
	21				150,024		150,024	173,137	183,159
	22				407,266		407,266	333,220	328,896
	41				1.607,710		1.607,710	1.836,691	1.736,833
1/40108	41	Aufwendungen	*		8.981,222		8.981,222	8.387,586	8.477,107
		Summe 401...		10.127,843	11.146,222	40,000	21.314,065	20.409,841	20.227,184
1/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
1/40208	41	Soldatenheime			95,000		95,000	106,200	101,191
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/40400	12	Personalausgaben		36,427			36,427	35,667	34,782
1/40403	12	Anlagen				5,061	5,061	2,802	3,198
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,015		0,015	0,005	0,008
1/40408	12	Aufwendungen			10,694		10,694	7,533	8,287
		Summe 4040...		36,427	10,709	5,061	52,197	46,007	46,275
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/40413	12	Anlagen				1,279	1,279	0,700	0,764
1/40418	12	Aufwendungen			0,863		0,863	1,100	0,922
		Summe 4041...			0,863	1,279	2,142	1,800	1,685
		Summe 404...		36,427	11,572	6,340	54,339	47,807	47,960

Anmerkungen:

- 1/40006 Hievon 2000 2,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.
1/40103 Hievon 2000 1,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/40108 Hievon 2000 3,952 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40100 und 0,002 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebunden Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602 und 2/50352.
1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

95

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/40		Militärische Angelegenheiten:						
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:						
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2,000		2,000	2,000	4,209
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen		112,898		112,898	89,921	98,354
	21			0,014		0,014	0,011	0,026
	41			112,884		112,884	89,910	98,327
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,034	0,034	0,051	
2/40009		Bezugsvorschussersätze			40,000	40,000	28,000	33,760
	23				10,000	10,000	7,000	8,450
	41				30,000	30,000	21,000	25,310
		Summe 400...		114,898	40,034	154,932	119,972	136,323
2/401		Heer und Heeresverwaltung:						
2/40100	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	3,950		3,950		
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen		310,838		310,838	299,792	290,231
	21			0,500		0,500	0,351	0,356
	41			310,338		310,338	299,441	289,876
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen		0,014		0,014	0,001	
		Summe 401...		314,802		314,802	299,793	290,231
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):						
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)		95,000		95,000	106,200	101,191
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,993		1,993	1,203	1,357
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,014	0,014	0,001	0,000
		Summe 4040...		1,993	0,014	2,007	1,204	1,357
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):						
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		2,142		2,142	1,800	1,999
		Summe 404...		4,135	0,014	4,149	3,004	3,356

Anmerkungen:

2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.

2/40100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40108 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		35,590			35,590	31,791	28,526
1/40503	34	Anlagen				2,370	2,370	1,800	3,837
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,100		2,100	1,140	0,938
1/40508	34	Aufwendungen			14,011		14,011	9,023	9,360
		Summe 405...		35,590	16,111	2,370	54,071	43,754	42,661
		Gesamtausgaben 40...		10.926,000	11.443,625	110,375	22.480,000	21.529,933	21.359,554

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

97

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		27,953	27,953	22,967	34,005
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,164	0,164	0,064	0,303
			Summe 405...	27,953	0,164	28,117	23,031	34,308
			Gesamteinnahmen 40...	556,788	40,212	597,000	552,000	565,408

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/50		Finanzverwaltung:							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/5000		Zentralleitung:							
1/50000	43	Personalausgaben		606,656			606,656	604,518	593,257
1/50003	43	Anlagen				3,872	3,872	3,972	5,352
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			24,300		24,300	39,058	26,672
	22				16,560		16,560	10,456	8,483
	43				7,740		7,740	28,602	18,189
1/50008	43	Aufwendungen			248,412		248,412	244,628	259,435
		Summe 5000...		606,656	272,712	3,872	883,240	892,176	884,716
1/5001		Einhebungsvergütung gem. Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss:							
1/50018	43	Einhebungsvergütungen gem. § 2a Abs. 4 ZollR-DG			0,100		0,100		
1/5002		IT-Bereich:							
1/50028	43	Aufwendungen			1.093,790		1.093,790	997,176	1.046,932
		Summe 500...		606,656	1.366,602	3,872	1.977,130	1.889,352	1.931,648
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*		80,002		80,002	80,002	273,670
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)			35,164		35,164	24,800	19,201
1/50128	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)			40,000		40,000	42,000	41,977
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen			629,040		629,040	786,300	531,663
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien			9,000		9,000	9,000	9,000
		Summe 501...			793,206		793,206	942,102	875,512
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):							
1/50204		Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			15.300,000		15.300,000	12.080,000	14.728,443
	21				15.240,000		15.240,000	12.000,000	14.628,443
	38				60,000		60,000	80,000	100,000
1/50216	34	Tiersicherungsförderungsgesetz			0,250		0,250	0,156	0,156
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*		1,567		1,567	1,710	1,065
	21				1,004		1,004	0,459	0,945
	22				0,563		0,563	1,251	0,120
1/5023		ÖKB-AG:							
1/50236	36	Förderungen - Zuschuss			240,000		240,000	300,000	194,188
1/50238	36	Aufwendungen			0,002		0,002	0,001	32,100
		Summe 5023...			240,002		240,002	300,001	226,288
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			300,000		300,000	380,000	380,000
1/50248	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5024...			300,001		300,001	380,001	380,000

Anmerkungen:

- 1/50107 Hievon 2000 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.
- 1/50226 Hievon 2000 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

99

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/50		Finanzverwaltung:						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/5000		Zentraleitung:						
2/50000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,003		0,003	10,001	21,433
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		797,275		797,275	107,723	121,095
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,050	0,050	0,050	
		Summe 5000...		797,278	0,050	797,328	117,774	142,528
2/5001		Einhebungsvergütung gem. Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss:						
2/50014	43	Einhebungsvergütungen		385,000		385,000	410,000	372,222
2/50015	43	Einhebungsvergütungen gem. § 2a Abs. 4 ZollR-DG ..		0,001		0,001		
		Summe 5001...		385,001		385,001	410,000	372,222
2/5002		IT-Bereich:						
2/50024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,477		0,477	1,000	122,749
		Summe 500...		1.182,756	0,050	1.182,806	528,774	637,499
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	*	0,002		0,002	0,002	193,670
2/50124	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)		35,300		35,300	37,800	
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze		0,006		0,006	0,050	0,006
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,200		2,200	1,300	4,234
		Summe 501...		37,508		37,508	39,152	197,910
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BGG (zweckgeb. Einn.)	*	0,200		0,200	0,200	0,427
2/50204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		10,002		10,002	11,443	2,781
	21			0,002		0,002		
	43			10,000		10,000	11,443	2,781
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen		30,750		30,750	30,001	28,747

Anmerkungen:

- 2/50000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50403 (0,002 Millionen Schilling) und VA-Ansatz 1/50408 (0,001 Millionen Schilling)
 2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
 2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):							
1/50256	43	Förderungen	*		150,000		150,000	150,000	138,962
1/50294		Zuschuss an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.			19,501		19,501	23,501	2,931
	36				19,500		19,500	23,500	2,000
	38				0,001		0,001	0,001	0,931
1/50295		Bezugsvorschüsse				54,622	54,622	62,233	53,011
	23					23,221	23,221	22,982	18,369
	33					15,000	15,000	25,000	16,726
	43					16,401	16,401	14,251	17,915
1/50296		Sonstige Förderungen			198,594		198,594	398,339	338,599
	36				122,081		122,081	308,101	274,137
	43				76,513		76,513	89,738	60,539
	23							0,500	3,923
		Summe 502...			16.209,915	54,622	16.264,537	13.395,941	15.869,455
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen			0,003		0,003	0,003	
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5030...			0,004		0,004	0,004	
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen			100,002		100,002	107,002	72,662
1/50318	43	Sonstige Zahlungen			0,100		0,100	0,100	
		Summe 5031...			100,102		100,102	107,102	72,662
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen			0,010		0,010	0,010	
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen			0,100		0,100	0,500	
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,150	0,011
1/50348	37	Aufwendungen			0,300		0,300	0,498	0,360
		Summe 5034...			0,450	0,001	0,451	0,649	0,371
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten			3,131		3,131	3,741	2,073
		Summe 503...			103,797	0,001	103,798	112,006	75,107

Anmerkungen:

1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.

1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

101

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	150,000		150,000	150,000	138,962
2/50296	23	Einnahmen aus Zuschüssen		0,008		0,008	0,015	13,516
	36			0,001		0,001	0,001	13,369
2/50299	36	Bezugsvorschussersätze		0,007		0,007	0,014	0,147
	23				57,892	57,892	57,467	44,145
	33				25,906	25,906	15,042	12,343
	43				15,000	15,000	25,000	15,381
					16,986	16,986	17,425	16,421
		Summe 502...		190,960	57,892	248,852	249,126	228,578
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:						
2/5030		Schäden im Inland:						
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/5031		Schäden im Ausland:						
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,466		0,466	0,410	2,420
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,241		0,241	0,160	0,452
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen			5,500	5,500	5,500	7,420
		Summe 5034...		0,241	5,501	5,742	5,661	7,872
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	*		0,002	0,002	0,001	
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,222		1,222	1,411	1,471
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			98,002	98,002	155,003	134,075
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen			0,100	0,100	0,095	0,102
		Summe 5035...		1,222	98,104	99,326	156,510	135,649
		Summe 503...		1,930	103,605	105,535	162,582	145,941

Anmerkungen:

2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.

2/50352 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40108 und 1/64753 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		6.810,374			6.810,374	6.493,919	6.388,126
1/50403	43	Anlagen	*			47,366	47,366	47,823	41,818
1/50407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			160,000		160,000	166,897	144,806
	43				158,709		158,709	165,054	143,803
	43				1,291		1,291	1,843	1,003
1/50408	43	Aufwendungen	*		932,338		932,338	1.178,114	1.090,337
		Summe 5040...		6.810,374	1.092,338	47,366	7.950,078	7.886,753	7.665,087
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften.			1.000,000		1.000,000	1.000,000	766,433
1/50428	43	Zahlungen an die BIG			70,000		70,000	77,500	59,886
1/50438	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG	*					11,000	16,588
		Summe 504...		6.810,374	2.162,338	47,366	9.020,078	8.975,253	8.507,993
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundespensionsamt:							
1/50700	43	Personalausgaben		75,430			75,430	70,856	67,363
1/50703	43	Anlagen				0,500	0,500	0,904	5,790
1/50707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,650		1,650	1,396	1,449
	43				1,634		1,634	1,380	1,249
	43				0,016		0,016	0,016	0,200
1/50708	43	Aufwendungen			35,100		35,100	45,440	36,002
		Summe 5070...		75,430	36,750	0,500	112,680	118,596	110,603
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		57,000			57,000	56,132	54,912
1/50713	43	Anlagen				0,127	0,127	0,156	0,130
1/50717	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,650		0,650	0,858	0,507
	43				0,642		0,642	0,850	0,507
	43				0,008		0,008	0,008	0,000
1/50718	43	Aufwendungen			4,840		4,840	6,480	5,780
		Summe 5071...		57,000	5,490	0,127	62,617	63,626	61,330

Anmerkungen:

- 1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 13,500 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
- 1/50408 Hievon 2000 7,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180 und 0,001 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
Hinsichtlich eines Teilbetrages von 15,238 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
- 1/50438 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

103

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		255,118		255,118	227,807	247,572
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen			5,925	5,925	1,600	1,710
		Summe 5040...		255,118	5,925	261,043	229,407	249,282
2/50434	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG		0,001		0,001	11,001	21,804
		Summe 504...		255,119	5,925	261,044	240,408	271,086
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundespensionsamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		9,500		9,500	9,115	9,603
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 5070...		9,500	0,004	9,504	9,119	9,603
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		22,279		22,279	19,697	25,920
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5071...		22,279	0,003	22,282	19,700	25,920

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:							
1/50720	43	Personalausgaben		21, 295			21, 295	20, 591	19, 526
1/50723	43	Anlagen				0, 500	0, 500	0, 702	0, 702
1/50727		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 400		0, 400	0, 766	0, 386
	22				0, 383		0, 383	0, 752	0, 378
	43				0, 017		0, 017	0, 014	0, 008
1/50728	43	Aufwendungen			5, 451		5, 451	7, 024	6, 036
		Summe 5072...		21, 295	5, 851	0, 500	27, 646	29, 083	26, 651
		Summe 507...		153, 725	48, 091	1, 127	202, 943	211, 305	198, 584
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben		584, 482			584, 482	657, 367	600, 118
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			13, 500		13, 500	18, 030	17, 259
1/50808	38	Aufwendungen			0, 972		0, 972	1, 049	0, 886
		Summe 5080...		584, 482	14, 472		598, 954	676, 446	618, 264
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben		1, 808			1, 808	1, 452	1, 540
1/50818	36	Aufwendungen			0, 006		0, 006	0, 015	0, 002
		Summe 5081...		1, 808	0, 006		1, 814	1, 467	1, 542
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben		19, 300			19, 300	17, 191	17, 176
1/50828	37	Aufwendungen			0, 060		0, 060	0, 054	0, 048
		Summe 5082...		19, 300	0, 060		19, 360	17, 245	17, 224
1/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:							
1/50830	33	Personalausgaben		16. 314, 954			16. 314, 954	15. 936, 000	16. 088, 440
1/50838	33	Aufwendungen			1. 170, 000		1. 170, 000	1. 202, 000	1. 257, 110
		Summe 5083...		16. 314, 954	1. 170, 000		17. 484, 954	17. 138, 000	17. 345, 549
		Summe 508...		16. 920, 544	1. 184, 538		18. 105, 082	17. 833, 158	17. 982, 579
		Gesamtausgaben 50...		24. 491, 299	21. 868, 487	106, 988	46. 466, 774	43. 359, 117	45. 440, 877

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

105

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
2/50724	43	Erfolgswirksame Einnahmen		25,000	25,000	35,381	29,815
2/50727	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,006	0,006	0,006
			Summe 5072...	25,000	0,006	25,006	35,387	29,815
			Summe 507...	56,779	0,013	56,792	64,206	65,337
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		597,808	597,808	676,531	618,521
2/5081		Österreichische Salinen AG:						
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG		1,815	1,815	1,467	1,536
2/5082		Amt der Münze Österreich:						
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG		19,361	19,361	17,246	17,224
2/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:						
2/50834	33	Erfolgswirksame Einnahmen		17.430,444	17.430,444	17.133,000	17.313,191
			Summe 508...	18.049,428	18.049,428	17.828,244	17.950,472
			Gesamteinnahmen 50...	19.774,480	167,485	19.941,965	19.112,492	19.496,823

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
51		Kassenverwaltung:	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51038	43	Kursverluste			50,000		50,000	0,001	65,233
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51048	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	0,010
1/51047	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							14,665
		Summe 5104			0,001		0,001	0,001	14,674
1/51003	43	Erwerb von Bundestiteln							
1/51058	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)							
		Summe 510			50,001		50,001	0,002	79,907
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/51108	43	Aufwendungen			401,319		401,319	396,605	438,672
		Summe 5110			401,320		401,320	396,606	438,672
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/51118	43	Aufwendungen			2.542,002		2.542,002	0,001	0,000
		Summe 5111			2.542,003		2.542,003	0,002	0,000
		Summe 511			2.943,323		2.943,323	396,608	438,672
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage				0,001	0,001	0,001	1.999,825
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage				1,147	1,147	110,148	1.238,466
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage				0,001	0,001	0,001	27,388
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage				0,001	0,001	0,001	10.796,821
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage.				0,004	0,004	0,003	239,139
1/51289	43	Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage				0,001	0,001		654,950
		Summe 512				1,155	1,155	110,154	14.956,589

Anmerkungen:

- 51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
- 1/5110 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (301,320 Millionen Schilling) und durch veranschlagte Rücklagenentnahmen bei VA-Ansatz 2/51248 (100,000 Millionen Schilling).
2000 Überweisung an VA-Ansatz 2/65300 (401,317 Millionen Schilling).
- 1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (1667,228 Millionen Schilling) und durch veranschlagte Rücklagenentnahmen bei VA-Ansatz 2/51248 (874,775 Millionen Schilling).
2000 Überweisung an VA-Ansätze 2/18630 (89,003 Millionen Schilling) und 2/61230 (2453,000 Millionen Schilling).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

107

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
51		Kassenverwaltung:						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51034	43	Kursgewinne		0,001		0,001	0,001	35,053
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		272,002		272,002	562,501	1.018,117
2/51017	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz						
2/51019	43	Bestandswirksame Einnahmen					0,001	
2/51054	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)						
		Summe 510...		272,003		272,003	562,503	1.053,171
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	301,320		301,320	396,606	392,539
	12			0,001		0,001	0,001	
	36			1,037		1,037	16,602	11,723
	43			300,282		300,282	380,003	380,815
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1.667,228		1.667,228	40,000	20,368
		Summe 511...		1.968,548		1.968,548	436,606	412,907
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	349,318
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)	*		4,628	4,628	8,001	8,000
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)			0,201	0,201	0,138	935,522
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*		974,800	974,800	456,017	230,003
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage			0,001	0,001	0,001	
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage			0,001	0,001	3.000,000	
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	1.232,303
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)	*		93,001	93,001	0,001	
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)			0,004	0,004	0,003	418,573
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	
2/51287	43	Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (nicht veranschl.)			0,001	0,001		
2/51288	43	Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (veranschlagt)	*		3,021	3,021		
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*		6.462,225	6.462,225	1.483,619	903,990
		Summe 512...			7.537,886	7.537,886	4.947,783	4.077,709

Anmerkungen:

- 2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.
2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111.
2/51218 Korrespondierende Ausgaben 2000 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/17903 (4,200 Millionen Schilling), 1/17953 (0,210 Millionen Schilling) und 1/17963 (0,217 Millionen Schilling).
2/51248 Korrespondierende Ausgaben 2000 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10103 (0,002 Millionen Schilling), 1/10108 (0,001 Millionen Schilling), 1/51108 (100,000 Millionen Schilling) und 1/51118 (874,775 Millionen Schilling).
2/51268 Korrespondierende Ausgaben 2000 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/61246 (93,000 Millionen Schilling).
2/51288 Korrespondierende Ausgaben 2000 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/17328 (1,212 Millionen Schilling), 1/17338 (0,254 Millionen Schilling) und 1/17908 (1,555 Millionen Schilling).
2/51297 Hievon 18,709 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/10006, 0,104 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/13003, 0,100 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/13023, 0,874 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/13043, 0,213 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/13048, 19,231 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20003, 19,231 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20003, 10,636 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20053, 131,088 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20058, 0,353 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20063, 0,022 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20068, 3,953 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20068, 69,393 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20103, 0,861 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20203, 19,133 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20303, 1363,010 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/51817, 1078,066 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/51818, 3584,149 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/54729 und 162,330 Millionen Schilling ohne Ansatzzuordnung.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180	43	Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		0,002			0,002	0,002	
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
		Summe 5180...		0,002	0,002		0,004	0,004	
1/5181	43	Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen			24,000		24,000	24,000	
1/51817	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			995,000		995,000	1.504,000	
	21				994,300		994,300	1.503,400	
	43				0,700		0,700	0,600	
1/51818	21	Aufwendungen			894,000		894,000	1.113,295	
	43				0,300		0,300	0,300	
		Summe 5181...			893,700		893,700	1.112,995	
					1.913,000		1.913,000	2.641,295	
1/5183		Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive:							
1/51836	12	Förderungen						1.000,000	
		Summe 518...		0,002	1.913,002		1.913,004	3.641,299	
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben			0,002		0,002	0,002	
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)			2.000,003		2.000,003	158,003	77,922
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)				280.000,001	280.000,001	75.000,000	51.094,787
		Summe 5191...			2.000,003	280.000,001	282.000,004	75.158,003	51.172,710
		Summe 519...			2.000,005	280.000,001	282.000,006	75.158,005	51.172,710
		Summe 1/51...		0,002	6.906,331	1,155	6.907,488	4.306,068	15.553,091
		Summe 7/51...				280.000,001	280.000,001	75.000,000	51.094,787
		Gesamtausgaben 51...		0,002	6.906,331	280.001,156	286.907,489	79.306,068	66.647,879

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

109

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		700,000	700,000	1.289,000	1.123,246
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)		0,001	0,001	0,001	997,275
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)		0,001	0,001	10.383,066	11.163,830
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		600,000	600,000	1.748,139	1.435,484
2/51325	43	Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)		0,001	0,001	0,001	394,880
2/51304	43	Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)			485,931
		Summe 513...		1.300,003	1.300,003	13.420,207	15.600,646
2/514		Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000-2006)::						
2/51405	43	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		301,665	301,665
2/51406	43	Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)		0,001	0,001
2/51415	43	Europ. Regionalfonds (EU)		407,000	407,000
2/51425	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		68,000	68,000
2/51426	43	EAGFL/Garantie (EU)		12.169,999	12.169,999
		Summe 514...		12.946,665	12.946,665
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen		0,001	0,001	0,001	7,401
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes			280.000,001	280.000,001	75.000,000	51.280,600
		Summe 519...		0,001	280.000,001	280.000,002	75.000,001	51.288,001
		Summe 2/51...		16.487,220	7.537,886	24.025,106	19.367,100	21.151,834
		Summe 8/51...		280.000,001	280.000,001	75.000,000	51.280,600
		Gesamteinnahmen 51...		16.487,220	287.537,887	304.025,107	94.367,100	72.432,434

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	ERFOLGS- WIRKSAME EINNAHMEN	BESTANDS- WIRKSAME EINNAHMEN	BUNDESVOR- ANSCHLAG 2000	BUNDESVOR- ANSCHLAG 1999	ERFOLG 1998
2/52		Öffentliche Abgaben:						
2/520		Einkommen- und Vermögensteuern:						
2/52004		Veranlagte Einkommensteuer	*	41.000,000		41.000,000	42.000,000	41.471,956
	43			41.000,000		41.000,000	42.000,000	38.340,821
	22							3.131,135
2/52014		Lohnsteuer	*	194.000,000		194.000,000	198.000,000	193.651,050
	43			194.000,000		194.000,000	198.000,000	182.918,636
	22							10.732,414
2/52024		Kapitalertragsteuer	*	6.500,000		6.500,000	5.000,000	5.372,031
	43			6.500,000		6.500,000	5.000,000	5.268,136
	22							103,895
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		21.000,000		21.000,000	25.000,000	21.312,669
2/52034		Körperschaftsteuer	*	48.000,000		48.000,000	48.000,000	52.113,960
	43			48.000,000		48.000,000	48.000,000	51.106,076
	22							1.007,884
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		5,000		5,000	5,000	6,661
2/52044	43	Gewerbesteuer	*	65,000		65,000	10,000	435,551
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer		48,000		48,000	8,000	324,785
2/52064	43	Vermögensteuer		5,000		5,000	5,000	50,803
2/52065	43	Erbschaftssteueräquivalent		0,001		0,001	0,001	37,236
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		1.700,000		1.700,000	1.300,000	1.437,637
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		280,000		280,000	280,000	276,136
2/52084	43	Bodenwertabgabe		75,000		75,000	75,000	75,059
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		8.170,000		8.170,000	7.800,000	7.676,197
2/52094	43	Sonderabgabe von Banken		0,002		0,002	0,001	36,013
		Summe 520...		320.848,003		320.848,003	327.483,002	324.277,745
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	175,000		175,000	140,000	138,365
		Summe 520 und 521...		321.023,003		321.023,003	327.623,002	324.416,110
2/522		Umsatzsteuer:						
2/52204	43	Umsatzsteuer		235.000,000		235.000,000	233.000,000	216.247,487
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben:						
2/52304	43	Zölle		3.100,003		3.100,003	3.500,000	3.297,004
2/52364	43	Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben		0,002		0,002	0,002	-0,510
		Summe 523...		3.100,005		3.100,005	3.500,002	3.296,494

Anmerkungen:

- 2/52004)
2/52014) Anteilige korrespondierende Ausgaben für Familienlastenausgleich bei den VA-Ansätzen 2/52874, 2/52875 und
2/52024) für den Katastrophenfonds bei VA-Ansatz 2/52894.
2/52034)
2/52044) Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.
2/52180) Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (99,960 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen
1/12456 (7,056 Millionen Schilling), 1/12486 (10,584 Millionen Schilling), 1/50408 (7,000 Millionen Schilling)
und 2/52804, AB 13 (50,400 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N		Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
						pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:			*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

113

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/524		Verbrauchssteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		16.800,000		16.800,000	15.500,000	15.077,464
2/52414	43	Biersteuer		1.900,000		1.900,000	2.200,000	2.040,250
2/52444	43	Mineralölsteuer		37.500,000		37.500,000	35.000,000	35.647,002
2/52464	43	Alkoholsteuer		1.200,000		1.200,000	1.400,000	1.203,259
2/52484	43	Schaumweinsteuer		300,000		300,000	300,000	318,694
2/52420	34	Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)						
		Summe 524...		57.700,000		57.700,000	54.400,000	54.286,670
2/525		Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben: Stempel- und Rechtsgebühren						
2/52514	43	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben		10.700,000		10.700,000		
2/52504	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren					4.300,000	4.292,660
2/52524	43	Übrige Gebühren					6.200,000	7.559,014
		Summe 525...		10.700,000		10.700,000	10.500,000	11.851,675
2/526		Verkehrssteuern:						
2/52604	43	Kapitalverkehrssteuern		1.600,000		1.600,000	1.300,000	1.522,031
2/52605	43	Sicherheitsabgabe		350,000		350,000	250,000	347,186
2/52615	43	Energieabgabe		7.800,000		7.800,000	6.500,000	5.465,988
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		6.000,000		6.000,000	5.900,000	5.382,729
2/52634	43	Gründerwerbsteuer		5.900,000		5.900,000	5.800,000	5.567,088
2/52644	43	Versicherungssteuer		9.900,000		9.900,000	10.500,000	9.990,201
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		13.500,000		13.500,000	10.000,000	9.764,154
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe		1.000,000		1.000,000	1.200,000	1.045,304
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) *		1.044,000		1.044,000	1.044,000	1.020,379
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		756,000		756,000	756,000	697,958
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.400,000		1.400,000	1.350,000	1.340,851
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.700,000		2.700,000	2.700,000	2.671,876
2/52690	21	Alllastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) ... *		1.000,000		1.000,000	760,000	597,716
		Summe 526...		52.950,000		52.950,000	48.060,000	45.413,460
		Summe 522 bis 526...		359.450,005		359.450,005	349.460,002	331.095,785
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		2.400,003		2.400,003	4.000,000	14.735,528
		Summe 520 bis 527...		682.873,011		682.873,011	681.083,004	670.247,423

Anmerkungen:

2/52661	Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz:	BVA 2000	BVA 1999	Erfolg 1998
	1/65204	1.044,000	1.044,000	1.254,000
2/52690	Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 (100,000 Millionen Schilling) sowie beim VA-Ansatz 1/61226 (750,000 Millionen Schilling) und bei 1/61248 (0,001 Millionen Schilling).			

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten			11,000	11,000	12,800	14,779
1/52718	43	Verkaufsvergütungen			104,000	104,000	134,450	124,163
1/52728	43	Verfahrenskosten			15,000	15,000	14,970	14,501
		Gesamtausgaben 52...				130,000	162,220	153,443

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

115

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/528		Ab Überweisungen (I):							
2/52804	13	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	*		-171012,072		-171012,072	-172130,676	-162995,213
	43				-50,400		-50,400	-40,320	-39,517
					-170961,672		-170961,672	-172090,356	-162955,695
2/52805	43	Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung ..	*		-1.410,859		-1.410,859	-1.418,820	-1.281,060
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden	*		-65,000		-65,000	-10,000	-413,502
2/52824	21	Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung	*		-100,000		-100,000	-100,000	-100,000
2/52834	37	Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft			-650,527		-650,527	-0,001	
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	*		-5.415,200		-5.415,200	-5.482,890	-5.475,328
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	*		-9.500,000		-9.500,000	-9.500,000	-9.500,000
2/52894	43	An den Katastrophenfonds	*		-3.998,400		-3.998,400	-4.048,380	-4.036,821
2/52820	21	Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung							
		Summe 528...			-192152,058		-192152,058	-192690,767	-183801,924
2/529		Ab Überweisungen (II):							
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union			-32.485,000		-32.485,000	-31.500,000	-26.225,172
		Gesamteinnahmen 52...			458.235,953		458.235,953	456.892,237	460.220,328

Anmerkungen:

- 2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
2/52805 Hievon 2000 Überweisung an VA-Ansatz 2/53205 in Höhe von 1.410,859 Millionen Schilling.
2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.
2/52824 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52204. Überweisung an VA-Ansatz 2/17230.
2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.
Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.
2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.
2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.
Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/53		Finanzausgleich:	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder			1.363,000		1.363,000	1.530,000	1.259,519
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden			1.082,996		1.082,996	1.098,943	1.057,926
1/53027	43	Bedarfszuweisung an Länder			7.905,335		7.905,335	7.930,105	7.750,022
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.			919,460		919,460	745,605	655,419
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden			15,000		15,000	15,000	
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut			25,000		25,000	24,500	67,890
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.			200,000		200,000	200,000	300,000
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten			2.221,450		2.221,450	2.025,800	2.016,905
		Summe 530...			13.732,241		13.732,241	13.569,953	13.107,681
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53207	21	Zuschüsse für Krankenanstalten			1.410,859		1.410,859	1.418,820	1.315,585
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz			350,000		350,000	400,000	323,382
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			293,000		293,000	293,000	293,000
1/53228	13	Aufwendungen			3,000		3,000	20,400	21,000
		Summe 5322...			296,000		296,000	313,400	314,000
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG			100,000		100,000	126,000	131,181
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG			24.500,000		24.500,000	24.500,000	24.500,000
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden			120,000		120,000	120,000	120,000
1/53297	22	Kinderbetreuungseinrichtungen			596,250		596,250	0,002	473,813
		Summe 532...			27.373,109		27.373,109	26.878,222	27.177,961
1/533		Zweckzuschüsse des Bundes II:							
1/53307	43	Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen			0,001		0,001		

Anmerkungen:

1/53 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

117

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/53		Finanzausgleich:						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergewinne an Zweckzuschüssen des Bundes		0,002	0,002	0,002
2/53205	21	Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung ... *		1.410,859	1.410,859	1.418,820	1.281,060
2/53214	43	Übergewinne an Finanzzuweisungen des Bundes		0,001	0,001	0,001
2/53254	23	Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion	0,001	0,020
2/53274	23	Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987	0,003
		Summe 532...		1.410,862	1.410,862	1.418,827	1.281,080

Anmerkungen:

2/53205 2000 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 in Höhe von 1.410,862 Millionen Schilling.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen			141,943		141,943	143,717	107,055
1/53418	43	Zahlungen an Länder			397,841		397,841	402,814	410,119
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden			306,677		306,677	310,511	342,166
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen			0,011		0,011	0,011	0,000
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*		249,900		249,900	253,024	140,429
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*		2.682,039		2.682,039	2.738,314	2.188,604
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*		50,000		50,000	50,000	50,000
1/53488	43	Hagelversicherung	*		170,000		170,000	150,000	139,153
		Summe 534			3.998,411		3.998,411	4.048,391	3.377,527
		Gesamtausgaben 53 ...			45.103,762		45.103,762	44.496,566	43.663,169

Anmerkungen:

- 1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890 und 2/65660, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858 und 1/65668 verausgabt werden.
- 1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/65460, 2/65650, 2/65660, 2/65410 und 2/65440, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/65466, 1/65653, 1/65658, 1/65668, 1/65413, 1/65418 und 1/65448 verausgabt werden.
- 1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.
- 1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

119

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):						
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds	*	3.998,411	3.998,411	4.118,382	3.377,527
		Gesamteinnahmen 53...		5.409,273	5.409,273	5.537,209	4.658,607

Anmerkungen:

2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (3.998,400 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen und Rückzahlungen (00,011 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
54		Bundesvermögen:	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen				0,001	0,001	0,001
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen				0,002	0,002	0,002
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)				0,001	0,001	0,001
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen				1.160,012	1.160,012	1.660,612	919,559
1/54063	33	Post- u. Telekom Beteiligungsverwaltungsgesellschaft				0,001	0,001	0,001
1/54093	23	Sonstige Unternehmungen				48,208	48,208	41,010
	32				11,201	11,201	0,001
	33				0,002	0,002	0,002
	36				37,002	37,002	41,003
	37				0,001	0,001	0,001
	38				0,001	0,001	0,001
		Summe 540...				1.208,225	1.208,225	1.701,627	919,559
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002	0,002	0,002
1/54108	43	Aufwendungen			1,500	1,500	1,057	1,751
		Summe 541...			1,502	1,502	1,059	1,751

Anmerkungen:

- 54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

121

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/54		Bundesvermögen:						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,001	0,001	0,001
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		251,491	251,491	125,745	125,746
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54054	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	337,850
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen	0,001	0,001	0,001
		Summe 5405...		0,001	0,001	0,002	0,001	337,850
2/54065	33	Post- u. Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft ...		0,001	0,001	0,001
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	80,000	80,000	80,000	80,000
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		10.328,250	10.328,250	7.327,500	11.255,401
		Summe 5407...		10.408,250	10.408,250	7.407,500	11.335,401
2/54094		Sonstige Unternehmungen						
	23			31,408	31,408	174,807	201,130
	32			16,500	16,500	12,600	25,715
	33			5,000	5,000	3,200	1,987
	36			9,901	9,901	159,000	138,423
	37			0,001	0,001	0,001	5,000
	38			0,001	0,001	0,001
		Summe 540...		0,005	0,005	0,005	30,004
		Summe 540...		10.691,152	0,001	10.691,153	7.708,055	12.000,127
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184		Erfolgswirksame Einnahmen		623,701	623,701	0,002	2.601,418
	33			0,001	0,001	0,001
	38			623,700	623,700	0,001	2.601,418
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen	63,006	63,006	3.000,008	196,137
	23			0,001	0,001	0,001
	33			0,003	0,003	0,002	95,582
	35			0,001	0,001	0,002
	38			63,001	63,001	3.000,003	100,555
		Summe 5418...		623,701	63,006	686,707	3.000,010	2.797,555
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung						
	13			0,003	0,003	0,134	0,422
	33			0,001	0,001	0,132	0,422
				0,002	0,002	0,002
		Summe 541...		623,703	63,009	686,712	3.000,146	2.797,977

Anmerkungen:

2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (80,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/542		Bundesarlehen:							
1/54215	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft				0,001	0,001	0,001
1/54255		Sonstige Unternehmungen				9,000	9,000	12,182	12,059
	23					8,998	8,998	12,179	12,059
	32					0,001	0,001	0,001
	33					0,001	0,001	0,002
1/54285	43	Ausland				0,001	0,001	0,001
		Summe 542...				9,002	9,002	12,184	12,059
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)			0,180		0,180	0,180
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)			1,000		1,000	1,500
		Summe 545...			1,180		1,180	1,680
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen			17,000		17,000	5,610	5,443

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

123

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/542		Bundесdarlehen:						
2/5421		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:						
2/54214	36	Zinsen		213,100		213,100	225,000	182,000
2/54219	36	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	575,000	218,000
		Summe 5421...		213,100	0,001	213,101	800,000	400,000
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		82,442		82,442	70,808	83,461
	23			78,660		78,660	65,385	78,310
	32			0,001		0,001	0,001	
	33			3,781		3,781	5,422	5,151
2/54259		Darlehensrückzahlungen			107,724	107,724	90,498	89,244
	23				96,471	96,471	82,516	81,194
	32				0,001	0,001	0,001	
	33				11,251	11,251	7,980	8,050
	36				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5425...		82,442	107,724	190,166	161,306	172,705
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		20,500		20,500	50,000	49,673
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen			45,000	45,000	765,000	
		Summe 5428...		20,500	45,000	65,500	815,000	49,673
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,047		0,047	0,050	0,048
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen			0,137	0,137	0,140	0,160
		Summe 5429...		0,047	0,137	0,184	0,190	0,207
		Summe 542...		316,089	152,862	468,951	1.776,496	622,586
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	
2/54307	33	Rückzahlungen			37,000	37,000	41,000	
		Summe 543...		0,001	37,000	37,001	41,001	
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5451		Einziehungen auf Grund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		63,562		63,562	55,001	121,372
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*		1,030	1,030	1,014	68,339
2/54607	43	Veräußerungen			5.000,008	5.000,008	3.143,050	379,013
2/54608	43	Veräußerungen (sonstige)			0,003	0,003	0,001	26,140
2/54624	43	Fruchtgenussentgelte und Abgeltung		1.108,001		1.108,001	1.091,000	1.198,888
2/54626	43	Fruchtgenussentgelt		0,001		0,001		
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3,000		3,000	3,000	4,049
2/54625	43	Fruchtgenussentgelt (ASFINAG)						
		Summe 546...		1.111,002	5.001,041	6.112,043	4.238,065	1.676,429

Anmerkungen:

2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12003 (0,003 Millionen Schilling), 1/40103 (1,020 Millionen Schilling), 1/40108 (0,001 Millionen Schilling), 1/60813 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64723 (0,005 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)			30,000		30,000	30,000	27,692
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)			243,000		243,000	3.243,000	1.901,113
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) ...				10.227,000	10.227,000	7.227,000	4.976,239
		Summe 5470...			273,000	10.227,000	10.500,000	10.500,000	6.905,044
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*		457,000		457,000	875,000	841,133
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)				0,312	0,312	0,368	
	22					0,001	0,001	0,001	
	32					0,001	0,001		
	33					0,002	0,002	0,353	
	34					0,305	0,305	0,001	
	35					0,002	0,002	0,002	
	36					0,001	0,001	0,011	
		Summe 5471...			457,000	0,312	457,312	875,368	841,133
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)			0,002		0,002	0,002	
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) ...				1.000,000	1.000,000	2.100,000	
		Summe 5472...			0,002	1.000,000	1.000,002	2.100,002	
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 547...			730,003	11.227,312	11.957,315	13.475,371	7.746,178

Anmerkungen:

1/54718 Hievon 2000 10,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

125

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:						
2/5470	36	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):						
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3.600,000	3.600,000	3.600,000	2.883,581
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	6.900,000	6.900,000	6.900,000	3.901,309
		Summe 5470...		3.600,000	6.900,000	10.500,000	10.500,000	6.784,889
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:						
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG).*		10,000	10,000	325,000	597,240
2/54714	36	Erfolgswirksame Einnahmen		47,867	47,867	256,182	467,815
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen	0,058	0,058	0,058	0,065
	22			0,001	0,001	0,001
	32			0,001	0,001	0,001
	33			0,001	0,001	0,001
	34			0,002	0,002	0,002
	35			0,001	0,001	0,001	0,020
	36			0,002	0,002	0,002
				0,051	0,051	0,051	0,045
		Summe 5471...		57,867	0,058	57,925	581,240	1.065,119
		Summe 547...		3.657,867	6.900,058	10.557,925	11.081,240	7.850,008

Anmerkungen:

2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds			5,404		5,404	5,463	5,524
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW			230,001		230,001	160,001	170,000
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien			12,000		12,000	3,600	4,289
		Summe 5482...			242,001		242,001	163,601	174,289
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse			81,000		81,000	521,000	521,000
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen			145,002		145,002	89,030	135,281
	11				0,001		0,001	6,628	3,000
	33				10,000		10,000	52,400	56,000
	38				30,001		30,001	30,001	30,000
	43				105,000		105,000	0,001	46,281
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			50,004		50,004	60,004	45,500
	12				20,000		20,000	20,000	19,100
	21				30,000		30,000	40,000	26,400
	36				0,004		0,004	0,004	
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,008		0,008	0,004	
1/54848		Aufwendungen			218,619		218,619	250,773	237,503
	36				0,001		0,001	0,001	
	38				218,618		218,618	250,771	237,503
	43							0,001	
		Summe 5484...			413,633		413,633	399,811	418,283
		Summe 548...			742,038		742,038	1.089,875	1.119,096
		Summe 1/54...			1.491,715	12.444,539	13.936,254	16.287,402	9.804,086
		Summe 7/54...			0,008		0,008	0,004	
		Gesamtausgaben 54...			1.491,723	12.444,539	13.936,262	16.287,406	9.804,086

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

127

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen		3, 202	3, 202	2, 702	35, 382
2/54834	43	Verschiedene Abfuhrn		59, 989	59, 989	709, 220
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen		4, 034	4, 034	5, 400	6, 092
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen	44, 822	44, 822	42, 000	40, 615
		Summe 5484...		4, 034	44, 822	48, 856	47, 400	46, 707
2/54854	33	Konzessionsabgabe gem. § 9 Poststrukturgesetz	-468, 219
		Summe 548...		67, 225	44, 822	112, 047	50, 102	323, 090
		Gesamteinnahmen 54...		16. 530, 601	12. 198, 793	28. 729, 394	27. 950, 106	25. 391, 589

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/55		Pensionen:	*						
1/550		<i>Pensionen (Hoheitsverwaltung)</i> Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		24.240,000			24.240,000	24.943,599	22.904,513
1/55010	43	Versorgungsbezüge		6.431,000			6.431,000	6.245,124	6.170,566
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		8,000			8,000	10,802	8,828
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		974,000			974,000	1.005,698	897,566
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			93,000		93,000	93,425	74,727
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			513,000		513,000	512,894	459,805
		Summe 550...		31.653,000	606,000		32.259,000	32.811,542	30.516,005
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer ...			9.726,000		9.726,000	9.709,715	8.704,125
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		855,000			855,000	417,775	167,659
1/55210	43	Versorgungsbezüge		243,000			243,000	167,904	104,906
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		36,000			36,000	46,961	40,561
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		39,000			39,000	19,103	9,507
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			1,000		1,000	0,635	0,462
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			34,000		34,000	34,131	19,293
		Summe 552...		1.173,000	35,000		1.208,000	686,509	342,387
1/55305		Pensionsvorschüsse				1,000	1,000	1,383	0,452
	23					0,167	0,167	0,167	
	33					0,500	0,500	0,600	0,402
	43					0,333	0,333	0,616	0,050
1/55400	43	Geldaushilfen		1,000			1,000	1,022	0,077
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			23.185,000		23.185,000	22.297,000	22.534,769
1/5551		Post- und Telekom Austria AG:							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			11.980,000		11.980,000	11.587,100	11.507,749
		Summe 555...			35.165,000		35.165,000	33.884,100	34.042,518
		Gesamtausgaben 55...		32.827,000	45.532,000	1,000	78.360,000	77.094,271	73.605,565

Anmerkungen:

1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

129

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/55		E I N N A H M E N						
		Pensionen:						
		<i>Pensionen (Hoheitsverwaltung)</i>						
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete		0,300		0,300	0,492	0,226
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse AG .. <i>Ersätze der Österreichischen Postsparkasse</i>		40,500		40,500	41,000	41,970
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		64,000		64,000	19,622	23,287
		Summe 550...		104,800		104,800	61,114	65,482
2/551		Ersätze von Ländern:						
2/55104	43	Beiträge von Landeslehrern gem. § 107a LDG		154,000		154,000	173,325	168,028
		<i>Beiträge von Landeslehrer gem. § 107a LDG</i>						
2/552		Sonstige Bedienstete:						
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		250,000		250,000	101,252	25,694
2/55309	23	Pensionsvorschussersätze			0,700	0,700	0,689	0,560
	33				0,006	0,006	0,006	
	43				0,500	0,500	0,500	0,471
					0,194	0,194	0,183	0,089
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:						
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:						
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen		6.649,173		6.649,173	6.201,000	6.159,398
2/5551		Österr. Post AG, Telekom Austria AG:						
		<i>Post- und Telekom Austria AG</i>						
2/55514	33	Beitrag der Post- und Telekom Austria AG		3.678,000		3.678,000	4.040,000	4.245,281
		Summe 555...		10.327,173		10.327,173	10.241,000	10.404,679
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:						
2/55604	33	Pensionsbeiträge		7.525,325		7.525,325	6.998,688	7.061,922
	43			0,800		0,800		5,222
				7.524,525		7.524,525	6.998,688	7.056,700
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern		271,000		271,000	647,306	525,014
2/55615	33	Beitrag zur Pension gem. § 13a PG		548,000		548,000	643,464	595,575
	43			140,500		140,500	157,000	157,461
				407,500		407,500	486,464	438,114
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 556...		8.344,327		8.344,327	8.289,460	8.182,511
		Gesamteinnahmen 55...		19.180,300	0,700	19.181,000	18.866,840	18.846,954

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
56		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:	*						
560		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5600		Anleihen:							
1/56008	43	Verzinsung und Aufgeld			1.863,042		1.863,042	110,001
7/56009	43	Tilgung				0,002	0,002	0,002
		Summe 5600...			1.863,042	0,002	1.863,044	110,003
5601		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/56018	43	Verzinsung und Aufgeld			162,428		162,428	0,002
7/56019	43	Tilgung				0,002	0,002	0,002
		Summe 5601...			162,428	0,002	162,430	0,004
5602		Bundesschatzscheine:							
1/56028	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002	0,002
7/56029	43	Tilgung				0,002	0,002	0,002
		Summe 5602...			0,002	0,002	0,004	0,004
		Summe 560...			2.025,472	0,006	2.025,478	110,011
561		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5610		Kredite und Darlehen:							
1/56108	43	Verzinsung und Aufgeld			70,762		70,762	0,002
7/56109	43	Tilgung				88,742	88,742	0,001
		Summe 561...			70,762	88,742	159,504	0,003

Anmerkungen:

56 Im BVA 1998 als Kapitel 57 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

131

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
56		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:	*					
560		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5600		Anleihen:						
2/56004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		17,420		17,420	0,002	
8/56009	43	Erlöse - Anleihen			0,002	0,002	0,002	
2/56009		Erlöse - Anleihen						
		Summe 5600...		17,420	0,002	17,422	0,004	
5601		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/56014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
8/56019	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 5601...		0,002	0,002	0,004	0,004	
5602		Bundesschatzscheine:						
2/56024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
8/56029	43	Erlöse - Bundesschatzscheine			0,002	0,002	0,002	
		Summe 5602...		0,002	0,002	0,004	0,004	
		Summe 560...		17,424	0,006	17,430	0,012	
561		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5610		Kredite und Darlehen:						
2/56104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/56109	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 561...		0,001	0,001	0,002	0,002	

Anmerkungen:

56 Im BVA 1998 als Kapitel 57 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
562		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5620		Anleihen:							
1/56208	43	Verzinsung und Aufgeld			892,322		892,322	85,314	
7/56209	43	Tilgung				0,002	0,002	0,002	
		Summe 5620 ...			892,322	0,002	892,324	85,316	
5621		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/56218	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002	0,002	
7/56219	43	Tilgung				2.744,651	2.744,651	0,002	
		Summe 5621 ...			0,002	2.744,651	2.744,653	0,004	
		Summe 562 ...			892,324	2.744,653	3.636,977	85,320	
563		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5630		Kredite und Darlehen:							
1/56308	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002	0,002	
7/56309	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 563 ...			0,002	0,001	0,003	0,003	
564		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5640		In heimischer Währung:							
1/56408	43	Verzinsung und Aufgeld			677,850		677,850	0,001	
7/56409	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5640 ...			677,850	0,001	677,851	0,002	
5641		In fremder Währung:							
1/56418	43	Verzinsung und Aufgeld			450,381		450,381	0,001	
7/56419	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5641 ...			450,381	0,001	450,382	0,002	
7/5642		In heimischer Währung:							
7/56429	43	Kapitalauszahlung				0,002	0,002	0,001	
7/5643		In fremder Währung:							
7/56439	43	Kapitalauszahlung				0,002	0,002	0,001	
		Summe 564 ...			1.128,231	0,006	1.128,237	0,006	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

133

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
562		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5620		Anleihen:						
2/56204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002
8/56209	43	Erlöse - Anleihen			0,002	0,002	0,002
		Summe 5620...		0,002	0,002	0,004	0,004
5621		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/56214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002
8/56219	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen			0,002	0,002	0,002
		Summe 5621...		0,002	0,002	0,004	0,004
		Summe 562...		0,004	0,004	0,008	0,008
563		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5630		Kredite und Darlehen:						
2/56304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001
8/56309	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001
		Summe 563...		0,001	0,001	0,002	0,002
564		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5640		In heimischer Währung:						
2/56404	43	Zinsen und Aufgeld		588,349		588,349	0,001
8/56409	43	Kapital			0,001	0,001	0,001
		Summe 5640...		588,349	0,001	588,350	0,002
5641		In fremder Währung:						
2/56414	43	Zinsen und Aufgeld		783,980		783,980	0,001
8/56419	43	Kapital			0,001	0,001	0,001
		Summe 5641...		783,980	0,001	783,981	0,002
8/5642		In heimischer Währung:						
8/56429	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen ..			0,001	0,001	0,001
8/5643		Finanzschuld in fremder Währung:						
8/56439	43	Erlöse- Schulden aus Währungstauschverträgen ...			0,001	0,001	0,001
		Summe 564...		1.372,329	0,004	1.372,333	0,006

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
565		Zahlungen:							
5650		Kredite und Darlehen in heimischer Währung:							
1/56508	43	Sonstige Ausgaben			17,418		17,418	0,001	
7/56509	43	Kapitalauszahlung				0,003	0,003	0,001	
		Summe 5650...			17,418	0,003	17,421	0,002	
5651		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/56518	43	Sonstige Ausgaben			0,001		0,001	0,001	
7/56519	43	Kapitalauszahlung				0,002	0,002	0,001	
		Summe 5651...			0,001	0,002	0,003	0,002	
		Summe 565...			17,419	0,005	17,424	0,004	
568		Devisentermingeschäfte:							
5680		Devisentermingeschäfte:							
1/56808	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
7/56809	43	Aufwendungen (B)				5.418,373	5.418,373	0,001	
		Summe 568...			0,001	5.418,373	5.418,374	0,002	
569		Sonstiger Aufwand:							
1/56908	43	Aufwendungen			23,558		23,558	0,283	
5691		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/56918	43	Kurzfristige Verpflichtungen (Zinsen)			0,003		0,003	0,002	
7/56919	43	Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung)				0,003	0,003	0,002	
		Summe 5691...			0,003	0,003	0,006	0,004	
1/56928	43	Auszahlung der Veranlagungserträge			16,955		16,955	0,001	
		Summe 569...			40,516	0,003	40,519	0,288	
		Summe 1/56...			4.174,727		4.174,727	195,616	
		Summe 7/56...				8.251,789	8.251,789	0,021	
		Gesamtausgaben 56...			4.174,727	8.251,789	12.426,516	195,637	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

135

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
565		Rückzahlungen:						
5650		Kredite und Darlehen in heimischer Währung:						
2/56504	43	Zinsen		2.185,732	2.185,732	110,001
8/56509	43	Kapitalrückzahlung	88,743	88,743	0,001
		Summe 5650...		2.185,732	88,743	2.274,475	110,002
5651		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/56514	43	Zinsen		558,723	558,723	85,314
8/56519	43	Kapitalrückzahlung	2.744,650	2.744,650	0,001
		Summe 5651...		558,723	2.744,650	3.303,373	85,315
		Summe 565...		2.744,455	2.833,393	5.577,848	195,317
568		Devisentermingeschäfte:						
5680		Devisentermingeschäfte:						
2/56804	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
8/56809	43	Bestandswirksame Einnahmen	5.418,373	5.418,373	0,001
		Summe 568...		0,001	5.418,373	5.418,374	0,002
569		Sonstige Einnahmen:						
2/56904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		23,549	23,549	0,285
8/5691		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/56919	43	Kurzfristige Aufnahmen	0,003	0,003	0,002
2/56924	43	Erträge aus Veranlagungen		16,955	16,955	0,001
		Summe 569...		40,504	0,003	40,507	0,288
		Summe 2/56...		4.174,719	4.174,719	195,616
		Summe 8/56...		8.251,785	8.251,785	0,021
		Gesamteinnahmen 56...		4.174,719	8.251,785	12.426,504	195,637

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*						
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5800		Anleihen:							
1/58008	43	Verzinsung und Aufgeld		64.628,244		64.628,244	51.364,118		
7/58009	43	Tilgung			120.928,112	120.928,112	112.189,268		
1/58009		Tilgung							
		Summe 5800...		64.628,244	120.928,112	185.556,356	163.553,386		
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/58018	43	Verzinsung und Aufgeld		2.458,112		2.458,112	1.290,898		
7/58019	43	Tilgung			4.793,290	4.793,290	4.709,001		
		Summe 5801...		2.458,112	4.793,290	7.251,402	5.999,899		
5802		Bundesschatzscheine:							
1/58028	43	Verzinsung und Aufgeld		2.785,386		2.785,386	3.485,021		
7/58029	43	Tilgung			17.265,313	17.265,313	3.281,001		
		Summe 5802...		2.785,386	17.265,313	20.050,699	6.766,022		
		Summe 580...		69.871,742	142.986,715	212.858,457	176.319,307		
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5810		Kredite und Darlehen:							
1/58108	43	Verzinsung und Aufgeld		16.581,427		16.581,427	18.691,058		
7/58109	43	Tilgung			14.817,629	14.817,629	17.485,030		
		Summe 581...		16.581,427	14.817,629	31.399,056	36.176,088		
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5820		Anleihen:							
1/58208	43	Verzinsung und Aufgeld		10.229,164		10.229,164	8.581,026		
7/58209	43	Tilgung			25.049,442	25.049,442	7.467,501		
		Summe 5820...		10.229,164	25.049,442	35.278,606	16.048,527		
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/58218	43	Verzinsung und Aufgeld		302,663		302,663	251,176		
7/58219	43	Tilgung			2.587,504	2.587,504	0,002		
		Summe 5821...		302,663	2.587,504	2.890,167	251,178		
1/5822		Bundesschatzscheine:							
1/58228	43	Verzinsung und Aufgeld		0,002		0,002			
7/58229	43	Tilgung			0,002	0,002			
		Summe 5822...		0,002	0,002	0,004			
		Summe 582...		10.531,829	27.636,948	38.168,777	16.299,705		

Anmerkungen:

58 Im BVA 1998 und im BVA 1997 als Kapitel 59 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

137

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*					
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5800		Anleihen:						
2/58004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		6.854,035		6.854,035	0,002	
8/58009	43	Erlöse - Anleihen			20.000,003	20.000,003	10.000,002	
2/58009		Erlöse - Anleihen						
		Summe 5800...		6.854,035	20.000,003	26.854,038	10.000,004	
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/58014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		11,440		11,440	0,002	
8/58019	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 5801...		11,440	0,002	11,442	0,004	
5802		Bundesschatzscheine:						
2/58024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
8/58029	43	Erlöse - Bundesschatzscheine			0,002	0,002	0,002	
		Summe 5802...		0,002	0,002	0,004	0,004	
		Summe 580...		6.865,477	20.000,007	26.865,484	10.000,012	
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5810		Kredite und Darlehen:						
2/58104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/58109	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 581...		0,001	0,001	0,002	0,002	
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5820		Anleihen:						
2/58204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		24,032		24,032	0,002	
8/58209	43	Erlöse - Anleihen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 5820...		24,032	0,002	24,034	0,004	
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/58214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,002	
8/58219	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 5821...		0,006	0,002	0,008	0,004	
2/5822		Bundesschatzscheine:						
2/58224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
8/58229	43	Erlöse - Bundesschatzscheine			0,002	0,002		
		Summe 5822...		0,002	0,002	0,004		
		Summe 582...		24,040	0,006	24,046	0,008	

Anmerkungen:

58 Im BVA 1998 und im BVA 1997 als Kapitel 59 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5830		Kredite und Darlehen:							
1/58308	43	Verzinsung und Aufgeld			828,598		828,598	744,629	
7/58309	43	Tilgung				137,603	137,603	138,000	
		Summe 583...			828,598	137,603	966,201	882,629	
584		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5840		In heimischer Währung:							
1/58408	43	Verzinsung und Aufgeld			2.665,569		2.665,569	2.108,835	
7/58409	43	Tilgung				1.017,902	1.017,902	8.198,481	
		Summe 5840...			2.665,569	1.017,902	3.683,471	10.307,316	
5841		In fremder Währung:							
1/58418	43	Verzinsung und Aufgeld			4.699,162		4.699,162	3.755,142	
7/58419	43	Tilgung				18.747,905	18.747,905	5.608,799	
		Summe 5841...			4.699,162	18.747,905	23.447,067	9.363,941	
7/5842		In heimischer Währung:							
7/58429	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001	0,001	
7/5843		In fremder Währung:							
7/58439	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 584...			7.364,731	19.765,809	27.130,540	19.671,259	
1/587		Gebarung mit Gegenposition:							
1/5870		Sonstige Wertpapiergebarung:							
1/58708	43	Stückzinsen mit Gegenposition			0,002		0,002		
7/58709	43	Tilgung von Bundestitel mit Gegenposition.				0,002	0,002		
		Summe 5870...			0,002	0,002	0,004		
1/5871		Doppelte Wertpapierleihe:							
7/58719	43	Wertpapierleihe				0,002	0,002		
		Summe 587...			0,002	0,004	0,006		
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5880		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/58808	43	Verzinsung und Aufgeld			0,400		0,400	0,400	
7/58809	43	Tilgung				0,200	0,200	0,200	
		Summe 5880...			0,400	0,200	0,600	0,600	
5881		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/58818	43	Verzinsung und Aufgeld			3.485,638		3.485,638	13.010,000	
7/58819	43	Tilgung				0,002	0,002	30.000,000	
		Summe 5881...			3.485,638	0,002	3.485,640	43.010,000	
5882		Devisentermingeschäfte:							
1/58828	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
7/58829	43	Aufwendungen (B)				2.413,585	2.413,585	0,001	
		Summe 5882...			0,001	2.413,585	2.413,586	0,002	
		Summe 588...			3.486,039	2.413,787	5.899,826	43.010,602	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

139

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5830		Kredite und Darlehen:						
2/58304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/58309	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 583...		0,001	0,001	0,002	0,002	
584		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5840		In heimischer Währung:						
2/58404	43	Zinsen und Aufgeld		4.279,976		4.279,976	2.901,975	
8/58409	43	Kapital			1.215,217	1.215,217	6.697,000	
		Summe 5840...		4.279,976	1.215,217	5.495,193	9.598,975	
5841		In fremder Währung:						
2/58414	43	Zinsen und Aufgeld		6.809,942		6.809,942	5.784,627	
8/58419	43	Kapital			16.452,045	16.452,045	7.467,500	
		Summe 5841...		6.809,942	16.452,045	23.261,987	13.252,127	
8/5842		In heimischer Währung:						
8/58429	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen ..			0,001	0,001	0,001	
8/5843		In fremder Währung:						
8/58439	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen ..			0,001	0,001	0,001	
		Summe 584...		11.089,918	17.667,264	28.757,182	22.851,104	
2/587		Gebarung mit Gegenposition:						
2/5870		Sonstige Wertpapiergebarung:						
2/58704	43	Stückzinsen mit Gegenposition		0,002		0,002		
8/58709	43	Entnahme von Bundestitel mit Gegenposition			0,002	0,002		
		Summe 5870...		0,002	0,002	0,004		
2/5871		Doppelte Wertpapierleihe:						
8/58719	43	Wertpapierleihe			0,002	0,002		
		Summe 587...		0,002	0,004	0,006		
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/58809	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG			222.151,846	222.151,846	235.059,004	
5882		Devisentermingeschäfte:						
2/58824	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/58829	43	Bestandswirksame Einnahmen			2.587,503	2.587,503	0,001	
		Summe 5882...		0,001	2.587,503	2.587,504	0,002	
		Summe 588...		0,001	224.739,349	224.739,350	235.059,006	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/589		Sonstiger Aufwand:							
1/58908	43	Aufwendungen			9.025,155		9.025,155	3.995,467	
1/58918	43	Aufwendungen mit Gegenposition			0,002		0,002		
		Summe 589...			9.025,157		9.025,157	3.995,467	
		Summe 1/58...			117.689,525		117.689,525	107.277,771	
		Summe 7/58...				207.758,495	207.758,495	189.077,286	
		Gesamtausgaben 58...			117.689,525	207.758,495	325.448,020	296.355,057	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

141

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/589		Sonstige Einnahmen:							
2/58904	43	Erfolgswirksame Einnahmen			1.062,470	1.062,470	0,009
2/58914	43	Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition			0,002	0,002
		Summe 589...			1.062,472	1.062,472	0,009
		Summe 2/58...			19.041,912	19.041,912	8.686,624
		Summe 8/58...			262.406,632	262.406,632	259.223,519
		Gesamteinnahmen 58...			19.041,912	262.406,632	281.448,544	267.910,143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
57		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:							
570		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5700		Anleihen:							
1/57008	43	Verzinsung und Aufgeld							193,790
7/57009	43	Tilgung							
		Summe 5700...							193,790
5701		Bundesobligationen:							
1/57018	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57019	43	Tilgung							
		Summe 5701...							
5708		Bundesschatzscheine:							
1/57088	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57089	43	Tilgung							
		Summe 5708...							
		Summe 570...							193,790
571		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5710		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
1/57108	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57109	43	Tilgung							
		Summe 5710...							
5711		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:							
1/57118	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57119	43	Tilgung							
		Summe 5711...							
5712		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/57128	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57129	43	Tilgung							
		Summe 5712...							
5714		Sonstige Kredite und Darlehen:							
1/57148	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57149	43	Tilgung							
		Summe 571...							

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
57		<i>Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:</i>						
570		<i>Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:</i>						
5700		<i>Anleihen:</i>						
2/57006	43	Erfolgswirksame Einnahmen						212, 970
8/57009	43	Erlöse - Anleihen						15. 585, 583
		<i>Summe 5700...</i>						15. 798, 553
5701		<i>Bundesschatzobligationen:</i>						
2/57014	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57019	43	Erlöse - Bundesschatzobligationen						1. 000, 000
		<i>Summe 5701...</i>						1. 000, 000
5708		<i>Bundesschatzscheine:</i>						
2/57084	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine						
		<i>Summe 5708...</i>						
		<i>Summe 570...</i>						16. 798, 553
571		<i>Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:</i>						
5710		<i>Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:</i>						
2/57104	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57109	43	Erlöse-Kredite u. Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen						
		<i>Summe 5710...</i>						
5711		<i>Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:</i>						
2/57114	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57119	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen						950, 000
		<i>Summe 5711...</i>						950, 000
5712		<i>Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:</i>						
2/57124	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften						
		<i>Summe 5712...</i>						
5714		<i>Sonstige Kredite und Darlehen:</i>						
2/57144	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen						675, 000
		<i>Summe 5714...</i>						675, 000
		<i>Summe 571...</i>						1. 625, 000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
572		Zahlungen in inländischer Währung:							
5724		Kredite und Darlehen:							
1/57248	43	Sonstige Ausgaben							212, 970
7/57249	43	Kapitalauszahlung							47. 761, 094
		Summe 572. ...							47. 974, 064
573		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5730		Anleihen:							
1/57308	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57309	43	Tilgung							
		Summe 5730. ...							
5731		Schuldverschreibungen:							
1/57318	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57319	43	Tilgung							
		Summe 573. ...							
5744		Kredite und Darlehen:							
1/57448	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57449	43	Tilgung							

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

145

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
572		Zahlungen in inländischer Währung:							
5724		Kredite und Darlehen:							
2/57244	43	Zinsen und Aufgeld							227, 154
8/57249	43	Kapitalrückzahlung							29. 550, 511
			Summe 572...						29. 777, 665
573		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5730		Anleihen:							
2/57306	43	Erfolgswirksame Einnahmen							43, 544
8/57309	43	Erlöse - Anleihen							12. 182, 735
			Summe 5730...						12. 226, 279
5731		Schuldverschreibungen:							
2/57316	43	Erfolgswirksame Einnahmen							
8/57319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen							
			Summe 5731...						
			Summe 573...						12. 226, 279
574		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5744		Kredite und Darlehen:							
2/57444	43	Erfolgswirksame Einnahmen							
8/57449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen							
			Summe 574...						

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
575		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5750		Anleihen in fremder Währung:							
1/57508	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57509	43	Tilgung							
		Summe 5750...							
5751		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/57518	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57519	43	Tilgung							
		Summe 5751...							
5754		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/57548	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57549	43	Tilgung							
		Summe 5754...							
5755		Anleihen in inländischer Währung:							
1/57558	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57559	43	Tilgung							
		Summe 5755...							
5756		Bundesobligationen u. Bundeschatzscheine in inländ. Währung:							
1/57568	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57569	43	Tilgung							
		Summe 5756...							
5757		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/57578	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57579	43	Tilgung							
		Summe 5757...							
7/5758		Finanzschuld in inländischer Währung:							
7/57589	43	Kapitalzahlung							
7/5759		Finanzschuld in fremder Währung:							
7/57599	43	Kapitalzahlung							
		Summe 575...							

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

147

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
575		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlungen):							
5750		Anleihen in fremder Währung:							
2/57506	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57509	43	Kapital							
			Summe 5750...						
5751		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
2/57516	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57519	43	Kapital							
			Summe 5751...						
5754		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
2/57546	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57549	43	Kapital							
			Summe 5754...						
5755		Anleihen in inländischer Währung:							
2/57556	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57559	43	Kapital							
			Summe 5755...						
5756		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
2/57566	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57569	43	Kapital							
			Summe 5756...						
5757		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
2/57576	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57579	43	Kapital							
			Summe 5757...						
8/5758		Finanzschuld in inländischer Währung:							
8/57589	43	Kapitalforderung							
8/5759		Finanzschuld in fremder Währung:							
8/57599	43	Kapitalforderung							
			Summe 575...						

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
576		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5760		Anleihen in fremder Währung:							
1/57608	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57609	43	Tilgung							
		Summe 5760...							
5761		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/57618	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57619	43	Tilgung							
		Summe 5761...							
5764		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/57648	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57649	43	Tilgung							
		Summe 5764...							
5765		Anleihen in inländischer Währung:							
1/57658	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57659	43	Tilgung							
		Summe 5765...							
5766		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
1/57668	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57669	43	Tilgung							
		Summe 5766...							
5767		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/57678	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57679	43	Tilgung							
		Summe 576...							

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

149

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundsvor- anschlag 2000	Bundsvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
576		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:							
5760		Anleihen in fremder Währung:							
2/57606	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57609	43	Kapital							
			Summe 5760...						
5761		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
2/57616	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57619	43	Kapital							
			Summe 5761...						
5764		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
2/57646	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57649	43	Kapital							
			Summe 5764...						
5765		Anleihen in inländischer Währung:							
2/57656	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57659	43	Kapital							
			Summe 5765...						
5766		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
2/57666	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57669	43	Kapital							
			Summe 5766...						
5767		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
2/57676	43	Zinsen und Aufgeld							
8/57679	43	Kapital							
			Summe 576...						

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
577		Zahlungen in fremder Währung:							
5774		Kredite und Darlehen:							
1/57748	43	Sonstige Ausgaben							43,544
7/57749	43	Kapitalauszahlung							15.278,560
		Summe 577...							15.322,104
578		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5783		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/57838	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/57839	43	Tilgung							
		Summe 5783...							
5785		Devisentermingeschäfte:							
1/57858	43	Aufwendungen							
7/57859	43	Aufwendungen (B)							
		Summe 578...							
1/579		Sonstiger Aufwand:							
1/57908	43	Aufwendungen							815,644
1/5791		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/57918	43	Kurzfristige Verpflichtungen (Zinsen)							55,972
7/57919	43	Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung) ...							32.646,336
		Summe 5791...							32.702,308
1/57948	43	Auszahlung der Veranlagungserträge							53,089
		Summe 579...							33.571,041
		Summe 1/57...							1.375,008
		Summe 7/57...							95.685,991
		Gesamtausgaben 57...							97.060,999

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

151

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
577		Zahlungen in fremder Währung:						
5774		Kredite und Darlehen:						
2/57744	43	Zinsen und Aufgeld						22, 607
8/57749	43	Kapitalrückzahlung						3. 095, 825
		Summe 577...						3. 118, 432
578		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
2/57844	43	Zinsen und Aufgeld						
8/57849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG						
5785		Devisentermingeschäfte:						
2/57854	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/57859	43	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 578...						
2/579		Sonstige Einnahmen:						
2/57904	43	Erfolgswirksame Einnahmen						815, 644
2/5791		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/57919	43	Kurzfristige Aufnahmen						32. 646, 336
2/57944	43	Erträge aus Veranlagungen						53, 089
		Summe 579...						33. 515, 069
		Summe 2/57...						1. 375, 008
		Summe 8/57...						95. 685, 991
		Gesamteinnahmen 57...						97. 060, 999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:							
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
1/59008	43	Verzinsung und Aufgeld							48.206,745
7/59009	43	Tilgung							62.467,539
		Summe 5900...							110.674,284
5901		Bundesobligationen:							
1/59018	43	Verzinsung und Aufgeld							2.217,473
7/59019	43	Tilgung							13.689,020
		Summe 5901...							15.906,493
5908		Bundesschatzscheine:							
1/59088	43	Verzinsung und Aufgeld							4.092,677
7/59089	43	Tilgung							32.289,000
		Summe 5908...							36.381,677
		Summe 590...							162.962,454
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
1/59108	43	Verzinsung und Aufgeld							9.820,847
7/59109	43	Tilgung							7.015,897
		Summe 5910...							16.836,745
5911		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:							
1/59118	43	Verzinsung und Aufgeld							10.662,039
7/59119	43	Tilgung							27.765,721
		Summe 5911...							38.427,760
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/59128	43	Verzinsung							0,029
7/59129	43	Tilgung							0,115
		Summe 5912...							0,143
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
1/59148	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59149	43	Tilgung							4,631
		Summe 5914...							4,631
		Summe 591...							55.269,279

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

153

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:							
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
2/59006	43	Erfolgswirksame Einnahmen							1.747,239
2/59009	43	Erlöse - Anleihen							
8/59009	43	Erlöse - Anleihen							115.124,427
		Summe 5900...							116.871,665
5901		Bundesobligationen:							
2/59014	43	Beiträge zum Schuldendienst							
8/59019	43	Erlöse - Bundesobligationen							2.200,000
		Summe 5901...							2.200,000
5908		Bundesschatzscheine:							
2/59084	43	Erfolgswirksame Einnahmen							
8/59089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine							8.500,000
		Summe 5908...							8.500,000
		Summe 590...							127.571,665
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen:							
2/59104	43	Erfolgswirksame Einnahmen							
8/59109	43	Erlöse-Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen							476,000
		Summe 5910...							476,000
5911		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmungen:							
2/59114	43	Beiträge zum Schuldendienst							
8/59119	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Kreditunternehmungen							4.070,000
		Summe 5911...							4.070,000
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
2/59124	43	Erfolgswirksame Einnahmen							
8/59129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften							
		Summe 5912...							
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
2/59144	43	Erfolgswirksame Einnahmen							
8/59149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen							610,609
		Summe 5914...							610,609
		Summe 591...							5.156,609

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
592		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung:							
5920		Anleihen:							
1/59208	43	Aufgeld							1.300,000
7/59209	43	Tilgung							1.000,000
		Summe 5920...							2.300,000
5921		Bundesobligationen:							
1/59218	43	Aufgeld							
7/59219	43	Tilgung							
		Summe 5921...							
		Summe 592...							2.300,000
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5930		Anleihen:							
1/59308	43	Verzinsung und Aufgeld							17.572,453
7/59309	43	Tilgung							22.610,745
		Summe 5930...							40.183,198
5931		Schuldverschreibungen:							
1/59318	43	Verzinsung und Aufgeld							1.109,529
7/59319	43	Tilgung							5.781,390
		Summe 5931...							6.890,919
		Summe 593...							47.074,117
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5944		Kredite und Darlehen:							
1/59448	43	Verzinsung und Aufgeld							1.087,913
7/59449	43	Tilgung							1.957,840
		Summe 594...							3.045,753

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

155

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
593		<i>Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:</i>						
5930		<i>Anleihen:</i>						
2/59306	43	Erfolgswirksame Einnahmen						775,312
2/59309	43	Erlose - Anleihen						
8/59309	43	Erlose - Anleihen						94.098,640
		<i>Summe 5930...</i>						94.873,951
5931		<i>Schuldverschreibungen:</i>						
2/59316	43	Erfolgswirksame Einnahmen						0,008
8/59319	43	Erlose - Schuldverschreibungen						14.329,390
		<i>Summe 5931...</i>						14.329,398
		<i>Summe 593...</i>						109.203,349
594		<i>Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:</i>						
5944		<i>Kredite und Darlehen:</i>						
2/59444	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
8/59449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen						402,133
		<i>Summe 594...</i>						402,133

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
595		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
1/59508	43	Verzinsung und Aufgeld							3.961,085
7/59509	43	Tilgung							8.037,985
		Summe 5950...							11.999,070
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59518	43	Verzinsung und Aufgeld							228,664
7/59519	43	Tilgung							
		Summe 5951...							228,664
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59548	43	Verzinsung und Aufgeld							58,315
7/59549	43	Tilgung							
		Summe 5954...							58,315
5955		Anleihen in inländischer Währung:							
1/59558	43	Verzinsung und Aufgeld							94,690
7/59559	43	Tilgung							
		Summe 5955...							94,690
5956		Bundesschatzscheine u. Bundesobligationen in inländ. Währung:							
1/59568	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59569	43	Tilgung							
		Summe 5956...							
5957		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/59578	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59579	43	Tilgung							
		Summe 5957...							
7/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:							
7/59589	43	Kapitalzahlung							
7/5959		Finanzschuld in fremder Währung:							
7/59599	43	Kapitalzahlung							11.593,908
		Summe 595...							23.974,648

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

157

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
595		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
2/59506	43	Zinsen und Aufgeld							6.922,278
8/59509	43	Kapital							8.687,820
		Summe 5950...							15.610,098
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
2/59516	43	Zinsen und Aufgeld							176,718
8/59519	43	Kapital							
		Summe 5951...							176,718
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
2/59546	43	Zinsen und Aufgeld							183,424
8/59549	43	Kapital							
		Summe 5954...							183,424
5955		Anleihen in inländischer Währung:							
2/59556	43	Zinsen und Aufgeld							
8/59559	43	Kapital							
		Summe 5955...							
5956		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
2/59566	43	Zinsen und Aufgeld							
8/59569	43	Kapital							
		Summe 5956...							
5957		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
2/59576	43	Zinsen und Aufgeld							
8/59579	43	Kapital							
		Summe 5957...							
8/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:							
8/59589	43	Kapitalforderung							
8/5959		Finanzschuld in fremder Währung:							
8/59599	43	Kapitalforderung							11.505,164
		Summe 595...							27.475,404

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
596		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5960		Anleihen in fremder Währung:							
1/59608	43	Verzinsung und Aufgeld							1.139,999
7/59609	43	Tilgung							1.453,034
		Summe 5960							2.593,033
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59618	43	Verzinsung und Aufgeld							101,332
7/59619	43	Tilgung							
		Summe 5961							101,332
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59648	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59649	43	Tilgung							
		Summe 5964							
5965		Anleihen in inländischer Währung:							
1/59658	43	Verzinsung und Aufgeld							34,864
7/59659	43	Tilgung							
		Summe 5965							34,864
5966		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
1/59668	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59669	43	Tilgung							
		Summe 5966							
5967		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/59678	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59679	43	Tilgung							
		Summe 5967							
		Summe 596							2.729,229

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

159

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
596		<i>Einnahmen aus Währungstauschverträgen:</i>						
5960		<i>Anleihen in fremder Währung:</i>						
2/59606	43	Zinsen und Aufgeld						1.633,819
8/59609	43	Kapital						1.503,838
			Summe 5960...					3.137,656
5961		<i>Schuldverschreibungen in fremder Währung:</i>						
2/59616	43	Zinsen und Aufgeld						73,721
8/59619	43	Kapital						
			Summe 5961...					73,721
5964		<i>Kredite und Darlehen in fremder Währung:</i>						
2/59646	43	Zinsen und Aufgeld						
8/59649	43	Kapital						
			Summe 5964...					
5965		<i>Anleihen in inländischer Währung:</i>						
2/59656	43	Zinsen und Aufgeld						59,076
8/59659	43	Kapital						
			Summe 5965...					59,076
5966		<i>Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:</i>						
2/59666	43	Zinsen und Aufgeld						
8/59669	43	Kapital						
			Summe 5966...					
5967		<i>Kredite und Darlehen in inländischer Währung:</i>						
2/59676	43	Zinsen und Aufgeld						
8/59679	43	Kapital						
			Summe 5967...					
			Summe 596...					3.270,454

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
597		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung:							
5970		Anleihen:							
1/59708	43	Aufgeld							
7/59709	43	Tilgung							
		Summe 5970 ...							
5971		Schuldverschreibungen:							
1/59718	43	Aufgeld							
7/59719	43	Tilgung							
		Summe 597 ...							
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5981		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/59818	43	Verzinsung und Aufgeld							0,002
7/59819	43	Tilgung							
		Summe 5981 ...							0,002
5983		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/59837	43	Dotierung des Nullkuponfonds							
1/59838	43	Verzinsung und Aufgeld							
7/59839	43	Tilgung							
		Summe 5983 ...							
5985		Devisentermingeschäfte:							
1/59858	43	Aufwendungen							
7/59859	43	Aufwendungen (B)							
		Summe 5985 ...							
		Summe 598 ...							0,002
1/599		Sonstiger Aufwand:							
1/59908	43	Aufwendungen							3.695,051
1/59917	43	Dotierung des Nullkuponfonds							
		Summe 599 ...							3.695,051
		Summe 1/59 ...							105.383,707
		Summe 7/59 ...							195.666,825
		Gesamtausgaben 59 ...							301.050,532

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

161

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
598		<i>Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:</i>							
8/59849	43	<i>Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG</i>							
5985		<i>Devisentermingeschäfte:</i>							
2/59854	43	<i>Erfolgswirksame Einnahmen</i>							
8/59859	43	<i>Bestandswirksame Einnahmen</i>							
			<i>Summe 598...</i>						
2/599		<i>Sonstige Einnahmen:</i>							
2/59904	43	<i>Erfolgswirksame Einnahmen</i>							3.094,903
2/59914	43	<i>Überweisung des Nullkuponfonds</i>							4.659,407
			<i>Summe 599...</i>						7.754,310
			<i>Summe 2/59...</i>						19.325,904
			<i>Summe 8/59...</i>						261.508,019
			<i>Gesamteinnahmen 59...</i>						280.833,924

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/60		Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:							
1/600		Land- und Forstwirtschaft							
		BM f. Land- und Forstwirtsch., Umwelt u.							
		Wasserwirtschaft:							
		Bundesministerium für Land- und							
		Forstwirtschaft							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		543,447			543,447	334,660	354,537
1/60003		Anlagen				5,713	5,713	9,828	9,310
	41					0,003	0,003	0,003	
	43					5,710	5,710	9,825	9,310
1/60005		Bezugsvorschüsse				4,868	4,868	4,648	4,642
	23					0,901	0,901	1,098	1,456
	43					3,967	3,967	3,550	3,186
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			56,540		56,540	46,919	51,545
	22				8,571		8,571	6,550	6,180
	43				47,969		47,969	40,369	45,365
1/60008		Aufwendungen	*		148,169		148,169	161,554	167,294
	41				0,002		0,002	0,002	
	43				148,167		148,167	161,552	167,294
		Summe 6000...		543,447	204,709	10,581	758,737	557,609	587,327
1/60018	34	Agrarmarkt Austria			418,071		418,071	342,480	21,201
1/60023		Kapitalbeteiligungen				0,009	0,009	0,016	0,027
	34					0,007	0,007	0,014	0,027
	38					0,002	0,002	0,002	
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie							
		wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen			361,593		361,593	348,952	367,803
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138							
		WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen			8,908		8,908	38,457	19,290
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*		87,632		87,632	92,544	50,304
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche							
		Sonderaufgaben	*		37,563		37,563	57,778	38,235
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen				0,483	0,483	0,600	0,606
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,021		0,021	0,040	0,025
1/60078	43	Aufwendungen			1,138		1,138	2,475	1,324
		Summe 6007...			1,159	0,483	1,642	3,115	1,954
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen			34,586		34,586	38,936	70,028
	34				34,584		34,584	38,919	70,028
	37				0,002		0,002	0,017	
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe							
		(Gesetzl. Verpflichtungen)			20,500		20,500	28,700	23,728
1/60088	43	Internationale Maßnahmen			30,784		30,784	41,202	38,527
		Summe 6008...			85,870		85,870	108,838	132,283
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*		14,769		14,769	16,915	11,070
1/60028	34	Zahlungen an die BIG						2,235	2,047
		Summe 600...		543,447	1.220,274	11,073	1.774,794	1.568,939	1.231,541

Anmerkungen:

- 1/60008 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 2000 85,395 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 2000 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

163

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/60		Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:						
		Land- und Forstwirtschaft						
2/600		BM f. Land- u. Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft:						
		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft						
2/6000		Zentralleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/60004		Erfolgswirksame Einnahmen		154,503		154,503	56,143	59,139
	34			40,000		40,000	0,001	
	43			114,503		114,503	56,140	59,139
	38						0,002	
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,053	0,053	0,058	0,059
	41				0,003	0,003	0,003	
	43				0,050	0,050	0,055	0,059
2/60009		Bezugsvorschussersätze			5,601	5,601	4,451	4,362
	23				1,061	1,061	0,901	0,922
	43				4,540	4,540	3,550	3,440
		Summe 6000...		154,504	5,654	160,158	60,653	63,560
2/60028		Kapitalbeteiligungen			0,003	0,003	1,012	0,001
	34				0,001	0,001	0,001	0,001
	38				0,002	0,002	1,011	
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,052		0,052	35,040	8,836
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		3,002		3,002	1,810	1,952
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	85,395		85,395	85,395	57,245
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,042		0,042	0,104	0,044
		Summe 6005...		85,437		85,437	85,499	57,289
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben		0,003		0,003	36,002	0,000
2/6007		Qualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,500		0,500	0,500	0,129
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,030	0,047
		Summe 6007...		0,500	0,030	0,530	0,530	0,176
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	12,000		12,000	12,000	7,913
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,027
		Summe 6009...		12,002		12,002	12,002	7,940
		Summe 600...		255,500	5,687	261,187	232,548	139,755

Anmerkungen:

- 2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.
2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.
2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):	*						
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ...			169,764		169,764	174,629	172,129
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)	*		102,000		102,000	102,000	107,297
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft	*		20,000		20,000	26,636	113,054
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	*		322,768		322,768	436,204	591,637
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen			553,862		553,862	468,473	551,693
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen			40,000		40,000	44,485	55,489
1/60176	34	Sozialpolitische Maßnahmen			0,500		0,500	7,906	3,841
	22				0,497		0,497	4,481	5,089
	23				0,003		0,003	3,425	-1,248
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen			450,000		450,000	587,000	462,400
1/60188	34	Aufwendungen			5,500		5,500	3,300	3,093
		Summe 6018...			455,500		455,500	590,300	465,493
1/60196	12	Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben	*		4,308		4,308	2,599	1,948
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen	*		34,462		34,462	40,159	42,066
		Summe 601...			1.703,164		1.703,164	1.893,391	2.104,646
1/602		Agrarische Strukturförderung:							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)			660,000		660,000	1.542,000	1.543,815
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes			704,000		704,000	1.887,000	2.048,000
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen			160,000		160,000	200,000	187,507
1/60236	34	Finanzinstrument f.d. Ausr.d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU			8,000		8,000	7,140	9,140
1/60246	34	Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch.wes.; BA			5,000		5,000	6,000	11,000
		Summe 602...			1.537,000		1.537,000	3.642,140	3.799,462

Anmerkungen:

- 1/601 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60136 Hievon 2000 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.
1/60146 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60140.
1/60196 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.
1/60198 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

165

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/601		E I N N A H M E N BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):						
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,004	0,004	0,002	0,125
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,321	0,321	0,100	0,202
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001
2/60140	34	Milch und Milchprodukte (zweckgeb. Einnahmen) ..	*	0,001	0,001	0,001	0,675
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen	*	0,003	0,003	0,003	6,734
		Summe 601...		0,329	0,001	0,330	0,107	7,735
2/602		Agrarische Strukturförderung:						
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002

Anmerkungen:

- 2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.
2/60140 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60146 mitveranschlagt.
2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/603		Marktordnungsmaßnahmen:							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA			5.383,005		5.383,005	5.221,458	5.682,720
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)			71,991		71,991	58,914	36,091
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA			1.755,004		1.755,004	1.677,628	1.739,900
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie) ..			10,000		10,000	2.516,194	3.260,807
1/60356	34	Nationale Marktordnungsausg. u. flank. Maßn. (Bundesanteile)			80,000		80,000	2.952,001	2.359,978
1/60366	34	Förderungen der Entwicklung d. ländl. Raumes, EAGFL-Garantie			3.950,000		3.950,000		
1/60376	34	Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes, Bundesanteil			3.330,000		3.330,000		
1/60368	34	Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen						0,001	
		Summe 603...			14.580,000		14.580,000	12.426,196	13.079,497

Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 2 0 0 0

167

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/603		Marktordnungsmaßnahmen:						
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen		7,331	7,331	0,002	7,575
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel		498,428	498,428	497,501	433,749
2/60324	34	Milchquotenregelung, Zusatzabgabe		0,001	0,001	0,001	174,825
		Summe 603...		505,760	505,760	497,504	616,149

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,001		0,001		-0,027
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,001		0,001		0,006
1/60416	34	Brotgetreide, Maßn. aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen							
1/60436	34	Futtergetreide, Förderungen (zweckgeb. Geb.)							
1/60496	34	Milch und Milchprodukte, Maßn. a zweckgeb. Einn. gem. §85 MOG							
		Summe 604. ...			0,002		0,002		-0,021
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		371,727			371,727	359,745	356,243
1/60503	11	Anlagen	*			23,110	23,110	17,986	17,994
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,720		6,720	6,248	6,562
1/60508	11	Aufwendungen	*		79,211		79,211	74,578	75,435
		Summe 6050. ...		371,727	85,931	23,110	480,768	458,557	456,233
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:							
1/60510	12	Personalausgaben		338,619			338,619	302,298	315,989
1/60513	12	Anlagen				62,790	62,790	86,294	73,533
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,933		0,933	2,151	0,806
1/60518	12	Aufwendungen			118,762		118,762	130,034	116,176
		Summe 6051. ...		338,619	119,695	62,790	521,104	520,777	506,504
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		61,681			61,681	64,355	57,422
1/60523	11	Anlagen	*			1,348	1,348	1,610	2,205
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,445		0,445	0,743	0,473
1/60528	11	Aufwendungen	*		8,845		8,845	12,800	9,476
		Summe 6052. ...		61,681	9,290	1,348	72,319	79,508	69,576
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		113,884			113,884	105,150	106,077
1/60533	12	Anlagen				4,562	4,562	5,050	7,596
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,389		0,389	0,473	0,189
1/60538	12	Aufwendungen			26,503		26,503	23,893	21,827
		Summe 6053. ...		113,884	26,892	4,562	145,338	134,566	135,689
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		16,683			16,683	16,509	16,039
1/60543	12	Anlagen				0,399	0,399	0,399	0,747
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,018		0,018	0,018	0,011
1/60548	12	Aufwendungen			2,790		2,790	3,055	2,708
		Summe 6054. ...		16,683	2,808	0,399	19,890	19,981	19,506

Anmerkungen:

- 1/60466 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.
1/60486 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.
1/60503 Hievon 2000 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60508 Hievon 2000 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60523 Hievon 2000 0,006 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.
1/60528 Hievon 2000 0,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

169

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:						
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen *		0,001		0,001		-0,357
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen *		0,001		0,001		1,465
2/60405	34	Erfolgswirksame Einnahmen						0,145
2/60410	34	Brotpgetreide, zweckgeb. Im- und Exportausgleiche.						
2/60430	34	Futtergetreide, zweckgeb. Im-u. Exportausgleiche.						-0,016
2/60464	34	Tiere und tier. Produkte, erfolgswirksame Einnahmen						0,291
2/6047		Milch und Milchprodukte:						
2/60474	34	Erfolgswirksame Einnahmen						0,216
		Summe 604...		0,002		0,002		1,744
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60500	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,015		0,015	0,011	0,729
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen		65,977		65,977	67,847	62,882
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,273	0,273	0,381	-0,601
		Summe 6050...		65,992	0,273	66,265	68,239	64,212
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen		50,800		50,800	68,447	38,647
2/60515	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,640	0,640	1,115	0,542
		Summe 6051...		50,801	0,640	51,441	69,563	39,189
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60520	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,015		0,015	0,015	0,043
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen		14,751		14,751	14,751	9,335
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,009	0,009	0,009	0,014
		Summe 6052...		14,766	0,009	14,775	14,775	9,391
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen		6,552		6,552	3,550	3,356
2/60535	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,092	0,092	0,092	0,048
		Summe 6053...		6,553	0,092	6,645	3,643	3,404
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,116		0,116	0,211	0,119
2/60545	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	0,100
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6054...		0,117	0,001	0,118	0,213	0,219

Anmerkungen:

2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.

2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.

2/60500 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60503 und 1/60508 mitveranschlagt.

2/60520 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60523 und 1/60528 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:							
1/60550	12	Personalausgaben		45,475			45,475	40,539	44,823
1/60553	12	Anlagen				1,936	1,936	2,812	5,731
1/60557	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,042		1,042	1,170	0,410
1/60558	12	Aufwendungen			21,360		21,360	24,718	24,667
		Summe 6055...		45,475	22,402	1,936	69,813	69,239	75,631
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen: *							
1/60560	12	Personalausgaben		7,138			7,138	5,087	5,735
1/60563	12	Anlagen				0,433	0,433	0,333	0,244
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,005		0,005	0,005	0,001
1/60568	12	Aufwendungen			2,300		2,300	2,015	1,994
		Summe 6056...		7,138	2,305	0,433	9,876	7,440	7,973
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft: *							
1/60580	12	Personalausgaben		54,300			54,300	46,859	50,382
1/60583	12	Anlagen				2,000	2,000	1,251	5,203
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,550		0,550	0,771	0,366
1/60588	12	Aufwendungen			10,580		10,580	9,822	8,754
		Summe 6058...		54,300	11,130	2,000	67,430	58,703	64,705
1/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:							
1/60590	12	Personalausgaben		24,472			24,472	24,135	25,230
1/60593	12	Anlagen				1,584	1,584	1,657	2,056
1/60597	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,102		0,102	0,080	0,090
1/60598	12	Aufwendungen			3,549		3,549	4,280	4,736
		Summe 6059...		24,472	3,651	1,584	29,707	30,152	32,111
		Summe 605...		1.033,979	284,104	98,162	1.416,245	1.378,923	1.367,930
1/606		Übergangsregelungen:							
1/60606	34	Degressive Ausgleichszahlungen			0,001		0,001	0,001	1.109,000
1/60608	34	Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.			0,001		0,001	0,001	8,500
		Summe 606...			0,002		0,002	0,002	1.117,500
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			457,243		457,243	457,243	446,468
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		23,024			23,024	20,692	21,349
1/60723	34	Anlagen				0,977	0,977	1,215	1,007
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,125		0,125	0,282	0,127
1/60728	34	Aufwendungen			5,986		5,986	7,455	6,931
		Summe 6072...		23,024	6,111	0,977	30,112	29,644	29,414
		Summe 607...		23,024	463,354	0,977	487,355	486,887	475,882

Anmerkungen:

1/6056 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

1/6058 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

171

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:						
2/60554	12	Erfolgswirksame Einnahmen		24,935		24,935	21,058	25,424
2/60555	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	0,266
2/60557	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,045	0,045	0,025	
		Summe 6055...		24,936	0,045	24,981	21,084	25,690
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:	*					
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,150		0,150	0,037	0,120
2/60565	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6056...		0,151	0,002	0,153	0,040	0,120
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:	*					
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen		6,000		6,000	13,192	11,311
2/60585	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001		
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,026	0,007
		Summe 6058...		6,001	0,003	6,004	13,218	11,318
2/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:						
2/60594	12	Erfolgswirksame Einnahmen		5,600		5,600	2,870	3,874
2/60595	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	0,900
2/60597	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,034	0,034	0,032	
		Summe 6059...		5,601	0,034	5,635	2,903	4,774
		Summe 605...		174,918	1,099	176,017	193,678	158,317
2/606		Übergangsregelungen:						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGBI. Nr. 1103/94		0,001		0,001	15,001	1,026
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen		9,227		9,227	5,817	7,404
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,024	0,024	0,006	0,032
		Summe 6072...		9,227	0,024	9,251	5,823	7,436
		Summe 607...		9,228	0,024	9,252	5,824	7,436

Anmerkungen:

2/6056 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

2/6058 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		149,600			149,600	195,188	140,270
1/60803	34	Anlagen				5,087	5,087	16,334	13,882
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,380		3,380	4,729	3,243
	22				3,335		3,335	4,653	3,212
	34				0,045		0,045	0,076	0,032
1/60808	34	Aufwendungen	*		21,388		21,388	18,174	15,791
		Summe 6080. ...		149,600	24,768	5,087	179,455	234,425	173,186
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen	*			0,038	0,038	0,146	
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,152		0,152	0,350	0,151
1/60818	34	Aufwendungen			0,800		0,800	4,721	0,829
		Summe 6081. ...			0,952	0,038	0,990	5,217	0,980
1/6082		Wildbach- und Lawinerverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinerverbauungen			0,004		0,004	0,004	
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*		0,001		0,001	0,001	
		Summe 6082. ...			0,005		0,005	0,005	
1/6083		Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*		818,290		818,290	819,335	822,282
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach- u. Lawinerverbauungen (zweckgeb. Geb.)	*		40,000		40,000	38,955	33,625
		Summe 6083. ...			858,290		858,290	858,290	855,907
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne			27,796		27,796	36,917	36,126
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*		336,001		336,001	336,001	333,707
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*		318,717		318,717	318,717	332,517
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.						0,923	0,923
		Summe 608. ...		149,600	1.566,529	5,125	1.721,254	1.790,495	1.733,346

Anmerkungen:

- 1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/60808 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60813 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.
- 1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

173

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:							
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:							
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen			1,321		1,321	0,836	1,438
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen				0,089	0,089	0,049	0,016
		Summe 6080...			1,321	0,089	1,410	0,885	1,454
2/6081		Öffentliches Wassergut:							
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen			48,850		48,850	50,850	27,171
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:							
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen)		*	0,001		0,001	0,001	0,054
2/6084		Bundesflüsse:							
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)			46,688		46,688	46,688	30,892
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)		*	1.615,009		1.615,009	1.615,009	1.645,267
		Summe 608...			1.711,869	0,089	1.711,958	1.713,433	1.704,838

Anmerkungen:

- 2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.
2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (102,000 Millionen Schilling),
1/60808 (0,001 Millionen Schilling), 1/60836 (818,290 Millionen Schilling),
1/60838 (40,000 Millionen Schilling), 1/60858 (336,001 Millionen Schilling) und
1/60876 (318,717 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytosanitäre Kontrollen:							
1/60903	43	Anlagen			0,008	0,008	0,394	0,008
1/60908	43	Aufwendungen	4,939			4,939	6,544	4,532
		Summe 6090...			4,939	0,008	4,947	6,938	4,540
1/6091		Bundeskellereinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben	15,898			15,898	16,931	15,081
1/60913	43	Anlagen			1,372	1,372	1,740	0,325
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		0,058		0,058	0,070	0,045
1/60918	43	Aufwendungen		4,962		4,962	6,146	4,381
		Summe 6091...		15,898	5,020	1,372	22,290	24,887	19,833
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben	100,122			100,122	96,053	96,116
1/60933	37	Anlagen			3,160	3,160	5,334	5,332
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		2,240		2,240	2,600	2,480
1/60938	37	Aufwendungen		42,795		42,795	45,861	45,804
		Summe 6093...		100,122	45,035	3,160	148,317	149,848	149,731
1/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:							
1/60940	13	Personalausgaben	50,157			50,157	48,804	48,416
1/60943	13	Anlagen			1,447	1,447	1,529	1,823
1/60947	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		3,800		3,800	2,270	1,524
1/60948	13	Aufwendungen		12,034		12,034	8,964	9,153
		Summe 6094...		50,157	15,834	1,447	67,438	61,567	60,916
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:							
1/60960	34	Personalausgaben	6,113			6,113	9,575	6,532
1/60963	34	Anlagen			0,741	0,741	0,599	1,032
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		0,837		0,837	1,089	0,915
1/60968	34	Aufwendungen		4,137		4,137	5,682	4,599
		Summe 6096...		6,113	4,974	0,741	11,828	16,945	13,077
		Summe 609...		172,290	75,802	6,728	254,820	260,185	248,097
		Gesamtausgaben 60...		1.922,340	21.430,231	122,065	23.474,636	23.447,158	25.157,879

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

175

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschaudienst		5,503		5,503	5,501	1,858
2/6091		Bundeskellereiinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,450		1,450	1,450	1,036
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,106	0,106	0,106	0,035
		Summe 6091...		1,450	0,106	1,556	1,556	1,071
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934	37	Erfolgswirksame Einnahmen		25,096		25,096	20,243	19,774
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,129	0,129	0,222	0,260
		Summe 6093...		25,096	0,129	25,225	20,465	20,034
2/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:						
2/60944	13	Erfolgswirksame Einnahmen		34,994		34,994	34,008	33,690
2/60947	13	Bestandswirksame Einnahmen			2,154	2,154	1,401	2,308
		Summe 6094...		34,994	2,154	37,148	35,409	35,998
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		16,029		16,029	14,029	13,214
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,325	0,325	0,023	0,020
		Summe 6096...		16,029	0,325	16,354	14,052	13,234
		Summe 609...		83,072	2,714	85,786	76,983	72,195
		Gesamteinnahmen 60...		2.740,681	9,614	2.750,295	2.735,080	2.709,194

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/61		Umwelt neu:							
1/610		Bundesministerium; Zweckaufwand I:							
1/61003	43	Anlagen				7,126	7,126		
1/61007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,600		0,600		
1/61008	43	Aufwendungen			81,076		81,076		
		Summe 610...			81,676	7,126	88,802		
1/611		Bundesministerium; Zweckaufwand II:							
1/6110		Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):							
1/61107	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			148,200		148,200		
1/61108	21	Aufwendungen			0,001		0,001		
		Summe 611...			148,201		148,201		
1/612		Umweltschutz:							
1/6120		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/61203	21	Anlagen				0,500	0,500		
1/61206	21	Förderungen			107,221		107,221		
1/61207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001		
1/61208	21	Aufwendungen	*		207,403		207,403		
		Summe 6120...			314,625	0,500	315,125		
1/6121		Ersatzvornahmen ALSAG:							
1/61218	21	Aufwendungen			0,001		0,001		
1/6122		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/61226	21	Förderungen	*		750,002		750,002		
1/61228	21	Aufwendungen	*		145,999		145,999		
		Summe 6122...			896,001		896,001		
1/6123		Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.):							
1/61236	37	Förderungen	*		2.865,000		2.865,000		
1/6124		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/61246	37	Förderungen	*		310,000		310,000		
1/61248	37	Aufwendungen	*		2,003		2,003		
		Summe 6124...			312,003		312,003		
1/6125		Strahlenschutz:							
1/61253	21	Anlagen				7,524	7,524		
1/61258	21	Aufwendungen			53,832		53,832		
		Summe 6125...			53,832	7,524	61,356		
1/61266	21 37	EU-Förderungen			0,007 0,002 0,005		0,007 0,002 0,005		
		Summe 612...			4.441,469	8,024	4.449,493		
		Gesamtausgaben 61...			4.671,346	15,150	4.686,496		

Anmerkungen:

- 1/61208 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61000.
1/61226 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/61220 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (750,000 Millionen Schilling)
1/61228 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/61236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61230.
1/61246 Hievon 2000 93,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.
1/61248 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61230 und 0,001 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52690.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

177

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/61		Umwelt neu:						
2/610		Bundesministerium; Zweckaufwand I:						
2/61000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002		
2/61004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/61007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
		Summe 610...		0,003	0,001	0,004		
2/612		Umweltschutz:						
2/6120		Umweltpolitische Maßnahmen:						
2/61204	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,007		0,007		
2/61207	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007		
		Summe 6120...		0,007	0,007	0,014		
2/6122		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):						
2/61220	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002		
2/6123		Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.):						
2/61230	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2.865,002		2.865,002		
		Summe 612...		2.865,011	0,007	2.865,018		
		Gesamteinnahmen 61...		2.865,014	0,008	2.865,022		

Anmerkungen:

2/61000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61208 mitveranschlagt.

2/61220 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61226 mitveranschlagt.

2/61230 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/61236 (2.865,000 Millionen Schilling und 1/61248 (0,002 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/63		Wirtschaft und Arbeit: <i>Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr</i>							
1/630		Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: <i>Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten</i>							
1/6300		Zentraleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		592,477			592,477	559,826	543,215
1/63003	43	Anlagen				21,590	21,590	27,797	11,528
1/63007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			61,787		61,787	42,774	40,597
	22				7,891		7,891	8,878	7,857
	43				53,896		53,896	33,896	32,739
1/63008	43	Aufwendungen			238,426		238,426	151,991	185,334
	21				0,010		0,010	0,010	
	43				238,416		238,416	151,981	185,334
		Summe 6300...		592,477	300,213	21,590	914,280	782,388	780,674
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen				0,002	0,002	0,002	
	35					0,001	0,001	0,001	
	38					0,001	0,001	0,001	
1/63016		Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung			81,817		81,817	116,255	116,254
	36				59,817		59,817	76,255	79,255
	38				22,000		22,000	40,000	36,999
		Summe 6301...			81,817	0,002	81,819	116,257	116,254
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung: *							
1/63026	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/63028	41	Aufwendungen			0,369		0,369	0,434	0,111
		Summe 6302...			0,370		0,370	0,435	0,111
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen: *							
1/63043	41	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/63048	41	Aufwendungen			0,448		0,448	0,527	0,510
		Summe 6304...			0,448	0,001	0,449	0,528	0,510
		Summe 630...		592,477	382,848	21,593	996,918	899,608	897,549

Anmerkungen:

1/63008 Hievon 2000 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63001.

1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

179

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ein- nahmen	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/63		Wirtschaft und Arbeit:							
2/630		<i>Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr</i>							
		Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:							
		<i>Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten</i>							
2/6300		Zentraleitung:							
2/63001	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			*	0,003	0,003	0,003	0,003
2/63004		Erfolgswirksame Einnahmen				180,957	180,957	121,670	142,837
	21					0,042	0,042	0,042	0,109
	43					180,915	180,915	121,628	142,727
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen					6,430	0,100	0,052
		Summe 6300...				180,960	6,430	187,390	121,773
2/6301		Kapitalbeteiligungen:							
2/63014		Erträge				26,003	26,003	26,003	
	35					0,001	0,001	0,001	
	38					26,002	26,002	26,002	
2/63017		Erlöse					0,002	0,002	0,002
	35						0,001	0,001	0,001
	38						0,001	0,001	0,001
		Summe 6301...				26,003	0,002	26,005	26,005
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:							
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen				0,001	0,001	0,001	
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:							
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	0,062
		Summe 630...				206,966	6,432	213,398	147,781
									142,951

Anmerkungen:

2/63001 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'			350,000		350,000	350,000	363,420
1/6312		Elektrizitätswirtschaft:							
1/63125	35	Förderungen (D)				0,002	0,002	0,002	
1/63126	35	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 6312...			0,001	0,002	0,003	0,003	
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63135	36	Förderungen (D)				0,003	0,003	0,003	
1/63136	36	Förderungen			143,841		143,841	175,107	173,576
1/63138	36	Aufwendungen			5,000		5,000		
		Summe 6313...			148,841	0,003	148,844	175,110	173,576
1/6314		Regional- und strukturpolitische Massnahmen:							
1/63145	36	Förderungen (D)				0,001	0,001		
1/63146	36	Förderungen			48,071		48,071		
		Summe 6314...			48,071	0,001	48,072		
1/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):							
1/63152	38	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/63154	36	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.							
1/63156	35	Förderungen			0,002		0,002	0,002	
	36				804,163		804,163	988,138	1.021,939
	38				44,999		44,999	45,000	20,640
	38				398,616		398,616	582,593	614,416
1/63158	36	Aufwendungen			360,548		360,548	360,545	386,882
	38				141,908		141,908	159,390	119,569
	38				131,183		131,183	148,665	110,769
1/63155	36	Förderungen (D)			10,725		10,725	10,725	8,800
		Summe 6315...			946,073	0,001	946,074	1.159,531	1.153,508
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):							
1/63176	36	Förderungen			17,328		17,328	80,687	822,287
1/63178	36	Aufwendungen			11,051		11,051	25,503	63,952
1/63175	36	Förderungen (D)						0,001	
		Summe 6317...			28,379		28,379	106,191	886,239
1/63186	33	Strukturmaßnahmen EU			0,017		0,017	0,011	19,641
	36				0,001		0,001		
	38				0,007		0,007	0,002	19,641
					0,009		0,009	0,009	
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195	23	Bezugsvorschüsse				10,416	10,416	11,000	10,738
	43					2,351	2,351	2,935	3,020
	43					8,065	8,065	8,065	7,717
1/63196	43	Förderungen			1,190		1,190	1,400	1,255
		Summe 6319...			1,190	10,416	11,606	12,400	11,993
		Summe 631...			1.522,572	10,423	1.532,995	1.803,246	2.608,377

Anmerkungen:

1/631 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

181

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,340		0,340	0,340	0,094
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen			1,770	1,770	1,770	0,601
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	0,695
2/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
2/63134	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/63139	36	Darlehensrückzahlungen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 6313...		0,002	0,003	0,005	0,005	
2/6314		Regional- und strukturpolitische Massnahmen:						
2/63144	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
2/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):						
2/63154	36	Erfolgswirksame Einnahmen		2,006		2,006	2,006	4,556
	38			2,003		2,003	2,003	1,938
	38			0,003		0,003	0,003	2,619
2/63159	36	Darlehensrückzahlungen			15,002	15,002	15,002	20,958
	38				15,000	15,000	15,000	20,958
	38				0,002	0,002	0,002	
		Summe 6315...		2,006	15,002	17,008	17,008	25,514
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199	23	Bezugsvorschussersätze			11,097	11,097	7,800	8,734
	43				4,597	4,597	1,300	1,756
					6,500	6,500	6,500	6,977
2/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
2/63170	36	Mittel gemäß ITF-Gesetz					72,801	74,021
2/63171	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					0,002	
2/63173	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen					0,001	
		Summe 6317...					72,804	74,021
		Summe 631...		2,350	27,872	30,222	99,727	108,964

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/632		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6320		Österreichisches Patentamt:							
1/63200	36	Personalausgaben		45,368			45,368	143,490	136,234
1/63203	36	Anlagen				1,067	1,067	5,550	4,183
1/63207	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,880		0,880	2,900	1,904
	22				0,880		0,880	2,732	1,797
	36							0,168	0,106
1/63208	36	Aufwendungen			7,954		7,954	40,670	39,585
		Summe 6320 ...		45,368	8,834	1,067	55,269	192,610	181,905
1/63217	36	Oberster Patent- und Markensenat						1,380	1,380
		Summe 632 ...		45,368	8,834	1,067	55,269	193,990	183,285
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		26,676			26,676	29,689	28,718
1/63303	43	Anlagen				1,256	1,256	1,256	0,930
1/63307	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,649		0,649	0,649	0,447
	22				0,639		0,639	0,639	0,432
	43				0,010		0,010	0,010	0,015
1/63308	43	Aufwendungen			5,705		5,705	5,705	7,281
		Summe 633 ...		26,676	6,354	1,256	34,286	37,299	37,376
1/634		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:							
1/6341		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:							
1/63416	22	Förderungen			0,009		0,009		
1/63418	22	Aufwendungen			0,012		0,012		
		Summe 6341 ...			0,021		0,021		
1/6342		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/63423	43	Anlagen				0,004	0,004		
1/63427	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
1/63428	43	Aufwendungen			0,014		0,014		
		Summe 6342 ...			0,016	0,004	0,020		
1/63457	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik			2.500,001		2.500,001		
		Summe 634 ...			2.500,038	0,004	2.500,042		
1/635		Arbeitsmarktpolitik (I):	*						
1/6350		Ämter des AMS:							
1/63500	22	Personalausgaben		476,398			476,398		
1/63503	22	Anlagen				0,001	0,001		
1/63507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			9,080		9,080		
1/63508	22	Aufwendungen			15,635		15,635		
		Summe 6350 ...		476,398	24,715	0,001	501,114		

Anmerkungen:

1/6342 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/6342.

1/635 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

183

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/632		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6320		Österreichisches Patentamt:						
2/63204	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ...		47,569		47,569	285,000	301,131
2/63205	36	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		1,853		1,853	11,000	13,507
	21			1,853		1,853	10,999	13,507
							0,001	
2/63209	36	Darlehensrückzahlungen			0,128	0,128	0,228	0,519
2/63207	36	Bestandswirksame Einnahmen					0,004	0,054
		Summe 632...		49,422	0,128	49,550	296,232	315,211
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		4,000		4,000	4,000	2,942
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		286,434		286,434	286,434	264,552
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,012	0,012	0,012	0,032
		Summe 633...		290,434	0,012	290,446	290,446	267,526
2/634		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:						
2/6342		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.): *						
2/63420	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,020		0,020		
2/63464	22	Überweisung vom AMS		0,001		0,001		
		Summe 634...		0,021		0,021		
2/635		Arbeitsmarktpolitik (I): *						
2/6350		Ämter des AMS:						
2/63500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,988		0,988		

Anmerkungen:

2/6342 Zweckgebunden im Sinne des § 13 Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz 1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/1997 (Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6342).

2/635 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/6351		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
1/63513	22	Anlagen				0,001	0,001		
1/63515	22	Förderungen (D)				97,000	97,000		
1/63516	12	Förderungen			5.959,498		5.959,498		
	22				0,250		0,250		
	22				5.959,248		5.959,248		
1/63517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001		
1/63518	12	Aufwendungen			143,199		143,199		
	22				10,300		10,300		
					132,899		132,899		
		Summe 6351...			6.102,698	97,001	6.199,699		
1/63547	22	Sonderunterstützung			630,945		630,945		
1/6355		Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. ALVG und KGG:							
1/63554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG			15,649		15,649		
1/63557	22	Leistungen nach dem ALVG und KGG			26.649,228		26.649,228		
1/63558	22	Aufwendungen			0,002		0,002		
		Summe 6355...			26.664,879		26.664,879		
1/6356		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG:							
1/63567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG ...			7.998,000		7.998,000		
1/6357		Überweisung an das AMS:							
1/63577	22	Überweisung an das AMS			0,002		0,002		
1/63578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.			2.214,500		2.214,500		
		Summe 6357...			2.214,502		2.214,502		
1/63587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung			170,000		170,000		
1/63597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw. entsch. im Baugew.			40,000		40,000		
		Summe 635...			476,398	43.845,739	97,002	44.419,139	
1/636		Arbeitsmarktpolitik (II):							
1/63626	22	Sicherung der Jugendausbildung			0,008		0,008		
1/63627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete			12,469		12,469		
1/6363		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):							
1/63636	22	Förderungen			904,929		904,929		
1/63638	22	Aufwendungen			33,538		33,538		
		Summe 6363...			938,467		938,467		
1/63647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz			0,001		0,001		
1/63656	22	Beschäftigungsprogramm			0,020		0,020		
1/63665	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)				150,000	150,000		
1/63666	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG			150,000		150,000		
		Summe 636...			1.100,965	150,000	1.250,965		
1/639		Verschiedene Dienststellen:							
1/6390		Heimarbeitungskommissionen:							
1/63900	22	Personalausgaben		2,702			2,702		
1/63903	22	Anlagen				0,009	0,009		
1/63907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070		
1/63908	22	Aufwendungen			0,651		0,651		
		Summe 6390...		2,702	0,721	0,009	3,432		

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/6351		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:						
2/63510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		6,732		6,732		
2/63513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			24,678	24,678		
		Summe 6351...		6,732	24,678	31,410		
2/63530	22	Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU) ..		0,002		0,002		
2/63550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)	*	4.878,736		4.878,736		
2/6357		Überweisung vom AMS:						
2/63570	22	Überweisung vom AMS		0,001		0,001		
2/63580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)		39.792,279		39.792,279		
2/63581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)		183,107		183,107		
2/63590	22	Überweisungen von der BUAK		25,000		25,000		
2/63591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		2.500,001		2.500,001		
		Summe 635...		47.386,846	24,678	47.411,524		
2/636		Arbeitsmarktpolitik (II):						
2/63664	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG		0,002		0,002		
2/63669	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51 a AMFG (Darl. Rückz.)			0,001	0,001		
		Summe 636...		0,002	0,001	0,003		
2/639		Verschiedene Dienststellen:						
2/6390		Heimarbeitungskommissionen:						
2/63904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,011		0,011		
2/63907	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002		
		Summe 6390...		0,011	0,002	0,013		

Anmerkungen:

2/63550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/6392		Arbeitsinspektion:							
1/63920	21	Personalausgaben		160,064			160,064		
1/63923	21	Anlagen				2,015	2,015		
	41					2,014	2,014		
						0,001	0,001		
1/63926	21	Förderungen			0,213		0,213		
1/63927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,146		14,146		
	22				8,944		8,944		
					5,202		5,202		
1/63928	21	Aufwendungen			42,722		42,722		
	41				42,721		42,721		
					0,001		0,001		
		Summe 6392...		160,064	57,081	2,015	219,160		
		Summe 639...		162,766	57,802	2,024	222,592		
		Gesamtausgaben 63...		1.303,685	49.425,152	283,369	51.012,206	2.934,143	3.726,587

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

187

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/6392		Arbeitsinspektion:						
2/63924	21	Erfolgswirksame Einnahmen		4,134		4,134		
	43			4,124		4,124		
				0,010		0,010		
2/63927	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,054	0,054		
	41				0,053	0,053		
					0,001	0,001		
		Summe 6392...		4,134	0,054	4,188		
		Summe 639...		4,145	0,056	4,201		
		Gesamteinnahmen 63...		47.940,186	59,179	47.999,365	834,186	834,652

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/64		Bauten und Technik:							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		14, 838			14, 838	14, 101	13, 203
1/64013	37	Anlagen				5, 880	5, 880	5, 880	7, 391
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 015		0, 015	0, 015	0, 009
1/64018	37	Aufwendungen			10, 200		10, 200	10, 200	18, 821
		Summe 6401. ...		14, 838	10, 215	5, 880	30, 933	30, 196	39, 425
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		7, 768			7, 768	10, 475	8, 237
1/64028	37	Aufwendungen			0, 146		0, 146	0, 146	0, 128
		Summe 6402. ...		7, 768	0, 146		7, 914	10, 621	8, 365
1/6403		Beschussämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		4, 984			4, 984	5, 297	4, 827
1/64033	43	Anlagen				0, 360	0, 360	0, 360	0, 351
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 020		0, 020	0, 020	0, 003
1/64038	43	Aufwendungen			1, 947		1, 947	1, 947	1, 793
		Summe 6403. ...		4, 984	1, 967	0, 360	7, 311	7, 624	6, 974
1/6406		Bäder:							
1/64063	37	Anlagen				0, 300	0, 300	0, 034	0, 043
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 200		0, 200	0, 200	0, 146
1/64068	37	Aufwendungen			1, 100		1, 100	0, 440	1, 078
		Summe 6406. ...			1, 300	0, 300	1, 600	0, 674	1, 267
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen				2, 210	2, 210	2, 600	2, 187
1/64078	43	Aufwendungen			34, 987		34, 987	41, 161	32, 939
		Summe 6407. ...			34, 987	2, 210	37, 197	43, 761	35, 126
		Summe 640. ...		27, 590	48, 615	8, 750	84, 955	92, 876	91, 157

Anmerkungen:

1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

189

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/64		Bauten und Technik:						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienvverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300		0,300	0,300	0,165
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007	0,007	0,003
		Summe 6401...		0,300	0,007	0,307	0,307	0,167
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		17,240		17,240	17,240	9,192
2/6403		Beschussämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,130		2,130	2,130	1,376
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6403...		2,130	0,004	2,134	2,134	1,376
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,700		2,700	2,700	2,624
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6406...		2,700	0,004	2,704	2,704	2,624
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,010	
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6407...		0,010	0,002	0,012	0,012	
		Summe 640...		22,380	0,017	22,397	22,397	13,359

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *							
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D)			0,005	0,005	0,005		
1/64146	12	Förderungen		3,959		3,959	4,658		5,629
1/64148	12	Aufwendungen		0,003		0,003	0,003		1,902
		Summe 6414...			3,962	0,005	3,967	4,666	7,532
1/64166		Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)			22,325	22,325	497,063		56,847
	33				22,325	22,325	497,062		56,847
	34						0,001		
1/6417		Technisches Versuchswesen:							
1/64175	12	Förderungen (D)			0,005	0,005	0,005		
1/64176	12	Förderungen		23,238		23,238	27,339		34,713
1/64178	12	Aufwendungen		10,201		10,201	12,000		13,264
		Summe 6417...			33,439	0,005	33,444	39,344	47,977
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen		0,085		0,085	0,100		0,090
1/64188	12	Aufwendungen		2,217		2,217	2,217		1,685
		Summe 6418...			2,302		2,302	2,317	1,775
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64196	34	Förderungen		6,000		6,000	29,500		26,300
1/64198	43	Aufwendungen		6,073		6,073	7,145		4,200
		Summe 6419...			12,073		12,073	36,645	30,500
1/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/64155	33	Förderungen (D)					0,910		0,910
1/64156	33	Förderungen					0,003		
		Summe 6415...					0,913		0,910
		Summe 641...			74,101	0,010	74,111	580,948	145,541

Anmerkungen:

1/641 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.
1/64166 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64160.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

191

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):						
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:						
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen		0,027		0,027	0,027	0,033
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen			0,124	0,124	0,124	0,079
		Summe 6412...		0,027	0,124	0,151	0,151	0,112
2/6414		Wohnbauforschung:						
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700		0,700	0,700	0,783
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen			5,000	5,000	5,000	4,151
		Summe 6414...		0,700	5,000	5,700	5,700	4,933
2/64160	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)	*	22,325		22,325	497,063	56,996
2/6417		Technisches Versuchswesen:						
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,830		1,830	1,830	11,524
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen			0,200	0,200	0,200	
		Summe 6417...		1,830	0,200	2,030	2,030	11,524
2/6418		Allgemeine Bauforschung:						
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,006
2/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/64154	33	Erfolgswirksame Einnahmen					0,003	
2/64159	33	Darlehensrückzahlungen					0,300	0,617
		Summe 6415...					0,303	0,617
		Summe 641...		24,884	5,324	30,208	505,249	74,189

Anmerkungen:

2/64160 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansatz 1/64166.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/642		Bundesstraßenverwaltung:	*						
1/6420		Bundesstraßen:							
1/64203	32	Anlagen				192,664	192,664	2.327,215	2.300,300
1/64208	32	Aufwendungen			169,980		169,980	1.450,000	1.660,143
		Summe 6420...			169,980	192,664	362,644	3.777,215	3.960,443
1/6422		Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):							
1/64223	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)				32,737	32,737	260,000	246,749
1/64227	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,866		3,866	16,000	16,444
1/64228	32	Aufwendungen			503,253		503,253	2.757,000	2.608,322
		Summe 6422...			507,119	32,737	539,856	3.033,000	2.871,515
1/6425		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64253	32	Anlagen				56,400	56,400	414,000	314,004
1/64258	32	Aufwendungen			8,432		8,432	41,000	35,109
		Summe 6425...			8,432	56,400	64,832	455,000	349,113
1/6426		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64268	32	Aufwendungen			17,550		17,550	252,671	115,443

Anmerkungen:

1/642 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/6425 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64250.

1/6426 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64260.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

193

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/642		Bundesstraßenverwaltung:							
2/64204	32	Erfolgswirksame Einnahmen			1,170		1,170	140,008	5,978
2/64207	32	Bestandswirksame Einnahmen				0,144	0,144	8,700	3,482
2/64250	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)		*	64,832		64,832	455,000	347,196
2/64260	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)		*	17,550		17,550	252,671	140,429
2/64200	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						690,000	646,657
2/64202	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)						110,000	138,981

Anmerkungen:

2/64250 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6425.

2/64260 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6426.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/6427		Straßenforschung:							
1/64276	12	Förderungen			0,500		0,500	8,900	3,000
1/64278	12	Aufwendungen			0,596		0,596	27,000	13,861
1/64275	12	Förderungen (D)						0,004	
		Summe 6427...			1,096		1,096	35,904	16,861
1/6423		Bundesstraßen A + S:							
1/64233	32	Anlagen						100,000	191,017
1/6429		Straßengesellschaften:							
1/64292	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)						0,001	
1/64293	32	Anlagen						0,001	
1/64298	32	Aufwendungen						0,001	0,042
		Summe 6429...						0,003	0,042
		Summe 642...			704,177	281,801	985,978	7.653,793	7.504,435
1/644		Wasserbauverwaltung:							
1/6440		Wasserstraßendirektion:							
1/64400	33	Personalausgaben		13,428			13,428	42,992	39,915
1/64403	33	Anlagen				0,592	0,592	3,380	11,319
1/64407	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,172		0,172	0,500	0,331
1/64408	33	Aufwendungen	*		8,893		8,893	167,904	176,257
		Summe 6440...		13,428	9,065	0,592	23,085	214,776	227,822
1/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
1/64410	33	Personalausgaben		13,838			13,838	69,482	52,570
1/64418	33	Aufwendungen			0,507		0,507	10,772	4,698
		Summe 6441...		13,838	0,507		14,345	80,254	57,267
1/64438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz			0,350		0,350	4,526	4,526
1/64448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*		4,500		4,500	16,000	16,000
		Summe 644...		27,266	14,422	0,592	42,280	315,556	305,616

Anmerkungen:

1/64408 Hievon 2000 7,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64448 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64421.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

195

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/6427		Straßenforschung:						
2/64274	12	Erfolgswirksame Einnahmen					0,250	0,143
2/64279	12	Darlehensrückzahlungen					0,100
		Summe 6427...					0,350	0,143
		Summe 642...		83,552	0,144	83,696	1.656,729	1.282,866
2/644		Wasserbauverwaltung:						
2/6440		Wasserstraßendirektion:						
2/64400	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	7,000	7,000	70,200	65,900
2/64404		Erfolgswirksame Einnahmen		4,301	4,301	22,408	17,734
	33			4,301	4,301	22,368	17,694
	37			0,040	0,040
2/64407	33	Bestandswirksame Einnahmen	0,045	0,045	0,155	0,010
		Summe 6440...		11,301	0,045	11,346	92,763	83,644
2/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:						
2/64414	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft		5,290	5,290	80,000	56,435
2/6442		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/64421	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen	*	4,500	4,500	16,000	16,000
		Summe 644...		21,091	0,045	21,136	188,763	156,080

Anmerkungen:

2/64400 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64408 (7,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

2/64421 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64448.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben		240,004			240,004	385,455	363,334
1/64503	37	Anlagen				6,669	6,669	11,000	9,297
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,801		0,801	1,000	0,702
1/64508	37	Aufwendungen			37,962		37,962	48,498	43,100
		Summe 6450...		240,004	38,763	6,669	285,436	445,953	416,433
1/6452		Kongresszentrum in der Wiener Hofburg: *							
1/64523	37	Anlagen				1,100	1,100	1,100	0,057
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,500		2,500	1,100	2,521
1/64528	37	Aufwendungen			14,000		14,000	14,000	11,201
		Summe 6452...			16,500	1,100	17,600	16,200	13,778
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben		350,326			350,326	489,762	458,658
1/64533	37	Anlagen				9,046	9,046	10,855	9,480
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,431		0,431	0,504	0,441
1/64538	37	Aufwendungen			51,653		51,653	59,806	56,338
		Summe 6453...		350,326	52,084	9,046	411,456	560,927	524,918
1/64548	37	Zahlungen an die BIG			5,100		5,100	5,000	4,976
		Summe 645...		590,330	112,447	16,815	719,592	1.028,080	960,106

Anmerkungen:

1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

197

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		12,300		12,300	25,000	22,199
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,028	0,028	0,035	0,082
		Summe 6450...		12,300	0,028	12,328	25,035	22,281
2/6452		Kongresszentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		11,200		11,200	11,200	15,558
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6452...		11,200	0,002	11,202	11,202	15,558
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen		98,659		98,659	96,139	69,065
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,047	0,047	0,057	0,079
		Summe 6453...		98,659	0,047	98,706	96,196	69,144
		Summe 645...		122,159	0,077	122,236	132,433	106,983

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:	*						
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		32,741			32,741	37,814	42,345
1/64603	37	Anlagen				0,522	0,522	0,700	0,698
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			216,421		216,421	280,201	257,028
1/64608	37	Aufwendungen	*		168,288		168,288	231,420	246,986
		Summe 6460...		32,741	384,709	0,522	417,972	550,135	547,056
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung	*			17,850	17,850	21,000	33,541
	11					7,499	7,499	10,649	17,207
	12					10,351	10,351	10,351	16,334
1/64633	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung				0,734	0,734	30,000	17,437
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe	*			29,750	29,750	35,000	9,247
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	*			6,375	6,375	7,500	5,820
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege				59,101	59,101	69,530	135,186
1/64688	43	Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen.			0,003		0,003	0,003	
1/64698		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			10,710		10,710	12,600	11,374
	11				1,500		1,500	1,500	1,803
	12				0,500		0,500	0,500	1,960
	37				5,110		5,110	7,000	6,889
	43				3,600		3,600	3,600	0,722
		Summe 646...		32,741	395,422	114,332	542,495	725,768	759,662

Anmerkungen:

- 1/646 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64608 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64613 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64663 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64673 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

199

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	22,009	22,009	30,001	27,994
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen		331,254	331,254	365,432	380,856
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,045	0,045	0,054	0,007
		Summe 646...		353,263	0,045	353,308	395,487	408,857

Anmerkungen:

2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64608 (0,002 Millionen Schilling), 1/64613 (0,002 Millionen Schilling), 1/64663 (0,002 Millionen Schilling), 1/64673 (0,001 Millionen Schilling), 1/64753 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64758 (22,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			263,500		263,500	310,000	359,999
	11				83,500		83,500	130,000	129,184
	12				85,000		85,000	85,000	58,403
	43				95,000		95,000	95,000	172,411
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen	*			775,832	775,832	1.017,000	883,531
1/64718	11	Aufwendungen	*		515,000		515,000	560,000	570,645
		Summe 6471...			515,000	775,832	1.290,832	1.577,000	1.454,176
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen	*			256,305	256,305	425,700	284,810
1/64728	12	Aufwendungen	*		322,500		322,500	350,000	326,361
		Summe 6472...			322,500	256,305	578,805	775,700	611,171
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:							
1/64738	41	Aufwendungen			91,202		91,202	780,000	859,375
	23				91,202		91,202	763,603	840,854
								16,397	18,521
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743	11	Anlagen	*			246,305	246,305	335,000	311,576
	34					96,311	96,311	135,006	115,712
						149,994	149,994	199,994	195,864
1/64748	11	Aufwendungen	*		103,500		103,500	110,000	110,885
	34				46,321		46,321	52,821	58,917
					57,179		57,179	57,179	51,968
		Summe 6474...			103,500	246,305	349,805	445,000	422,461

Anmerkungen:

- 1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64713 Hievon 2000 0,012 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64718 Hievon 2000 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64723 Hievon 2000 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64728 Hievon 2000 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64743 Hievon 2000 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64748 Hievon 2000 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

201

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	27,075	27,075	27,081	65,874
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	2,000	2,000	2,079
		Summe 647...		29,075	29,075	29,081	67,954

Anmerkungen:

2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,012 Millionen Schilling), 1/64718 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,010 Millionen Schilling), 1/64728 (0,002 Millionen Schilling), 1/64743 (0,004 Millionen Schilling), 1/64748 (0,003 Millionen Schilling), 1/64753 (10,031 Millionen Schilling) und 1/64758 (17,010 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*			1.642,984	1.642,984	2.069,374	2.285,278
	12					0,003	0,003	0,003	
	13					459,979	459,979	459,978	524,546
	23					0,958	0,958	0,958	0,103
	42					287,995	287,995	287,994	399,966
	43					894,049	894,049	1.320,441	1.360,662
1/64758		Aufwendungen	*		1.083,000		1.083,000	1.180,000	1.170,572
	12				0,001		0,001	0,001	
	13				190,000		190,000	170,000	152,065
	21				0,004		0,004	0,004	16,879
	23				36,000		36,000	36,000	72,637
	37				0,004		0,004	0,004	1,077
	42				40,000		40,000	40,000	107,090
	43				816,991		816,991	933,991	820,825
		Summe 6475...			1.083,000	1.642,984	2.725,984	3.249,374	3.455,850
		Summe 647...			2.378,702	2.921,426	5.300,128	7.137,074	7.163,032
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:							
1/64900	43	Personalausgaben		731,067			731,067	748,099	712,363
1/64903	43	Anlagen			24,571	24,571	24,571	24,571	26,841
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			22,660	22,660	22,660	22,660	16,681
	22				21,876	21,876	21,876	21,876	16,023
	43				0,784	0,784	0,784	0,784	0,657
1/64908	43	Aufwendungen			136,370	136,370	136,370	136,370	135,549
		Summe 649...		731,067	159,030	24,571	914,668	931,700	891,433
		Gesamtausgaben 64...		1.408,994	3.886,916	3.368,297	8.664,207	18.465,795	17.820,981

Anmerkungen:

1/64753 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 10,031 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352.

1/64758 Hievon 2000 22,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 17,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

203

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		186,031	186,031	249,681	172,496
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,120	0,120	0,120	0,038
		Summe 649...		186,031	0,120	186,151	249,801	172,534
		Gesamteinnahmen 64...		842,435	5,772	848,207	3.179,940	2.282,821

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/65		Verkehr, Innovation und Technologie:							
		<i>Verkehr und Telekom</i>							
1/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:							
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr</i>							
1/6500		Zentralleitung: <i>Verwaltungsbereich Verkehr</i>							
1/65000	43	Personalausgaben		338,156			338,156	291,179	281,501
1/65003	43	Anlagen				13,148	13,148	7,528	93,555
1/65007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			15,587		15,587	19,134	17,061
	22				5,815		5,815	5,602	4,466
	43				9,772		9,772	13,532	12,594
1/65008	43	Aufwendungen	*		142,184		142,184	142,162	119,930
		Summe 6500...		338,156	157,771	13,148	509,075	460,003	512,046
1/6501		Schiffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		35,700			35,700	35,718	33,991
1/65013	43	Anlagen				6,909	6,909	8,128	7,423
1/65017	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,269		2,269	2,269	1,381
	22				1,681		1,681	1,681	1,151
	43				0,588		0,588	0,588	0,230
1/65018	43	Aufwendungen			24,680		24,680	24,680	24,705
		Summe 6501...		35,700	26,949	6,909	69,558	70,795	67,499
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
1/65023	43	Anlagen				25,887	25,887	30,455	33,036
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,067		4,067	4,067	4,075
1/65028	43	Aufwendungen			125,408		125,408	107,408	102,431
		Summe 6502...			129,475	25,887	155,362	141,930	139,542
1/6503		Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung:							
1/65030	43	Personalausgaben		37,241			37,241		
1/65033	43	Anlagen				2,100	2,100		
1/65037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,464		0,464		
	22				0,418		0,418		
	43				0,046		0,046		
1/65038	43	Aufwendungen	*		4,854		4,854		
		Summe 6503...		37,241	5,318	2,100	44,659		
		Summe 650...		411,097	319,513	48,044	778,654	672,728	719,087
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):	*						
1/65108	33	Verkehrsverbände			559,045		559,045	657,700	657,700
1/65118	12	Allgemeiner Verkehr			57,188		57,188	67,280	38,639
	33				1,539		1,539	1,810	0,301
	33				55,649		55,649	65,470	38,338
1/65133	33	Kapitalbeteiligungen				0,011	0,011	0,008	8,656,998
	36					0,008	0,008	0,006	7,956,998
	38					0,002	0,002	0,001	700,000
	38					0,001	0,001	0,001	
1/65138	33	Gesellschafterzuschüsse			0,001		0,001		
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur			9,350,005		9,350,005	11,000,201	12,330,200
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen			8,743,723		8,743,723	8,823,723	8,823,723
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA) ...			950,000		950,000	1.400,000	1.400,000
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control			0,002		0,002	0,002	
		Summe 651...			19,659,964	0,011	19,659,975	21,948,914	31,907,260

Anmerkungen:

- 1/65003 Hievon 2000 1,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.
1/65008 Hievon 2000 2,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.
1/65038 Hievon 2000 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65030.
1/651 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

205

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundeshor- anschlag 2000	Bundeshor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/65		Verkehr, Innovation und Technologie:						
		<i>Verkehr und Telekom</i>						
2/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:						
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr</i>						
2/6500		Zentralleitung:						
		<i>Verwaltungsbereich Verkehr</i>						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	3,501		3,501	0,001	2,748
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		8,532		8,532	8,932	9,857
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,030	
		Summe 6500...		12,033	0,030	12,063	8,963	12,605
2/6501		Schiffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		21,746		21,746	20,746	23,759
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,011	0,011	0,011	0,009
		Summe 6501...		21,746	0,011	21,757	20,757	23,768
2/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4.312,500		4.312,500	674,995	708,370
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005	0,005	0,030
		Summe 6502...		4.312,500	0,005	4.312,505	675,000	708,400
2/6503		Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung:						
2/65030	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001		
		Summe 650...		4.346,280	0,046	4.346,326	704,720	744,773
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	
2/65137	36	Erlöse			0,001	0,001	0,001	
		Summe 651...		0,001	0,001	0,002	0,002	

Anmerkungen:

2/65000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65008 mitveranschlagt.
2/65030 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65038

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund)	*		1.500,000		1.500,000	1.500,001	1.500,000
1/65236	36	Förderungen - EU-Kofinanzierung	*		0,006		0,006	0,006	160,712
	33				0,006		0,006	0,005	159,202
								0,001	1,511
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen			66,000		66,000	72,330	68,173
1/65248	33	Aufwendungen			6,330		6,330		
		Summe 6524.			72,330		72,330	72,330	68,173
1/6525		Innovation u. strukturpolitische Maßnahmen: <i>Regional- und strukturpolitische Maßnahmen</i>							
1/65255	36	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/65256	36	Förderungen			42,001		42,001	100,058	120,058
1/65258	36	Aufwendungen			7,708		7,708	7,708	8,381
		Summe 6525.			49,709	0,001	49,710	107,767	128,439
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen			360,992		360,992	424,696	424,696
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286	33	Förderungen			6,852		6,852	8,061	8,059
	38				6,850		6,850	8,059	8,059
					0,002		0,002		
1/65295	23	Bezugsvorschüsse				3,559	3,559	2,494	1,652
	43					0,559	0,559	0,632	0,400
						3,000	3,000	1,862	1,252
1/6522		Sondervorhaben-Technologie/ Exportoffensive:							
1/65226		Förderungen	*					0,008	
	33	Sondervorhaben - Technologie						0,001	
	36							0,007	
1/65228	36	Aufwendungen	*					0,003	0,785
		Summe 6522.						0,011	0,785
1/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:							
1/65275	36	Förderungen (D)						0,002	-0,078
1/65276	36	Förderungen	*					50,699	90,284
1/65278	36	Aufwendungen	*					38,700	39,417
		Summe 6527.						89,401	129,623
		Summe 652.			1.989,889	3,560	1.993,449	2.204,767	2.422,139
1/653		Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie:							
1/6530		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb.):							
1/65306	12	Förderungen	*		105,055		105,055		
1/65308	12	Aufwendungen	*		265,360		265,360		
		Summe 6530.			370,415		370,415		

Anmerkungen:

- 1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65204 Hievon 2000 1.044,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661
1/65226 Ab dem BVA 2000 beim VA-Ansatz 1/65346 und 348 mitveranschlagt.
1/65228 Ab dem BVA 2000 beim VA-Ansatz 1/65346 und 348 mitveranschlagt.
1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246, 1/65256, 1/65276 sowie beim ERP-Fonds veranschlagt.
1/65276 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 1/65306, 308, 316 VAP 7330/153 und 318 mitveranschlagt.
1/65278 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 1/65306, 308, 316 VAP 7330/153 und 318 mitveranschlagt.
1/65306 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (105,055 Millionen Schilling)
1/65308 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (265,360 Millionen Schilling)

Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 2 0 0 0

207

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen			2,931	2,931	3,098	3,228
2/6525		Innovation u. strukturpolitische Maßnahmen: <i>Regional- und strukturpolitische Maßnahmen</i>						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,165
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001
		Summe 6525...		0,002	0,001	0,003	0,003	0,165
2/65299		Bezugsvorschussersätze			1,525	1,525	1,310	1,592
	23				0,266	0,266	0,190	0,226
	43				1,259	1,259	1,120	1,366
2/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:						
2/65270	36	Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)	*				72,801	114,651
2/65271	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*				0,400	1,134
2/65273	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*				16,200	8,331
		Summe 6527...					89,401	124,116
		Summe 652...		0,002	4,457	4,459	93,812	129,101
2/653		Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie:						
2/6530		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds(ITF) (zweckgeb. Geb.):	*					
		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds(ITF) (zweck. Geb.):						
2/65300	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	401,317		401,317		
2/65301	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001		
2/65303	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		0,001	0,001		
		Summe 6530...		401,318	0,001	401,319		

Anmerkungen:

- 2/65270 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 2/65300, 301 und 303 mitveranschlagt
2/65271 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 2/65300, 301 und 303 mitveranschlagt.
2/65273 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 2/65300, 301 und 303 mitveranschlagt.
2/6530 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65038 mitveranschlagt
2/65300 Korrespondierende Ausgaben 2000 bei den VA-Ansätzen 1/65306 (105,055 Millionen Schilling), 1/65308 (265,360 Millionen Schilling), 1/65316 VAP 7330/153 (30,000 Millionen Schilling) und 1/65318 (0,902 Millionen Schilling)
2/65301 Korrespondierende Ausgaben 2000 beim VA-Ansatz 1/65318 VAP 7292/051 (0,001 Millionen Schilling) veranschlagt
2/65303 Korrespondierende Ausgaben 2000 beim VA-Ansatz 1/65318 VAP 7293/051 (0,001 Millionen Schilling) veranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/6531		Technologie- u. Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF:							
1/65316	36	Förderungen	*		530,001		530,001		
1/65318	36	Aufwendungen	*		0,904		0,904		
		Summe 6531...			530,905		530,905		
1/6532		Technologie- u. Forschungsförderung (wissenschaftl.)/FWF:							
1/65326	12	Förderungen			405,625		405,625		
1/6533		Forschungs- und Technologietransfer:							
1/65336	12	Förderungen			45,779		45,779		
1/65337	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			102,919		102,919		
	12				53,108		53,108		
	43				49,811		49,811		
1/65338	12	Aufwendungen			118,830		118,830		
		Summe 6533...			267,528		267,528		
1/6534		Sondervorhaben-Technologie (Technologiemilliarde):							
1/65346	12	Förderungen			100,012		100,012		
1/65348	12	Aufwendungen			0,002		0,002		
		Summe 6534...			100,014		100,014		
1/6535		Forschungsunternehmungen:							
1/65356	12	Förderungen			393,404		393,404		
1/65358	12	Aufwendungen			147,007		147,007		
		Summe 6535...			540,411		540,411		
1/6536		Amt des BFPZ Arsenal:							
1/65360	12	Personalausgaben		46,520			46,520		
1/65367	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,449		1,449		
1/65368	12	Aufwendungen			2,104		2,104		
		Summe 6536...		46,520	3,553		50,073		
		Summe 653...		46,520	2.218,451		2.264,971		
1/654		Wasserbauverwaltung:							
1/6541		Wasserstraßendirektion:							
1/65410	33	Personalausgaben		29,362			29,362		
1/65413	33	Anlagen	*			2,356	2,356		
1/65417	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,328		0,328		
1/65418	33	Aufwendungen	*		144,281		144,281		
		Summe 6541...		29,362	144,609	2,356	176,327		
1/6542		Amt der Wasserstrassendirektion:							
1/65420	33	Personalausgaben		32,960			32,960		
1/65428	33	Aufwendungen			8,649		8,649		
		Summe 6542...		32,960	8,649		41,609		
1/65438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz			3,497		3,497		
1/65448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*		11,500		11,500		

Anmerkungen:

1/65316 VAP 7330/153 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (30,000 Millionen Schilling)

1/65318 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (0,902 Millionen Schilling), 2/65301 (0,001 Millionen Schilling) und 2/65303 (0,001 Millionen Schilling)

1/65413 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65410 (0,501 Millionen Schilling).

1/65418 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65410 (62,699 Millionen Schilling).

1/65448 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65440

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

209

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/6533		Forschungs- und Technologietransfer:						
2/65334	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,780		0,780		
2/65354	12	Erfolgswirksame Einnahmen		69,000		69,000		
		Summe 653...		471,098	0,001	471,099		
2/654		Wasserbauverwaltung:						
2/6541		Wasserstraßendirektion:						
2/65410	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	63,200		63,200		
2/65414	33	Erfolgswirksame Einnahmen		18,107		18,107		
	37			0,040		0,040		
2/65417	33	Bestandswirksame Einnahmen			0,110	0,110		
		Summe 6541...		81,307	0,110	81,417		
2/6542		Amt der Wasserstrassendirektion:						
2/65424	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft		74,710		74,710		
2/6544		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/65440	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen	*	11,500		11,500		

Anmerkungen:

2/65410 Korrespondierende Ausgaben bei VA-Ansatz 1/65413 und 418 veranschlagt

2/65440 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65448 veranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/6545		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/65455	33	Förderungen (D)				0,910	0,910		
1/65456	33	Förderungen			0,003		0,003		
		Summe 6545...			0,003	0,910	0,913		
1/65466	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	*		418,463		418,463		
1/65476	34	Marchfeldkanal			19,075		19,075		
1/65486	38	Zuschüsse an Unternehmungen mit Budesbeteiligung			17,000		17,000		
		Summe 654...		62,322	622,796	3,266	688,384		
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
1/65500	33	Personalausgaben		17,900			17,900	16,947	16,060
1/65503	33	Anlagen				4,294	4,294	5,794	4,658
1/65508	33	Aufwendungen			12,688		12,688	12,688	12,688
		Summe 655...		17,900	12,688	4,294	34,882	35,429	33,407
1/656		Bundesstrassenverwaltung:							
1/6560		Bundesstraßen:							
1/65603	32	Anlagen	*			1.709,970	1.709,970		
1/65608	32	Aufwendungen	*		1.094,770		1.094,770		
		Summe 6560...			1.094,770	1.709,970	2.804,740		
1/6562		Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):							
1/65623	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*			195,003	195,003		
1/65627	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*		12,144		12,144		
1/65628	32	Aufwendungen	*		1.880,727		1.880,727		
		Summe 6562...			1.892,871	195,003	2.087,874		
1/6563		Bundesstraßen A + S:							
1/65633	32	Anlagen				100,000	100,000		
1/6565		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):							
1/65653	32	Anlagen				358,305	358,305		
1/65658	32	Aufwendungen			31,863		31,863		
		Summe 6565...			31,863	358,305	390,168		
1/6566		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):							
1/65668	32	Aufwendungen	*		231,997		231,997		
1/6567		Straßenforschung:							
1/65675	12	Förderungen (D)				0,004	0,004		
1/65676	12	Förderungen			7,065		7,065		
1/65678	12	Aufwendungen			22,955		22,955		
		Summe 6567...			30,020	0,004	30,024		
1/6569		Straßengesellschaften:							
1/65692	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001		
1/65693	32	Anlagen				0,001	0,001		
1/65698	32	Aufwendungen	*		20,000		20,000		
		Summe 6569...			20,000	0,002	20,002		
		Summe 656...			3.301,521	2.363,284	5.664,805		

Anmerkungen:

- 1/65466 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65460
1/65603 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65608 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65623 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65628 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65668 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65660
1/65698 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

211

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/6545		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
2/65454	33	Erfolgswirksame Einnahmen			0,003		0,003		
2/65459	33	Darlehensrückzahlungen				0,300	0,300		
		Summe 6545...			0,003	0,300	0,303		
2/65460	33	Wasserbau-Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)		*	418,463		418,463		
		Summe 654...			585,983	0,410	586,393		
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen			3,802		3,802	1,802	9,002
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen				0,006	0,006	0,044	
		Summe 655...			3,802	0,006	3,808	1,846	9,002
2/656		Bundesstraßenverwaltung:							
		<i>Bundesstraßenverwaltung</i>							
2/65600	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	579,424		579,424		
2/65602	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)		*		107,532	107,532		
2/65604	32	Erfolgswirksame Einnahmen			21,271		21,271		
2/65607	32	Bestandswirksame Einnahmen				8,556	8,556		
2/65650	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)		*	390,168		390,168		
2/65660	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)		*	231,997		231,997		
2/6567		Straßenforschung:							
2/65674	12	Erfolgswirksame Einnahmen			0,250		0,250		
2/65679	12	Darlehensrückzahlungen				0,100	0,100		
		Summe 6567...			0,250	0,100	0,350		
		Summe 656...			1.223,110	116,188	1.339,298		

Anmerkungen:

- 2/65460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65466 veranschlagt
2/65600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65603, 608, 623, 628 und 698 veranschlagt
2/65602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65603, 608, 623, 628 und 698 veranschlagt
2/65650 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65653 (358,305 Millionen Schilling) und 1/65658 (31,863 Millionen Schilling)
2/65660 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65668 veranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.) :	*						
1/65703	32	Anlagen				1,700	1,700	1,200	0,072
1/65706	32	Förderungen			13,010		13,010	19,000	9,666
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			25,750		25,750	28,280	20,275
1/65708	32	Aufwendungen			6,543		6,543	7,523	67,050
		Summe 657...			45,303	1,700	47,003	56,003	97,063
1/658		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6580		Österreichisches Patentamt:							
1/65800	36	Personalausgaben		101,122			101,122		
1/65803	36	Anlagen				3,651	3,651		
1/65807	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,020		2,020		
	36			1,701		1,701		
1/65808	36	Aufwendungen			0,319		0,319		
				26,622		26,622		
		Summe 6580...		101,122	28,642	3,651	133,415		
1/65817	36	Oberster Patent- und Markensenat			1,380		1,380		
		Summe 658...		101,122	30,022	3,651	134,795		
		Gesamtausgaben 65...		638,961	28.200,147	2.427,810	31.266,918	24.917,841	35.178,956

Anmerkungen:

1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

213

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.): *					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	47,003	47,003	56,003	39,900
2/658		Einrichtungen des Patentwesens:					
2/6580		Österreichisches Patentamt:					
2/65804	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..	237,431	237,431
2/65805	21	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen	9,147	9,147
	36		0,001	0,001
	36		9,146	9,146
2/65807	36	Bestandswirksame Einnahmen	0,004	0,004
2/65809	36	Darlehensrückzahlungen	0,100	0,100
		Summe 658...	246,578	0,104	246,682
		Gesamteinnahmen 65...	6.923,857	121,213	7.045,070	856,383	922,775

Anmerkungen:

2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers.	sachl.				
1/70		Öffentliche Leistung und Sport:							
1/700		BM für öffentliche Leistung und Sport:							
1/70000	43	Personalausgaben		58,576			58,576		
1/70003	43	Anlagen				2,500	2,500		
1/70005		Bezugsvorschüsse				0,500	0,500		
	23					0,200	0,200		
	43					0,300	0,300		
1/70007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			27,863		27,863		
	22				0,862		0,862		
	43				27,001		27,001		
1/70008	43	Aufwendungen			51,713		51,713		
			Summe 700...	58,576	79,576	3,000	141,152		
1/702		Dienststellen:							
1/7020		Verwaltungsakademie:							
1/70200	11	Personalausgaben		18,922			18,922		
1/70203	11	Anlagen				1,627	1,627		
1/70206	11	Förderungen			2,508		2,508		
1/70207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,618		0,618		
	11				0,349		0,349		
	22				0,269		0,269		
1/70208	11	Aufwendungen			31,961		31,961		
			Summe 702...	18,922	35,087	1,627	55,636		
1/703		Sportangelegenheiten:							
1/7030		Sportförderung:							
1/70304	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			350,000		350,000		
1/70305	11	Förderungen (D)				0,425	0,425		
1/70306	11	Förderungen			142,946		142,946		
1/70308	11	Aufwendungen			8,526		8,526		
			Summe 7030...		501,472	0,425	501,897		
1/7031		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):							
1/70310	11	Personalausgaben		3,970			3,970		
1/70313	11	Anlagen				0,193	0,193		
1/70317	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,575		0,575		
1/70318	11	Aufwendungen			2,918		2,918		
			Summe 7031...	3,970	3,493	0,193	7,656		
1/7032		Amt der Bundessporteinrichtungen:							
1/70320	11	Personalausgaben		8,429			8,429		
1/70328	11	Aufwendungen			0,147		0,147		
			Summe 7032...	8,429	0,147		8,576		
1/7033		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:							
1/70336	11	Förderungen			28,125		28,125		
1/70337	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,008		0,008		
1/70338	11	Aufwendungen			40,380		40,380		
			Summe 7033...		68,513		68,513		
			Summe 703...	12,399	573,625	0,618	586,642		
			Gesamtausgaben 70...	89,897	688,288	5,245	783,430		

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

215

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Erfolg 1998
2/70		Öffentliche Leistung und Sport:						
2/700		BM für öffentliche Leistung und Sport:						
2/70004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/70009	23	Bezugsvorschussersätze			0,276	0,276		
	43				0,100	0,100		
					0,176	0,176		
		Summe 700...		0,001	0,276	0,277		
2/702		Dienststellen:						
2/7020		Verwaltungsakademie:						
2/70204	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,573		0,573		
	43			0,572		0,572		
				0,001		0,001		
2/70205	11	EU-Förderprogramm		0,008		0,008		
2/70208	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008		
		Summe 702...		0,581	0,008	0,589		
2/703		Sportangelegenheiten:						
2/7030		Sportförderung:						
2/70304	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,782		0,782		
2/70309	11	Darlehensrückzahlungen			0,355	0,355		
		Summe 7030...		0,782	0,355	1,137		
2/7031		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):						
2/70314	11	Erfolgswirksame Einnahmen		3,745		3,745		
2/70317	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008		
		Summe 7031...		3,745	0,008	3,753		
2/7032		Amt der Bundessporteinrichtungen:						
2/70324	11	Erfolgswirksame Einnahmen		10,501		10,501		
2/7033		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:						
2/70334	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,008		0,008		
		Summe 703...		15,036	0,363	15,399		
		Gesamteinnahmen 70...		15,618	0,647	16,265		

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
				pers..	sachl.				
1/71		Bundestheater:							
1/710		Personalausgaben:							
1/71000	13	Aktivitätsaufwand					1.007,184	1.629,851	
1/71010	13	Pensionsaufwand					538,582	793,172	
		Summe 710...					1.545,766	2.423,023	
1/711		Sachausgaben:							
1/71133	13	Anlagen	*				69,002	156,011	
1/71155	13	Förderungen (D)					1,335	0,962	
	13						0,735	0,862	
	23						0,600	0,100	
1/71156	13	Förderungen					0,002		
1/71167	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					39,517	60,914	
1/71188	13	Aufwendungen	*				261,314	452,253	
		Summe 711...					371,170	670,140	
		Gesamtausgaben 71...					1.916,936	3.093,163	

Anmerkungen:

1/71133 Hievon 2000 0,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.
 1/71188 Hievon 2000 0,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

217

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
2/71		Bundestheater:						
2/71159	13	Darlehensrückzahlungen					1,337	1,066
	23						1,197	0,812
							0,140	0,254
2/712		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/71200	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*				0,006	7,209
2/71204	13	Erfolgswirksame Einnahmen					23,601	60,140
2/71218	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen					0,100	0,122
		Summe 712...					23,707	67,471
2/713		Übrige Einnahmen:						
2/71304	13	Tageseinnahmen					303,520	536,653
2/71305	13	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen					19,553	14,387
		Summe 713...					323,073	551,041
2/71504	13	Pensions- und Provisionsbeiträge					79,012	134,296
		Gesamteinnahmen 71...					427,129	753,873

Anmerkungen:

2/71200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/71133 und 1/71188 mitveranschlagt.

Kapitel	S A L D O		Bundесvor- anschlag 2000	Bundесvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
1/71	Betriebsausgaben			1.916,936	3.093,163
2/71	Betriebseinnahmen			427,129	753,873
	Betriebsabgang...			1.489,807	2.339,289

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
		pers.	sachl.				
	A U S G A B E N						
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	38,698	21,696	2,050	62,444	61,455	61,102
02	Bundesgesetzgebung	218,888	1.229,629	26,385	1.474,902	1.587,924	1.914,663
03	Verfassungsgerichtshof	35,820	34,937	1,243	72,000	66,640	65,955
04	Verwaltungsgerichtshof	137,106	14,567	2,360	154,033	140,578	136,475
05	Volksanwaltschaft	30,950	20,780	0,970	52,700	53,314	49,351
06	Rechnungshof	243,607	64,103	7,290	315,000	310,444	276,204
	Gruppe 0...	705,069	1.385,712	40,298	2.131,079	2.220,355	2.503,750
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	730,771	2.923,552	51,259	3.705,582	5.254,261	5.920,435
11	Inneres	16.717,331	5.905,040	605,533	23.227,904	23.196,362	22.373,881
12	Bildung und Kultur	29.080,000	46.350,648	564,880	75.995,528	72.703,317	71.018,392
13	Kunst	45,370	2.929,398	10,232	2.985,000	1.838,480	1.167,847
14	Wissenschaft	14.060,570	14.991,001	580,804	29.632,375	28.318,290	27.547,620
15	Soziale Sicherheit und Generationen	1.123,140	37.780,798	63,824	38.967,762	86.661,095	87.023,634
16	Sozialversicherung		66.374,000		66.374,000	71.152,900	72.353,935
17	Gesundheit	325,091	8.442,556	37,755	8.805,402	12.619,738	11.311,515
18	Umwelt	73,055	407,009	1,105	481,169	4.638,529	3.541,084
19	Jugend und Familie		57.638,503	1.101,725	58.740,228	57.598,396	56.646,581
	Gruppe 1...	62.155,328	243.742,505	3.017,117	308.914,950	363.981,368	358.904,923
20	Äußeres	932,534	3.203,730	69,736	4.206,000	4.090,000	4.397,494
30	Justiz	6.107,300	4.669,700	158,900	10.935,900	10.901,685	10.477,881
40	Militärische Angelegenheiten	10.926,000	11.443,625	110,375	22.480,000	21.529,933	21.359,554
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	24.491,299	21.868,487	106,988	46.466,774	43.359,117	45.440,877
51	Kassenverwaltung	0,002	6.906,331	1,155	6.907,488	4.306,068	15.553,091
52	Öffentliche Abgaben		130,000		130,000	162,220	153,443
53	Finanzausgleich		45.103,762		45.103,762	44.496,566	43.663,169
54	Bundesvermögen		1.491,715	12.444,539	13.936,254	16.287,402	9.804,086
55	Pensionen	32.827,000	45.532,000	1,000	78.360,000	77.094,271	73.605,565
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen		4.174,727		4.174,727	195,616	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						1.375,008
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		117.689,525		117.689,525	107.277,771	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						105.383,707
	Gruppe 5...	57.318,301	242.896,547	12.553,682	312.768,530	293.179,031	294.978,946
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.922,340	21.430,231	122,065	23.474,636	23.447,158	25.157,879
61	Umwelt neu		4.671,346	15,150	4.686,496		
63	Wirtschaft und Arbeit	1.303,685	49.425,152	283,369	51.012,206	2.934,143	3.726,587
64	Bauten und Technik	1.408,994	3.886,916	3.368,297	8.664,207	18.465,795	17.820,981
65	Verkehr, Innovation und Technologie	638,961	28.200,147	2.427,810	31.266,918	24.917,841	35.178,956
	Gruppe 6...	5.273,980	107.613,792	6.216,691	119.104,463	69.764,937	81.884,404
70	Öffentliche Leistung und Sport	89,897	688,288	5,245	783,430		
71	Bundestheater					1.916,936	3.093,163
	Summe Allgemeiner Haushalt...	143.508,409	615.643,899	22.172,044	781.324,352	767.584,245	777.600,115
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			280.000,001	280.000,001	75.000,000	51.094,787
54	Bundesvermögen		0,008		0,008	0,004	
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen			8.251,789	8.251,789	0,021	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						95.685,991
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			207.758,495	207.758,495	189.077,286	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						195.666,825
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,008	496.010,285	496.010,293	264.077,311	342.447,603
	Gesamtausgaben...	143.508,409	615.643,907	518.182,329	1.277.334,645	1.031.661,556	1.120.047,718

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

219

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	EINNAHMEN	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentenkanzlei		1,095	0,148	1,243	1,238	1,289
02	Bundesgesetzgebung		33,294	0,758	34,052	36,536	34,069
03	Verfassungsgerichtshof		0,849	0,151	1,000	1,000	0,714
04	Verwaltungsgerichtshof		4,698	0,273	4,971	5,000	4,523
05	Volksanwaltschaft		1,472	0,128	1,600	1,810	1,513
06	Rechnungshof		1,239	0,761	2,000	2,000	1,624
	Gruppe 0...		42,647	2,219	44,866	47,584	43,731
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		316,155	5,076	321,231	714,058	781,125
11	Inneres		1.361,225	38,775	1.400,000	1.363,185	1.276,836
12	Bildung und Kultur		843,530	46,470	890,000	841,896	860,490
13	Kunst		33,723	0,277	34,000	7,893	0,017
14	Wissenschaft		496,565	28,435	525,000	910,998	843,550
15	Soziale Sicherheit und Generationen		11.307,321	11,349	11.318,670	57.111,625	58.522,492
16	Sozialversicherung		3.453,003		3.453,003	139,004	170,882
17	Gesundheit		890,534	0,136	890,670	890,800	825,013
18	Umwelt		115,209	0,313	115,522	574,101	150,745
19	Jugend und Familie		58.129,598	465,828	58.595,426	61.847,233	62.344,422
	Gruppe 1...		76.946,863	596,659	77.543,522	124.400,793	125.775,572
20	Äußeres		67,026	32,267	99,293	125,525	201,242
30	Justiz		8.114,430	13,570	8.128,000	7.671,172	7.016,791
40	Militärische Angelegenheiten		556,788	40,212	597,000	552,000	565,408
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung		19.774,480	167,485	19.941,965	19.112,492	19.496,823
51	Kassenverwaltung		16.487,220	7.537,886	24.025,106	19.367,100	21.151,834
52	Öffentliche Abgaben		458.235,953		458.235,953	456.892,237	460.220,328
53	Finanzausgleich		5.409,273		5.409,273	5.537,209	4.658,607
54	Bundesvermögen		16.530,601	12.198,793	28.729,394	27.950,106	25.391,589
55	Pensionen		19.180,300	0,700	19.181,000	18.866,840	18.846,954
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen		4.174,719		4.174,719	195,616	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						1.375,008
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		19.041,912		19.041,912	8.686,624	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						19.325,904
	Gruppe 5...		558.834,458	19.904,864	578.739,322	556.608,224	570.467,049
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		2.740,681	9,614	2.750,295	2.735,080	2.709,194
61	Umwelt neu		2.865,014	0,008	2.865,022		
63	Wirtschaft und Arbeit		47.940,186	59,179	47.999,365	834,186	834,652
64	Bauten und Technik		842,435	5,772	848,207	3.179,940	2.282,821
65	Verkehr, Innovation und Technologie		6.923,857	121,213	7.045,070	856,383	922,775
	Gruppe 6...		61.312,173	195,786	61.507,959	7.605,589	6.749,443
70	Öffentliche Leistung und Sport		15,618	0,647	16,265		
71	Bundestheater					427,129	753,873
	Summe Allgemeiner Haushalt...		705.890,003	20.786,224	726.676,227	697.438,016	711.573,108
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			280.000,001	280.000,001	75.000,000	51.280,600
54	Bundesvermögen						
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen			8.251,785	8.251,785	0,021	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						95.685,991
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			262.406,632	262.406,632	259.223,519	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						261.508,019
	Summe Ausgleichshaushalt...			550.658,418	550.658,418	334.223,540	408.474,610
	Gesamteinnahmen...		705.890,003	571.444,642	1.277.334,645	1.031.661,556	1.120.047,718

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
		pers.	sachl.				
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentenkanzlei	2, 812	1, 577	0, 149	4, 538	4, 466	4, 440
02	Bundesgesetzgebung	15, 907	89, 361	1, 917	107, 185	115, 399	139, 144
03	Verfassungsgerichtshof	2, 603	2, 539	0, 090	5, 232	4, 843	4, 793
04	Verwaltungsgerichtshof	9, 964	1, 059	0, 172	11, 194	10, 216	9, 918
05	Volksanwaltschaft	2, 249	1, 510	0, 070	3, 830	3, 874	3, 586
06	Rechnungshof	17, 704	4, 659	0, 530	22, 892	22, 561	20, 073
	Gruppe 0...	51, 239	100, 704	2, 929	154, 872	161, 359	181, 955
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	53, 107	212, 463	3, 725	269, 295	381, 842	430, 255
11	Inneres	1. 214, 896	429, 136	44, 006	1. 688, 038	1. 685, 745	1. 625, 973
12	Bildung und Kultur	2. 113, 326	3. 368, 433	41, 051	5. 522, 810	5. 283, 556	5. 161, 108
13	Kunst	3, 297	212, 888	0, 744	216, 928	133, 608	84, 871
14	Wissenschaft	1. 021, 821	1. 089, 439	42, 209	2. 153, 469	2. 057, 970	2. 001, 964
15	Soziale Sicherheit und Generationen	81, 622	2. 745, 638	4, 638	2. 831, 898	6. 297, 907	6. 324, 254
16	Sozialversicherung		4. 823, 587		4. 823, 587	5. 170, 883	5. 258, 165
17	Gesundheit	23, 625	613, 544	2, 744	639, 914	917, 112	822, 040
18	Umwelt	5, 309	29, 578	0, 080	34, 968	337, 095	257, 341
19	Jugend und Familie		4. 188, 753	80, 065	4. 268, 819	4. 185, 839	4. 116, 668
	Gruppe 1...	4. 517, 004	17. 713, 459	219, 262	22. 449, 725	26. 451, 558	26. 082, 638
20	Äußeres	67, 770	232, 824	5, 068	305, 662	297, 232	319, 578
30	Justiz	443, 835	339, 360	11, 548	794, 743	792, 256	761, 457
40	Militärische Angelegenheiten	794, 023	831, 641	8, 021	1. 633, 685	1. 564, 641	1. 552, 259
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	1. 779, 852	1. 589, 245	7, 775	3. 376, 872	3. 151, 030	3. 302, 317
51	Kassenverwaltung	0, 000	501, 903	0, 084	501, 987	312, 934	1. 130, 287
52	Öffentliche Abgaben		9, 447		9, 447	11, 789	11, 151
53	Finanzausgleich		3. 277, 818		3. 277, 818	3. 233, 692	3. 173, 126
54	Bundesvermögen		108, 407	904, 380	1. 012, 787	1. 183, 652	712, 491
55	Pensionen	2. 385, 631	3. 308, 939	0, 073	5. 694, 643	5. 602, 659	5. 349, 125
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen		303, 389		303, 389	14, 216	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						99, 926
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		8. 552, 831		8. 552, 831	7. 796, 180	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						7. 658, 533
	Gruppe 5...	4. 165, 483	17. 651, 980	912, 312	22. 729, 776	21. 306, 151	21. 436, 956
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	139, 702	1. 557, 396	8, 871	1. 705, 968	1. 703, 971	1. 828, 294
61	Umwelt neu		339, 480	1, 101	340, 581		
63	Wirtschaft und Arbeit	94, 742	3. 591, 866	20, 593	3. 707, 202	213, 232	270, 822
64	Bauten und Technik	102, 396	282, 473	244, 784	629, 652	1. 341, 962	1. 295, 101
65	Verkehr, Innovation und Technologie	46, 435	2. 049, 385	176, 436	2. 272, 256	1. 810, 850	2. 556, 554
	Gruppe 6...	383, 275	7. 820, 599	451, 785	8. 655, 659	5. 070, 016	5. 950, 772
70	Öffentliche Leistung und Sport	6, 533	50, 020	0, 381	56, 934		
71	Bundestheater					139, 309	224, 789
	Summe Allgemeiner Haushalt...	10. 429, 163	44. 740, 587	1. 611, 305	56. 781, 055	55. 782, 523	56. 510, 404
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			20. 348, 394	20. 348, 394	5. 450, 463	3. 713, 203
54	Bundesvermögen		0, 001		0, 001	0, 000	
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen			599, 681	599, 681	0, 002	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						6. 953, 772
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			15. 098, 399	15. 098, 399	13. 740, 782	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						14. 219, 663
	Summe Ausgleichshaushalt...		0, 001	36. 046, 473	36. 046, 474	19. 191, 247	24. 886, 638
	Gesamtausgaben...	10. 429, 163	44. 740, 588	37. 657, 778	92. 827, 529	74. 973, 769	81. 397, 042

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 2000

221

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 2000	Bundesvor- anschlag 1999	Erfolg 1998
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentenkanzlei		0,080	0,011	0,090	0,090	0,094
02	Bundesgesetzgebung		2,420	0,055	2,475	2,655	2,476
03	Verfassungsgerichtshof		0,062	0,011	0,073	0,073	0,052
04	Verwaltungsgerichtshof		0,341	0,020	0,361	0,363	0,329
05	Volksanwaltschaft		0,107	0,009	0,116	0,132	0,110
06	Rechnungshof		0,090	0,055	0,145	0,145	0,118
	Gruppe 0		3,099	0,161	3,261	3,458	3,178
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		22,976	0,369	23,345	51,893	56,767
11	Inneres		98,924	2,818	101,742	99,067	92,791
12	Bildung und Kultur		61,302	3,377	64,679	61,183	62,534
13	Kunst		2,451	0,020	2,471	0,574	0,001
14	Wissenschaft		36,087	2,066	38,153	66,205	61,303
15	Soziale Sicherheit und Generationen		821,735	0,825	822,560	4.150,464	4.252,995
16	Sozialversicherung		250,940		250,940	10,102	12,418
17	Gesundheit		64,718	0,010	64,728	64,737	59,956
18	Umwelt		8,373	0,023	8,395	41,722	10,955
19	Jugend und Familie		4.224,443	33,853	4.258,296	4.494,614	4.530,746
	Gruppe 1		5.591,947	43,361	5.635,308	9.040,558	9.140,467
20	Äußeres		4,871	2,345	7,216	9,122	14,625
30	Justiz		589,699	0,986	590,685	557,486	509,930
40	Militärische Angelegenheiten		40,463	2,922	43,386	40,115	41,090
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung		1.437,068	12,172	1.449,239	1.388,959	1.416,889
51	Kassenverwaltung		1.198,173	547,800	1.745,973	1.407,462	1.537,164
52	Öffentliche Abgaben		33.301,305		33.301,305	33.203,654	33.445,516
53	Finanzausgleich		393,107		393,107	402,405	338,554
54	Bundesvermögen		1.201,326	886,521	2.087,846	2.031,213	1.845,279
55	Pensionen		1.393,887	0,051	1.393,938	1.371,107	1.369,662
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen		303,389		303,389	14,216	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						99,926
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		1.383,830		1.383,830	631,282	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						1.404,468
	Gruppe 5		40.612,084	1.446,543	42.058,627	40.450,297	41.457,457
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		199,173	0,699	199,872	198,766	196,885
61	Umwelt neu		208,209	0,001	208,209		
63	Wirtschaft und Arbeit		3.483,949	4,301	3.488,250	60,623	60,656
64	Bauten und Technik		61,222	0,419	61,642	231,095	165,899
65	Verkehr, Innovation und Technologie		503,176	8,809	511,985	62,236	67,061
	Gruppe 6		4.455,729	14,228	4.469,958	552,720	490,501
70	Öffentliche Leistung und Sport		1,135	0,047	1,182		
71	Bundestheater					31,041	54,786
	Summe Allgemeiner Haushalt		51.299,027	1.510,594	52.809,621	50.684,797	51.712,034
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			20.348,394	20.348,394	5.450,463	3.726,707
54	Bundesvermögen						
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen			599,681	599,681	0,002	
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen						6.953,772
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			19.069,834	19.069,834	18.838,508	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						19.004,529
	Summe Ausgleichshaushalt			40.017,908	40.017,908	24.288,972	29.685,008
	Gesamteinnahmen		51.299,027	41.528,502	92.827,529	74.973,769	81.397,042

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben		Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
		Erfolgswirksame Ausgaben		Bestandsw. Ausgaben	Summe					
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	38,698	21,696	2,050	23,746	62,444	1,095	0,148	1,243	- 61,201
02	Bundesgesetzgebung	218,888	1.229,629	26,385	1.256,014	1.474,902	33,294	0,758	34,052	- 1.440,850
03	Verfassungsgerichtshof	35,820	34,937	1,243	36,180	72,000	0,849	0,151	1,000	- 71,000
04	Verwaltungsgerichtshof	137,106	14,567	2,360	16,927	154,033	4,698	0,273	4,971	- 149,062
05	Volksanwaltschaft	30,950	20,780	0,970	21,750	52,700	1,472	0,128	1,600	- 51,100
06	Rechnungshof	243,607	64,103	7,290	71,393	315,000	1,239	0,761	2,000	- 313,000
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	730,771	2.923,552	51,259	2.974,811	3.705,582	316,155	5,076	321,231	- 3.384,351
11	Inneres	16.717,331	5.905,040	605,533	6.510,573	23.227,904	1.361,225	38,775	1.400,000	-21.827,904
12	Bildung und Kultur	29.080,000	46.350,648	564,880	46.915,528	75.995,528	843,530	46,470	890,000	-75.105,528
13	Kunst	45,370	2.929,398	10,232	2.939,630	2.985,000	33,723	0,277	34,000	- 2.951,000
14	Wissenschaft	14.060,570	14.991,001	580,804	15.571,805	29.632,375	496,565	28,435	525,000	-29.107,375
15	Soziale Sicherheit und Generationen	1.123,140	37.780,798	63,824	37.844,622	38.967,762	11.307,321	11,349	11.318,670	-27.649,092
16	Sozialversicherung		66.374,000		66.374,000	66.374,000	3.453,003		3.453,003	-62.920,997
17	Gesundheit	325,091	8.442,556	37,755	8.480,311	8.805,402	890,534	0,136	890,670	- 7.914,732
18	Umwelt	73,055	407,009	1,105	408,114	481,169	115,209	0,313	115,522	- 365,647
19	Jugend und Familie		57.638,503	1.101,725	58.740,228	58.740,228	58.129,598	465,828	58.595,426	- 144,802
20	Äußeres	932,534	3.203,730	69,736	3.273,466	4.206,000	67,026	32,267	99,293	- 4.106,707
30	Justiz	6.107,300	4.669,700	158,900	4.828,600	10.935,900	8.114,430	13,570	8.128,000	- 2.807,900
40	Militärische Angelegenheiten	10.926,000	11.443,625	110,375	11.554,000	22.480,000	556,788	40,212	597,000	-21.883,000
50	Finanzverwaltung	24.491,299	21.868,487	106,988	21.975,475	46.466,774	19.774,480	167,485	19.941,965	-26.524,809
51	Kassenverwaltung	0,002	6.906,331	1,155	6.907,486	6.907,488	16.487,220	7.537,886	24.025,106	+17.117,618
52	Öffentliche Abgaben		130,000		130,000	130,000	458.235,953		458.235,953	+458.105,953
53	Finanzausgleich		45.103,762		45.103,762	45.103,762	5.409,273		5.409,273	-39.694,489
54	Bundesvermögen		1.491,715	12.444,539	13.936,254	13.936,254	16.530,601	12.198,793	28.729,394	+14.793,140
55	Pensionen	32.827,000	45.532,000	1,000	45.533,000	78.360,000	19.180,300	0,700	19.181,000	-59.179,000
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl. .		4.174,727		4.174,727	4.174,727	4.174,719		4.174,719	- 0,008
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		117.689,525		117.689,525	117.689,525	19.041,912		19.041,912	-98.647,613
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.922,340	21.430,231	122,065	21.552,296	23.474,636	2.740,681	9,614	2.750,295	-20.724,341
61	Umwelt neu		4.671,346	15,150	4.686,496	4.686,496	2.865,014	0,008	2.865,022	- 1.821,474
63	Wirtschaft und Arbeit	1.303,685	49.425,152	283,369	49.708,521	51.012,206	47.940,186	59,179	47.999,365	- 3.012,841
64	Bauten und Technik	1.408,994	3.886,916	3.368,297	7.255,213	8.664,207	842,435	5,772	848,207	- 7.816,000
65	Verkehr, Innovation und Technologie	638,961	28.200,147	2.427,810	30.627,957	31.266,918	6.923,857	121,213	7.045,070	-24.221,848
70	Öffentliche Leistung und Sport	89,897	688,288	5,245	693,533	783,430	15,618	0,647	16,265	- 767,165
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	143.508,409	615.643,899	22.172,044	637.815,943	781.324,352	705.890,003	20.786,224	726.676,227	-54.648,125
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung			280.000,001	280.000,001	280.000,001		280.000,001	280.000,001	
54	Bundesvermögen		0,008		0,008	0,008				- 0,008
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl. .			8.251,789	8.251,789	8.251,789		8.251,785	8.251,785	- 0,004
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			207.758,495	207.758,495	207.758,495		262.406,632	262.406,632	+54.648,137
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,008	496.010,285	496.010,293	496.010,293		550.658,418	550.658,418	+54.648,125
	Summe Gesamthaushalt...	143.508,409	615.643,907	518.182,329	1133826,236	1277334,645	705.890,003	571.444,642	1277334,645	
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	110.681,408								
	Pensionsaufwand	32.827,001								

BUNDESVORANSCHLAG 2000

223

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1999
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben			Ausgaben-Summe	Erfolgs-wirksame Einnahmen	Bestands-wirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
		Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe							
	Allgemeiner Haushalt										
01	Präsidentschaftskanzlei	+ 2,624	- 0,785	- 0,850	- 1,635	+ 0,989	+ 0,050	- 0,045	+ 0,005	- 0,984	
02	Bundesgesetzgebung	+ 20,899	- 106,803	- 27,118	- 133,921	- 113,022	+ 2,544	+ 0,060	+ 2,484	+ 110,538	
03	Verfassungsgerichtshof	+ 7,200	- 1,438	- 0,402	- 1,840	+ 5,360				- 5,360	
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 17,988	- 1,618	- 2,915	- 4,533	+ 13,455	+ 0,001	- 0,030	- 0,029	- 13,484	
05	Volksanwaltschaft	+ 1,296	- 1,770	- 0,140	- 1,910	- 0,614	- 0,255	+ 0,045	- 0,210	+ 0,404	
06	Rechnungshof	+ 7,067	- 4,080	+ 1,569	- 2,511	+ 4,556				- 4,556	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 607,260	- 867,972	- 73,447	- 941,419	- 1.548,679	- 392,866	+ 0,039	- 392,827	+ 1.155,852	
11	Inneres	+ 860,331	- 259,956	- 568,833	- 828,789	+ 31,542	+ 45,090	- 8,275	+ 36,815	+ 5,273	
12	Bildung und Kultur	+ 1.820,579	+ 1.690,917	- 219,285	+ 1.471,632	+ 3.292,211	+ 47,857	+ 0,247	+ 48,104	- 3.244,107	
13	Kunst	+ 37,007	+ 1.109,733	- 0,220	+ 1.109,513	+ 1.146,520	+ 25,947	+ 0,160	+ 26,107	- 1.120,413	
14	Wissenschaft	+ 1.409,584	+ 843,897	- 939,396	- 95,499	+ 1.314,085	- 386,087	+ 0,089	- 385,998	- 1.700,083	
15	Soziale Sicherheit und Generationen	- 533,154	- 46.912,196	- 247,983	- 47.160,179	- 47.693,333	- 45.755,690	- 37,265	- 45.792,955	+ 1.900,378	
16	Sozialversicherung		- 4.778,900		- 4.778,900	- 4.778,900	+ 3.313,999		+ 3.313,999	+ 8.092,899	
17	Gesundheit	+ 167,145	- 3.994,936	+ 13,455	- 3.981,481	- 3.814,336	- 0,244	+ 0,114	- 0,130	+ 3.814,206	
18	Umwelt	- 158,142	- 3.990,483	- 8,735	- 3.999,218	- 4.157,360	- 458,130	- 0,449	- 458,579	+ 3.698,781	
19	Jugend und Familie		+ 1.036,107	+ 105,725	+ 1.141,832	+ 1.141,832	+ 3.301,903	+ 50,096	- 3.251,807	- 4.393,639	
20	Äußeres	+ 70,234	+ 200,248	- 154,482	+ 45,766	+ 116,000	- 30,710	+ 4,478	- 26,232	- 142,232	
30	Justiz	+ 285,299	- 195,934	- 55,150	- 251,084	+ 34,215	+ 456,808	+ 0,020	+ 456,828	+ 422,613	
40	Militärische Angelegenheiten	+ 504,457	+ 431,887	+ 13,723	+ 445,610	+ 950,067	+ 32,904	+ 12,096	+ 45,000	- 905,067	
50	Finanzverwaltung	+ 633,273	+ 2.483,187	- 8,803	+ 2.474,384	+ 3.107,657	+ 881,718	- 52,245	+ 829,473	- 2.278,184	
51	Kassenverwaltung		+ 2.710,419	- 108,999	+ 2.601,420	+ 2.601,420	+ 2.067,904	+ 2.590,102	+ 4.658,006	+ 2.056,586	
52	Öffentliche Abgaben		- 32,220		- 32,220	- 32,220	+ 1.343,716		+ 1.343,716	+ 1.375,936	
53	Finanzausgleich		+ 607,196		+ 607,196	+ 607,196	- 127,936		- 127,936	- 735,132	
54	Bundesvermögen		- 3.754,508	+ 1.403,360	- 2.351,148	- 2.351,148	+ 3.138,399	- 2.359,111	+ 779,288	+ 3.130,436	
55	Pensionen	- 30,988	+ 1.297,100	- 0,383	+ 1.296,717	+ 1.265,729	+ 314,149	+ 0,011	+ 314,160	- 951,569	
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.		+ 3.979,111		+ 3.979,111	+ 3.979,111	+ 3.979,103		+ 3.979,103	- 0,008	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		+ 10.411,754		+ 10.411,754	+ 10.411,754	+ 10.355,288		+ 10.355,288	- 56,466	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	+ 235,760	- 170,572	- 37,710	- 208,282	+ 27,478	+ 14,643	+ 0,572	+ 15,215	- 12,263	
61	Umwelt neu		+ 4.671,346	+ 15,150	+ 4.686,496	+ 4.686,496	+ 2.865,014	+ 0,008	+ 2.865,022	- 1.821,474	
63	Wirtschaft und Arbeit	+ 570,680	+ 47.281,627	+ 225,756	+ 47.507,383	+ 48.078,063	+ 47.130,922	+ 34,257	+ 47.165,179	- 912,884	
64	Bauten und Technik	- 394,483	- 5.602,677	- 3.804,428	- 9.407,105	- 9.801,588	- 2.212,641	- 119,092	- 2.331,733	+ 7.469,855	
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 295,117	+ 3.681,760	+ 2.372,200	+ 6.053,960	+ 6.349,077	+ 6.088,174	+ 100,513	+ 6.188,687	- 160,390	
70	Öffentliche Leistung und Sport	+ 89,897	+ 688,288	+ 5,245	+ 693,533	+ 783,430	+ 15,618	+ 0,647	+ 16,265	- 767,165	
71	Bundestheater	- 1.545,766	- 300,833	- 70,337	- 371,170	- 1.916,936	- 425,692	- 1,437	- 427,129	+ 1.489,807	
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 3.766,644	+ 12.146,896	- 2.173,433	+ 9.973,463	+ 13.740,107	+ 29.022,606	+ 215,605	+ 29.238,211	+ 15.498,104	
	Ausgleichshaushalt										
51	Kassenverwaltung			205.000,001	205.000,001	205.000,001		205.000,001	205.000,001		
54	Bundesvermögen		+ 0,004		+ 0,004	+ 0,004				- 0,004	
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.			+ 8.251,768	+ 8.251,768	+ 8.251,768		+ 8.251,764	+ 8.251,764	- 0,004	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			+ 18.681,209	+ 18.681,209	+ 18.681,209		+ 3.183,113	+ 3.183,113	- 15.498,096	
	Summe Ausgleichshaushalt...	+ 0,004	231.932,978	231.932,982	231.932,982	231.932,982	216.434,878	216.434,878	216.434,878	- 15.498,104	
	Summe Gesamthaushalt...	+ 3.766,644	+ 12.146,900	229.759,545	241.906,445	245.673,089	+ 29.022,606	216.650,483	245.673,089	
	davon:										
	Aktivitätsaufwand	+ 4.336,214									
	Pensionsaufwand	- 569,570									

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
 (Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.	sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
			Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe					
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	2,812	1,577	0,149	1,726	4,538	0,080	0,011	0,090	- 4,448
02	Bundesgesetzgebung	15,907	89,361	1,917	91,278	107,185	2,420	0,055	2,475	- 104,711
03	Verfassungsgerichtshof	2,603	2,539	0,090	2,629	5,232	0,062	0,011	0,073	- 5,160
04	Verwaltungsgerichtshof	9,964	1,059	0,172	1,230	11,194	0,341	0,020	0,361	- 10,833
05	Volksanwaltschaft	2,249	1,510	0,070	1,581	3,830	0,107	0,009	0,116	- 3,714
06	Rechnungshof	17,704	4,659	0,530	5,188	22,892	0,090	0,055	0,145	- 22,747
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	53,107	212,463	3,725	216,188	269,295	22,976	0,369	23,345	- 245,950
11	Inneres	1.214,896	429,136	44,006	473,142	1.688,038	98,924	2,818	101,742	- 1.586,296
12	Bildung und Kultur	2.113,326	3.368,433	41,051	3.409,484	5.522,810	61,302	3,377	64,679	- 5.458,132
13	Kunst	3,297	212,888	0,744	213,631	216,928	2,451	0,020	2,471	- 214,458
14	Wissenschaft	1.021,821	1.089,439	42,209	1.131,647	2.153,469	36,087	2,066	38,153	- 2.115,315
15	Soziale Sicherheit und Generationen	81,622	2.745,638	4,638	2.750,276	2.831,898	821,735	0,825	822,560	- 2.009,338
16	Sozialversicherung		4.823,587		4.823,587	4.823,587	250,940		250,940	- 4.572,647
17	Gesundheit	23,625	613,544	2,744	616,288	639,914	64,718	0,010	64,728	- 575,186
18	Umwelt	5,309	29,578	0,080	29,659	34,968	8,373	0,023	8,395	- 26,573
19	Jugend und Familie		4.188,753	80,065	4.268,819	4.268,819	4.224,443	33,853	4.258,296	- 10,523
20	Äußeres	67,770	232,824	5,068	237,892	305,662	4,871	2,345	7,216	- 298,446
30	Justiz	443,835	339,360	11,548	350,908	794,743	589,699	0,986	590,685	- 204,058
40	Militärische Angelegenheiten	794,023	831,641	8,021	839,662	1.633,685	40,463	2,922	43,386	- 1.590,300
50	Finanzverwaltung	1.779,852	1.589,245	7,775	1.597,020	3.376,872	1.437,068	12,172	1.449,239	- 1.927,633
51	Kassenverwaltung	0,000	501,903	0,084	501,987	501,987	1.198,173	547,800	1.745,973	+ 1.243,986
52	Öffentliche Abgaben		9,447		9,447	9,447	33.301,305		33.301,305	+33.291,858
53	Finanzausgleich		3.277,818		3.277,818	3.277,818	393,107		393,107	- 2.884,711
54	Bundesvermögen		108,407	904,380	1.012,787	1.012,787	1.201,326	886,521	2.087,846	+ 1.075,059
55	Pensionen	2.385,631	3.308,939	0,073	3.309,012	5.694,643	1.393,887	0,051	1.393,938	- 4.300,706
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.		303,389		303,389	303,389			303,389	- 0,001
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		8.552,831		8.552,831	8.552,831	1.383,830		1.383,830	- 7.169,002
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	139,702	1.557,396	8,871	1.566,266	1.705,968	199,173	0,699	199,872	- 1.506,097
61	Umwelt neu		339,480	1,101	340,581	340,581	208,209	0,001	208,209	- 132,372
63	Wirtschaft und Arbeit	94,742	3.591,866	20,593	3.612,459	3.707,202	3.483,949	4,301	3.488,250	- 218,952
64	Bauten und Technik	102,396	282,473	244,784	527,257	629,652	61,222	0,419	61,642	- 568,011
65	Verkehr, Innovation und Technologie	46,435	2.049,385	176,436	2.225,820	2.272,256	503,176	8,809	511,985	- 1.760,270
70	Öffentliche Leistung und Sport	6,533	50,020	0,381	50,401	56,934	1,135	0,047	1,182	- 55,752
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	10.429,163	44.740,587	1.611,305	46.351,892	56.781,055	51.299,027	1.510,594	52.809,621	- 3.971,434
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung			20.348,394	20.348,394	20.348,394		20.348,394	20.348,394	
54	Bundesvermögen		0,001		0,001	0,001				- 0,001
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.			599,681	599,681	599,681		599,681	599,681	- 0,000
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			15.098,399	15.098,399	15.098,399		19.069,834	19.069,834	+ 3.971,435
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,001	36.046,473	36.046,474	36.046,474		40.017,908	40.017,908	+ 3.971,434
	Summe Gesamthaushalt...	10.429,163	44.740,588	37.657,778	82.398,366	92.827,529	51.299,027	41.528,502	92.827,529	- 0,000
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	8.043,532								
	Pensionsaufwand	2.385,631								

BUNDESVORANSCHLAG 2000

225

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1999
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
		Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe							
	Allgemeiner Haushalt										
01	Präsidentenkanzlei	+ 0,191	- 0,057	- 0,062	- 0,119	+ 0,072	+ 0,004	- 0,003	+ 0,000	- 0,072	
02	Bundesgesetzgebung	+ 1,519	- 7,762	- 1,971	- 9,732	- 8,214	+ 0,185	+ 0,004	- 0,181	+ 8,033	
03	Verfassungsgerichtshof	+ 0,523	- 0,105	- 0,029	- 0,134	+ 0,390				- 0,390	
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 1,307	- 0,118	- 0,212	- 0,329	+ 0,978	+ 0,000	- 0,002	- 0,002	- 0,980	
05	Volksanwaltschaft	+ 0,094	- 0,129	- 0,010	- 0,139	- 0,045	- 0,019	+ 0,003	- 0,015	+ 0,029	
06	Rechnungshof	+ 0,514	- 0,297	+ 0,114	- 0,182	+ 0,331				- 0,331	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 44,131	- 63,078	- 5,338	- 68,416	- 112,547	- 28,551	+ 0,003	- 28,548	+ 83,999	
11	Inneres	+ 62,523	- 18,892	- 41,339	- 60,230	+ 2,292	+ 3,277	- 0,601	+ 2,675	+ 0,383	
12	Bildung und Kultur	+ 132,307	+ 122,884	- 15,936	+ 106,948	+ 239,254	+ 3,478	+ 0,018	+ 3,496	- 235,758	
13	Kunst	+ 2,689	+ 80,647	- 0,016	+ 80,631	+ 83,321	+ 1,886	+ 0,012	+ 1,897	- 81,424	
14	Wissenschaft	+ 102,438	+ 61,328	- 68,269	- 6,940	+ 95,498	- 28,058	+ 0,006	- 28,052	- 123,550	
15	Soziale Sicherheit und Generationen	- 38,746	- 3.409,242	- 18,022	- 3.427,264	- 3.466,010	- 3.325,196	- 2,708	- 3.327,904	+ 138,106	
16	Sozialversicherung		- 347,296		- 347,296	- 347,296	+ 240,838		+ 240,838	+ 588,134	
17	Gesundheit	+ 12,147	- 290,323	+ 0,978	- 289,346	- 277,199	- 0,018	- 0,008	- 0,009	+ 277,189	
18	Umwelt	- 11,493	- 290,000	- 0,635	- 290,635	- 302,127	- 33,294	- 0,033	- 33,326	+ 268,801	
19	Jugend und Familie		+ 75,297	+ 7,683	+ 82,980	+ 82,980	+ 239,959	+ 3,641	- 236,318	- 319,298	
20	Äußeres	+ 5,104	+ 14,553	- 11,227	+ 3,326	+ 8,430	- 2,232	+ 0,325	- 1,906	- 10,336	
30	Justiz	+ 20,733	- 14,239	- 4,008	- 18,247	+ 2,487	+ 33,198	+ 0,001	+ 33,199	+ 30,712	
40	Militärische Angelegenheiten	+ 36,660	+ 31,386	+ 0,997	+ 32,384	+ 69,044	+ 2,391	+ 0,879	+ 3,270	- 65,774	
50	Finanzverwaltung	+ 46,022	+ 180,460	- 0,640	+ 179,820	+ 225,842	+ 64,077	- 3,797	+ 60,280	- 165,562	
51	Kassenverwaltung		+ 196,974	- 7,921	+ 189,053	+ 189,053	+ 150,280	+ 188,230	+ 338,510	+ 149,458	
52	Öffentliche Abgaben		- 2,342		- 2,342	- 2,342	+ 97,652		+ 97,652	+ 99,993	
53	Finanzausgleich		+ 44,127		+ 44,127	+ 44,127	- 9,297		- 9,297	- 53,424	
54	Bundesvermögen		- 272,851	+ 101,986	- 170,865	- 170,865	+ 228,076	- 171,443	+ 56,633	+ 227,498	
55	Pensionen	- 2,252	+ 94,264	- 0,028	+ 94,236	+ 91,984	+ 22,830	+ 0,001	+ 22,831	- 69,153	
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.		+ 289,173		+ 289,173	+ 289,173	+ 289,173		+ 289,173	- 0,001	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		+ 756,652		+ 756,652	+ 756,652	+ 752,548		+ 752,548	- 4,104	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	+ 17,133	- 12,396	- 2,740	- 15,136	+ 1,997	+ 1,064	+ 0,042	+ 1,106	- 0,891	
61	Umwelt neu		+ 339,480	+ 1,101	+ 340,581	+ 340,581	+ 208,209	+ 0,001	+ 208,209	- 132,372	
63	Wirtschaft und Arbeit	+ 41,473	+ 3.436,090	+ 16,406	+ 3.452,496	+ 3.493,969	+ 3.425,138	+ 2,490	+ 3.427,627	- 66,342	
64	Bauten und Technik	- 28,668	- 407,162	- 276,479	- 683,641	- 712,309	- 160,799	- 8,655	- 169,454	+ 542,856	
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 21,447	+ 267,564	+ 172,394	+ 439,958	+ 461,405	+ 442,445	+ 7,305	+ 449,749	- 11,656	
70	Öffentliche Leistung und Sport	+ 6,533	+ 50,020	+ 0,381	+ 50,401	+ 56,934	+ 1,135	+ 0,047	+ 1,182	- 55,752	
71	Bundestheater	- 112,335	- 21,862	- 5,112	- 26,974	- 139,309	- 30,936	- 0,104	- 31,041	+ 108,268	
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 273,733	+ 882,749	- 157,950	+ 724,800	+ 998,533	+ 2.109,155	+ 15,669	+ 2.124,824	+ 1.126,291	
	Ausgleichshaushalt										
51	Kassenverwaltung			+14.897,931	+14.897,931	+14.897,931		+14.897,931	+14.897,931		
54	Bundesvermögen	+ 0,000		+ 0,000	+ 0,000					+ 0,000	
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.		+ 599,679	+ 599,679	+ 599,679			+ 599,679	+ 599,679	+ 0,000	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		+ 1.357,616	+ 1.357,616	+ 1.357,616			+ 231,326	+ 231,326	- 1.126,291	
	Summe Ausgleichshaushalt...	+ 0,000	+16.855,227	+16.855,227	+16.855,227	+16.855,227	+15.728,936	+15.728,936	- 1.126,291		
	Summe Gesamthaushalt...	+ 273,733	+ 882,750	+16.697,277	+17.580,027	+17.853,760	+ 2.109,155	+15.744,605	+17.853,760	+ 0,000	
	davon:										
	Aktivitätsaufwand	+ 315,125									
	Pensionsaufwand	- 41,392									

**Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
(Beträge in Millionen Schilling)**

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		1,850		0,200		4,779	16,917		23,746
02	Bundesgesetzgebung		25,423	166,120	0,962	79,500	695,421	288,588		1.256,014
03	Verfassungsgerichtshof		1,043		0,200		27,194	7,743		36,180
04	Verwaltungsgerichtshof		2,090		0,270		1,530	13,037		16,927
05	Volksanwaltschaft		0,770		0,200		14,100	6,680		21,750
06	Rechnungshof		6,440		0,850		8,387	55,716		71,393
10	Bundeskantleramt mit Dienststellen		47,777	456,167	3,482	419,653	298,575	1.749,157		2.974,811
11	Inneres		582,079		23,452	121,396	928,026	4.855,618	0,002	6.510,573
12	Bildung und Kultur		519,880		45,000	673,875	40.601,000	5.075,773		46.915,528
13	Kunst		9,875		0,357	966,668	1.840,250	122,480		2.939,630
14	Wissenschaft		561,804		19,000	2.181,367	2.999,000	9.810,634		15.571,805
15	Soziale Sicherheit und Generationen		45,996	4,351	6,528	1.578,608	35.010,905	1.186,934	11,300	37.844,622
16	Sozialversicherung						66.374,000			66.374,000
17	Gesundheit		37,755	0,001		198,669	6.996,676	1.247,210		8.480,311
18	Umwelt		1,004		0,101	244,011	75,301	87,697		408,114
19	Jugend und Familie				1,000	276,396	57.281,676	80,431	1.100,725	58.740,228
20	Äußeres		67,736		2,000	1.096,492	489,023	1.618,215		3.273,466
30	Justiz		146,900		11,900	241,100	1.140,900	3.287,700	0,100	4.828,600
40	Militärische Angelegenheiten		62,710		47,665	3,650	2.181,585	9.258,390		11.554,000
50	Finanzverwaltung		52,366	15.319,501	54,622	590,411	689,667	5.268,908		21.975,475
51	Kassenverwaltung					24,000	995,004	5.887,327	1,155	6.907,486
52	Öffentliche Abgaben							130,000		130,000
53	Finanzausgleich						41.087,351	4.016,411		45.103,762
54	Bundesvermögen	1.160,014	48,211		9,002	375,003	85,590	1.031,122	11.227,312	13.936,254
55	Pensionen				1,000		45.532,000			45.533,000
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							4.174,727		4.174,727
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							117.689,525		117.689,525
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		117,197	7.210,000	4,868	11.741,802	555,100	1.923,329		21.552,296
61	Umwelt neu		15,150			4.032,230	148,801	490,315		4.686,496
63	Wirtschaft und Arbeit	0,001	25,946	15,651	257,422	8.111,106	38.087,261	3.211,134		49.708,521
64	Bauten und Technik		3.368,287		0,010	56,107	247,086	3.583,723		7.255,213
65	Verkehr, Innovation und Technologie	0,001	2.423,335	1.500,000	4,474	2.530,343	168,377	24.001,427		30.627,957
70	Öffentliche Leistung und Sport		4,320	350,000	0,925	173,579	29,064	135,645		693,533
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	1.160,016	8.175,944	25.021,791	495,490	35.715,966	344.593,629	210.312,513	12.340,594	637.815,943
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung							280.000,001		280.000,001
54	Bundesvermögen						0,008			0,008
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							8.251,789		8.251,789
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							207.758,495		207.758,495
	Summe Ausgleichshaushalt...						0,008	496.010,285		496.010,293
	Summe Gesantheushalt...	1.160,016	8.175,944	25.021,791	495,490	35.715,966	344.593,637	210.312,513	508.350,879	1133826,236

BUNDESVORANSCHLAG 2000

227

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen, Unterschied zum BVA 1999
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei	-	0,850				+ 0,054	- 0,839		- 1,635
02	Bundesgesetzgebung	-	27,118	- 10,020		- 71,173	+ 2,147	- 27,757		- 133,921
03	Verfassungsgerichtshof	-	0,402				- 0,826	- 0,612		- 1,840
04	Verwaltungsgerichtshof	-	2,894		- 0,021		- 0,402	- 1,216		- 4,533
05	Volksanwaltschaft	-	0,140				- 0,560	- 1,210		- 1,910
06	Rechnungshof	+	1,569				- 1,962	- 2,118		- 2,511
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	-	71,056	- 570,763	- 2,391	- 396,637	- 30,069	+ 129,497		- 941,419
11	Inneres	-	563,685		- 5,148	- 21,134	- 54,144	- 184,678		- 828,789
12	Bildung und Kultur	-	214,268		- 5,017	- 132,376	+ 2.820,746	- 997,453		+ 1.471,632
13	Kunst	-	0,426		+ 0,206	- 45,418	+ 1.160,334	- 5,183		+ 1.109,513
14	Wissenschaft	-	933,396		- 6,000	- 621,725	- 35,400	+ 1.501,022		- 95,499
15	Soziale Sicherheit und Generationen	-	2,912	- 6,139	- 249,671	- 5.395,133	-39.404,985	- 2.105,939	+ 4,600	-47.160,179
16	Sozialversicherung						- 4.778,900			- 4.778,900
17	Gesundheit	+	13,455			+ 13,932	- 107,589	- 3.901,279		- 3.981,481
18	Umwelt	-	7,286		- 1,449	- 3.367,998	- 150,373	- 472,112		- 3.999,218
19	Jugend und Familie					+ 41,223	+ 976,667	+ 18,217	+ 105,725	+ 1.141,832
20	Äußeres	-	154,572		+ 0,090	- 29,577	+ 67,303	+ 162,522		+ 45,766
30	Justiz	-	53,100		- 2,100	- 2,676	- 121,481	- 71,777	+ 0,050	- 251,084
40	Militärische Angelegenheiten	+	11,408		+ 2,315		- 176,128	+ 608,015		+ 445,610
50	Finanzverwaltung	-	1,192	+ 3.216,000	- 7,611	- 259,794	- 113,505	- 359,514		+ 2.474,384
51	Kassenverwaltung					- 1.000,000	- 509,000	+ 4.219,419	- 108,999	+ 2.601,420
52	Öffentliche Abgaben							- 32,220		- 32,220
53	Finanzausgleich						+ 674,576	- 67,380		+ 607,196
54	Bundesvermögen	- 500,600	+ 7,198		- 3,182	+ 125,972	- 10,059	- 3.870,421	+ 1.899,944	- 2.351,148
55	Pensionen				- 0,383		+ 1.297,100			+ 1.296,717
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							+ 3.979,111		+ 3.979,111
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							+10.411,754		+10.411,754
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-	37,930	+ 252,000	+ 0,220	- 396,381	- 0,851	- 25,340		- 208,282
61	Umwelt neu	+	15,150			+ 4.032,230	+ 148,801	+ 490,315		+ 4.686,496
63	Wirtschaft und Arbeit	-	8,680	+ 15,649	+ 234,416	+ 6.749,506	+38.039,558	+ 2.476,914		+47.507,383
64	Bauten und Technik	- 0,001	- 3.803,513		- 0,914	- 511,456	- 75,114	- 5.016,107		- 9.407,105
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 0,001	+ 2.370,222	- 0,001	+ 1,977	+ 1.855,485	+ 114,627	+ 1.711,649		+ 6.053,960
70	Öffentliche Leistung und Sport	+	4,320	+ 350,000	+ 0,925	+ 173,579	+ 29,064	+ 135,645		+ 693,533
71	Bundestheater	-	69,002		- 1,335	- 0,002	- 39,517	- 261,314		- 371,170
	Summe Allgemeiner Haushalt...	- 500,600	- 3.529,080	+ 3.246,726	- 45,073	+ 740,447	- 279,888	+ 8.439,611	+ 1.901,320	+ 9.973,463
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								205.000,001	+205000,001
54	Bundesvermögen						+ 0,004			+ 0,004
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.								+ 8.251,768	+ 8.251,768
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge								+18.681,209	+18.681,209
	Summe Ausgleichshaushalt...						+ 0,004		231.932,978	+231932,982
	Summe Gesamthaushalt...	- 500,600	- 3.529,080	+ 3.246,726	- 45,073	+ 740,447	- 279,884	+ 8.439,611	233.834,298	+241906,445

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		0,134		0,015		0,347	1,229		1,726
02	Bundesgesetzgebung		1,848	12,072	0,070	5,777	50,538	20,973		91,278
03	Verfassungsgerichtshof		0,076		0,015		1,976	0,563		2,629
04	Verwaltungsgerichtshof		0,152		0,020		0,111	0,947		1,230
05	Volksanwaltschaft		0,056		0,015		1,025	0,485		1,581
06	Rechnungshof		0,468		0,062		0,610	4,049		5,188
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		3,472	33,151	0,253	30,497	21,698	127,116		216,188
11	Inneres		42,301		1,704	8,822	67,442	352,872	0,000	473,142
12	Bildung und Kultur		37,781		3,270	48,972	2.950,590	368,871		3.409,484
13	Kunst		0,718		0,026	70,251	133,736	8,901		213,631
14	Wissenschaft		40,828		1,381	158,526	217,946	712,967		1.131,647
15	Soziale Sicherheit und Generationen		3,343	0,316	0,474	114,722	2.544,342	86,258	0,821	2.750,276
16	Sozialversicherung						4.823,587			4.823,587
17	Gesundheit		2,744	0,000		14,438	508,468	90,638		616,288
18	Umwelt		0,073		0,007	17,733	5,472	6,373		29,659
19	Jugend und Familie				0,073	20,086	4.162,822	5,845	79,993	4.268,819
20	Äußeres		4,923		0,145	79,685	35,539	117,600		237,892
30	Justiz		10,676		0,865	17,521	82,912	238,926	0,007	350,908
40	Militärische Angelegenheiten		4,557		3,464	0,265	158,542	672,833		839,662
50	Finanzverwaltung		3,806	1.113,312	3,970	42,907	50,120	382,906		1.597,020
51	Kassenverwaltung					1,744	72,310	427,849	0,084	501,987
52	Öffentliche Abgaben							9,447		9,447
53	Finanzausgleich						2.985,934	291,884		3.277,818
54	Bundesvermögen	84,302	3,504		0,654	27,253	6,220	74,935	815,921	1.012,787
55	Pensionen				0,073		3.308,939			3.309,012
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							303,389		303,389
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							8.552,831		8.552,831
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		8,517	523,971	0,354	853,310	40,341	139,774		1.566,266
61	Umwelt neu		1,101			293,034	10,814	35,633		340,581
63	Wirtschaft und Arbeit	0,000	1,886	1,137	18,708	589,457	2.767,909	233,362		3.612,459
64	Bauten und Technik		244,783		0,001	4,077	17,956	260,439		527,257
65	Verkehr, Innovation und Technologie	0,000	176,111	109,009	0,325	183,887	12,236	1.744,252		2.225,820
70	Öffentliche Leistung und Sport		0,314	25,435	0,067	12,614	2,112	9,858		50,401
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	84,302	594,169	1.818,404	36,009	2.595,580	25.042,596	15.284,006	896,826	46.351,892
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								20.348,394	20.348,394
54	Bundesvermögen						0,001			0,001
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.								599,681	599,681
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge								15.098,399	15.098,399
	Summe Ausgleichshaushalt...						0,001		36.046,473	36.046,474
	Summe Gesamthaushalt...	84,302	594,169	1.818,404	36,009	2.595,580	25.042,596	15.284,006	36.943,299	82.398,366

BUNDESVORANSCHLAG 2000

229

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen, Unterschied zum BVA 1999
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	-	0,062				+ 0,004	- 0,061		- 0,119
02	Bundesgesetzgebung	-	1,971	- 0,728		- 5,172	+ 0,156	- 2,017		- 9,732
03	Verfassungsgerichtshof	-	0,029				- 0,060	- 0,044		- 0,134
04	Verwaltungsgerichtshof	-	0,210		0,002		- 0,029	- 0,088		- 0,329
05	Volksanwaltschaft	-	0,010				- 0,041	- 0,088		- 0,139
06	Rechnungshof	+	0,114				- 0,143	- 0,154		- 0,182
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	-	5,164	- 41,479	- 0,174	- 28,825	- 2,185	+ 9,411		- 68,416
11	Inneres	-	40,965		- 0,374	- 1,536	- 3,935	- 13,421		- 60,230
12	Bildung und Kultur	-	15,571		- 0,365	- 9,620	+ 204,992	- 72,488		+ 106,948
13	Kunst	-	0,031		+ 0,015	- 3,301	+ 84,325	- 0,377		+ 80,631
14	Wissenschaft	-	67,833		- 0,436	- 45,183	- 2,573	+ 109,084		- 6,940
15	Soziale Sicherheit und Generationen	-	0,212	- 0,446	- 18,144	- 392,080	- 2.863,672	- 153,045	+ 0,334	- 3.427,264
16	Sozialversicherung						- 347,296			- 347,296
17	Gesundheit	+	0,978			+ 1,012	- 7,819	- 283,517		- 289,346
18	Umwelt	-	0,529		- 0,105	- 244,762	- 10,928	- 34,310		- 290,635
19	Jugend und Familie					+ 2,996	+ 70,977	+ 1,324	+ 7,683	+ 82,980
20	Äußeres	-	11,233		+ 0,007	- 2,149	+ 4,891	+ 11,811		+ 3,326
30	Justiz	-	3,859		- 0,153	- 0,194	- 8,828	- 5,216	+ 0,004	- 18,247
40	Militärische Angelegenheiten	+	0,829		+ 0,168		- 12,800	+ 44,186		+ 32,384
50	Finanzverwaltung	-	0,087	+ 233,716	- 0,553	- 18,880	- 8,249	- 26,127		+ 179,820
51	Kassenverwaltung					- 72,673	- 36,990	+ 306,637	- 7,921	+ 189,053
52	Öffentliche Abgaben							- 2,342		- 2,342
53	Finanzausgleich						+ 49,023	- 4,897		+ 44,127
54	Bundesvermögen	- 36,380	+ 0,523		- 0,231	+ 9,155	- 0,731	- 281,274	+ 138,074	- 170,865
55	Pensionen				- 0,028		+ 94,264			+ 94,236
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							+ 289,173		+ 289,173
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							+ 756,652		+ 756,652
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-	2,756	+ 18,314	+ 0,016	- 28,806	- 0,062	- 1,842		- 15,136
61	Umwelt neu	+	1,101			+ 293,034	+ 10,814	+ 35,633		+ 340,581
63	Wirtschaft und Arbeit	-	0,629	+ 1,137	+ 17,036	+ 490,506	+ 2.764,442	+ 180,004		+ 3.452,496
64	Bauten und Technik	+ 0,000	- 276,412		- 0,066	- 37,169	- 5,459	- 364,535		- 683,641
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 0,000	+ 172,251	+ 0,000	+ 0,144	+ 134,843	+ 8,330	+ 124,390		+ 439,958
70	Öffentliche Leistung und Sport	+	0,314	+ 25,435	+ 0,067	+ 12,614	+ 2,112	+ 9,858		+ 50,401
71	Bundestheater	-	5,015		- 0,097	+ 0,000	- 2,872	- 18,990		- 26,974
	Summe Allgemeiner Haushalt...	- 36,380	- 256,468	+ 235,949	- 3,276	+ 53,810	- 20,340	+ 613,330	+ 138,174	+ 724,800
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								+14.897,931	+14.897,931
54	Bundesvermögen						+ 0,000			+ 0,000
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.								+ 599,679	+ 599,679
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge								+ 1.357,616	+ 1.357,616
	Summe Ausgleichshaushalt...						+ 0,000		+16.855,227	+16.855,227
	Summe Gesamthaushalt...	- 36,380	- 256,468	+ 235,949	- 3,276	+ 53,810	- 20,340	+ 613,330	+16.993,401	+17.580,027

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
 (Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	28.624,438	13.405,435	1.790,178		503,915	1.177,929			16.422,442
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....								0,001	
3	An (B).....	1.319,979	895,533	575,462		43,810	21,661	12,159	2.646,782	50,628
4	F/G (E).....	460,000				15.240,001	20,000			1.500,000
5	F-D (B).....	0,425	0,014	0,307			251,004	94,486	0,001	16,411
6	F (E).....	744,918	3.280,078	1.241,566		1.273,512	8.933,105	0,003	13,010	889,098
7	A/G-S (E).....	39.905,556	2.548,165	2.944,321	612,193	10.163,272	198.465,151	24.950,000	41,760	37.386,950
8	A (E).....	5.129,210	11.476,571	1.180,120		872,030	3.665,538	36,000	3.965,115	21.110,620
9	A-B (B).....						1.112,026		0,001	0,002
	Summe Sachausgaben...	47.560,088	18.200,361	5.941,776	612,193	27.592,625	212.468,485	25.092,648	6.666,670	60.953,709
	Summe Allgem. Haush...	76.184,526	31.605,796	7.731,954	612,193	28.096,540	213.646,414	25.092,648	6.666,670	77.376,151
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....									
9	A-B (Au).....									
	Summe Ausgaben...	76.184,526	31.605,796	7.731,954	612,193	28.096,540	213.646,414	25.092,648	6.666,670	77.376,151
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	192,916	318,463	237,744		1.521,004	116.725,357		1.330,974	1.570,988
4-6	E.....	751,199	295,388	145,833		1.588,570	-11.388,353	95,279	27,442	28.018,776
	Summe Einnahmen(E)...	944,115	613,851	383,577		3.109,574	105.337,004	95,279	1.358,416	29.589,764
2,3	ZB.....		0,028	0,060			495,828		107,532	
7-9	B.....	1,563	7,330	2,540		0,254	1,012	186,778	8,702	67,150
	Summe Einnahmen(B)...	1,563	7,358	2,600		0,254	496,840	186,778	116,234	67,150
	Summe Allgem. Haush...	945,678	621,209	386,177		3.109,828	105.833,844	282,057	1.474,650	29.656,914
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....									
	Summe Einnahmen...	945,678	621,209	386,177		3.109,828	105.833,844	282,057	1.474,650	29.656,914

BUNDESVORANSCHLAG 2000

231

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche							Summe	
		34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR		43 Hv
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	331,167		148,298	765,099	584,482	10.853,983	21.763,654	47.137,389	143.508,409
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....			0,002		1.160,013				1.160,016
3	An (B).....	169,442	0,002	4,722	26,679	0,005	57,369	864,468	1.487,243	8.175,944
4	F/G (E).....	7.210,000		19,502		60,001			512,287	25.021,791
5	F-D (B).....		0,002	0,006			33,350	0,400	99,084	495,490
6	F (E).....	11.857,304	81,641	1.705,113	3.548,015	743,316	15,362	0,001	1.389,924	35.715,966
7	A/G-S (E).....	227,353		37,107	222,758	13,500	1.608,060	1.109,401	24.358,082	344.593,629
8	A (E).....	1.432,283		1.297,504	402,630	615,479	9.381,413	6.222,100	143.525,900	210.312,513
9	A-B (B).....	0,305	0,002	11.227,001				0,100	1,157	12.340,594
	Summe Sachausgaben...	20.896,687	81,647	14.290,957	4.200,082	2.592,314	11.095,554	8.196,470	171.373,677	637.815,943
	Summe Allgem. Haush...	21.227,854	81,647	14.439,255	4.965,181	3.176,796	21.949,537	29.960,124	218.511,066	781.324,352
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....			0,008						0,008
9	A-B (Au).....								496.010,285	496.010,285
	Summe Ausgaben...	21.227,854	81,647	14.439,263	4.965,181	3.176,796	21.949,537	29.960,124	714.521,351	1277334,645
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	1.627,017		3.611,038	3.017,087	80,000	150,950	365,400	6.615,585	137.364,523
4-6	E.....	820,143	251,832	560,801	-123,930	11.576,774	423,241	8.653,637	526.828,848	568.525,480
	Summe Einnahmen(E)...	2.447,160	251,832	4.171,839	2.893,157	11.656,774	574,191	9.019,037	533.444,433	705.890,003
2,3	ZB.....			6.900,001					1,032	7.504,481
7-9	B.....	0,640	1,774	15,290	0,263	63,007	30,040	12,408	12.882,992	13.281,743
	Summe Einnahmen(B)...	0,640	1,774	6.915,291	0,263	63,007	30,040	12,408	12.884,024	20.786,224
	Summe Allgem. Haush...	2.447,800	253,606	11.087,130	2.893,420	11.719,781	604,231	9.031,445	546.328,457	726.676,227
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....								550.658,418	550.658,418
	Summe Einnahmen...	2.447,800	253,606	11.087,130	2.893,420	11.719,781	604,231	9.031,445	1096986,875	1277334,645

**Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen EURO)**

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E).....	2.080,219	974,211	130,097	36,621	85,603	1.193,465
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....	0,000
3	An (B).....	95,927	65,081	41,820	3,184	1,574	0,884	192,349	3,679
4	F/G (E).....	33,430	1.107,534	1,453	109,009
5	F-D (B).....	0,031	0,001	0,022	18,241	6,867	0,000	1,193
6	F (E).....	54,135	238,373	90,228	92,550	649,194	0,000	0,945	64,613
7	A/G-S (E).....	2.900,050	185,182	213,972	44,490	738,594	14.423,025	1.813,187	3,035	2.717,016
8	A (E).....	372,754	834,035	85,763	63,373	266,385	2,616	288,156	1.534,169
9	A-B (B).....	80,814	0,000	0,000
	Summe Sachausgaben...	3.456,326	1.322,672	431,806	44,490	2.005,234	15.440,687	1.823,554	484,486	4.429,679
	Summe Allgem. Haush...	5.536,545	2.296,883	561,903	44,490	2.041,855	15.526,290	1.823,554	484,486	5.623,144
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....
9	A-B (Au).....
	Summe Ausgaben...	5.536,545	2.296,883	561,903	44,490	2.041,855	15.526,290	1.823,554	484,486	5.623,144
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	14,020	23,144	17,278	110,536	8.482,763	96,726	114,168
4-6	E.....	54,592	21,467	10,598	115,446	-827,624	6,924	1,994	2.036,204
	Summe Einnahmen(E)...	68,612	44,610	27,876	225,982	7.655,139	6,924	98,720	2.150,372
2,3	ZB.....	0,002	0,004	36,033	7,815
7-9	B.....	0,114	0,533	0,185	0,018	0,074	13,574	0,632	4,880
	Summe Einnahmen(B)...	0,114	0,535	0,189	0,018	36,107	13,574	8,447	4,880
	Summe Allgem. Haush...	68,725	45,145	28,065	226,000	7.691,245	20,498	107,167	2.155,252
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....
	Summe Einnahmen...	68,725	45,145	28,065	226,000	7.691,245	20,498	107,167	2.155,252

BUNDESVORANSCHLAG 2000

233

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen EURO)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche							Summe	
		34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR		43 Hv
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E).....	24,067		10,777	55,602	42,476	788,790	1.581,626	3.425,608	10.429,163
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....			0,000		84,301				84,302
3	An (B).....	12,314	0,000	0,343	1,939	0,000	4,169	62,823	108,082	594,169
4	F/G (E).....	523,971		1,417		4,360			37,229	1.818,404
5	F-D (B).....		0,000	0,000			2,424	0,029	7,201	36,009
6	F (E).....	861,704	5,933	123,915	257,844	54,019	1,116	0,000	101,010	2.595,580
7	A/G-S (E).....	16,522		2,697	16,188	0,981	116,862	80,623	1.770,171	25.042,596
8	A (E).....	104,088		94,293	29,260	44,729	681,774	452,178	10.430,434	15.284,006
9	A-B (B).....	0,022	0,000	815,898				0,007	0,084	896,826
	Summe Sachausgaben...	1.518,621	5,934	1.038,564	305,232	188,391	806,345	595,661	12.454,211	46.351,892
	Summe Allgem. Haush...	1.542,688	5,934	1.049,342	360,834	230,867	1.595,135	2.177,287	15.879,818	56.781,055
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....			0,001						0,001
9	A-B (Au).....								36.046,473	36.046,473
	Summe Ausgaben...	1.542,688	5,934	1.049,342	360,834	230,867	1.595,135	2.177,287	51.926,292	92.827,529
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	118,240		262,424	219,260	5,814	10,970	26,555	480,773	9.982,669
4-6	E.....	59,602	18,301	40,755	-9,006	841,317	30,758	628,884	38.286,146	41.316,358
	Summe Einnahmen(E)...	177,842	18,301	303,179	210,254	847,131	41,728	655,439	38.766,919	51.299,027
2,3	ZB.....			501,443					0,075	545,372
7-9	B.....	0,047	0,129	1,111	0,019	4,579	2,183	0,902	936,244	965,222
	Summe Einnahmen(B)...	0,047	0,129	502,554	0,019	4,579	2,183	0,902	936,319	1.510,594
	Summe Allgem. Haush...	177,889	18,430	805,733	210,273	851,710	43,911	656,341	39.703,237	52.809,621
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....								40.017,908	40.017,908
	Summe Einnahmen...	177,889	18,430	805,733	210,273	851,710	43,911	656,341	79.721,145	92.827,529

234 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/11		Inneres:				
1/110		Bundesministerium für Inneres:				
1/1100		Zentraleitung:				
1/11003	43	Anlagen		50,000	50,000	100,000
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):				
1/1111		Zivilschutz:				
1/11113	41	Anlagen		1,400	1,400	2,800
1/11116	41	Förderungen		1,750	1,750	3,500
			Summe 1111...	3,150	3,150	6,300
1/113		Bundespolizei:				
1/1130		Bundespolizei:				
1/11303	42	Anlagen		44,500	44,500	89,000
1/114		Bundesgendarmerie:				
1/1140		Bundesgendarmerie:				
1/11403	42	Anlagen		80,000	80,000	160,000
			Gesamtausgaben 11...	177,650	177,650	355,300

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

235

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/12		Bildung und Kultur:				
1/120		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:				
1/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):				
1/12003	43	Anlagen			1,581	1,581
1/12006	43	Förderungen			1,440	1,440
			Summe 120...		3,021	3,021
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:				
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:				
1/12203	11	Anlagen			0,008	0,008
1/12206	11	Förderungen			0,013	0,013
1/1221		Erwachsenenbildung:				
1/12216	11	Förderungen			0,017	0,017
1/1225		Allgemein bildendes Schulwesen:				
1/12256	11	Förderungen			5,764	5,764
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:				
1/12266	11	Förderungen			0,225	0,225
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/12276	11	Förderungen			0,145	0,145
			Summe 122...		6,172	6,172
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:				
1/1240		Hofmusikkapelle:				
1/12403	13	Anlagen			0,150	0,150
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:				
1/12413	11	Anlagen			0,137	0,137
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:				
1/12423	11	Anlagen			0,068	0,068
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:				
1/12433	11	Anlagen			0,162	0,162
1/1244		Museen:				
1/12443	13	Anlagen			8,338	8,338
1/12446	13	Förderungen			30,397	30,397
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:				
1/12463	12	Anlagen			4,200	4,200
1/1247		Bundesdenkmalamt:				
1/12473	13	Anlagen			0,426	0,426
1/12476	13	Förderungen			37,292	37,292
			Summe 124...		81,170	81,170
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:				
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:				
1/12603	11	Anlagen			3,006	3,006
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:				
1/12613	11	Anlagen			0,143	0,143
			Summe 126...		3,149	3,149

236 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/127		Allgemein bildende Schulen:			
1/1270		Allgemein bildende höhere Schulen:			
1/12703	11	Anlagen		13,343	13,343
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:			
1/12713	11	Anlagen		1,350	1,350
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:			
1/12743	11	Anlagen		0,425	0,425
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):			
1/12763	11	Anlagen		0,360	0,360
		Summe 127.....		15,478	15,478
1/128		Berufsbildende Schulen:			
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:			
1/12803	11	Anlagen		12,610	12,610
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:			
1/12813	11	Anlagen		6,667	6,667
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:			
1/12823	11	Anlagen		3,000	3,000
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):			
1/12863	11	Anlagen		0,608	0,608
		Summe 128.....		22,885	22,885
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:			
1/1290		Pädagogische Akademien:			
1/12903	11	Anlagen		1,950	1,950
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:			
1/12913	11	Anlagen		1,292	1,292
1/1292		Berufspädagogische Akademien:			
1/12923	11	Anlagen		0,450	0,450
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:			
1/12933	11	Anlagen		0,225	0,225
1/1294		Pädagogische Institute:			
1/12943	11	Anlagen		0,352	0,352
		Summe 129.....		4,269	4,269
		Gesamtausgaben 12.....		136,144	136,144
1/13		Kunst:			
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):			
1/1301		Musik und darstellende Kunst:			
1/13016	13	Förderungen		25,019	25,019
		Gesamtausgaben 13.....		25,019	25,019

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

237

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/14		Wissenschaft:				
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:				
1/14106	12	Förderungen			88,550	88,550
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:				
1/1420		Universitäten:				
1/14203	12	Anlagen			1.240,535	1.240,535
1/1423		Bibliotheken:				
1/14233	12	Anlagen			26,386	26,386
			Summe 142...		1.266,921	1.266,921
1/143		Universitäten der Künste:				
1/1430		Universitäten der Künste:				
1/14303	13	Anlagen			91,705	91,705
			Gesamtausgaben 14...		1.447,176	1.447,176

238 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/30		Justiz:			
1/302		Justizbehörden in den Ländern:			
1/30203	42	Anlagen	6,000	6,000	12,000
1/30208	42	Aufwendungen	5,000		5,000
		Summe 302...	11,000	6,000	17,000
1/303		Justizanstalten:			
1/3030		Justizanstalten:			
1/30303	42	Anlagen	13,000	6,000	19,000
		Gesamtausgaben 30...	24,000	12,000	36,000
1/40		Militärische Angelegenheiten:			
1/401		Heer und Heeresverwaltung:			
1/40108	41	Aufwendungen	400,000	100,000	500,000
		Gesamtausgaben 40...	400,000	100,000	500,000
1/60		Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:			
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):			
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	6,000	6,000	12,000
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen	70,000	70,000	140,000
		Summe 601...	76,000	76,000	152,000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:			
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:			
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen	30,000	40,000	70,000
1/6084		Bundesflüsse:			
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne	46,000	48,000	94,000
		Summe 608...	76,000	88,000	164,000
		Gesamtausgaben 60...	152,000	164,000	316,000

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

239

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/64		Bauten und Technik:				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):				
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		28,000	20,000	48,000
	11			11,000	6,000	17,000
	12			8,000	6,000	14,000
	43			9,000	8,000	17,000
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:				
1/64713	11	Anlagen		50,000	108,000	158,000
1/64718	11	Aufwendungen		50,000	25,000	75,000
		Summe 6471...		100,000	133,000	233,000
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:				
1/64723	12	Anlagen		30,000	100,000	130,000
1/64728	12	Aufwendungen		40,000	32,000	72,000
		Summe 6472...		70,000	132,000	202,000
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:				
1/64743	11	Anlagen		20,000	10,000	30,000
1/64748	11	Aufwendungen		10,000		10,000
	34			5,000		5,000
		Summe 6474...		30,000	10,000	40,000
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:				
1/64753		Anlagen		320,000	138,000	458,000
	12			5,000	3,000	8,000
	13			55,000		55,000
	23				10,000	10,000
	43			260,000	125,000	385,000
1/64758	43	Aufwendungen		192,000	97,000	289,000
		Summe 6475...		512,000	235,000	747,000
		Gesamtausgaben 64...		740,000	530,000	1.270,000

240 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/65		Verkehr, Innovation und Technologie:				
1/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:				
1/6500		Zentraleitung:				
1/65003	43	Anlagen			0,100	0,100
1/6501		Schiffahrtspolizei:				
1/65013	43	Anlagen		0,055	0,055	0,110
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:				
1/65023	43	Anlagen		1,000	1,000	2,000
			Summe 650...	1,055	1,155	2,210
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		1.000,000		1.000,000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):				
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:				
1/65246	33	Förderungen		1,000	1,500	2,500
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		12,000	15,000	27,000
			Summe 652...	13,000	16,500	29,500
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:				
1/65503	33	Anlagen			0,050	0,050
			Gesamtausgaben 65...	1.014,055	17,705	1.031,760

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

241

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
0	Oberste Organe				
01	Präsidentschaftskanzlei				
02	Bundesgesetzgebung				
03	Verfassungsgerichtshof				
04	Verwaltungsgerichtshof				
05	Volksanwaltschaft				
06	Rechnungshof				
		Gruppe 0...			
1	Innenverwaltung				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen				
11	Inneres	177,650	177,650	355,300	
12	Bildung und Kultur		136,144	136,144	
13	Kunst		25,019	25,019	
14	Wissenschaft		1.447,176	1.447,176	
15	Soziale Sicherheit und Generationen				
16	Sozialversicherung				
17	Gesundheit				
18	Umwelt				
19	Jugend und Familie				
		Gruppe 1...	177,650	1.785,989	1.963,639
20	Äußeres				
30	Justiz	24,000	12,000	36,000	
40	Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000	500,000	
5	Finanzen				
50	Finanzverwaltung				
51	Kassenverwaltung				
52	Öffentliche Abgaben				
53	Finanzausgleich				
54	Bundesvermögen				
55	Pensionen				
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen				
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge				
		Gruppe 5...			
6	Wirtschaft				
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	152,000	164,000	316,000	
61	Umwelt neu				
63	Wirtschaft und Arbeit				
64	Bauten und Technik	740,000	530,000	1.270,000	
65	Verkehr, Innovation und Technologie	1.014,055	17,705	1.031,760	
		Gruppe 6...	1.906,055	711,705	2.617,760
70	Öffentliche Leistung und Sport				
71	Bundestheater				
		Gesamtausgaben...	2.507,705	2.609,694	5.117,399

242

KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 2000

Anlage II.a Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen (Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche									Summe
		11 EU	12 FW	13 Kn	23 Wb	33 Vk	34 Lf	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	Stabilisierungs- quote										
3	AN (B).....	70,000	35,000	55,000	1,400	143,500	311,055	615,955
5	F-D (B).....
6	F (E).....	13,000	106,000	1,750	120,750
8	A (E).....	66,000	48,000	1.000,000	51,000	400,000	5,000	201,000	1.771,000
	Summe Stab. Quote...	136,000	83,000	55,000	1.013,000	157,000	403,150	148,500	512,055	2.507,705
	Konjunkturbelebungs- quote										
3	AN (B).....	164,156	1.374,121	100,619	10,000	0,050	1,400	136,500	177,736	1.964,582
5	F-D (B).....
6	F (E).....	6,164	88,550	92,708	16,500	116,000	1,750	1,440	323,112
8	A (E).....	31,000	38,000	48,000	100,000	105,000	322,000
	Summe Konj. Quote...	201,320	1.500,671	193,327	10,000	16,550	164,000	103,150	136,500	284,176	2.609,694
	Konjunkturausgleich...	337,320	1.583,671	248,327	10,000	1.029,550	321,000	506,300	285,000	796,231	5.117,399

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 2000

(1)

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000

I. Allgemeines

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt D, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76 idF der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000, BGBl. I Nr. xxx.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Der Text des BFG/00 entspricht im Wesentlichen dem Text des BFG/99 (in der Fassung BGBl. I Nr. 107/1998); neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel I

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlusssummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der voraussehbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monathälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V und VI des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

Zu Artikel III

Im Abs. 1 wird der BMF ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen - wenn es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt - der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem in der Anlage II (Konjunkturausgleich-Voranschlag) ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 5,1 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunktorentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken.

(2) Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 2000

Für das Jahr 2000 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +3,6 vH zu Grunde gelegt (Dezember-Prognose). Bei der Beurteilung der Entwicklung der nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft ist von den hierfür maßgeblichen aktuellen Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der Beratungen der Arbeitsgruppe beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, der Vertreter der Sozialpartner angehören, auszugehen.

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hierfür ist der gemäß Art. 201 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluss 94/728/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994, sowie die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 94/728/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, zuletzt geändert mit Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1355/96 des Rates vom 8. Juli 1996, ABl. Nr. L 175/3 vom 13. Juli 1996. Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, dass folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

- a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
- b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
- c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
- d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Bruttosozialprodukts aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachtten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die an den EG-Gesamthaushalt abzuführenden Eigenmittel veranschlagt. Die im Art. III vorgesehene Bedeckungsermächtigung in Höhe von 20 vH findet seine Begründung in dem möglichen Eintreten mehrerer Umstände, deren Folgen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur schwer abgeschätzt werden können:

- Es muss im Laufe des Jahres 2000 mit Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplänen gerechnet werden, welche die EU-Haushaltsordnung gemäß Art. 15(a) u. a. für die Verbuchung des Saldos im EU-Haushalt vorsieht. Art. 32(a) bestimmt, dass dieser Saldo aus dem Haushaltsjahr n, je nach dem, ob es sich um einen Haushaltsüberschuss oder um ein -defizit handelt, auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite im Haushaltsjahr n+1 eingesetzt wird.
- Des weiteren ist auf Grundlage von Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89 (Abrechnung der Mehrwertsteuer-Grundlagen des Vorjahres) mit einer Nachzahlungsverpflichtung von Seiten Österreichs an die EU zu rechnen, deren Höhe sich derzeit nur schwer schätzen lässt.
- Auf Grund von Artikel 10 Abs. 8 VO 1552/89 ist bezüglich der Abrechnung der BSP-Grundlagen aus Vorjahren ebenfalls mit einer Nachzahlung zu rechnen, die hinsichtlich ihrer Höhe aber noch nicht absehbar ist.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der eventuelle Abruf einer BSP-Reserve im laufenden Haushaltsjahr. Zu erwarten ist ein Betrag von rund 460 Millionen Schilling.

Weitere Änderungen können sich insbesondere auf Grund der Anpassung des Haushaltsvolumens 2000 an die Durchführungsbedingungen oder eine allfällige Revision der 'Finanziellen Vorschau' ergeben.

Das Auftreten einer oder all dieser o. a. Eventualitäten kann zu erhöhten Eigenmittelabfuhren an die EU führen, welche die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben vermindern. Mit Abs. 3 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 2000

(3)

Zu Artikel IV bis VIII

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgabenrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte 'sachliche' Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

'Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar' im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, dass die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe jener 'Mehreinnahmen' errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EG (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 52). Diese Einnahmen werden unter den Titeln 513 (für die Periode 1995 bis 1999) und 514 (Periode 2000 bis 2006) verrechnet. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt - gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen - durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt.

Die EU-Strukturfonds (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung) sind das zentrale Instrumentarium zur Gewährleistung des Zieles des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union (Art. 130 a des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) und dienen damit zur Flankierung der Binnenmarktpolitik und der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

Wesentliche Grundsätze der Vergabe der Mittel der EU-Strukturfonds sind die Konzentration des Mitteleinsatzes auf bestimmte regional-, arbeitsmarkt- und agrarpolitische Ziele, die Vergabe der Mittel in Form einer Kofinanzierung für zielorientierte, mehrjährige Maßnahmenprogramme, das Prinzip der Additionalität und der Partnerschaft.

Der genaue Zeitpunkt der von den EU-Strukturfonds zur Kofinanzierung bereitzustellenden Bundesmittel ist teilweise schwer abschätzbar. Soweit daher Rückflüsse aus den EU-Strukturfonds nicht veranschlagt sind, ist - um die einlangenden EU-Mittel widmungsgemäß verwenden zu können - für die Leistung der korrespondierenden Mehrausgaben im Wege einer Überschreitungsermächtigung im Art. IV Abs. 3 vorgesorgt. Art. IV Abs. 4 dient der größeren Budgetflexibilität.

Artikel V enthält erstmals eine sehr weitgehende Generalermächtigung, die Umschichtungen zwischen den Ansätzen der UT 3, 8 und 9 innerhalb des jeweiligen Ressortbereiches ermöglicht. Im Hinblick darauf konnten daher die bisherigen Überschreitungsermächtigungen bei den Ansätzen der UT 3, 8 und 9 entfallen. Darüber hinaus sind jene Ermächtigungen aufgenommen, die Überschreitungen von Förderungsansätzen sowie von jenen Ansätzen ermöglichen, die ansonsten - etwa wegen eines zu niedrigen Ansatzbetrages - von der Generalermächtigung nicht umfasst gewesen wären. Die Bedeckungen der Überschreitungen dieses Artikels erfolgen bei Voranschlagsansätzen in Kapiteln des jeweils selben Zuständigkeitsbereiches eines haushaltsleitenden Organes. Im neuen Artikel VI sind alle jene Überschreitungen aufgenommen, deren Bedeckung grundsätzlich nicht im eigenen Ressort erfolgt, einschließlich der noch aktuellen Überschreitungen aus dem bisherigen Artikel VII bis zu einem

(4) Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 2000

Betrag von 100 Millionen Schilling. Artikel VII enthält schließlich die übrigen Überschreitungen, die grundsätzlich durch Kreditoperationen finanziert werden können.

Art. VIII bringt zum Ausdruck, dass die hier zusammengefassten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. In diesem Zusammenhang wird auch klargestellt, dass unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

Zu Artikel IX und X

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die gesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen einzugehen.

In Artikel X wurden vor allem die Voranschlagsansätze an die neue Kompetenzlage auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000, BGBl I Nr. xxx, angepasst.

Zu Artikel XI und XII

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt, wobei die Wertgrenze in Artikel XI Abs. 2 (Gesamtwert des unbeweglichen Bundesvermögens, über das im laufenden Finanzjahr ohne zusätzliche gesetzliche Ermächtigung verfügt werden darf) von bisher 350 Millionen Schilling auf 500 Millionen Schilling erhöht wurde.

Zu Artikel XIII und XIV

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes.

Der Plan für Datenverarbeitungsanlagen hat sich in den vergangenen Jahren als immer weniger aussagekräftig herausgestellt, da die technische Entwicklung auf diesem Gebiet in den letzten Jahren in rasanter Weise vorangeschritten ist und eine Erfassung in diesem Plan zu immer größeren Schwierigkeiten bei der sachgerechten Zuordnung führte. Auch die ADV-Experten der Koordinationskommission für Informationstechnik und des Beratungsausschusses für Informationstechnik des Bundeskanzleramtes (ab 1. April 2000: Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport) haben die ersatzlose Abschaffung des Planes für Datenverarbeitungsanlagen vorgeschlagen. Da darüber hinaus eine Kennzeichnung aller ADV-Sachausgaben im Bundeshaushalt mittels eigener Spezifikation vorgesehen ist, sind die aufwändige Erstellung dieses Planes und die diesbezüglichen Vorschriften im BHG entbehrlich geworden.

Zu Artikel XV

Diese Verweisungsbestimmung entspricht den Legistischen Richtlinien 1990.

Zu Artikel XVI und XVII

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG. Mit der Anordnung, dass die in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 2000 auf Grund des Gesetzlichen Budgetprovisoriums 2000, BGBl. I Nr. xxx, vollzogenen Gebarungen zu Gunsten und zu Lasten der Einnahmen- und Ausgaben-Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 2000 verrechnet werden sollen, soll die Erstellung eines einheitlichen Bundesrechnungsabschlusses für das Kalenderjahr 2000 sichergestellt werden. Die Geltung des Gesetzlichen Budgetprovisoriums 2000 wird dadurch nicht berührt. Dabei musste auch auf die Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 Rücksicht genommen werden.

B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) und Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) für das Jahr 2000

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag und Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält der Arbeits(Amts)behelf zum BFG/00, 1. Teil.

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 2000

(5)

C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage III) für das Jahr 2000

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage III zum BFG/00 zu entnehmen.

D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage IV) für das Jahr 2000

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) bleibt gegenüber dem Fahrzeugplan 1999 unverändert.

Wie in den Vorjahren kann ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

Die Gesamtzahl der im Plan der Kraftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge vermindert sich gegenüber dem Fahrzeugplan 1999 um 160.

Die Anzahl der im Plan für Wasserfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge vermindert sich um 1 auf 167.

Abkürzungen im Text:

BFG = Bundesfinanzgesetz(e)

BFG/00 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000

BFG/99 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999 in der Fassung BGBl. I Nr. 107/1998

BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung

BMF = Bundesminister für Finanzen

B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 60 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000

Stellenplan

für das Jahr

2000



**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

Wien 2000

Print Media Austria AG

Stellenplan für das Jahr 2000

Inhaltsverzeichnis

Teil I.	Allgemeiner Teil	243
Teil II.	Planstellen für Bundesbedienstete	
	Abschnitt A Planstellenverzeichnis	
	01 Präsidentschaftskanzlei	251
	02 Parlamentsdirektion	252
	03 Verfassungsgerichtshof	253
	04 Verwaltungsgerichtshof	254
	05 Volksanwaltschaft	256
	06 Rechnungshof	257
	10 Bundeskanzleramt	258
	11 Inneres	261
	12 Bildung und Kultur	267
	14 Wissenschaft	289
	15 Soziale Sicherheit und Generationen	295
	17 Gesundheit	297
	20 Äußeres	302
	30 Justiz	304
	40 Militärische Angelegenheiten	310
	50 Finanzverwaltung	315
	60 Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft	320
	63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	335
	64 Bauten und Technik	338
	65 Verkehr, Innovation und Technologie	342
	70 Öffentliche Leistung und Sport	347
	Abschnitt B Ernennungsreserve	349
Teil V.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden	350
Teil VI.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden	364
Teil VII.	Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist	372
Anlagen zum Stellenplan 2000		(1)
Anlagen A	Übersichten zu den Teilen II. A, IV, V, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien	(2)
Anlagen B	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)	(10)
Anlagen B1	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)	(14)
Anlage B2	Ernennungsreserve: über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen	(22)
Anlage C	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988	(24)
Anlage C1	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989	(25)
Anlagen C2	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990	(27)
Anlage D	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980	(31)
Anlage D1	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989	(32)
Anlagen D2	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990	(33)
Anlagen E	Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts	(39)
Anlagen F	Summarische Übersichten des Stellenplanes	(63)
Erläuterungen zum Stellenplan 2000		(76)

STELLENPLAN 2000**I. Allgemeiner Teil****1. Gliederung des Stellenplanes**

(1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:

- a) Das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II. A) einschließlich der Ernennungsreserve (Teil II. B),
- b) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden (Teil V),
- c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
- d) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII).

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Entlohnungsschemen I und II ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete sowie für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 4 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, dass die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für jugendliche Bedienstete sind Planstellen für

1. Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist sowie
2. Vertragsbedienstete, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist und jugendliche Vertragsbedienstete, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

Die Weiterbeschäftigung von Lehrlingen während der gesetzlichen Behaltefrist bedarf keiner Planstellenbindung.

2. Besetzung von Planstellen

Planstellen dürfen nur insoweit besetzt werden, als dadurch die Einhaltung des budgetierten Personalaufwandes gewährleistet ist.

3. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 5 und 7 sowie des Punktes 9 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom jeweiligen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(2a) Weiters können Vertragsbedienstete gemäß Absatz 1 letzter Satz für die Dauer eines dem Bundesverfassungsgesetz über die Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, unterliegenden Einsatzes aufgenommen werden, wenn die Bundesregierung die Teilnahme von Einzelpersonen an einem derartigen Einsatz beschlossen und der Hauptausschuss des Nationalrates dem betreffenden Einsatz zugestimmt hat. Dies gilt auch für die Aufnahme von örtlichem Hilfspersonal.

STELLENPLAN 2000

I. Allgemeiner Teil

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 600 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche '1420 Universitäten', '1430 Universitäten der Künste' und '1244 Museen' die in den Planstellenbereichen '1421 Universitäten - zweckgebundene Gebarung' und '1431 Universitäten der Künste - zweckgebundene Gebarung' dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(6) Durch die Absätze 2 bis 5 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

4. Bindung von Planstellen

(1) Folgende Bindungen von Planstellen sind zulässig:

1. Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, SI1 und FI1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MB01, MB02, MBU01, MBU02, MZ01, MZ02, MZU01 und MZU02 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.
2. Freie Planstellen für Vertragsbedienstete und Vertragslehrer der Entlohnungsschemen I1 und I1L können mit Vertragsbediensteten beziehungsweise Vertragslehrern einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.
3. Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen v4 und v5 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen h3 bis h5 und umgekehrt besetzt werden.
4. Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit jugendlichen Bediensteten besetzt werden.
5. Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3 sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MB01, MB02, MBU01 und MBU02 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.
6. In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrungsfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.
7. Für Bundesbedienstete der Entlohnungsgruppen a bis e sowie p1 bis p5, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Entlohnungsgruppen v1 bis v5 sowie h1 bis h5 zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bediensteten zugewiesen sind.

STELLENPLAN 2000

245

I. Allgemeiner Teil

8. Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MB01, MB02, MBU01 und MBU02 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5, v1 bis v5 und h1 bis h5 nach Maßgabe des § 65 Abs. 4 VBG 1948 besetzt werden.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich auch mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder die einer niedrigeren Gehaltsgruppe angehören, oder mit Richteramtsanwärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für Ordentliche Universitäts-(Hochschul-)professoren und für Außerordentliche Universitätsprofessoren können auch mit Universitätsprofessoren gemäß § 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993 oder mit Vertragsprofessoren (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948), besetzt werden.

Für Universitäts-(Hochschul-)dozenten (§ 170 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) und Vertragsdozenten (§ 55 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) sind Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Für Beamte des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten oder Universitäten der Künste (§§ 141b und 257 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) sind Planstellen der Verwendungsgruppe A1 oder Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Freie Planstellen für Vertragsprofessoren an den Universitäten der Künste können mit in öffentlich-rechtlichen Bundesdienstverhältnissen stehenden Personen besetzt werden, die gemäß § 247f Abs. 2 oder 4 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 zum Ordentlichen Universitätsprofessor übergeleitet werden.

Freie Planstellen für Universitätsassistenten an den Universitäten der Künste können mit Bundes- oder Vertragslehrern besetzt werden, wenn eine entsprechende Widmung gemäß § 247f Abs. 5 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 vorliegt.

(4) Freie Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Versehung gleichwertiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT8 und PF1 bis PF8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagen- oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagen- oder Dienstzulagen-Gruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 und PF1 bis PF9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e, p1 bis p5, v1 bis v5 sowie h1 bis h5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, dass gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

die Verwendungsgruppe A1 sowie die Entlohnungsgruppen a und v1 der Verwendungsgruppe PT1, PT2, PF1 oder PF2,

die Verwendungsgruppe A2 sowie die Entlohnungsgruppen b und v2 der Verwendungsgruppe PT2, PT3, PT4, PF2, PF3 oder PF4,

die Verwendungsgruppe A3 sowie die Entlohnungsgruppen c und v3 der Verwendungsgruppe PT5, PT6, PF5 oder PF6,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 sowie die Entlohnungsgruppen d und v4 der Verwendungsgruppe PT7, PT8, PF7 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A7 sowie die Entlohnungsgruppen e und v5 der Verwendungsgruppe PT9 oder PF9,

STELLENPLAN 2000

I. Allgemeiner Teil

die Verwendungsgruppe A3 sowie die Entlohnungsgruppen p1 und h1 der Verwendungsgruppe PT6 oder PF6,

die Verwendungsgruppe A4 sowie die Entlohnungsgruppen p2 und h2 der Verwendungsgruppe PT7 oder PF7,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 sowie die Entlohnungsgruppen p3 und h3 der Verwendungsgruppe PT7, PT8, PF7 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A6 sowie die Entlohnungsgruppen p4 und h4 der Verwendungsgruppe PT8 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A7 sowie die Entlohnungsgruppen p5 und h5 der Verwendungsgruppe PT9 oder PF9 entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K1 bis K5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K1 bis K6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A2, A3 oder A4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d, v2 bis v4 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, dass

- die Verwendungsgruppe A2 der Verwendungsgruppe K1 oder K2,
- die Verwendungsgruppe A3 der Verwendungsgruppe K3, K4 oder K5 und
- die Verwendungsgruppe A4 oder A5 der Verwendungsgruppe K6 und
- die Entlohnungsgruppen b und v2 der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,
- die Entlohnungsgruppen c und v3 der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und
- die Entlohnungsgruppen d und v4 der Entlohnungsgruppe k6 entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Dienstleistungen des Bediensteten entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil dieses Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, vom einem Bundesministerium im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

Diese Bestimmung ist weiters nicht anzuwenden in der Zeit vom 1. September 1999 bis zum 31. Jänner 2001 für Arbeitsleihverträge im Zusammenhang mit der österreichischen OSZE-Präsidentschaft 2000.

(8) Für Verträge mit Einzelpersonen, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen und einem Dienstvertrag oder freien Dienstvertrag entsprechen, ist eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Leistungen entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil des betroffenen Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung gilt nicht bei Dienststellen, die die Flexibilisierungsklausel gemäß §§ 17a und 17b des Bundeshaushaltsgesetzes anwenden.

(9) Ausgeschlossen sind

- a) die Bindung freier Planstellen der Teile V und VI des Stellenplanes und
- b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II. A des Stellenplanes vorzuzugun ist.

STELLENPLAN 2000

247

I. Allgemeiner Teil

(10) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II.A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II.A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, nur mit Zustimmung des Bundesministers für öffentliche Leistung und Sport für einen anderen Planstellenbereich des Teiles II.A gebunden werden.

(11) Von den in den Teilen II.A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur dürfen insgesamt bis zu 205 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

5. Aufnahme von Ersatzkräften

- (1) Für einen Bundesbediensteten, der
- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,
 - b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs.1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhält,
 - c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,
 - d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,
 - e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl.Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,
 - f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs.2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs.3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,
 - g) Zivildienst leistet,
 - h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,
 - i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlass einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,
 - j) für einen Beamten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 oder für einen Vertragsbediensteten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach § 20 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 in Verbindung mit den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 herabgesetzt ist,
 - k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt oder
 - l) für eine Tätigkeit im Rahmen eines von einer zwischenstaatlichen Einrichtung, der Österreich angehört, getragenen Projekts zu einer außerhalb dieser gelegenen Einrichtung gemäß § 39a Abs. 1 Z 4 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 oder gemäß § 6a Abs. 1 Z 4 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 entsendet ist,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Freizeitgewährung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Entsendung, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch

STELLENPLAN 2000**I. Allgemeiner Teil**

genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Dies gilt jedoch nicht für Lehrlinge während der gesetzlichen Behaltefrist.

Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter, für einen Beamten der Verwendungsgruppe W1, W2, E1, E2a, E2b oder E2c ein provisorischer Beamter der Verwendungsgruppe E2c aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Für eine beamtete Lehrerin, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragslehrer aufgenommen werden.

(4) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(5) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem in Absatz 1 oder 4 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II.A für das Kapitel '30 Justiz' festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes erster Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) oder ein Richter eines Bezirksgerichtes (§ 77 Abs. 8 RDG) oder ein Staatsanwalt der Gehaltsgruppe St 1 ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden.

(6) Für einen der im § 154 Z 1 lit. a oder Z 2 lit. a des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 genannten Universitäts-(Hochschul-)professoren oder für einen Vertragsprofessor (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) der aus einem der in Abs. 1 oder 3 genannten Gründe vom Dienst abwesend ist oder gemäß § 160 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 gegen Entfall der Bezüge freigestellt ist, kann auch ein Vertragsassistent aufgenommen werden.

(7) Für ein Mitglied des Unabhängigen Bundesasylsenates, das aus einem in Absatz 1 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann ein weiteres sonstiges Mitglied ernannt werden, wenn dadurch die Zahl der festgesetzten Jahresarbeitsleistungen nicht überschritten wird.

6. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

7. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

8. Ernennungsreserve

(1) Die Ernennungsreserve enthält Planstellen für die Besoldungsgruppen 'Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung', 'Wachebeamte' und 'Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten', die vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport einzelnen Planstellenbereichen über den im Planstellenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Planstellen zugewiesen werden können. Eine in einem Planstellenbereich frei werdende Planstelle einer Dienstklasse (Dienststufe), für die aus der Ernennungsreserve eine Planstelle zugewiesen werden kann, gilt stets als Planstelle der Ernennungsreserve.

STELLENPLAN 2000

249

I. Allgemeiner Teil

- (2) Die Planstellen in der Ernennungsreserve erhöhen sich um die Zahl der Beamten, die
- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt sind,
 - b) als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhalten,
 - c) sich zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befinden,
 - d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen Einrichtung herangezogen werden,
 - e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen werden.

Haben Beamte, die solcherart außer Dienst gestellt, beurlaubt oder herangezogen worden sind, oder denen die erforderliche Dienstfreistellung gewährt worden ist, ihren Dienst wieder aufgenommen, so entfällt diese Erhöhung der Zahl der Planstellen in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Planstellenbereich eine Planstelle der gleichen Art frei wird.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 sowie PF1 bis PF9 sinngemäß.

(4) Werden für einen ausgegliederten Bereich Planstellen im Teil V des Stellenplanes ausgewiesen und nehmen Beamte, denen diese Planstellen zugewiesen sind den Vorruehstand in Anspruch, können Beamte des Dienststandes, die sich nicht im Vorruehstand befinden, auf diese Planstellen ernannt werden. Absatz 2 letzter Absatz gilt sinngemäß.

9. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

- a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 v.H. ist dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundesministers für öffentliche Leistung und Sport.

STELLENPLAN 2000**I. Allgemeiner Teil**

- b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 v. H. der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.
- c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teile des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

10. Befugnisse bestimmter Oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148 h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

11. Organisationsänderungen

Der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesminister den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat. In gleicher Weise kann der Stellenplan einer Änderung der Geschäftseinteilung und einem daraus resultierenden Bewertungsverfahren nach den §§ 137, 143 und 147 BDG 1979 angepasst werden, wenn sich daraus keine Kostenerhöhung und keine Planstellenvermehrung ergibt. Die Anpassung bedarf der Zustimmung der Bundesregierung.

STELLENPLAN 2000

251

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	2	18	3			26
A4									9		9
	Summe ...										59

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1						2				2
v2			1				1			2
v3						3				3
v4							3			3
	Summe ...									10

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h4						4	4
	Summe ...						4

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB01 4010

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 01...	59	10	4	14		73

252

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1	1	5	10	8	34	14					*	72
A2			3	7	8	15						33
A3		1	2	9	7	15	12	10	10	5		71
A4								10	18	22	*	50
A5								4	2	22	*	28
A6										26		26
	Summe ...										280	

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 sind
39 Beamte (hievon 6 der Dienstklasse VIII) gem. Art. 30(5) B-VG den
parlamentarischen Klubs zugewiesen und
3 Beamte der Dienstklasse VIII gem. §17 BÖG außer Dienst gestellt.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A4 und A5 sind 13 Beamte gem. Art. 30(5)
B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	
Entlohnungsgruppe									
v1			2	20	5	4			31
v2			2	2	9	2			15
v3				5	2	5	5		17
v4					7	20			27
	Summe ...								90

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					Summe VB II
	4	3	2	1	übrige VB	
Entlohnungsgruppe						
h2					3	3
h4					12	12
	Summe ...					15

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 M802 4010

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 02...	280	90	15	105		385

STELLENPLAN 2000

253

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2						4	1				5
A3					1	1	15			1	18
A7										2	2
Summe ...											42

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1					12					12
v2					2					2
v3					9	2	1			12
v4						1	6			7
v5								1		1
Summe ...										34

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe
	4	3	2	1		VB II
h5					4	4
Summe ...						4

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 PF7 6500

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 03...	42	34	4	38		80

254

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	1	4		14		1	21
A2					1	1		2	3		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
Summe ...											45

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1			
v1						11				11
v2						1	1			2
v3					2	6				8
v4						25	3			28
v5								7		7
Summe ...										56

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe						übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe			4	3	2	1		
h2						1		1
h3							2	2
h4							9	9
Summe ...								12

STELLENPLAN 2000

255

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

(Fortsetzung)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	* 49
Summe...	63

Von den Hofräten des Verwaltungsgerichtshofes ist 1 Planstelle für den vorübergehenden Bedarf vorgesehen.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

2 UAss 1420

2 v4 4010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 04...	108	56	12	68		176

256

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	17							25
A2				2	5						7
A3					2	8					10
A4									1		1
Summe ...											43

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v3								1		1
v4					2	1				3
Summe ...										4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 05...	43	4		4		47

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	63					193
A2		4	67								71
A3		1	2	1	8	22	8			1	43
A4									10	6	16
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
Summe ...											328

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v4								3		3
v5									2	2
Summe ...										5

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h5						12	12
Summe ...							12

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 06...	328	5	12	17		345

258

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	3	4	12	28	13	39	65	28			192
A2		1	19	18	32	28	11	21	3	1	134
A3		1	2	1	13	11	23	41	8	13	113
A4								2	1	7	10
A5									2	9	11
A6										4	4
Summe ...											464

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1			3	3	21	7			14	48
v2			4	3	5	11	3		34	60
v3				1	7	59	27			94
v4					17	47	15			79
v5									15	15
Summe ...										296

Handwerk1. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1					1		1
h2					3		3
h3						5	5
h4						15	15
h5						6	6
Summe ...							30

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1000 (Fortsetzung)

Lehrlinge	Summe
	18

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich	zuzüglich v. PST-Bereich	abzüglich f. PST-Bereich
1 v1 1008	1 UAss 1420	1 A1 1010
1 v2 1008	2 MB01 4010	1 v3 1010
1 A2 1010	1 A1 6300	2 A1 2000/2010
		1 v1 2000/2010
		1 v3 2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1000...	464	296	30	326	18	808

1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	35						37
A2			1		12						13
A3							1	3		6	10
A4										22	22
A5										2	2
A6										1	1
Summe ...											85

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1									1	1
v2									1	1
v4							5	1		6
Summe ...										8

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v1 1000
1 v2 1000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1008...	85	8		8		93

260

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		4	2	1	9	14		31
A2						10	7	10			27
A3					1		10	22	4	2	39
A4								3	3	4	10
A5									1	2	3
A6										1	1
Summe ...											111

Verwaltungsdienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v2						2				2
v3					2	1				3
v4						11				11
Summe ...										16

Handwerkli. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h3						1	1
h4						1	1
h5						5	5
Summe ...							7

Lehrlinge	Summe

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A1 1000

1 v3 1000

abzüglich f. PST-Bereich

1 A2 1000

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1010...	111	16	7	23	4	138

Gesamtsumme 10...	660	320	37	357	22	1.039
-------------------	-----	-----	----	-----	----	-------

STELLENPLAN 2000

261

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

11 Inneres

1100 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	11	13	20	56	63	14	8	1	190
A2		2	2	70	127	60	18	11	4		294
A3		1	2	8	22	22	55	96	28	16	250
A4								12	17	12	41
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										8	8
Summe ...											795

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1					3	5	2	12	22	
v2				11	7	1	3	50	72	
v3				1	28	34	17	16	96	
v4					8	174	12		194	
v5								7	7	
Summe ...										391

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1					2		2
h2					32		32
h3						9	9
h4						31	31
h5						4	4
Summe ...							78

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1130
 1 A3 1130

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1100...	795	391	78	469	1.264

262

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	20	27	25	42	49	103	102	374
A2			4	9	29	86	109	99	21	17	374
A3			3	9	42	123	229	132	282		820
A4								177	40	81	298
A5								2	10		12
A6										13	13
A7										27	27
Summe ...											1.918

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1								16		16
v2						1	7	4		12
v3						8	7	72		87
v4						428	175			603
v5									56	56
Summe ...										774

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1			3	1			4
h2		3	14	5			22
h3						54	54
h4						15	15
h5						263	263
Summe ...							358

Lehrlinge	Summe
	90

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe													
E1	1	1	6	17	21	31	27	18	56	24	14		* 216
E2a					84	172	307	356	1.082	557	96	1	* 2.655
E2b												7.397	* 7.397
E2c												195	* 195
	Summe ...												10.463

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 v2 bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 v4 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB II aufgenommen werden.

Exekutivdienst - KR0	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe													
E1			3	5	13	13	18	21	23	9			* 105
E2a					45	239	389	208	391	1.167			* 2.439
	Summe ...												2.544

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 v2 bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 1100
 1 A3 1100

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
Summe 1130...	14.925	774	358	1.132	90	16.147

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1				1								1
A3								2	8	5	9	24
A4										10	25	35
	Summe ...											60

264

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1140 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3							21		21
v4					14	33	7 *	878	932
(I/R)								5	5
								Summe ...	958

Von den v4 sind 878 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II	
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h1					6	6	
h2			11	15	37	63	
h3						9	
h4						41	
h5						479	
(II/R)						40	
						Summe ...	638

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe														
E1	3	3	11	11	39	32	68	81	95	64	4	3 *	414	
E2a					225	364	671	1.249	1.294	772	1.748		* 6.323	
E2b												7.071	* 7.071	
													Summe ...	13.808

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1(GL) können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung(VGr. A2) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b können bis zu 70 v4 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung aufgenommen werden.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1140...	13.868	958	638	1.596		15.464

STELLENPLAN 2000

265

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1	2	3	2	9	1		2	20
A3						2	3	5	1		11
A4								1	1		2
A5										1	1
Summe ...											34

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I	
v1								3		3
v2						2	3			5
v3						3	3	2		8
v4						4	8	7		19
Summe ...										35

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe						übrige	Summe		
Entlohnungsgruppe				4	3	2	1	VB	VB II	
h2								19		19
h3									7	7
h4									25	25
h5									12	12
Summe ...										63

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1150. ...	34	35	63	98		132

1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
Summe ...											2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I	
v3							1			1
v4							2	1		3
Summe ...										4

266

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1151 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h3						2	2
h4						2	2
h5						3	3
Summe ...							7

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1151...	2	4	7	11	13

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1		1	7	7	12		28
A2				6	34						40
A3						1	1	10	1	5	18
A4								19			19
Summe ...											105

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1									2	2
v2						1				1
v4							18	12		30
Summe ...										33

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h5						1	1
Summe ...							1

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1152...	105	33	1	34	139

Gesamtsumme 11...	29.729	2.195	1.145	3.340	90	33.159
-------------------	--------	-------	-------	-------	----	--------

STELLENPLAN 2000

267

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

12 Bildung und Kultur

1200 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	6	5	19	38	42	53	62	1	1	* 228
A2		1	5	15	30	33	37	14	2	2	* 139
A3		1		1	8	9	16	14	11	12	* 72
A4								4	8	1	* 13
A5										4	4
Summe ...											456

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1				2	11	7	1		21	
v2				6	22	2	1		31	
v3				3	18	18	33		* 72	
v4					37	22	26		* 85	
Summe ...										209

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h2					4		4
h3						3	* 3
h4						1	1
h5						4	4
Summe ...							12

Lehrlinge	Summe
	15

Davon für das Zentrum für Schulentwicklung: 10A1, 1A2, 4A3, 1A4, 1v3, 2v4,

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 2000/2010
1 v1 7000

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1200...	456	209	12	221	692

268

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
Summe ...											2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v3								1		1
v4							2			2
(I/R)									6	6
Summe ...										9

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1240...	2	9		9		11

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						4	1				5
A3								3	1	1	5
A4									1	3	4
A5								1		6	7
Summe ...											21

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v3						2	3			5
v4						2		1		3
Summe ...										8

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1241 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h2			2	5			7
h3						16	16
h4						27	27
Summe ...							50

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	VB I	VB II			
Summe 1241...	21	8	50	58	79

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2								11			11
Summe ...											11

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v2							12			12
Summe ...										12

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	VB I	VB II			
Summe 1242...	11	12	12		23

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1								2	11	9	22
A2							2	4	2	1	9
A3								1	1	1	3
A6										1	1
Summe ...											35

270

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1243 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1							4		4
v2					1	4	9		14
v3						3	18		21
v4					2	3	1		6
								Summe ...	45

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
Entlohnungsgruppe						
h2					1	1
h4					9	9
h5					5	5
						Summe ... 15

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								12	12
								Summe ...	12

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1243. ...	47	45	15	60		107

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1			1	1	3	5	5	18	41			74
A2				1	1	4	2	12	1			21
A3					2	1	4	6	2	1		16
A4									1	5		6
A5										4		4
											Summe ...	121

STELLENPLAN 2000

271

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1244 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1				1				43	44
v2					2	46			48
v3				3	26	36	19		84
v4					4	84	5		93
v5								108	108
Summe ...									377

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h1						1	1
h2					29		29
h4						4	4
Summe ...							34

Lehrlinge	Summe
	3

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1244...	121	377	34	411	3	535

1246 Nationalbibliothek und Phonotheek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe									Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1		GL
Verwendungsgruppe											
A1		1		1	10		9	11	32		64
A2					1	1	8	39	1		50
A3					1	1		16	12		30
Summe ...											144

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1					1			30		31
v2				1	4	40	1			46
v3				2	2	8	40			52
v4						52	2			54
Summe ...										183

272

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1246 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h2				3	1		4
h5						1	1
Summe ...							5

Lehrlinge		Summe
		4

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1246...	144	183	5	188	4	336

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		1	10	2	17	39		70
A2						1	2	9		2	14
A3					1			2	3		6
A4									2		2
A5										4	4
A6										2	2
Summe ...											98

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1									34	34
v2								19	1	20
v3								14	14	28
v4							2	18	8	28
Summe ...										110

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h4						3	3
h5						1	1
Summe ...							4

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1247 (Fortsetzung)

Lehrlinge		Summe
		1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	
Summe 1247...	98	110	4	114	1	213

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1			4	5	4	12	8	9	21	1	64	
A2			4	19	28	53	84	117	17	3	325	
A3					1	17	20	77	26	13	154	
A4								5	36	4	45	
A5									5	2	7	
A6										2	2	
A7										4	4	
											Summe ...	601

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1						10	10		20	
v2				3	29	92	17		141	
v3				5	19	57	69		150	
v4					24	103	49		176	
v5								13	13	
									Summe ...	500

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe	
	4	3	2	1	VB II			
h2					1		1	
h4						10	10	
h5						28	28	
							Summe ...	39

Lehrlinge		Summe
		22

274

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1260 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA								1	1
L1								1	1
L2								9	9
	Summe...								11

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
	Summe...
	341

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v3 1294

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1260...	953	500	39	539	22	1.514

1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						4	6	7	97		* 114
A2								5			5
A3								1	3		4
	Summe ...										123

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

STELLENPLAN 2000

275

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1261 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1								16	16
v2							2	1	3
v3								16	16
v4					1	11			12
Summe ...									47

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1261...	123	47	47		170

1270 Allgemein bildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2									1		1
A3			2		5	68	20				95
A4								32	75	5	112
A5										1	1
A6										48	48
A7										15	15
Summe ...											272

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3				5	139			4	148
v4						16	177		193
(I/R)								75	75
Summe ...									416

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					3	3
h4					208	208
h5					704	704
Summe ...						915

Lehrlinge	Summe
	2

276

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1270 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							überige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1	321						2	10.553	10.876
L2								372	372
L3								2	2
Summe ...									11.250

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1270...	11.522	416	915	1.331	2	12.855

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2						1	1			1		3
A3							1	1	3	1		6
A4								1	1	7		9
A5										4		4
A6										1		1
Summe ...											23	

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								überige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v2						1	1			2
v3						3	8			11
v4					1	2	8			11
(I/R)								3		3
Summe ...										27

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					überige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h2		3	2	16			21
h3						13	13
h4						58	58
h5						44	44
Summe ...							136

STELLENPLAN 2000

277

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1271 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1	4			4			4	156	168
L2								12	12
Summe...									180

Krankenpflagedienst	Beamate der Verwendungsgruppe		Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamate		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K4 (k4)				6		6	6
Summe...				6		6	6

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1271...	203	33	136	169		372

1274 Bds. -Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2							2				2
A3									1		2
A4								1	1		6
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
Summe ...											15

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1								1		1
v2						2	1			3
v3							4	8		12
v4						1	2	2		5
(I/R)									1	1
Summe ...										22

278

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1274 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					4	4
h3					1	1
h4					18	18
h5					23	23
					Summe ...	46

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	2						2	12	16
L2								58	58
								Summe...	74

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		1	1	1		1	2
K4 (k4)		1	1	5		5	6
Summe...		2	2	6		6	8

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1274...	91	28	46	74	165

1276 Bundesschülerheime (Allgemein bildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A3							1	3			4
A4									2		2
A6										3	3
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v2								1		1
v3							7	3		10
v4							4			4
									Summe ...	15

STELLENPLAN 2000

279

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1276 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h2					4		4
h3						3	3
h4						24	24
h5						20	20
Summe ...							51

Lehrer Verwendungsgruppe	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1			10					2	12
L2								17	17
Summe ...									29

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1276 ...	38	15	51	66	104

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1								1		1		2
A2							9	11	28	4	12	64
A3							2		22	27	8	59
A4									18	20	29	67
A5									1	2	11	14
A6											19	19
A7											7	7
Summe ...												232

Verwaltungsdienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1								2		2
v2							9	24	19	52
v3							11	50	104	165
v4							9	107	26	142
(I/R)									26	26
Summe ...										387

280

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1280 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					52	52
h3					16	16
h4					113	113
h5					315	315
					Summe ...	496

Lehrlinge	Summe
	22

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	63				175			2.939	3.177
L2					2			870	872
								Summe...	4.049

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)					3		3
K4 (k4)		1	1	1		1	2
Summe...		1	1	4		4	5

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1280...	4.282	391	496	887	22	5.191

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2							6	7	9		22
A3					1	2		9	2	2	16
A4								4	9	6	19
A5										1	1
A6										10	10
A7										7	7
										Summe ...	75

STELLENPLAN 2000

281

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1281 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2					8	13	21		42
v3				2	6	51	20		79
v4					6	54	11		71
(I/R)								16	16
								Summe ...	208

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					2	2
h3					3	3
h4					71	71
h5					183	183
					Summe ...	259

Lehrlinge	Summe
	10

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	6							20	26
L1	138					5		1.695	1.838
L2	33					101		766	900
								Summe ...	2.764

Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 1281...	2.839	208	259	467	10	3.316

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A3				1	3	10	20					34
A4								5	27			32
A6										7		7
A7										1		1
										Summe ...		74

282

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1282 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3				2	65			3	70
v4					12	67			79
(I/R)								26	26
								Summe ...	175

Handwerk1. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
Entlohnungsgruppe						
h4					56	56
h5					190	190
					Summe ...	246

Lehrlinge	Summe
	3

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	120							2.820	2.940
L2								215	215
								Summe ...	3.155

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1282. ...	3.229	175	246	421	3	3.653

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A3								2			2
A4									3	1	4
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	13

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1286 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3					1	3	4		8
v4						3			3
Summe ...									11

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					3	3
h3					2	2
h4					30	30
h5					22	22
Summe ...						57

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beante
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1			4					19	23
Summe ...									23

Krankenpflagedienst	Beante der Verwendungsgruppe		Summe Beante	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	übrige Beante			VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)	1		1				1
K4 (k4)	2		2	1		1	3
Summe...	3		3	1		1	4

Summe 1286...	Summe Beante	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
	39	12	57	69		108

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beante
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1							1	1			2
A2						4	7	1	16		28
A3							2	11	2	2	17
A4									2	2	4
A5								1	1	1	3
Summe ...											54

284

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1290 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2				1	2			13	16
v3					1	24		9	34
v4					7	10		16	33
(I/R)								7	7
	Summe ...								90

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					2	2
h4						14
h5						28
	Summe ...					44

Lehrlinge	Summe
	7

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	23				56			427	506
L1								530	530
	Summe ...								1.036

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1290...	1.090	90	44	134	7	1.231

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2									1			1
A3							1	3				4
A4										5	5	10
A6											3	3
	Summe ...										18	

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1291 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3				1	11	2	2		16
v4					3	12			15
(I/R)								6	6
Summe ...									37

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h4					42	42
h5					28	28
Summe ...						70

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	35				30			192	257
L2						1		224	225
Summe ...									482

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
Summe 1291...	500	37	70	107		607

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2								1	2	1	3	7
A3									4		1	5
A4									1	1		2
A5										1	2	3
Summe ...												17

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2							1	5	6
v3							1	6	9
v4							3	2	5
Summe ...									20

286

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1292 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II	
	4	3	2	1				
Entlohnungsgruppe								
h4						3	3	
h5						7	7	
Summe ...								10

Lehrlinge	Summe
	5

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	4				12			8	24
L1								20	20
Summe ...									44

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1292 ...	61	20	10	30	5	96

1293 Bundesanstalten für Leibeseziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2											2	2
A3									2			2
A5											2	2
A6											2	2
Summe ...											8	

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v2						1				1
v3						3	11	5		19
v4						2	2	9		13
(I/R)									2	2
Summe ...										35

STELLENPLAN 2000

287

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1293 (Fortsetzung)

Handwerkll. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h2					3		3
h3						1	1
h4						15	15
h5						7	7
Summe ...							26

Lehrer Verwendungsgruppe	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1	4				10			5	19
Summe ...									19

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1293 ...	27	35	26	61		88

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2							3	4			7
A3							2	2	10		14
A4										1	1
Summe ...											22

Verwaltungsdienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v3								2	18	20
v4								5	6	11
Summe ...										31

Handwerkll. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h4						3	3
Summe ...							3

288

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1294 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	22				45			15	82
L1								51	51
Summe...									133

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 v3 1260

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1294...	155	31	3	34		189
Gesamtsumme 12...	26.052	2.991	2.518	5.509	94	31.655

STELLENPLAN 2000

289

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

14 Wissenschaft

1400 Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	1	5	28	3	28	38	43			148
A2			3	18	23	44	3	1	1		93
A3		1			1	7	7	15	1	4	36
A4										4	4
A5										3	3
Summe ...											284

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB. I		
v1					3	9			12	24
v2				1	6	1	2		6	16
v3					2	13	11			26
v4					1	38	7			46
Summe ...										112

Lehrlinge	Summe
	6

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich zuzüglich v. PST-Bereich

3 A1 1420 5 UAss 1420

1 A2 1420 (1A1/7,

1 v1 1420 1A1/6 und

1 v4 1420 3A1/4)

3 v2 1420

2 v3 1420

abzüglich f. PST-Bereich

1 v2 7000

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1400...	284	112	112	6	402

290

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	5	10	13	22	65	438	66	621
A2		1	9	29	31	49	187	389	64	113	872
A3					4	40	229	164	62	7	506
A4								21	10	46	77
A5								5	10	25	40
A6										7	7
Summe ...											2.123

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1					1	15	217	166	*	399
v2				1	108	683	729	170	*	1.691
v3					647	893	208	12	*	1.760
v4					34	296	381	1	*	712
v5								15		15
Summe ...										4.577

Von den v1 und den v2 sind je 3 Planstellen, und von den v3 ist 1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.
71 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.
Von den 712 v4-Planstellen müssen mindestens 136 Planstellen mit jugendlichen VB besetzt werden.

Handwinkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h1		3	11	20			34
h2		25	20	36			81
h3						173	173
h4						258	258
h5						18	18
Summe ...							564

Lehrlinge	Summe
	301

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1		12						184	196
L2								20	20
Summe ...									216

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	* 1.850
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.344
Summe...	8.194

Hievon 12 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		94	94	104		104	198
K4 (k4)				21		21	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	139		139	250

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
3 v1 3030
18 A1 3030

abzüglich f. PST-Bereich
2 UAss 0400
1 UAss 1000
1 v3 2000/2010
1 v1 1400
1 v4 1400

abzüglich f. PST-Bereich
3 A1 1400
1 A2 1400
5 UAss 1400
(1A1/7,
1A1/6 und
3A1/4)
3 v2 1400
2 v3 1400

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1420...	10.644	4.716	564	5.280	301	16.225

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	7	3	22	106		145
A2					1	2	9	31			43
A3						1	16	7	5		29
A4										1	1
A5										1	1
Summe ...											219

292

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1424 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1							29	5	34
v2					3	19	2	13	37
v3					15	41	15		71
v4						2	12		* 14
v5								4	4
								Summe ...	160

Von den 14 v4-Planstellen müssen mindestens 4 mit jugendlichen VB besetzt werden.

HandwerkL. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
Entlohnungsgruppe						
h3					3	3
					-- Summe ...	3

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 4 v4 4010

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1424...	219	160	3	163		382

1430 Universitäten der Künste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1						6	7	5	11	1	30
A2				1	4	8	21	21	2	1	58
A3						1	14	19	4		38
A4									3	6	9
A5										1	1
A6										3	3
										Summe ...	139

STELLENPLAN 2000

293

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	* 5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1						3	41	6	50
v2					14	44	36	21	115
v3					19	58	34		111
v4					1	24	100		* 125
v5								2	2
Summe ...									403

Von den 125 v4-Planstellen müssen mindestens 30 mit jugendlichen VB besetzt werden.

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h1			1	3	4		8
h2			1	3	7		11
h3						22	22
h4						66	66
h5						9	9
Summe ...							116

Lehrlinge	Summe
	10

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beante
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								61	61
Summe ...									61

294

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	* 482
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	210
Summe...	692

Von den 482 Planstellen der Universitätsprofessoren dürfen 69 nur mit Vertragsprofessoren besetzt werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr-linge	
Summe 1430...	892	403	116	519	10	1.421
Gesamtsumme 14...	12.039	5.391	683	6.074	317	18.430

STELLENPLAN 2000

295

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

15 Soziale Sicherheit und Generationen

1500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	5	17	27	52	59	94	53	3	2	316
A2		1	10	30	51	72	31	9			204
A3		1		1	4	11	13	45	7	8	90
A4									1	6	7
A5										4	4
A6										1	1
A7										1	1
Summe ...											623

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1			1	1	33	27	5		67	
v2			3	11	29	11	1		55	
v3				2	11	55	18		86	
v4					3	34	7		44	
v5								1	1	
(I/R)								4	4	
Summe ...										257

Lehrlinge	Summe
	12

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 4 A1 2000/2010
 1 v1 2000/2010
 2 v2 2000/2010
 4 I/R 2000/2010

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 1500 ...	623	257	257	12	892

296

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	3	4	7	29	22	46	99	211
A2		1	2	6	2	59	90	140	2		302
A3					3	1	9	51	5	38	107
A4								2	3	12	17
A5								1		13	14
										Summe ...	651

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe	
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB I			
v1						1		26		27	
v2						18	35			53	
v3						1	15	27		43	
v4							12	9		21	
										Summe ...	144

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe	
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		VB II	
h2						2	2	
h5						3	3	
							Summe ...	5

Lehrlinge	Summe
	10

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				5		5	5
K5 (k5)		1	1				1
Summe...		1	1	5		5	6

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 1570...	652	149	5	154	10	816

Gesamtsumme 15...	1.275	406	5	411	22	1.708
--------------------------	--------------	------------	----------	------------	-----------	--------------

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

17 Gesundheit

1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	20	10	9	50
A2					2	1	33	23			59
A3					6	8	1	1			16
Summe ...											125

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1						1	15		16	
v2				1	15	9	1		26	
v3					13	2	4		19	
v4					7	2	1		10	
Summe ...										71

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe						übrige VB	Summe
				4	3	2		1
h3							1	1
h4							12	12
Summe ...								13

Lehrlinge	Summe
	11

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				3		3	3
K6 (k6)				1		1	1
Summe ...				4		4	4

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A2 1795
 1 A1 1796

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 1790 ...	125	75	13	88	11	224

298

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1791 Bundesinstitut für Arzneimittel

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1	1	5	1	4	3	11	3	29
A2							13	2			15
A3								1			1
A4								1			1
Summe ...											46

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1						1		9		10
v2						6	3			9
v3							8			8
v4						9				9
Summe ...										36

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h3						3	3
h4						6	6
Summe ...							9

Lehrlinge	Summe
	2

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	übrige Beamte			VB I	VB II		
K2 (k2)	1		1	2		2	3
K6 (k6)	1		1	3		3	4
Summe...	2		2	5		5	7

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 1791...	48	41	9	50	2	100

STELLENPLAN 2000

299

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	6	2	1	8	2	1	21
A2				1	5		2		1		9
A3						1	1	6	3		11
A4								2	1		3
A5									1		1
A6										5	5
Summe ...											50

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1						1	4	11		16
v2				1	6	2				9
v3					3	4	5			12
v4					21	4				25
Summe ...										62

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1			1				1
h2			1				1
h3						10	10
h4						15	15
Summe ...							27

Lehrlinge	Summe
	11

300

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1793 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		27	27	36		36	63
K5 (k5)				1		1	1
K6 (k6)		2	2	16		16	18
Summe...		29	29	53		53	82

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1793...	79	115	27	142	11	232

1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1				1	3	2	5		15	2	28
A2							18	4	4		26
A3							6	2	1	5	14
A4								2		3	5
A5										1	1
A6										1	1
										Summe ...	75

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I	
	7	6	5	4	3	2	1				
Entlohnungsgruppe											
v1								8		8	
v2						8	5			13	
v3						1	16	9		26	
v4						15	8	3		26	
										Summe ...	73

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II	
	4	3	2	1				
Entlohnungsgruppe								
h2			1	2			3	
h3						8	8	
h4						16	16	
							Summe ...	27

Lehrlinge	Summe
	3

STELLENPLAN 2000

301

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1795 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		9	9	9		9	18
K5 (k5)		1	1	1		1	2
K6 (k6)		11	11	18		18	29
Summe...		21	21	28		28	49

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1796

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A2 1790

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1795...	96	101	27	128	3	227

1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1									5	2	7
Summe ...											7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe								24		24
v1								24		24
Summe ...										24

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 1790
 1 A1 1795

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1796...	7	24		24		31

Gesamtsumme 17...	355	356	76	432	27	814
-------------------	-----	-----	----	-----	----	-----

Gesamtsumme 15+17...	1.630	762	81	843	49	2.522
----------------------	-------	-----	----	-----	----	-------

302

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	14	43	56	58	81	149	30	1		437
A2		5	8	67	76	29	14	3	1		203
A3		1			5	7	12	37	10	11	83
A4									1		1
A5									2	3	5
A7										2	2
Summe ...											731

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1					4	16	37		57	
v2				3	45	14	11		73	
v3				1	76	203	114		394	
v4					176	42	2		220	
v5								42	42	
Summe ...										786

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h3						5	5
h4						14	14
h5						4	4
Summe ...							23

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich		zuzüglich v. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich	
2 A1	1000	12 MB02	4010	1 A2	2030
1 v1	1000	1 A1	4010		
1 v3	1000	2 MBU01	4010		
1 A1	1200	1 A4	4010		
1 v3	1420	4 A1	5000		
4 A1	1500	1 v3	5000		
1 v1	1500	2 A1	6000		
2 v2	1500	1 A2	6000		
4 I/R	1500	1 A4	6000		
1 v4	3000	1 v1	6000		
1 A4	4000	1 I/R	6000		
3 MB01	4010	2 v1	6500		
		1 v4	6500		

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 2000. ...	731	786	23	809	1.540

STELLENPLAN 2000

303

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	6	3	1	6				17
A2					6	4					10
Summe ...											27

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I	
v1						1	5			6
v2						4				4
v3						1	7	4		12
v4						9	1			10
v5									1	1
Summe ...										33

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe						übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe								VB II
h5							1	1
Summe ...								1

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A2 2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
Summe 2030...	27	33	1	34		61
Gesamtsumme 20...	758	819	24	843		1.601

304

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	7	14	20	26	16	4			* 93
A2			10	9	10	10	9	2			50
A3		1	2	1		10	17	1			32
Summe ...											175

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen mit Generalanwälten (auslaufend für Sektions- und Abteilungsleiter) und die übrigen Planstellen nach Maßgabe des §153a BDG 1979 mit Staatsanwälten besetzt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1						1				1
v2					2					2
v3					5	2	14			21
v4					2	36	11			49
Summe ...										73

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1					2		2
h2					1		1
h4						5	5
Summe ...							8

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 26 Übr Richter 3020
 3 Staatsanw 3020
 1 E1 3030
 5 E2a 3030

abzüglich f. PST-Bereich
 1 v4 2000/2010

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 3000...	175	73	8	81	256

STELLENPLAN 2000

305

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				3	1	1		2			7
A3							1		2	1	4
A4										8	8
A5								1		1	2
Summe ...											21

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe									Summe
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	VB I	
v3					3	1	5			9
v4						1	5			6
v5								2		2
Summe ...										17

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	42
Summe...	58

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 6 Übr Richter 3020
 1 Staatsanw 3020

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr- linge	
Summe 3010. ...	93	17		17		110

306

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2		2	28	56	73	861	80	25	3		1.128
A3			78	60	164	48	238	670	322		1.580
Summe ...											2.708

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1							2		2	
v2					7	1	119		127	
v3			8	44	151	224	467		894	
v4					57	1.100	310		1.467	
v5								34	34	
Summe ...										2.524

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe						übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1				
h3						10	10	
h4						52	52	
h5						111	111	
Summe ...								173

Lehrlinge	Summe
	35

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	108
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.436
Richteramtsanwärter.....	150
Summe ...	1.806

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Staatanwälte	
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	138
Summe ...	209

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 26 Übr Richter 3000
 3 Staatsanw 3000
 6 Übr Richter 3010
 1 Staatsanw 3010

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 3020...	4.723	2.524	173	2.697	35	7.455

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1					2	7	6	12	23	28	78
A2					1	11	20	26			58
A3							1	3			4
Summe ...											140

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1						1	2	66		69
v2						4	47	10	*	61
v3						1	3	44		48
v4							73	4		77
Summe ...										255

Von den v2/1 können bis zu 10 Planstellen mit Vertragslehrern IL/12 besetzt werden.

308

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3030 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h1			5				5
h2					10		10
h3						3	3
h4						1	1
h5						1	1
						Summe ...	20

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2	2							5	7
								Summe ...	7

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe														
E1			2	4	5	2	4	19	13	30				79
E2a					11	23	48	42	83	428	1.165	291	2.091	
E2b												988	988	
												Summe ...	3.158	

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe			Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	übrige Beamte				VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe								
K2 (k2)					9		9	9
K3 (k3)				12	12			12
K4 (k4)				6	6	57	57	63
K6 (k6)						12	12	12
Summe...				18	18	78	78	96

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

18 A1	1420
3 v1	1420
1 E1	3000
5 E2a	3000

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 3030...	3.323	333	20	353		3.676

STELLENPLAN 2000

309

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		5		4	1	11
A2					3	5	30	83			121
Summe ...											132

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 3050 ...	132					132

Gesamtsumme 30...	8.446	2.947	201	3.148	35	11.629
--------------------------	--------------	--------------	------------	--------------	-----------	---------------

310

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		2	5	9	16	30	55	32		1	* 150
A2		1	14	43	70	142	15	26	1		312
A3		1		3	10	38	127	165	8	3	355
A4								5	1		6
										Summe ...	823

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufs-offizier der Verwendungsgruppe MB01 besetzt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v3								19		19
v4								153		153
									Summe ...	172

Lehrlinge	Summe
	5

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 4000...	823	172		172	5	1.000

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	2	6	28	36	11	112	6	202
A2			11	54	114	297	135	361	203	30	1.205
A3			2	104	208	110	456	663	778	49	2.370
A4								478	377	240	1.095
A5								1	1	41	43
A6										56	56
A7										2	2
										Summe ...	4.973

STELLENPLAN 2000

311

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1					1	2	3		6
v2				2	4	23	2		31
v3			1	20	14	8	12		55
v4					14	871	1		886
v5								4	4
(I/R)								40	40
Summe ...									1.022

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h1						3	3
h2			16	212	97		325
h3						68	68
h4						72	72
h5						12	12
(II/R)						4	4
Summe ...							484

Von den VB können 580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. Wehrgesetz §11 besetzt werden.
Die 4 II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	171

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2								15	15
Summe ...									15

312

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	
MB01	1	6	14	45	57	92	105	104			98	9	* 531
MB02	11	35	113	190	429	173	569	766	95	41		1	* 2.423
MBU01			14	72	156	942	2.333	1.449			3.631	278	* 8.875
MBU02								550			1.671	13	* 2.234
Summe ...												14.063	
MZ01						1	6	8			12	24	51
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												339	339
Summe ...												5.460	
Summe Militärischer Dienst ...												19.523	

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB01 können 155 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen und 7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MB01 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB02 können 186 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MB02 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBU01 können 110 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBU01 und MBU02 können auch mit Beamten der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

STELLENPLAN 2000

313

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		17	17	1		1	18
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		57	57	14		14	71

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich	
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 v4	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
4 v4	1424	1 A4	2000/2010

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 4010...	24.568	1.036	484	1.520	171	26.259

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärgeschichtliches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	1	2	2	8		14
A2				2		10	2	2	1		17
A3							16	4	2	5	27
A4								4			4
										Summe ...	62

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I	
v4						6	10		16	
v5								12	12	
								Summe ...	28	

314

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4040 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
h2		3				3
h3					1	1
h4					3	3
h5					1	1
Summe ...						8

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 4040...	62	28	8	36		98

4050 Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1								1			1
A2								2			2
A3							1				1
A4										2	2
Summe ...											7

Verwaltungsdienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
(I/K)									21	21
Summe ...										21

Die 21 VB I/K werden nicht zentral besoldet.

Handwerkli. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
(II/K)					36	36
Summe ...						36

Die 36 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 4050...	7	21	36	57		64

Gesamtsumme 40...	25.460	1.257	528	1.785	176	27.421
-------------------	--------	-------	-----	-------	-----	--------

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	1	12	57	13	71	85	68		5	317
A2		1	16	46	70	22	24	19	3	2	203
A3		1			19	19	21	31	3	16	110
A4								2	4	4	10
A5									1	7	8
A6										8	8
A7										2	2
Summe ...											658

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1					4	13			50	67
v2				1	1				5	7
v3					10	63	52		7	132
v4						26	15			41
v5									23	23
Summe ...										270

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1					1		1
h2					3	7	10
h3						2	2
h4						17	17
h5						22	22
Summe ...							52

Lehrlinge		Summe
		8

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 E1 5040
 2 E2a 5040

abzüglich f. PST-Bereich
 4 A1 2000/2010
 1 v3 2000/2010

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme	
	VB I	VB II				
Summe 5000...	658	270	52	322	8	988

316

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beante
A1		1	5	15	46	81	283	306	266	8	1.011
A2			81	578	323	845	1.822	1.314	2		4.965
A3			6	27	2.045	356	70	864	8	9	3.385
A4								2	2	21	25
A5									5	20	25
A6										7	7
Summe ...											9.418

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1						2	12	35		49
v2			1	12	117	217	3			350
v3				311	231	1.332	392			2.266
v4					1	170	166			337
v5								26		26
Summe ...										3.028

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
		4	3	2	1		VB II
h2				1	3		4
h3						6	6
h4						72	72
h5						257	257
(II/R)						5	5
Summe ...							344

Lehrlinge	Summe
	38

STELLENPLAN 2000

317

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

5040 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
E1			1		11		9		1				22
E2a					14	112	121	146	498	283	337	433	1.944
E2b												325	325
Summe ...												2.291	

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 E1 5000

2 E2a 5000

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5040...	11.709	3.028	344	3.372	38	15.119

5070 Bundespensionsamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1		1		3	1		6
A2		2		2	6	6	19	23	4		62
A3						2		5	17	1	25
A4									1	1	2
A5										2	2
A7										1	1
Summe ...											98

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	
v1								4	4
v2						3	14	13	30
v3							8	27	35
v4						1	21	5	27
v5								1	1
Summe ...									97

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5070...	98	97		97		195

318

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5071 Finanzprokurator

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		14		23					38
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	2	1	1		7
Summe ...											50

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe									Summe	
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	VB I		
v1						6	1	4		11	
v2						1	2			3	
v3						13	2	3		18	
v4							17	3		20	
Summe ...											52

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					Summe	
	4	3	2	1	übrige VB		VB II
h3						1	1
h4						4	4
h5						3	3
Summe ...							8

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
Summe 5071...	50	52	8	60		110

5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1						1		1	6	1	9
A2					1	1	2	4			8
A3					3	4		7	3		17
A4									6		6
Summe ...											40

STELLENPLAN 2000

319

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

5072 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2					1	2			3
v3				1			2		3
v4						5			5
Summe ...									11

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h4						1	1
h5						1	1
Summe ...							2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5072...	40	11	2	13		53

Gesamtsumme 50...	12.555	3.458	406	3.864	46	16.465
--------------------------	---------------	--------------	------------	--------------	-----------	---------------

320

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	6	15	34	41	85	138	61	7	1	393
A2		1	5	34	68	66	21	24	3		222
A3		1	1	1	9	15	22	14	8	5	76
A4									2	3	5
A5										6	6
Summe ...											702

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1			1		43	8	2		54	
v2			1	34	27	7	4		73	
v3				11	47	71	34		163	
v4					4	47	3		54	
Summe ...										344

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1					1		1
h3						4	4
Summe ...							5

Lehrlinge	Summe
	2

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 v1 6051
2 v2 6051
1 v1 6053

abzüglich f. PST-Bereich

2 A1 2000/2010
1 A4 2000/2010
1 A2 2000/2010
1 v1 2000/2010
1 v4 2000/2010

abzüglich f. PST-Bereich

1 A3 6300
1 v2 6300
1 H1 6300

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 6000 ...	702	344	5	349	2	1.053

STELLENPLAN 2000

321

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	3	6	2		13
A2							8	5	8		21
A3						3		12	4	2	21
A4								1	2	26	29
A5									1	2	3
A6										1	1
A7										1	1
Summe ...											89

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1							1	4		5
v2						2	8	3		13
v3						1	22	3		26
v4							10			10
(I/R)									3	3
Summe ...										57

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1				1	4		5
h2				2	54		56
h3						22	22
h4						55	55
h5						58	58
(II/R)						17	17
(II/K)						47	* 47
Summe ...							260

Lehrlinge	Summe
	* 32

Die VB II/K werden nicht zentral besoldet.
29 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

322

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6050 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	1							4	5
L1	9					3		131	143
L2								70	70
L3								1	1
Summe...									219

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6050...	308	57	260	317	32	657

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		4	7	4	15	39	39		109
A2				2	3	9	65	34	6		119
A3						12	4	54	21	4	95
A4								5	9	18	32
A5									1	2	3
Summe ...											358

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1					1	5	30		36	
v2					16	30	5		51	
v3					11	113	47		171	
v4					1	22	16		39	
Summe ...									297	

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6051 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h1			5	11			16
h2		1	28	31			60
h3						12	12
h4						2	2
h5						2	2
(II/K)						51	* 51
Summe ...							143

Die VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 18

6 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 v1 6000
 2 v2 6000

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme	
	VB I	VB II				
Summe 6051...	358	297	143	440	18	816

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beante
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2								2			2
A3								1	1		2
A4										4	4
A7										1	1
Summe ...											9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v2							3			3
v3					1	4	1			6
v4								1		1
Summe ...										10

324

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6052 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe							
h2					9		9
h4						9	9
h5						13	13
(II/K)						2 *	2
						Summe ...	33

Lehrlinge	Summe
	* 2

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besoldet.
Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1	3							32	35
L2								9	9
								Summe...	44

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 6052...	53	10	33	43	2	98

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1			1		2	6	2	30	23			64
A2						2	6	28	4	1		41
A3						1	3	4	2	1		11
A4								3	3	7		13
											Summe ...	129

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1						2	13			15
v2				1	2	18				21
v3						4	25			29
v4					7	11	3			21
									Summe ...	86

STELLENPLAN 2000

325

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6053 (Fortsetzung)

Handwinkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	Entlohnungsgruppe	4	3	2	1		
h2			1		6		7
h3						5	5
h4						3	3
h5						1	1
(II/K)						15 *	15
Summe ...							31

Die 15 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 2

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v1 6000

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6053...	129	86	31	117	2	248

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1		1	2	2	6		12
A2								2	1		3
A3							1				1
A4									1		1
A5										1	1
Summe ...											18

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2		
v1								3	3
v3								2	2
v4							4		4
Summe ...									9

326

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6054 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h4						2	2
h5						2	2
Summe ...							4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6054...	18	9	4	13		31

6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1						2		7	4		13
A2						1	2	2	3		8
A3								2	2		4
Summe ...											25

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1								3		3
v2						6	6			12
v3						4	17	6		27
v4							4	3		7
Summe ...										49

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h1			1			2	3
h2			3	4	3		10
h3						6	6
h4						4	4
h5						2	2
Summe ...							25

STELLENPLAN 2000

327

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6055 (Fortsetzung)

Lehrlinge		Summe
		* 24

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6055...	25	49	25	74	24	123

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1						1		2	3		6
A3									1		1
	Summe ...										7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1								3		3
v2						1				1
v4							2			2
	Summe ...									6

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6056...	7	6		6		13

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1			1		3	1	3	8	7		23
A2						2	6	7	3		18
A3						2		1	8		11
A4									2		2
A5										1	1
	Summe ...										55

328

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6058 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1						1	5		6
v2					1	5	4		10
v3					3	7	13		23
v4						3			3
	Summe ...								42

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h1					2	2
h2				4		4
h3					2	2
h5					2	2
(II/K)					1*	1
	Summe ...					11

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.

Lehrlinge		Summe
		* 5

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6058...	55	42	11	53	5	113

6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					1		1	2	5		9
A2			1		1	2	6	2	2		14
A3							1	8	2		11
A4								5	3	1	9
	Summe ...										43

STELLENPLAN 2000

329

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6059 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2					1				1
v3					2	1	1		4
v4					2	6			8
Summe ...									13

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h1			1	1		2
h4					1	1
h5					2	2
Summe ...						5

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6059...	43	13	5	18		61

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2							1				1
A3								2		1	3
A4									1	2	3
A5										1	1
A6										1	1
Summe ...											9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2					1	2			3
v3						5			5
v4						1			1
Summe ...									9

330

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6072 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II	
	4	3	2	1				
Entlohnungsgruppe								
h2					5		5	
h3						1	1	
h4						1	1	
h5						4	4	
(II/K)						1 *	1	
Summe ...								12

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 4

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	2							1	3
L2								15	15
Summe ...									18

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 6072...	27	9	12	21	4	52

6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1				7		7	10	18	38			80
A2							45	5	5			55
A3						3	5	15	10			33
A4											1	1
Summe ...												169

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v1						3	29			32
v2						26	7	7		40
v3						7	28	47		82
v4						8				8
Summe ...										162

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6080 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h5						7	7
(II/K)						100 *	100
Summe ...							107

Die 100 VB - II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 19

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6080...	169	162	107	269	19	457

6091 Bundeskellereinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2			1		1	22			1		25
A3								1	2		3
Summe ...											28

Verwaltungsdienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
v3								3	3
Summe ...									3

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6091...	28	3		3		31

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1						1					1
A2				2	1		2	3		1	9
A3					4	8	4	3	28		47
A4									13	4	17
A5										5	5
A6										5	5
Summe ...											84

332

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6093 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2					1				1
v3					3	2	8		13
v4						3	1		4
	Summe ...								18

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h1					19		19
h2				32	42		74
h3						1	1
h4						61	61
h5						2	2
(II/K)						11	* 11
	Summe ...						168

Die 11 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 68

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6093...	84	18	168	186	68	338

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1						1			1		2
A2								3	8	1	12
A3					1		2		2	3	8
A4									3	5	8
	Summe ...										30

STELLENPLAN 2000

333

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6094 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2							8		8
v3				1	1		4		6
v4						2			2
Summe ...									16

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h1					3	3
h2				18	21	39
h3					5	5
h5					1	1
(II/K)					23	* 23
Summe ...						71

Von den 23 VB II/K werden 22 nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 1

Der Lehrling wird nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6094...	30	16	71	87	1	118

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2								2			2
Summe ...											2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2						1	2		3
v3						1			1
Summe ...									4

334

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6096 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
(II/K)					12	* 12
Summe ...						12

Die 12 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6096...	2	4	12	16		18
Gesamtsumme 60...	2.038	1.125	887	2.012	177	4.227

STELLENPLAN 2000

335

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	7	4	13	36	68	58	97	155	11	5	454
A2		1	6	15	37	92	23	29	6	4	213
A3		1		1	7	24	38	41	12	12	136
A4								7	10	7	24
A5									4	1	5
A7										1	1
Summe ...											833

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1				1	22	63	8	1	95	
v2				5	34	9	12	2	62	
v3				2	52	41	17		112	
v4					60	95	2		157	
v5								19	19	
Summe ...										445

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h3						3	3
h4						5	5
Summe ...							8

Lehrlinge	Summe
	18

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A3 6000
 1 v2 6000
 1 H1 6000

abzüglich f. PST-Bereich

1 A1 1000

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 6300...	833	445	8	453	18	1.304

336

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				6		6		5	3		20
A2								1			1
A3						6		5			11
A4									4	3	7
Summe ...											39

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1								3		3
v3								1		1
v4								9		9
Summe ...										13

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
h5					2	2
Summe ...						2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6330...	39	13	2	15	54

6390 Heimarbeitskommissionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2							1				1
A3									1		1
Summe ...											2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v2								4		4
Summe ...										4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6390...	2	4	4		6

STELLENPLAN 2000

337

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6392 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1					20		20	12	79	2	133
A2						81	77	15	1		174
A3				4				17	9	1	31
A4									1	32	33
A5										7	7
Summe ...											378

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1						10	7		17	
v2					11	15			26	
v3				3		3	4		10	
v4						46	1		47	
Summe ...										100

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
h3					1	1
h5					5	5
Summe ...						6

Lehrlinge	Summe
	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6392...	378	100	6	106	488

Gesamtsumme 63...	1.252	562	16	578	22	1.852
--------------------------	--------------	------------	-----------	------------	-----------	--------------

338

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienvverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1		1					2
A3			1			2	3		4		10
A4								11			11
Summe ...											23

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v3						1	3		4	
v4					2	3	1		6	
v5								1	1	
Summe ...										11

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1					4		4
h2		2					2
h3						1	1
h4						1	1
Summe ...							8

Lehrlinge	Summe
	5

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr- linge	
Summe 6401...	23	11	8	19	5	47

6403 Beschussämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
Summe ...											10

STELLENPLAN 2000

339

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6403 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3							1		1
v4							1		1
Summe ...									2

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
Entlohnungsgruppe						
h5					1	1
Summe ...						1

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6403...	10	2	1	3	13

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1		1		2	5	4	14	5	7		38
A2			2	16	19	47	30	127			241
A3				22	133	9	47	15	10	8	244
A4								14	24	49	87
A5									1	31	32
A6										9	9
A7										1	1
Summe ...											652

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1						2		4	6
v2					2	4	45		51
v3					43	30	3	3	79
v4						8	122	8	138
v5								2	2
Summe ...									276

340

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6450 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h1				3			3
h2			6	35			41
h3						5	5
h4						20	20
h5						7	7
Summe ...							76

Lehrlinge	Summe
	5

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe	
	VB I	VB II				
Summe 6450...	652	276	76	352	5	1.009

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Handwerkl. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
(II/R)						159	* 159
Summe ...							159

Die 159 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6460...		159	159		159

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1	1	6	21	3	22	52	43		149
A2			4	15	32	86	87	355	4		583
A3			3	19	40	26	176	125	7	15	411
A4										5	5
A5										16	16
A6										2	2
Summe ...											1.166

STELLENPLAN 2000

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6490 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
v1							5		5
v2					6	52	7		65
v3				12	44	146	19		221
v4					2	8	10		20
v5								2	2
Summe ...									313

Handwerk. Dienst Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h2			1	5			6
h3						2	2
h4						11	11
h5						42	42
Summe ...							61

Lehrlinge	Summe
	20

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6490...	1.166	313	61	374	20	1.560

Gesamtsumme 64...	1.851	602	305	907	30	2.788
-------------------	-------	-----	-----	-----	----	-------

Gesamtsumme 63+64...	3.103	1.164	321	1.485	52	4.640
----------------------	-------	-------	-----	-------	----	-------

342

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

65 Verkehr, Innovation und Technologie

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	4	7	13	29	26	59	53			193
A2			1	11	21	33	11	2			79
A3			1	1		8	12	25	3	4	54
A4								1	2	3	6
A5										2	2
A7										2	2
Summe ...											336

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1			1	2	18	25			3	49
v2			1	15	23	3	1		3	46
v3				3	18	26	11		1	59
v4					7	19	2			28
v5									3	3
Summe ...										185

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h3						1	1
h4						3	3
Summe ...							4

STELLENPLAN 2000

343

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PF1 - PF5								PF5, PF7, PF8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PF1.....	5		3	6		1						15
PF2.....		16	17	1	14	4	16					68
PF3.....		13		63								76
PF4.....											19	19
PF5.....								18			8	26
PF6.....											5	5
PF7.....											1	1
											Summe ...	210

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 PF7 0300
 2 v1 2000/2010
 1 v4 2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
Summe 6500...	546	185	4	189		735

6501 Schifffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A3.....			1	16		9	7	35	1			69
A4.....									11			11
											Summe ...	80

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I	
	7	6	5	4	3	2	1				
Entlohnungsgruppe											
v3.....					8	10				18	
										Summe ...	18

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
		VB I	VB II			
Summe 6501...	80	18		18		98

344

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6541 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	1	2		2	7
A2				2	2	4	7	6			21
A3						1	9	2	2	3	17
A4								1		5	6
A5										1	1
Summe ...											52

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1								3		3
v2						2	7	2		11
v3						4	3	3		10
v4						3	3			6
Summe ...										30

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h3						1	1
Summe ...							1

Lehrlinge	Summe
	1

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6541...	52	30	1	31	84

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			2	1		4
A2				1	4		2				7
A3					2		4	6			12
A5										1	1
Summe ...											24

STELLENPLAN 2000

345

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6550 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1							1		1
v2					7	1			8
v3							3		3
v4						4			4
Summe ...									16

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
Entlohnungsgruppe						
h4					1	1
Summe ...						1

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6550...	24	16	1	17	41

6580 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1		1	2	12	13	32	62	6			128
A2					1	3	10	3			17
A3					1	6	10	16	4		37
A4									1		1
A5									1		1
Summe ...											184

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1						1	5		6
v2						4	1	4	9
v3				1	1	8	15		25
v4							3	14	17
Summe ...									57

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
		4	3	2		
Entlohnungsgruppe						
h2				1	1	2
Summe ...						2

346

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6580 (Fortsetzung)

Lehrlinge		Summe
		3

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 6580...	184	57	2	59	3	246

Gesamtsumme 65...	886	306	8	314	4	1.204
--------------------------	------------	------------	----------	------------	----------	--------------

STELLENPLAN 2000

347

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

70 Öffentliche Leistung und Sport

7000 BM für öffentliche Leistung und Sport

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2		3	8	5	14	17	4	1	1	55
A2			9	8	8	3	1				29
A3			1			1	5	4	1		12
Summe ...											96

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1						4	1		5	
v2					2	1	1		4	
v3					2	11	2		15	
v4						6	3		9	
v5								1	1	
Summe ...										34

Lehrlinge	Summe
	4

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 9 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 v1 1200

1 v2 1400

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 7000...	96	34	34	4	134

7020 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				4		5
A2					1		1	3			5
A3						1		3		1	5
A4								1			1
Summe ...											16

348

STELLENPLAN 2000

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

7020 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1			1			4	2		7
v2						1			1
v3						2	3		5
v4					1	2	3		6
Summe ...									19

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr- linge	
Summe 7020...	16	19		19		35

7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1										1	1
A2						1					1
Summe ...											2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v3							2		2
v4						1	3		4
Summe ...									6

Handwerk1. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe							
h4						1	1
Summe ...							1

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr- linge	
Summe 7031...	2	6	1	7		9

Gesamtsumme 70...	114	59	1	60	4	178
--------------------------	------------	-----------	----------	-----------	----------	------------

STELLENPLAN 2000

349

Teil II. B

Planstellen der Ernennungsreserve

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Beamte	16	1.200	1.900	1.700	500	500	400

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	4	50		162			
Kriminaldienst	1	48		187			
Gendarmeriedienst	8	43	63	295	461		
Justizwachdienst		16	14	15	15	251	
Zollwachdienst				140	248	802	
Summe...	13	157	77	799	724	1.053	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	* 1	138	65	18	390	250	

Auf Rechnung der Planstelle H1/IX kann ein Beamter der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
Verwendungsgruppe									
PT 1	3	5		5		5	5		
PT 2		53	35	27	56	80	30		
PT 3		84	50	125		76			
PT 4		45							
PT 5		37						525	
PT 7								308	85
PT 8								515	543
Summe...	3	224	85	157	56	161	35	1.348	628

350

STELLENPLAN 2000

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1					1						*	1
A2					1							1
A3										1		1
Summe ...											3	

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1000...	3					3

1020 Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		6	5	7	5	16	27		67
A2			2	11	6	30	23	25	18	1	116
A3			1	7	5	21	15	43	22	5	119
A4									2	6	8
A5									7	2	9
A6										1	1
A7										2	2
Summe ...											322

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1020...	322					322

STELLENPLAN 2000

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2			3	1		4	3	4	9		24
A3							1	1			2
Summe ...											27

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1031...	27					27
Gesamtsumme 10...	352					352

352

STELLENPLAN 2000

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte		
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
Verwendungsgruppe														12	12
E2b														12	12
Summe ...													12		

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1130...	12					12

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte		
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
Verwendungsgruppe														22	22
E2a														177	177
E2b														177	177
Summe ...													199		

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1131...	199					199

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe									24	24
v3									24	24
Summe ...										24

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte		
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
Verwendungsgruppe														77	77
E2a							1	1	9	24	42			213	213
E2b														213	213
Summe ...													290		

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 1141...	290	24		24		314

Gesamtsumme 11...	501	24		24		525
-------------------	-----	----	--	----	--	-----

STELLENPLAN 2000

353

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

12 Bildung und Kultur

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	2	5	5	15	25		54
A2					1	2	4	13	1		21
A3					2		3	10	1		16
A4									3		3
A5								3		2	5
A6										1	1
Summe ...											100

	Summe	Vertrags-		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II			
Gesamtsumme 12...	100					100

354

STELLENPLAN 2000

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

13 Kunst

1310 Amt der Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	1		1	1	2	2	3				10
A2				3	5	13	6	4	4		35
A3					5		12	1			18
Summe ...											63

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 13...	63					63
Gesamtsumme 12+13...	163					163

STELLENPLAN 2000

355

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1	1				2
A2				2	3	1		1			7
A3				1							1
A4								1			1
A6										1	1
Summe ...											12

Frei werdende Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr- linge	
Summe 5000. ...	12					12

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				10	4	7	5	6	1		33
A2		7	13	8	20	11	18	51	24		152
A3			20	40	45	15	10	85	63		278
A4								3		6	9
A5										10	10
Summe ...											482

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe									Summe
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	VB I	
v1						1	4	5	12	22
v2		1	2	2	3	55	40	53		156
v3			5	15	15	240	220	2		497
v4						20	150			170
Summe ...										845

356

STELLENPLAN 2000

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

5080 (Fortsetzung)

Handwerkli. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					3	3
h3					4	4
Summe ...						7

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5080...	482	845	7	852		1.334

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2				1					1		
Summe ...											2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5081...	2					2

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					2						
A2				2		2					
A3					3	5	3	7	1		
A4										5	
A5										2	
A6										2	
A7										1	
Summe ...											35

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5082...	35					35

STELLENPLAN 2000

357

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte		
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1.....	* 63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.295	96	3.973		7.744
PT6.....											4.853	4.853
PT7.....								548	2.086	3.013		5.647
PT8.....								731	3.308	6.226		10.265
PT9.....											22	22
											Summe ...	39.854

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 8 für Fixbezüge
gem. §82a Abs.5 GG 1956 vorgesehen.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Summe 5083...	39.854					39.854
Gesamtsumme 50...	40.385	845	7	852		41.237

STELLENPLAN 2000

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6000 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	14	2	17	12	3	2	54
A2					2	4	14	7	3	1	31
A3						4	5	4	1		14
Summe ...											99

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehr-linge	
Gesamtsumme 60...	99					99

STELLENPLAN 2000

359

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
Summe ...											11

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
Entlohnungsgruppe										
v1							1			1
v2						2				2
v3						1	1	1		3
v4							3			3
Summe ...										9

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6300...	11	9		9		20

6350 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1			4	10	11	62	29	20	22	143	301
A2			2	12	22	90	228	901			1.255
A3					4			34	8		46
A4								1		11	12
A5									1	9	10
A6										1	1
Summe ...											1.625

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6350...	1.625					1.625

Gesamtsumme 63...	1.636	9		9		1.645
--------------------------	--------------	----------	--	----------	--	--------------

Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1								1	1		2
A2						1					1
A3					2	2	2	1	2		9
A4								2	6	2	10
A5										2	2
A7										1	1
Summe ...											25

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6402...	25				25

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1									1		1
A2								5			5
A3								1			1
Summe ...											7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe										
v3							2			2
v4							1	1		2
Summe ...										4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6490...	7	4	4		11

Gesamtsumme 64...	32	4	4	4	36
--------------------------	-----------	----------	----------	----------	-----------

Gesamtsumme 63+64...	1.668	13	13	13	1.681
-----------------------------	--------------	-----------	-----------	-----------	--------------

STELLENPLAN 2000

361

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

65 Verkehr, Innovation und Technologie

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1							1				1
A2					1						1
Summe ...											2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6500...	2				2

6536 Amt des BFPZ Arsenal

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1	1	2	3	8	22	2	39
A2					2	11	3	16	4		36
A3			1			8	9	5	3	1	27
A4										3	3
A6										1	1
Summe ...											106

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6536...	106				106

6541 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2							1		1		2
A3							1	8			9
A4									1	1	2
Summe ...											13

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	
v3						1			1
Summe ...									1

362

STELLENPLAN 2000

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

6541 (Fortsetzung)

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe						
h2					3	3
h4					1	1
Summe ...						4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6541...	13	1	4	5	18

6542 Amt der Wasserstrassendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					1				1		2
A2							2	1			3
A3		1	7		2	2	5	12	4	2	35
A4								13	3	26	42
A5										12	12
A6										3	3
Summe ...											97

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	VB I	VB II			
Summe 6542...	97				97

Gesamtsumme 65...	218	1	4	5	223
--------------------------	------------	----------	----------	----------	------------

STELLENPLAN 2000

363

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

70 Öffentliche Leistung und Sport

7032 Amt der Bundessporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							2			1	3
A2					3		2				5
A3				1						1	2
A4								1		2	3
A5										5	5
A6										1	1
Summe ...											19

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L2								4	4
Summe ...									4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 70...	23					23

364

STELLENPLAN 2000

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarom Ausmaß beschäftigt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v4							3		3
Summe ...									3

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 10...		3		3		3

STELLENPLAN 2000

365

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

11 Inneres

1100 Zentraleitung

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1					2	2	1		5
v2					3				3
v4						2			2
Summe ...									10

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 11...		10		10		10

366

STELLENPLAN 2000

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

12 Bildung und Kultur

1244 Museen

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v5								40	40
Summe ...									40

Für die Zeit vom : 1.4. - 30.9. 20
1.10. - 31.3. 20

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 12...		40		40		40

STELLENPLAN 2000

367

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

14 Wissenschaft

1420 Universitäten

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2						* 140			140
Summe ...									140

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 1.077
Summe...	1.077

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				* 190		190	190
Summe...				190		190	190

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen
dem BM für öffentliche Leistung und Sport und
dem BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 14...	1.077	330		330		1.407

368

STELLENPLAN 2000

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1					9				9
v2					6				6
v3					43				* 43
	Summe ...								58

Von den Planstellen für Vertragsbedienstete sind 20 v4 für die
Zeit vom 1.3. - 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 20...		58		58		58

STELLENPLAN 2000

369

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
	Entlohnungsgruppe	4	3	2		
(II/R)					42	42
Summe ...						42

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 50...			42	42		42

370

STELLENPLAN 2000

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden**

64 Bauten und Technik

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe
		4	3	2		1
Entlohnungsgruppe						
(II/R)					23	23
Summe ...						23

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 64...			23	23		23
Gesamtsumme 63+64...			23	23		23

STELLENPLAN 2000

371

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

70 Öffentliche Leistung und Sport

7020 Verwaltungsakademie

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v2							2		2
Summe ...									2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 70...		2		2		2

Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1.1. bis 31.8.		1.9. bis 31.12.		Normplanstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Bildung und Kultur					
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	135.252	39.032	135.252	39.032	4.811
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.460	400	3.460	400	153
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	1.320	180	1.320	180	57
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	1.300	100	1.300	100	60
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	72.543	53.157	72.543	53.157	970
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	68.544	20.953	68.544	20.953	2.380
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	53.281	22.049	53.281	22.049	1.562
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.160	90	1.160	90	54
1290	Pädagogische Akademien	6.280	5.000	6.280	5.000	64
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	14.702	2.253	14.702	2.253	623
1292	Berufspädagogische Akademien	940	140	940	140	40
1293	Bundesanstalten für Leibeseziehung	60	60	60	60	--
1294	Pädagogische Institute	1.400	180	1.400	180	61
	Summe 12 ...	360.242	143.594	360.242	143.594	10.835
14	Wissenschaft					
1420	Universitäten	6.669	3.369	6.669	3.369	165
1430	Universitäten der Künste	14.377	5.038	14.377	5.038	467
	Summe 14 ...	21.046	8.407	21.046	8.407	632
60	Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.816	316	2.816	316	125
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	452	92	452	92	18
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	60	--	60	--	3
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	80	--	80	--	4
	Summe 60 ...	3.408	408	3.408	408	150
	Gesamtsumme...	384.696	152.409	384.696	152.409	11.617

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

$$\text{Berechnungsformel: } \frac{((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.1. \text{ bis } 31.8. \times 8 \text{ Monate}) + ((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.9. \text{ bis } 31.12. \times 4 \text{ Monate})}{20 \text{ Lehrerwochenstunden} \times 12 \text{ Monate}}$$

(2)

STELLENPLAN 2000

Anlage A. G

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	59	280	42	45	43	328	1.012	2.914	2.544	2.765	1.274	303	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.963	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	23.261	277	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	27.316	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	-
Summe Beamte...	59	280	42	108	43	328	1.012	30.230	26.152	13.116	1.275	355	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I.....	10	90	34	56	4	5	323	2.224	2.863	5.721	402	356	-	-
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe VB I...	10	90	34	56	4	5	323	2.229	3.031	5.721	406	356	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II.....	4	15	4	12	-	12	37	1.105	2.518	683	5	76	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	15	4	12	-	12	37	1.145	2.518	683	5	76	-	-
Gesamtsumme...	73	385	80	176	47	345	1.372	33.604	31.701	19.520	1.686	787	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	31.900	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	98	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	385	80	176	47	345	1.394	33.694	31.795	19.837	1.708	814	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(3)

Anlage A. G

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
758	3.176	5.865	10.795	1.856	4.771	894	39.724	133	63	-	-	196	39.920
-	1.864	-	-	-	-	-	1.927	-	-	-	-	-	1.927
-	223	-	-	-	-	-	223	-	-	-	-	-	223
-	-	-	-	-	-	-	9.963	-	-	-	-	-	9.963
-	7	15	-	281	-	-	23.841	4	-	-	-	4	23.845
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	3.158	-	2.291	-	-	-	32.765	-	-	-	-	-	32.765
-	-	19.523	-	-	-	-	19.523	-	-	-	-	-	19.523
-	-	-	39.854	-	-	210	40.064	-	-	-	-	-	40.064
-	18	57	-	-	-	-	245	-	-	-	-	-	245
758	8.446	25.460	52.940	2.137	4.771	1.104	168.616	137	63	-	-	200	168.816
877	2.947	1.196	4.303	1.122	1.177	307	24.017	61	-	-	-	61	24.078
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	40	-	3	-	-	220	-	-	-	-	-	220
877	2.947	1.257	4.303	1.125	1.177	307	24.258	61	-	-	-	61	24.319
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
24	201	488	408	607	162	12	6.373	1	-	-	-	1	6.374
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	263	-	-	299	-	-	-	-	-	299
-	-	4	47	17	182	-	290	-	-	-	-	-	290
24	201	528	455	887	344	12	6.962	1	-	-	-	1	6.963
1.659	11.594	27.245	57.698	4.149	6.292	1.423	199.836	199	63	-	-	262	200.098
-	-	-	57.761	4.149	-	1.423	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
-	-	-	46	177	-	4	-	-	-	-	-	-	-
1.659	11.629	27.421	57.744	4.326	6.344	1.427	200.898	203	63	-	-	266	201.164
-	-	-	-	150	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(4)

STELLENPLAN 2000

Anlage A.1

Übersicht zu den Teilen II.A und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	59	280	42	45	43	328	660	2.914	2.444	2.765	1.274	303	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.886	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	23.261	277	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.815	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	-
Summe Beamte...	59	280	42	108	43	328	660	29.729	26.052	12.039	1.275	355	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I.....	10	90	34	56	4	5	320	2.190	2.823	5.391	402	356	-	-
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe VB I...	10	90	34	56	4	5	320	2.195	2.991	5.391	406	356	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II.....	4	15	4	12	-	12	37	1.105	2.518	683	5	76	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	15	4	12	-	12	37	1.145	2.518	683	5	76	-	-
Gesamtsumme...	73	385	80	176	47	345	1.017	33.069	31.561	18.113	1.686	787	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	31.735	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	98	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	385	80	176	47	345	1.039	33.159	31.655	18.430	1.708	814	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(5)

Anlage A.1 Übersicht zu den Teilen II.A und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
758	3.176	5.865	10.264	1.757	3.103	676	36.756	114	-	-	-	114	36.870
-	1.864	-	-	-	-	-	1.927	-	-	-	-	-	1.927
-	223	-	-	-	-	-	223	-	-	-	-	-	223
-	-	-	-	-	-	-	8.886	-	-	-	-	-	8.886
-	7	15	-	281	-	-	23.841	-	-	-	-	-	23.841
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	3.158	-	2.291	-	-	-	32.264	-	-	-	-	-	32.264
-	-	19.523	-	-	-	-	19.523	-	-	-	-	-	19.523
-	-	-	-	-	-	210	210	-	-	-	-	-	210
-	18	57	-	-	-	-	245	-	-	-	-	-	245
758	8.446	25.460	12.555	2.038	3.103	886	124.216	114	-	-	-	114	124.330
819	2.947	1.196	3.458	1.122	1.164	306	22.693	59	-	-	-	59	22.752
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	40	-	3	-	-	220	-	-	-	-	-	220
819	2.947	1.257	3.458	1.125	1.164	306	22.934	59	-	-	-	59	22.993
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
24	201	488	401	607	162	8	6.362	1	-	-	-	1	6.363
-	-	36	-	263	-	-	299	-	-	-	-	-	299
-	-	4	5	17	159	-	225	-	-	-	-	-	225
24	201	528	406	887	321	8	6.886	1	-	-	-	1	6.887
1.601	11.594	27.245	16.419	4.050	4.588	1.200	154.036	174	-	-	-	174	154.210
-	-	-	16.419	4.050	-	1.200	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
-	-	-	46	177	-	4	-	-	-	-	-	-	-
1.601	11.629	27.421	16.465	4.227	4.640	1.204	155.098	178	-	-	-	178	155.276
-	-	-	-	150	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(6)

STELLENPLAN 2000

Anlage A. 2

Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	352	-	100	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	501	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	352	501	100	-	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	-	-	-	-	-	-	-	24	-	-	-	-	-	-
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	-	24	-	-	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	352	525	100	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	123	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	352	525	100	-	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(7)

Anlage A.2 Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	-	-	531	99	1.668	218	2.968	19	63	-	-	82	3.050
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	4	4
-	-	-	-	-	-	-	501	-	-	-	-	-	501
-	-	-	39.854	-	-	-	39.854	-	-	-	-	-	39.854
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	40.385	99	1.668	218	43.323	23	63	-	-	86	43.409
-	-	-	845	-	13	1	883	-	-	-	-	-	883
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	845	-	13	1	883	-	-	-	-	-	883
-	-	-	7	-	-	4	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	7	-	-	4	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	41.237	99	1.681	223	44.217	23	63	-	-	86	44.303
-	-	-	41.300	99	-	223	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	41.237	99	1.681	223	44.217	23	63	-	-	86	44.303
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8)

STELLENPLAN 2000

Anlage A.3

Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BNG		
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I.....	-	-	-	-	-	-	3	10	40	330	-	-	-	-
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	330	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	1.407	-	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	42	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	1.407	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(9)

Anlage A.3 Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
58	-	-	-	-	-	-	441	2	-	-	-	2	443
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	-	-	-	-	-	-	441	2	-	-	-	2	443
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	42	-	23	-	65	-	-	-	-	-	65
-	-	-	42	-	23	-	65	-	-	-	-	-	65
58	-	-	42	-	23	-	1.583	2	-	-	-	2	1.585
-	-	-	42	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	-	-	42	-	23	-	1.583	2	-	-	-	2	1.585
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(10)

STELLENPLAN 2000

Anlage B. G

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
Hoheitsverwaltung																		
01	Präsidentenkanzlei	58	11	4	-	73	59	10	4	-	73	+	1	-	1	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	275	86	24	-	385	280	90	15	-	385	+	5	+	4	-	9	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	31	6	-	79	42	34	4	-	80	-	+	3	-	2	-	+
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	4	1	-	47	43	4	-	-	47	+	1	-	-	1	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	1.472	1.445	107	41	3.065	1.012	323	37	22	1.394	-	460	-	-1.122	-	70	-
11	Inneres	30.532	2.287	1.202	90	34.111	30.230	2.229	1.145	90	33.694	-	302	-	58	-	57	-
12	Bildung und Kultur	26.161	3.259	2.528	94	32.042	26.152	3.031	2.518	94	31.795	-	9	-	228	-	10	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	10.835	-	-	10.835	-	10.835	-	-	10.835	-	-	-	-	-	-	-
13	Kunst	64	-	-	-	64	63	-	-	-	63	-	1	-	-	-	-	1
14	Wissenschaft	12.976	5.765	691	292	19.724	13.116	5.721	683	317	19.837	+	140	-	44	-	8	+
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	632	-	-	632	-	632	-	-	632	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen ..	3.380	502	12	27	3.921	1.275	406	5	22	1.708	-	2.105	-	96	-	7	-
17	Gesundheit	129	159	37	13	338	355	356	76	27	814	+	226	+	197	+	39	+
18	Umwelt	337	152	1	2	492	-	-	-	-	337	-	337	-	152	-	1	-
20	Äußeres	759	908	26	-	1.693	758	877	24	-	1.659	-	1	-	31	-	2	-
30	Justiz	8.529	3.069	213	35	11.846	8.446	2.947	201	35	11.629	-	83	-	122	-	12	-
40	Militärische Angelegenheiten	25.280	1.105	341	164	26.890	25.460	1.257	528	176	27.421	+	180	+	152	+	187	+
50	Finanzverwaltung	54.256	4.728	498	48	59.530	52.940	4.303	455	46	57.744	-	1.316	-	425	-	43	-
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ..	1.869	1.054	926	175	4.024	2.137	1.125	887	177	4.326	+	268	+	71	-	39	+
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	150	-	-	150	-	150	-	-	150	-	-	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	964	470	8	18	1.460	2.888	571	16	22	3.497	+	1.924	+	101	+	8	+
64	Bauten und Technik	2.998	875	568	43	4.484	1.883	606	328	30	2.847	-	1.115	-	269	-	240	-
65	Verkehr, Innovation und Technologie ..	552	179	6	-	737	1.104	307	12	4	1.427	+	552	+	128	+	6	+
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	137	61	1	4	203	+	137	+	61	+	1	+
	Gesamtsumme...	171.111	26.150	7.223	1.042	205.526	168.816	24.319	6.963	1.066	201.164	-	2.295	-	-1.831	-	260	+
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	11.617	-	-	11.617	-	11.617	-	-	11.617	-	-	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

STELLENPLAN 2000

(11)

Anlage B.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil II. A und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe					
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL						
	Hoheitsverwaltung																				
01	Präsidentenkanzlei	58	11	4	-	73	59	10	4	-	73	+	1	-	1	-	-	-	-		
02	Parlamentsdirektion	275	86	24	-	385	280	90	15	-	385	+	5	+	4	-	9	-	-		
03	Verfassungsgerichtshof	42	31	6	-	79	42	34	4	-	80	-	+	3	-	2	-	+	1		
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-	-	-	-		
05	Volksanwaltschaft	42	4	1	-	47	43	4	-	-	47	+	1	-	-	1	-	-	-		
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-	-	-	-		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	1.413	1.440	107	41	3.001	660	320	37	22	1.039	-	753	-	1.120	-	70	-	19	-	1.962
11	Inneres	30.037	2.252	1.202	90	33.581	29.729	2.195	1.145	90	33.159	-	308	-	57	-	57	-	-	422	
12	Bildung und Kultur	26.115	3.219	2.528	94	31.956	26.052	2.991	2.518	94	31.655	-	63	-	228	-	10	-	-	301	
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	<i>10.835</i>	-	-	<i>10.835</i>	-	<i>10.835</i>	-	-	<i>10.835</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
14	Wissenschaft	12.071	5.435	691	292	18.489	12.039	5.391	683	317	18.430	-	32	-	44	-	8	+	25	-	59
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	<i>632</i>	-	-	<i>632</i>	-	<i>632</i>	-	-	<i>632</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Soziale Sicherheit und Generationen ..	1.608	502	12	27	2.149	1.275	406	5	22	1.708	-	333	-	96	-	7	-	5	-	441
17	Gesundheit	129	159	37	13	338	355	356	76	27	814	+	226	+	197	+	39	+	14	+	476
18	Umwelt	248	152	1	2	403	-	-	-	-	-	-	248	-	152	-	1	-	2	-	403
20	Außeres	752	850	26	-	1.628	758	819	24	-	1.601	+	6	-	31	-	2	-	-	-	27
30	Justiz	8.529	3.069	213	35	11.846	8.446	2.947	201	35	11.629	-	83	-	122	-	12	-	-	-	217
40	Militärische Angelegenheiten	25.280	1.105	341	164	26.890	25.460	1.257	528	176	27.421	+	180	+	152	+	187	+	12	+	531
50	Finanzverwaltung	12.684	3.801	446	48	16.979	12.555	3.458	406	46	16.465	-	129	-	343	-	40	-	2	-	514
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ..	1.854	1.054	926	175	4.009	2.038	1.125	887	177	4.227	+	184	+	71	-	39	+	2	+	218
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	<i>150</i>	-	-	<i>150</i>	-	<i>150</i>	-	-	<i>150</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
63	Wirtschaft und Arbeit	953	461	8	18	1.440	1.252	562	16	22	1.852	+	299	+	101	+	8	+	4	+	412
64	Bauten und Technik	2.798	869	541	43	4.251	1.851	602	305	30	2.788	-	947	-	267	-	236	-	13	-	1.463
65	Verkehr, Innovation und Technologie ..	550	179	6	-	735	886	306	8	4	1.204	+	336	+	127	+	2	+	4	+	469
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	114	59	1	4	178	+	114	+	59	+	1	+	4	+	178
	Gesamtsumme...	125.874	24.740	7.144	1.042	158.800	124.330	22.993	6.887	1.066	155.276	- 1.544	- 1.747	-	257	+	24	-	3.524		
	<i>Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...</i>	<i>-</i>	<i>11.617</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>11.617</i>	<i>-</i>	<i>11.617</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>11.617</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

(12)

STELLENPLAN 2000

Anlage B.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil V)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		
	Hoheitsverwaltung																
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ...	59	-	-	-	59	352	-	-	-	352	+ 293	-	-	-	-	+ 293
11	Inneres	495	25	-	-	520	501	24	-	-	525	+ 6	- 1	-	-	-	+ 5
12	Bildung und Kultur	46	-	-	-	46	100	-	-	-	100	+ 54	-	-	-	-	+ 54
13	Kunst	64	-	-	-	64	63	-	-	-	63	- 1	-	-	-	-	- 1
14	Wissenschaft	128	-	-	-	128	-	-	-	-	-	- 128	-	-	-	-	- 128
15	Soziale Sicherheit und Generationen ..	1.772	-	-	-	1.772	-	-	-	-	-	- 1.772	-	-	-	-	- 1.772
18	Umwelt	89	-	-	-	89	-	-	-	-	-	- 89	-	-	-	-	- 89
50	Finanzverwaltung	41.572	927	9	-	42.508	40.385	845	7	-	41.237	- 1.187	- 82	- 2	-	-	- 1.271
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ..	15	-	-	-	15	99	-	-	-	99	+ 84	-	-	-	-	+ 84
63	Wirtschaft und Arbeit	11	9	-	-	20	1.636	9	-	-	1.645	+ 1.625	-	-	-	-	+ 1.625
64	Bauten und Technik	200	6	4	-	210	32	4	-	-	36	- 168	- 2	- 4	-	-	- 174
65	Verkehr, Innovation und Technologie ..	2	-	-	-	2	218	1	4	-	223	+ 216	+ 1	+ 4	-	-	+ 221
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	23	-	-	-	23	+ 23	-	-	-	-	+ 23
	Gesamtsumme...	44.453	967	13	-	45.433	43.409	883	11	-	44.303	- 1.044	- 84	- 2	-	-	- 1.130

STELLENPLAN 2000

(13)

Anlage B.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		
	Hoheitsverwaltung																
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	-	5	-	-	5	-	3	-	-	3	-	-	2	-	-	2
11	Inneres	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-
12	Bildung und Kultur	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft	777	330	-	-	1.107	1.077	330	-	-	1.407	+	300	-	-	-	+ 300
20	Außeres	7	58	-	-	65	-	58	-	-	58	-	7	-	-	-	7
50	Finanzverwaltung	-	-	43	-	43	-	-	42	-	42	-	-	-	1	-	1
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	-	2	-	-	2	-	+	2	-	-	+ 2
	Gesamtsumme...	784	443	66	-	1.293	1.077	443	65	-	1.585	+	293	-	-	1	- + 292

(14)

STELLENPLAN 2000

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr										
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe				
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL					
	Hoheitsverwaltung																			
0	Oberste Organe																			
01	Präsidentenkanzlei	58	11	4	-	73	59	10	4	-	73	+	1	-	1	-	-	-	-	
02	Parlamentdirektion	275	86	24	-	385	280	90	15	-	385	+	5	+	4	-	9	-	-	
03	Verfassungsgerichtshof	42	31	6	-	79	42	34	4	-	80	-	+	3	-	2	-	+	1	
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-	-	-	-	
05	Volksanwaltschaft	42	4	1	-	47	43	4	-	-	47	+	1	-	-	-	1	-	-	
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe 0...	853	193	59	-	1.105	860	199	47	-	1.106	+	7	+	6	-	12	-	+	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																			
1000	Zentraleitung	634	383	32	18	1.067	464	296	30	18	808	-	170	-	87	-	2	-	-	259
1001	Verwaltungsakademie	16	19	-	2	37	-	-	-	-	-	-	16	-	19	-	-	-	2	37
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS) ..	85	8	-	-	93	85	8	-	-	93	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1010	Staatsarchiv und Archivamt	113	17	7	4	141	111	16	7	4	138	-	2	-	1	-	-	-	-	3
1020	Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)	322	796	26	2	1.146	-	-	-	-	-	-	322	-	796	-	26	-	2	1.146
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtun- gen (Haus des Sports)	2	10	2	-	14	-	-	-	-	-	-	2	-	10	-	2	-	-	14
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten ..	137	81	13	11	242	-	-	-	-	-	-	137	-	81	-	13	-	11	242
1091	Veterinärmedizinische Anstalten	96	101	27	4	228	-	-	-	-	-	-	96	-	101	-	27	-	4	228
1092	Veterinärmedizinischer Grenzbeschauidienst	8	25	-	-	33	-	-	-	-	-	-	8	-	25	-	-	-	-	33
	Summe 10...	1.413	1.440	107	41	3.001	660	320	37	22	1.039	-	753	-	1.120	-	70	-	19	1.962
11	Inneres																			
1100	Zentraleitung	793	398	88	-	1.279	795	391	78	-	1.264	+	2	-	7	-	10	-	-	15
1130	Bundespolizei	15.094	795	369	90	16.348	14.925	774	358	90	16.147	-	169	-	21	-	11	-	-	201
1140	Bundesgendarmerie	14.009	982	656	-	15.647	13.868	958	638	-	15.464	-	141	-	24	-	18	-	-	183
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration ..	34	36	81	-	151	34	35	63	-	132	-	-	-	1	-	18	-	-	19
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	2	4	7	-	13	2	4	7	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1152	Bundesasylamt	105	37	1	-	143	105	33	1	-	139	-	-	-	4	-	-	-	-	4
	Summe 11...	30.037	2.252	1.202	90	33.581	29.729	2.195	1.145	90	33.159	-	308	-	57	-	57	-	-	422

STELLENPLAN 2000

(15)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr												
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete										
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL								
12	Bildung und Kultur																					
1200	Zentralleitung	457	208	11	12	688	456	209	12	15	692	-	1	+	1	+	1	+	3	+	4	
1240	Hofmusikkapelle	1	9	-	-	10	2	9	-	-	11	+	1	-	-	-	-	-	-	+	1	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	21	8	50	-	79	21	8	50	-	79	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	16	15	1	-	32	11	12	-	-	23	-	5	-	3	-	1	-	-	-	9	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	47	45	15	-	107	47	45	15	-	107	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1244	Museen	183	608	44	6	841	121	377	34	3	535	-	62	-	231	-	10	-	3	-	306	
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek	144	182	5	4	335	144	183	5	4	336	-	+	1	-	-	-	-	-	+	1	
1247	Bundesdenkmalamt	98	110	4	1	213	98	110	4	1	213	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1260	Schulaufsichtsbehörden	952	501	39	22	1.514	953	500	39	22	1.514	+	1	-	1	-	-	-	-	-	-	
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	124	46	-	-	170	123	47	-	-	170	-	1	+	1	-	-	-	-	-	-	
1270	Allgemein bildende höhere Schulen ... Normplanstellen (LwSt)	11.521	415	915	2	12.853	11.522	416	915	2	12.855	+	1	+	1	-	-	-	-	+	2	
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes ... Normplanstellen (LwSt)	203	33	136	-	372	203	33	136	-	372	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	91	28	46	-	165	91	28	46	-	165	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	57	-	-	57	-	57	-	-	57	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	38	16	50	-	104	38	15	51	-	104	-	-	1	+	1	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	60	-	-	60	-	60	-	-	60	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.282	390	497	22	5.191	4.282	391	496	22	5.191	-	+	1	-	1	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	970	-	-	970	-	970	-	-	970	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	2.839	208	259	10	3.316	2.839	208	259	10	3.316	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	2.380	-	-	2.380	-	2.380	-	-	2.380	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.229	175	246	3	3.653	3.229	175	246	3	3.653	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	1.562	-	-	1.562	-	1.562	-	-	1.562	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	39	12	57	-	108	39	12	57	-	108	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	54	-	-	54	-	54	-	-	54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1290	Pädagogische Akademien	1.089	88	44	7	1.228	1.090	90	44	7	1.231	+	1	+	2	-	-	-	-	+	3	
	Normplanstellen (LwSt)	-	64	-	-	64	-	64	-	-	64	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	500	38	69	-	607	500	37	70	-	607	-	-	1	+	1	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	623	-	-	623	-	623	-	-	623	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1292	Berufspädagogische Akademien	59	20	10	5	94	61	20	10	5	96	+	2	-	-	-	-	-	-	+	2	
	Normplanstellen (LwSt)	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	27	33	27	-	87	27	35	26	-	88	-	+	2	-	1	-	-	-	+	1	
1294	Pädagogische Institute	155	31	3	-	189	155	31	3	-	189	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	61	-	-	61	-	61	-	-	61	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe 12...	26.115	3.219	2.528	94	31.956	26.052	2.991	2.518	94	31.655	-	63	-	228	-	10	-	-	-	301	
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt)...	-	10.835	-	-	10.835	-	10.835	-	-	10.835	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
14	Wissenschaft																					
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)	312	123	-	6	441	284	112	-	6	402	-	28	-	11	-	-	-	-	-	39	
1420	Universitäten	10.648	4.754	567	276	16.245	10.644	4.716	564	301	16.225	-	4	-	38	-	3	+	25	-	20	
	Normplanstellen (LwSt)	-	165	-	-	165	-	165	-	-	165	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1424	Wissenschaftliche Anstalten	219	160	3	-	382	219	160	3	-	382	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1430	Universitäten der Künste	892	398	121	10	1.421	892	403	116	10	1.421	-	+	5	-	5	-	-	-	-	-	
	Normplanstellen (LwSt)	-	467	-	-	467	-	467	-	-	467	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe 14...	12.071	5.435	691	292	18.489	12.039	5.391	683	317	18.430	-	32	-	44	-	8	+	25	-	59	
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt)...	-	632	-	-	632	-	632	-	-	632	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Soziale Sicherheit und Generationen																					
1500	Zentralleitung	576	233	-	13	822	623	257	-	12	892	+	47	+	24	-	-	-	-	1	+	70
1570	Bundessozialämter	654	164	5	10	833	652	149	5	10	816	-	2	-	15	-	-	-	-	-	17	
1590	Heimarbeitskommissionen	3	4	-	-	7	-	-	-	-	-	-	-	3	-	4	-	-	-	-	7	
1592	Arbeitsinspektion	375	101	7	4	487	-	-	-	-	-	-	375	-	101	-	7	-	4	-	487	
	Summe 15...	1.608	502	12	27	2.149	1.275	406	5	22	1.708	-	333	-	96	-	7	-	5	-	441	

STELLENPLAN 2000

(17)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete								
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft																				
6000	Zentralleitung	506	231	4	-	741	702	344	5	2	1.053	+	196	+	113	+	1	+	2	+	312
6050	Bundeslehranstalten	307	60	266	32	665	308	57	260	32	657	+	1	-	3	-	6	-	-	-	8
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	125	-	-	125	-	125	-	-	125	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	355	323	153	18	849	358	297	143	18	816	+	3	-	26	-	10	-	-	-	33
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	54	10	34	2	100	53	10	33	2	98	-	1	-	-	-	1	-	-	-	2
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	18	-	-	18	-	18	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	134	90	33	2	259	129	86	31	2	248	-	5	-	4	-	2	-	-	-	11
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft ...	18	9	4	-	31	18	9	4	-	31	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft ..	26	47	28	24	125	25	49	25	24	123	-	1	+	2	-	3	-	-	-	2
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	3	-	-	3	-	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen ..	7	6	-	-	13	7	6	-	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	58	41	11	5	115	55	42	11	5	113	-	3	+	1	-	-	-	-	-	2
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	43	15	6	-	64	43	13	5	-	61	-	-	-	2	-	1	-	-	-	3
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	28	8	13	4	53	27	9	12	4	52	-	1	+	1	-	1	-	-	-	1
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	4	-	-	4	-	4	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6080	Wildbach- und Lawinenerbauungsdienst	168	173	117	19	477	169	162	107	19	457	+	1	-	11	-	10	-	-	-	20
6091	Bundeskellereiinspektion	27	4	-	-	31	28	3	-	-	31	+	1	-	1	-	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	89	17	166	68	340	84	18	168	68	338	-	5	+	1	+	2	-	-	-	2
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	32	15	78	1	126	30	16	71	1	118	-	2	+	1	-	7	-	-	-	8
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste	2	5	13	-	20	2	4	12	-	18	-	-	-	1	-	1	-	-	-	2
	Summe 60 ...	1.854	1.054	926	175	4.009	2.038	1.125	887	177	4.227	+	184	+	71	-	39	+	2	+	218
	<i>Summe 60 Normplanstellen (LwSt) ...</i>	-	150	-	-	150	-	150	-	-	150	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit																				
6300	Zentralleitung	726	384	4	15	1.129	833	445	8	18	1.304	+	107	+	61	+	4	+	3	+	175
6320	Österreichisches Patentamt	184	64	2	3	253	-	-	-	-	-	-	184	-	64	-	2	-	3	-	253
6330	Bergbehörden	43	13	2	-	58	39	13	2	-	54	-	4	-	-	-	-	-	-	-	4
6390	Heimarbeitskommissionen	-	-	-	-	-	2	4	-	-	6	+	2	+	4	-	-	-	-	-	6
6392	Arbeitsinspektion	-	-	-	-	-	378	100	6	4	488	+	378	+	100	+	6	+	4	+	488
	Summe 63 ...	953	461	8	18	1.440	1.252	562	16	22	1.852	+	299	+	101	+	8	+	4	+	412
64	Bauten und Technik																				
6401	Bundesmobilenverwaltung	23	11	8	5	47	23	11	8	5	47	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6403	Beschussämter	10	2	1	-	13	10	2	1	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	52	32	1	1	86	-	-	-	-	-	-	52	-	32	-	1	-	1	-	86
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (Amtsorgane)	773	143	133	17	1.066	652	276	76	5	1.009	-	121	+	133	-	57	-	12	-	57
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (betr. ähnl. Einr.)	766	313	171	-	1.250	-	-	-	-	-	-	766	-	313	-	171	-	-	-	1.250
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	165	-	165	-	-	159	-	159	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	1.174	368	62	20	1.624	1.166	313	61	20	1.560	-	8	-	55	-	1	-	-	-	64
	Summe 64 ...	2.798	869	541	43	4.251	1.851	602	305	30	2.788	-	947	-	267	-	236	-	13	-	1.463
	Summe 63+64 ...	3.751	1.330	549	61	5.691	3.103	1.164	321	52	4.640	-	648	-	166	-	228	-	9	-	1.051
65	Verkehr, Innovation und Technologie																				
6500	Zentralleitung	446	142	4	-	592	546	185	4	-	735	+	100	+	43	-	-	-	-	-	143
6501	Schiffahrtspolizei	80	20	1	-	101	80	18	-	-	98	-	-	-	2	-	1	-	-	-	3
6541	Wasserstraßendirektion	-	-	-	-	-	52	30	1	1	84	+	52	+	30	+	1	+	1	+	84
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	24	17	1	-	42	24	16	1	-	41	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
6580	Österreichisches Patentamt	-	-	-	-	-	184	57	2	3	246	+	184	+	57	+	2	+	3	+	246
	Summe 65 ...	550	179	6	-	735	886	306	8	4	1.204	+	336	+	127	+	2	+	4	+	469

(18)

STELLENPLAN 2000

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr						
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL	
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	114	59	1	4	178	+ 114	+ 59	+ 1	+ 4	+ 178
	Gesamtsumme...	125.874	24.740	7.144	1.042	158.800	124.330	22.993	6.887	1.066	155.276	- 1.544	- 1.747	- 257	+ 24	- 3.524
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	- 11.617	-	-	- 11.617	-	- 11.617	-	-	-	- 11.617	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(19)

Anlage B1.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999			Stellenplan 2000			Unterschied gegenüber Vorjahr					
		Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe
			VB I	VB II			JAL	VB I			VB II	JAL	
	Hoheitsverwaltung												
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen												
1000	Zentralleitung	3	-	-	3	3	-	-	3	-	-	-	
1020	Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)	-	-	-	-	322	-	-	322	+ 322	-	-	
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	32	-	-	32	27	-	-	27	- 5	-	-	
1076	Amt der Bundessporteinrichtungen	24	-	-	24	-	-	-	-	- 24	-	-	
	Summe 10...	59	-	-	59	352	-	-	352	+ 293	-	-	
11	Inneres												
1130	Bundespolizei	205	-	-	205	211	-	-	211	+ 6	-	-	
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	25	-	315	290	24	-	314	- 1	-	-	
	Summe 11...	495	25	-	520	501	24	-	525	+ 6	- 1	-	
12	Bildung und Kultur												
1200	Zentralleitung	46	-	-	46	100	-	-	100	+ 54	-	-	
	Summe 12...	46	-	-	46	100	-	-	100	+ 54	-	-	
13	Kunst												
1310	Amt der Bundestheater	64	-	-	64	63	-	-	63	- 1	-	-	
	Summe 13...	64	-	-	64	63	-	-	63	- 1	-	-	
	Summe 12+13...	110	-	-	110	163	-	-	163	+ 53	-	-	
14	Wissenschaft												
1402	Amt des BFPZ Arsenal	128	-	-	128	-	-	-	-	- 128	-	-	
	Summe 14...	128	-	-	128	-	-	-	-	- 128	-	-	
15	Soziale Sicherheit und Generationen												
1550	Ämter des AMS	1.772	-	-	1.772	-	-	-	-	- 1.772	-	-	
	Summe 15...	1.772	-	-	1.772	-	-	-	-	- 1.772	-	-	
18	Umwelt												
1800	Zentralleitung	89	-	-	89	-	-	-	-	- 89	-	-	
	Summe 18...	89	-	-	89	-	-	-	-	- 89	-	-	
50	Finanzverwaltung												
5000	Zentralleitung	13	-	-	13	12	-	-	12	- 1	-	-	
5080	Österreichisches Postsparkassenamt ..	494	927	9	1.430	482	845	7	1.334	- 12	- 82	- 2	
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	2	2	-	-	2	-	-	-	
5082	Amt der Münze Österreich	37	-	-	37	35	-	-	35	- 2	-	-	
5083	Amt der Post- und Telekom Austria AG	41.026	-	-	41.026	39.854	-	-	39.854	- 1.172	-	-	
	Summe 50...	41.572	927	9	42.508	40.385	845	7	41.237	- 1.187	- 82	- 2	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft												
6000	Zentralleitung	15	-	-	15	99	-	-	99	+ 84	-	-	
	Summe 60...	15	-	-	15	99	-	-	99	+ 84	-	-	

(20)

STELLENPLAN 2000

Anlage B1.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
63	Wirtschaft und Arbeit																	
6300	Zentralleitung	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-
6350	Ämter des AMS	-	-	-	-	-	1.625	-	-	-	1.625	+ 1.625	-	-	-	-	-	+ 1.625
	Summe 63...	11	9	-	-	20	1.636	9	-	-	1.645	+ 1.625	-	-	-	-	-	+ 1.625
64	Bauten und Technik																	
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	25	-	-	-	25	25	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	13	1	4	-	18	-	-	-	-	-	13	-	1	-	4	-	18
6441	Amt der Wasserstraßendirektion	155	-	-	-	155	-	-	-	-	-	155	-	-	-	-	-	155
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	7	5	-	-	12	7	4	-	-	11	-	1	-	-	-	-	1
	Summe 64...	200	6	4	-	210	32	4	-	-	36	- 168	- 2	- 4	-	-	-	174
	Summe 63+64...	211	15	4	-	230	1.668	13	-	-	1.681	+ 1.457	- 2	- 4	-	-	-	+ 1.451
65	Verkehr, Innovation und Technologie																	
6500	Zentralleitung	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
6536	Amt des BFPZ Arsenal	-	-	-	-	-	106	-	-	-	106	+ 106	-	-	-	-	-	+ 106
6541	Wasserstraßendirektion	-	-	-	-	-	13	1	4	-	18	+ 13	+ 1	+ 4	-	-	-	+ 18
6542	Amt der Wasserstrassendirektion	-	-	-	-	-	97	-	-	-	97	+ 97	-	-	-	-	-	+ 97
	Summe 65...	2	-	-	-	2	218	1	4	-	223	+ 216	+ 1	+ 4	-	-	-	+ 221
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	23	-	-	-	23	+ 23	-	-	-	-	-	+ 23
	Gesamtsumme...	44.453	967	13	-	45.433	43.409	883	11	-	44.303	- 1.044	- 84	- 2	-	-	-	- 1.130

STELLENPLAN 2000

(21)

Anlage B1.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1999				Stellenplan 2000				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																	
1001	Verwaltungsakademie	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	2
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	3	-	-	3	-	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 10...	-	5	-	-	5	-	3	-	-	3	-	-	2	-	-	-	2
	11 Inneres																	
1100	Zentralleitung	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-
	12 Bildung und Kultur																	
1244	Museen	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12...	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-
	14 Wissenschaft																	
1420	Universitäten	777	330	-	-	1.107	1.077	330	-	-	1.407	+ 300	-	-	-	-	-	+ 300
	Summe 14...	777	330	-	-	1.107	1.077	330	-	-	1.407	+ 300	-	-	-	-	-	+ 300
	20 Äußeres																	
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	7	58	-	-	65	-	58	-	-	58	- 7	-	-	-	-	-	7
	Summe 20...	7	58	-	-	65	-	58	-	-	58	- 7	-	-	-	-	-	7
	50 Finanzverwaltung																	
5040	Finanzlandesdirektionen	-	-	43	-	43	-	-	42	-	42	-	-	1	-	-	-	1
	Summe 50...	-	-	43	-	43	-	-	42	-	42	-	-	1	-	-	-	1
	64 Bauten und Technik																	
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-
	70 Öffentliche Leistung und Sport																	
	Summe 70...	-	-	-	-	-	-	2	-	-	2	- + 2	-	-	-	-	-	+ 2
	Gesamtsumme...	784	443	66	-	1.293	1.077	443	65	-	1.585	+ 293	-	-	1	-	-	+ 292

(22)

STELLENPLAN 2000

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1997)

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
Verwaltungsbereich	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Präsidentschaftskanzlei		3	3	2			
Bundesgesetzgebung (Parlamentsdirektion)		5	2	3			1
Verfassungsgerichtshof		1					
Verwaltungsgerichtshof		1					
Volksanwaltschaft	1	5					
Rechnungshof		72	5				
Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1	20	19	7	1	3	
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		6	1	1			
Inneres	2	20	26	11			
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		42	26	13			
Bildung und Kultur	1	61	12	2			
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	1	18	18	7	10	3	
Wissenschaft	3	55	19				
Verwaltungsbereich Wiss. u. Kunst... nachgeordnete Dienststellen...		39	23	11	1	15	
Soziale Sicherheit und Generationen	3	6	12	3			
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		19	33	11			
Gesundheit			2				
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...							
Umwelt	3	13	2				
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		3					
Äußeres		148	68	10			
Zentraleitung und Vertretungsbehörden... sonstige nachgeordnete Dienststellen...		4	1				
Justiz		15	12				
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		10	87	113	5		
Militärische Angelegenheiten		25	79	6			
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		6	151	361	8	82	3
Finanzverwaltung		82	53	14	1		
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		35	108	523	10	1	1
Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft		24	19				
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		28	19	7		11	2
Wirtschaft und Arbeit	2	92	30	3	1	2	2
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		55	3	2			
Bauten und Technik		8	32	5		2	1
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...							
Verkehr, Innovation und Technologie	1	17	4				
Verwaltungsbereich Verkehr... nachgeordnete Dienststellen...			1	7			
Bundestheater			2				
Summe...	18	938	872	1.122	37	119	10

STELLENPLAN 2000

(23)

Anlage B2 Ernennungsreserve: über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1997)

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	1	6		27			
Kriminaldienst	1	3		30			
Gendarmeriedienst	4	6		105	174		
Justizwachdienst		13		16		251	
Zollwachdienst							
Summe...	6	28		178	174	251	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere		123		6	232		

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
Verwendungsgruppe									
PT 1									
PT 2									
PT 3									
PT 4									
PT 5									
PT 7									
PT 8									
Summe...									

(24)

STELLENPLAN 2000

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter.....	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte.....	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer.....	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer.....	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes.....	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte.....	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen.....	28.351	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten.....	-	-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag.....	-	818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften II.....	-	-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge.....	-	97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	14.670	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema III teilbeschäftigt.....	-	576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt II.....	-	-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt III.....	-	-	-	-	3	8	5	5
Summe A.....	95.888	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung.....	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag.....	-	1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge.....	-	712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	13.405	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	6	16	16	191	191	192	182
Forstzöglinge.....	-	65	15	-	-	-	-	-
Summe B.....	38.167	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete.....	98.414	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete.....	35.641	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen.....	134.055	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte.....	49.996	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete.....	7.200	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge.....	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte.....	7.230	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C.....	64.426	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C.....	202.018	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete.....	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

STELLENPLAN 2000

(25)

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte der allgemeinen Verwaltung...	57.541	57.846	+ 305						
Beamte in handwerklicher Verwendung..	6.072	6.102	+ 30						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.726	1.742	+ 16						
Staatsanwälte.....	220	218	- 2						
Hochschullehrer.....	6.476	6.477	+ 1						
Lehrer.....	25.171	25.479	+ 308						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	-						
Wachebeamte.....	31.344	31.440	+ 96						
Berufsoffiziere und zvS.....	3.301	3.278	- 23						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347						
Summe Beamte...	174.625	175.703	+ 1.078						
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)									
VB A/I.....	21.688	21.260	- 428						
VB A/I L.....	774	721	- 53						
VB A/II.....	7.666	7.460	- 206						
VB A/II L.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	340	341	+ 1						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	55	-	- 55						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.898	2.892	- 6						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.120	2.115	- 5						
Summe VB A...	35.541	34.789	- 752						
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.946	2.968	+ 22						
VB B/I L.....	508	311	- 197						
VB B/II.....	2.499	2.480	- 19						
VB B/II L.....	31	31	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	92	92	-						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	5	-	- 5						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.505	4.364	- 141						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	780	765	- 15						
Summe VB B...	11.366	11.011	- 355						
Summe Beamte und VB...	221.532	221.503	- 29						
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	54.198	53.648	- 550						
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.879	11.731	- 148						
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete....	1.144	1.144	-						
Summe ÖBB...	67.221	66.523	- 698						
Gesamtsumme...	288.753	288.026	- 727						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.356	1.378	+ 22						
Anlernkräfte.....	1.505	1.315	- 190						
Lehrlinge.....	3.075	3.048	- 27						
Summe JAL...	5.936	5.741	- 195						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	294.689	293.767	- 922						

(26)

STELLENPLAN 2000

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien von 1990 bis 1997

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442	48.328	
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	1.951	
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212	212	
Hochschullehrer.....	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643	9.625	
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	25.494	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233	233	
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469	33.047	
Beamte des mmilitärischen Dienstes....	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771	21.302	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407	43.905	
Krankenpflagedienst.....	-	-	68	200	257	276	284	284	
Summe Beamte...	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911	184.381	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697	18.816	
VB A/II.....	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734	5.214	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	1.874	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	836	
Summe VB A...	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084	26.740	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738	1.734	
VB B/II.....	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	1.704	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	1.598	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729	705	
Summe VB B...	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169	5.741	
Summe Beamte und VB...	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164	216.862	
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-	
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-	
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-	
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-	
Gesamtsumme...	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164	216.862	
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	399	
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	11	
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	427	
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	837	
Gesamtsumme einschließlich JAL...	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232	217.699	
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	9.751	

STELLENPLAN 2000

(27)

Anlage C2.6

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Gesamtübersicht)

	1999	2000	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	40.187	39.920	- 267						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.954	1.927	- 27						
Staatsanwälte.....	223	223	-						
Hochschullehrer.....	9.595	9.963	+ 368						
Lehrer.....	23.924	23.845	- 79						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	341	341	-						
Beamte des Exekutivdienstes.....	33.131	32.765	- 366						
Beamte des militärischen Dienstes....	20.272	19.523	- 749						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	41.239	40.064	- 1.175						
Krankenpflegedienst.....	245	245	-						
Summe Beamte...	171.111	168.816	- 2.295						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	25.909	24.078	- 1.831						
VB/SV-ADV.....	-	-	-						
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	220	220	-						
Summe VB I...	26.150	24.319	- 1.831						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.594	6.374	- 220						
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	318	299	- 19						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	311	290	- 21						
Summe VB II...	7.223	6.963	- 260						
Summe Beamte und VB...	204.484	200.098	- 4.386						
Gesamtsumme...	204.484	200.098	- 4.386						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-						
Anlernkräfte.....	-	-	-						
Lehrlinge.....	1.042	1.066	+ 24						
Summe JAL...	1.042	1.066	+ 24						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	205.526	201.164	- 4.362						
Normplanstellen (LwSt).....	11.617	11.617	-						

(28)

STELLENPLAN 2000

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Teil II.A und VII)

	1999	2000	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	37.252	36.870	- 382						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.954	1.927	- 27						
Staatsanwälte.....	223	223	-						
Hochschullehrer.....	8.818	8.886	+ 68						
Lehrer.....	23.919	23.841	- 78						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	341	341	-						
Beamte des Exekutivdienstes.....	32.636	32.264	- 372						
Beamte des militärischen Dienstes....	20.272	19.523	- 749						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	214	210	- 4						
Krankenpflegedienst	245	245	-						
Summe Beamte...	125.874	124.330	- 1.544						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	24.499	22.752	- 1.747						
VB/SV-ADV.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	220	220	-						
Summe VB I...	24.740	22.993	- 1.747						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.581	6.363	- 218						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	318	299	- 19						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	245	225	- 20						
Summe VB II...	7.144	6.887	- 257						
Summe Beamte und VB...	157.758	154.210	- 3.548						
Gesamtsumme...	157.758	154.210	- 3.548						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-						
Anlernkräfte.....	-	-	-						
Lehrlinge.....	1.042	1.066	+ 24						
Summe JAL...	1.042	1.066	+ 24						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	158.800	155.276	- 3.524						
Normplanstellen (LwSt).....	11.617	11.617	-						

STELLENPLAN 2000

(29)

Anlage C2.2

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Teil V)

	1999	2000	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	2.928	3.050	+ 122						
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-						
Staatsanwälte.....	-	-	-						
Hochschullehrer.....	-	-	-						
Lehrer.....	5	4	- 1						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-						
Beamte des Exekutivdienstes.....	495	501	+ 6						
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	41.025	39.854	- 1.171						
KrankenpflegeDienst.....	-	-	-						
Summe Beamte...	44.453	43.409	- 1.044						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	967	883	- 84						
VB/SV-ADV.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-						
Summe VB I...	967	883	- 84						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	13	11	- 2						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-						
Summe VB II...	13	11	- 2						
Summe Beamte und VB...	45.433	44.303	- 1.130						
Gesamtsumme...	45.433	44.303	- 1.130						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-						
Anlernkräfte.....	-	-	-						
Lehrlinge.....	-	-	-						
Summe JAL...	-	-	-						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	45.433	44.303	- 1.130						
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-						

(30)

STELLENPLAN 2000

Anlage C2.3

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Teil VI)

	1999	2000	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	7	-	- 7						
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-						
Staatsanwälte.....	-	-	-						
Hochschullehrer.....	777	1.077	+ 300						
Lehrer.....	-	-	-						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-						
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-						
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-						
Krankenpflegedienst.....	-	-	-						
Summe Beamte...	784	1.077	+ 293						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	443	443	-						
VB/SV-ADV.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-						
Summe VB I...	443	443	-						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	66	65	- 1						
Summe VB II...	66	65	- 1						
Summe Beamte und VB...	1.293	1.585	+ 292						
Gesamtsumme...	1.293	1.585	+ 292						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-						
Anlernkräfte.....	-	-	-						
Lehrlinge.....	-	-	-						
Summe JAL...	-	-	-						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.293	1.585	+ 292						
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-						

(32)

STELLENPLAN 2000

Anlage 01 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1 ...	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme ...	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budget- prov. 1987	BMG- Novelle 1987	1988
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395
Summe 1 ...	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270
Gesamtsumme ...	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)				
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	665	679	0,24				
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25				
Summe 1 ...	37.845	37.998	13,19				
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59				
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50				
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50				
Gesamtsumme ...	288.753	288.026	100,00				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 2000

(33)

Anlage D2.6 Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1 ...	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme ...	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweige	BFG- Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997	1998	BFG- Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	850	850
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	9.531	9.571	9.541	9.553	9.599
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	18.718	18.378	17.868	17.791	17.688
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	8.521	8.522	6.901	6.872	6.544
Summe 1 ...	38.745	38.420	38.343	37.616	37.316	35.160	35.066	34.681
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	34.469	34.399	34.762	34.782	34.782
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	11.770	11.769
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	57.966	57.963	56.305	56.302	55.503
Normplanstellen (LwSt)	9.750	10.405	9.834	9.751	9.751	11.620	11.620	11.620
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	26.779	25.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	1.669	1.678	1.709	1.708	1.693
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	48.436	46.277	44.901	44.816	43.181
Gesamtsumme ...	231.576	238.466	224.232	220.222	217.699	211.400	211.223	207.502

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	0,42	-				
b) Zentralstellen	9.694	9.774	4,86	+ 80				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	17.640	16.281	8,09	- 1.359				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.591	5.096	2,53	- 1.495				
Summe 1 ...	34.775	32.001	15,90	- 2.774				
2. Sicherheitswesen	35.109	34.664	17,23	- 445				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.861	11.629	5,78	- 232				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.169	53.051	26,37	- 118				
Normplanstellen (LwSt)	11.617	11.617	5,77	-				
5. Heerwesen	25.733	26.259	13,05	+ 526				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.693	1.659	0,82	- 34				
7. Bundesbetriebe und Monopole	43.186	41.901	20,85	- 1.285				
Gesamtsumme ...	205.526	201.164	100,00	- 4.362				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz
 **) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

(34)

STELLENPLAN 2000

Anlage 02.1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil II. A, IV und VII)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1 ...	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
**)								
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme ...	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweige	BFG- Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997	1998	BFG- Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	850	850
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	9.491	9.513	9.463	9.478	9.391
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	16.372	16.032	15.950	15.929	15.826
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	8.283	8.284	6.691	6.662	6.336
Summe 1 ...	38.320	35.514	35.619	34.992	34.674	32.954	32.919	32.403
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	33.949	33.879	34.242	34.262	34.262
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	11.770	11.769
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	56.552	56.549	54.934	54.932	54.109
Normplanstellen (LwSt)	9.750	10.405	9.834	9.751	9.751	11.620	11.620	11.620
**)								
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	26.779	25.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	1.604	1.613	1.644	1.643	1.628
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	3.012	875	536	536	535
Gesamtsumme ...	226.293	230.071	172.824	170.175	167.656	162.873	162.841	160.599

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	0,55	-				
b) Zentralstellen	9.496	9.528	6,14	+ 32				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	15.823	14.290	9,20	- 1.533				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.383	4.947	3,19	- 1.436				
Summe 1 ...	32.552	29.615	19,08	- 2.937				
2. Sicherheitswesen	34.589	34.139	21,99	- 450				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.861	11.629	7,49	- 232				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	51.891	51.495	33,16	- 396				
Normplanstellen (LwSt)	11.617	11.617	7,48	-				
**)								
5. Heerwesen	25.733	26.259	16,91	+ 526				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.628	1.601	1,03	- 27				
7. Bundesbetriebe und Monopole	546	538	0,34	- 8				
Gesamtsumme ...	158.800	155.276	100,00	- 3.524				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz
 **) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

STELLENPLAN 2000

(35)

Anlage D2.2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990 (Teil V)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	92	92	95	99	99	45		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10	10	10	10	259	259		
Summe 1 ...	102	102	105	109	358	304		
2. Sicherheitswesen	20	20	20	20	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	5	5	1	1	1	1		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.821	1.821	1.811	1.848	1.830	1.830		
Gesamtsumme ...	1.948	1.948	1.937	1.978	2.189	2.135		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997	1998	BFG- Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-	-	-
b) Zentralstellen	28	28	30	30	48	68	65	198
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	2.476	2.342	2.256	2.256	1.828	1.772	1.772
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	239	224	219	215	215	187	187	185
Summe 1 ...	267	2.728	2.591	2.501	2.519	2.083	2.024	2.155
2. Sicherheitswesen	6	520	520	520	520	520	520	520
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1	1	1	264	264	221	220	244
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.816	1.786	46.954	45.424	45.402	44.365	44.280	42.646
Gesamtsumme ...	2.090	5.035	50.066	48.709	48.705	47.189	47.044	45.565

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-				
b) Zentralstellen	188	236	0,53	+ 48				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	1.772	1.947	4,39	+ 175				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	185	126	0,28	- 59				
Summe 1 ...	2.145	2.309	5,20	+ 164				
2. Sicherheitswesen	520	525	1,19	+ 5				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	128	106	0,24	- 22				
5. Heerwesen	-	-	-	-				
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-				
7. Bundesbetriebe und Monopole	42.640	41.363	93,37	- 1.277				
Gesamtsumme ...	45.433	44.303	100,00	- 1.130				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(36)

STELLENPLAN 2000

Anlage D2.3 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990 (Teil VI)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1 ...	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme ...	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	35	32	10	10	10	10		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	90	90	90		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	23	23	23		
Summe 1 ...	158	178	133	123	123	123		
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	1.150	1.150	1.150		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	65	65	65		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-	-	-		
Gesamtsumme ...	3.193	3.360	1.342	1.338	1.338	1.338		

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr			
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	-	-	-	-			
b) Zentralstellen	10	10	0,63	-			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	45	44	2,78	- 1			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	23	23	1,45	-			
Summe 1 ...	78	77	4,86	- 1			
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.150	1.450	91,48	+ 300			
5. Heerwesen	-	-	-	-			
6. Auswärtige Angelegenheiten	65	58	3,66	- 7			
7. Bundesbetriebe und Monopole	-	-	-	-			
Gesamtsumme ...	1.293	1.585	100,00	+ 292			

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 2000

(37)

Zusammensetzung der Verwaltungszeige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszeige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszeige - Verwaltungsbereiche
<p>1. Allgemeine Verwaltung</p> <p>a) Oberste Organe</p> <p>01 Präsidentschaftskanzlei 02 Parlamentsdirektion 05 Volksanwaltschaft 06 Rechnungshof</p> <p>b) Zentralstellen</p> <p>1000 Bundeskanzleramt 1100 Bundesministerium für Inneres 1200 Bundesministerium für Bildung und Kultur 1400 Bundesministerium für Wissenschaft 1500 Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen 1700 Bundesministerium für Gesundheit 3000 Bundesministerium für Justiz 4000 Bundesministerium für Landesverteidigung 5000 Bundesministerium für Finanzen 6000 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 6300 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 6500 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie 7000 BM f. öffentl. Leistung und Sport</p> <p>c) Verwaltung in administrativer Hinsicht</p> <p>1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS) 1020 Statistisches Zentralamt 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration 1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen 1570 Bundessozialämter 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst 5040 Finanzlandesdirektionen (ohne Wachebeamte - Zollwachdienst) 5070 Bundespensionsamt 5071 Finanzprokurator 6091 Bundeskellereiinspektion 6350 Ämter des AMS 6390 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen 7020 Verwaltungsakademie</p>	<p>d) Verwaltung in technischer Hinsicht</p> <p>1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten 1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten 1795 Veterinärmedizinische Anstalten 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst 6330 Bergbehörden 6392 Arbeitsinspektion 6403 Beschussämter 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane) 6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung 6490 Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen 6541 Wasserstraßendirektion 6542 Amt der Wasserstraßendirektion 6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge 6580 Österreichisches Patentamt</p> <p>2. Sicherheitswesen</p> <p>1130 Bundespolizei 1140 Bundesgendarmerie 1152 Bundesasylamt 5040 Finanzlandesdirektionen (nur Wachebeamte - Zollwachdienst) 6501 Schifffahrtspolizei</p> <p>3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug</p> <p>03 Verfassungsgerichtshof 04 Verwaltungsgerichtshof 3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokurator 3020 Justizbehörden in den Ländern 3030 Justizanstalten 3050 Bewährungshilfe</p>

(38)

STELLENPLAN 2000

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)	
1010 Staatsarchiv und Archivamt	6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen
1240 Hofmusikkapelle	6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft
1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	6059 Bundesanstalt für Landtechnik
1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung	6072 Forstliche Ausbildungsstätten
1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	6401 Bundesmobilenverwaltung
1244 Museen	
1246 Nationalbibliothek und Phonotheek	5. Heerwesen
1247 Bundesdenkmalamt	
1260 Schulaufsichtsbehörden	4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung
1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung	
1270 Allgemeinbildende höhere Schulen	6. Auswärtige Angelegenheiten
1271 Höhere Internatsschulen des Bundes	
1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	2000 Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010)
1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	2030 Österreichische Kulturinstitute
1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten	
1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	7. Bundesbetriebe und Monopole
1282 Handelsakademien und Handelsschulen	
1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei
1290 Pädagogische Akademien	1310 Amt der Bundestheater
1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	4050 Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)
1292 Berufspädagogische Akademien	5080 Österreichisches Postsparkassenamt
1293 Bundesanstalten für Leibesberziehung	5081 Österreichische Salinen AG
1294 Pädagogische Institute	5082 Amt der Münze Österreich
1420 Universitäten	5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG
1424 Wissenschaftliche Anstalten	6000 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften
1430 Universitäten der Künste	6093 Bundesgärten
1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien	6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule
4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut	6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste
6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	6099 Bauhöfe
6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	6402 Schönbrunner Tiergartenamt
6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	7032 Amt der Bundessporteinrichtungen
6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt	
6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	
6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft	
6536 Amt des BFPZ Arsenal	
7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)	

STELLENPLAN 2000

(39)

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	72	17	21	25	193	329	593	694	944	527	135	-	-
A2	9	33	5	7	7	71	315	729	738	1.066	506	109	-	-
A3	26	71	18	16	10	43	284	1.124	567	609	197	42	-	-
A4	9	50	-	1	1	16	50	395	341	91	24	9	-	-
A5	-	28	-	-	-	2	25	22	63	45	18	2	-	-
A6	-	26	-	-	-	1	7	16	104	10	1	6	-	-
A7	-	-	2	-	-	2	2	35	37	-	1	-	-	-
Summe...	59	280	42	45	43	328	1.012	2.914	2.544	2.765	1.274	303	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	2	31	12	11	-	-	49	48	173	507	94	74	-	-
v2	2	15	2	2	-	-	63	93	438	1.999	108	57	-	-
v3	3	17	12	8	1	-	97	237	1.030	1.968	129	65	-	-
v4	3	27	7	28	3	3	99	1.783	1.044	897	65	70	-	-
v5	-	-	1	7	-	2	15	63	161	21	1	-	-	-
VB/SV-ADV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	10	90	34	56	4	5	323	2.224	2.846	5.392	397	266	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.631	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.963	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	19.940	257	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	20	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	23.261	277	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	735	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.516	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.870	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	195	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	27.316	-	-	-	-	-	-

(40)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgediederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BHF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
454	182	367	1.418	779	1.099	374	8.238	64	10	-	-	74	8.312
213	1.364	1.536	5.408	583	2.487	166	15.352	40	35	-	-	75	15.427
83	1.620	2.754	3.842	341	909	260	12.816	19	18	-	-	37	12.853
1	8	1.107	58	124	189	71	2.545	4	-	-	-	4	2.549
5	2	43	47	20	72	17	411	5	-	-	-	5	416
-	-	56	18	7	12	4	268	1	-	-	-	1	269
2	-	2	4	2	3	2	94	-	-	-	-	-	94
758	3.176	5.865	10.795	1.856	4.771	894	39.724	133	63	-	-	196	39.920
72	72	6	153	157	127	59	1.647	12	-	-	-	12	1.659
83	190	31	549	240	210	74	4.156	7	-	-	-	7	4.163
449	972	74	2.951	561	433	116	9.123	22	-	-	-	22	9.145
230	1.599	1.055	600	164	383	55	8.115	19	-	-	-	19	8.134
43	36	16	50	-	24	3	443	1	-	-	-	1	444
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
877	2.869	1.182	4.303	1.122	1.177	307	23.484	61	-	-	-	61	23.545
-	1.714	-	-	-	-	-	1.777	-	-	-	-	-	1.777
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	223	-	-	-	-	-	223	-	-	-	-	-	223
-	2.087	-	-	-	-	-	2.150	-	-	-	-	-	2.150
-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	2.332
-	-	-	-	-	-	-	7.631	-	-	-	-	-	7.631
-	-	-	-	-	-	-	9.963	-	-	-	-	-	9.963
-	-	-	-	5	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	-	-	181	-	-	20.378	-	-	-	-	-	20.378
-	7	15	-	94	-	-	2.816	4	-	-	-	4	2.820
-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	7	15	-	281	-	-	23.841	4	-	-	-	4	23.845
-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	88
-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	144
-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	22	-	-	-	836	-	-	-	-	-	836
-	2.091	-	1.944	-	-	-	15.551	-	-	-	-	-	15.551
-	988	-	325	-	-	-	16.183	-	-	-	-	-	16.183
-	-	-	-	-	-	-	195	-	-	-	-	-	195
-	3.158	-	2.291	-	-	-	32.765	-	-	-	-	-	32.765

STELLENPLAN 2000

(41)

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	94	-	37	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	14	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	-
Krankenflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	294	5	50	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	21	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	38	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	17	329	5	90	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	370	76	164	47	333	1.335	32.459	29.183	18.837	1.681	711	-	-

(42)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	531	-	-	-	-	531	-	-	-	-	-	531
-	-	2.423	-	-	-	-	2.423	-	-	-	-	-	2.423
-	-	8.875	-	-	-	-	8.875	-	-	-	-	-	8.875
-	-	2.234	-	-	-	-	2.234	-	-	-	-	-	2.234
-	-	14.063	-	-	-	-	14.063	-	-	-	-	-	14.063
-	-	51	-	-	-	-	51	-	-	-	-	-	51
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	339	-	-	-	-	339	-	-	-	-	-	339
-	-	5.460	-	-	-	-	5.460	-	-	-	-	-	5.460
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	-	17	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	6	8	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-	-	17
-	18	57	-	-	-	-	245	-	-	-	-	-	245
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	9	1	-	-	-	-	363	-	-	-	-	-	363
-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	57	7	-	-	-	-	98	-	-	-	-	-	98
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	12	2	-	-	-	-	66	-	-	-	-	-	66
-	78	14	-	-	-	-	533	-	-	-	-	-	533
-	-	-	39.854	-	-	210	40.064	-	-	-	-	-	40.064
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	-	3	-	-	220	-	-	-	-	-	220
-	-	40	-	3	-	-	220	-	-	-	-	-	220
1.635	11.393	26.717	57.243	3.262	5.948	1.411	192.874	198	63	-	-	261	193.135

STELLENPLAN 2000

(43)

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedieberten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	1	12	1	42	-	1	-	-
h2	-	3	-	1	-	-	3	136	140	92	2	4	-	-
h3	-	-	-	2	-	-	6	81	58	198	-	22	-	-
h4	4	12	-	9	-	-	16	114	709	324	-	49	-	-
h5	-	-	4	-	-	12	11	762	1.610	27	3	-	-	-
Summe...	4	15	4	12	-	12	37	1.105	2.518	683	5	76	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	15	4	12	-	12	37	1.145	2.518	683	5	76	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	385	80	176	47	345	1.372	33.604	31.701	19.520	1.686	787	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	385	80	176	47	345	1.394	33.694	31.795	19.837	1.708	814	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

(44)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedieberten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	7	3	1	51	7	-	126	-	-	-	-	-	126
-	11	328	17	264	49	5	1.055	-	-	-	-	-	1.055
5	13	69	13	58	12	2	539	-	-	-	-	-	539
14	58	75	94	138	37	5	1.658	1	-	-	-	1	1.659
5	112	13	283	96	57	-	2.995	-	-	-	-	-	2.995
24	201	488	408	607	162	12	6.373	1	-	-	-	1	6.374
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	263	-	-	299	-	-	-	-	-	299
-	-	36	-	263	-	-	299	-	-	-	-	-	299
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	4	47	17	182	-	290	-	-	-	-	-	290
-	-	4	47	17	182	-	290	-	-	-	-	-	290
24	201	528	455	887	344	12	6.962	1	-	-	-	1	6.963
1.659	11.594	27.245	57.698	4.149	6.292	1.423	199.836	199	63	-	-	262	200.098
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
1.659	11.629	27.421	57.744	4.326	6.344	1.427	200.898	203	63	-	-	266	201.164
-	-	-	-	150	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

STELLENPLAN 2000

(45)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II.A und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)								
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BAK	BMI	BMBK	BMW	BMSG	BMG			
Beamte und Angestellte															
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes															
A1	15	72	17	21	25	193	260	593	640	944	527	135	-	-	-
A2	9	33	5	7	7	71	174	729	717	1.066	506	109	-	-	-
A3	26	71	18	16	10	43	162	1.124	551	609	197	42	-	-	-
A4	9	50	-	1	1	16	42	395	338	91	24	9	-	-	-
A5	-	28	-	-	-	2	16	22	58	45	18	2	-	-	-
A6	-	26	-	-	-	1	6	16	103	10	1	6	-	-	-
A7	-	-	2	-	-	2	-	35	37	-	1	-	-	-	-
Summe...	59	280	42	45	43	328	660	2.914	2.444	2.765	1.274	303	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)															
v1	2	31	12	11	-	-	49	43	173	507	94	74	-	-	-
v2	2	15	2	2	-	-	63	90	438	1.859	108	57	-	-	-
v3	3	17	12	8	1	-	97	213	1.030	1.968	129	65	-	-	-
v4	3	27	7	28	3	3	96	1.781	1.044	897	65	70	-	-	-
v5	-	-	1	7	-	2	15	63	121	21	1	-	-	-	-
VB/SV-ADV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	10	90	34	56	4	5	320	2.190	2.806	5.252	397	266	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte															
Richter	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts- (Hochschul-)lehrer															
Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.554	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.886	-	-	-	-	-
Lehrer															
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	19.940	257	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	20	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	23.261	277	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes															
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes															
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	735	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.417	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.468	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	195	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.815	-	-	-	-	-	-	-

(46)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II.A und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
454	182	367	1.381	725	794	332	7.677	61	-	-	-	61	7.738
213	1.364	1.536	5.243	552	1.216	124	13.681	35	-	-	-	35	13.716
83	1.620	2.754	3.544	327	853	189	12.239	17	-	-	-	17	12.256
1	8	1.107	43	124	167	24	2.450	1	-	-	-	1	2.451
5	2	43	35	20	60	5	361	-	-	-	-	-	361
-	-	56	15	7	11	-	258	-	-	-	-	-	258
2	-	2	3	2	2	2	90	-	-	-	-	-	90
758	3.176	5.865	10.264	1.757	3.103	676	36.756	114	-	-	-	114	36.870
63	72	6	131	157	126	59	1.610	12	-	-	-	12	1.622
77	190	31	393	240	208	74	3.849	5	-	-	-	5	3.854
406	972	74	2.454	561	428	115	8.553	22	-	-	-	22	8.575
230	1.599	1.055	430	164	378	55	7.935	19	-	-	-	19	7.954
43	36	16	50	-	24	3	403	1	-	-	-	1	404
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
819	2.869	1.182	3.458	1.122	1.164	306	22.350	59	-	-	-	59	22.409
-	1.714	-	-	-	-	-	1.777	-	-	-	-	-	1.777
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	223	-	-	-	-	-	223	-	-	-	-	-	223
-	2.087	-	-	-	-	-	2.150	-	-	-	-	-	2.150
-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	2.332
-	-	-	-	-	-	-	6.554	-	-	-	-	-	6.554
-	-	-	-	-	-	-	8.886	-	-	-	-	-	8.886
-	-	-	-	5	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	-	-	181	-	-	20.378	-	-	-	-	-	20.378
-	7	15	-	94	-	-	2.816	-	-	-	-	-	2.816
-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	7	15	-	281	-	-	23.841	-	-	-	-	-	23.841
-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	88
-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	144
-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	22	-	-	-	836	-	-	-	-	-	836
-	2.091	-	1.944	-	-	-	15.452	-	-	-	-	-	15.452
-	988	-	325	-	-	-	15.781	-	-	-	-	-	15.781
-	-	-	-	-	-	-	195	-	-	-	-	-	195
-	3.158	-	2.291	-	-	-	32.264	-	-	-	-	-	32.264

STELLENPLAN 2000

(47)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	94	-	37	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	14	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	104	5	50	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	21	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	38	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	17	139	5	90	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	370	76	164	47	333	980	31.924	29.043	17.430	1.681	711	-	-

(48)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedieberten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	531	-	-	-	-	531	-	-	-	-	-	531
-	-	2.423	-	-	-	-	2.423	-	-	-	-	-	2.423
-	-	8.875	-	-	-	-	8.875	-	-	-	-	-	8.875
-	-	2.234	-	-	-	-	2.234	-	-	-	-	-	2.234
-	-	14.063	-	-	-	-	14.063	-	-	-	-	-	14.063
-	-	51	-	-	-	-	51	-	-	-	-	-	51
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	339	-	-	-	-	339	-	-	-	-	-	339
-	-	5.460	-	-	-	-	5.460	-	-	-	-	-	5.460
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	-	17	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	6	8	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-	-	17
-	18	57	-	-	-	-	245	-	-	-	-	-	245
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	9	1	-	-	-	-	173	-	-	-	-	-	173
-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	57	7	-	-	-	-	98	-	-	-	-	-	98
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	12	2	-	-	-	-	66	-	-	-	-	-	66
-	78	14	-	-	-	-	343	-	-	-	-	-	343
-	-	-	-	-	-	210	210	-	-	-	-	-	210
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	-	3	-	-	220	-	-	-	-	-	220
-	-	40	-	3	-	-	220	-	-	-	-	-	220
1.577	11.393	26.717	16.013	3.163	4.267	1.192	147.150	173	-	-	-	173	147.323

STELLENPLAN 2000

(49)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedieberten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	1	12	1	42	-	1	-	-
h2	-	3	-	1	-	-	3	136	140	92	2	4	-	-
h3	-	-	-	2	-	-	6	81	58	198	-	22	-	-
h4	4	12	-	9	-	-	16	114	709	324	-	49	-	-
h5	-	-	4	-	-	12	11	762	1.610	27	3	-	-	-
Summe...	4	15	4	12	-	12	37	1.105	2.518	683	5	76	-	-
Krankenpflagedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	15	4	12	-	12	37	1.145	2.518	683	5	76	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	385	80	176	47	345	1.017	33.069	31.561	18.113	1.686	787	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	22	90	94	317	22	27	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	385	80	176	47	345	1.039	33.159	31.655	18.430	1.708	814	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

(50)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II: A und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	7	3	1	51	7	-	126	-	-	-	-	-	126
-	11	328	14	264	49	2	1.049	-	-	-	-	-	1.049
5	13	69	9	58	12	2	535	-	-	-	-	-	535
14	58	75	94	138	37	4	1.657	1	-	-	-	1	1.658
5	112	13	283	96	57	-	2.995	-	-	-	-	-	2.995
24	201	488	401	607	162	8	6.362	1	-	-	-	1	6.363
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	263	-	-	299	-	-	-	-	-	299
-	-	36	-	263	-	-	299	-	-	-	-	-	299
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	4	5	17	159	-	225	-	-	-	-	-	225
-	-	4	5	17	159	-	225	-	-	-	-	-	225
24	201	528	406	887	321	8	6.886	1	-	-	-	1	6.887
1.601	11.594	27.245	16.419	4.050	4.588	1.200	154.036	174	-	-	-	174	154.210
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
-	35	176	46	177	52	4	1.062	4	-	-	-	4	1.066
1.601	11.629	27.421	16.465	4.227	4.640	1.204	155.098	178	-	-	-	178	155.276
-	-	-	-	150	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

STELLENPLAN 2000

(51)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BNW	BMsSG	BMG		
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	69	-	54	-	-	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	141	-	21	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	122	-	16	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	8	-	3	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	9	-	5	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	352	-	100	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
v2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
v3	-	-	-	-	-	-	-	24	-	-	-	-	-	-
v4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
v5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB/SV-ADV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	24	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwälte und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts- (Hochschul-) lehrer														
Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	402	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	501	-	-	-	-	-	-

(52)

STELLENPLAN 2000

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	-	-	37	54	305	42	561	3	10	-	-	13	574
-	-	-	165	31	1.271	42	1.671	5	35	-	-	40	1.711
-	-	-	298	14	56	71	577	2	18	-	-	20	597
-	-	-	15	-	22	47	95	3	-	-	-	3	98
-	-	-	12	-	12	12	50	5	-	-	-	5	55
-	-	-	3	-	1	4	10	1	-	-	-	1	11
-	-	-	1	-	1	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	531	99	1.668	218	2.968	19	63	-	-	82	3.050
-	-	-	22	-	1	-	23	-	-	-	-	-	23
-	-	-	156	-	2	-	158	-	-	-	-	-	158
-	-	-	497	-	5	1	527	-	-	-	-	-	527
-	-	-	170	-	5	-	175	-	-	-	-	-	175
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	845	-	13	1	883	-	-	-	-	-	883
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	99
-	-	-	-	-	-	-	402	-	-	-	-	-	402
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	501	-	-	-	-	-	501

STELLENPLAN 2000

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	352	525	100	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(55)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	352	525	100	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	352	525	100	-	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(56)

S T E L L E N P L A N 2 0 0 0

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT		BMöLS	ABT				
-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	4	-	-	3	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	1	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	7	-	-	4	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	7	-	-	4	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	41.237	99	1.681	223	44.217	23	63	-	-	86	44.303
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	41.237	99	1.681	223	44.217	23	63	-	-	86	44.303
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(57)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BNG		
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-
v2	-	-	-	-	-	-	-	3	-	140	-	-	-	-
v3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
v4	-	-	-	-	-	-	3	2	-	-	-	-	-	-
v5	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
VB/SV-ADV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	140	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(59)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankengpflagedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankengpflagedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	1.407	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(61)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG		
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	1.407	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	3	10	40	1.407	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2000

(63)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	48	73	213	564	795	1.099	1.666	1.508	1.836	510	8.312
A2		31	348	1.249	1.452	3.423	3.625	4.602	497	200	15.427
A3		15	139	341	2.857	1.182	2.150	3.904	1.936	329	12.853
A4								885	821	843	2.549
A5								20	61	335	416
A6										269	269
A7										94	94
										Summe ...	39.920

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe
	7	6	5	4	3	2	1	VB I		
v1			9	30	213	296	829	282	1.659	
v2		1	15	120	699	1.838	1.132	358	4.163	
v3			14	500	1.882	4.195	2.516	38	9.145	
v4					1.075	4.673	1.507	879	8.134	
v5								444	444	
(I/R)								220	220	
(I/K)								21	21	
								Summe ...	23.786	

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe
	4	3	2	1	VB II		
h1			5	30	91		126
h2			69	402	584		1.055
h3						539	539
h4						1.659	1.659
h5						2.995	2.995
(II/R)						290	290
(II/K)						299	299
						Summe ...	6.963

Lehrlinge	Summe
	1.066

(64)

STELLENPLAN 2000

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Richter und Richteramtswärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	49
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	42
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	108
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.436
Richteramtswärter.....	150
Summe...	1.927

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator.....	1
Erster Generalanwalt.....	3
Generalanwalt.....	10
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft.....	12
Staatsanwalt.....	138
Summe...	223

STELLENPLAN 2000

(65)

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	2.332
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7.631
Summe ...	9.963

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	56				113			475	644
L1	701	12	14	4	215	8	8	19.416	20.378
L2	35				2	102		2.681	2.820
L3								3	3
Summe ...									23.845

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe ...	341

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1	4	4	23	37	89	78	126	139	188	127	18	3	836
E2a					379	910	1.537	2.002	3.357	3.231	3.388	747	15.551
E2b												16.183	16.183
E2c												195	195
Summe ...													32.765

(66)

STELLENPLAN 2000

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte	
MBO1	1	6	14	45	57	92	105	104			98	9	531	
MBO2	11	35	113	190	429	173	569	766	95	41		1	2.423	
MBOU1			14	72	156	942	2.333	1.449			3.631	278	8.875	
MBOU2								550			1.671	13	2.234	
												Summe ...	14.063	
MZO1						1	6	8			12	24	51	
MZO2							5	20	30	90		155	300	
MZU1							5	34			161	244	444	
MZU2								207			779	3.340	4.326	
MZCh												339	339	
												Summe ...	5.460	
													Summe Militärischer Dienst ...	19.523

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1	68	55	73	134		107	5				4	446
PT2	13	286	257	159	363	457	213				2	1.750
PT3		1.009	481	2.674		757						4.921
PT4		564									3.820	4.384
PT5		380						3.313	96	3.981	7.770	
PT6											4.858	4.858
PT7								548	2.086	3.014	5.648	
PT8								731	3.308	6.226	10.265	
PT9											22	22
											Summe ...	40.064

STELLENPLAN 2000

(67)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		150	150	363		363	513
K3 (k3)		41	41	1		1	42
K4 (k4)		18	18	98		98	116
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		17	17	66		66	83
Summe ...		245	245	533		533	778

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 01-78...	168.816	24.319	6.963	31.282	1.066	201.164

(68)

STELLENPLAN 2000

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	47	71	207	532	751	1.011	1.595	1.430	1.732	362	7.738
A2		24	328	1.208	1.386	3.253	3.314	3.572	433	198	13.716
A3		14	110	292	2.789	1.125	2.084	3.692	1.831	319	12.256
A4								864	806	781	2.451
A5								17	53	291	361
A6										258	258
A7										90	90
										Summe ...	36.870

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe								übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1			
v1			9	30	201	289	823	270	1.622	
v2			13	118	685	1.643	1.090	305	3.854	
v3			9	485	1.823	3.927	2.295	36	8.575	
v4					1.075	4.647	1.353	879	7.954	
v5								404	404	
(I/R)								220	220	
(I/K)								21	21	
								Summe ...	22.650	

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
	4	3	2	1			
h1		5	30	91		126	
h2		69	402	578		1.049	
h3					535	535	
h4					1.658	1.658	
h5					2.995	2.995	
(II/R)					225	225	
(II/K)					299	299	
					Summe ...	6.887	

Lehrlinge	Summe
	1.066

STELLENPLAN 2000

(69)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	49
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	42
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	108
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.436
Richteramtsanwärter.....	150
Summe ...	1.927

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	138
Summe ...	223

(70)

STELLENPLAN 2000

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	2.332
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.554
Summe...	8.886

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	56				113			475	644
L1	701	12	14	4	215	8	8	19.416	20.378
L2	35				2	102		2.677	2.816
L3								3	3
Summe...									23.841

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe														
E1	4	4	23	37	89	78	126	139	188	127	18	3	836	
E2a					379	910	1.536	2.001	3.348	3.207	3.346	725	15.452	
E2b												15.781	15.781	
E2c												195	195	
Summe ...													32.264	

STELLENPLAN 2000

(71)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	6	14	45	57	92	105	104			98	9	531
MB02	11	35	113	190	429	173	569	766	95	41		1	2.423
MBU01			14	72	156	942	2.333	1.449			3.631	278	8.875
MBU02								550			1.671	13	2.234
	Summe ...												14.063
MZ01						1	6	8			12	24	51
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												339	339
	Summe ...												5.460
	Summe Militärischer Dienst ...												19.523

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B		
PT1	5		3	6		1					15
PT2		16	17	1	14	4	16				68
PT3		13		63							76
PT4											19
PT5								18			8
PT6											5
PT7											1
	Summe ...										210

(72)

STELLENPLAN 2000

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		150	150	173		173	323
K3 (k3)		41	41	1		1	42
K4 (k4)		18	18	98		98	116
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		17	17	66		66	83
Summe...		245	245	343		343	588

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 01-78...	124.330	22.993	6.887	29.880	1.066	155.276

STELLENPLAN 2000

(73)

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1	1	2	6	32	44	88	71	78	104	148	574	
A2		7	20	41	66	170	311	1.030	64	2	1.711	
A3		1	29	49	68	57	66	212	105	10	597	
A4								21	15	62	98	
A5								3	8	44	55	
A6										11	11	
A7										4	4	
Summe ...											3.050	

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe									Summe
	7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	VB I	
v1						1	5	5	12	23
v2		1	2	2	5	55	40	53	158	
v3			5	15	16	268	221	2	527	
v4						24	151		175	
Summe ...										883

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe						Summe
	4	3	2	1	übrige VB	VB II	
h2					6		6
h3						4	4
h4						1	1
Summe ...							11

Lehrer	Leiter							Summe	
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		übrige Lehrer
L2								4	4
Summe ...									4

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42	22	99
E2b												402	402
Summe ...													501

(74)

STELLENPLAN 2000

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte		
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1.....	63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.295	96		3.973	7.744
PT6.....											4.853	4.853
PT7.....								548	2.086		3.013	5.647
PT8.....								731	3.308		6.226	10.265
PT9.....											22	22
Summe ...												39.854

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 01-78...	43.409	883	11	894		44.303

STELLENPLAN 2000

(75)

Anlage F.3

Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
	7	6	5	4	3	2	1		
Entlohnungsgruppe									
v1					11	2	1		14
v2					9	140	2		151
v3					43				43
v4						2	3		5
v5								40	40
								Summe ...	253

Handwerk. Dienst	Bewertungsgruppe						übrige VB	Summe VB II
		4	3	2	1			
Entlohnungsgruppe								
(II/R)							65	65
							Summe ...	65

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beante
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	1.077
Summe ...	1.077

Krankenpflagedienst	Beante der Verwendungsgruppe		Summe Beante	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beante		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				190		190	190
Summe...				190		190	190

	Summe Beante	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Summe Lehr- linge	Gesamt- summe
		VB I	VB II			
Gesamtsumme 01-78 ...	1.077	443	65	508		1.585

(76)

STELLENPLAN 2000**Erläuterungen zum Stellenplan 2000****ABSCHNITT I**

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2000 (Bundesvoranschlag 2000) ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der seit dem Bundesvoranschlag 1990 eine erweiterte Gliederung enthält, die dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

- Teil I Allgemeiner Teil
- Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
 Abschnitt A, Planstellenverzeichnis
 Abschnitt B, Ernennungsreserve
- Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden.
- Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden
- Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist.

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt. Der Teil IV, Planstellen für Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge, wurde zwecks vereinfachter Darstellung und einer verwaltungstechnisch einfacheren Verrechnung ab dem Stellenplan 1998 in den Teil II.A integriert, wobei aber für Lehrlinge eine gesonderte Kennzeichnung beibehalten wurde.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die einzelnen Punkte wurden so gefaßt, dass eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen im Zusammenhang mit den in der UT 0 budgetierten Ausgabenansätzen. Diese Ausgabenansätze dürfen nicht überschritten werden.

Punkt 3 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, dass jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Stellenplan 2000 stehen hierfür 200 Planstellen zur Verfügung.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, stehen im Jahr 2000 600 Planstellen für die Beschäftigung behinderter Mitmenschen zur Verfügung.

Punkt 4 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.

Punkt 5 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften.

STELLENPLAN 2000

(77)

Erläuterungen zum Stellenplan 2000

Im Punkt 6 wird festgelegt, daß bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 7 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Die Bestimmungen des Punktes 8 legen die Grundsätze für die Handhabung der Ernennungsreserve fest.

Der Punkt 9 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hierfür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten 'Summe Beamte', 'Summe Vertragsbedienstete', 'Gesamtsumme') nicht überschritten werden darf.

Im Abschnitt B, Ernennungsreserve, sind die zentral zu verwaltenden Rahmenvorsorgen für die Ernennung von Bundesbeamten bestimmter Besoldungsgruppen festgelegt, soweit die Planstelleneinhaber von ihrem Optionsrecht in das neue Besoldungssystem noch keinen Gebrauch gemacht haben. Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein.

Im Teil V, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden, wird jenes Personal zusammengefasst, für das dem Bund tatsächlich keine Personalkosten entstehen.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluß der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden mußte.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, daß vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II. A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, die zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, daß für jene Bereiche, in denen aufgrund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, dass die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplierung einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteeinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr - ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf - kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1.9.-31.12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1.1.-30.8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, dass eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

(78)

STELLENPLAN 2000**Erläuterungen zum Stellenplan 2000****ABSCHNITT II**

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt. Weiters werden diese Bemühungen durch begleitende Maßnahmen des Personalcontrollings unterstützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die eine Effizienzsteigerung der Verwaltung bewirken und den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Der Stellenplan 1999 weist 217.143 Planstellen aus. Dem gegenüber wird der Stellenplan für das Jahr 2000 nur mehr 212.781 Planstellen ausweisen. Daraus ergibt sich eine Differenz von 4.362 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 3.596 Planstellen, aus Ausgliederungen im Gesamtwert von 1.067 Planstellen und von Vermehrungen von insgesamt 301 Planstellen. Von den Vermehrungen entfallen 300 Planstellen auf die Abdeckung des Mehrbedarfs für die Vollziehung des Ärzte-Arbeitszeitgesetzes und eine Planstelle auf die Abdeckung des allernötigsten Bedarfs an wissenschaftlichen Mitarbeitern bei den ständigen Referenten des Verfassungsgerichtshofes.

Die Verteilung dieser Einsparungen bzw. Ausgliederungen stellen sich wie folgt dar:

Bereich	Vermehrungen	Einsparungen	Ausgliederungen
Verfassungsgerichtshof	+ 1		
Bundeskanzleramt		- 26	- 822
BM für Inneres		- 416	
BM für Bildung und Kultur		- 4	- 245
BM für Wissenschaft	+ 300	- 42	
BM für soziale Sicherheit und Generationen		- 172	
BM für auswärtige Angelegenheiten		- 42	
BM für Justiz		- 237	
BM für Landesverteidigung		- 672	
BM für Finanzen		- 522	
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft		- 111	
BM für Wirtschaft und Arbeit		- 163	
BM für Verkehr, Innovation und Technologie		- 16	
Amt der Österr. Bundestheater		- 1	
Post- und Telekom AG		- 1.172	
SUMME:	+ 301	- 3.596	- 1.067

STELLENPLAN 2000

(79)

Erläuterungen zum Stellenplan 2000

Der Stellenplan für das Jahr 2000 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 1999 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis folgendes Bild:

	Stellenplan 1999	Stellenplan 2000	Differenz
Teil II. A	158.800	155.276	- 3.524
Teil V	45.433	44.303	- 1.130
Teil VI	1.293	1.585	+ 292
Summe II. A - VI	205.526	201.164	- 4.362
Teil VII (LWStA *)	11.617	11.617	0
Gesamtsumme	217.143	212.781	- 4.362

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

Zusätzliche Einsparungen könnten noch erfolgen, wenn im Laufe des Jahres 2000 Planstellen durch weitere Pensionierungen frei werden und nicht mehr nachbesetzt werden sollen.

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenvermehrungen bzw. -verminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A. G bis A. 3 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 2000 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A. G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A. 1 bis A. 3, die Anlage A. 1 die Planstellen des Teiles II. A, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen ist. Die Anlage A. 2 enthält die diesbezügliche Zusammenstellung über die im Teil V und die Anlage A. 3 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B. G, B. 1, B. 2 und B. 3 enthalten eine Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes 2000 zum Gesamtstellenplan 1999, die Anlagen B1.1, B1.2 und B1.3 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage B. 2 enthält eine Übersicht über die in den einzelnen Ressorts zum Stichtag 1. August 1997 aus der Ernennungsreserve zugewiesenen höherwertigen Planstellen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C. 1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2. G, C2.1, C2.2 und C2.3 geben die Planstellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D. 1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

(80)

S T E L L E N P L A N 2 0 0 0**Erläuterungen zum Stellenplan 2000**

Die Anlagen D2.G, D2.1, D2.2 und D2.3 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1, D2.2 und D2.3 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1, E.2 und E.3 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 2000 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1, F.2 und F.3 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A, V und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 60 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Anlage IV zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000

Fahrzeugplan

für das Jahr 2000



**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

Wien 2000
Print Media Austria AG

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 2000**Inhaltsverzeichnis**

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	373
II. Abschnitt: Fahrzeugplan	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	377
2. Plan der Luftfahrzeuge	383
3. Plan der Wasserfahrzeuge	385
III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	387
2. Plan der Luftfahrzeuge	401
3. Plan der Wasserfahrzeuge	402
IV. Abschnitt: Anmerkungen	404
1. zum Plan der Kraftfahrzeuge	
2. zum Plan der Luftfahrzeuge	
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge	

FAHRZEUGPLAN 2000

373

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrzeuggesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes und die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.

2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 330 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
 - a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 9 lit. b erfaßt werden;
 - b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsähnlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benutzende Organ des Bundes ersichtlich sein muß. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehorn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 250 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hierzu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.

374

FAHRZEUGPLAN 2000

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hierzu zählen:
 - a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;
 - b) Kraftfahrzeuge für spezielle zollspezifische sowie straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfaßt werden;
 - c) Omnibusse;
 - d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
 - e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Meßeinrichtungen u. dgl.;
 - f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
 - g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
 - h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzige geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:

- a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
- b) Motorräder, die nur vorübergehend - jährlich bis zu maximal 12 Wochen - zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben, wobei für die erstmalige Verwendung (das ist bei Anschaffung, Miete, unentgeltlicher Zurverfügungstellung) die vom Bundesminister für Finanzen bekanntgegebene Kraftfahrzeug-Empfehlungsliste verbindlich ist.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge, die

FAHRZEUGPLAN 2000

375

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 2000 entsprechen, dürfen im Jahr 2000 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

- a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
Personenkraftwagen, Kategorie III,
Personenkraftwagen, Kategorie II,
Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
Personenkraftwagen, Kategorie I,
Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
- b) bei P 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
- c) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
Hubschrauber;
- d) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
- e) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
Passagier- und Transportschiffe,
Spezialwasserfahrzeuge;
- f) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
Innenbordmotorboote,
Außenbordmotorboote,
Boote,
Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P 1 Abs. 2 Z 9 lit. h) bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 2000 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hierfür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

- a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muß,
- b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
- c) seitens des Organes des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986

376

F A H R Z E U G P L A N 2 0 0 0**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

in der derzeit geltenden Fassung, hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

FAHRZEUGPLAN 2000

377

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
01	Präsidenschaftskanzlei	*	4							4	4		
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*											
022	Bundesrat	*											
024	Parlamentsdirektion	*	5		1					6	6		
	Summe 02...		5		1					6	6		
03	Verfassungsgerichtshof		1							1	1		
04	Verwaltungsgerichtshof		1							1	1		
05	Volksanwaltschaft				1					1	1		
06	Rechnungshof		1							1	1		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentralleitung	*	3	1	3			1		8	11		
1001	Verwaltungsakademie										1		
101	Staatsarchiv und Archivamt							1		1	1		
102	Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)										2		
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten										2		
1091	Veterinärmedizinische Anstalten										11		
	Summe 10...		3	1	3			2		9	28		
11	Inneres:												
1100	Zentralleitung		1		4	6		5	6	22	44		
1130	Bundespolizei	*			17	714	158	22	10	520	1.441		
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)									39	39		
1140	Bundesgendarmerie				9	1.537	362	19	19	1.375	3.321		
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)						10			60	70		
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration					15			1	1	17		
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	*								1	1		
	Summe 11...		1		30	2.272	530	46	36	2.018	4.933		

378

FAHRZEUGPLAN 2000

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
12	Bildung und Kultur:											
1200	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)	1		2		2			1	6	6	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen *					3		2	1	6	6	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung					3			2	5	5	
1244	Museen					4		1	2	7	11	
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek					2				2	2	
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1	4	16	16	
1270	Allgemein bildende höhere Schulen								6	6	6	
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes					2			3	5	5	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung								1	1	1	
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)					1				1	1	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					4		8	6	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*								2	2	2	
1282	Handelsakademien und Handelsschulen								1	1	1	
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)					1				1	1	
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung					3			2	5	5	
	Summe 12...	1		2	2	34		12	6	31	88	92
14	Wissenschaft:											
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)			2		1				3	4	
1420	Universitäten			5		30		7	6	50	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)					11			18	29	29	
1424	Wissenschaftliche Anstalten					4			7	11	11	
1430	Universitäten der Künste					3		1		4	4	
1431	Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung)					1				1	1	
	Summe 14...			7		50		8	6	75	146	147
15	Soziale Sicherheit und Generationen:											
1500	Zentralleitung	2		4						6	4	
1570	Bundessozialämter					4				4	4	
1592	Arbeitsinspektion										14	
	Summe 15...	2		4		4				10	22	
17	Gesundheit:											
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten					1			1	2		

FAHRZEUGPLAN 2000

379

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.										1		
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten ...								1	1			
1795	Veterinärmedizinische Anstalten*							2	9	11			
	Summe 17...				1			2	11	14	1		
18	Umwelt:												
1800	Zentralleitung										2		
1860	Umweltpolitische Maßnahmen										4		
	Summe 18...										6		
20	Äußeres:												
2000	Zentralleitung	1		4		1				6	7		
201	Vertretungsbehörden		82			3	7		2	94	87		
203	Österreichische Kulturinstitute					2				2	2		
	Summe 20...	1	82	4		6	7		2	102	96		
30	Justiz:												
300	Bundesministerium für Justiz	1		2						3	3		
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1								1	1		
302	Justizbehörden in den Ländern*			18		1			6	25	25		
3030	Justizanstalten					64		17	30	111	114		
3031	Justizanstalt St. Pölten					2				2			
3032	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg					1				1			
	Summe 30...	2		20		68		17	36	143	143		
40	Militärische Angelegenheiten:												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1		14		2				17	17		
401	Heer und Heeresverwaltung												
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut				1					1	1		
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)							6	29	35	29		
	Summe 40...	1		14	1	2		6	29	53	47		
50	Finanzverwaltung:												
5000	Zentralleitung	2		3		1		1		7	7		
5040	Dienststellen			7	4	109	5	7	3	169	296		
5070	Bundespensionsamt					1				1	1		
5071	Finanzprokuratur			1						1	1		

380

FAHRZEUGPLAN 2000

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt					1				1	1	
	Summe 50...	2	...	11	4	112	5	7	4	169	314	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:											
6000	Zentraleitung	*	1	...	4	2				2	9	
6007	Qualitätskontrolle					11					11	
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	*				13			1	31	45	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	*				28		8	9	30	75	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten					4				4	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt				1	5		1		17	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft					3		1			4	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft					3		1		6	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	*				3			1	7	11	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	*				2		1		12	15	
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst				7						7	
6091	Bundeskellereinspektion					32					32	
6093	Bundesgärten	*				2		7	4	10	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	*				1	1			8	10	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste ...	*								12	12	
	Summe 60...	1	...	12	...	109	1	19	15	139	296	
61	Umwelt neu:											
6120	Umweltpolitische Maßnahmen									4	4	
63	Wirtschaft und Arbeit:											
6300	Zentraleitung		2	...	5	1					8	
6320	Österreichisches Patentamt										2	
633	Bergbehörden				1	4					5	
6392	Arbeitsinspektion					11	3				14	
	Summe 63...	2	...	6	15	4					27	
64	Bauten und Technik:											
6401	Bundesmobilienverwaltung							1			1	
6422	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)										1.583	
6440	Wasserstraßendirektion										8	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)				1	6	14	2	7	20	53	

FAHRZEUGPLAN 2000

381

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)			1	1	18		3	6	4	33	33	
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens			2		50		12	2	59	125	125	
	Summe 64...			4	7	82	2	23	28	66	212	1.803	
65	Verkehr, Innovation und Technologie:												
6500	Zentraleitung	1		2						1	4	2	
6501	Schiffahrtspolizei					1					1	1	
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					8				38	46	46	
6541	Wasserstraßendirektion			2		6					8		
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge					1		3		2	6	6	
6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)	*				221		670	385	307	1.583		
6580	Österreichisches Patentamt			1		1					2		
	Summe 65...	1		5		238		673	385	348	1.650	55	
70	Öffentliche Leistung und Sport:												
700	BM für öffentliche Leistung und Sport	1				1					2		
7020	Verwaltungsakademie					1					1		
	Summe 70...	1				2					3		
71	<i>Bundestheater</i>											16	

382

FAHRZEUGPLAN 2000

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
0	Oberste Organe											
01	Präsidentenkanzlei	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung	5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1	
05	Volksanwaltschaft			1						1	1	
06	Rechnungshof	1								1	1	
	Gruppe 0...	12		2						14	14	
1	Innenverwaltung											
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	3	1	3				2		9	28	
11	Inneres	1		30	2	272	530	36	2.018	4.933	4.920	
12	Bildung und Kultur	1		2	2	34		6	31	88	92	
14	Wissenschaft			7		50		6	75	146	147	
15	Soziale Sicherheit und Generationen	2		4		4				10	22	
17	Gesundheit					1			11	14	1	
18	Umwelt										6	
	Gruppe 1...	7	1	46	2	2.361	530	68	2.135	5.200	5.216	
20	Äußeres	1	82	4		6	7		2	102	96	
30	Justiz	2		20		68		17	36	143	143	
40	Militärische Angelegenheiten	1		14	1	2		6	29	53	47	
50	Finanzverwaltung	2		11	4	112	5	7	4	169	306	
6	Wirtschaft											
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1		12		109	1	19	139	296	468	
61	Umwelt neu								4	4		
63	Wirtschaft und Arbeit	2		6	15	4				27	14	
64	Bauten und Technik			4	7	82	2	23	66	212	1.803	
65	Verkehr, Innovation und Technologie	1		5		238		673	385	1.650	55	
	Gruppe 6...	4		27	22	433	3	715	428	557	2.340	
70	Öffentliche Leistung und Sport	1				2				3		
71	Bundestheater										16	
	Gruppe 7...	1				2				3	16	
	Gesamtanzahl...	30	83	124	29	2.984	545	813	482	2.928	8.018	

FAHRZEUGPLAN 2000

383

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 2000	Summe 1999	
		Anm.	Gewichtsklasse				Sitzplatzkl.				
			D-F	C	B		A	b			a
11	Inneres:										
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst			1	4	24			29	28	
64	Bauten und Technik:										
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens		1						1	2	

384

FAHRZEUGPLAN 2000

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 2000	Summe 1999
		Anm.	Gewichtsklasse				Sitzplatzkl.			
			D-F	C	B		A	b		
1	Innenverwaltung									
11	Inneres			1	4	24		29	28	
	Gruppe 1...			1	4	24		29	28	
6	Wirtschaft									
64	Bauten und Technik		1					1	2	
	Gruppe 6...		1					1	2	
	Gesamtanzahl...		1	1	4	24		30	30	

FAHRZEUGPLAN 2000

385

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2000	Summe 1999
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
11	Inneres:							
1100	Zentralleitung		1			3	4	3
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			46	3	22	71	71
	Summe 11...		1	55	6	41	103	102
12	Bildung und Kultur:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					1	1	1
14	Wissenschaft:							
1420	Universitäten					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		1				1	1
	Summe 14...		1			2	3	3
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen			5		2	7	7
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten					1	1	1
6080	Wildbach- und Lawinverbauungsdienst							2
	Summe 60...			3	2	8	13	15
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion							6
65	Verkehr, Innovation und Technologie:							
6501	Schiffahrtspolizei		16	2		16	34	34
6541	Wasserstraßendirektion		3			3	6	
	Summe 65...		19	2		19	40	34

386

FAHRZEUGPLAN 2000

II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2000	Summe 1999
			Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
					Motorboote				
1	Innenverwaltung								
11	Inneres		1	55	6	41	103	102	
12	Bildung und Kultur					1	1	1	
14	Wissenschaft		1			2	3	3	
	Gruppe 1...		2	55	6	44	107	106	
50	Finanzverwaltung			5		2	7	7	
6	Wirtschaft								
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft			3	2	8	13	15	
64	Bauten und Technik							6	
65	Verkehr, Innovation und Technologie		19	2		19	40	34	
	Gruppe 6...		19	5	2	27	53	55	
	Gesamtanzahl...		21	65	8	73	167	168	

FAHRZEUGPLAN 2000

387

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Ann.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
			Kategorie						Nutzlast				
			III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
01	Präsidenschaftskanzlei	*	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*											
022	Bundesrat	*											
024	Parlamentsdirektion	*	5		1						6	6	
	Summe 02...		5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof		1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1								1	1	
05	Volksanwaltschaft				1						1	1	
06	Rechnungshof		1								1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentraleitung: *												
	Zentraleitung		3		3				1		7	10	
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD			1							1	1	
	Summe 1000...		3	1	3				1		8	11	
1001	Verwaltungsakademie											1	
101	Staatsarchiv und Archivamt								1		1	1	
102	Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)											2	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:												
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien											1	
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz											1	
	Summe 1090...											2	
1091	Veterinärmedizinische Anstalten:												
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling											3	
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Graz											1	
	- Innsbruck											1	
	- Linz											1	
	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf											5	
	Summe 1091...											11	
	Summe 10...		3	1	3				2		9	28	

388

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
11	Inneres:												
1100	Zentralleitung	1		4		6		5	6	22	44	43	
1130	Bundespolizei	*		17		714	158	22	10	520	1.441	1.427	
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)									39	39	39	
1140	Bundesgendarmerie			9		1.537	362	19	19	1.375	3.321	3.323	
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)						10			60	70	70	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:												
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen					3					3	3	
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau					7			1		8	8	
	- Vorderbrühl					2					2	2	
	- Thalham des BM für Inneres					3				1	4	4	
	Summe 1150...					15			1	1	17	17	
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	*								1	1	1	
	Summe 11...	1		30		2.272	530	46	36	2.018	4.933	4.920	
12	Bildung und Kultur:												
1200	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)	1		2		2				1	6	6	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen: *												
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung							2		1	3	3	
	Bundesschullandheim Mariazell					1				1	1	1	
	- Raach bei Gloggnitz					1				1	1	1	
	- Radstadt					1				1	1	1	
	Summe 1241...					3		2		1	6	6	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:												
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang									1	1	1	
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich									1	1	1	
	- Oberösterreich					1				1	1	1	
	- Steiermark					1				1	1	1	
	- Tirol					1				1	1	1	
	Summe 1243...					3				2	5	5	
1244	Museen:												
	Österreichische Galerie											1	
	Museum für Angewandte Kunst											1	
	Museum für Völkerkunde					1				1	2	2	
	Naturhistorisches Museum					3				1	4	4	
	Österreichisches Museum für moderne Kunst							1			1	1	
	Technisches Museum											2	
	Summe 1244...					4		1		2	7	11	
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek:												
	Österreichische Nationalbibliothek					1					1	1	
	Österreichische Phonotheek					1					1	1	
	Summe 1246...					2					2	2	

FAHRZEUGPLAN 2000

389

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1		4	16	16	
1270	Allgemein bildende höhere Schulen: *												
	Deutschlandsberg									1	1	1	
	Graz/Seebacherstraße									1	1	1	
	Köflach									1	1	1	
	Linz/Peuerbachstraße									1	1	1	
	Schärding									1	1	1	
	Telfs									1	1	1	
	Summe 1270									6	6	6	
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:												
	Graz-Liebenau									1	1	1	
	Saalfelden					1				2	3	3	
	Schloß Traunsee/Altmünster					1					1	1	
	Summe 1271					2				3	5	5	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:												
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II									1	1	1	
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende):												
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)					1					1	1	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: *												
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein							1			1	1	
	- Hallstatt					1					1	1	
	- Kapfenberg							1			1	1	
	- Krems							1			1	1	
	- Linz I							1		1	2	2	
	- Linz II								1	1	2	2	
	- Salzburg							1			1	1	
	- Steyr					1		1			2	2	
	- Wolfsberg								1		1	1	
	- und Handelsschule Wien III								1		1	1	
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt												
	Graz-Gösting							1			1	1	
	- Innsbruck								1		1	1	
	- Mödling					1		1		1	3	3	
	- Rankweil								1		1	1	
	- St. Pölten								1		1	1	
	- Villach								1		1	1	
	- Wien III								1		1	1	
	- Wiener Neustadt								1		1	1	
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum					1					1	1	
	Summe 1280					4		8	6	6	24	24	
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*												
	Bundesfachschule für wirtschaftl. Berufe Türitz									1	1	1	
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried									1	1	1	
	Summe 1281									2	2	2	
1282	Handelsakademien und Handelsschulen: *												
	Braunau									1	1	1	
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende):												
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems					1					1	1	

390

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Ann.	III	II	Ia							
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung:											
	Graz					1				1	1	
	Innsbruck								1	1	1	
	Linz					1				1	1	
	Wien					1			1	2	2	
	Summe 1293...					3			2	5	5	
	Summe 12...	1		2	2	34		12	6	31	88	
14	Wissenschaft:											
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)			2		1				3	4	
1420	Universitäten: *											
	Montanuniversität Leoben			1		1				2	2	
	- , Institut für Geophysik								1	1	1	
	Technische Universität Graz					1				1	1	
	- , Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie								1	1	1	
	- , Institut f. Landwirtsch. Bauwesen u. Ländl. Siedlungswesen									1	1	
	- , Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie								1	1	1	
	Technische Universität Wien			1				1		2	2	
	- , Institut für Fertigungstechnik							1		1	1	
	- , Institut für Hochbau für Architekten							1		1	1	
	- , Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik								1	1	1	
	- , Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen							1		1	1	
	Universität Klagenfurt					1			1	2	2	
	- , Universitäts-Sportinstitut					1				1	1	
	Universität für Bodenkultur					1		1		2	2	
	- , Botanisches Institut					1				1	1	
	- , Institut für Bodenforschung und Baugologie								1	1	1	
	- , Institut für Forstentomologie und Forstschutz								1	1	1	
	- , Institut für forstliches Bauingenieurw. und Waldarbeit					1				1	1	
	- , Institut für Waldökologie								1	1	1	
	- , Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung					1			2	3	3	
	- , Institut für Pflanzenschutz					1				1	1	
	- , Institut für Waldbau								1	1	1	
	- , Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung					1				1	1	
	- , Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft								1	1	1	
	- , Lehrforstzentrum					1				1	1	
	- , Versuchswirtschaft Großsenzersdorf					1			6	7	7	
	Universität Graz					2			1	3	3	
	- , Universitätsbibliothek					1				1	1	
	- , Institut für Botanik								1	1	1	
	- , Institut für Geologie und Paläontologie								1	1	1	
	- , Universitätssportzentrum								1	1	1	
	- , Zentrale Versuchstieranlage							1		1	1	
	Universität Innsbruck							1		2	3	
	- , Universitätsbibliothek					1				1	1	
	- , Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur								1	1	1	
	- , Institut für Anatomie					1				1	1	
	- , Institut für klassische Archäologie								1	1	1	
	- , Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1	
	- , Universitäts-Sportinstitut								3	3	3	
	- , Zentrale Versuchstieranlage								1	1	1	
	Universität Linz			1		1				2	2	
	Universität Salzburg			1		1		1		3	3	
	- , Universitätsbibliothek								1	1	1	
	Universität Wien			1		1				2	4	
	- , Universitätsbibliothek					1				1	1	
	- , Zentrum für Biomedizin								1	1	1	
	- , Institut für Alte Geschichte								1	1	1	

FAHRZEUGPLAN 2000

391

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis einschl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
1420	(Fortsetzung)											
	- , Institut für Anatomie					1				1	1	
	- , Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfl							1		1	1	
	- , Institut für Botanik und Botanischer Garten					1			1	2	2	
	- , Institut für Geologie					1				1	1	
	- , Institut für klassische Archäologie								2	2	2	
	- , Institut für Meteorologie und Geophysik								1	1	1	
	- , Institut für Paläontologie								1	1	1	
	- , Institut für Petrologie								1	1	1	
	- , Institut für Ökologie und Naturschutz					1				1	1	
	- , Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1	
	- , Forschungsinstitut für Versuchstierzucht Himberg					1				1	1	
	Veterinärmedizinische Universität Wien					2		1		2	5	
	- , Lehr- und Forschungsgut Merkenstein								8	8	8	
	Wirtschaftsuniversität Wien					1				1	1	
	Summe 1420....			5		30		7	6	50	98	
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):											
	Montanuniversität Leoben					1				1	1	
	- , Institut für Bildungsförderung und Sport					1				1	1	
	- , Institut für Geophysik								1	1	1	
	- , Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen								1	1	1	
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung								1	1	1	
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik								1	1	1	
	- , Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre								1	1	1	
	- , Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau								1	1	1	
	Universität Klagenfurt					1				1	1	
	Universität für Bodenkultur, Institut für Obstbau					1			4	5	5	
	- , Institut für Waldbau					1				1	1	
	Universität Graz, Sportinstitut								1	1	1	
	- , Sportinstitut (Universitätsheim Plannersalm)								1	1	1	
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft								1	1	1	
	- , Sportinstitut					1				1	1	
	Universität Linz, Sportinstitut								1	1	1	
	Universität Salzburg, Sportinstitut					1				1	1	
	Universität Wien								2	2	2	
	- , I. Chirurgische Universitäts-Klinik					1				1	1	
	- , Sportinstitut					1				2	2	
	Veterinärmedizinische Universität Wien					2				3	3	
	Summe 1421....					11				18	29	
1424	Wissenschaftliche Anstalten:											
	Geologische Bundesanstalt					2				2	4	
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien					1				1	1	
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen								1	1	1	
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik					1			2	3	3	
	- , Regionalstelle Salzburg								1	1	1	
	- , Regionalstelle Tirol/Vorarlberg								1	1	1	
	Summe 1424....					4				7	11	
1430	Universitäten der Künste:											
	Universität für angewandte Kunst Wien								1	1	1	
	Universität f. künstlerische u. industrielle Gestaltung Linz					1				1	1	
	Universität für Musik und darstellende Kunst Graz					1				1	1	
	- , Expositur Oberschützen					1				1	1	
	Summe 1430....					3		1		4	4	

392

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1431	Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung): Universität für Musik und darstellende Kunst Wien					1				1	1		
	Summe 14...			7		50		8	6	75	146	147	
15	Soziale Sicherheit und Generationen:												
1500	Zentralleitung	2		4							6	4	
1570	Bundessozialämter:												
	Wien, Niederösterreich und Burgenland					1					1	1	
	Oberösterreich					1					1	1	
	Steiermark					1					1	1	
	Kärnten					1					1	1	
	Summe 1570...					4					4	4	
1592	Arbeitsinspektion:												
	Arbeitsinspektion Wien											4	
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt											1	
	- Graz											1	
	- Klagenfurt											1	
	- Krems											1	
	- Leoben											1	
	- Linz											1	
	- Salzburg											1	
	- St. Pölten											1	
	- Vöcklabruck											1	
	- Wels											1	
	Summe 1592...											14	
	Summe 15...	2		4		4					10	22	
17	Gesundheit:												
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten: *												
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien									1	1		
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz					1					1		
	Summe 1790...					1				1	2		
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:												
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien											1	
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:												
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien									1	1		
1795	Veterinärmedizinische Anstalten: *												
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling									3	3		
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Graz									1	1		
	- Innsbruck									1	1		

FAHRZEUGPLAN 2000

393

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1795	(Fortsetzung)												
	- Linz								1	1			
	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf						2		3	5			
	Summe 1795...						2		9	11			
	Summe 17...				1		2		11	14	1		
18	Umwelt:												
1800	Zentralleitung										2		
1860	Umweltpolitische Maßnahmen:												
	Burgenland										1		
	Kärnten										2		
	Vorarlberg										1		
	Summe 1860...										4		
	Summe 18...										6		
20	Äußeres:												
2000	Zentralleitung	1		4		1				6	7		
201	Vertretungsbehörden:												
	Addis Abeba		1							1	1		
	Abidjan		1							1	1		
	Agram		1							1	1		
	Algier								1	1	1		
	Amman		1							1	1		
	Ankara		1							1	1		
	Athen		1							1	1		
	Bangkok		1				1			2	2		
	Beirut		1							1			
	Belgrad		1							1	1		
	Berlin		1							1	1		
	Bern		1							1	1		
	Bogota		1							1	1		
	Bonn		1							1	1		
	Brasilia		1							1	1		
	Brüssel		1							1	1		
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union		1			1			2	2	2		
	Budapest		1							1	1		
	Buenos Aires		1							1	1		
	Bukarest		1							1	1		
	Canberra		1							1	1		
	Caracas		1							1	1		
	Dakar		1							1	1		
	Damaskus		1							1	1		
	Den Haag		1							1	1		
	Dublin		1							1	1		
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen		1							1	1		
	Guatemala		1				1		2	2	2		
	Hanoi		1							1			
	Harare		1				1		2		1		
	Havanna		1						1	1	1		
	Helsinki		1						1	1	1		
	Islamabad		1						1	1	1		
	Jakarta		1				1		2	2	2		
	Kairo		1						1	1	1		
	Kiew		1						1	1	1		
	Kopenhagen		1						1	1	1		

394

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
201	(Fortsetzung)											
	Kuala Lumpur		1							1	1	
	Kuwait		1							1	1	
	Lagos		1				1			2	2	
	Laibach		1							1	1	
	Lima		1							1	1	
	Lissabon		1							1	1	
	London		1							1	1	
	Luxemburg		1							1	1	
	Madrid		1							1	1	
	Manila		1							1	1	
	Maskat		1							1	1	
	Mexiko		1							1	1	
	Moskau		1			1				2	2	
	Nairobi		1							1	1	
	New Delhi		1							1	1	
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug)			1						1	1	
	- und Österreichisches Generalkonsulat (Mietfahrzeug)			1						1	1	
	Oslo		1							1	1	
	Ottawa		1							1	1	
	Paris		1							1	1	
	Paris - UNESCO		1							1	1	
	Peking		1			1				2	2	
	Prag		1							1	1	
	Preßburg		1							1	1	
	Pretoria		1							1	1	
	Rabat		1							1	1	
	Riga		1							1	1	
	Riyadh		1							1	1	
	Rom		1							1	1	
	Rom-Vatikan		1							1	1	
	Santiago de Chile		1							1	1	
	Sarajewo		1						1	1	1	
	Seoul		1							1	1	
	Skopje		1							1	1	
	Sofia		1							1	1	
	Stockholm		1							1	1	
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat		1							1	1	
	Tallin		1							1	1	
	Teheran		1							1	1	
	Tel Aviv		1							1	1	
	Tirana		1							1	1	
	Tokio		1							1	1	
	Tripolis		1							1	1	
	Tunis		1							1	1	
	Warschau		1							1	1	
	Washington (Mietfahrzeug)		1							1	1	
	Wilna		1							1	1	
	Summe 201...		82			3	7			2	94	87
203	Österreichische Kulturinstitute:											
	Rom					1				1	1	
	Warschau					1				1	1	
	Summe 203...					2				2	2	
	Summe 20...	1	82	4		6	7			2	102	96
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz	1		2						3	3	
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1								1	1	

FAHRZEUGPLAN 2000

395

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
			Kategorie						über 1000kg	bis einschl. 1000kg			
			III	II	Ia	I							
302	Justizbehörden in den Ländern:	*											
	4 Gerichtshöfe II. Instanz			4		1				6	11	11	
	21 Gerichtshöfe I. Instanz			14							14	14	
	Summe 302...			18		1				6	25	25	
3030	Justizanstalten:	*											
	Justizanstalt Eisenstadt					1					1	1	
	- Feldkirch					2					2	2	
	- Garsten					2	1		3	6	6	6	
	- Göllersdorf					2				2	2	2	
	- Graz-Jakomini					3	1			4	4	4	
	- Graz-Karlau					3	1		3	7	7	7	
	- Hirtenberg					3	1		6	10	10	10	
	- Innsbruck					4	1		2	7	7	7	
	- Klagenfurt					3	1		4	8	8	8	
	- Korneuburg					2				2	2	2	
	- Krems					1				1	1	1	
	- Leoben					2				2	2	2	
	- Linz					3	3		1	7	7	7	
	- Ried					1				1	1	1	
	- Salzburg					2				2	2	2	
	- St. Pölten										2	2	
	- Schwarzau					2			3	5	6	6	
	- Sonnberg					2	1		2	5	5	5	
	- Stein					5	3		1	9	8	8	
	- Steyr					1				1	1	1	
	- Suben					2	1			3	3	3	
	- Wels					1				1	1	1	
	- Wien-Favoriten					1				1	1	1	
	- Wien-Josefstadt					7	1		4	12	12	12	
	- Wien-Mittersteig					2				2	2	2	
	- Wien-Simmering					3	1			4	4	4	
	- Wiener Neustadt					1				1	1	1	
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf					3	1		1	5	5	5	
	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg										1	1	
	Summe 3030...					64	17		30	111	114	114	
3031	Justizanstalt St. Pölten					2				2			
3032	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg					1				1			
	Summe 30...		2		20		68		17	36	143	143	
40	Militärische Angelegenheiten:												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung		1		14		2				17	17	
401	Heer und Heeresverwaltung	*											
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut					1					1	1	
4050	Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung)							6		29	35	29	
	Summe 40...		1		14	1	2		6	29	53	47	
50	Finanzverwaltung:												
5000	Zentralleitung		2		3		1		1		7	7	
5040	Dienststellen:	*											
	Zollwachegeneralinspektorat					32	5	1	1	158	197	184	
	Finanzlandesdirektion für Kärnten				1	5				6	6	6	
	- Oberösterreich				1	12		1		3	17	17	

396

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
5040	(Fortsetzung)												
	- Salzburg			1		10		1		1	13	18	
	- Steiermark			1		13		1			15	15	
	- Tirol			1		7					8	8	
	- Vorarlberg			1		4			1		6	6	
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland			1	4	26		3	1	7	42	42	
	Summe 5040...			7	4	109	5	7	3	169	304	296	
5070	Bundespensionsamt					1					1	1	
5071	Finanzprokuratur	*		1							1	1	
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt					1					1	1	
	Summe 50...	2		11	4	112	5	7	4	169	314	306	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:												
6000	Zentralleitung	*	1		4		2			2	9	9	
6007	Qualitätskontrolle:												
	Graz					2					2	2	
	Innsbruck					1					1	1	
	Klosterneuburg					6					6	6	
	Linz					2					2	2	
	Summe 6007...					11					11	11	
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:	*											
	Bundesseminar für das land- und forst- wirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St.Veit					1					1	1	
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels					1				5	6	6	
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	- Ursprung/Elixhausen									3	3	3	
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmberg					1				1	2	2	
	- Kematen					1				1	2	2	
	- Kematen (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	- Pitzelstätten					1				1	2	2	
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	- Sitzenberg					1				1	2	2	
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien					2				2	4	4	
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg					1			1	5	7	7	
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum					2				2	4	4	
	- Francisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)									2	2	2	
	- St. Florian					2				2	2	2	
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)									2	2	2	
	Summe 6050...					13			1	31	45	45	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:	*											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz					6		3	1	3	13	13	
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft					18		4	7	14	43	43	

FAHRZEUGPLAN 2000

397

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
6051	(Fortsetzung)											
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt					4				4	4	
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein							1	1	13	14	
	Summe 6051...					28		8	9	30	74	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:											
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs					1				1	2	
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur - Gainfarn					3				2	2	
										1	4	
	Summe 6052...					4				4	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			1		5		1		17	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:											
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft Rotholz					1		1		2	2	
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft Wolfpassing					2				2	2	
	Summe 6055...					3		1		4	4	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:											
	Bundesamt für Wasserwirtschaft					3		1		6	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	*				3			1	7	11	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:	*										
	Ort/Gmunden					1				4	5	
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)									2	2	
	Ossiach					1		1		5	7	
	Ossiach (Leihfahrzeuge)									1	1	
	Summe 6072...					2		1		12	15	
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:											
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach			1							1	
	-, Sektion Oberösterreich/Linz			1							1	
	-, Sektion Salzburg/Salzburg			1							1	
	-, Sektion Steiermark/Graz			1							1	
	-, Sektion Tirol/Innsbruck			1							1	
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz			1							1	
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien			1							1	
	Summe 6080...			7							7	
6091	Bundeskellereiinspektion					32					32	
6093	Bundesgärten:	*										
	Innsbruck							2		2	4	
	Wien-Schönbrunn					2		5	4	8	19	
	Summe 6093...					2		7	4	10	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	*				1	1			8	10	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:	*										
	Bruck/Mur									1	1	
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)									1	1	
	Lahnhuben									1	1	

398

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
6096	(Fortsetzung)											
	Merkenstein								2	2	2	
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Kollerhuber								2	2	2	
	Kollerhuber (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Ulmerfeld								2	2	2	
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Summe 6096.								12	12	12	
	Summe 60... ..	1		12		109	1	19	15	139	468	
61	Umwelt neu:											
6120	Umweltpolitische Maßnahmen:											
	Burgenland								1	1		
	Kärnten								2	2		
	Vorarlberg								1	1		
	Summe 61... ..								4	4		
63	Wirtschaft und Arbeit:											
6300	Zentralleitung	2		5		1				8	7	
6320	Österreichisches Patentamt										2	
633	Bergbehörden:											
	Berghauptmannschaft Innsbruck				1					1	1	
	- Salzburg				2					2	2	
	- Wien			1	1					2	2	
	Summe 633.			1	4					5	5	
6392	Arbeitsinspektion:											
	Arbeitsinspektion Wien				1	3				4		
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt				1					1		
	- Graz				1					1		
	- Klagenfurt				1					1		
	- Krems				1					1		
	- Leoben				1					1		
	- Linz				1					1		
	- Salzburg				1					1		
	- St. Pölten				1					1		
	- Vöcklabruck				1					1		
	- Wels				1					1		
	Summe 6392.				11	3				14		
	Summe 63... ..	2		6	15	4				27	14	
64	Bauten und Technik:											
6401	Bundesmobilienvverwaltung							1		1	1	
6422	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):											
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland										85	
	- Kärnten										246	
	- Niederösterreich										375	
	- Oberösterreich										215	
	- Salzburg										95	
	- Steiermark										322	

FAHRZEUGPLAN 2000

399

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
6422	(Fortsetzung)											
	- Tirol										200	
	- Vorarlberg										30	
	- Wien										15	
	Summe 6422										1.583	
6440	Wasserstraßendirektion:											
	Wasserstraßendirektion										2	
	Wasserstraßenverwaltung West										2	
	- Ost										2	
	- Mitte										2	
	Summe 6440										8	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):											
	Bundesgebäudeverwaltung II Graz				2	3		1	3	1	10	10
	- Innsbruck				2	2			4	1	9	9
	- Klagenfurt				1	3	1	2	2		9	9
	- Linz				1	3		2	5		11	11
	- Salzburg				1	3	1	2	6		13	13
	Burghauptmannschaft Wien									1	1	1
	Summe 6450			1	6	14	2	7	20	3	53	53
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):											
	Bundesbaudirektion Wien			1	1	18		3	6	4	33	33
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:											
	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen			1							1	1
	Abteilung F 2			1		4		2	2	10	19	19
	Abteilung V 1					5				12	17	17
	Abteilung V 3					1				3	4	4
	Abteilung M 4					2					2	2
	Gruppe A					4					4	4
	Eich- und Vermessungsämter:											
	Burgenland					2		1		1	4	4
	Kärnten					1		1		4	6	6
	Niederösterreich					10		2		3	15	15
	Oberösterreich					8		2		7	17	17
	Salzburg							1		5	6	6
	Steiermark					6		1		4	11	11
	Tirol / Vorarlberg					6		2		4	12	12
	Wien					1				6	7	7
	Summe 6490			2		50		12	2	59	125	125
	Summe 64			4	7	82	2	23	28	66	212	1.803
65	Verkehr, Innovation und Technologie:											
6500	Zentralleitung		1		2					1	4	2
6501	Schiffahrtspolizei					1					1	1
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					8				38	46	46
6541	Wasserstraßendirektion:											
	Wasserstraßendirektion				2						2	
	Wasserstraßenverwaltung West					2					2	

400

FAHRZEUGPLAN 2000

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 2000	Summe 1999
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
6541	(Fortsetzung)											
	- Ost					2				2		
	- Mitte					2				2		
	Summe 6541...			2		6				8		
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge					1		3		2	6	
6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben): *											
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland					2		43	24	16	85	
	- Kärnten					75		91	31	49	246	
	- Niederösterreich					76		166	74	59	375	
	- Oberösterreich					3		100	54	58	215	
	- Salzburg					7		40	20	28	95	
	- Steiermark					38		149	90	45	322	
	- Tirol					14		66	75	45	200	
	- Vorarlberg					2		9	13	6	30	
	- Wien					4		6	4	1	15	
	Summe 6562...					221		670	385	307	1.583	
6580	Österreichisches Patentamt			1		1					2	
	Summe 65...	1		5		238		673	385	348	1.650	
70	Öffentliche Leistung und Sport:											
700	BH für öffentliche Leistung und Sport		1			1					2	
7020	Verwaltungsakademie					1					1	
	Summe 70...		1			2					3	
71	Bundestheater										16	

FAHRZEUGPLAN 2000

401

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 2000	Summe 1999	
		Anm.	Gewichtsklasse				Sitzplatzkl.				
			D-F	C	B		A	b			a
11	Inneres:										
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst:										
	Graz				1	3		4	4		
	Hohenems					1		1	1		
	Innsbruck					1		1	1		
	Klagenfurt				1	3		4	4		
	Lienz					1		1	1		
	Linz				1	3		4	4		
	Salzburg					2		2	2		
	Wien				1	5		7	6		
	Technischer Umlauf (Reserve)					5		5	5		
	Summe 11...				1	4		24	28		
64	Bauten und Technik:										
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens		1					1	2		

402

FAHRZEUGPLAN 2000

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2000	Summe 1999
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord- Motorboote	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
11	Inneres:							
1100	Zentralleitung		1			3	4	3
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			46	3	22	71	71
	Summe 11...		1	55	6	41	103	102
12	Bildung und Kultur:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt					1	1	1
14	Wissenschaft:							
1420	Universitäten: Universität Wien, Institut für Ökologie u. Naturschutz					1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasserversorgung, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft					1	1	1
	Summe 1420...					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung): Universität Wien, Institut für Ökologie u. Naturschutz		1				1	1
	Summe 14...		1			2	3	3
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen: Zollwachegeneralinspektorat			5		2	7	7
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten: Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach					1	1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst: Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld./Wien							1
	-, Sektion Oberösterreich/Linz							1
	Summe 6080...							2
	Summe 60...			3	2	8	13	15
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion: Donau - March - Thaya							3
	- Zugschiffe unter 200 PS							2
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe							1
	Summe 64...							6

FAHRZEUGPLAN 2000

403

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2000	Summe 1999
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
65	Verkehr, Innovation und Technologie:							
6501	Schiffahrtspolizei			2		16	18	18
	- Schleppschiffe		16				16	16
	Summe 6501...		16	2		16	34	34
6541	Wasserstraßendirektion:							
	Donau - March - Thaya					3	3
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe		3				3
	Summe 6541...		3			3	6
	Summe 65...		19	2		19	40	34

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

- | Kap.
Tit.
bzw.
Par. | Anmerkung |
|------------------------------|--|
| 01 | Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke. |
| 021 | Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion. |
| 022 | Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion. |
| 024 | Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke. |
| 1000 | Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke. |
| 1130 | In den ausgewiesenen 520 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten. |
| 1151 | Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor. |
| 1241 | Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist. |
| 1270 | Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren. |
| 1280 | In den ausgewiesenen 8 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 7 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 6 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. |
| 1281 | Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren. |
| 1282 | Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor. |
| 1420 | Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 50 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 22 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitäts-sportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (3), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7), für die Universität Klagenfurt (1) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind. |
| 1790 | Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt. |
| 1795 | In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren enthalten, die für die Bundesanstalten für Tierseuchenbekämpfung Mödling (1) und für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Metzendorf (1) vorgesehen sind. Von den 3 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Metzendorf wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt. |
| 302 | Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen. |
| 3030 | Bei den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 24 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarzau(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(1) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg. |
| 401 | Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen. |
| 5040 | Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates. |
| 5071 | Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenutzt. |
| 6000 | Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt. |
| 6050 | In den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 26 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elmberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (5) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind. |
| 6051 | In den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 28 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14), für das Bundesamt für Agrarbiologie in Linz (3) sowie für die Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (11) vorgesehen sind. |
| 6059 | In den ausgewiesenen 7 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten. |
| 6072 | In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind. |
| 6093 | In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind. |
| 6094 | In den ausgewiesenen 8 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten. |

FAHRZEUGPLAN 2000

405

IV. Anmerkungen

Kap.
Tit.
bzw.
Par. A n m e r k u n g

- 6096 In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2), Kollerhube (1) und Ulmerfeld (1) vorgesehen sind.
- 6562 Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge
(entfällt)

406

FAHRZEUGPLAN 2000

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2000

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000

Print Media Austria AG

Inhalt

I. TEIL

	Seite
Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags 2000 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1999 und 1998:	
Gesamtgebarung und Aufgabenstellung	7
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 70	10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei	11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung	12
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof	15
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof	16
Kapitel 05: Volksanwaltschaft	17
Kapitel 06: Rechnungshof	18
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen	19
Kapitel 11: Inneres	24
Kapitel 12: Bildung und Kultur	33
Kapitel 13: Kunst	56
Kapitel 14: Wissenschaft	61
Kapitel 15: Soziale Sicherheit und Generationen	74
Kapitel 16: Sozialversicherung	84
Statistische Daten zur Pensionsversicherung	92
Kapitel 17: Gesundheit	104
Kapitel 18: Umwelt	115
Kapitel 19: Jugend und Familie	116
Kapitel 20: Äußeres	124
Kapitel 30: Justiz	129
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten	135
Kapitel 50: Finanzverwaltung	140
Kapitel 51: Kassenverwaltung	154
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.)	159
Titel 2/529 Ab Überweisungen II (Transferzahlungen zwischen EU und Österreich)	177
Übersicht über die im Budget 2000 veranschlagten Ertragsanteile	183
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes	184
Kapitel 53: Finanzausgleich	189
Kapitel 54: Bundesvermögen	195
Kapitel 55: Pensionen (Allgemeines)	210
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien	213
Kapitel 56: Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	214
Kapitel 58: Finanzschuld, Währungstauschverträge	215
Kapitel 60: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	218
Agrarische Strukturförderung (Titel 602)	226
Marktordnungsmaßnahmen (Titel 603)	227
Kapitel 61: Umwelt neu	239
Kapitel 63: Wirtschaft und Arbeit	242
Arbeitsmarktpolitik	245
Kapitel 64: Bauten und Technik	253
Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG	258
Kapitel 65: Verkehr, Innovation und Technologie	261
Kapitel 70: Öffentliche Leistung und Sport	273

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 2000:**

Primärsaldo	277
Personalstand und Personalausgaben	282
Starrheit des Bundeshaushaltes	286
Investitionen und Investitionsförderung	287
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes.....	290
Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen.....	291
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes	292

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung.....	295
Brutto- und Nettogebahrung laut Finanzstatistik	296
Volkswirtschaftliche Abgabenquote.....	297
Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	299
Ausgaben und Einnahmen des Staates bzw. des Bundes	300

III. Bundesgebahrung der Jahre 1998 und 1999:

Bundesrechnungsabschluss 1998	303
Vorläufiger Gebahrungserfolg 1999	304
Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG.....	317

IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz	318
Budgetbericht und Budgetprogramm.....	318
Bundesrechnungsabschluß	318
Vorschriften für die Haushaltsführung	318

V. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebahrung, Haushaltsgebahrung	320
Gliederung des Bundesvoranschlages	321
Schema des dekadisch nummerierten Ansatzplanes.....	322
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebahrungsgruppen).....	323
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)	325
Kontenplan für die Bundesverwaltung	329
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	330
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)	334
Mehrjährige Vorhaben	335
Zweckgebundene Einnahmen	335
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr).....	335

A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 2000 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1999 und 1998

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 2000 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 2000 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlussziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1999 bzw. dem vorläufigen Erfolg 1999 und dem Bundesrechnungsabschluss 1998 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 2000	Bundesvoranschlag 1999	Vorläufiger Gebarungserfolg 1999	BRA 1998
in Millionen Schilling				
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	781 324	767 584	787 610	777 600
Einnahmen.....	726 676	697 438	719 415	711 573
Abgang ...	54 648	70 146	68 194	66 027
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	496 010	264 077	421 820	342 448
Einnahmen.....	550 658	334 223	490 014	408 475
Überschuss ...	54 648	70 146	68 194	66 027
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. S.....	2 782,5 ¹⁾	2 735,4 ²⁾	2 685,9 ¹⁾	2 610,9 ¹⁾
Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP	2,0	2,6	2,5	2,5

RUNDUNGSDIFFERENZEN

1) Prognose des WIFO vom Dezember 1999.

2) Prognose des WIFO zum Zeitpunkt der Budgeterstellung.

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Im Interesse der kommenden Generationen wird die neue Bundesregierung die Budgetkonsolidierung weiter vorantreiben und das Defizit gemäß den Verpflichtungen aus dem österreichischen Stabilitätsprogramm weiter reduzieren.

Längerfristig ist ein ausgeglichener Bundeshaushalt zu erreichen. Für das Jahr 2000 ist im Stabilitätsprogramm für den Bund ein Defizit von 2,2% des BIP als Referenzwert festgehalten. Am Ende der Legislaturperiode im Jahr 2003 wird als Etappenziel ein Budgetdefizit des Bundes von 1,8% festgelegt.

Zur Erreichung dieses Zieles wird von folgenden Eckpunkten der Budgetpolitik ausgegangen:
Überwiegend ausgabenseitige Budgetkonsolidierung,
Beachtung der Grundsätze der Transparenz und Kostenwahrheit bei der Umsetzung,
Ausgabenwachstum deutlich unterhalb des nominellen BIP-Wachstums,
verstärkte Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung,
Bedeckung neuer zusätzlicher budgetärer Ausgaben durch konkrete Gegenfinanzierungen.

Der **Bundesvoranschlag 2000** stellt einen gelungenen Mix aus Einsparungen und Kostenwahrheit dar. In erster Linie wurde gespart und zugleich dort, wo es insbesondere im Interesse der Kostenwahrheit vertretbar war, Anpassungen auf der Einnahmenseite vorgenommen. Die knappe Budgetierung auf der Ausgabenseite stellt dennoch bereits eine Schnittstelle zu Strukturreformen dar, weil die Aufgabepriorisierung erste Weichenstellungen für Strukturreformen verlangt.

Trotz dieser Maßnahmen kann die Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau abgesichert und ein klares Signal in Richtung Forschung und Entwicklung gestellt werden.

Der Entwurf für den Bundesvoranschlag 2000 sieht ein administratives Nettodefizit von rund 54,6 Milliarden Schilling oder 2,0 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Nettodefizit liegt damit um rund 15,5 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1999, um rund 13,6 Milliarden Schil-

ling unter dem vorläufigen Ergebnis 1999 und um rund 11,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesrechnungsabschluss 1998.

Das im österreichischen **Stabilitätsprogramm** vorgesehene Nettodefizit des Bundes für das Jahr 2000 beträgt 2,2% des BIP oder rund 62 Milliarden Schilling. Auf Grund einiger Sonderfaktoren ist dieses Maastricht-Defizit im Jahr 2000 nur erzielbar, wenn das administrative Defizit merklich unter dem Zielwert von rund 62 Milliarden Schilling liegt. Dies ist durch den vorliegenden Entwurf des Bundesvoranschlags gelungen. Daher ist davon auszugehen, dass die Verpflichtungen des Bundes aus dem österreichischen Stabilitätsprogramm betreffend das Defizitziel für das Jahr 2000 eingehalten werden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2000 verbessern sich die internationalen Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft: In den USA bleibt die Konjunktur kräftig; in Europa gewinnt sie an Schwung. Export und Investitionstätigkeit erholen sich merklich. Die Wirtschaft der osteuropäischen Handelspartner überwindet die bremsenden Einflüsse. Die Reformmaßnahmen greifen zunehmend und führen zu insgesamt doch verbesserten Konjunkturaussichten.

Vor diesem international positiv zu bewertendem Hintergrund sieht auch die österreichische Konjunkturlage für 2000 und 2001 sehr positiv aus. Das Wirtschaftswachstum dürfte nach allen vorliegenden Prognosen heimischer und internationaler Institutionen sowohl 2000 als auch 2001 knapp 3% erreichen und liegt damit deutlich über dem Potentialwachstum. Nach Abflauen des Erdölpreisschocks sollten sich auch die Inflationsraten um die 1%-Marke einpendeln, womit praktisch die in den letzten beiden Jahren erreichte Preisstabilität weiter gesichert erscheint. Die Beschäftigung sollte weiter zunehmen, womit auch die Arbeitslosenrate weiterhin auf ihrem leicht sinkenden Trend bleiben wird: Nach EU-Messung sollte die Arbeitslosenrate im Jahr 2000 etwa 4,2% betragen, nach traditioneller österreichischer Methode 6,5%.

Bei der Erstellung des Entwurfes des Bundesvoranschlags 2000 wurde von folgenden wirtschaftlichen Eckdaten für das Jahr 2000 ausgegangen (Wirtschaftsdaten auf Grund der Prognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung vom Dezember 1999):

nominelles Wirtschaftswachstum.....	+3,6%
reales Wirtschaftswachstum	+2,8%
Unselbständig Beschäftigte	+1,0%
Verbraucherpreise.....	+1,1%
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung)	6,5%
Arbeitslosenquote (EU Abgrenzung)	4,2%
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,8%

3. Budgetvollzug 1999

Der Bundesvoranschlag 1999 sah ein Defizit von 70,1 Milliarden Schilling oder 2,6% des Bruttoinlandsprodukts vor. Der vorläufige Gebarungserfolg weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 68,2 Milliarden Schilling oder 2,5% des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden im allgemeinen Haushalt die Ausgaben um rund 20,0 Milliarden Schilling und die Einnahmen um rund 22,0 Milliarden Schilling überschritten. Somit ist es auch im Vorjahr wieder gelungen, den veranschlagten Budgetabgang nicht nur einzuhalten, sondern um rund 2,0 Milliarden Schilling zu unterschreiten.

Trotz beträchtlicher Einnahmefälle (zB. öffentliche Abgaben netto -7,2 Milliarden Schilling, Erlöse aus der Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen -3,0 Milliarden Schilling, Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften -2,0 Milliarden Schilling) und Mehrausgaben (zB. Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz +2,9 Milliarden Schilling, Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung +4,2 Milliarden Schilling) konnte durch Ausgabeneinsparungen und durch zusätzliche Einnahmen in vielen anderen Bereichen das Gesamtergebnis noch verbessert werden.

Im Österreichischen **Stabilitätsprogramm** wird die gesamtstaatliche Defizitquote für 1999 mit 2,0% und die gesamtstaatliche Schuldenquote mit 63,5% des BIP vorgegeben. Nach den vorläufigen Ergebnissen für 1999 beträgt das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates 2,0% und die gesamtstaatliche Schuldenquote 64,9% des BIP. Die Erhöhung der Schuldenquote ist vor allem durch den Anstieg des Yen-Kurses begründet.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 70:

1. Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 und Ausgliederungen

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen mit Wirkung 1. April 2000 und einiger Ausgliederungen sind auf Kapitelebene die Voranschlagsziffern 2000 mit den Vorjahresdaten nur bedingt vergleichbar.

Die wesentlichsten Kompetenzverschiebungen sind bei den jeweiligen Kapiteelerläuterungen verbal angegeben. In diesem Zusammenhang wurden zwei neue Kapitel geschaffen:

Kapitel 61 Umwelt — Neu,

Kapitel 70 Öffentliche Leistungen und Sport.

Beim Kapitel 18 Umwelt sind die Ausgaben und Einnahmen nur mehr für den Zeitraum Jänner bis März 2000 veranschlagt.

Folgende Ausgliederungen wurden in den letzten Monaten durchgeführt:

Bundestheater, Kapitel 71, mit Wirkung 1. September 1999, Statistisches Zentralamt, Titel 102, mit Wirkung 1. Jänner 2000 und einige Museen, Paragraph 1244, (Technisches Museum, Museum für angewandte Kunst, Albertina, Österreichische Galerie Belvedere mit Wirkung 1. Jänner 2000 und Kunsthistorisches Museum mit Wirkung 1. Jänner 1999).

2. Flexibilisierungsklausel

Die Bestimmungen gemäß § 17a BHG werden erstmals für folgende Organisationseinheiten angewandt:

Justizanstalt St. Pölten (Paragraph 3031) und Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg (Paragraph 3032),

Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Paragraph 6056) und Bundesamt für Wasserwirtschaft (Paragraph 6058).

3. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden die Auswirkungen der Besoldungsreform, der Struktureffekte und der allgemeinen Bezugs- und Pensionserhöhung mit Wirkung 1. Jänner 2000 berücksichtigt.

4. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der jeweils geltenden Fassung, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuss aus Bundesmitteln bewilligt werden.

5. Erfolg bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen der einzelnen Jahre stellen dar:

1998: Bundesrechnungsabschluss

1999: Bundesvoranschlag

1999: Vorläufiger Gebarungserfolg (Stand 31. Jänner 2000)

2000: Bundesvoranschlag.

Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 2000.

6. Redaktionsschluss 20. März 2000

Kapitel 01 Präsidenschaftskanzlei

Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundespräsidenten, geregelt im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450, in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz BGBl. I Nr. 148/1999.

Die Präsidenschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
*)				
1998	34,9	26,2	61,1	1,3
1999	36,1	25,4	61,5	1,2
1999 vorl. Erfolg.....	39,0	32,5	71,5	1,2
2000	38,7	23,7	62,4	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 2000 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen“ 2,000 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Bundespräsidenten

Die Bezüge des Bundespräsidenten sind im Bundesbezügegesetz (Art. 2 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997) geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)“ verrechnet.

*) Die Zahlen der einzelnen Jahre stellen dar:
 1998: Bundesrechnungsabschluss
 1999: Bundesvoranschlag
 1999: vorläufiger Erfolg (Stand 31. Jänner 2000)
 2000: Bundesvoranschlag

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (B-VG); weiters aus der Tätigkeit der Parlamentsdirektion zur Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben und zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 30 B-VG, sowie auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	198,2	1 725,4	1 914,7	34,1
1999	198,0	1 389,9	1 587,9	36,5
1999 vorl. Erfolg.....	211,5	1 285,3	1 496,8	30,3
2000	218,9	1 256,0	1 474,9	34,1

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/1998;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997;

Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997;

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 131/1999

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluss von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuss des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuss des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterrechts. Der Hauptausschuss des Nationalrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	1 164,5	25,2
1999	774,8	28,1
1999 vorl. Erfolg.....	755,3	21,9
2000	703,7	25,5

Kapitel 02 — Titel 022 und 023

13

Unterschiede gegen Vorjahr

Mindererfordernis wegen geringerer Zuwendungen an den Nationalfonds. Unterschiede bei den Einnahmen resultieren aus den nunmehr geltenden Bestimmungen betreffend Pensionsbeiträge, Pensionsversicherungsbeiträge und Pensionssicherungsbeiträge der Mandatare (gilt auch für die Einnahmen bei den Titeln 022 und 023).

Titel 022 Bundesrat**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hierbei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefassten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluss von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB bei gewissen Fristsetzungen für die Erlassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, dass dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	100,6	5,3
1999	96,6	4,5
1999 vorl. Erfolg.....	92,5	4,4
2000	96,3	4,8

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments**Gesetzliche Grundlage**

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 124/1999;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsam unterstützenden Tätigkeiten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatare an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

14

Kapitel 02 — Titel 024

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	220,1	1,9
1999	227,1	2,0
1999 vorl. Erfolg.....	210,8	1,8
2000	213,7	1,5

Unterschiede gegen Vorjahr

Mindererfordernis vor allem wegen geringerer Zuwendungen nach dem Klubfinanzierungsgesetz 1985, nach dem Ausscheiden des Liberalen Forums aus dem Europäischen Parlament und dem Nationalrat.

Titel 024 Parlamentsdirektion**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/1998;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgende Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben umfasst insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes und Bundesbezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	189,2	240,3	429,5	1,7
1999	198,0	291,4	489,4	2,0
1999 vorl. Erfolg.....	211,5	226,8	438,3	2,2
2000	218,9	242,3	461,2	2,3

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Steigerung bei den Personalausgaben ist im Wesentlichen auf die Folgekosten der Gehaltsrunde im öffentlichen Dienst, des Struktureffektes, des Vertragsbedienstetenreformgesetzes und der Dienstrechts-Novelle 1999 zurückzuführen.

Die laut Budgetrichtlinien 2000 vorzunehmenden Kürzungen der Ermessensausgaben um 15% gegenüber dem BVA 1999 wurden für das Kap. 02 überwiegend bei den Sachausgaben dieses Titels vollzogen.

Kapitel 03

15

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999 und 194/1999, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzswidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 121 Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	29,5	36,5	66,0	0,7
1999	28,6	38,0	66,6	1,0
1999 vorl. Erfolg.....	33,6	39,9	73,5	0,8
2000	35,8	36,2	72,0	1,0

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685 und 87/1997;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	118,0	18,4	136,5	4,5
1999	119,1	21,5	140,6	5,0
1999 vorl. Erfolg	130,4	18,1	148,5	4,4
2000	137,1	16,9	154,0	5,0

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 87, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998, und das Geschäftsordnungsgesetz, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/1998, und Geschäftsordnungsgesetz des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 478/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1996.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt,

von ihr vermutete Missstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlass eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat, dem Bundesrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	28,4	21,0	49,4	1,5
1999	29,7	23,7	53,3	1,8
1999 vorl. Erfolg.....	29,7	21,6	51,2	1,8
2000	31,0	21,7	52,7	1,6

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/1999.

Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 5/2000.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellten Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Dem Rechnungshof obliegt weiters die Überprüfung der Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Der Rechnungshof hat ferner in jedem zweiten Kalenderjahr alle Personen, deren jährliche Bezüge und Ruhebezüge von Rechtsträgern, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, insgesamt den in § 8 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre genannten Betrag übersteigen, in einen Bericht aufzunehmen und zugleich dem Nationalrat, Bundesrat und den Landtagen über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung, nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen getrennt, zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI ¹⁾ (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongress in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	217,6	58,6	276,2	1,6
1999	236,5	73,9	310,4	2,0
1999 vorl. Erfolg.....	240,9	62,1	303,1	1,7
2000	243,6	71,4	315,0	2,0

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/1999, sowie im Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, geregelt und beim VA-Ansatz 1/06007 veranschlagt.

¹⁾ INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 — Titel 100

19

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	1 324,5	4 595,9	5 920,4	781,1
1999	1 338,0	3 916,2	5 254,3	714,1
1999 vorl. Erfolg	1 345,5	4 575,8	5 921,3	714,9
2000	730,8	2 974,8	3 705,6	321,2

Durch die Ausgliederung des Statistischen Zentralamtes (Titel 102) mit Wirkung 1. Jänner 2000 und durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind folgende Bereiche betroffen:

- Verwaltungsakademie (Paragraf 1001) zu Paragraf 7020,
- Konsumentenschutz (Paragraf 1002) zu Kapitel 30 (unter Titel 300 mitveranschlagt),
- Innovations- und Technologiefonds (Paragraf 1005) zu Paragraf 6530,
- Zusammenarbeit mit ZOR und NUS (Paragraf 1006) zu Paragraf 2007,
- Sportangelegenheiten (Titel 107) zu Titel 703,
- Strahlenschutz (Paragraf 1081) zu Paragraf 1734 und 6170,
- Veterinärwesen (Paragraf 1082) zu Paragraf 1731,
- Lebensmittel und Chemikalien (Paragraf 1083) zu Paragraf 1732,
- Gentechnologie (Paragraf 1084) zu Paragraf 1733,
- Lebensmitteluntersuchungsanstalten (Paragraf 1090) zu Paragraf 1790,
- Veterinärmedizinische Anstalten (Paragraf 1091) zu Paragraf 1795 und
- Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst (Paragraf 1092) zu Paragraf 1796.

Die näheren Erläuterungen zu diesen von der Kompetenzverschiebung betroffenen Bereiche sind unter den **neuen** Kapiteln zu finden.

Titel 100 Bundeskanzleramt**Gesetzliche Grundlagen**

- Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2000;
- Bundesgesetz über den Unabhängigen Bundesasylsenat (UBASG), BGBl. I Nr. 77/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/1999;
- Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 159/1999;
- Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 160/1999;
- Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000;
- Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 660/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998;
- Bundes-Seniorengesetz, BGBl. I Nr. 84/1998.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der Amtshilfe online „HELP“ („help.gv.at“), der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende

Behandlung der Strukturpolitik, des Unabhängigen Bundesasylsenates, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union, der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU sowie der Euroinitiative (Euro-Kampagne), der Durchführung des Auslandsdienstes des ORF, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, Angelegenheiten der Kunst und Bundestheater, der Information und Dokumentation sowie des Datenschutzes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	526,2	2 732,6	3 258,7	525,8
1999	547,8	1 689,5	2 237,3	504,9
1999 vorl. Erfolg.....	561,6	2 316,4	2 878,0	509,7
2000	457,8	1 367,0	1 824,8	135,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderungen der Sachausgaben resultieren im Wesentlichen aus Maßnahmen gemäß Bundesministerienengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Paragraf 1000 Bundeskanzleramt-Zentraleitung

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Der hier veranschlagte Betrag dient zur Unterstützung der Beratung, Information und Betreuung von Senioren durch Seniorenorganisationen sowie für den Ersatz der Aufwendungen der Seniorenheime (§ 19 Bundes-Seniorengesetz).

Förderungen

Die hier veranschlagten Mittel sind vor allem für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland, die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogramms, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichische Institut für Raumplanung, die Unterstützung der Initiativen des Jewish Welcome Service, die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit der Europäischen Integration sowie die Abdeckung des Betriebsabganges des Betriebskindergartens vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder, die Zahlungen für Landeshauptleute und deren Stellvertreter, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD sowie für die OECD-Energieagentur vorgesorgt.

Vorschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraf 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragrafen abgewickelt.

Vorschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG

Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Kapitel 10 — Titel 101 und 102

21

Paragraf 1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Unabhängigen Bundesasylsenat 1997 wurde eine gerichtsähnliche Einrichtung dem Verwaltungsgerichtshof vorgeschaltet, die über Berufungen des Bundesasylamtes in Asylangelegenheiten zu entscheiden hat.

Bei diesem Paragraf sind neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb auch Gebühren für Dolmetscher veranschlagt.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt**Gesetzliche Grundlagen**

Behörden-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 162/1999;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 170/1999;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 50/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1998.

Aufgaben

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen „Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)“, „Archiv der Republik“, „Finanz- und Hofkammerarchiv“, „Haus-, Hof- und Staatsarchiv“ und „Kriegsarchiv“ sowie der „Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs“ und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Archivamt obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	56,1	26,1	82,3	1,1
1999	59,5	25,6	85,0	1,2
1999 vorl. Erfolg.....	59,3	25,4	84,8	1,1
2000	60,2	21,8	82,0	2,1

Titel 102 Bundesstatistik**Wichtige Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I. Nr. 163/1999;

Krebsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 138/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1969;

Verordnung über die Agrarstrukturerhebung, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 844/1994;

Güterbeförderungsgesetz 1995, BGBl. Nr. 593/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 17/1998;

Straßen- und Schienenverkehrsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 142/1983;

Kraftfahrzeuggesetz, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;

Wohnbaustatistik-Verordnung, BGBl. Nr. 342/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 919/1994;

Mikrozensusverordnung, BGBl. Nr. 334/1967;

Meldegesezt, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1995;

Verwaltungsvereinbarungen für das ÖKO-Punktesystem, BGBl. Nr. 879/1992 und BGBl. Nr. 823/1992.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens, der Umweltstatistik und der Wissenschafts- und Technologiestatistik, wobei der Umstellung auf die EU-Erfordernisse größtes Gewicht zukommt.

Kapitel 10 — Titel 103 und 104

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	440,8	184,0	624,8	54,9
1999	467,8	205,9	673,7	29,7
1999 vorl. Erfolg.....	458,9	204,7	663,6	38,5
2000	121,2	746,9	868,1	138,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich durch die Schaffung der „Bundesanstalt Statistik“ und der damit zusammenhängenden Pauschal- bzw. Zusatzabgeltungen gemäß § 32 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, sowie der Vorbereitungsmaßnahmen zur Großzählung gemäß § 73 leg. cit.

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei**Gesetzliche Grundlage**

Staatsdruckereigesetz 1996, BGBl. I Nr. 1/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	21,6	0,1	21,7	21,1
1999	21,3	0,1	21,4	21,4
1999 vorl. Erfolg.....	21,7	0,1	21,7	22,2
2000	22,0	0,1	22,1	22,1

Hier werden lediglich Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei“ verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1999;

Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	593,3	0,0
1999	888,3	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	867,4	0,0
2000	551,2	0,0

Von den für 2000 veranschlagten Ausgaben entfallen:

123,8 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,

201,7 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,

5,7 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,

80,7 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,

132,0 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und

7,3 Millionen Schilling auf die Presseförderung — Journalistenausbildung.

Kapitel 10 — Titel 105 und 107 bis 109

23

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Verminderung der Zuwendungen an politische Parteien ergibt sich einerseits aus dem Wegfall für Wahlwerbungskosten-Beiträge für die Nationalratswahlen (§ 2a Parteiengesetz) und andererseits aus dem Wegfall der Vorsorge für Wahlwerbungskosten-Beiträge für die Wahlen zum Europäischen Parlament (§ 2b Parteiengesetz).

Titel 105 Volksgruppenförderung**Gesetzliche Grundlage**

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1998	67,7	0,0
1999	51,8	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	64,4	0,0
2000	51,8	0,0

Titel 107 Sportangelegenheiten

	Personal- ausgaben Millionen	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1998	69,1	741,4	810,5	73,9
1999	19,6	731,2	750,8	15,4
1999 vorl. Erfolg.....	16,7	828,9	845,6	10,2
2000 Jänner bis März...	4,9	180,0	184,9	0,2

Begründung

Die Beträge weisen den Bedarf Jänner bis März 2000 aus. Im Hinblick auf die BMG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 000/2000, wird auf die Erläuterungen beim Kapitel 70 „Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport“ hingewiesen.

Titel 108 Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie

	Sach- ausgaben Millionen	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1998	116,9	116,9	7,0
1999	177,6	177,6	7,0
1999 vorl. Erfolg.....	131,2	131,2	7,0
2000 Jänner bis März...	25,0	25,0	1,7

Begründung

Die angegebenen Beträge weisen den Bedarf Jänner bis März 2000 aus. Im Hinblick auf die BMG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 000/2000, wird auf die Erläuterungen beim Kapitel 17 hingewiesen.

Titel 109 Dienststellen

	Personal- ausgaben Millionen	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1998	210,7	133,7	344,4	97,3
1999	222,4	145,8	368,2	134,5
1999 vorl. Erfolg.....	227,3	137,4	364,7	126,2
2000 Jänner bis März...	64,7	31,1	95,7	21,2

Begründung

Die angegebenen Beträge weisen den Bedarf Jänner bis März 2000 aus. Im Hinblick auf die BMG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 000/2000, wird auf die Erläuterungen beim Kapitel 17 hingewiesen.

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	15 369,1	7 004,8	22 373,9	1 276,8
1999	15 857,0	7 339,4	23 196,4	1 363,2
1999 vorl. Erfolg	16 471,3	7 161,6	23 632,9	1 344,2
2000	16 717,3	6 510,6	23 227,9	1 400,0

Mit Inkrafttreten der BMG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 000/2000, werden die Ausgaben im Zusammenhang mit der Räumung (Sanierung) von Deponien beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft verrechnet.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes, die Führung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial) sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	913,6	1 235,1	2 148,8	40,1
1999	897,5	1 241,3	2 138,8	35,5
1999 vorl. Erfolg	981,2	1 263,5	2 244,7	44,0
2000	1 005,3	1 147,8	2 153,1	35,2

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Zentralleitung	1 996,6	2 070,6	1 967,4
Zahlungen an die BIG	152,2	174,1	174,2
Menschenrechtskoordinator und Beiräte	—	—	11,5
Summe ...	2 148,8	2 244,7	2 153,1

Paragraf 1100 Zentralleitung

Anlagen

Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraft- und Wasserfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Kapitel 11 — Titel 111

25

Förderungen

Die hier veranschlagten Ausgaben werden für Zahlungen an nicht auf Gewinn berechnete Institutionen für ihre im Interesse des Bundesministeriums für Inneres gelegenen Förderungsvorhaben verwendet. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik sowie für die Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familienbeihilfen und den Mutter-Kind-Pass-Bonus, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 426 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraf 1101 Zahlungen an die BIG

Bei diesem Paragraf wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999 die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Paragraf 1102 Menschenrechtskoordinator und Beiräte

Dieser Paragraf beinhaltet den Aufwand für den auf der Grundlage des Beschlusses der Bundesregierung vom 20. Juli 1999 eingerichteten Menschenrechtskoordinator und den mit Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. I Nr. 146/1999, geschaffenen Menschenrechtsbeirat.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/1997;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 106/1990;

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1996), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1999;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 3 Z 4 lit. c des Katastrophenfondsgesetzes 1996, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsberechtigungen an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1998;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. I Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben bzw. Organisation**Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Unter „Flugpolizei“ ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst“ hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 24 Hubschrauber und 5 Motorflugzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Luftfahrzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf, Flugplatz Hohenems/Dornbirn sowie auf die Außenstelle Wien am Flugplatz Vöslau verteilt.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des Einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	1 434,6	660,8
1999	1 548,6	707,1
1999 vorl. Erfolg.....	1 556,9	729,3
2000	1 368,2	778,5

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	101,8	89,9	123,1
Zivilschutz: 1)			
Vorsorge für alle Ressorts			
Bereich Inneres	25,5	24,1	20,9
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds).....	50,4	48,6	50,0
Opferschutzeinrichtungen.....	9,4	—	—
Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen 2) ..	—	21,3	27,7
Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997	19,8	34,6	55,9
Zivildienst	884,8	997,1	785,8
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	42,9	56,2	58,7
Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. E, Z 13 BMG	300,0	285,0	246,0
Summe ...	1 434,6	1 556,9	1 368,2

Paragraf 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für den Betrieb und die Instandhaltung der Luftfahrzeuge veranschlagt.

Paragraf 1111 Zivilschutz

Hier ist der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit, die Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres sowie für die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes veranschlagt.

1) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraf 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar bei den Paragrafen 6000 und 6304.

2) Im Jahre 1998 wurden die Ausgaben beim Paragraf Opferschutzeinrichtungen verrechnet.

Kapitel 11 — Titel 112

27

Paragraf 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)

Bei diesem Paragraf wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes berücksichtigt, die vorsehen, dass jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hierfür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraf 1114 Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen

Bei diesem Paragraf werden jene Förderungen von Vorhaben, die der Vorbeugung gefährlicher Angriffe auf Leben, Gesundheit oder Vermögen von Menschen dienen, im Sinne der Bestimmungen des § 25 Abs. 2 Sicherheitspolizeigesetzes verrechnet. Weiters sind hier die Ausgaben für den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst veranschlagt, worunter insbesondere Kosten für öffentlichkeitswirksame Präventionskampagnen fallen.

Paragraf 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997

Hier ist der Aufwand für die Österreichischen UN-Polizeikontingente veranschlagt.

Paragraf 1117 Zivildienst

Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraf 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß § 100 StVO.

Paragraf 1119 Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt E, Z 13 BMG

Verrechnung der Kosten für Ersatzvorhaben nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind. Im wesentlichen sind hier Ausgaben für die Räumung (Sanierung) von Deponien veranschlagt.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	24,6	0,0
1999	18,6	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	28,5	—
2000	43,8	0,0

Im Einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	6,3	6,1	5,3
Fremdenwesen	18,3	22,5	38,5
Summe ...	24,6	28,5	43,8

Paragraf 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBl. Nr. 303/1920, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 154/1934;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 2000 5,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 1122 Fremdenwesen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremden-gesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998;

Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung des Fremden-gesetzes (Fremden-gesetz-Durchführungsverordnung 1997), BGBl. II Nr. 418/1997.

Aufgaben

Bei diesem Paragraf sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremden-gesetzes vom Bund zu tragen sind. Weiters sind Förderungsmittel für die Schubhaftbetreuung vorgesehen.

Titel 113 Bundespolizei**Gesetzliche Grundlagen**

Verordnung der Bundesregierung vom 24. Februar 1999, BGBl. II Nr. 56/1999, über die Errich-tung von Bundespolizeidirektionen und die Festlegung ihres örtlichen Wirkungsbereiches (Bundes-polizeidirektionen-Verordnung);

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/1999;

Anhalteordnung, BGBl. II Nr. 128/1999.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 4 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicher-heitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	6 826,3	1 863,1	8 689,4	468,8
1999	7 009,8	1 884,0	8 893,8	512,0
1999 vorl. Erfolg.....	7 350,1	1 673,9	9 024,1	466,3
2000	7 452,7	1 571,3	9 024,0	480,8

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Bundespolizei.....	8 607,4	8 931,8	8 937,4
Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung).....	82,0	92,3	86,6
Summe ...	8 689,4	9 024,1	9 024,0

Kapitel 11 — Titel 114

29

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2000 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	42,2
Sonstiges	0,4
Zusammen ...	42,6

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	42,0
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen ...	42,6

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlass vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2000 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,500
Sonstiges	0,850
Zusammen ...	1,350

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	1,000
Zuführung an Rücklagen	0,350
Zusammen ...	1,350

Titel 114 Bundesgendarmerie**Gesetzliche Grundlagen**

- Gendarmeriegesetz 1894, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung BGBl. Nr. 59/1972;
- Gendarmeriegesetz 1918, StGBI. Nr. 75/1918, in der Fassung BGBl. Nr. 566/1991;
- Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;
- Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;
- Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. I Nr. 207/1998;
- Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. II Nr. 207/1998;
- Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/1999;
- Anhalteordnung, BGBl. II Nr. 128/1999.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 4 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 36 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 6 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 837 Gendarmerieposten mit 2 Außenstellen, 71 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezentrschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

30

Kapitel 11 — Titel 115

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	7 542,9	2 091,6	9 634,5	96,2
1999	7 854,4	2 288,5	10 143,1	102,3
1999 vorl. Erfolg.....	8 034,1	2 046,8	10 080,9	95,1
2000	8 145,7	1 906,1	10 051,8	94,7

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Bundesgendarmerie.....	9 446,0	9 881,4	9 868,1
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung).....	188,5	199,5	183,7
Summe ...	9 634,5	10 080,9	10 051,8

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2000 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	57,6
Sonstiges	0,7
Zusammen ...	58,3

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	57,7
Fondsaufwand	0,6
Zusammen ...	58,3

Titel 115 Besondere Einrichtungen**Gesetzliche Grundlagen****Paragraf 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 4/1999;

Bundesgesetz, mit dem die Bundesbetreuung von Asylwerbern geregelt wird (Bundesbetreuungsgesetz), BGBl. Nr. 405/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Verordnung über die Bundesbetreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 180/1998;

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998;

Bundesgesetz, mit dem integrierten Vertriebenen aus Bosnien-Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird, BGBl. I Nr. 85/1998;

Verordnung der Bundesregierung, mit der das Aufenthaltsrecht kriegsvertriebener Kosovo-Albaner geregelt und die Niederlassungsverordnung 1999 geändert wird, BGBl. II Nr. 133/1999, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 461/1999.

Kapitel 11 — Titel 115

31

Paragraf 1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraf 1152 Bundesasylamt

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 4/1999.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	86,3	355,8	442,1	10,9
1999	95,3	358,3	453,6	6,3
1999 vorl. Erfolg.....	105,9	591,9	697,9	9,6
2000	113,6	461,7	575,3	10,7

Im Einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Flüchtlingsbetreuung und Integration	34,0	595,9	426,1
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	33,8	14,6	46,1
Bundesasylamt	68,4	87,4	103,1
Summe ...	442,1	697,9	575,3

Unterschiede gegenüber Vorjahr

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraf 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Asylwerber und Flüchtlinge.

Paragraf 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bei diesem Paragraf sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und der Kriegsvertriebenen aus dem Kosovo bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 19,5 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Betreuungsstellen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Darüber hinaus werden die für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und der Kriegsvertriebenen aus dem Kosovo anfallenden Ausgaben im Zuge der Bund-Länder-Aktion anteilmäßig von den Ländern refundiert.

Betreuungsstellen und Insassen

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1995	1996	1997	1998
Betreuungsstellen	6 ²⁾	6 ²⁾	6 ²⁾	6 ²⁾
Insassen	1 200 ¹⁾	1 100 ¹⁾	1 020 ¹⁾	1 150
Unterbringung in Gasthöfen	900	970	400	450

¹⁾ In dieser Summe sind im Jahre 1995 700, im Jahre 1996 550, im Jahre 1997 380 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und im Jahre 1998 150 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und 100 Konventionsflüchtlinge enthalten.

²⁾ Einschließlich Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorfer Straße 23.

Paragraf 1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)**Aufwendungen**

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bzw. der Gedenkstätten Melk und Ebensee, die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte und die im Mai 2000 stattfindenden Gedenkveranstaltungen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

Paragraf 1152 Bundesasylamt**Aufgaben bzw. Organisation**

Das Asylgesetz 1997 sieht als Asylbehörde 1. Instanz das Bundesasylamt vor, das über Asylanträge gemäß den normierten Verfahrensläufen zu entscheiden hat.

Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.

Ausgaben

Bei diesem Paragraf sind die erforderlichen Geldmittel zur Vollziehung des Asylgesetzes 1997, insbesondere die Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater, veranschlagt.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	177,650
Konjunkturbelebungsquote	177,650
Verwendungszweck (je Quote):	
1. Subventionen auf dem Zivilschutzsektor	1,750
2. Kraftfahrzeugsektor	45,000
3. Nachrichtensektor	69,900
4. Amtsausstattung	6,000
5. ADV-Sektor	50,000
6. Bewaffnung und Schießanlagen	5,000

Titel 116 Sicherheitsakademie**Gesetzliche Grundlagen**

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben

Ausbildung von Führungs- und Lehrkräften sowie Erstellung von Gutachten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
2000	—	11,8,	11,8	0,0

Im BVA 2000 sind hauptsächlich Ausgaben für die Erstausrüstung der Sicherheitsakademie enthalten.

Da die Fertigstellung der Sicherheitsakademie voraussichtlich Ende 2000 erfolgen wird, wurde für die Personalausgaben noch keine Vorsorge getroffen.

Kapitel 12 — Titel 120

33

Kapitel 12 Bildung und Kultur

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Bildung und Kultur) gemäß Bundesministerienengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C und des fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	26 777,6	44 240,8	71 018,4	860,5
1999	27 259,4	45 443,9	72 703,3	841,9
1999 vorl. Erfolg.....	28 005,0	46 427,1	74 432,1	873,4
2000	29 080,0	46 915,5	75 995,5	890,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur**Gesetzliche Grundlagen**

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990, des Fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996, Bedacht zu nehmen;

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 318/1996;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 316/1996;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Bildung und Kultur) obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulaufassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulaufassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Bundesmuseen, der Nationalbibliothek, der Phonothek und des Bundesdenkmalamts.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsanliegenheiten (Koordination und Organisation).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	361,9	3 311,3	3 673,2	62,5
1999	391,9	3 843,5	4 235,4	87,4
1999 vorl. Erfolg.....	389,8	3 571,8	3 961,7	80,9
2000	441,6	3 581,7	4 023,4	123,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich durch die Ausgliederung von fünf Bundesmuseen und der damit verbundenen Übernahme der pragmatischen Bediensteten durch die Zentralstelle des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Ebenso ergibt sich eine Erhöhung der Sachausgaben durch die Basisabteilung des Bundes an diese Museen sowie aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz. Die Einnahmenerhöhung resultiert aus der Refundierung der Personalbezüge für pragmatische Bedienstete durch die ausgegliederten Museen.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der jährlichen Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes und für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung“, des „Bildungsfilms“, des „Österr. Kulturservice“, bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung, von „Anniversarien“ und EU-Kulturprojekten sowie für Vereinigungen, die kulturelle und kulturvermittelnde Aufgaben erfüllen. Hier wird auch für das kulturpädagogische Konzept des BMBWK zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewusstseins der jungen Generation vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**Kultus — Ständige Leistungen**

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 612,2 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind ua. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen; Kulturpädagogisches Konzept des BMBWK zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewusstseins der jungen Generation.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschussprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u. dgl. bezahlt.

Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Paragraf 1201 Zahlungen an die BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Zahlung der von nicht im Rahmen der Mieten verrechenbaren Betriebsausstattung vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 122

35

Paragraf 1202 BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999.

Aufwendungen

Bei Schulraumüberlassungen gemäß § 128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei der Schulraumbeschaffung verausgabt werden.

Paragraf 1203 Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999.

Aufwendungen

Bei Schulraumüberlassungen gemäß § 128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei Zahlungen an die BIG verausgabt werden.

Paragraf 1204 Kapitalbeteiligungen

Dieser VA-Paragraf wird zur ordnungsgemäßen Verrechnung einer allfälligen Erhöhung des Stammkapitals der Museumsquartiererrichtungs- und Betriebs-Ges. m. b. H. benötigt.

Paragraf 1205 Museen (Anstalten öffentlichen Rechtes)

Dieser VA-Paragraf dient zur Verrechnung der Basisabgeltung des Bundes an ausgegliederte Bundesmuseen gemäß Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998, und der Verrechnung der Personalrefundierungen der ausgegliederten Bundesmuseen.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand**Aufgaben**

Dieser Zweckaufwand umfasst vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemein bildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung und für den Denkmalfonds.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	1 165,9	16,8
1999	1 405,5	51,9
1999 vorl. Erfolg.....	1 172,2	5,9
2000	1 265,6	6,2

Paragraf 1220 Allgemein pädagogische Erfordernisse**Gesetzliche Grundlagen**

Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1999;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 23/1999;

Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für die beiden Zentren für Schulentwicklung vorgesorgt.

Förderungen

Förderungszuwendungen an Vereine zur Unterstützung der Integration, für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum

Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskoooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier werden die Ausgaben für Schülerbeihilfen, Studienförderungen, die laufenden Transferzahlungen an das Land Niederösterreich für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, der Entwicklung und Einführung von neuen Lehrplänen, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.

Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien und Fahrtkostenzuschüsse für Studienbeihilfenbezieher veranschlagt.

Paragraf 1221 Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen

Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:

- Ausbau des zweiten Bildungsweges insbesondere die Entwicklung von Selbststudienmaterialien und Fernunterrichtsangeboten
- Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal
- regionale Bildungsarbeit
- Förderung im Zusammenhang mit EU-Bildungsprogrammen
- Koordination eines Systems regionaler Bildungsinformation

Paragraf 1225 Allgemein bildendes Schulwesen

Förderungen

Dieser Voranschlagsansatz umfasst den gesamten Förderungsbereich des allgemein bildenden Schulwesens.

Vor allem sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien veranschlagt; darüber hinaus jene für die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse, schließlich Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Kapitel 12 — Titel 124

37

Paragraf 1226 Berufsbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfasst den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln werden einerseits private berufsbildende Schulen — insbesondere der Ausbau der Informationstechnologien — gefördert, andererseits außerschulische kulturelle Projekte im Bereich der berufsbildenden Pflichtschulen.

Paragraf 1227 Lehrer- und Erzieherbildung**Förderungen**

Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisetstipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedstaaten des Europarates.

Paragraf 1229 Denkmalfonds (zweckgeb. Gebarung)

Dieser Voranschlagsparagraf ist seit der Novelle 1990 zum DMSG erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen**Organisation**

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die Museen, die Nationalbibliothek und Phonotheek sowie das Bundesdenkmalamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	734,3	1 230,6	1 965,0	218,9
1999	670,0	1 153,5	1 823,4	151,9
1999 vorl. Erfolg.....	687,0	1 225,3	1 912,3	188,6
2000	577,6	958,9	1 536,4	163,6

Paragraf 1240 Hofmusikkapelle**Aufgaben**

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralskola.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	9,2	7,1	16,4	5,2
1999	10,4	7,0	17,4	5,5
1999 vorl. Erfolg.....	9,1	6,1	15,2	5,7
2000	9,4	6,0	15,4	5,8

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie Brandschutzmaßnahmen.

Aufwendungen

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choral-sänger, Gastsolisten und -dirigenten), veranschlagt.

Paragraf 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen**Aufgaben**

Vorsorge für 4 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Belange der Leibeseziehung sowie für die Durchführung und Beschickung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	23,3	21,3	44,6	21,2
1999	24,6	22,6	47,2	23,3
1999 vorl. Erfolg	24,3	21,3	45,6	22,8
2000	25,4	19,1	44,5	23,0

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Schulsport-Koordinationstagen und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

Paragraf 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung**Aufgaben**

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	13,4	65,8	79,2	60,1
1999	15,3	63,2	78,5	53,5
1999 vorl. Erfolg	14,4	66,2	80,6	65,3
2000	15,0	66,4	81,4	65,2

Anlagen

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung der beiden Jugendhäuser Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind vor allem Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen.

Aufwendungen

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“, bei der im Schuljahr 1998/99 1 563 Gruppen mit 37 248 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen“, wo im Schuljahr 1998/99 117 Gruppen mit 2 912 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

Paragraf 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenberziehung**Gesetzliche Grundlage**

BGBI. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBI. Nr. 286/1990.

Aufgaben

Aus diesen Mitteln werden der laufende Betrieb der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenberziehung und des Bundesinstitutes für Erwachsenenberziehung St. Wolfgang, die Aus- und Weiter-

Kapitel 12 — Titel 124

39

bildung von Erwachsenenbildnern, der Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene an den Förderungsstellen finanziert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	42,8	32,3	75,0	10,1
1999	45,7	37,9	83,7	10,5
1999 vorl. Erfolg.....	46,2	36,3	82,5	12,4
2000	48,1	34,8	82,9	12,3

Anlagen

Hier wird für notwendige Einrichtungserfordernisse, technische Anlagen und Geräte in den Förderungsstellen und im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden zentrale Veranstaltungen und Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang finanziert. Weiters dienen diese Mittel zur Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene. Auch die Kosten für die Wanderbüchereien und für diverse Publikationen („Erwachsenenbildung in Österreich — Ein Überblick“ usw.) werden aus diesem Voranschlagsansatz bestritten.

Paragrafe 1244 und 1245 Museen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr.341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.49/1997;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr.372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr.252/1993;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold“, BGBl. Nr.621/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.

Zahlungen für die Stiftung Ludwig, Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.

Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.

Das Museumssanierungsprogramm auf Grund der Ministerratsbeschlüsse 1987 und 1990 („Museumsmilliarde“) wird fortgesetzt. Demnach werden schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen. Die veranschlagten Mittel sind gemäß §5 Abs.5 Bundesmuseen-Gesetz für das Technische Museum vorgesehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	404,4	737,3	1 141,7	80,1
1999	316,7	671,8	988,5	30,7
1999 vorl. Erfolg.....	330,8	713,8	1 044,5	37,9
2000	206,7	501,8	708,5	14,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben sowie der Einnahmen ergibt sich durch die Ausgliederung des Kunsthistorischen Museums, der Österreichischen Galerie, des Museums für angewandte Kunst, der Graphischen Sammlung Albertina und des Technischen Museums Wien.

Anlagen

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für den Ausbau der Schausammlungen sowie für notwendige Einrichtungsmaßnahmen vorgesehen.

Förderungen

Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der „Sammlung Leopold“ wurden 81 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Kommunalsteuer veranschlagt.

Aufwendungen

Diese Voranschlagsansätze dienen zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für die Bundesmuseen sowie zur Finanzierung der nichtständigen Ausstellungen, wie zB Agatha Christie und der Orient-Kriminalistik und Archäologie, Klee—Tanguy—Miró, Zeitwenden, Johann Nestroy. Weiters sind die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung unter diesem Voranschlagsansatz zu bedecken. Außerdem sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, den Betriebsaufwand Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier budgetiert.

Paragraf 1245 Museen (zweckgeb. Gebarung)

Bei diesem Paragraf ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteils aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt.

Paragrafe 1246 und 1249 Nationalbibliothek und Phonotheek**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegen die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogene Literatur und sonstigen Informationsträger und Kulturgüter, der Österreichischen Phonotheek die Sammlung und Erschließung von audiovisuellen Medien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	143,3	101,6	244,9	6,0
1999	150,2	101,1	251,3	5,9
1999 vorl. Erfolg	154,6	114,5	269,0	8,1
2000	161,0	100,2	261,1	8,5

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen, insbesondere der Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur, sowie die Erweiterung der Sondersammlung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

41

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für die Österreichische Nationalbibliothek und die Österreichische Phonotheek, insbesondere auch der Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern.

Paragrafe 1247 und 1248 Bundesdenkmalamt**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 170/1999 sowie Bundesgesetz zur Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft verbrachten Kulturgüter, BGBl. I Nr. 67/1998, Verordnung (EWG) Nr. 3911/92 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern sowie diverse Durchführungsverordnungen.

Aufgaben

Das Bundesdenkmalamt (BDA) hat die Aufgabe, neben den hoheitsrechtlichen Aufgaben des Denkmalschutzes auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes. Weiters kommen dem BDA hoheitsrechtliche und sonstige Aufgaben auf dem Gebiet des Verbots der Ausfuhr von Kulturgütern, der Rückgabe widerrechtlich aus anderen EU-Ländern nach Österreich verbrachter oder Rückforderung Österreichs widerrechtlich aus Österreich in andere EU-Länder ausgeführter Kulturgüter zu sowie auch hoheitsrechtliche Aufgaben im Rahmen der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	98,0	265,2	363,2	36,1
1999	107,1	249,9	357,0	22,5
1999 vorl. Erfolg.....	107,6	267,1	374,7	36,4
2000	112,0	230,6	342,7	34,0

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen. Besonders zu erwähnen ist der Auf- und Ausbau der ADV-Einrichtungen.

Förderungen

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, dass die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Auch sollten Härten, die durch Maßnahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege entstehen, gemildert werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung befindet sich im § 32 DMSG. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinsenzuschüsse vor.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Das Bundesdenkmalamt ist auf Grund der Bestimmungen des 11 Abs. 7 DMSG ab 1. Jänner 1991 zur Anlage einer zentralen Kartei der Denkmalfunde sowie zur jährlichen Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde verpflichtet. Es handelt sich um die einzige ganz Österreich umfassende diesbezügliche Dokumentation.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Darüber hinaus ist das Bundesdenkmalamt in zunehmendem Ausmaß gezwungen, archäologische Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Besondere Aufwendungen entstehen auch durch Maßnahmen zur Verhinderung der Ausfuhr von Kulturgut oder der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts (§ 36 DMSG) sowie bei der Anordnung von Sicherheitsmaßnahmen bei gefährdeten Denkmalen (§ 31 Abs. 1 DMSG).

Paragraf 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgeb. Gebarung)

Hier sind jene Beträge veranschlagt, die als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraf ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Weiters sind hier auch die zweckgebundenen Einnahmen des Bundesdenkmalamtes im Rahmen der organisatorischen Einrichtungen, Restaurierwerkstätten, Kunstdenkmale und Baudenkmale gemäß § 40 DMSG veranschlagt.

Paragraf 1249 Nationalbibliothek (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpsychologischen Beratungsstellen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	734,7	227,9	962,7	202,6
1999	773,5	244,1	1 017,5	192,2
1999 vorl. Erfolg.....	777,9	234,1	1 012,0	216,2
2000	808,3	221,3	1 029,6	216,2

Paragraf 1260 Schulaufsichtsbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;
Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/1999.

Aufgaben

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	644,7	206,3	851,0	185,3
1999	679,8	221,1	900,9	172,1
1999 vorl. Erfolg.....	680,8	211,4	892,2	198,3
2000	707,4	201,0	908,3	198,0

Anlagen

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz von bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen, Telefonanlagen und Einrichtungen. Weiters sind Ausgaben für die Fortführung des Ausstattungsprogrammes für die Landesschulräte (Stadtschulrat für Wien) mit Verwaltungscomputern und deren Vernetzung in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenzentrum vorgesehen. Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die Landesschulräte/Stadtschulrat für Wien und Bezirksschulräte.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Kapitel 12 — Titel 127

43

Aufwendungen

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Paragraf 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung**Aufgaben**

Die Schulpsychologie-Bildungsberatung umfasst neben der psychologischen Untersuchung, Beratung, Förderung, Betreuung und Behandlung auch die Erstellung von Informationen zur Schullaufbahnorientierung, die Erarbeitung von pädagogisch-psychologischen Grundlagen und Anwendungsformen und anderen wissenschaftlichen Projekten, sowie die Betreuung (Ausbildungskonzept, Supervision, Mitwirkung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung) von Schülerberater(inne)n.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	90,1	21,7	111,7	17,3
1999	93,7	23,0	116,6	20,1
1999 vorl. Erfolg.....	97,1	22,7	119,9	17,9
2000	101,0	20,3	121,3	18,1

Anlagen

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler(innen), Schülerberater(innen) und für die schulpsychologische Arbeit sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten in den „Impulsen der Schulpsychologie — Bildungsberatung“ Lehrerhandreichungen (Reihe „psychologie konkret“) und der Herausgabe von schulpsychologischen Elternbroschüren veranschlagt.

Titel 127 Allgemein bildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;
 Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999;
 Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
 Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Bei diesem Titel sind die Kosten für den Betrieb der allgemein bildenden höheren Schulen, der Höheren Internatsschulen des Bundes, des Bundes-Blindenerziehungsinstitutes und des Bundesinstitutes für Gehörlosenbildung, der allgemein bildenden Pflichtschulen und der Bundesschülerheime (Allgemein bildende) präliminiert. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	11 784,1	35 020,8	46 804,9	138,9
1999	12 206,1	35 328,6	47 534,6	145,0
1999 vorl. Erfolg.....	12 315,7	36 729,1	49 044,8	147,6
2000	12 858,8	37 409,7	50 268,5	149,8

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998 sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Allgemein bildende höhere Schulen.....	1272
Höhere Internatsschulen des Bundes.....	1273
Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung.....	1277
Bundesschülerheime (Allgemein bildende).....	1278

Paragrafe 1270 und 1272 Allgemein bildende höhere Schulen

Aufgaben

Öffentliche allgemein bildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemein bildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	11 366,1	1 110,2	12 476,3	63,1
1999	11 764,0	1 172,9	12 936,9	72,7
1999 vorl. Erfolg.....	11 882,2	1 149,0	13 031,2	72,8
2000	12 409,0	1 129,2	13 538,2	74,6

Anlagen

An vielen allgemein bildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit, einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel, besonders Geräte zur Nutzung neuer Technologien, sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemein bildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt. Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemein bildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemein bildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten aller im Ausland tätigen Lehrer verrechnet.

Paragrafe 1271 und 1273 Höhere Internatsschulen des Bundes

Aufgaben

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemein bildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, dass die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

Im Schuljahr 1999/2000 werden 4 Anstalten mit 104 Klassen geführt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	258,7	40,8	299,5	40,8
1999	270,7	42,2	312,9	40,5
1999 vorl. Erfolg.....	270,1	43,3	313,4	39,8
2000	280,2	40,5	320,6	40,0

Kapitel 12 — Titel 127

45

Anlagen

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

Paragraf 1274 und 1277 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung**Aufgaben**

Das „Bundes-Blindenerziehungsinstitut“ und das „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung“ sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	97,6	22,4	120,0	7,3
1999	103,2	24,2	127,5	4,9
1999 vorl. Erfolg.....	99,5	22,4	121,9	7,9
2000	103,3	21,7	125,0	8,0

Anlagen

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, die Lehrmittelzentrale, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

Paragraf 1275 Allgemein bildende Pflichtschulen**Allgemeines**

Nach §3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr.201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	33 822,4	0,0
1999	34 059,9	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	35 490,6	0,0
2000	36 193,1	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlusszeugnisses einer allgemein bildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 1 126 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen

Hier sind ua. Beträge für Unterrichtsmaterialien, die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragrafe 1276 und 1278 Bundesschülerheime (Allgemein bildende)

Aufgaben

Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1999/2000 stehen insgesamt 7 Bundesschülerheime sowie zwei Bundestagesesschülerheime in Betrieb, die alle zu allgemein bildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	61,7	25,0	86,7	27,7
1999	68,1	29,4	97,5	27,0
1999 vorl. Erfolg.....	63,9	23,9	87,8	27,1
2000	66,4	25,3	91,6	27,2

Anlagen

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Veranstaltungen.

Titel 128 Berufsbildende Schulen

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;
 Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999;
 Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
 Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen (einschließlich kunstgewerblichen) Lehranstalten, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Mode und Bekleidungstechnik, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Bundesschülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Universitäts- und Hochschulreife zu führen.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,

Kapitel 12 — Titel 128

47

3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode und Bekleidungstechnik,
4. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten,

Eine Sonderform bilden die Akademien für Sozialarbeit als einzige berufsbildende Akademie im engeren Sinne.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes grundlegende fachliche Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen,
4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit gemeinsam mit berufsbildenden höheren Schulen geführt werden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	11 431,7	2 695,6	14 127,3	200,7
1999	11 435,2	2 841,0	14 276,2	198,2
1999 vorl. Erfolg.....	12 038,3	2 901,3	14 939,5	211,6
2000	12 527,7	2 886,3	15 414,1	207,7

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 132/1998, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1283
Sozialakademien, LA f. Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe.....	1284
Handelsakademien und Handelsschule.....	1287
Bundesschülerheime (Berufsbildende).....	1288

Paragrafe 1280 und 1283 Technische und gewerbliche Lehranstalten**Aufgaben**

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten (einschließlich Sonderformen und Versuchsanstalten) veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	4 771,2	623,1	5 394,3	72,4
1999	4 674,0	665,9	5 339,8	79,7
1999 vorl. Erfolg.....	4 975,2	663,2	5 638,4	82,4
2000	5 160,8	625,3	5 786,1	80,6

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und Ausstattung von Schulen sowie die Ersatzanschaffung der maschinellen Ausstattung insbesondere für den fachpraktischen Unterricht sowie die Ausstattung mit Hard- und Software vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemei-

nen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen die Ausgaben für den laufenden Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen.

Paragrafe 1281 und 1284 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- u. wirtschaftliche Berufe

Aufgaben

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Mode und Bekleidungstechnik sowie für die Fachschulen für Sozialberufe veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	3 165,1	455,2	3 620,3	66,0
1999	3 235,3	484,7	3 720,0	61,0
1999 vorl. Erfolg.....	3 384,4	487,2	3 871,6	68,0
2000	3 530,3	478,3	4 008,7	68,0

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung sowie der Modernisierung der Anstalten und zur Finanzierung der notwendigen Informationstechnologien.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die laufende Betriebsführung und Erhaltung der Infrastruktur der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Reisekosten der Lehrer sowie für Schulveranstaltungen.

Paragrafe 1282 und 1287 Handelsakademien und Handelsschulen

Aufgaben

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	3 435,5	326,6	3 762,1	8,3
1999	3 462,9	346,0	3 808,9	5,0
1999 vorl. Erfolg.....	3 616,7	349,7	3 966,4	10,3
2000	3 772,2	330,3	4 102,5	7,1

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Kapitel 12 — Titel 128

49

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert; weiters sind hier die Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen die Ausgaben für die laufende Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Reisekosten der Lehrer sowie für Schulveranstaltungen.

Paragraf 1285 Berufsbildende Pflichtschulen**Aufgaben**

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hiefür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 46 Abs. 2 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind. Zur Vorbereitung für die Berufsreifeprüfung sind interessierte Schüler nach Möglichkeit durch Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht und durch Freigegegenstände zu fördern.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert BGBl. I Nr. 106/1999, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	1 255,0	0,0
1999	1 302,8	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	1 365,7	0,0
2000	1 413,6	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragrafe 1286 und 1288 Bundesschülerheime (Berufsbildende)**Aufgaben**

Bundesschülerheime sind vom Bund betriebene Heime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums an einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule einer Unterbringung in einem Heim bedürfen.

Hier wird der Aufwand für die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, für die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie für das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien 3 veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen		Schilling	
1998	59,9	35,7	95,5	54,0
1999	63,1	41,6	104,8	52,5
1999 vorl. Erfolg.....	61,9	35,5	97,5	50,9
2000	64,4	38,8	103,2	51,9

4 Arbeits-(Amts-)Behelf zum BFG 2000

Anlagen

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindecinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der berufsbildenden Bundesschülerheime.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung**Gesetzliche Grundlagen**

- Akademien-Studiengesetz 1999 — AStG, BGBl. I Nr. 94/1999;
- Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;
- Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
- Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999;
- Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
- Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;
- Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993;
- Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 24/1998.

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Schulen ausgebildet bzw. in Kooperation mit den Pädagogischen Instituten weitergebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Die Lehre an den Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung von Personen mit abgeschlossener Erstausbildung bzw. der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik haben die Aufgabe, Schüler/innen für das jeweilige Berufsfeld (Kindergärten, Horte, Heime, außerschulische Jugendarbeit usw.) auszubilden.

Organisation

- Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:
- 8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen
- 6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen
- 6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen
- 1 Evang. Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. u. H.B. in Österreich
- 1 Jüdische Religionspädagogische Akademie
- 1 Islamische Religionspädagogische Akademie der islamischen Religionsgemeinde Wien
- 4 Berufspädagogische Akademien des Bundes
- 8 Pädagogische Institute des Bundes
- 3 Pädagogische Institute der Länder
- 1 Pädagogisches Institut der Erzdiözese Wien
- 9 Religionspädagogische Institute der Diözesen
- 1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. und H.B.
- 16 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 13 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
- 1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik
- 5 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik
- 4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Kapitel 12 — Titel 129

51

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	1 730,9	588,6	2 319,5	20,1
1999	1 782,8	627,8	2 410,6	15,3
1999 vorl. Erfolg.....	1 796,4	593,1	2 389,5	22,5
2000	1 865,9	592,0	2 457,9	23,0

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998 sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Die gesetzliche Grundlage hinsichtlich der Gebarung betreffend den VA-Paragraf 1298 ist das BGBl. Nr. 770/1996.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Pädagogische Akademien.....	1295
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik.....	1296
Berufspädagogische Akademien	1297
Bundesanstalten für Leibeseziehung.....	1298
Pädagogische Institute.....	1299

Paragrafe 1290 und 1295 Pädagogische Akademien**Aufgaben**

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule im Rahmen einer Erstausbildung Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Schulen heranzubilden. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragrafen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	904,8	192,5	1 097,3	4,5
1999	923,7	226,2	1 149,9	4,8
1999 vorl. Erfolg.....	919,7	190,7	1 110,4	5,6
2000	952,8	193,8	1 146,6	5,0

Anlagen

Zur Erfüllung der Lehrplananforderungen erforderliche Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sowie im Medienbereich,

- Ergänzung bzw. Austausch von Unterrichtscomputern an den Pädagogischen Akademien und Übungshauptschulen,
- Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg im Zuge der Generalisierung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters sind hier Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfasst. Weiters wurde für die Studien-

bibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ und der Diözese Eisenstadt vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (ALEPH) sowie die Kosten für die Wartung und Weiterentwicklung der EDV-unterstützten Verwaltung der Pädagogischen Akademien zu bestreiten.

Beiträge zum Verwaltungsaufwand der Akademievertretung, zur Schulung von Studierendenvertreter(inne)n sowie zur fachlichen Information der Studierenden gemäß Hochschülerschaftsgesetz 1998, 3. Abschnitt, § 20b Abs. 3 wurden veranschlagt.

Für die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch an Pädagogischen Akademien) wurde vorgesorgt.

Paragrafe 1291 und 1296 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Aufgaben

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik sind höhere Schulen und haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluss an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung bzw. Berufsreifeprüfung in viersemestrigen Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semestern) für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Sozialpädagogen (Erziehern) heranzubilden.

Die fünfjährige Ausbildung schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab, die Kollegs schließen mit der Diplomprüfung ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner(innen) bzw. Sondererzieher(innen) ausgebildet.

Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzugliedern; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	601,0	127,0	728,0	12,8
1999	621,0	125,3	746,3	9,3
1999 vorl. Erfolg.....	639,4	120,9	760,2	14,4
2000	666,9	121,3	788,2	14,2

Anlagen

Schwerpunkte sind die Ergänzungseinrichtungen auf Grund des Umbaus der Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Oberwart und in Wien 10 sowie der Übungskindergärten an den Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Mistelbach, Hartberg und Mureck. Die anderen Bildungsanstalten sind entsprechend den Lehrplananforderungen mit Lehrmitteln, Medien, Musikinstrumenten und Computern auszustatten (vorwiegend Ersatzanschaffungen).

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz (BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993) präliminiert.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für Bildungsanstalten ist für die Erfordernisse der Ausbildung, insbesondere für Schulveranstaltungen, Fortbildung, Anmietungen, Betriebskosten, Instandhaltungen sowie für geringwertige Wirtschaftsgüter vorzusorgen. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 25 Millionen Schilling zu entrichten.

Kapitel 12 — Titel 129

53

Paragrafe 1292 und 1297 Berufspädagogische Akademien**Aufgaben**

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer, Lehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Die Lehre an diesen Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	60,9	19,1	80,0	0,4
1999	66,5	22,3	88,8	0,4
1999 vorl. Erfolg.....	65,0	21,8	86,7	0,4
2000	67,4	21,3	88,7	0,8

Anlagen

Ankauf von Unterrichtscomputern, Software, Lehrmittel- und Medienausstattung für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte sowie die Abgeltungen für Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für diverse Service- und Reparaturarbeiten, Wartungsverträge sowie die notwendigen Ausgaben für die Betriebsprüfung.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (ALEPH) sowie die Wartung und Weiterentwicklung der EDV-unterstützten Verwaltung der Berufspädagogischen Akademien zu bestreiten.

Paragrafe 1293 und 1298 Bundesanstalten für Leibeseziehung**Aufgaben**

Die Bundesanstalten für Leibeseziehung dienen der Ausbildung von Leibeseziehern und Sportlehrern (gemäß § 1 Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeseziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 24/1998).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	38,5	36,1	74,6	0,2
1999	40,0	37,7	77,7	0,6
1999 vorl. Erfolg.....	41,3	36,7	78,0	0,3
2000	43,0	36,8	79,8	0,8

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen sowie der notwendige Aufwand für die Betriebsführung der Anlagen.

Paragrafe 1294 und 1299 Pädagogische Institute**Aufgaben**

Die Pädagogischen Institute haben gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999, die Aufgabe,

1. Personen mit abgeschlossener Erstausbildung fortzubilden,
2. Unterrichtspraktikanten auszubilden,
3. Berufsschullehrer auf den 2. Studienabschnitt vorzubereiten und
4. in Kooperation mit Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien Lehrer weiterzubilden.

Ferner können Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortgebildet werden. Die Lehre an diesen Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemein bildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	125,7	213,9	339,6	2,1
1999	131,5	216,2	347,8	0,2
1999 vorl. Erfolg.....	131,1	223,0	354,1	1,8
2000	135,9	218,7	354,6	2,2

Anlagen

Schwerpunkt ist die Einrichtung des Pädagogischen Instituts des Bundes für Burgenland auf Grund des Umbaues.

Weiters werden die Pädagogischen Institute mit ADV-Geräten und diverser Software für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet. Für Ersatzanschaffungen ist vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Schulen in allen Bundesländern wird hier erfasst. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 129

55

Öffentliche Schulen (Stand März 2000)

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler/innen
Allgemein bildende Pflichtschulen	1996/97	4 895	32 875	657 372
	1997/98	4 881	32 929	658 739
	1998/99	4 876	32 914	659 385
	1999/00 *)	4 876	32 900	659 000
Allgemein bildende höhere Schulen	1996/97	249	6 302	156 613
	1997/98	249	6 277	157 220
	1998/99	249	6 344	157 872
	1999/00 *)	249	6 350	158 000
Berufsbildende Pflichtschulen	1996/97	196	5 284	124 432
	1997/98	187	5 283	126 106
	1998/99	187	5 285	126 300
	1999/00 *)	187	5 290	126 500
Berufsbildende mittlere Schulen	1996/97	324	1 752	40 592
	1997/98	322	1 742	40 798
	1998/99	319	1 749	40 395
	1999/00 *)	319	1 750	40 400
Berufsbildende höhere Schulen	1996/97	220	4 015	100 424
	1997/98	220	4 093	102 312
	1998/99	222	4 215	105 200
	1999/00 *)	222	4 240	106 000
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1996/97	2	14	615
	1997/98	2	14	601
	1998/99	2	14	601
	1999/00 *)	2	14	600
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1996/97	20	354	8 955
	1997/98	20	360	9 401
	1998/99	20	366	9 211
	1999/00 *)	20	365	9 200
Lehrerbildende Akademien	1996/97	13	—**)	5 125
	1997/98	13	—**)	4 781
	1998/99	13	—**)	7 612
	1999/00 *)	13	—**)	7 700

*) Vorläufige Schätzung.

**) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß dem Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, soweit Angelegenheiten der Kultur- und Kunstförderung betroffen sind, sowie aus dem Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000.

Gesetzliche Grundlage

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes; Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000;

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960;

Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundestheater (Bundestheaterorganisationsgesetz — BThOG), BGBl. I Nr. 108/1998.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	—	1 167,8	1 167,8	0,0
1999	8,4	1 830,1	1 838,5	7,9
1999 vorl. Erfolg	14,9	1 912,5	1 927,4	13,2
2000	45,4	2 939,6	2 985,0	34,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Paragraf 1300 Bildende Künste und Ausstellungen

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen und Bundesausstellungen im Bereich der bildenden Kunst. Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	105,1	0,0
1999	101,2	0,0
1999 vorl. Erfolg	100,8	0,0
2000	147,0	0,0

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Druckkosten für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise- und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreise), Förderung von Architektur & Design sowie Mode. Ateliersgründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenen Kunst. Beiträge des Bundes, die den Künstlerhilfefonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft einzuhalten.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundes stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Bundesateliers und Beiratsaufwendungen für Kunstjurien veranschlagt.

Kapitel 13 — Titel 130

57

Paragraf 1301 Musik und darstellende Kunst**Aufgaben**

Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Kunstschulen sowie Festspiele.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	500,1	0,0
1999	500,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	572,2	0,0
2000	478,4	0,0

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse für Theater und Musikvereinigungen, für Kompositionsaufträge, an sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- und Tourneezuschüsse, Förderungen von Konzertveranstaltern und Investitionszuschüsse.

Aufwendungen

Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds. Gemäß BGBl. Nr. 147/1950 ist der Bund verpflichtet 40 vH des Abganges der Festspiele zu übernehmen.

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen- und Musikbeirat.

Paragraf 1302 Literatur**Aufgaben**

Förderung der Literatur und Jugendliteratur.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	167,9	0,0
1999	168,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	167,9	0,0
2000	130,9	0,0

Anlagen

Ausgaben für die Literaturwohnung in Rom sowie für weitere Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert Musil-, Projekt- und Arbeitsstipendien), Preise, Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten- und Sachbuchförderung).

Bei der Jugendliteratur: Stipendien (Nachwuchs, Projekt- und Übersetzerstipendien), Prämien, Druckkosten, Verlagsförderung, Investitionszuschüsse und Preise.

Aufwendungen

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literatur- und der Jugendschriftenkommission, Mieten für Stipendiatenwohnungen.

Paragraf 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/2000.

Aufbringung der Einnahmen

Der Kunstförderungsbeitrag ist eine monatliche Abgabe in Höhe von 6,60 S, die von jedem angemeldeten Rundfunkteilnehmer eingehoben und beim VA-Ansatz 2/52180 verrechnet wird.

58

Kapitel 13 — Titel 130

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70:30 und der Bundesanteil zwischen dem ho. Ressort und dem BMBWK im Verhältnis 85:15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	97,4	0,0
1999	80,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	84,0	0,0
2000	100,0	0,0

Anlagen

Kunst- und Fotoankäufe.

Förderungen (D)

Darlehen.

Förderungen

Zur Beratung des Bundeskanzlers bzw. des Staatssekretärs für Kunst und Medien und des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Verwendung des Kunstförderungsbeitrages ist ein Beirat eingesetzt.

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse bzw. Investitionszuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen und kultureller Auslandsangelegenheiten, der Kulturentwicklung.

Aufwendungen

Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraf 1304 Filmwesen**Aufgaben**

Förderung des Film- und Fotowesens und des Österreichischen Filminstituts gemäß Filmförderungsgesetz, BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1998.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	193,4	0,1
1999	203,0	0,2
1999 vorl. Erfolg.....	230,5	0,1
2000	187,8	0,1

Anlagen

Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland, Fotoatelier London.

Förderungen (D)

Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums „WIPO“ (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Förderung von Film- und fotokulturellen Einrichtungen (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung). Durch die Novelle zum Filmförderungsgesetz 1998 erfolgt eine zusätzliche Förderung des innovativen experimentellen österreichischen Filmes.

Aufwendungen

Ehrengaben, Ersätze für Filmarchivierung in Laxenburg, Film- und Fotowoche, Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EUROIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film-, Video- und Fotojury.

Kapitel 13 — Titel 130

59

Paragraf 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten**Aufgaben**

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für die Sektion.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	9,7	0,0
1999	6,7	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	6,4	0,0
2000	6,3	0,0

Förderungen

Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel im künstlerischen Bereich.

Paragraf 1307 Kulturentwicklung — Kulturinitiativen**Aufgaben**

Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit, Dokumentation und wissenschaftliche Evalvation der Kulturarbeit.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	51,0	0,0
1999	51,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	51,2	0,0
2000	47,4	0,0

Förderungen

Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmmzuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainer-Stipendien.

Aufwendungen

Projektstudien, Beiratsaufwendungen.

Paragraf 1308 Zahlungen an die BIG**Aufgaben**

Hier werden die Zahlungen von Mietkosten für Ateliers sowie für Stipendiatenwohnungen vollzogen.

Aufwendungen

Hier werden Mietkosten für die von der BIG verwalteten und an Bundesdienststellen weitervermieteten Objekte verrechnet.

Paragraf 1309 Angelegenheiten der EU, Öffentlichkeitsarbeit**Aufgaben**

Förderung von kulturellen Projekten in Zusammenarbeit mit der EU, dem Bund, den Bundesländern und den Gemeinden.

Förderungen

Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im Rahmen von EU-Projekten zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Projektstudien im Rahmen und im Auftrag der EU; Öffentlichkeitsarbeit für die Kunstsektion.

Titel 131 Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand)

Ab 1. September 1999 wurde nach dem Bundesgesetz über die Neuorganisation des Österreichischen Bundestheaterverbandes (Bundestheaterorganisationsgesetz — BThOG), BGBl. I Nr. 108/1998, das Amt der Bundestheater sowie die Bundestheatergesellschaften eingerichtet. Bis 31. August 1999 unterstanden die Bundestheater (Kap. 71) als Bundesbetrieb dem Bundeskanzleramt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1999	8,4	680,1	688,5	7,7
1999 vorl. Erfolg.....	14,9	659,0	673,9	13,1
2000	45,4	1 840,8	1 886,2	33,8

Paragraf 1310 Amt der Bundestheater

Durch die Ausgliederung des Österreichischen Bundestheaterverbandes werden hier die für die Beamten erforderlichen Gehaltszahlungen, Bezugsvorschüsse, Kommunalsteuerzahlungen als auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen sowie die anfallenden Fahrtkostenzuschüsse budgetiert.

Paragraf 1311 Bundestheatergesellschaften

Bei diesem VA-Paragraf ist vor allem die Basisabgeltung gemäß § 7 Abs. 2 BThOG für den laufenden Betrieb der „Bundestheater-Holding GmbH“, der „Burgtheater GmbH“, der „Wiener Staatsoper GmbH“, der „Volksoper Wien GmbH“ und der „Theaterservice GmbH“ zur Erfüllung des kulturpolitischen Auftrages veranschlagt.

Kapitel 14 — Titel 140

61

Kapitel 14 Wissenschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, soweit Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	12 506,5	15 041,1	27 547,6	843,6
1999	12 651,0	15 667,3	28 318,3	911,0
1999 vorl. Erfolg.....	13 264,1	15 537,5	28 801,7	798,7
2000	14 060,6	15 571,8	29 632,4	525,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriumsgesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind folgende Bereiche betroffen:

Amt des BFPZ Arsenal (Paragraf 1402) Übertragung zu Paragraf 6536,
wissenschaftliche Forschung (Paragraf 1414) Übertragung zu Paragraf 6532,
anwendungsorientierte Forschung (Paragraf 1415) Übertragung zu Paragraf 6530,
Forschungsunternehmungen (Paragraf 1419) Übertragung zu Paragraf 6535,
Forschungseinrichtungen, Aufwendungen (VA-Ansatz 1/14168) Übertragung zu VA-Ansatz 1/65338,
Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) Übertragung von VA-Ansatz 1/17218 zu VA-Ansatz 1/14208.

Die näheren Erläuterungen zu diesen von der Kompetenzverschiebung betroffenen Bereichen sind unter den **neuen** Kapiteln zu finden.

Titel 140 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) obliegen im Bereich Wissenschaft und Forschung die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Universitäten sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsförderung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessensvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten wissenschaftlicher Stiftungen und Fonds.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	290,7	2 003,0	2 293,7	89,8
1999	306,5	2 046,7	2 353,2	121,3
1999 vorl. Erfolg.....	309,0	2 049,4	2 358,4	88,9
2000	257,2	1 617,7	1 874,9	29,6

62

Kapitel 14 — Titel 141**Paragraf 1400 Zentraleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	225,0	152,7	377,7	20,4
1999	238,0	148,4	386,4	29,6
1999 vorl. Erfolg.....	244,2	145,8	390,0	19,2
2000	235,2	122,4	357,6	29,6

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt.

Paragraf 1401 Zahlungen an die BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999.

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Sachausgaben Millionen Schilling
1998	1 846,4
1999	1 893,8
1999 vorl. Erfolg.....	1 899,6
2000	1 494,4

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute und der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1998	6 090,7	250,9
1999	6 045,9	251,2
1999 vorl. Erfolg.....	6 273,4	250,3
2000	4 667,8	0,5

Paragraf 1410 Hochschulische Einrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 23/1999.

Aufgaben

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaus bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Menschen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Universitäten der Künste veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraf 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbern (ua. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraf 1412 Bibliothekarische Einrichtungen**Förderungen**

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Paragraf 1413 Forschungsvorhaben**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Die Paragraphen 1413 bis 1418 werden unter der Bezeichnung „Forschungsblock“ geführt, da die Ausgaben entweder zu 100% forschungswirksam sind, oder die Einrichtungen aktiv einen wesentlichen Beitrag zur Forschung in Österreich leisten.

Aufwendungen

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Forschungsschwerpunkte werden vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur festgelegt.

Die allgemeine Auftragsforschung dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraf 1414 Wissenschaftliche Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1999.

Förderungen

Hier sind die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, Lise-Meitner-Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Paragraf 1416 Forschungseinrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Förderungen

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der I. Republik, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Paragraf 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute**Gesetzliche Grundlage**

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.

Kapitel 14 — Titel 141

65

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART/APART-DOC veranschlagt:

- APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von „postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft“ zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaftlern in Europa. Die Doktorandenstipendien werden für alle Bereiche der Forschung an hochqualifizierte DissertantInnen vergeben.

Aufwendungen

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefasst: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Disaster Reduction Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Galerie der Forschung, Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung, IIASA-Kommission) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langewin, ELETTRA), wo die ÖAW für die Republik non governmental-Organisationen beigetreten ist.

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mécaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefasst.

Neu ist die budgetäre Verantwortung eines Joint Ventures zwischen Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Molekularbiologie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Paragraf 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation**Gesetzliche Grundlagen**

CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;

EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;

EMBL: BGBl. Nr. 562/1975;

EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;

WMO: BGBl. Nr. 64/1958.

Förderungen

Diese Mittel dienen überwiegend zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können. Weiters werden hier überwiegend im internationalen Bereich tätige Einrichtungen finanziert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU, der Finanzierung der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, den Kosten aus den wissenschaftlich-technischen Abkommen, den Entsendungskosten österreichischer Experten in internationale Gremien. Bei diesem Voranschlagsansatz werden die START-Wittgensteinstipendien sowie die Stiftung Dokumentationsarchiv finanziert.

In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kulturr obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	11 043,7	5 790,4	16 834,0	427,0
1999	11 129,6	6 196,8	17 326,4	470,3
1999 vorl. Erfolg	11 721,7	5 862,7	17 584,4	395,0
2000	12 478,7	7 859,0	20 337,7	426,7

Paragraf 1420 Universitäten**Gesetzliche Grundlagen**

Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;

Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 167/1999;

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/1999;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1998;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 23/1999;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1993;

Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;

Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 512/1995;

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 369/1991;

Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 227/1988;

Bundesgesetz über evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 248/1993;

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 819/1994;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1988;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993;

Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99/1990;

Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/1998;

Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 169/1999;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;

Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Kapitel 14 — Titel 142

67

Aufgaben

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	10757,5	5414,9	16172,4	43,1
1999	10788,7	5768,9	16557,6	93,3
1999 vorl. Erfolg.....	11438,5	5444,0	16882,5	40,2
2000	12201,6	7467,2	19668,8	115,6

Anlagen

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muss die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte und für Vorbereitungslehrgänge veranschlagt.

Klinischer Mehraufwand

Bei den Aufwendungen sind im BVA 2000 auch die anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand sowie für Neu-, Zu- und Umbauten an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck in Höhe von 2816,8 Millionen Schilling mitveranschlagt (vormals VA-Ansatz 1/17218).

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Kostenersätze für die Benützung von Bundeseinrichtungen sowie um Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Paragraf 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999.

68

Kapitel 14 — Titel 142

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	76,9	210,4	287,3	381,1
1999	120,0	255,0	375,0	375,0
1999 vorl. Erfolg.....	66,0	241,2	307,2	351,3
2000	54,0	255,0	309,0	309,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Personalausgaben ergibt sich durch das Auslaufen von Dienstverhältnissen.

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgeplant.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Steuern veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Steuern veranschlagt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragrafen 1422 und 1423 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Steuerengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

Aufgaben

Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem Arbeitskreis für Bibliotheksautomation obliegt die Planung, der Ausbau und der Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes.

Organisation

Derzeit bestehen die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und der Arbeitskreis für Bibliotheksautomation.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	8,3	36,6	44,9	0,4
1999	0,0	42,8	42,8	0,4
1999 vorl. Erfolg.....	2,2	24,7	26,9	0,7
2000	1,5	34,0	35,5	0,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Personalausgaben ergibt sich durch Übergabe der Studienbibliothek Linz an das Land Oberösterreich.

Kapitel 14 — Titel 142

69

Anlagen

Die Ausgaben sind für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung des Arbeitskreises für Bibliotheksautomation zur Erweiterung des Bibliothekenverbundes vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Ausgaben für universitätsübergreifende Bibliotheksangelegenheiten sind hauptsächlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes, Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung für die Aus- und Fortbildung der BibliothekarInnen und EU-Aktivitäten im Bibliothekswesen sowie die Literaturkredite des österreichischen Archäologischen Instituts und des Instituts für österreichische Geschichtsforschung veranschlagt.

Zweckgebundene Gebarung

Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind 2000 Einnahmen in Höhe von 0,337 Millionen Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragrafe 1424 und 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben*Geologische Bundesanstalt*

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im Besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Messnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut

Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung

Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluss der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1998	201,0	128,4	329,4	2,4
1999	220,9	130,1	351,0	1,6
1999 vorl. Erfolg.....	215,0	152,8	367,8	2,7
2000	221,5	103,0	324,5	1,7

Anlagen

Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (ua. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Zweckgebundene Gebarung

Unter Paragraf 1425 werden die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Anstalten verrechnet. Im BVA 1999 sind dafür 0,212 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 143 Universitäten der Künste**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten der Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen		Schilling	
1998	1 172,1	552,2	1 724,4	60,6
1999	1 214,9	624,0	1 838,9	68,1
1999 vorl. Erfolg.....	1 233,5	637,3	1 870,8	62,9
2000	1 324,7	571,7	1 896,4	68,1

Paragraf 1430 Universitäten der Künste**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG), BGBl. I Nr. 130/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. Mai 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Bundesgesetz über die Studien an den Universitäten (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 167/1999;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/1999.

Aufgaben

Die Universitäten der Künste haben die Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Die vorrangige Aufgabe der Universitäten der Künste besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen und künstlerischen-wissenschaftlichen Berufsvorbildung. Die Universitäten der Künste haben die Studierenden zur Fähigkeit heranzuführen, durch

Kapitel 14 — Titel 143

71

selbständiges künstlerisches Schaffen und Reflexion über Kunst zur Entwicklung und Erschließung der Künste beizutragen.

Weitere Aufgaben der Universitäten der Künste sind die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Forschung, die Lehre der Kunst und die wissenschaftliche Lehre, die Ausbildung der künstlerischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten bis zur höchsten Stufe, die Heranbildung und Förderung des hochqualifizierten Nachwuchses, die Unterstützung der Nutzung und Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in der Praxis und die Unterstützung der gesellschaftlichen Einbindung von Ergebnissen der Entwicklung und Erschließung der Künste, die Weiterbildung insbesondere der Absolventinnen und Absolventen der Universitäten der Künste, die Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kunst, Forschung und Lehre, die Pflege der Kontakte zu den Absolventinnen und Absolventen sowie die Information der Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Organisation

Zum Bereich der Universitäten der Künste sind
die Akademie der bildenden Künste Wien,
die Universität für angewandte Kunst Wien,
die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien,
die Universität Mozarteum Salzburg,
die Universität für Musik und darstellende Kunst Graz und
die Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz zu zählen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	1 170,9	529,8	1 700,7	37,6
1999	1 213,9	603,0	1 816,9	46,1
1999 vorl. Erfolg.....	1 232,0	610,5	1 842,5	40,2
2000	1 323,7	550,7	1 874,4	46,1

Anlagen

Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausrüstungsinvestitionen, die Anlagenkäufe für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, die Investitionen für Maschinen und Geräte, die instrumentellen Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und die bibliotheksbezogenen Investitionen der Universitäten der Künste ihren Niederschlag.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Universitäten der Künste betreffen, sowie Zuschüsse für Studententätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Universitäten der Künste stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Prüfungsentschädigungen, die Lehrveranstaltungs-Abgeltungen, die Abgeltungen an die Mitarbeiter im Lehrbetrieb und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für die Entwicklung und Erschließung der Künste, für Ausstellungen, für universitäre Publikationen, für bibliothekarische Erfordernisse, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Universitäten der Künste veranschlagt.

Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen sowie für Auslandsstipendien und Stipendien für Graduierte österreichischer Universitäten der Künste vorgesorgt.

Paragraf 1431 Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Steuerengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG), BGBl. I Nr. 130/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	1,3	22,4	23,6	23,0
1999	1,0	21,0	22,0	22,0
1999 vorl. Erfolg.....	1,5	26,8	28,3	22,6
2000	1,0	21,0	22,0	22,0

Anlagen

Hier wird für die ergänzende Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Universitäten der Künste vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Gebühren und Kostenersätze und die Einnahmen aus Veranstaltungen sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie“ der Universität Mozarteum Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Druckschriften, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Universität Mozarteum Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen an.

Titel 146 Fachhochschulen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1998.

Aufgaben

Aufbau eines nicht universitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierter und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1998	604,9	15,3
1999	753,9	0,1
1999 vorl. Erfolg.....	714,8	1,5
2000	855,5	0,1

Kapitel 14 — Titel 146

73

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden (Die Studiendauer beträgt meistens vier Jahre, wobei jährlich ein neuer Lehrgang beginnt) und ein Hinzukommen von neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

Anlagen

Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen

Hier wurden Zahlungen an juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen

Im Wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Sachverständigengutachten zu den Fachhochschulstudienplänen, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 Soziale Sicherheit und Generationen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere aus Abschnitt J des Teiles 2 der Anlage zu § 2 ausgenommen die bei den Kapiteln 16 (Sozialversicherung), 17 (Gesundheit) und 19 (Jugend und Familie) zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	1 652,3	85 371,4	87 023,6	58 522,5
1999	1 656,3	85 004,8	86 661,1	57 111,6
1999 vorl. Erfolg.....	1 728,5	86 944,2	88 672,7	58 420,5
2000	1 123,1	37 844,6	38 967,8	11 318,7

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind folgende Bereiche betroffen:

- Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (1502) zu Paragraf 6342,
- Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (VA-Ansatz 1/15057) zu VA-Ansatz 1/63457,
- Arbeitsmarktpolitik I (Titel 155) zu Titel 635,
- Arbeitsmarktpolitik II (Titel 156) zu Titel 636 und,
- verschiedene Dienststellen (Titel 159) zu Titel 639.

Die näheren Erläuterungen zu diesen von der Kompetenzverschiebung betroffenen Bereichen sind unter dem Kapitel 63 zu finden.

Die Leistungen des Familienlastenausgleiches sowie der Jugend- und Familienpolitik sind wie — bisher — bei Kapitel 19 veranschlagt.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes in Angelegenheiten der Sozialversicherung (ausgenommen Arbeitslosenversicherung), der allgemeinen und besonderen Fürsorge, der Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten, in Angelegenheiten der Frauenpolitik, des Familienlastenausgleiches und Familienförderung, Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt und -erziehung, der Seniorenpolitik, des Gesundheitswesens, des Strahlenschutzes, weiters in Angelegenheiten des Sanitäts- und Veterinärwesens, der Nahrungsmittelkontrolle und Gentechnologie.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	393,3	3 650,6	4 043,9	47,4
1999	404,6	2 928,7	3 333,3	38,9
1999 vorl. Erfolg.....	431,1	3 681,6	4 112,7	53,6
2000	462,7	477,0	939,7	31,1

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Der Anstieg bei den Personalausgaben gegenüber dem Jahr 1999 ergibt sich aus den Kompetenzverschiebungen.

Die Senkung der Sachausgaben gegenüber dem Jahr 1999 ist im Wesentlichen auf den Entfall des Bundesbeitrages zur Arbeitsmarktpolitik — auf Grund der Kompetenzverschiebungen — zurückzuführen.

Kapitel 15 — Titel 150

75

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung und ADV-Geräten.

Förderungen

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im Wesentlichen die Förderung des Betriebsaufwandes des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungszentrale sowie von sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des „Österreichischen Komitees für Sozialarbeit“ sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand der Zentraleitung.

Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Paragraf 1/1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU**Voranschlagsansatz 1/15016 Förderungen**

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Voranschlagsansatz 1/15018 Aufwendungen

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Einnahmen

Im Wesentlichen Kostenersätze des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds sowie Bezugsvorschussersätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht, Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersätze der EU für Dienstreisen.

Bundesaufsicht**Träger der Sozialversicherung**

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG, des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG, des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG, des Bundespflegegeldgesetzes — BPGG und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996;
 Verordnung über die Rentenanpassung in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 2000, BGBl. II Nr. 23/2000.

Aufgaben

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	229,8	0,0
1999	263,9	0,3
1999 vorl. Erfolg.....	233,7	0,2
2000	244,0	0,2

Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Von dem mit 199,7 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

0,2 Millionen Schilling auf Familienbeihilfen,

117,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,

61,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,

5,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,

0,3 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern,

2,1 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld und

13,6 Millionen Schilling auf Pflegegeld nach dem BPGG.

Am 1. Jänner 2000 standen 2 494 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2 609 Personen am 1. Jänner 1999.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Kapitel 15 — Titel 152

77

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15166 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz; Förderungen

Veranschlagt ist die Förderung von Projekten der Pflegebetreuung für Opfer der politischen Verfolgung, die im Ausland leben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 11/1999.

Aufgaben

Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	16,6	0,9
1999	15,2	1,2
1999 vorl. Erfolg	17,7	1,1
2000	22,8	1,1

Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 8,5 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

6,4 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,9 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

1,2 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Jänner 2000 bezogen 125 Personen (62 Opfer und 63 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 119 Personen am 1. Jänner 1999.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen. Weiters werden ab 1. Jänner 1999 die Selbstkosten für die kausalen psychotherapeutischen Behandlungen von Verbrechensopfern und deren Hinterbliebene geleistet.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

78

Kapitel 15 — Titel 153 und 154**Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen**

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen**Gesetzliche Grundlagen**

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998;

Verordnung über die Anpassung der Entschädigungsleistungen im Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 2000, BGBl. II Nr. 23/2000.

Aufgaben

Entschädigung von Impfschäden und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	16 173,4	131,0
1999	17 173,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	16 864,2	200,6
2000	17 377,5	0,0

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz

Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.

Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Paragraf 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)**Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz**

Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.

Zum 31. Dezember 1999 waren in der Pensions- und Unfallversicherung 252 824 Personen für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz anspruchsberechtigt.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBIfÖ. Nr. 181/1939;

Kapitel 15 — Titel 155 bis 157

79

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/1991;

Verordnung über die Höhe der Kleinrenten für das Kalenderjahr 2000, BGBl. II Nr. 23/2000;

Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 17/1999.

Aufgaben

Kleinrentnerfürsorge, Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	79,9	0,0
1999	74,6	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	73,3	0,0
2000	79,1	0,0

Voranschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.

Weiters werden dem Nationalfonds für Behinderte für Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation, sofern andere Förderungsmöglichkeiten nicht bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden, Mittel zur Verfügung gestellt.

Außerdem ist die Förderung bundesweiter Projekte von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege in den Bereichen der Pflegevorsorge sowie der Behinderten- und Altenhilfe vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorglichen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

Titel 155 Arbeitsmarktpolitik (I)**Titel 156 Arbeitsmarktpolitik (II)**

Auf Grund der Kompetenzänderungen nach der Bundesministeriengesetz-Novelle wurden die Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übertragen. Die Erläuterungen zur Arbeitsmarktpolitik sind daher unter den Titeln 635 und 636 zu finden.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung**Gesetzliche Grundlagen**

Kriegsofferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsoferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;

Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.

Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsoferversorgung für das Kalenderjahr 2000, BGBl. II Nr. 23/2000;

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstberemungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 2000, BGBl. II Nr. 23/2000.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsofener- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

Organisation

Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland in Wien;

Bundessozialamt Oberösterreich in Linz;

Bundessozialämter Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	343,3	5 918,7	6 262,1	65,9
1999	366,1	6 039,3	6 405,3	77,5
1999 vorl. Erfolg.....	359,7	5 672,1	6 031,8	73,9
2000	361,2	5 548,6	5 909,8	70,6

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Paragraf 1570 Bundessozialämter

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der beim Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland eingerichteten Schiedskommission. Neben der Vollziehung des Kriegsofener- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsofenerfondsgesetzes (Kriegsofenerfonds) und Impfschadengesetzes befasst.

Anlagen

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die EDV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Unter diesem VA-Ansatz sind im Wesentlichen die Ausgaben für Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZG) und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Vorschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfasst ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge,

Kapitel 15 — Titel 157

81

die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfasst die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 2000 beträgt 1,006 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023, 1989: 1,021, 1990: 1,030, 1991: 1,050, 1992: 1,040, 1993: 1,040, 1994: 1,025, 1995: 1,028, 1996: 1,023, 1997: 1,000, 1998: 1,0133, 1999: 1,015).

Von dem mit 4 847,9 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Familienbeihilfen	6,8
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV).....	1 933,0
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV).....	2 500,7
auf Rentengebühren für Waisen (KOV)	76,0
auf Rentengebühren für Eltern (KOV).....	5,2
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV)	120,0
auf Rentengebühren für Witwen (HV).....	3,7
auf Rentengebühren für Waisen (HV).....	1,9
auf Rentengebühren für Eltern (HV)	0,9
auf Sterbegeld (KOV und HV).....	10,1
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV).....	0,6
auf Rentenwandlungen (KOV und HV).....	2,0
und auf Pflegegeld nach dem BPGG.....	187,0

Der Voranschlag 2000 berücksichtigt den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentenempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 7,0 vH jährlich. Am 1. Jänner 2000 standen 72 029 Versorgungsberichtigte (33 921 Beschädigte, 36 829 Witwen, 1 095 Waisen, 184 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 77 325 am 1. Jänner 1999.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Jänner 2000 1 701 Personen, und zwar 1 618 Beschädigte, 48 Witwen, 16 Waisen und 19 Eltern, gegenüber 1 684 Personen am 1. Jänner 1999.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich auf Grund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraf 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 6,7 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigegeben. Von den Bundessozialämtern wurden im Jahre 1999 5 217 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 892 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten sowie Beihilfe gem. GSBG.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 17/1999.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von Geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Behinderten, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden. Diverse Maßnahmen zur Integration der Behinderten in den Arbeitsmarkt werden mit Mittel des Europäischen Sozialfonds kofinanziert.

Der Fonds wird vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet, der aus Vertretern der organisierten Kriegsopfer, organisierten Behinderten, Opferbefürsorgten, Ländervertretern sowie Vertretern der Dienstnehmer und Dienstgeber und des Bundesministeriums für Finanzen besteht.

Kriegsopferfonds

Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996, und wird vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 177/1999.

Kapitel 15 — Titel 159

83

Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuss des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen

Auf Grund der Kompetenzänderungen nach der Bundesministeriengesetz-Novelle wurden die Angelegenheiten der Arbeitsinspektion und Heimarbeitskommissionen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übertragen. Die diesbezüglichen Erläuterungen sind daher unter dem Titel 639 zu finden.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. I Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt J, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	72 353,9	170,9
1999	71 152,9	139,0
1999 vorl. Erfolg.....	75 390,8	5 227,1
2000	66 374,0	3 453,0

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000 (2. Budgetbegleitgesetz 2000), § 80;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/1998 (11. Novelle); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 31;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 181/1999, Art. XI;

Aufwertungszahl für 2000 1,020 gemäß BGBl. II Nr. 513/1999;

Anpassungsfaktor für 2000 1,006 gemäß BGBl. II Nr. 488/1999.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehalte der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	60 094,6	0,0
1999	59 569,5	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	63 656,7	5 057,7
2000	54 909,4	3 308,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Durch die Umschichtungsmaßnahmen des 2. Budgetbegleitgesetzes 2000 wird der zu erwartende Aufwand für das Jahr 2000 deutlich abgesenkt. Bei den in den Jahren 1999 und 2000 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um die Refundierung von in den Vorjahren zu hoch akontierten Bundesbeiträgen.

Kapitel 16 — Titel 160

85

Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hiebei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Die Eckdaten der Gebarung 2000 der Pensionsversicherungsträger:

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	973 403
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 236 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	109 325,0
Pflichtbeiträge	61 661,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	37 948,5
Bundesbeitrag für 2000	17 893,7

Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	17 969
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	23 700
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	2 672,2
Pflichtbeiträge	1 468,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	915,2
Bundesbeitrag für 2000	707,0

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	601 929
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 413 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	114 425,8
Pflichtbeiträge	94 466,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	19 157,3
Bundesbeitrag für 2000	8 799,7

Versicherungsanstalt der österr. Bergbaues

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	24 212
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	8 800
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	4 625,6
Pflichtbeiträge	839,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	2 989,5
Bundesbeitrag für 2000	1 395,9

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG	153 973
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG.....	1 230
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem GSVG	255 600
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem FSVG.....	13 900

Millionen Schilling

Pensionsaufwand nach dem GSVG	22 941,2
Pensionsaufwand nach dem FSVG	336,7
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen	8 867,0
Pflichtbeiträge für neue Selbständige	820,0
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen.....	1 086,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	960,2
Bundesmittel für 2000	13 625,7

Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	189 678
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	188 600

Millionen Schilling

Pensionsaufwand	15 584,3
Pflichtbeiträge	4 512,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	904,3
Bundesmittel für 2000	12 487,4

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Bundesgesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung kann bis zum 15. Juli eines jeden Jahres dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen eine vorläufige Empfehlung darüber vorlegen, in welcher Höhe der Anpassungsfaktor festgesetzt werden soll. Bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres hat der Beirat dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen in einem Gutachten den Anpassungsfaktor vorzuschlagen. Dabei hat der Beirat die Grundsätze des § 108 f Abs. 3, 4 und 5 ASVG zu berücksichtigen, nach denen auf den Anpassungsrichtwert und die Anpassungsbandbreite Bedacht zu nehmen ist. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen.

Für das Jahr 2000 wurden darüber hinausgehende gesetzliche Regelungen in das Sozialrechtsänderungsgesetz 1999 aufgenommen.

Kapitel 16 — Titel 160

87

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

für das Jahr			
1966	1,070	1984	1,040
1967	1,081	1985	1,033
1968	1,064	1986	1,035
1969	1,071	1987	1,038
1970	1,054	1988	1,023
1971	1,071	1989	1,021
1972	1,074	1990	1,040 ¹⁾
1973	1,090	1991	1,050
1974	1,104	1992	1,040
1975	1,102	1993	1,040
1976	1,115	1994	1,025
1977	1,070	1995	1,028
1978	1,069	1996	1,023
1979	1,065	1997	1,000
1980	1,056	1998	1,0133
1981	1,051	1999	1,015
1982	1,052	2000	1,006
1983	1,055		

¹⁾ 3,0% und 1,0% (4,03%).

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung	
		der Pension	des VPI in Prozent
1966	2 140,00	7,0	2,2
1967	2 313,30	8,1	4,0
1968	2 461,40	6,4	2,8
1969	2 636,20	7,1	3,1
1970	2 778,60	5,4	4,4
1971	2 975,90	7,1	4,7
1972	3 196,10	7,4	6,3
1973	3 483,70	9,0	7,6
I/1974 ¹⁾	3 846,00	12,1	9,5
VII/1974 ²⁾	3 961,40		
I/1975 ³⁾	4 365,50	13,5	8,4
VII/1975 ²⁾	4 496,50		
1976 ⁴⁾	5 013,60	13,1	7,3
1977	5 364,60	7,0	5,5
1978	5 734,80	6,9	3,6
1979	6 107,60	6,5	3,7
1980	6 449,60	5,6	6,4
1981	6 778,50	5,1	6,8
1982	7 131,00	5,2	5,4
1983	7 523,20	5,5	3,3
1984	7 824,10	4,0	5,6
1985	8 082,30	3,3	3,2
1986	8 365,20	3,5	1,7
1987	8 683,10	3,8	1,4
I/1988	8 683,10	1,2	2,0
VII/1988 ⁵⁾	8 882,80		

Fußnoten siehe Seite 88.

88

Kapitel 16 — Titel 161

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung der Pension des VPI in Prozent	
1989 ⁶⁾	9 069,30	3,3	2,5
1990 ⁷⁾	9 434,80	4,0	3,3
1991	9 906,50	5,0	3,3
1992	10 302,80	4,0	4,1
1993	10 714,90	4,0	3,6
1994	10 982,80	2,5	3,0
1995	11 290,30	2,8	2,2
1996	11 550,00	2,3	1,9
1997	11 550,00	0,0	1,3
1998	11 703,60	1,33	0,9
1999	11 879,20	1,5	0,6
2000	12 009,90	1,1 ⁸⁾	1,1 ⁹⁾

1) Erhöhung um 10,4%.

2) Erhöhung um 3,0%.

3) Erhöhung um 10,2%.

4) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

5) Erhöhung um 2,3%.

6) Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.

7) Erhöhung am 1. Jänner 1990 um 3,0% und 1,0% (4,03%).

8) Im Durchschnitt (Anpassungsfaktor 1,006).

9) Schätzwert.

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000 (2. Budgetbegleitgesetz 2000), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 141;

Aufwertungszahl für 2000 1,020 gemäß BGBl. II Nr. 513/1999;

Anpassungsfaktor für 2000 1,006 gemäß BGBl. II Nr. 488/1999;

Finanzausgleichsgesetz 1997 (FAG 1997), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 32/1999.

Aufgaben

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	10 979,9	3,9
1999	10 240,8	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	10 410,0	6,2
2000	10 036,1	0,0

Ausgaben

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Kapitel 16 — Titel 161

89

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 2000 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1999):

	Schilling
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	11 859 (11 574)
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	8 312 (8 112)
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	8 312 (8 112)
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	3 104 (3 029)
falls beide Elternteile verstorben sind.....	4 661 (4 549)
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	5 516 (5 383)
falls beide Elternteile verstorben sind.....	8 312 (8 112)

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 885 (864) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex in %
VII/1965	915	—	1 265	—	—
1966	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 ¹⁾	1 283	7,5	1 782	7,5	5,0
VII/1970 ²⁾	1 333		1 851		
I/1971 ³⁾	1 428		1 983		
VII/1971 ⁴⁾	1 528	13,0	2 122	13,0	5,4
1972 ⁵⁾	1 641	11,0	2 279	11,0	6,9
1973	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
I/1974 ⁶⁾	2 000	12,8	2 861	12,8	8,5
VII/1974 ⁷⁾	2 060		2 947		
I/1975 ⁸⁾	2 285		3 270		
VII/1975 ⁷⁾	2 354	14,3	3 368	14,3	9,1
1976 ⁹⁾	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 ¹⁰⁾	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1
1987	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988	5 004	2,8	7 168	2,8	1,1
1989	5 134	2,6	7 354	2,6	1,9
I/1990 ¹¹⁾	5 434	7,2	7 784	7,2	2,8
VII/1990 ¹²⁾	5 574		7 984		
1991 ¹³⁾	6 000	9,0	8 600	9,1	3,6
1992	6 500	8,3	9 317	8,3	3,5
1993	7 000	7,7	9 967	7,0	3,0

Fußnoten siehe Seite 90.

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex in %
1994	7 500	7,1	10 700	7,4	2,8
1995	7 710	2,8	11 000	2,8	1,5
1996	7 887	2,3	11 253	2,3	2,1
1997	7 887	0,0	11 253	0,0	1,6
1998	7 992	1,33	11 403	1,33	1,2
1999 ¹⁴⁾	8 112	1,5	11 574	1,5	0,3
2000	8 312	2,5	11 859	2,5	1,1 ¹⁵⁾

1) Erhöhung um 5,4%.

2) Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.

3) Erhöhung um 7,1%.

4) Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.

5) Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.

6) Erhöhung um 11,1%.

7) Erhöhung um 3,0%.

8) Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.

9) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

10) Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.

11) Erhöhung um 300 S für Alleinstehende bzw. 430 S für Verheiratete.

12) Erhöhung um 140 S für Alleinstehende bzw. 200 S für Verheiratete.

13) Erhöhung am 1. Jänner 1991 um 7,6% für Alleinstehende bzw. 7,7% für Verheiratete.

14) Erhöhung um 200 S für Alleinstehende bzw. 285 S für Verheiratete.

15) Schätzwert.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000 (2. Budgetbegleitgesetz 2000), § 132a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), §§ 31 und 81;

Aufwertungszahl für 2000 1,020 gemäß BGBl. II Nr. 513/1999;

Anpassungsfaktor für 2000 1,006 gemäß BGBl. II Nr. 488/1999.

Aufgaben

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	634,1	0,0
1999	651,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	643,7	0,0
2000	684,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 wurde der Bundesbeitrag zur Krankenversicherung nach dem BSVG für das Jahr 1998 mit 649 Millionen Schilling festgesetzt. Ausgehend von diesem Betrag ist der Beitrag des Bundes für jedes weitere Geschäftsjahr durch Vervielfachung mit dem Anpassungsfaktor festzusetzen. In den Geschäftsjahren 1998 und 1999 war der so ermittelte Betrag zusätzlich um 35 Millionen Schilling zu kürzen.

Kapitel 16 — Titel 164

91

Ausgaben

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Der Beitrag des Bundes ist so festzustellen, dass der jeweils für das vorangegangene Geschäftsjahr geltende Beitrag mit dem jeweils für das Geschäftsjahr festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen ist.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 2000 kommen die Ersätze für das Jahr 1999 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000 (2. Budgetbegleitgesetz 2000), § 74a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1999 — SVÄG 1999), § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 2000 1,020 gemäß BGBl. II Nr. 513/1999;

Anpassungsfaktor für 2000 1,006 gemäß BGBl. II Nr. 488/1999.

Aufgaben

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	343,3	23,2
1999	355,6	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	362,2	18,2
2000	378,0	0,0

Ausgaben

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Titel 165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

Gesetzliche Grundlagen

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 181/1999, Art. XI;

Aufwertungszahl für 2000 1,020 gemäß BGBl. II Nr. 513/1999;

Anpassungsfaktor für 2000 1,006 gemäß BGBl. II Nr. 488/1999.

Aufgaben

Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	302,1	143,8
1999	336,0	139,0
1999 vorl. Erfolg	318,2	144,9
2000	366,5	145,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Anstieg der Ausgaben im Jahr 2000 ist auf einen Anstieg der Zahl der Sonderruhegeldempfänger zurückzuführen.

Ausgaben

Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Statistische Daten:

Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	393 624	387 744	383 519	379 593	376 797
Alterspensionen	932 798	965 478	989 167	1 017 453	1 052 053
Witwerpensionen	31 309	33 091	34 735	36 351	38 419
Witwenpensionen	447 033	445 884	445 235	443 857	444 811
Waisenpensionen	51 007	50 794	50 485	50 313	50 314
Alle Pensionen . . .	1 855 771	1 882 991	1 903 141	1 927 567	1 962 394

¹⁾ Schätzung.

Kapitel 16

93

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsun- fähigkeit).....	8 345 S	8 443 S	8 662 S	8 888 S	9 091 S
Alterspensionen	10 872 S	11 003 S	11 269 S	11 570 S	11 858 S
Witwerpensionen	3 080 S	3 134 S	3 208 S	3 291 S	3 414 S
Witwenpensionen	5 913 S	5 998 S	6 158 S	6 326 S	6 490 S
Waisenpensionen.....	2 212 S	2 262 S	2 341 S	2 410 S	2 487 S
Alle Pensionen . . .	8 772 S	8 917 S	9 164 S	9 439 S	9 704 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Son- derzahlungen).....	23 307 S	23 842 S	24 364 S	24 857 S	25 385 S
Durchschnittlicher Stand an Pflicht- versicherten.....	2 998 256	3 020 715	3 057 624	3 105 244	3 139 600

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	307 213	303 521	301 216	299 108	297 957
Alterspensionen	776 205	805 990	827 891	853 985	885 224
Witwerpensionen	25 273	26 801	28 182	29 599	31 349
Witwenpensionen	360 919	360 544	360 561	359 960	361 206
Waisenpensionen.....	42 013	41 895	41 729	41 664	41 777
Alle Pensionen . . .	1 511 623	1 538 751	1 559 579	1 584 316	1 617 513

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	8 999 S	9 099 S	9 327 S	9 559 S	9 762 S
Alterspensionen	11 173 S	11 289 S	11 543 S	11 838 S	12 116 S
Witwerpensionen	3 226 S	3 275 S	3 350 S	3 434 S	3 557 S
Witwenpensionen	6 213 S	6 290 S	6 447 S	6 614 S	6 776 S
Waisenpensionen.....	2 304 S	2 355 S	2 434 S	2 504 S	2 584 S
Alle Pensionen . . .	9 168 S	9 303 S	9 545 S	9 818 S	10 078 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Son- derzahlungen).....	24 456 S	24 907 S	25 419 S	25 936 S	26 483 S
Durchschnittlicher Stand an Pflicht- versicherten.....	2 573 214	2 587 211	2 616 754	2 655 007	2 681 500

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozial-
versicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	20 307	19 996	19 807	19 652	19 577
Alterspensionen	80 909	81 877	82 594	83 413	85 006
Witwerpensionen	2 344	2 465	2 526	2 573	2 695
Witwenpensionen	44 496	44 188	43 931	43 567	43 504
Waisenpensionen.....	3 379	3 371	3 301	3 238	3 191
Alle Pensionen . . .	151 435	151 897	152 159	152 443	153 973

1) Schätzung.

94

Kapitel 16**Durchschnittspensionen im Juli**

(ohne AZ):

	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	8 181 S	8 317 S	8 608 S	8 893 S	9 165 S
Alterspensionen	11 849 S	12 109 S	12 511 S	12 908 S	13 304 S
Witwerpensionen	3 514 S	3 602 S	3 690 S	3 785 S	3 981 S
Witwenpensionen	5 847 S	5 987 S	6 184 S	6 378 S	6 572 S
Waisenpensionen.....	2 357 S	2 432 S	2 544 S	2 624 S	2 697 S
Alle Pensionen . . .	9 253 S	9 476 S	9 814 S	10 152 S	10 493 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	19 386 S	20 753 S	21 181 S	21 397 S	21 691 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	210 538	221 576	231 378	244 164	255 600

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft**Durchschnittlicher Stand an Pensionen:**

	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	40	34	41	49	44
Alterspensionen	807	742	748	806	826
Witwerpensionen	11	9	12	16	17
Witwenpensionen	227	222	238	261	274
Waisenpensionen.....	67	53	55	68	69
Alle Pensionen . . .	1 152	1 060	1 094	1 200	1 230

Durchschnittspensionen im Juli

(ohne AZ):

Erwerbsunfähigkeitspensionen	14 728 S	15 236 S	15 856 S	16 036 S	16 609 S
Alterspensionen	22 267 S	22 470 S	22 692 S	23 034 S	23 367 S
Witwerpensionen	7 458 S	7 449 S	7 081 S	6 850 S	7 144 S
Witwenpensionen	11 427 S	11 442 S	11 588 S	11 664 S	11 783 S
Waisenpensionen.....	3 899 S	3 977 S	4 211 S	4 239 S	4 286 S
Alle Pensionen . . .	18 660 S	18 876 S	18 920 S	18 994 S	19 250 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	31 386 S	31 291 S	32 575 S	31 924 S	32 562 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	10 872	12 110	12 796	13 400	13 900

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern**Durchschnittlicher Stand an Pensionen:**

	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	66 064	64 193	62 455	60 784	59 219
Alterspensionen	74 877	76 869	77 934	79 249	80 997
Witwerpensionen	3 681	3 816	4 015	4 163	4 358
Witwenpensionen	41 391	40 930	40 505	40 069	39 827
Waisenpensionen.....	5 548	5 475	5 400	5 343	5 277
Alle Pensionen . . .	191 561	191 283	190 309	189 608	189 678

¹⁾ Schätzung.

Kapitel 16

95

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	5 353 S	5 376 S	5 469 S	5 575 S	5 682 S
Alterspensionen	6 568 S	6 717 S	6 926 S	7 163 S	7 412 S
Witwerpensionen	1 783 S	1 832 S	1 893 S	1 954 S	2 019 S
Witwenpensionen	3 341 S	3 409 S	3 525 S	3 649 S	3 768 S
Waisenpensionen.....	1 404 S	1 428 S	1 481 S	1 525 S	1 565 S
Alle Pensionen . . .	5 210 S	5 310 S	5 463 S	5 638 S	5 820 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	12 417 S	13 030 S	13 546 S	13 878 S	14 246 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	203 632	199 818	196 696	192 673	188 600

¹⁾ Schätzung.

Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Arbeitnehmereinkommen ¹⁾		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage ²⁾		
	ESVG 1979	ESVG 1995	Pensionsversicherung der Arbeiter Schilling	Pensionsversicherung der Angestellten in der	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
1989	21 053	.	15 435	20 320	24 105
1990	22 252	.	16 362	21 328	25 404
1991	23 686	.	17 319	22 570	26 713
1992	25 002	.	18 334	23 953	28 415
1993	26 039	.	19 126	25 051	30 903
1994	26 908	.	19 863	26 084	32 909
1995	27 911	27 095	20 561	27 050	34 675
1996	28 430	27 317	21 021	27 590	35 666
1997	28 624	27 499	21 313	28 152	36 717
1998	29 369	28 262	21 827	28 625	37 336
1999	28 912 ³⁾	22 152 ³⁾	29 283 ³⁾	37 352 ³⁾
2000	29 432 ³⁾	22 574 ³⁾	29 898 ³⁾	37 660 ³⁾

Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten

	monatliche Höchstbeitragsgrundlage Schilling	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51 a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
		in Prozent der Beitragsgrundlage				
1989	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1990	28 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	30 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	31 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	33 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	36 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	37 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	39 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1997	40 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1998	42 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1999	42 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
2000	43 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

¹⁾ Durchschnittliches Monatseinkommen der Arbeitnehmer (einschließlich dienstnehmerähnliche Einkommen) auf Basis ESVG 1979 bzw. ESVG 1995 ermittelt.

²⁾ Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.

³⁾ Vorläufige Werte bzw. Prognosewerte.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
		Millionen Schilling				%	%	%	%
1980	16 538 ³⁾	5 596	22 134 ³⁾	306 492	1 016 140	5,4	7,2	1,6	2,2
1981	18 714 ³⁾	5 823	24 537 ³⁾	339 456	1 081 740	5,5	7,2	1,7	2,3
1982	24 687 ³⁾	6 123	30 810 ³⁾	372 775	1 161 170	6,6	8,3	2,1	2,7
1983	33 568 ³⁾	6 302	39 870 ³⁾	407 791	1 237 380	8,2	9,8	2,7	3,2
1984	33 462 ³⁾	7 258	40 720 ³⁾	435 135	1 299 010	7,7	9,4	2,6	3,1
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 369 100	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 439 040	7,7	9,0	2,7	3,1
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 494 130	8,8	10,0	3,0	3,4
1988	47 105	6 547	53 652	568 904 ⁴⁾	1 565 770	8,3 ⁴⁾	9,4 ⁴⁾	3,0	3,4
1989	48 753	6 396	55 149	602 672 ⁴⁾	1 676 680	8,1 ⁴⁾	9,2 ⁴⁾	2,9	3,3
1990	45 029	7 380	52 409	624 858 ⁴⁾	1 813 480	7,2 ⁴⁾	8,4 ⁴⁾	2,5	2,9
1991	49 122	8 321	57 443	678 889 ⁴⁾	1 945 820	7,2 ⁴⁾	8,5 ⁴⁾	2,5	3,0
1992	49 574	9 212	58 786	739 506 ⁴⁾	2 057 270	6,7 ⁴⁾	7,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1993	48 119	10 220	58 339	856 127 ⁴⁾	2 125 180	5,6 ⁴⁾	6,8 ⁴⁾	2,3	2,7
1994	42 499	11 349	53 848	852 539 ⁴⁾	2 239 620	5,0 ⁴⁾	6,3 ⁴⁾	1,9	2,4
1995	55 919	11 210	67 129	969 433 ⁴⁾	2 334 360	5,8 ⁴⁾	6,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1996	57 072	11 054	68 126	885 018 ⁴⁾	2 421 620	6,4 ⁴⁾	7,7 ⁴⁾	2,4	2,8
1997	57 494	11 207	68 701	1 000 170 ⁴⁾	2 516 940	5,7 ⁴⁾	6,9 ⁴⁾	2,3	2,7
1998	60 095	10 980	71 075	1 120 048 ⁴⁾	2 610 900	5,4 ⁴⁾	6,3 ⁴⁾	2,3	2,7
1999	63 657	10 410	74 067	1 209 429 ⁴⁾	2 685 900	5,3 ⁴⁾	6,1 ⁴⁾	2,4	2,8
2000	54 909	10 036	64 945	1 277 335 ⁴⁾	2 782 500	4,3 ⁴⁾	5,1 ⁴⁾	2,0	2,3

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1980 bis 1998, Erfolg 1999, Bundesvoranschlag 2000.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Dezember 1999).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuss.

⁴⁾ Mit den Jahren 1980 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹	Ausgleichs- zulagen ¹	Bundesmittel (BB+AZ) ¹	Gesamtausgaben des Bundes ¹	Brutto-Inlands- produkt ²	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%			
1980	6 996	3 228	10 224	306 492	1 016 140	2,3	3,3	0,7	1,0
1981	7 309	3 346	10 655	339 456	1 081 740	2,2	3,1	0,7	1,0
1982	12 045	3 533	15 578	372 775	1 161 170	3,2	4,2	1,0	1,3
1983	19 816	3 606	23 422	407 791	1 237 380	4,9	5,7	1,6	1,9
1984	19 881	4 242	24 123	435 135	1 299 010	4,6	5,5	1,5	1,9
1985	21 297	3 668	24 965	464 673	1 369 100	4,6	5,4	1,6	1,8
1986	24 116	3 631	27 747	498 390	1 439 040	4,8	5,6	1,7	1,9
1987	28 388	3 674	32 062	514 461	1 494 130	5,5	6,2	1,9	2,1
1988	29 877	3 765	33 642	568 904 ³	1 565 770	5,3 ³	5,9 ³	1,9	2,1
1989	30 280	3 675	33 955	602 672 ³	1 676 680	5,0 ³	5,6 ³	1,8	2,0
1990	25 334	4 139	29 473	624 858 ³	1 813 480	4,1 ³	4,7 ³	1,4	1,6
1991	27 249	4 700	31 949	678 889 ³	1 945 820	4,0 ³	4,7 ³	1,4	1,6
1992	26 793	5 317	32 110	739 506 ³	2 057 270	3,6 ³	4,3 ³	1,3	1,6
1993	24 888	6 042	30 930	856 127 ³	2 125 180	2,9 ³	3,6 ³	1,2	1,5
1994	19 594	6 785	26 379	852 539 ³	2 239 620	2,3 ³	3,1 ³	0,9	1,2
1995	29 149	6 725	35 874	969 433 ³	2 334 360	3,0 ³	3,7 ³	1,2	1,5
1996	30 853	6 689	37 542	885 018 ³	2 421 620	3,5 ³	4,2 ³	1,3	1,6
1997	32 612	6 841	39 453	1 000 170 ³	2 516 940	3,3 ³	3,9 ³	1,3	1,6
1998	35 551	6 601	42 152	1 120 048 ³	2 610 900	3,2 ³	3,8 ³	1,4	1,6
1999	37 863	6 276	44 139	1 209 429 ³	2 685 900	3,1 ³	3,6 ³	1,4	1,6
2000	28 796	6 054	34 850	1 277 335 ³	2 782 500	2,3 ³	2,7 ³	1,0	1,3

¹) Bundesrechnungsabschlüsse 1980 bis 1998, Erfolg 1999, Bundesvoranschlag 2000.

²) Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Dezember 1999).

³) Mit den Jahren 1980 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling					%				
1980	5 015 ³⁾	837	5 852 ³⁾	306 492	1 016 140	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 ³⁾	862	7 153 ³⁾	339 456	1 081 740	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 ³⁾	878	7 830 ³⁾	372 775	1 161 170	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 ³⁾	876	8 445 ³⁾	407 791	1 237 380	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 ³⁾	996	8 398 ³⁾	435 135	1 299 010	1,7	1,9	0,6	0,6
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 369 100	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 439 040	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 494 130	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	568 904 ⁴⁾	1 565 770	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1989	10 278	787	11 065	602 672 ⁴⁾	1 676 680	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1990	10 894	855	11 749	624 858 ⁴⁾	1 813 480	1,7 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,6
1991	12 157	937	13 094	678 889 ⁴⁾	1 945 820	1,8 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,7
1992	12 444	1 025	13 469	739 506 ⁴⁾	2 057 270	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1993	12 685	1 101	13 786	856 127 ⁴⁾	2 125 180	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6
1994	12 432	1 208	13 640	852 539 ⁴⁾	2 239 620	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6
1995	15 266	1 166	16 432	969 433 ⁴⁾	2 334 360	1,6 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,7	0,7
1996	14 410	1 125	15 535	885 018 ⁴⁾	2 421 620	1,6 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,6
1997	13 161	1 129	14 290	1 000 170 ⁴⁾	2 516 940	1,3 ⁴⁾	1,4 ⁴⁾	0,5	0,6
1998	12 932	1 069	14 001	1 120 048 ⁴⁾	2 610 900	1,2 ⁴⁾	1,3 ⁴⁾	0,5	0,5
1999	13 562	996	14 558	1 209 429 ⁴⁾	2 685 900	1,1 ⁴⁾	1,2 ⁴⁾	0,5	0,5
2000	13 626	938	14 564	1 277 335 ⁴⁾	2 782 500	1,1 ⁴⁾	1,1 ⁴⁾	0,5	0,5

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1980 bis 1998, Erfolg 1999, Bundesvoranschlag 2000.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Dezember 1999).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuss.

⁴⁾ Mit den Jahren 1980 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling						
1980	4 527 ³⁾	1 531	6 058 ³⁾	306 492	1 016 140	1,5	2,0	0,4	0,6
1981	5 114 ³⁾	1 615	6 729 ³⁾	339 456	1 081 740	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 ³⁾	1 712	7 402 ³⁾	372 775	1 161 170	1,5	2,0	0,5	0,6
1983	6 183 ³⁾	1 820	8 003 ³⁾	407 791	1 237 380	1,5	2,0	0,5	0,6
1984	6 179 ³⁾	2 020	8 199 ³⁾	435 135	1 299 010	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 369 100	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 439 040	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 494 130	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	568 904 ⁴⁾	1 565 770	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1989	8 195	1 934	10 129	602 672 ⁴⁾	1 676 680	1,4 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1990	8 801	2 386	11 187	624 858 ⁴⁾	1 813 480	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1991	9 716	2 684	12 400	678 889 ⁴⁾	1 945 820	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1992	10 337	2 870	13 207	739 506 ⁴⁾	2 057 270	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1993	10 546	3 077	13 623	856 127 ⁴⁾	2 125 180	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1994	10 473	3 356	13 829	852 539 ⁴⁾	2 239 620	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1995	11 504	3 319	14 823	969 433 ⁴⁾	2 334 360	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1996	11 809	3 240	15 049	885 018 ⁴⁾	2 421 620	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1997	11 721	3 237	14 958	1 000 170 ⁴⁾	2 516 940	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1998	11 612	3 310	14 922	1 120 048 ⁴⁾	2 610 900	1,0 ⁴⁾	1,3 ⁴⁾	0,4	0,6
1999	12 232	3 138	15 370	1 209 429 ⁴⁾	2 685 900	1,0 ⁴⁾	1,3 ⁴⁾	0,5	0,6
2000	12 487	3 044	15 531	1 277 335 ⁴⁾	2 782 500	1,0 ⁴⁾	1,2 ⁴⁾	0,4	0,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1980 bis 1998, Erfolg 1999, Bundesvoranschlag 2000.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Dezember 1999).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuss.

⁴⁾ Mit den Jahren 1980 bis 1987 nicht vergleichbar.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1980	16 666 ²⁾	5 620	22 286 ²⁾	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 ²⁾	5 841	24 130 ²⁾	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 ²⁾	6 172	31 040 ²⁾	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 ²⁾	6 307	38 161 ²⁾	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 ²⁾	6 477	40 156 ²⁾	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 429	6 424	50 853	161 991	168 415	27,4	30,2
1988	45 632	6 539	52 171	168 612	175 151	27,1	29,8
1989	46 968	6 374	53 342	178 310	184 684	26,3	28,9
1990	43 792	7 392	51 184	190 049	197 441	23,0	25,9
1991	47 953	8 236	56 189	204 685	212 921	23,4	26,4
1992	47 248	9 239	56 487	216 849	226 088	21,8	25,0
1993	47 361	10 125	57 486	222 373	232 498	21,3	24,7
1994	46 118	11 294	57 412	228 771	240 065	20,2	23,9
1995	52 255	11 201	63 456	241 744	252 945	21,6	25,1
1996	53 833	10 981	64 814	254 432	265 413	21,2	24,4
1997	57 742	11 207	65 949	260 937	272 144	21,0	24,2
1998	56 753	10 957	67 710	270 485	281 442	21,0	24,1
1999	61 669	10 411	72 080	282 792	293 203	21,8	24,6
2000	54 909	10 036	64 945	295 478	305 514	18,6	21,3

1) 1980 bis 1998 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1999 voraussichtlicher Erfolg, 2000 Bundesvoranschlag.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuss.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der		
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	
			Millionen Schilling				%	%
1980	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3	
1981	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7	
1982	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3	
1983	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4	
1984	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6	
1985	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5	
1986	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3	
1987	27 739	3 665	31 404	137 698	141 363	20,1	22,2	
1988	28 588	3 762	32 350	143 446	147 208	19,9	22,0	
1989	28 822	3 657	32 479	151 691	155 348	19,0	20,9	
1990	24 031	4 126	28 157	161 616	165 742	14,9	17,0	
1991	26 392	4 667	31 059	173 957	178 624	15,2	17,4	
1992	24 799	5 349	30 148	184 147	189 496	13,5	15,9	
1993	24 099	5 947	30 046	188 625	194 572	12,8	15,4	
1994	22 069	6 765	28 834	193 578	200 343	11,4	14,4	
1995	26 972	6 753	33 725	204 579	211 332	13,2	16,0	
1996	28 407	6 630	35 037	215 807	222 437	13,2	15,8	
1997	30 529	6 838	37 367	221 661	228 499	13,8	16,4	
1998	32 428	6 589	39 017	230 085	236 674	14,1	16,5	
1999	36 409	6 262	42 671	240 857	247 119	15,1	17,3	
2000	28 796	6 054	34 850	251 947	258 001	11,4	13,5	

¹⁾ 1980 bis 1998 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1999 voraussichtlicher Erfolg, 2000 Bundesvoranschlag.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1980	5 134 ²⁾	843	5 977 ²⁾	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 ²⁾	859	6 938 ²⁾	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 ²⁾	880	7 635 ²⁾	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 ²⁾	875	8 292 ²⁾	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 ²⁾	873	8 209 ²⁾	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 473	822	10 295	14 216	15 038	66,6	68,5
1989	10 018	786	10 804	15 053	15 839	66,6	68,2
1990	10 941	854	11 795	16 109	16 963	67,9	69,5
1991	11 876	935	12 811	17 408	18 343	68,2	69,8
1992	12 097	1 021	13 118	18 486	19 507	65,4	67,2
1993	12 786	1 098	13 884	19 242	20 340	66,4	68,3
1994	13 452	1 197	14 649	20 434	21 631	65,8	67,7
1995	14 004	1 159	15 163	21 469	22 628	65,2	67,0
1996	13 848	1 128	14 976	22 259	23 387	62,2	64,0
1997	12 742	1 129	13 871	22 740	23 869	56,0	58,1
1998	12 777	1 065	13 842	23 462	24 547	54,4	56,4
1999	13 218	996	14 214	24 467	25 463	54,0	55,8
2000	13 626	938	14 564	25 535	26 473	53,4	55,0

¹⁾ 1980 bis 1998 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1999 voraussichtlicher Erfolg, 2000 Bundesvoranschlag.

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuss.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1980	4 542 ²⁾	1 535	6 077 ²⁾	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 ²⁾	1 615	6 669 ²⁾	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 ²⁾	1 724	7 343 ²⁾	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 ²⁾	1 821	7 923 ²⁾	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 ²⁾	1 899	8 011 ²⁾	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 571	1 955	9 526	10 950	12 905	69,1	73,8
1989	8 128	1 931	10 059	11 566	13 497	70,3	74,5
1990	8 820	2 412	11 232	12 324	14 736	71,6	76,2
1991	9 685	2 634	12 319	13 320	15 954	72,7	77,2
1992	10 352	2 869	13 221	14 216	17 085	72,8	77,4
1993	10 476	3 080	13 556	14 506	17 586	72,2	77,1
1994	10 597	3 332	13 929	14 759	18 091	71,8	77,0
1995	11 279	3 289	14 568	15 696	18 985	71,9	76,7
1996	11 578	3 223	14 801	16 366	19 589	70,7	75,6
1997	11 471	3 240	14 711	16 536	19 776	59,4	74,4
1998	11 548	3 303	14 851	16 918	20 221	68,3	73,4
1999	12 042	3 153	15 195	17 468	20 621	68,9	73,7
2000	12 487	3 044	15 531	17 996	21 040	69,4	73,8

1) 1980 bis 1998 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1999 voraussichtlicher Erfolg, 2000 Bundesvoranschlag.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuss.

Kapitel 17 Gesundheit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere aus Abschnitt J des Teiles 2 der Anlage zu § 2, soweit Angelegenheiten des Gesundheits- und Veterinärwesens betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	150,4	11 161,1	11 311,5	825,0
1999	157,9	12 461,8	12 619,7	890,8
1999 vorl. Erfolg.....	158,1	11 618,3	11 776,4	753,0
2000	325,1	8 480,3	8 805,4	890,7

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Agenden auf das Kapitel 17 übertragen bzw. zu anderen Kapiteln abgegeben worden:

Lebensmitteluntersuchungsanstalten Paragraf 1790 (von Paragraf 1090),

Lebensmittel, Chemikalien Paragraf 1732 (von Paragraf 1083),

Veterinärwesen Paragraf 1731 (von Paragraf 1082),

Gentechnologie Paragraf 1733 (von Paragraf 1084),

Strahlenschutz Paragraf 1734 (von Paragraf 1081),

Veterinärmedizinische Anstalten Paragraf 1795 (von Paragraf 1091),

Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst Paragraf 1796 (von Paragraf 1092),

Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) wurde von VA-Ansatz 1/17218 auf VA-Ansatz 1/14208 übertragen.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;

Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;

Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1996;

Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998;

Bundesgesetz über die Regelung des med.-techn. Fachdienstes und des Sanitätshilfsdienstes, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 46/1999;

Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1998;

Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/1998;

Blutsicherheitsgesetz, BGBl. I Nr. 44/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1999;

Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 120/1998;

Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;

Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 112/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Suchtgiftverordnung, BGBl. II Nr. 374/1997;

Psychotropenverordnung, BGBl. II Nr. 375/1997;

Vorläuferstoffverordnung, BGBl. II Nr. 376/1997;

Suchtgift-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 377/1997;

Psychotropen-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 378/1997;

Kundmachung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch, BGBl. II Nr. 379/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 45/1999;

Kapitel 17 — Titel 172

105

Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
 Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1996;
 Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;
 Verordnung zur Festlegung von Verfahren für die Messung und Kontrolle des Kondensat-(Teer-) und Nikotingehalts im Rauch von Zigaretten, BGBl. Nr. 738/1996;
 Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“, BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
 Finanzausgleichsgesetz 1997 (FAG 1997), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1998;
 Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
 EWR-Psychologengesetz, BGBl. I Nr. 113/1999;
 Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
 EWR-Psychotherapiegesetz, BGBl. I Nr. 114/1999;
 Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;
 Kardiotechnikergesetz, BGBl. I Nr. 96/1998;
 Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 136/1999;
 Medizinproduktegesetz, BGBl. Nr. 657/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;
 Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information, BGBl. I Nr. 51/1998.

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information;
 AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;
 Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe;
 Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps, Haemophilus influenzae b, Hepatitis B;
 Bekämpfung von Infektionskrankheiten;
 Kariesprophylaxe;
 Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes;
 Bekämpfung des Alkoholmissbrauches, des Missbrauches von Medikamenten und des Rauchens;
 Psychische Hygiene;
 Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;
 Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs;
 Beteiligung an WHO-Projekten;
 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches;
 Zivilschutz;
 Arzneimittelwesen;
 Krankenanstaltenwesen;
 Medizinische Strahlenangelegenheiten;
 Medizinprodukte.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	4 773,8	650,2
1999	5 735,7	694,0
1999 vorl. Erfolg.....	5 134,5	576,5
2000	1 617,5	550,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Minderausgaben und Mindereinnahmen sind auf die Übertragung der Angelegenheiten der Kostenbeteiligung des Bundes an der Errichtung, Ausgestaltung und den Betrieb von Universitätskliniken in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zurückzuführen.

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen.....	206,4	207,7	248,4
Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken).....	4 068,6	4 440,8	823,9 ¹⁾
Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches.....	27,2	32,1	24,1
Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information.....	4,1	33,3	100,0
Mutter-Kind-Pass.....	467,6	420,5	421,0
Summe ...	4 773,8	5 134,5	1 617,5

¹⁾ Die Ausgaben für den klinischen Mehraufwand der Universitätskliniken sind ab April 2000 bei Kapitel 14 mitveranschlagt (VA-Ansatz 1/14208).

Paragraf 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen

Anlagen

Für die Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Belange sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen

Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.

Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird im Jahr 2000 folgender Impfplan durchgeführt:

1. Komplette Grundimmunisierung bei bereits oral angeimpften Kindern,
2. Auffrischungsimpfungen im Schulalter (1. und 8. Schulstufe),
3. Auffrischungsimpfung im Erwachsenenalter bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfkation notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Aufwendungen

Im Vordergrund steht die Aufklärungsarbeit zur Vermeidung der Weiterverbreitung von AIDS.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Durchführung von Impfungen entsprechend dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaften sowie der epidemiologischen Erfordernisse vorgesorgt, wobei schwerpunktmäßig noch bestehende Impflücken beseitigt werden.

Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für human-genetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.

Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der Sanitätspersonen und der Psychotherapeuten ist vorgesorgt.

Mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen werden fachlich autorisierte Stellen befasst. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand“ warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten. Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.

Voranschlagsansatz 1/17218 Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)

In diesem Bereich sind die anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand und für Neu-, Zu- und Umbauten an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck für den Zeitraum Jänner bis März 2000 veranschlagt.

Paragraf 1722 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Suchtmittelmissbrauchern wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des neuen Suchtmittelgesetzes vorgesorgt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtmittelrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtmittelmissbrauch bereitgestellt.

Paragraf 1723 Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information (zweckgeb. Gebarung)

In diesem Bereich sind die Mittel für die Ergänzung der bereits etablierten Vorsorgemaßnahmen der Förderung und Durchführung kohärenter praktischer Aktivitäten und flankierender wissenschaftlicher Studien in der Gesundheitsförderung veranschlagt. Die Finanzierung erfolgt durch Mitteln aus der Umsatzsteuer für Tabakwaren.

Paragraf 1724 Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung)

Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;

Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

Zweckgebundene Einnahmen aus der Umsatzsteuer zugunsten Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information.

Titel 173 Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie und Strahlenschutz**Gesetzliche Grundlagen**

Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;

Tiergesundheitsgesetz, BGBl. I Nr. 133/1999;

Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998;

Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;

Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;

Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;

Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;

Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1998;

Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/1997;

Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;

IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;

Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1998;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1998;

Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 714/1996;

Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;

Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 40/1998;

Vollzugsanweisung betreffend Tierkörperverwertung, StGBI. Nr. 241/1919, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1977;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996 samt Durchführungsverordnungen.

Aufgaben

Abwehr von Tierseuchen;
 Fleisch- und Schlachthofhygiene;
 Entschädigung nach Veterinärsgesetzen;
 Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle;
 Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz;
 Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen;
 Angelegenheiten der Strahlenhygiene, des medizinischen Strahlenschutzes und der medizinischen Radiologie, medizinischen Beurteilung der Anwendung ionisierender und nichtionisierender Strahlen sowie der Radiopharmaka;
 Chemikalienkontrolle (Giftwesen);
 gesundheitliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln (Zulassungsverfahren) sowie Angelegenheiten der Gentechnologie.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	116,9	7,0
1999	177,6	7,0
1999 vorl. Erfolg.....	131,2	7,0
2000	52,4	1,3

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1998	vorl. Erfolg 1999	2000
	Millionen Schilling		
Veterinärwesen	29,1	42,0	31,8
Lebensmittel, Chemikalien	4,1	3,7	6,0
Gentechnologie.....	3,6	3,4	4,2
Strahlenschutz	80,2	82,1	10,4
Summe ...	116,9	131,2	52,4

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Verminderung der Ausgaben ergibt sich aus der Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle.

Paragraf 1731 Veterinärwesen**Förderungen**

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie

Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25a leg. cit. sowie Ausgaben nach dem Tiergesundheitsgesetz berücksichtigt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen sowie für den Aufbau einer Schweinedatenbank vorgesorgt.

Paragraf 1732 Lebensmittel, Chemikalien**Förderungen**

Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie sowie der Lebensmittelkontrolle.

Kapitel 17 — Titel 174

109

Entschädigungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle

Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten und die Rindfleisch-Etikettierungs-Gebührenverordnung sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraf 1733 Gentechnologie**Förderungen**

Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

Aufwendungen

Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Paragraf 1734 Strahlenschutz**Förderungen**

Unterstützung wesentlicher Aufgaben im Bereich Strahlenschutz in strahlenhygienischer Hinsicht.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Mittel für die erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie für die Fortführung von Forschungsaufträgen.

Einnahmen

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch den Konsenswerber.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten**Gesetzliche Grundlagen**

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 23/1999;
Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1999;
Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000, BGBl. I Nr. 111/1997;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1998;
Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, BGBl. Nr. 745/1996;
Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Diagnosen- und Leistungsdokumentation im stationären Bereich, BGBl. Nr. 783/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 473/1998;

110

Kapitel 17 — Titel 174

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Kostendaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziert werden (Kostenrechnungsverordnung für Fondskrankenanstalten), BGBl. Nr. 784/1996;

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Statistikdaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziert werden (Statistikverordnung für Fondskrankenanstalten), BGBl. Nr. 785/1996;

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Kostendaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 nicht finanziert werden (Statistikverordnung für Nichtfondskrankenanstalten), BGBl. Nr. 786/1996;

Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;

Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben

Beobachtung, Analyse und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, Weiterentwicklung der leistungsorientierten Vergütungssysteme, Erstellung eines Gesundheitsplanes und Überwachung seiner Einhaltung sowie Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Weiters alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Gesundheitswesen, woraus in erster Linie Zahlungen von Zweckzuschüssen auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	6 255,5	0,0
1999	6 576,2	0,1
1999 vorl. Erfolg.....	6 354,1	0,1
2000	6 553,6	0,1

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	2000
Aufwendungen	4,7	4,0	5,1
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz	0,2	0,1	2,6
Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG).....	6 155,5	6 279,2	6 441,0
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz.....	33,3	20,2	25,1
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen.....	4,5	3,5	27,9
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen	54,1	45,0	49,5
Schülerbeihilfen	3,1	2,2	2,4
Summe ...	6 255,5	6 354,1	6 553,6

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für die Fahrtkostenzuschüsse und für die Studienunterstützungen in Härtefällen für Studierende an medizinisch-technischen Schulen/Akademien und Hebammenakademien vorgesehen. Weiters sind Zahlungen nach § 197 Ärztegesetz 1998 veranschlagt (zuvor 1/17208).

Voranschlagsansatz 1/17417 Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Kosten für die Umsetzung der Richtlinie der EU, 76/160/EWG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)

Bundeszuschüsse für die Krankenanstaltenfinanzierung gemäß § 57 und § 58 Krankenanstaltengesetz.

Kapitel 17 — Titel 179

111

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen und die Aufwendungen nach dem Bazillenausscheidergesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen

Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit des Bundesinstitutes für Arzneimittel, der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten und der Bundes-Hebammenakademien. Ab dem Jahr 2000 wurde das Bundesinstitut für Arzneimittel aus dem Verbund der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten herausgelöst. Ab April 2000 werden unter diesem Titel auch die Gebarung der Lebensmitteluntersuchungsanstalten der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes ausgewiesen.

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
 Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
 Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
 Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;
 Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 116/1999;
 Hebammen-Ausbildungsverordnung, BGBl. Nr. 599/1995;
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 157/1999 samt Durchführungsverordnungen;
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;
 Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;
 Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;
 Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
 Tierseuchengesetz, RGBI. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
 Tiergesundheitsgesetz, BGBl. I Nr. 133/1999;
 Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
 Bangseuchengesetz BGBl. Nr. 14/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985.

112

Kapitel 17 — Titel 179

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	150,4	131,8	282,3	174,8
1999	157,9	149,9	307,8	196,7
1999 vorl. Erfolg.....	158,1	129,8	287,8	176,5
2000	325,1	256,8	581,9	338,7

Paragraf 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen

Ergänzungen unentbehrlicher Grundausrüstungen, apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt.

Einnahmen

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraf 1791 Bundesinstitut für Arzneimittel**Aufgaben**

Das Bundesinstitut für Arzneimittel erfüllt Aufgaben auf Grund des Arzneimittel- und Apothekenrechts, Balneochemische Untersuchungen, Balneologische Untersuchungen und Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes.

Anlagen

Zwecks Erfüllung der insbesondere im Rahmen der europäischen Arzneimittelzulassungsverfahren zu erfüllenden Aufgaben ist eine den spezifischen Erfordernissen entsprechende apparative Ausstattung erforderlich.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten veranschlagt.

Einnahmen

Betriebseinnahmen aus Chargenfreigaben und anteilmäßige Einnahmen aus Gebühren zentraler Zulassungsverfahren im Rahmen der Europäischen Union.

Paragraf 1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten**Aufgaben und Organisation**

Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des
Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
Tuberkulosegesetzes,
Bazillenausscheidergesetzes,
Bäderhygienegesetzes,
Geschlechtskrankheitengesetzes,
AIDS-Gesetzes,

Kapitel 17 — Titel 179

113

Mutter-Kind-Passes;
 Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,
 Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
 Untersuchungen von Infusionspräparaten.

Anlagen

Durch die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten ist zur Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsstandards die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraf 1794 Bundes-Hebammenakademien**Aufgaben**

In den Bundes-Hebammenakademien Salzburg und Klagenfurt wird die Ausbildung auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Aufwendungen

Dieser Ansatz berücksichtigt die Kosten für die Führung der beiden Akademien.

Einnahmen

Kostenersätze der Länder für Betriebsführung.

Paragraf 1795 Veterinärmedizinische Anstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen

Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische-, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-, Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für das Aujeszky-Überwachungsprogramm der EU bestimmt sind.

Einnahmen

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz.

Paragraf 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst**Aufgaben**

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten sowie Ausfuhrkontrolle.

Anlagen

Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen

Veranschlagung der Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen.

Einnahmen

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhr von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 18

115

Kapitel 18 Umwelt

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergaben sich aus dem Wirkungsbereich des bis 31. März 2000 bestehenden Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L, soweit Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	271,9	3 269,2	3 541,1	150,7
1999	231,2	4 407,3	4 638,5	574,1
1999 vorl. Erfolg.....	251,4	3 759,9	4 011,3	2 359,9
2000 Jänner bis März...	73,1	408,1	481,2	115,5

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen mit Wirkung 1. April 2000 auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Die Ausgaben und Einnahmen des Kapitel 18 wurden mit Ausnahme des Paragrafen 1800 im neu errichteten Kapitel 61 „Umwelt“ veranschlagt. Die Ausgaben und Einnahmen des Paragrafen 1800 wurden aufgeteilt, und zwar der Umweltanteil auf den Titel 600 „BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft“ und der Familienanteil auf den Titel 150 „BM für soziale Sicherheit und Generationen“.

Kapitel 19 Jugend und Familie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß dem Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt J, soweit Angelegenheiten der Familien- und Jugendpolitik sowie des Familienlastenausgleiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	56 646,6	62 344,4
1999	57 598,4	61 847,2
1999 vorl. Erfolg.....	57 937,6	60 174,2
2000	58 740,2	58 595,4

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Die Personal- und Sachausgaben für den Bereich Jugend und Familie sind beim Titel 150 mitveranschlagt.

Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	54,8	5 868,1
1999	54,8	4 419,1
1999 vorl. Erfolg.....	55,0	2 398,4
2000	46,6	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Jahr 1999 wurde im Betrag von 2 394,0 Millionen Schilling aus dem Überschuss der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen die Restschuld gegenüber dem Bund beglichen.

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen

Für familienpolitische Maßnahmen sind 2000 21,7 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/19118 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Ausgaben für Veranstaltungen von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewusstseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen

Gesetzliche Grundlage

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, dass der Bund im Falle, dass die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

Kapitel 19 — Titel 193

117

Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/1999.

Aufgaben

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

- Die Gewährung von nach der Anzahl der Kinder gestaffelten Familienbeihilfen sowie eines Mehrkinderzuschlages;
- die Gewährung einer Kleinkindbeihilfe;
- die Gewährung eines Mutter-Kind-Pass-Bonusses;
- die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;
- die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;
- die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;
- die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;
- eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;
- die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;
- die Förderung von Familienberatungsstellen;
- die Förderung von Elternbildung, Meditation und Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen;
- die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;
- die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass;
- die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;
- die Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;
- der Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;
- der Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;
- die Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;
- die Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;
- der Ersatz der Teilzeitbeihilfe;
- der Beitrag zum Fonds zur Mitfinanzierung der In-vitro-Fertilisation.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	Millionen Schilling
1998	56 476,2	56 476,2
1999	57 428,0	57 428,0
1999 vorl. Erfolg	57 775,8	57 775,8
2000	58 595,4	58 595,4

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
		Millionen Schilling	
1988	38 963,1	38 374,5	- 588,6
1989	38 686,7	40 062,8	+1 376,1
1990	41 855,7	42 925,1	+1 069,4
1991	43 903,6	42 124,3	-1 779,3
1992	49 977,3	48 489,1	-1 488,2
1993	53 168,9	49 766,0	-3 402,9
1994	57 620,9	52 991,7	-4 629,2
1995	55 716,3	52 664,1	-3 052,3
1996	54 546,3	53 694,1	- 852,3
1997	54 213,4	54 819,5	+ 606,1
1998	50 608,2	56 476,2	+5 968,0
1999 vorl. Erfolg	51 533,4	57 775,8	+6 242,4
2000 (Bundesvoranschlag)	58 402,9	58 595,4	+ 192,5

Gebahrung

Die Gebahrung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Vorschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen

Die Familienbeihilfe beträgt ab 1. Jänner 2000 für jedes Kind 1 450 S; sie erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 S und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 S monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 800 S.

Ab 1. Jänner 2000 wird — zusätzlich zur Familienbeihilfe — ein vom Familieneinkommen abhängiger Mehrkindzuschlag für jedes dritte und jedes weitere Kind in Höhe von 400 S monatlich gewährt.

Ab 1. Jänner 2000 ist eine Geschwisterstaffelung in Kraft getreten. Dadurch erhöht sich die Familienbeihilfe bei zwei Kindern um 175 S monatlich. Ab drei oder mehr Kindern erhöht sich die Familienbeihilfe um 350 S monatlich.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 1 006 449 Anspruchsberechtigte für rund 1 705 494 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Ferner wird für 55 244 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1999 6 559.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Vorschlagsansatz 1/19317 Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen

Der Mutter-Kind-Pass-Bonus beträgt einmal 2 000 Schilling und wird mit Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes ausgezahlt, wenn die vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen nachgewiesen sind.

Die vom Familieneinkommen abhängige Kleinkindbeihilfe beträgt 1 000 S monatlich, höchstens für zwölf Monate.

Vorschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen

Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schulfahrtbeihilfe:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1994/95	110 000 *)	313,6	2 842 *)
1995/96	9 225	25,3	2 740
1996/97	8 537	24,7	2 896
1997/98	7 557	22,1	2 925

Rückgang infolge Entfalls der Heimfahrtbeihilfe.

Lehrlingsfahrtbeihilfe:

Lehrjahr	Lehrlingsanzahl	Ausgaben in S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Lehrling
1995	1 287	747 840	581,07
1996	923	566 950	614,25
1997	1 530	914 390	597,64
1998	1 812	1 121 600	619,98

*) Schätzziffern

Kapitel 19 — Titel 193

119

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	Erfolg 1998	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	BVA 2000
1. Linienverkehr.....	3 154,6	3 141,9	3 215,7
2. Gelegenheitsverkehr.....	592,9	728,7	799,7

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnitts- ausgaben Schilling pro Kind
1995/96	863 100	4 530,9	5 250
1996/97	804 900	4 058,2	5 042
1997/98	775 900	3 886,7	5 009
1998/99	785 200	3 797,2	4 840

Der Eigenanteil beträgt 270 S pro Kind.

Voranschlagsansatz 1/19347 Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfasst:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S	
			pro Kind	pro Buch
1994/95	1 160 609	1 179,1	1 015,9	117,1
1995/96	1 165 664	1 186,7	1 018,1	121,1
1996/97	1 169 717	1 201,6	1 027,3	127,6
1997/98	1 171 595	1 253,6	1 070,0	130,6
1998/99	1 178 493	1 253,9	1 064,0	130,1

Voranschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten

Gemäß § 30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraf 1936 Härteausgleich

Gemäß § 38a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraf 1937 Familienberatungsstellen

Gemäß § 39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 2000 werden voraussichtlich rd. 330 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Paragraf 1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen**Voranschlagsansatz 1/19386 Förderungen**

Gemäß § 39c FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen, die das Angebot qualitativer Elternbildung und von Mediation oder Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen gewährleisten, BGBl. I Nr. 136/1999, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Vorschlagsansatz 1/19387 Sonstige Maßnahmen**Beitrag zum Karenzurlaubsgeld**

Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld werden 70 vH des Gesamtaufwandes vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im BVA 2000 sind dafür 4 817 Millionen Schilling veranschlagt.

Wiedereinstellungsbeihilfe

Gemäß § 39a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.

Im Jahre 2000 sind dafür 16,204 Millionen Schilling veranschlagt.

Mutter-Kind-Pass

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Pass festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im Jahre 2000 sind dafür 421,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Schülerunfallversicherung

Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld

Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 70 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Im Jahre 2000 sind für diesen Zweck 2 778,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Betriebshilfe

Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 70 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 433/1996).

Im BVA 2000 sind dafür 76,448 Millionen Schilling vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe

1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.

2. Gemäß § 39a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.

Im Voranschlag 2000 sind für diesen Zweck 132,000 Millionen Schilling vorgesehen.

Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld

Gemäß § 39a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 2000 sind für diese Leistungen 1 195,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten

Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 2000 sind dafür 92,338 Millionen Schilling vorgesehen.

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger

Gemäß § 40a FLAG 1967 sind dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger als Beitrag zur Finanzierung der Ersatzzeiten der Kindererziehung 4 352 Millionen Schilling aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Beitrag In-Vitro-Fertilisation

Gemäß § 3 Abs. 1 BGBl. I Nr. 180/1999 sind 50% der Kosten dem Fonds zur Mitfinanzierung der In-vitro-Fertilisation zu überweisen.

Voranschlagsansatz 1/19388 Aufwendungen

Gemäß § 39e Abs. 10 FLAG 1967 werden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Absinken der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsfrequenz getroffen.

Gemäß § 39c Abs. 2 FLAG 1967 kann der Bund zur Sicherung der kontinuierlichen Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten notwendige Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung durchführen.

Im BVA 2000 sind dafür 13,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 2000 wird mit rd. 38 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Überschuss des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Einnahmen**Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge**

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19301 Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)

Für Zeiträume, für die die Familienbeihilfe gemäß § 46 FLAG 1967 von einem Selbstträger ausbezahlt ist, sind die Beträge an Mehrkindzuschlag, die vorerst grundsätzlich aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geleistet wurden, diesem Fonds gemäß § 9d FLAG 1967 in der Fassung des Art. XV des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 1998, vom Selbstträger zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 sind Anteile vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Voranschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)

Gemäß § 31 Abs. 1 ist für alle aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zur Verfügung gestellte Schulbücher ein Selbstbehalt von 10 vH der für die Schüler maßgeblichen Limits zu bezahlen.

Sonderschüler zahlen keinen Selbstbehalt; der pädagogische Sonderbedarf eines Schülers ist auch vom Selbstbehalt befreit.

Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 270 Schilling pro Person und Jahr verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse

Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Ende Dezember 1999 ein Vermögen von 3 848,4 Millionen Schilling aus. Gemäß § 40a FLAG 1967 wird der Betrag von 3 848,0 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger als Beitrag zur Finanzierung der Ersatzzeiten der Kindererziehung zugeführt.

Titel 194 Jugend

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	115,6	0,2
1999	115,6	0,1
1999 vorl. Erfolg.....	106,9	—
2000	98,3	—

Kapitel 19 — Titel 194

123

Paragraf 1941 Außerschulische Jugendberziehung**Förderungen**

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendforschung (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugendberziehung sowie der Jugendwohlfahrt werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Aufwendungen

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, das österreichische Bundesjugendsingen, die Sektenbroschüre, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewusstsein der Bevölkerung vorgesorgt.

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	891,9	3 505,6	4 397,5	201,2
1999	862,3	3 227,7	4 090,0	125,5
1999 vorl. Erfolg.....	922,5	3 175,7	4 098,2	143,9
2000	932,5	3 273,5	4 206,0	99,3

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen sind die Voranschlagsbeträge 2000 mit den Vorjahren nicht vergleichbar. Der bisher beim Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ unter dem Paragraphen 1006 „Zusammenarbeit mit ZOR und NUS“ angesiedelte Bereich wurde dem Kapitel 20 „Äußeres“ übertragen und hier als neuer Paragraph 2007 „Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS“ aufgenommen.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	338,9	1 165,6	1 504,5	30,2
1999	332,0	1 043,2	1 375,2	24,1
1999 vorl. Erfolg.....	356,3	1 090,9	1 447,2	41,3
2000	362,5	1 315,5	1 678,0	17,1

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass im Bundesvoranschlag 2000 einerseits die Bedeckung der Kosten des österreichischen OSZE-Vorsitzes sicherzustellen war und andererseits im Rahmen der Neuordnung der Ministerialkompetenzen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Zuständigkeit über die Ost-Förderprogramme der Bundesregierung übertragen wurde.

Anlagen

Nach Umstellung des gesamten Automatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes dieses Systems im Jahr 2000 für die Ergänzung noch fehlender Systemteile bzw. den Austausch defekter Apparaturen entsprechend vorgesorgt. Daneben wurde im Rahmen der gebotenen Sparsamkeit auf die Erhaltung der Telekommunikationseinrichtungen Bedacht genommen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Unterbringung der Sekretariate von internationalen Organisationen und zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Mitgliedsländern der GUS in Wien veranschlagt sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutsch-

Kapitel 20 — Titel 201

125

kurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehelf ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Aufwendungen

Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes wurde insbesondere für die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes des neuen Büroautomatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorgesorgt. Ferner waren im Rahmen der EU-Mitgliedschaft auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesensätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

Paragraf 2007 Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) sowie die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist der Transfer des österreichischen Know-hows sowie die Ankurbelung von Produktion und Beschäftigung vor Ort. Schwerpunktmäßig wird die Hilfe an die begünstigten Länder des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gewährt.

Paragraf 2008 OSZE-Vorsitz 2000

Zur Bedeckung der Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme des OSZE-Vorsitzes im Jahre 2000 wurden unter Paragraf 2008 insgesamt 46,4 Millionen Schilling vorgesehen. Die Veranschlagung der eigentlichen Beiträge zu den OSZE-Institutionen bzw. -Missionen erfolgt weiterhin beim Voranschlagsansatz 1/20008/7803. Die Durchführung des Vorsitzes obliegt ausschließlich dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten fungiert als Amtierende Vorsitzende der OSZE.

Titel 201 Vertretungsbehörden**Dienststellen im Ausland**

Derzeit bestehen 105 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 82 diplomatische, 17 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die diplomatischen Vertretungsbehörden (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrates) sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Abu Dhabi (Büro Handelsrat), Addis Abeba, Agram, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad (derzeit geschlossen), Bangkok, Beirut, Belgrad, Berlin, Bern, Bogota, Bonn (als Außenstelle der Botschaft Berlin), Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Hanoi, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kinshasa (derzeit geschlossen), Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riga, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Singapur (Büro Handelsrat), Skopje, Sofia, Stockholm, Tallinn, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Wilna.

Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz und die Vertretung für die Staaten Südkaukasiens und Zentralasiens haben ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der

UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEI und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Chicago, Düsseldorf, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Sao Paulo (Büro des Handelsrates, derzeit geschlossen), Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 2000 etwa 245 Honorarkonsulate amtiert.

In Washington besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst, in Kampala und Managua Regionalbüros für Entwicklungsarbeit.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	516,2	1 236,0	1 752,2	61,2
1999	492,3	1 175,9	1 668,2	66,8
1999 vorl. Erfolg.....	529,6	1 110,4	1 640,0	75,5
2000	532,5	1 072,6	1 605,1	45,8

Anlagen

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für die Instandsetzung von bundeseigenen Objekten im Ausland vorgesehen. Weiters war der für den Ankauf der neuen Amtsräume in Beirut fällige Restbetrag zu bedecken. Nach erfolgtem Ausbau der ADV in den Vorjahren sind 2000 hierfür geringere Mittel erforderlich, doch ist für entsprechende Systemergänzungen bzw. für den Austausch von defekten Geräten vorgesorgt. Auch eine ausreichende Veranschlagung der Posten für Amtseinrichtung und Telekommunikation im Rahmen der Budgetkonsolidierung ist erfolgt.

Förderungen

Die hier veranschlagten 5,031 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,200 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und 0,831 Millionen Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Die umfassenden Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern erfordern die Bereitstellung entsprechender Ausgabenbeträge für 2000. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Ersätzen zur Krankenversicherung der Auslandsbediensteten, den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung und Zinsen aus dem Geldverkehr.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 40/1998, erhoben und bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ verrechnet.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden elf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom, Teheran und Warschau.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl.

Kapitel 20 — Titel 204

127

Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Russland (BGBl. III Nr. 179/1999), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Das seinerzeit mit der Tschechoslowakei abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 586/1978) gilt im Verhältnis zur Tschechischen Republik weiter. Das seinerzeit mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 436/1973) gilt im Verhältnis zur Bundesrepublik Jugoslawien (Kundmachung im BGBl. III Nr. 156/1997) und zu Kroatien (Kundmachung im BGBl. Nr. 474/1996) weiter.

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenzen des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr bzw. des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraf 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom BMfaA (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr sowie vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten übernommen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	36,8	69,9	106,7	2,5
1999	38,0	77,9	115,9	2,7
1999 vorl. Erfolg.....	36,6	68,0	104,6	2,9
2000	37,5	73,2	110,7	1,6

Anlagen

Vorgesorgt ist für unbedingt erforderliche Anschaffungen in den Bereichen Amtsausstattung, ADV und Telekommunikation.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung sowie Zinsen aus dem Geldverkehr.

Titel 204 Kulturelle Vorhaben

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	84,0	4,1
1999	80,7	3,6
1999 vorl. Erfolg.....	75,0	1,4
2000	67,7	1,6

Kulturelle Vorhaben

Angesichts der derzeitigen politischen Lage ist es besonders wichtig, den Kritikern im eigenen Land und im Ausland zu beweisen, dass diese Regierung nicht bestrebt ist, Gegenwartskunst und Künstler zu unterdrücken. Es wird daher notwendig sein, Veranstaltungen, die zeitgenössische österreichische Kunst vorstellen und die bisher nicht unterstützt wurden, da sie in westlichen Industrieländern stattfinden, von denen man eine Finanzierung erwarten kann, mitzufinanzieren.

Weiters müssen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit durch objektive Fachleute im Ausland noch intensiver als bisher bekannt gemacht werden.

Während in den vergangenen Jahren die Kulturarbeit in den EU-Ländern harmonisch in guter Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gastländern durchführbar war, zeigt sich nun in diesen Ländern Zurückhaltung bei der Kooperation mit Österreich, dh. Projekte müssen nun in größerem Ausmaß oder sogar ganz allein von Österreich getragen werden. Selbstverständlich muss Österreich durch

128

Kapitel 20 — Titel 205

intensivierte kulturelle Tätigkeit in den Beitrittsländern signalisieren, dass es voll und ganz zu seiner positiven Stellungnahme zu den EU-Beitrittskandidaten steht.

Mit Projekten, die die Vielfalt und Aktualität österreichischen Kulturschaffens präsentieren und damit ein umfassendes Bild der österreichischen Gesellschaft vermitteln, wird ein wesentlicher Beitrag zur Korrektur undifferenzierter Österreichbilder geleistet.

Titel 205 Entwicklungshilfe**Gesetzliche Grundlage**

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1998	950,0	103,2
1999	850,0	28,4
1999 vorl. Erfolg.....	831,4	22,8
2000	744,5	33,2

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hierzu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

Kapitel 30 — Titel 300 und 301

129

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	5 654,6	4 823,3	10 477,9	7 016,8
1999	5 822,0	5 079,7	10 901,7	7 671,2
1999 vorl. Erfolg....	5 998,1	4 922,4	10 920,5	7 486,8
2000	6 107,3	4 828,6	10 935,9	8 128,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

Auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind dem Bundesministerium für Justiz auch die Angelegenheiten des Konsumentenschutzes übertragen worden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	165,9	303,0	468,9	15,8
1999	167,1	313,9	481,0	14,7
1999 vorl. Erfolg.....	178,6	315,7	494,4	16,9
2000	191,8	336,6	528,4	16,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 2000 ist insbesondere auf die Übertragung der Angelegenheiten des Konsumentenschutzes von Kapitel 10 zurückzuführen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahre 1991 sind von Vereinen für Patientenanzwaltschaft Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Aufwendungen

Neben der Vorsorge für den laufenden Aufwand sind auch Zahlungen an die BIG in Höhe von 40,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 19. Juni 1968 über den Obersten Gerichtshof (OGHG), BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/1999;

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Der Generalprokurator beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	110,7	11,3	122,0	2,3
1999	121,1	11,1	132,2	2,0
1999 vor. Erfolg	120,5	13,9	134,4	2,3
2000	123,3	11,1	134,4	2,3

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern**Gesetzliche Grundlagen**

Gerichtsorganisationsgesetz, RGG, Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/1999;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/1999; Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);

Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000;

Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nrn. 912/1994 und 600/1995);

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;

Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989 und BGBl. Nr. 76/1990 (DFB);

Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997; (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 407/1997)

Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher — SDG (§ 4a Abs. 3), BGBl. Nr. 137/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 168/1998, in Verbindung mit Verordnung BGBl. II Nr. 167/1999;

Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1995;

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997;

Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGG, Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 71/1999, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und BGBl. II Nr. 499/1999 (Sonderpauschalvergütung 1998), Art. II § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;

Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1997;

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von FreistempeLabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;

Vereinsanwalt- und Patientenanzwaltschaftsgesetz — VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;

Unterbringungsgesetz — UbG, BGBl. Nr. 155/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 120/1999;

Grundrechtsbeschwerde-Gesetz — GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993;

Kapitel 30 — Titel 303

131

Rechtsanwaltsprüfungsgesetz — RAPG (§ 28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 71/1999;

Notariatsprüfungsgesetz — NPG (§ 28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1999;

Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz — BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

- 4 Oberlandesgerichte;
- 4 Oberstaatsanwaltschaften;
- 21 Gerichtshöfe I. Instanz;
- 17 Staatsanwaltschaften;
- 191 Bezirksgerichte.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	3 587,8	3 039,6	6 627,4	6 549,8
1999	3 691,6	3 229,9	6 921,5	7 220,3
1999 vorl. Erfolg.....	3 827,7	3 058,8	6 886,4	7 023,2
2000	3 901,2	2 991,3	6 892,5	7 637,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einsparungen bei den Sachausgaben erfolgen bei den steuerbaren Ausgaben. Die Erhöhung der Einnahmen im Jahr 2000 ist insbesondere auf den Entfall von Gebührenbefreiungen zurückzuführen.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind Ausgaben für Familienbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Ausbildungsbeiträge an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden, insbesondere auch für die Leistungen der BRZ-GesmbH und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen aus den Ersätzen der Sozialversicherungsträger sowie aus Strafgeldern.

Titel 303 Justizanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 153/1998;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;

Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;

Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachschule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

- 17 Gerichtshofgefängnisse mit 7 Außenstellen;
- 7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
- 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
- 1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	1 699,4	1 217,3	2 916,7	448,8
1999	1 749,1	1 239,2	2 988,2	434,2
1999 vorl. Erfolg.....	1 792,1	1 234,5	3 026,5	444,4
2000	1 810,5	1 181,1	2 991,6	471,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einsparungen bei den Sachausgaben erfolgen bei den steuerbaren Ausgaben. Die Erhöhung der Einnahmen ist insbesondere auf erhöhte Vollzugskostenbeiträge der Strafgefangenen zurückzuführen.

Anlagen

Bei diesen VA-Ansätzen sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts- und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesen VA-Ansätzen sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung sowie für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die Gefangenearbeiten veranschlagt.

Einnahmen

Der Großteil der Einnahmen resultiert aus den Vollzugskostenbeiträgen der Strafgefangenen.

Flexibilisierungsklausel

Gemäß BGBl. II Nr. 456 und 457/1999 gelangt bei der Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg und bei der Justizanstalt St. Pölten die Flexibilisierungsklausel im Sinne der §§ 17a und 17b des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 30/1999, zur Anwendung.

Der Projektzeitraum beginnt am 1. Jänner 2000 und endet am 31. Dezember 2001.

Kapitel 30 — Titel 305

133

Justizwache — Massafonds

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Erzieher“ zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

Dem Fonds werden im Jahre 1999 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	13,7
Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:	
Beschaffung von Massasorten	13,5
Fondsaufwand	0,2
Zusammen ...	13,7

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1997	2 554 541
1998	2 558 903
1999	2 560 000

Titel 305 Bewährungshilfe**Gesetzliche Grundlagen**

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 153/1998;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Ab 1. Jänner 1999 werden die Aufgaben der Bewährungshilfe gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes von einer privaten Vereinigung besorgt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Graz sind zwei Zweigstellen, bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Leoben drei Außenstellen eingerichtet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt sowie in Bruck/Mur und Graz eigene Räumlichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	90,8	252,1	342,9	0,0
1999	93,1	285,7	378,8	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	79,3	299,5	378,8	0,0
2000	80,5	308,5	389,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, der Fallzahlensteigerungen vor allem bei ATA/E, dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten sowie der Erweiterung der Angebote durch die StPO-Novelle 1999, BGBl. I Nr. 55/1999.

Förderungen

Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen

Der Großteil der bei diesem VA-Ansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	24,0
Konjunkturbelebungsquote	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.

Kapitel 40 — Titel 400

135

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	10 232,4	11 127,1	21 359,6	565,4
1999	10 421,5	11 108,4	21 529,9	552,0
1999 vorl. Erfolg.....	10 616,2	11 439,3	22 055,5	559,8
2000	10 926,6	11 554,0	22 480,0	597,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

Auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 ist das Bundesministerium für Landesverteidigung auch für die Angelegenheiten der Errichtung, Instandhaltung und Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes, die der Heeresverwaltung oder dem Bundesheer dienen, zuständig.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	695,4	245,2	940,6	136,3
1999	703,8	218,5	922,3	120,0
1999 vorl. Erfolg.....	716,9	214,6	931,5	153,4
2000	726,1	236,4	962,5	155,0

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 2000 47,665 Millionen Schilling (1999 45,350 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 14,315 Millionen Schilling als Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen

Die Mittel für „Förderungen“ sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite beim Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben der Familienbeihilfe und dem Mutter-Kind-Pass-Bonus für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6 Abs. 6 WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommision.

Aufwendungen

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG

Beim VA-Ansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen

Dem Voranschlag für Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgswerte sowie der Rechnungsabschluss 1998 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 78 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 121/1998;

Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 99/1998;

Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/1998;

Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998 (DFB);

Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 67/1999;

Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995;

Sperrgebietsgesetz 1995 — SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260;

Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;

Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/1999;

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 174/1999;

Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1999;

Krafftahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;

Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;

Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Kapitel 40 — Titel 401

137

Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997.
 Auslandszulagengesetz, BGBl. Nr. 66/1999;
 Einsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 423/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;
 Vertragsbedienstetengesetz, BGBl. Nr. 86/1948, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000;
 Gehaltsgesetz, BGBl. Nr. 54/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000;
 Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz — MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
 Gesetz über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer — GAFFB, BGBl. I Nr. 30/1998.

Aufgaben

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	9 473,8	10 753,4	20 227,2	290,2
1999	9 650,2	10 759,6	20 409,8	299,8
1999 vorl. Erfolg.....	9 832,2	11 100,8	20 932,3	274,7
2000	10 127,8	11 186,3	21 314,1	314,8

Liegenschaftsankäufe

Der bei diesem Voranschlagsansatz enthaltene Ausgabenbetrag ist für den Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen und Frauen im Ausbildungsdienst nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat, Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, Krankenfürsorgekosten gemäß § 56a ASVG für Familienangehörige von Soldaten, die den oPD oder aoPD leisten, die Kosten für im Assistenzeinsatz befindlichen Rekruten und Zeitsoldaten.

Familienbeihilfe und Mutter-Kind-Pass-Bonus, öffentliche Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen und Frauen im Ausbildungsdienst, Zahlungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/SFOR in Bosnien und AUCON/KFOR im Kosovo Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970.

Aufwendungen

Mit den veranschlagten Ausgabenbeträgen sollen folgende Vorhaben durchgeführt werden:

1. Die eingeschränkte Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. die Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kaders,
3. die Sicherstellung des Assistenzeinsatzes für das BMI,
4. die Sicherstellung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen,
5. die Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres nur im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
6. die eingeschränkte Berücksichtigung von Erfordernissen, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Investitionen

Im laufenden Budgetjahr erfolgen keine markanten Neuinvestitionen. Es kann lediglich der in den Vorjahren vertraglich gebundene Investitionsumfang abgedeckt werden.

Betrieb des Bundesheeres

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die beispielsweise für Verpflegung, Bekleidung, Ausbildung der Wehrpflichtigen, Energie usw. sowie für die Materialerhaltung (Instandhaltung, Instandsetzung und Lebenszeitverlängerung) des eingeführten Gerätes bereitgestellt werden müssen.

Infrastruktur

Im Bereich der Infrastruktur werden nur die vordringlichsten Baumaßnahmen durchgeführt.

Einnahmen

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypem pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	6,4 Mio S

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/1998.

Aufgaben

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	101,2	101,2
1999	106,2	106,2
1999 vorl. Erfolg	93,8	93,8
2000	95,0	95,0

Einnahmen

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärgeschichtliches Institut**Aufgaben**

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit näher gebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

Kapitel 40 — Titel 405

139

In der Militärgeschichtlichen Abteilung werden alle militärgeschichtlichen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	34,8	13,2	48,0	3,4
1999	35,7	12,1	47,8	3,0
1999 vorl. Erfolg.....	36,3	12,7	49,0	3,7
2000	36,4	17,9	54,3	4,1

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.

Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebahrung.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe**Aufgaben**

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflanze, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	28,5	14,1	42,7	34,3
1999	31,8	11,9	43,7	23,0
1999 vorl. Erfolg.....	30,8	18,0	48,9	34,3
2000	35,6	18,5	54,1	28,1

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.

Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	400,0
Konjunkturbelebungsquote	100,0

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt D.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	23 830,5	21 610,4	45 440,9	19 496,8
1999	23 858,0	19 501,1	43 359,1	19 112,5
1999 vorl. Erfolg.....	24 200,1	21 947,5	46 147,6	19 262,7
2000	24 491,3	21 975,5	46 466,8	19 942,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen sind die Voranschlagsbeträge 2000 mit den Vorjahren nicht vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind die Zentrale Personalkoordination (ehemals Sektion VII) sowie die EURO-Initiative und das VIP-Marketing betroffen (Überstellung zu Kap. 70 bzw. 10).

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik (letztere soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes oder eines anderen Bundesministeriums fallen),

Angelegenheiten der Bundesfinanzen und des Finanzausgleiches, des Budget- und Finanzcontrollings,

Angelegenheiten über die Verfügung von Bundesvermögen, über Staatshaftungen und -schulden,

Angelegenheiten der ÖIAG und deren Beteiligungen, der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an den auf Grund des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, errichteten Gesellschaften, der Österreichischen Postsparkasse,

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge des Zollwesens, der Finanz- und Zollverwaltung,

Angelegenheiten des Währungs-, Bank- und Börsegesetzes,

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht,

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages sowie der Kriegsschadens-, der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten,

Angelegenheiten des Pensionsrechtes öffentlich Bediensteter.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	593,3	1 338,4	1 931,6	637,5
1999	604,5	1 284,8	1 889,4	528,8
1999 vorl. Erfolg.....	622,3	1 536,6	2 158,9	508,8
2000	606,7	1 370,5	1 977,1	1 182,8

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1999 1,5 Millionen Schilling.

Weiters ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 5,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentraleitung sind hier die Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirt-

Kapitel 50 — Titel 500

141

schaftsvergleiche, an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt. Außerdem wurde erstmalig für Ersatzzahlungen an die GIS (Gebühreninkasso Service Ges. m. b. H.) vorgesorgt.

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 2000 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift).....	9,6
Sonstiges	0,5
Zusammen ...	10,1

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV).....	9,6
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges).....	0,5
Zusammen ...	10,1

Voranschlagsansatz 2/50004 Erfolgswirksame Einnahmen

Bei diesem VA-Ansatz werden die laufenden Einnahmen — zu denen auch die Kostenersätze der EU zählen — verrechnet. Im BVA 2000 wurde hier auch erstmalig für die Radio- und Fernsehgebühren sowie für Vergütungen für etwaige Verfahrenskosten von GIS (Gebühreninkasso Service G.m.b.H.) in der Höhe von 684,8 Millionen Schilling vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen

Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529.

Paragraf 5002 IT-Bereich

Durch das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998, wurde der ADV-Bereich des Bundesrechenamtes ausgegliedert und die BRZ GmbH errichtet.

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung von gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen und von vertraglich übernommenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT). Insbesondere hat die BRZ GmbH alle bis zum 31. Dezember 1996 dem Bundesrechenamt zugewiesenen IT-Aufgaben zu übernehmen und fortzuführen.

**Voranschlagsansatz 1/50028 Aufwendungen
2/50024 Erfolgswirksame Einnahmen**

Durch die Errichtung der BRZ GmbH als Dienstleister hat das Bundesministerium für Finanzen für die seitens der Gesellschaft für die Finanzverwaltung erbrachten IT-Dienstleistungen ein Entgelt zu entrichten; ebenso ist für die der BRZ GmbH obliegenden Aufgaben der Verwaltung des BRZ-Amtesgebäudes, das teilweise von der IT-Sektion genutzt wird, seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein Beitrag zu den Betriebsaufwendungen zu entrichten.

Unter diesem Voranschlagsansatz sind auch die Aufwendungen für fachspezifische Schulungen der Finanzbediensteten, für die Datennetzwerke und für IT-Projekte zu veranschlagen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1998	1 146,9	122,7
1999	997,2	1,0
1999 vorl. Erfolg.....	1 246,5	0,2
2000	1 093,8	0,5

Unterschied gegen Vorjahr

Die Steigerung bei den Sachausgaben gegenüber dem BVA 1999 ist auf eine Umstellung bei Datenbankanwendungen, auf den Ausbau von Finanz-Online zur Vorbereitung der elektronischen Antrags- und Erklärungsübermittlung und auf gestiegene Transaktionszuwachsrate im Dialogverfahren zurückzuführen.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

Hier werden insbesondere die Kosten der Zurückstellung von Silbermünzen sowie die Ausgaben für Zinsenreduktionen, die hochverschuldeten Entwicklungsländern gewährt werden, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, die Bundes-Wertpapieraufsicht und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	875,5	197,9
1999	942,1	39,2
1999 vorl. Erfolg.....	721,9	102,0
2000	793,2	37,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben steht hauptsächlich im Zusammenhang mit den Kosten betreffend Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Vorschlagsansätze 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen bzw.
2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen**

Gesetzliche Grundlage

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 60/1998.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes seit 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen.

Dafür sind im BVA 2000 80,002 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 124/1997.

Aufgaben

Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.

Dafür sind im BVA 2000 35,164 Millionen Schilling veranschlagt.

**Vorschlagsansätze 1/50128 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)
2/50124 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)**

Gesetzliche Grundlage

Gemäß dem Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG), BGBl. Nr. 753/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 126/1998, wurde eine Bundeswertpapieraufsicht (BWA) als Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet.

90% des Personal- und Sachaufwandes der Bundes-Wertpapieraufsicht sind dem Bund von den Marktteilnehmern zu erstatten. Zur Kontrolle der finanziellen Gebarung der Bundes-Wertpapieraufsicht ist ein Beirat bestellt.

Kapitel 50 — Titel 502

143

Der Bundesminister für Finanzen hat nähere Regelungen über die Kostenaufteilung und ihre Verschreibung (Termine der Kostenbescheide, Zahlungsfristen) mit Verordnung festzusetzen, wobei als Bemessungsgrundlage zwischen laufender Aufsicht und der Verarbeitung von Meldungen unterschieden wird; die Kosten der laufenden Aufsicht sind einmal jährlich im nachhinein vorzuschreiben. Laut § 7 WAG sowie der entsprechenden Verordnung, sind auf Grund des Jahresabschlusses 1999 der BWA und des darin ausgewiesenen Personal- und Sachaufwandes, rund 35,3 Millionen Schilling an Einnahmen zu erwarten.

Im BVA 2000 sind für die Tätigkeit der BWA Ausgaben in Höhe von 40,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen**Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr.216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Aufgaben

Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinsatzreduktion/Schuldenstreichung) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung bis hin zu den sogenannten „Cologne Terms“/„Enhanced HIPC Initiative“ (bis zu 90% und mehr) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.

Im BVA 2000 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen und deren Weiterentwicklung 279,040 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 350,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der für 2000 veranschlagte Betrag in Höhe von 9,0 Millionen Schilling ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe bestimmt.

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze

Hier werden allfällige Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen veranschlagt.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen“.

Voranschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen

Die im Voranschlag 2000 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr.64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/1998;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/2000;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/1998;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

Aufgaben

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Beihilfen im Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich, Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	15 869,5	228,6
1999	13 395,9	249,1
1999 vorl. Erfolg.....	15 999,8	230,3
2000	16 264,5	248,9

Vorschlagsansatz 1/50204 Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Gesetzliche Grundlage

Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Bundesgesetz, mit dem Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich geregelt werden (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz GSBG), BGBl. Nr. 746/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich

Gemäß EU-Beitrittsvertrag war spätestens mit 1. Jänner 1997 die (unechte) USt-Befreiung für viele Leistungen des Gesundheits- und Sozialfürsorgebereichs einzuführen. Zielsetzung des GSBG ist, Kostensteigerungen, die sich aus dem Entfall des Vorsteuerabzugs auf Grund der USt-Befreiung ergeben, nicht auf Sozialversicherungsträger und Träger des öffentlichen Fürsorgewesens durchschlagen zu lassen. Kranken- und Kuranstalten sowie der Rettungs- und Blutspendedienst erhalten aus diesem Grund eine Beihilfe in Höhe der nicht mehr abziehbaren Vorsteuer abzüglich eines Kürzungsbetrages für Einnahmen von privater Seite. Beihilfen bzw. Ausgleichszahlungen für Sozialversicherungsträger, Ärzte sowie andere Gesundheitsberufe werden mittels Pauschalsätzen, die auf statistischen Informationen über die Vorsteuer-Umsatz-Relationen der jüngsten Vergangenheit beruhen, ermittelt.

Im BVA 2000 sind dafür 15,240 Milliarden Schilling veranschlagt.

Zahlungen gemäß Alkohol — Steuer und Monopolgesetz

Auf Grund des AStMG sind der Alkoholwirtschaft zur strukturellen Umwandlung der landwirtschaftlichen Verschlufsbrennereien und der Melassebrennereien Förderungen zu zahlen. Für 2000 sind 60 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, dass der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 2000 wurden Ausgaben in Höhe von 250 000 S veranschlagt.

Kapitel 50 — Titel 502

145

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Im BVA 2000 sind dafür 1,567 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw. 2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen**Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr.216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr.212/1995.

Für das Jahr 2000 sind veranschlagt:

70,0 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz,

100,0 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und

70,0 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.

Die Einnahmen in Höhe von 70,0 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansatz 1/50238 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz erfolgt die Verrechnung der Gebarung des ÖKB-Studienfonds (Exportoffensive). Für 2000 wurde vorerst nur mit einer Verrechnungspost Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansätze 1/50247 und 1/50248 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds

Mit Bundesgesetz 972/1993 wurde ua. auch das Innovations- und Technologiefondsgesetz geändert. Auf Grund dieser Novelle wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist.

Für 2000 sind dafür 300 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50256 Hagel — Frostversicherung

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, dass der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds eine Beihilfe gewährt wird, die zur Verbilligung von Prämien im Rahmen der Landwirtschaftsförderung zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 2000 beträgt 150,0 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H.

Auf Grund des Garantiegesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 2000 mit einem Betrag von 19,5 Millionen Schilling vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen**Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen**

Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 294/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1997, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Es wurden auf Grund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

1. Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-\$ für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 2000 sind Mittel in Höhe von 11 Millionen Schilling vorgesehen.
2. Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Für nachfolgende Jahre wird die Dotierung jährlich erfolgen. Für 2000 sind Mittel in Höhe von 18 Millionen Schilling vorgesehen.

3. Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Für die Periode 1988 bis 1991 standen Mittel für Konsulentenfinanzierungen in Höhe bis zu 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieses Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde nicht geschlossen.
4. Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 2000 sind Mittel in Höhe von 400 000 US-\$ vorgesehen.
5. Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-\$ (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel). Für 2000 sind Mittel in Höhe von 3 Millionen Schilling vorgesehen.
6. Globale Umweltfazilität-Kooperations-Treuhandfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Seit 1997 erfolgt die Dotierung jährlich: Für 2000 sind Mittel in Höhe von 13 Millionen Schilling vorgesehen.
7. HIPC-Trustfund: Wie schon zum Voranschlagsansatz 1/50138 („Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen“) erläutert, sind auf internationaler Ebene Maßnahmen geplant, um den ärmsten hochverschuldeten Ländern eine Schuldenerleichterung zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine Reduktion von Schulden dieser Länder gegenüber internationalen Finanzinstitutionen. Soweit diese Institutionen diese Schuldenreduktion nicht aus eigenen Mitteln bewältigen können, wird ein für diesen Zweck eingerichteter HIPC-Treuhandfonds herangezogen, der aus Beiträgen einzelner Staaten gespeist wird. Dieser Posten wird vorsorglich eröffnet; da die Voraussetzungen, unter denen Österreich einen Beitrag zu diesem Fonds leisten sollte, einschließlich einer Vereinbarung über eine gerechte Lastenverteilung, und auch der Zeitpunkt eines solchen Beitrags noch nicht feststehen, und hierfür eine bundesgesetzliche Grundlage geschaffen werden muß, kann noch kein Betrag eingesetzt werden.

Für 2000 sind für diese Vorhaben bei 1/50296 insgesamt 51,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Zinsensstützungsaktion für bestimmte Investitionsprojekte

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsensstützungsaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den Bau von Kleinkraftwerken. Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen konnten bis zum 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Kreditverfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens zehn Jahre lang um maximal 3% verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkegnbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.

Für die gesamte Aktion werden im Jahre 2000 80 000 Schilling bereitgestellt.

Im Jahre 1998 wurden letztmalig Zinsenzuschüsse geleistet.

Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen u.ä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiesgesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

Aus diesem Titel sind für das Jahr 2000 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 128 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen BMW-Motoren GmbH in Steyr und Siemens Bauelemente OHG in Villach dienen sollen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (5,467 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (130 000 S), an das Österreichische College (598 000 S), an den Gemeinde- und Städtebund (10,983 Millionen Schilling) und sonstige Förderungsbeiträge (3,431 Millionen Schilling) veranschlagt.

Für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung sind weiters Investitionsförderungen in Höhe von 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 50 — Titel 503

147

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	75,1	145,9
1999	112,0	162,6
1999 vorl. Erfolg.....	72,2	160,6
2000	103,8	105,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Sachausgaben gegenüber dem BVA 1999 ergibt sich dadurch, da in vielen Fällen Entschädigungen an Rechtsnachfolger der ursprünglich Geschädigten zu zahlen sind, die erst ausgeforscht werden müssen. Bei den Einnahmen erklärt sich der Rückgang mit dem Ausmaß der bereits veräußerten Teile des ehemals deutschen Eigentums.

Paragraf 5030 Schäden im Inland**Gesetzliche Grundlagen**

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 503 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besetzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;

Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

Paragraf 5031 Schäden im Ausland**Gesetzliche Grundlagen**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel, BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und der mit BGBl. I Nr. 125/1997 erfolgten Änderung wurden für das Jahr 2000 77,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 0,5 Millionen Schilling sind Erträge des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.

Auf Grund des gemäß § 27 des Verteilungsgesetzes DDR von der BVK nunmehr erstellten Verteilungsplanes wurden 23,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen“ wurde für die Kosten der Verwaltung für in Österreich befindliche ČSSR-Vermögen mit 0,1 Million Schilling vorgesorgt.

Paragraf 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag**Gesetzliche Grundlagen**

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besetzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Für Entschädigungszahlungen nach dem UVEG wurden für 2000 8 000 Schilling veranschlagt.

Paragraf 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraf wurde im BVA 2000 mit 100 000 Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat.

Paragraf 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 119/1997;

Österreichisch-deutscher Vermögensvertrag, BGBl. Nr. 119/1958.

Im BVA 2000 wurde mit 0,5 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 5,7 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraf 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlage

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 119/1997.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 2000 mit 3,1 Millionen Schilling und die Einnahmen auf Grund von geringem Kaufinteresse mit 99,3 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1999	BVA 1999	BVA 2000
Millionen Schilling			
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besetzungsschädengesetz.....	418,084	} 0,001	} 0,001
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	1 435,904		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	614,422
Jugoslawien	1,890
ehemalige CSSR.....	1 262,960	100,000	77,000
Deutschland (ehem. DDR)	114,089	7,000	23,000
Polen	71,405
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2.....	1 046,130	0,008	0,008
Auf Grund des Art. 8.....	80,131	0,001	0,001
Sonstige Zahlungen.....	31,893
Aushilfeszahlungen (Sachleistungen).....	1 338,755	0,003	0,003

Kapitel 50 — Titel 504

149

Titel 504 Finanzlandesdirektionen**Gesetzliche Grundlagen**

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1999, sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 463/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 194/1999;

Grenzkontrollgesetz — GrekoG, BGBl. Nr. 435/1996, sowie Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Durchführung der Grenzkontrolle auf Zollorgane übertragen wird, BGBl. II Nr. 176/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 297/1998;

Zollkodex — ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz — ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachsule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von den Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), Finanzämtern, Großbetriebsprüfungen, Hauptzollämtern, Zollämtern, Zollamtszweigstellen, Abfertigungsstellen, Kontrollposten und Zollwacheabteilungen besorgt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	6 388,1	2 119,9	8 508,0	271,1
1999	6 493,9	2 481,3	8 975,3	240,4
1999 vorl. Erfolg.....	6 623,0	2 376,5	8 999,7	264,4
2000	6 810,4	2 209,7	9 020,1	261,0

Paragraf 5040 Dienststellen**Voranschlagsansatz 1/50403 Anlagen**

Bei diesem VA-Ansatz wurde für notwendige Ergänzungen der Amts- und Betriebsausstattung sowie den Ankauf von Kfz vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde für Familienbeihilfe und für öffentliche Abgaben vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50408 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz ist der Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz), BGBl. Nr. 660/1994.

Aufgaben

Nach Artikel 34 EG-Vertrag in der Fassung des Vertrages von Amsterdam sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählt ua. die Maßnahme der Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisausgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.

Die Höhe der Erstattungssätze, die die Grundlage für die Berechnung sind, wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft

150

Kapitel 50 — Titel 507

(EAGFL), Abteilung Garantie, übernimmt gemäß Artikel 1 der VO (EG) Nr. 1258/1999 die Finanzierung dieser Maßnahme.

Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattungs-Förderungsregelung in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Das Zollamt Salzburg/Erstattungen in Wals ist bundesweit für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen zuständig, wenn ein entsprechender Antrag einer Ausfuhr vorliegt.

Die Mitgliedstaaten sind in diesem Zusammenhang infolge der Abrechnungsmodalitäten der Europäischen Kommission gefordert, nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur Abgeltung durch die Europäische Kommission bereitzustellen.

Weitere Erläuterungen über die Zahlungen zwischen EU und Österreich siehe auch bei Kap. 52, Titel 529.

Im BVA 2000 sind dafür 1 000,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/50428 Zahlungen an BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999.

Im BVA 2000 sind für Zahlungsverpflichtungen (Aufwendungen) gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz 70,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 2/50434 Gebarung gemäß § 22 KHVG

Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.

Die bei den Zollämtern vereinnahmten Beträge für Versicherungsscheine werden im Sinne des § 16 Abs. 2 Z 10 BHG 1986 in der geltenden Fassung durchlaufend verrechnet.

Die Gewinne aus der Grenzversicherung für das abgelaufene Geschäftsjahr werden weiterhin vom Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eingefordert und beim VA-Ansatz 2/50404 vereinnahmt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Bei diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundespensionsamtes (bis 1996 Bundesrechenamt), der Finanzprokurator, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	141,8	56,8	198,6	65,3
1999	147,6	63,7	211,3	64,2
1999 vorl. Erfolg	149,8	59,7	209,6	62,0
2000	153,7	49,2	202,9	56,8

Paragraf 5070 Bundespensionsamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundespensionsamtsgesetz, BGBl. Nr. 758/1996.

Aufgaben

Das Bundespensionsamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundespensionsamtes sind im § 2 des Bundespensionsamtsgesetzes normiert.

Kapitel 50 — Titel 507

151

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	67,4	43,2	110,6	9,6
1999	70,9	47,7	118,6	9,1
1999 vorl. Erfolg.....	73,6	45,2	118,8	9,5
2000	75,4	37,3	112,7	9,5

Paragraf 5071 Finanzprokurator**Gesetzliche Grundlagen**

Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Die Befassung der Finanzprokurator oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

Aufgaben

Die Prokurator ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsausgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuratorgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokurator im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuratorgesetzes vorgesehen.

Die Prokurator ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokurator die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokurator zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	67,4	43,2	110,6	9,6
1999	56,1	7,5	63,6	19,7
1999 vorl. Erfolg.....	73,6	45,2	118,8	9,5
2000	57,0	6,5	62,5	25,6

Paragraf 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt**Gesetzliche Grundlagen**

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 748/1996;

Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 82/1997;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 813/1993;

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 9/2000.

Aufgaben

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Organisation

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:

Punzierungsamt Wien I;

Punzierungsamt Wien II;

Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;

Punzierungsamt Graz;

Punzierungsamt Innsbruck.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	19,5	7,1	26,7	29,8
1999	20,6	8,4	29,0	35,4
1999 vorl. Erfolg	20,2	8,0	28,2	26,9
2000	21,3	6,4	27,6	25,0

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes, der Österreichischen Salinen AG, des Amtes der Münze Österreich und des Amtes der Post und Telekom Austria AG verrechnet. Diese Ausgaben werden mit Ausnahme der Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG des Amtes der Post und Telekom Austria AG dem Bund ersetzt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	16707,3	1275,3	17982,6	17950,5
1999	16612,0	1221,1	17833,2	17828,2
1999 vorl. Erfolg	16804,9	1180,6	17985,6	17934,5
2000	16920,5	1184,5	18105,1	18049,4

Paragraf 5080 Österreichisches Postsparkassenamt**Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997.

Aufgaben

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

Im BVA 2000 sind für Personal- und Sachausgaben 599,0 Millionen Schilling vorgesehen. Die Sachausgaben enthalten vor allem die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse und Aufwandsentschädigungen.

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraf 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft**Gesetzliche Grundlage**

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Kapitel 50 — Titel 508

153

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für zwei der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugewiesene Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

Im BVA 2000 sind für Personal- und Sachausgaben 1,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraf 5082 Amt der Münze Österreich**Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 60/1998.

Aufgaben

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.

Im BVA 2000 sind die Personal- und Sachausgaben für 37 Bedienstete in Höhe von 19,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 5083 Amt der Post und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Artikel 95.

Aufgaben

Gemäß Bundesgesetz über die Errichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft werden die Aufgaben der Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Mai 1996 an die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft übertragen. Die bisher bei der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigten Beamten werden auf die Dauer ihres Dienststandes der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft oder eines Unternehmens, an dem die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft zumindest mehrheitlich beteiligt ist, zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund den Aufwand der Aktivbezüge. Von diesem Ersatz ausgenommen sind jedoch die Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG, die vom Bund zu tragen sind.

Im BVA 2000 sind für Personal- und Sachausgaben insgesamt 17 485,0 Millionen Schilling veranschlagt, wobei 17 430,4 Millionen Schilling ersetzt werden. In den Sachausgaben sind vor allem die Kosten für Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenzuschüsse enthalten.

Kapitel 51 Kassenverwaltung**Gesamtgebarung**

	Allgemeiner Haushalt			Einnahmen	Ausgleichshaushalt	
	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe		Sach- ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1998	—	15 553,1	15 553,1	21 151,8	51 094,8	51 280,6
1999	0,0	4 306,1	4 306,1	19 367,1	75 000,0	75 000,0
1999 vorl. Erfolg.....	0,0	12 079,9	12 079,9	31 917,0	152 432,1	152 592,8
2000	0,0	6 907,5	6 907,5	24 025,1	280 000,0	280 000,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	79,9	1 053,2
1999	0,0	562,5
1999 vorl. Erfolg.....	0,1	885,7
2000	50,5	272,0

Voranschlagsansätze 1/51038 und 2/51034 Kursverluste und -gewinne

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes veranschlagt.

Paragraf 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten**Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen****Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr**

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (zB Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.

Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	438,7	412,9
1999	396,6	436,6
1999 vorl. Erfolg.....	2 245,5	3 122,8
2000	2 943,3	1 968,5

Paragraf 5110 Innovations- und Technologiefonds

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden, BGBl. Nr. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 603/1987 beschlossen.

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wird, kommen dem Fonds im Jahre 2000 300 Millionen Schilling zu. Unter Einbeziehung der sonstigen Einnahmen des ITF (101,3 Millionen Schilling) können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen 401,3 Millionen Schilling verwendet werden.

Paragraf 5111 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraf werden die Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997) entstehen.

Kapitel 51 — Titel 512

155

Ab 1999 werden unter diesem Paragraphen auch die Überweisungen von Steueranteilen auf das gemäß FAG 1997 eingerichtete Sonderkonto und die Weiterleitung der Förderungsmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft budgetmäßig dargestellt.

Im BVA 2000 sind dafür Ausgaben in Höhe von 2542,0 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 1 667,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 512 Rücklagen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	14 956,6	4 077,7
1999	110,2	4 947,8
1999 vorl. Erfolg	9 180,0	12 025,3
2000	1,2	7 537,9

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, dass in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauf folgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleich hohe Ausgaben.

Paragraf 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(r) Rücklage

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 2000 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der beim Voranschlagsansatz 1/40108 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes.....	Ausgabe: Paragraf 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Paragraf 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik“	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

Den beim Voranschlagsansatz 2/51218 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2000 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/17903.....	4,200
1/17953.....	0,210
1/17963.....	0,217

Paragraf 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(r) Einnahmen-Rücklage

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2000 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/51108.....	100,000
1/51118.....	874,774

Paragraf 5125 Zuführung an bzw. Entnahme (Verringerung) aus der Ausgleichsrücklage

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 2000 ist keine Entnahme (Verringerung) vorgesehen.

Paragraf 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Rücklage

Dieser Paragraf ist für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 2000 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51268 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von 93,0 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 2000 Ausgaben beim Voranschlagsansatz 1/61246 gegenüber.

Paragraf 5127 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Einnahmen-Rücklage

Dieser Paragraf ist für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 2000 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Paragraf 5128 Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage

Gemäß Art. X Abs. 1 Z 4 können 50% jener Ausgabenbeträge des Ermessens der Unterteilung 8, die nicht ohnedies bereits nach dem BHG oder dem BFG 2000 rücklagefähig sind, mit Ausnahme der Vergütungen und Überweisungen im Bundeshaushalt, der Ausgaben für Finanzschulden und sonstiger Finanzierungen, im Wege einer Rücklagenzuführung für spätere Jahre reserviert werden.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51288 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2000 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/17328.....	1,212
1/17338.....	0,254
1/17908.....	1,555

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, dass die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 2000 sind folgende Rücklagenauflösungen vorgesehen:

	Millionen Schilling
1/10006.....	18,709
1/13003.....	0,104
1/13023.....	0,100
1/13043.....	0,874
1/13048.....	0,213
1/20003.....	19,231
1/20053.....	10,636
1/20058.....	131,088
1/20063.....	0,353
1/20068.....	3,975
1/20103.....	69,393
1/20203.....	0,861
1/20303.....	19,133
1/51817.....	1 363,010
1/51818.....	1 078,066
1/54729.....	3 584,149
Ohne Ansatzzuordnung (Osthilfe).....	162,330

158

Kapitel 51 — Titel 518 und 519**Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe
	Millionen Schilling		
1998	—	—	—
1999	0,0	3 641,3	3 641,3
1999 vorl. Erfolg.....	—	—	—
2000	0,0	1 913,0	1 913,0

Paragraf 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 1913,0 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben bzw. als allgemeine Vorsorge für unvorhergesehene Entwicklungen mit negativen Auswirkungen auf das Budget, wie zB Eintritt eines geringeren Wirtschaftswachstums als bei der Budgeterstellung angenommen, vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach- ausgaben	Ein- nahmen	Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	77,9	7,4	51 094,8	51 280,6
1999	158,0	0,0	75 000,0	75 000,0
1999 vorl. Erfolg.....	654,3	0,0	152 432,1	152 592,8
2000	2 000,0	0,0	280 000,0	280 000,0

Unterschiede gegenüber Vorjahr

Die Entwicklung bei den Zinsen und Tilgungen 2000 ist auf die Einführung des Austrian Treasury Bill (ATB)-Programmes zurückzuführen.

Dieses Instrument soll für den Investor eine attraktive Alternative bzw. Ergänzung zu den sonstigen Finanzmarktprodukten sowie eine günstigere Finanzierungsmöglichkeit der Republik im kurzfristigen Bereich darstellen.

Zur Erhaltung der Verfügbarkeit des ATB-Programmes ist eine laufende Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen, unabhängig vom Bedarf, erforderlich. Werden diese Mittelaufnahmen liquiditätspolitisch nicht benötigt, führt die Veranlagung zu Nettoerträgen des Bundes.

Paragraf 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen

Beim Paragraf 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hierbei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Paragraf 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben (brutto) im Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind im BVA 2000 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 280 Milliarden Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 2000 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 2000 zu enden hat, mit einem Zinsaufwand von 2 Milliarden Schilling zu rechnen.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	153,4	460 220,3
1999	162,2	456 892,2
1999 vorl. Erfolg.....	139,6	449 662,6
2000	130,0	458 236,0

Allgemeines zur Veranschlagung

Die Schätzungen der öffentlichen Abgaben beruhen im Wesentlichen auf einer Fortschreibung der voraussichtlichen Ergebnisse 1999. Die Fortschreibung erfolgte bei den wichtigsten Steuern auf Grund der prognostizierten Entwicklung der nächstliegenden volkswirtschaftlichen Größen und der entsprechenden Aufkommenselastizitäten. Die Auswirkungen vergangener (zB Sparpaket, Steuerreform) sowie speziell im Hinblick auf die Budgets 2000 und folgende ergriffener Maßnahmen (zB Erhöhungen bei Energiesteuer, motorbezogener Versicherungssteuer, KFZ-Steuer, Tabaksteuer) waren entsprechend zu berücksichtigen. Die Steuerreform wird 2000 mit einem Lohnsteuerausfall von zirka 15 Milliarden Schilling (Tarifsenkung) und Umsatzsteuermindereinnahmen von etwa 1 Milliarde Schilling (Pauschalierung für die Landwirtschaft) wirksam, die anderen Maßnahmen der Steuerreform werden sich erst in den kommenden Jahren im Aufkommen niederschlagen. Die zweite Etappe des Familienpakets (Anhebung von Familienbeihilfen und Kinderabsetzbeträgen) ist mit einem Ausfall von 3 Milliarden Schilling bei Lohn- und Einkommensteuer (3 : 1) berücksichtigt.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 „Öffentliche Abgaben“ gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1998	324 277,7
1999	327 483,0
1999 vorl. Erfolg.....	323 042,7
2000	320 848,0

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Die Einkommensteuer ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemisst sich nach einem progressiven Stufentarif. Die erste Tarifstufe bis 50 000 S wird nicht besteuert. Der Steuersatz beginnt mit 21 vH für Einkommensteile zwischen 50 000 S und 100 000 S und beträgt maximal 50 vH bei Einkommen über 700 000 S. Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei

jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 12.200 S, der aber in verschiedenen Einkommensbereichen unterschiedlich verschliffen wird. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5 000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5 000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 700 S zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S monatlich zu. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag können auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 25 vH von den vollen Kapitalerträgen. Die entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer — ausgenommen stille Beteiligungen — ist damit abgegolten.

Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 25 vH erhoben. Die entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten.

Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Die **Körperschaftsteuer** ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34 vH. Für alle unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften ist eine Mindestkörperschaftsteuer vorgesehen. Sie beträgt ab 1998 50 000 S für AG, 25 000 S für GmbH und 75 000 S für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Für neu gegründete Kapitalgesellschaften beträgt sie im ersten Jahr 15 000 S.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick

Der **Abgabe von Zuwendungen** unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahe stehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 15 vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer**Gesetzliche Grundlage**

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die **Gewerbesteuer** wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 28/1999.

Sachlicher Überblick

Das **Vermögensteuergesetz** ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent**Gesetzliche Grundlage**

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Das **Erbschaftssteueräquivalentgesetz** ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, die Schenkungssteuer durch Parteienvertreter selbst berechnen zu lassen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermessbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Bodenwertabgabe sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

Sachlicher Überblick

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemes-

Kapitel 52 — Titel 521 und 522

163

sungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;

2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Vorschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sonderabgabe von Banken wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Millionen Schilling
1998	138,4
1999	140,0
1999 vorl. Erfolg.....	138,1
2000	175,0

Vorschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000.

Sachlicher Überblick

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 6,60 S monatlich zu entrichten.

Nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Millionen Schilling
1998	216 247,5
1999	233 000,0
1999 vorl. Erfolg.....	226 952,1
2000	235 000,0

Vorschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrssteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,

fermer der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber, Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen — mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge — nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmern in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, dass in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16 vH, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Altersheime und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.

Für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12 vH vorgesehen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger sowie Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrsteuern (zB Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemein bildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Umsätze der Kranken- und Pflegeanstalten, der Alters-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt, Dentist oder Psychotherapeut, Zahntechnikerleistungen, die Lieferungen von menschlichen Organen, menschlichem Blut und Frauenmilch, die Krankenbeförderung, die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des

Kapitel 52 — Titel 523

165

öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, Theater-, Musik- und Gesangsaufführungen, Museen, botanische oder zoologische Gärten und Naturparks von Bund, Ländern und Gemeinden und die Umsätze der Kleinunternehmer.

Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.

Bei nicht buchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Soweit diese Umsätze an einen Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden, wird die Steuer für diese Umsätze mit 12 vH der Bemessungsgrundlage festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist eine zusätzliche Steuer von 10 vH, soweit diese Umsätze an einen Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden, eine zusätzliche Steuer von 8 vH der Bemessungsgrundlage zu entrichten. Diese vermindert sich auf 2 vH, wenn auf diese Umsätze die Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 zutreffen. Die zusätzliche Steuer entfällt, soweit diese Umsätze an einen Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Millionen Schilling
1998	3 296,5
1999	3 500,0
1999 vorl. Erfolg.....	3 362,3
2000	3 100,0

Gesetzliche Grundlagen für Ein- und Ausfuhrabgaben generell

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch VO-Nr. 955/1999 vom 13. April 1999, ABIEG Nr. L 119 vom 7. Mai 1999, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch VO-Nr. 1662/1999 vom 28. Juli 1999, ABIEG Nr. L 197 vom 29. Juli 1999, S. 25;

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, (Zollbefreiungsverordnung — ZBefrVO) ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 346/1999.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die traditionellen Eigenmittel nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abzuführen. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10% davon als Erhebungsaufwand ein. (Art. 2 Abs. 3 des Beschlusses 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994, ABIEG Nr. L293 vom 12. November 1994.

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem EU-Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen sind weiterhin die in § 120 Abs. 2 ZollR-DG angeführten früheren Bestimmungen maßgebend.

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle**Gesetzliche Grundlagen**

Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2288/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 über die Aufstellung der in Artikel 60 Abs. 1 d der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 13, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 213/89 vom 27. Jänner 1989, ABIEG Nr. 25/70 vom 28. Jänner 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2289/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 70 bis 78 der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 15, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 735/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 18;

Verordnung (EWG) Nr. 2290/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 50 bis 59b sowie 63a und 63b der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 20, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 734/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 15;

Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung des Artikels 63c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 347 vom 16. Dezember 1988, S. 55;

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2204/97 der Kommission vom 12. Oktober 1999;

Vertrag über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994; ABIEG Nr. C 241 vom 29. August 1994, idF Beschluss 95/1/EG vom 1. Jänner 1995, ABIEG L 1 vom 1. Jänner 1995, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 2820/98 des Rates vom 21. Dezember 1998 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1999 bis 2000, ABIEG Nr. L 57 vom 30. Dezember 1998;

Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997, ABI. Nr. L 288 vom 21. Oktober 1997, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern;

Entscheidung Nr. 2277/96/EGKS der Kommission vom 28. November 1996, ABI. Nr. L 308 vom 29. November 1996, über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern;

Entscheidung Nr. 1889/98/EGKS der Kommission vom 3. September 1996, ABI. Nr. L 245 vom 4. September 1998, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 32/2000 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten und bestimmten anderen Gemeinschaftszollkontingenten zur Festlegung der Verfahren zur Änderung oder Anpassung dieser Zollkontingente und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1808/95, ABIEG Nr. L 5 vom 8. Jänner 2000, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern.

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

- Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
- EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
- Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
- Zölle betreffend den Agrarbereich,

veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.

Im Lauf des Jahres 1995 sind Zölle auch an die Stelle vieler früher im Rahmen der Marktordnungen der Gemeinschaft auf Agrarwaren erhobene Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben getreten.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den hierfür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.

Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als zusätzlicher AD-Zoll erfolgen.

Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Gemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben. Vorbehaltlich abweichender Regelungen sind diese vertragsmäßigen Zollsätze auch anzuwenden auf andere als die vorgenannten Waren bei deren Einfuhr aus allen Drittländern.

Bei der Einfuhr von Waren aus

- den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
- den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
- den AKP-Staaten,

— allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat, dzt. die Baltischen Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, frühere jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, alle Mittelmeeranrainerstaaten, die Türkei (nur in Bezug auf EGKS-Waren), werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.

Bei der Einfuhr von nicht durch Marktordnungsregelungen betroffenen landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und von industriell-gewerblichen Waren (ausgenommen die vom Regelungsbereich der EG für Kohle und Stahl, EGKS, erfassten Waren) aus der Türkei wird im Rahmen einer Zollunion unter der Voraussetzung, dass die Ausfuhr aus der Türkei aus dem „freien Verkehr“ erfolgte, die Zollfreiheit gewährt. Betreffend EGKS-Waren gelten jedoch die zuvor beschriebenen Voraussetzungen („Ursprungsregeln“).

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhr- und Ausfuhrabgaben

Diese sind nach dem für die Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

- Agrarzölle oder Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr,
- Ausfuhrabgaben,

veranschlagt.

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse vom 28. Oktober 1996, ABl. Nr. L 297/1 vom 21. November 1996;

Verordnung (EGG) Nr. 2083/99 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker vom 11. September 1999, ABl. Nr. 252/2 vom 25. September 1999;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktordnung für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L 181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1528/95, ABl. Nr. L 148/3 vom 30. Juni 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/1 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/105 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Eier vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/49 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1516/96, ABl. Nr. L 189/99 vom 29. Juli 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/77 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. 305/49 vom 19. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur vom 17. Dezember 1992, ABIEG Nr. L 388 vom 31. Dezember 1992, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Reis vom 22. Dezember 1995, ABl. Nr. L 329/18 vom 22. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, ABIEG Nr. L 84/1 vom 27. März 1987, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2087/97, ABl. Nr. L 291/1 vom 25. Oktober 1997;

Verordnung (EG) Nr. 1254/99 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch vom 17. Mai 1999, ABl. Nr. L 160/21 vom 26. Juni 1999;

Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse vom 28. Oktober 1996, ABl. Nr. L 297/29 vom 21. November 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Saatgut vom 26. Oktober 1971, ABIEG Nr. L 246/1 vom 5. November 1971, zuletzt geändert mit Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/105 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EGG) Nr. 1255/99 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vom 17. Mai 1999, ABl. Nr. L 160/48 vom 26. Juni 1999;

Verordnung (EWG) Nr. 136/66 des Rates über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette vom 22. September 1966, ABIEG Nr. S 3025/66 vom 30. September 1966, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/133 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EG) Nr. 2467/98 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch vom 3. November 1998, ABl. Nr. L 312/1 vom 20. November 1988;

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen vom 13. Februar 1993, ABIEG Nr. L 47/1 vom 25. Februar 1993, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/186 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3448/93 des Rates zur Feststellung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren vom 6. Dezember 1993, ABIEG Nr. L 318/18 vom 20. Dezember 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/104 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. L 305/49 vom 19. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 234/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels vom 27. Februar 1968, ABl. Nr. L 55/1 vom 2. März 1968;

Verordnung (EG) Nr. 603/95 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter vom 21. Februar 1995, ABl. Nr. L 63/1 vom 12. März 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak vom 30. Juni 1992, ABl. Nr. L 215/70 vom 30. Juli 1992;

Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Flachs und Hanf vom 29. Juni 1970, ABl. Nr. L 146/1 vom 4. Juli 1970;

Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Hopfen vom 26. Juni 1971, ABl. Nr. L 175/1 vom 4. August 1971.

Sachlicher Überblick

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den angeführten Marktorganisationen bei der Einfuhr Agrarzölle und bei der Ausfuhr Ausfuhrabgaben erhoben werden.

Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschlussverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht. Die vorstehenden Abgaben sind an die EG abzuführen.

Kapitel 52 — Titel 524

169

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Millionen Schilling
1998	52 286,7
1999	54 400,0
1999 vorl. Erfolg.....	56 504,0
2000	57 700,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer**Gesetzliche Grundlage**

Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000.

Sachlicher Überblick

Der Tabaksteuer unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtabak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtabak). Für Zigaretten gilt ein gemischter Steuersatz, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse nach EU-rechtlichen Vorgaben zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57 vH des Kleinverkaufspreises führen muss. Der Steuersatz beträgt 246 S je 1 000 Stück und 42 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 825 S je 1 000 Stück. Ab 1. Juni 2000 beträgt der Steuersatz 255 S je 1 000 Stück und 42 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 825 S je 1 000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13 vH, für Feinschnitt 47 vH und für anderen Rauchtabak 34 vH des Kleinverkaufspreises.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer**Gesetzliche Grundlage**

Biersteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50 000 Hektoliter) sind Steuersatzermäßigungen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Mineralölsteuer sind die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhaltige Waren. Eine tatsächliche verbraucherliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, als Kraftstoff und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die zum Verheizen verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 6 600 S, für unverbleite Benzine sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 5 610 S, für andere Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 3 890 S für 1 000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 3 600 S und für Flüssiggas zum Verheizen 600 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 950 S je 1 000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Heizen verwendet werden, ein Steuersatz von 500 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht, und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 3 890 S je 1 000 Liter vorgesehen. Biogene Stoffe sind von der Mineralölsteuer befreit. Der Steuersatz für Kraftstoffe beträgt 5 610 S für 1 000 Liter, wenn sie anstelle von Benzin als Treibstoff verwendet werden sollen, ansonsten 3 890 S.

Heizöle leicht, mittel und schwer sowie Flüssiggase, die zur Stromerzeugung verwendet werden, sind von der Mineralölsteuer befreit.

Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wurde; wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,94 S je Liter geleistet.

Vorschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Alkohol — Steuer- und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der **Alkoholsteuer** unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 10 000 S je 100 Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze von 5 400 und 9 000 S je 100 Liter.

Vorschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der **Schaumweinsteuer** unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 2 000 S und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1 000 S je Hektoliter.

Der **Zwischenerzeugnissteuer** unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der Kombinierten Nomenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfasst werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischenerzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, dh. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2 000 S je Hektoliter.

Titel 525 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

	Millionen Schilling
1998	11 851,7
1999	10 500,0
1999 vorl. Erfolg	10 284,0
2000	10 700,0

Vorschlagsansatz 2/52514 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben**Gesetzliche Grundlage**

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000.

Sachlicher Überblick

Den **Stempel- und Rechtsgebühren** unterliegen die im **Gebührengesetz 1957** erschöpfend aufgezählten **Schriften** (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (50 S bis 10 000 S) oder Hundertsatzgebühren ($\frac{1}{16}$ vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 2 000 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Bei Bestandverträgen ist die Selbstberechnung durch den Bestandgeber zwingend, bei anderen Rechtsgeschäften besteht die Möglichkeit der Selbstberechnung durch Parteienvertreter. Die Gewinnsteuern bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1 vH bis 25 vH und sind ebenso wie die mit 16 vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Kapitel 52 — Titel 526

171

Verwaltungsabgaben**Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 319/1997.

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden ab BVA 2000 ebenfalls beim VA-Ansatz 2/52514 verrechnet.

Titel 526 Verkehrssteuern

	Millionen Schilling
1998	45 413,5
1999	48 060,0
1999 vorl. Erfolg.....	46 762,0
2000	52 950,0

Voranschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrssteuern**Gesetzliche Grundlage**

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Als Kapitalverkehrssteuern werden die Gesellschaftssteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftssteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 vH der Bemessungsgrundlage.

Die Wertpapiersteuer wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluss von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inland oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Ausland abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04 vH bis 2,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52605 Sicherheitsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Die Sicherheitsabgabe ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten. Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Elektrizitätsabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 60, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000;

Erdgasabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 61, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998;

Energieabgabenvergütungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 62, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 10/1998.

Sachlicher Überblick

Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 0,60 S je m³ und für Strom 0,206 S je kWh.

Für Betriebe, deren Schwerpunkt nachweislich in der Herstellung körperlicher Wirtschaftsgüter besteht, werden die Energieabgaben mit 0,35% der Wertschöpfung plafondiert.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Normverbrauchsabgabengesetz, BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie Kraftfahrzeuge zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist linear abhängig vom Kraftstoffverbrauch des Kraftfahrzeuges.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risiken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4 vH, bei Lebensversicherungen mit Laufzeiten unter zehn Jahren, wenn keine laufenden, im wesentlichen gleichbleibende Prämienzahlungen vereinbart sind, und bei allen anderen Versicherungen 11 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen für jedes Versicherungsjahr 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

Voranschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000.

Sachlicher Überblick

Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen für im Inland zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen übrigen Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 0,55 Euro je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 5,50 Euro. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,022 Euro je Kubikzentimeter Hubraum. Diese Sätze gelten bei jährlicher Zahlung; bei halbjährlicher, vierteljährlicher oder monatlicher Zahlung erhöht sich die Steuer um 6%, 8% bzw. 10%. Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Voranschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996;
Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 4/2000.

Sachlicher Überblick

Der **Straßenbenützungsabgabe** unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 Tonnen oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt ab 1997 bis Juni 2000 80 S, der Wochensatz 440 S, der Monatssatz 1 670 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.

Ab Juli 2000 beträgt der Tagessatz 110 S, der Wochensatz für Kraftfahrzeuge (Fahrzeugkombinationen) mit bis zu drei Achsen je nach dem Grad des Emissionsverhaltens 358 S, 400 S bzw. 440 S, der Monatssatz 1 032 S, 1 168 S bzw. 1 320 S. Bei Kraftfahrzeugen (Fahrzeugkombinationen) mit vier Achsen oder mehr beträgt der Wochensatz 564 S, 620 S bzw. 688 S und der Monatssatz 1 720 S, 1 926 S bzw. 2 132 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des jeweiligen Monatssatzes.

Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Der **Kraftfahrzeugsteuer** nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen, Zugmaschinen und Motorkarren sowie für Kraftfahrzeuge, für die keine Haftpflichtversicherung besteht, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.

Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdem nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Bei Fahrzeugen über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht ist die Kraftfahrzeugsteuer pro Tonne zu entrichten. Die Steuer beträgt je ccm Hubraum 0,22 S, je kW Motorleistung 5,50 S (mindestens aber 55 S), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen und weniger als 12 Tonnen für jede angefangene Tonne 70 S, mindestens 600 S monatlich. Bei einem Gesamtgewicht zwischen 12 bis unter 18 Tonnen 75 S, darüber 85 S, höchstens jedoch 3 230 S, bei Anhängern höchstens 2 550 S monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999.

Sachlicher Überblick

Die **Spielbankabgabe**, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1998.

Sachlicher Überblick

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bilden die Jahresbruttospieleinnahmen (Einsätze minus Gewinne) eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto und Zusatzspiele für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH. Für Sofort- und Nummernlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5 vH, für das Zahlenlotto 27,5 vH und für die Klassenlotterie 2 vH. Für elektronische Lotterien 24 vH und für Bingo und Keno 27,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999.

Sachlicher Überblick

Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz sind mit Wirkung 1. Jänner 1997 Erhöhungen vorgesehen. Der zweckgebundene Altlastenbeitrag wird pro angefangene Tonne ab 1. Jänner 1997 für Baurestmassen mit 60 S, für Erdaushub (ab 1. Jänner 1998) mit 80 S, für Abfälle, die den Kriterien für Baurestmassendeponien der Deponieverordnung entsprechen, mit 120 S und für alle übrigen Abfälle mit 150 S festgesetzt. Diese Beträge werden in den Jahren 1998 bis 2001 jeweils stufenweise angehoben. Der Altlastenbeitrag erhöht sich (um 30 bis 800 S), sofern die Abfälle auf einer Deponie abgelagert werden, die über kein Deponiebasisdichtungssystem, keine vertikale Umschließung und keine dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaseraffassung und -behandlung verfügt.

85 vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hierfür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.

15 vH des Aufkommens können zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen verwendet werden.

Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	153,4	14 735,5
1999	162,2	4 000,0
1999 vorl. Erfolg.....	139,6	2 740,8
2000	130,0	2 400,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen neben Geldstrafen, Wertersatz und Verfalls-erlösen auch die Einnahmen gemäß § 60 ZollG und § 69 ZollR-DG.

Ab dem Jahre 1998 erfolgt die haushaltsmäßige Verrechnung der Steuerguthaben strikt nach dem Kassenprinzip, wodurch die bisherige Asymmetrie zwischen Verrechnung von Guthaben und Rückständen beseitigt wird. Diese Verrechnung führte in den Jahren 1998 und 1999 zu buchmäßigen Einnahmen in der Größenordnung von 13,6 bzw. 1,6 Milliarden Schilling. Im BVA 2000 sind 2,0 Milliarden Schilling veranschlagt.

Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)

	Millionen Schilling
1998	183 801,9
1999	192 690,8
1999 vorl. Erfolg.....	190 971,5
2000	192 152,1

Gesetzliche Grundlagen

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 136/1999;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1999.

Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite 183 Aufschluss:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderspezifisch auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

1. bei der veranlagten Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer, bei der Lohnsteuer, bei der Kapitalertragsteuer I und bei der Körperschaftsteuer auf die Länder
 - a) 77,967 vH nach der Volkszahl und
 - b) 22,033 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,616 vH
Kärnten	5,364 vH
Niederösterreich	14,376 vH
Oberösterreich	15,843 vH
Salzburg	7,853 vH
Steiermark	10,761 vH
Tirol	10,555 vH
Vorarlberg	6,833 vH
Wien	26,799 vH;
- auf die Gemeinden
 - c) 72,753 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und
 - d) 27,247 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,407 vH
Kärnten	4,709 vH
Niederösterreich	12,941 vH
Oberösterreich	16,271 vH
Salzburg	7,647 vH
Steiermark	8,869 vH
Tirol	8,788 vH
Vorarlberg	5,652 vH
Wien	33,716 vH;
2. bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
3. bei der Kapitalertragsteuer II auf die Länder 70 vH nach der Volkszahl und 30 vH nach dem örtlichen Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
4. bei der Umsatzsteuer auf die Länder
 - a) zuerst 0,949 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer nach Abzug des in § 7 Abs. 2 Z 2 genannten Betrages in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,572 vH
Kärnten	6,897 vH
Niederösterreich	14,451 vH
Oberösterreich	13,692 vH
Salzburg	6,429 vH
Steiermark	12,884 vH
Tirol	7,982 vH
Vorarlberg	3,717 vH
Wien	31,376 vH,
 - b) die verbleibenden Anteile nach der Volkszahl; auf die Gemeinden 39,142 vH nach der Volkszahl, 49,996 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 10,862 vH in folgendem Verhältnis:

- | | |
|------------------------|------------|
| Burgenland | 1,583 vH |
| Kärnten | 5,247 vH |
| Niederösterreich | 15,004 vH |
| Oberösterreich | 16,318 vH |
| Salzburg | 9,326 vH |
| Steiermark | 9,657 vH |
| Tirol | 9,021 vH |
| Vorarlberg | 6,428 vH |
| Wien | 27,416 vH; |
5. bei der Biersteuer auf die Länder 46,437 vH und auf die Gemeinden 69,904 vH nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 53,563 vH und auf die Gemeinden 30,096 vH in folgendem Verhältnis:
- | | |
|------------------------|------------|
| Burgenland | 2,327 vH |
| Kärnten | 8,812 vH |
| Niederösterreich | 17,831 vH |
| Oberösterreich | 17,964 vH |
| Salzburg | 8,832 vH |
| Steiermark | 14,879 vH |
| Tirol | 11,761 vH |
| Vorarlberg | 4,331 vH |
| Wien | 13,263 vH; |
6. bei der Weinsteuer, bei der Schaumweinsteuer, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer, beim Branntweinaufschlag und Monopolausgleich sowie bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
7. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Vierteln in folgendem Verhältnis:
- | | |
|------------------------|------------|
| Burgenland | 3,758 vH |
| Kärnten | 8,203 vH |
| Niederösterreich | 22,431 vH |
| Oberösterreich | 16,756 vH |
| Salzburg | 7,359 vH |
| Steiermark | 15,645 vH |
| Tirol | 10,332 vH |
| Vorarlberg | 4,007 vH |
| Wien | 11,509 vH; |
8. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer in folgendem Verhältnis:
- | | |
|------------------------|------------|
| Burgenland | 3,243 vH |
| Kärnten | 6,769 vH |
| Niederösterreich | 19,261 vH |
| Oberösterreich | 16,993 vH |
| Salzburg | 6,557 vH |
| Steiermark | 14,757 vH |
| Tirol | 7,548 vH |
| Vorarlberg | 4,246 vH |
| Wien | 20,626 vH; |
9. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
10. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hiebei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

Vorschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung

Siehe die Erläuterungen zum Vorschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Kapitel 52 — Titel 2/529

177

Voranschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge von Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Voranschlagsansatz 2/52824 Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung

Gemäß § 7 Abs. 2 Z 3 FAG 1997 sind vom Aufkommen der Umsatzsteuer für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information jährlich 100 Millionen Schilling bereitzustellen. (Siehe ergänzend auch die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/17236.)

Voranschlagsansatz 2/52834 Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Voranschlagsansatz werden die nach § 6 Abs. 2 und § 8 Abs. 3 FAG 1997 für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft vorgesehenen Budgetmittel verrechnet. Gemäß FAG 1997 werden diese Mittel auf ein Sonderkonto überwiesen und bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme vorübergehend veranlagt (budgetmäßige Darstellung unter Kapitel 51, Paragraph 5111).

Voranschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 1,934 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)

Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen.

Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds

An den Katastrophenfonds sind 1,428 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)

	Millionen Schilling
1998	26 225,2
1999	31 500,0
1999 vorl. Erfolg.....	29 151,8
2000	32 485,0

1. Überblick

Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften leistet Österreich Beiträge zum EU-Haushalt und empfängt aus diesem Haushalt Leistungen der EU. Einen Überblick über die diesbezüglichen Zahlungen gibt die nachstehende Tabelle:

	1995 Erfolg	1996 Erfolg	1997 Erfolg	1998 Erfolg	1999 vorl. Erfolg	2000 BVA
Millionen Schilling						
1.1. Beitragsleistungen:						
Zahlungen ¹⁾	18 754,0	26 937,3	31 563,3	26 225,2	29 151,8	32 485,0
abzögl. Einhebungsverg. (10% trad. EM)	324,1	393,3	390,3	372,2	374,0	385,0
Summe 1.1. (netto) ...	18 429,9	26 543,7	31 173,1	25 853,0	28 777,8	32 100,0
1.2. Rückflüsse ²⁾:						
Artikel 81	7 601,6	1 401,9	976,2	485,9	—	—
ESF	629,6	1 594,2	1 819,5	1 518,1	1 467,5	1 001,7
EFRE	0,0	981,4	1 215,2	997,3	834,5	407,0
EAGFL-Garantie ³⁾	1 133,7	15 195,2	11 364,4	11 163,8	11 633,1	12 170,0
EAGFL-Ausrichtung	423,6	1 532,1	1 368,7	1 435,5	1 948,0	668,0
sonstige Rückflüsse ⁴⁾	244,0	584,2	980,6	1 298,7	1 000,0	1 000,0
Summe 1.2. ...	10 032,5	21 298,9	17 724,6	16 899,3	16 883,2	15 246,7

¹⁾ Brutto, inkl. 10% Einhebungsvergütung der traditionellen Eigenmittel.

²⁾ Werte der Bundeshaushaltsverrechnung mit Ausnahme der „Sonstigen Rückflüssen“

³⁾ 1996 bis 1999 exkl. Länderanteil an den erhöhten ÖPUL-Zahlungen (1996: 1 036 Millionen Schilling, 1997: 438 Millionen Schilling, 1998: 497 Millionen Schilling und 1999: 504 Millionen Schilling).

⁴⁾ Beinhalten überwiegend Zahlungen an private Empfänger sowie vereinzelt Bundesdienststellen. Insbesondere Zahlungen aus den Bereichen Bildung und Jugend, Energie und Umwelt, Transeuropäische Netze und Forschung. Beträge 1999 und 2000 stellen lediglich Grobschätzungen dar. Werte 1995 bis 1998 gemäß Jahresberichte des EURH.

Im Folgenden werden die rechtlichen und rechnerischen Grundlagen dieser Transfers zwischen der EU und Österreich erläutert:

2. Gesetzliche Grundlagen:

2.1. Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag legt fest, dass der Haushalt der EU unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren ist.

2.2. Eigenmittelbeschuß: Beschluß 94/728/EG, EURATOM des Rates vom 31. Oktober 1994 (ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994)

In Ausführung des Art. 201 EG-Vertrag legt Art. 1 des Eigenmittelbeschlusses 94/728 vom 31. Oktober 1994 fest, dass den Gemeinschaften zur Finanzierung ihres Haushalts Eigenmittel zugewiesen werden. In den Haushalt der EU sind (mit Ausnahme der Bereiche EGKS, EURATOM, EEF) alle Ausgaben aufzunehmen (Art. 199 EG-Vertrag); er wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln (Zölle, Zölle aus dem Agrarbereich, Zuckerabgabe, MwSt., BSP) der Gemeinschaft finanziert. Ein neuer Eigenmittelbeschluss, welcher auf den Beschlüssen des EU-Rates von Berlin, März 1999, aufbaut, steht derzeit in Vorbereitung.

3. Österreichische Beitragsleistungen

3.1. Allgemeines:

In Österreich ist im Bundesministerium für Finanzen für die Abwicklung der Eigenmittel-Leistungen an die EU das „Artikel 9 Konto“ eingerichtet, welches im Rahmen des Bundeshaushaltes geführt wird. Gemäß Art. 9 VO 1552/89 müssen die Mitgliedstaaten die Eigenmittel auf einem gesonderten Konto gutschreiben:

- die BSP- und Mehrwertsteuereigenmittel am ersten Werktag jedes Monats in Höhe eines Zwölftels der sich aus dieser Hinsicht aus dem Europäischen Haushaltsplan ergebenden Beträge,
- die traditionellen Eigenmittel nach Abzug von 10% für Erhebungskosten (VA-Ansatz 2/50014) spätestens am 19. des zweiten Monats, der auf den Monat der Feststellung folgt.

Die Gutschriften auf dieses Konto werden in der Bundeshaushaltsverrechnung in der voranschlagswirksamen Verrechnung als Schuld (Phase 4) verrechnet; die EU verrechnet in ihrem Haushalt diese Gutschriften (nach dem Forderungsprinzip) als Einnahmen. Erst wenn die Europäische Kommission Zahlungen von ihrem Guthaben auf dem „Artikel 9 Konto“ abrufen, werden auch beim Bund — entsprechend dem Kassenprinzip — haushaltswirksame Ausgaben (Zahlungen Phase 5) verrechnet. Dabei kann es auf Grund eines Restsaldos aus dem Vorjahr (Differenz zwischen höheren Gutschriften und tatsächlich abgerufenen Zahlungen) im darauffolgenden Jahr zu Zahlungen kommen, die betragsmäßig die Gutschriften dieses Jahres übersteigen. Die jährliche Budgetbelastung Österreichs (Phase 5) unterscheidet sich daher von den Einnahmen, welche die EU in ihrem Haushalt desselben Jahres verrechnet. Das Artikel 9 Konto wird ab 1. Jänner in EURO geführt.

Die jährliche Höhe der Gutschriften stellt sich wie folgt dar:

	1995 Erfolg	1996 Erfolg	1997 Erfolg	1998 Erfolg	1999 vort. Erfolg	2000 BVA
Gutschriften (netto)	23 255,2	25 116,6	29 107,4	27 683,2	29 493,2	32 023,4

3.2. Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden:

Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997 § 8 Abs. 1a Z 2 und § 8 Abs. 2 Z 1 lit. a beteiligen sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Beitragsleistungen. Hiernach sind für 2000 Beiträge der Länder in Höhe von 6,460 Milliarden Schilling und der Gemeinden in Höhe von 0,986 Milliarden Schilling zu erwarten. Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.

4. Rückflüsse:

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt bei Titel 513 und 514 verrechnet:

4.1. Voranschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, waren im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig. Die Verwendung dieser Mittel erfolgte auf der Grundlage des Europaabkommens bei Titel 1/606. Ab 1999 stehen Österreich keine Rückflüsse mehr zu.

Kapitel 52 — Titel 2/529

179

4.2. Strukturfondsrückflüsse:

Im Jahr 2000 startet die neue Programmplanungsperiode 2000 bis 2006. Rückflüsse sind jedoch auch noch aus der abgelaufenen Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 zu erwarten (bis 2002). Zusätzlich zu den bei Titel 513 eingerichteten Voranschlagsansätzen (Periode 1994 bis 1999) wurden bei Titel 514 Voranschlagsansätze eröffnet um die Zahlungen aus der Periode 2000 bis 2006 darstellen zu können.

4.2.1. Europäischer Sozialfonds**4.2.1.1. Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)**

Für 2000 sind Rückflüsse aus den Zielen 1 bis 5 des Europäischen Sozialfonds (Periode 1994 bis 1999) in Höhe von 700,0 Millionen Schilling veranschlagt. Für Rückflüsse aus den Gemeinschaftsinitiativen ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

4.2.1.2. Voranschlagsansatz 2/51325 Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)

Für 2000 können die Rückflüsse aus der Periode 1994 bis 1999 nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreibungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

4.2.1.3. Voranschlagsansatz 2/51405 Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)

Für 2000 sind Rückflüsse aus der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 in Höhe von rund 302 Millionen Schilling veranschlagt. Für Rückflüsse aus den Gemeinschaftsinitiativen ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

4.2.1.4. Voranschlagsansatz 2/51406 Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)

Für 2000 können die Rückflüsse aus der Periode 2000 bis 2006 derzeit nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreibungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

	Einnahmen			korresp. Ausgaben	
	VA-Ansatz	Periode	Millionen Schilling	VA-Ansatz	Millionen Schilling
Europ. Sozialfonds	2/51305	94-99	700,0	1/15536	56,7
	2/51325	94-99	0,0	1/15538	6,5
	2/51405	00-06	301,7	1/63536	904,9
	2/51406	00-06	0,0	1/63538	33,5
			1 001,7		1 001,7

4.2.2. Europ. Regionalfonds

Die im Jahre 2000 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Regionalfonds setzen sich aus den Rückflüssen der Periode 1995 bis 1999 und jenen der neuen Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 zusammen. Der weiter unten dargestellte Übergang von einem Vorschuss- auf ein Erstattungs-system wird die Rückflüsse leichter prognostizierbar machen. Deshalb werden die Rückflüsse aus der neuen Periode auch betragsmäßig budgetiert.

4.2.2.1. Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)

Die im Jahre 2000 zu erwartenden Rückflüsse der Periode 1998 bis 1999 können hinsichtlich Höhe und Fälligkeit dzt. nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreibungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

4.2.2.2. Voranschlagsansatz 2/51415 Europ. Regionalfonds

Für 2000 werden Rückflüsse der Programmperiode 2000 bis 2006 in Höhe von 407 Millionen Schilling erwartet. Es sind dies im wesentlichen die Vorschüsse, die mit der Genehmigung der Strukturfondsprogramme angewiesen werden. Erstattungen werden für das Jahr 2000 noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Mittelverwendung erfolgt in Kap. 10 unter Titel 100.

4.2.3. EAGLF-Ausrichtung**4.2.3.1. Voranschlagsansatz 2/51315 EAGLF-Ausrichtung und FIAF (EU)**

Im Landwirtschaftsbereich (EAGLF-Ausrichtung) kann im Jahre 2000 mit Rückflüssen aus der Periode 1994 bis 1999 von 600,0 Millionen Schilling gerechnet werden.

4.2.3.2. Voranschlagsansatz 2/51425 EAGLF-Ausrichtung und FIAF (EU)

Aus der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 wird aus dem EAGLF-Ausrichtungsfonds mit Zahlungen in Höhe von 68,0 Millionen Schilling gerechnet.

Die Mittelverwendung erfolgt bei den VA-Ansätzen des Strukturfonds bei Titel 602.

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischen Sozialfonds, Europäischen Regionalfonds und EAGLF-Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab.

Die Verwendung dieser EU-Mittel im Rahmen der Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel zwei Monate) — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts.

In der neuen Programmplanungsperiode geht die EU von einem Vorschusssystem zu einem Erstattungssystem über (VO 1260/99). Bei der ersten Mittelbindung eines Programmes leistet die Europäische Kommission eine Vorauszahlung an die für jedes Programm einzurichtende Zahlstelle. Die Zwischenzahlungen der Kommission dienen der Erstattung von tatsächlich getätigten und von der Zahlstelle bescheinigten Ausgaben. Die Anträge für die Zwischenzahlungen sind möglichst zusammengefasst dreimal jährlich der Kommission einzureichen. Die Zahlung des Restbetrages (5% der EU-Mittel) ist an verschiedene Bedingungen geknüpft. Auch in diesem Falle erfolgt die Abwicklung im Wege der zuständigen Ressorts.

Für die Leistung der Ausgaben ist in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hierzu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51405 und 2/51415).

4.3. EAGFL-Garantie**4.3.1. Voranschlagsansatz 2/51426 EAGFL-Garantie (EU)**

Für Zahlungen der EU im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 2000 ein Betrag von 12 169,999 Millionen Schilling zu erwarten; hiebei entfallen auf

Ackerkulturen, Zucker usw.	5 383,0 Millionen Schilling
Obst, Gemüse, Wein	72,0 Millionen Schilling
tierische Erzeugnisse	1 755,0 Millionen Schilling
flankierende Maßnahmen	10,0 Millionen Schilling
Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes.....	3 950,0 Millionen Schilling
Ausfuhrerstattungen	1 000,0 Millionen Schilling

Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 1/603 bzw. beim VA-Ansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen.

4.3.2. Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL-Garantie (EU)

Für Zahlungen der EU aus der Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 ist eine Erinnerungspost von 1 000 S vorgesehen.

Kapitel 52 — Titel 2/529

181

Einen knappen Überblick über die Verrechnung der Vereinnahmung und Verwendung der EU-Rückflüsse gibt die nachstehende Tabelle:

	TRANSFER	VEREINNAHMUNG	VERWENDUNG
1.	Landwirtschaft		
1.1.	Übergangszahlungen gem. Art. 81 Beitrittsvertrag	2/51304	Titel 606 ¹⁾
1.2.	EAGFL/Garantie	2/51314	Titel 603
		2/51426	Titel 603
1.3.	EAGFL/Ausrichtung	2/51315	Titel 602
		2/51425	Titel 602
2.	Europ. Sozialfonds	2/51305	Kap. 15
		2/51325	Kap. 63
		2/51405	Kap. 63
		2/51406	Kap. 63
3.	Europ. Regionalfonds	2/51306	1/10008
		2/51415	1/10046
			1/10048
			1/18656
			1/63186
			1/65236
4.	Sonstige budgetwirksame Rückflüsse zB TEN-Zuschüsse	jew. Budgetkapitel 2/65120	jew. Budgetkapitel 1/65128
5.	Außerbudgetäre Rückflüsse zB Forschungsprogramme	direkt	direkt

¹⁾ Zweckbindung gemäß Europaabkommen.

5. Nettoposition:

Zur Darstellung der sogenannten Nettoposition werden üblicherweise die Beiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) an den Gemeinschaftshaushalt leisten (Eigenmittelgutschriften) den Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für die einzelnen Mitgliedstaaten gegenübergestellt.

Um den Aussagegehalt dieser Darstellungen richtig beurteilen zu können, sind die folgenden Sachverhalte zu berücksichtigen:

Bei den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Agrarzölle, Zuckerabgabe) ist zu beachten, dass diese jenen Mitgliedstaaten zugerechnet werden, an dessen Grenzstelle die Zahlungen geleistet werden. Das Aufkommen in den einzelnen Mitgliedstaaten hängt somit von der Frequenz an den Grenzübertrittsstellen der einzelnen Mitgliedstaaten ab; Mitgliedstaaten mit wichtigen Umschlagplätzen weisen höhere Werte auf als die anderen Mitgliedstaaten („Rotterdameffekt“). Hierbei bleibt unbeachtet, dass gegebenenfalls der Abgaben-Träger (zB Importeur) einem anderen Mitgliedstaat zuzurechnen wäre; dies führt zu Verzerrungen bei der Einnahmenezurechnung und damit auch der Nettopositionen. Mit zunehmender Rückläufigkeit der traditionellen Eigenmittel tritt dieses Problem allerdings in den Hintergrund.

Als einheitliche Grundlage für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten der EU-15 kann nur der vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) für jedes Haushaltsjahr im November des Folgejahres veröffentlichte Bericht herangezogen werden, da nur dieses Budgetdokument offizielle Informationen über die Aufgliederungen der Rückflüsse nach Mitgliedstaaten ausweist (derzeit liegt der Jahresbericht 1998 vor; vgl. ABl. EG Nr. C 349 vom 3. Dezember 1999, insbesondere die Seiten 13 und XV).

Die vom EuRH darin getroffene Untergliederung ist relativ grob, so dass genaue Vergleiche mit den österreichischen Aufzeichnungen nicht möglich sind: Der EuRH weist die Werte gemäß den gemeinschaftlichen Haushaltsvorschriften in ECU (ab 1999 Euro) aus; dies führt (bis inkl. 1998) gegenüber den österreichischen Aufzeichnungen zu Kursdifferenzen. Ferner bestehen Periodenabgrenzungsunterschiede: Der EuRH nimmt entsprechend den Haushaltsvorschriften der EU (Art. 6 und 101 EU-Haushaltsordnung) eine andere Periodenabgrenzung der Rückflüsse vor. Zahlungen der EU bis 15. Jänner werden dem vergangenen Haushaltsjahr zugerechnet, hingegen sind dies in

der österreichischen Rechnung schon Einnahmen für das laufende Finanzjahr. Die Differenzen zwischen den österreichischen und den Aufzeichnungen der EU sind im wesentlichen auf diese beiden Faktoren zurückzuführen.

Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass die Jahre 1995 und 1996 für Österreich durch technisch-administrative Anlaufeffekte gekennzeichnet waren, wodurch sich besonders im Bereich der Rückflüsse wenig aussagekräftige und für die Folgejahre nicht repräsentative Werte ergaben.

1998 beläuft sich die Nettoposition auf rd. 0,4% des BIP.

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 2000 gem. §§ 7 und 8 FAG 1997

Abgaben	Berechnungs- basis 2000 ¹⁾	Teilungs- verhältnis			Anteile des/der ²⁾			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes ³⁾	Länder	Gemeinden	Länder und Gemeinden (Summe)
		in %			in Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommensteuer.....	38 625,000	68,975	16,511	14,514	26 641,594	5 822,853	5 361,985	11 184,838
Lohnsteuer	186 875,000	68,975	16,511	14,514	128 897,031	28 190,033	25 958,755	54 148,788
Kapitalertragsteuer	6 500,000	68,975	16,511	14,514	4 483,375	980,866	901,962	1 882,828
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	21 000,000	53,000	27,000	20,000	11 130,000	5 183,632	4 121,885	9 305,517
Körperschaftsteuer	48 000,000	68,975	16,511	14,514	33 108,000	7 245,456	6 671,329	13 916,785
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 700,000	70,000	30,000	—	1 190,000	466,253	—	466,253
Bodenwertabgabe	75,000	4,000	—	96,000	3,000	—	70,661	70,661
Summe ...	302 775,000				205 453,000	47 889,092	43 086,576	90 975,668
Kunstförderungsbeitrag	168,000	70,000	30,000	—	117,600	50,400	—	50,400
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer.....	219 660,000	69,052	18,577	12,371	151 679,623	37 305,911	25 248,115	62 554,026
Abgabe von alkoholischen Getränken	—	40,000	30,000	30,000	—	—	—	—
Biersteuer	1 900,000	38,601	33,887	27,512	733,419	588,624	513,006	1 101,630
Schaumweinsteuer	300,000	38,601	33,887	27,512	115,803	92,941	81,001	173,942
Weinsteuer	—	38,601	33,887	27,512	—	—	—	—
Alkoholsteuer	1 200,000	38,601	33,887	27,512	463,212	371,762	324,004	695,766
Mineralölsteuer	37 500,000	91,291	6,575	2,134	34 234,125	2 254,126	785,366	3 039,492
Grunderwerbsteuer	5 900,000	4,000	—	96,000	236,000	—	5 558,656	5 558,656
Kraftfahrzeugsteuer	1 600,000	82,833	17,167	—	1 325,328	251,511	—	251,511
Motorbezogene Versicherungssteuer	9 800,000	50,000	50,000	—	4 900,000	4 479,682	—	4 479,682
Summe ...	277 860,000				193 687,510	45 344,156	32 510,148	77 854,304
Spielbankabgabe ⁴⁾	1 400,000	69,164	14,164	16,672	968,300	198,300	233,400	431,700
Insgesamt ...	582 203,000				400 226,410	93 481,948	75 830,124	169 312,072

Hiezu:								
Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1999								10 177,936
Hievon ab:								
Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrythmus der Abgabenanteile								8 477,936
								Verbleiben... 171 012,072

¹⁾ Bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer weicht die Berechnungsbasis von den Voranschlagsbeträgen ab, weil gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1997 die Abgeltungen für den Familienlastenausgleich, weiters ein Betrag in Höhe der Ausgaben des Bundes für die Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, ein Betrag für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information und ein Betrag für den Bund bei der Kraftfahrzeugsteuer **vor der Teilung** in Abzug gebracht werden. Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung abgezogen.

²⁾ Bei der Berechnung der Ertragsanteile werden der „Länder- und Gemeinde-Beitrag“ an der EU-Finanzierung, die sogenannten „Konsolidierungsbeiträge“ der Länder und Gemeinden, Abzüge für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft und der Gemeinde-Anteil an der Krankenanstaltenfinanzierung berücksichtigt.

³⁾ Auf Grund der FAG-Novelle, BGBl. I Nr. 32/1999, ist der Bundesanteil mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

⁴⁾ Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1999.

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1991 bis 2000

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erfolg	BVA
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern:										
Veranlagte Einkommensteuer.....	35 768,3	36 964,1	32 689,4	31 595,5	29 995,4	37 090,5	38 811,9	41 472,0	39 847,1	41 000,0
Lohnsteuer.....	121 863,3	134 267,7	139 239,7	134 767,2	150 226,8	160 491,4	183 177,6	193 651,1	203 006,7	194 000,0
Kapitalertragsteuer.....	2 827,5	3 513,6	3 258,4	4 178,6	4 071,6	4 942,3	4 966,3	5 372,0	6 115,2	6 500,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	9 601,8	11 357,5	16 625,2	19 747,7	20 841,3	22 800,0	22 926,8	21 312,7	19 101,6	21 000,0
Körperschaftsteuer.....	15 348,4	20 982,5	18 611,5	21 136,7	28 083,4	42 006,3	46 738,6	52 114,0	44 678,8	48 000,0
Abgabe von Zuwendungen.....	8,2	8,0	5,9	4,9	8,8	5,6	5,8	6,7	7,4	5,0
Gewerbsteuer.....	8 968,8	9 435,5	8 577,6	2 474,4	1 695,0	947,8	560,0	435,6	149,5	65,0
Bundesgewerbsteuer.....	6 693,7	7 032,2	6 394,4	1 840,2	1 259,7	703,7	418,8	324,8	111,8	48,0
Vermögensteuer.....	7 983,4	8 373,8	8 426,0	886,1	616,0	468,9	248,2	50,8	95,5	5,0
Erbschaftssteueräquivalent.....	2 016,1	2 161,4	1 897,2	169,1	186,9	100,5	60,5	37,2	1,4	0,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 233,9	1 615,0	1 329,5	1 282,4	1 128,6	1 231,0	1 243,9	1 437,6	1 645,5	1 700,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.....	277,0	274,2	276,7	276,7	277,6	278,3	278,0	276,1	278,7	280,0
Bodenwertabgabe.....	69,3	68,6	72,7	72,3	75,8	72,2	72,2	75,1	73,2	75,0
Wohnbauförderungsbeitrag.....	5 813,3	6 338,6	6 591,6	6 837,9	7 188,6	7 286,2	7 452,2	7 676,2	7 930,2	8 170,0
Sonderabgabe von Banken.....	1 715,7	2 044,2	1 925,2	285,3	96,3	-13,2	4,8	36,0	0,1	0,0
Summe ...	220 188,8	244 436,7	245 920,9	225 555,9	245 751,7	278 411,5	306 965,6	324 277,7	323 042,7	320 848,0
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):										
Kunstförderungsbeitrag	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	139,7	138,4	138,4	138,1	175,0
Einkommen- und Vermögensteuern: Summe ...	220 305,7	244 554,1	246 064,7	225 693,8	245 892,2	278 551,1	307 104,0	324 416,1	323 180,9	321 023,0

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erfolg	BVA
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Millionen Schilling									
Umsatzsteuern:										
Umsatzsteuer	163 654,9	172 965,5	176 001,4	202 572,1	179 948,9	204 064,1	207 165,0	216 247,5	226 952,1	235 000,0
Abgabe von alkohol. Getränken	2 826,9	820,6
Summe ...	166 481,8	173 786,1	176 001,4	202 572,1	179 948,9	204 064,1	207 165,0	216 247,5	226 952,1	235 000,0
Ein- und Ausfuhrabgaben:										
Zölle	6 259,9	6 653,9	6 427,9	6 830,9	4 104,8	3 512,9	3 504,0	3 297,0	3 362,3	3 100,0
Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben	1 051,1	1 085,2	1 169,0	1 322,4	196,1	-4,1	-0,6	-0,5	0,0	0,0
Summe ...	7 311,0	7 739,0	7 596,9	8 153,3	4 301,0	3 508,8	3 503,4	3 296,5	3 362,3	3 100,0
Verbrauchssteuern:										
Tabaksteuer	11 733,3	11 792,0	11 716,3	12 190,3	12 241,3	12 310,1	13 234,7	15 077,5	15 926,3	16 800,0
Biersteuer	758,7	2 159,2	2 254,4	2 263,0	2 204,5	1 996,8	2 043,6	2 040,3	1 981,4	1 900,0
Mineralölsteuer	20 699,8	25 186,8	25 324,0	27 079,6	31 459,0	36 229,6	34 629,4	35 647,0	37 084,2	37 500,0
Alkoholsteuer	139,6	270,8	297,3	300,6	758,5	1 260,7	1 179,2	1 203,3	1 206,0	1 200,0
Schaumweinsteuer	355,3	446,8	461,1	428,0	360,4	318,4	324,4	318,7	306,0	300,0
Abhofpauschale auf Milch (zweckgebundene Einnahmen)	5,5	0,2	0,5
Branntweinaufschlag	106,8	124,0	165,7	168,8
Weinsteuer	32,7	242,0	228,6	60,4
Abgabe auf Stärkerzeugnisse	203,4	235,7	214,2	261,5	65,9
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen)	91,4	66,6	-74,7	62,0	-147,0	0,0	0,0
Summe ...	34 093,9	40 314,9	40 601,6	43 000,4	47 003,0	52 115,7	51 411,3	54 286,7	56 504,0	57 700,0
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungs- abgaben:										
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungs- abgaben	10 700,0
Übrige Gebühren	4 708,4	5 559,5	4 855,9	5 041,4	5 403,6	5 504,2	5 831,8	4 292,7	6 434,6
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	3 109,0	2 930,0	3 068,4	3 123,6	3 032,5	3 248,1	3 390,3	7 559,0	3 849,4
Summe ...	7 817,4	8 490,4	7 924,3	8 525,1	8 436,1	8 752,2	9 222,1	11 851,7	10 284,0	10 700,0

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erfolg	BVA
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Millionen Schilling									
Verkehrssteuern:										
Kapitalverkehrssteuern	1 875,5	1 450,0	1 704,6	1 516,6	1 231,3	1 195,6	1 187,5	1 522,0	1 534,0	1 600,0
Sicherheitsabgabe								347,2	354,6	350,0
Energieabgabe						1 952,7	7 468,9	5 466,0	5 572,0	7 800,0
Normverbrauchsabgabe		4 405,3	4 727,3	4 606,3	4 742,3	5 502,4	5 343,5	5 382,7	6 039,8	6 000,0
Grunderwerbsteuer	4 073,4	4 707,2	4 740,1	5 222,9	5 411,7	5 744,5	5 567,7	5 567,1	5 699,4	5 900,0
Versicherungssteuer	5 762,7	6 192,8	6 475,5	7 238,0	8 590,0	9 478,0	8 881,4	9 990,2	10 023,9	9 900,0
Motorbezogene Versicherungssteuer			3 889,9	7 583,8	7 579,0	7 835,3	8 661,2	9 764,2	9 900,2	13 500,0
Straßenbenützungabgabe	3 175,7	2 884,7	2 951,9	3 128,7	2 479,7	1 675,3	1 061,5	1 045,3	1 064,2	1 000,0
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen)	2 272,1	2 330,9	878,5	267,7	797,8	970,1	1 018,6	1 020,4	1 049,6	1 044,0
Kraftfahrzeugsteuer	4 219,6	4 328,8	1 631,5	497,2	742,4	833,8	696,7	698,0	719,2	756,0
Spielbankabgabe	999,4	1 019,4	1 106,1	1 177,3	1 120,6	1 124,0	1 403,9	1 340,9	1 367,1	1 400,0
Konzessionsabgabe	1 930,7	2 042,5	1 864,2	2 007,5	2 332,3	2 297,2	2 630,4	2 671,9	2 559,9	2 700,0
Alllastenbeitrag (zweckgeb. Einn.)	172,7	167,3	215,7	211,1	285,2	290,4	447,7	597,7	878,1	1 000,0
Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)			83,3	128,8	186,3	167,0	404,9			
Sonderabgabe von Erdöl	630,9	543,0	515,9	165,6	137,4					
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgeb. Einn.)	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 345,3	-1 042,2					
Außenhandelsförderungsbeitrag	214,2	216,4	194,7	125,0	-96,8					
Summe ...	27 632,7	32 618,2	33 075,1	35 222,0	34 497,1	39 066,4	44 773,9	45 413,5	46 762,0	52 950,0
Umsatz- bis Verkehrssteuern: Summe ...	243 336,8	262 948,7	265 199,3	297 473,0	274 186,1	307 507,2	316 075,6	331 095,8	343 864,3	359 450,0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1 430,7	1 566,2	1 558,0	1 369,9	1 102,1	-398,7	747,6	14 735,5	2 740,8	2 400,0
Öffentliche Abgaben — Brutto: Summe ...	465 073,2	509 069,0	512 822,0	524 536,7	521 180,3	585 659,7	623 927,2	670 247,4	669 786,0	682 873,0
Ab Überweisungen (I):										
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	125 288,3	134 949,6	142 887,1	140 977,3	135 451,6	154 851,5	158 920,9	162 995,2	168 066,3	171 012,1
Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung	2 640,8	1 271,7	1 144,0	1 191,3	1 136,4	1 288,1	1 276,8	1 281,1	1 337,1	1 410,9
Gewerbesteuer an die Gemeinden	7 513,4	9 309,0	8 750,7	4 212,4	1 490,4	927,8	605,6	413,5	155,6	65,0
Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung								100,0	100,0	100,0
Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft									2 252,0	650,5
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)		4 264,6	4 220,4	4 171,9	4 558,7	4 959,1	5 109,5	5 475,3	5 495,4	5 415,2
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) ..	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0
An den Katastrophenfonds	3 758,9	4 192,1	4 252,8	4 389,1	4 516,1	3 725,5	3 761,8	4 036,8	4 065,0	3 998,4
Alllastenbeitrag an UWF	155,4	150,5								
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	2 279,4	1 168,0	205,0							
Für öffentlichen Verkehr	1 704,1	1 748,2	658,9							
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer ..	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 692,6						
Ab Überweisungen I: Summe ...	155 146,2	168 883,7	173 714,9	166 134,5	156 653,2	175 252,0	179 174,6	183 801,9	190 971,5	192 152,1
Ab Überweisungen (II):										
Beitrag zur Europäischen Union					18 754,0	26 937,3	31 563,3	26 225,2	29 151,8	32 485,0
Öffentliche Abgaben — Netto: Summe ...	309 927,0	340 185,3	339 107,0	358 402,2	345 773,2	383 470,4	413 189,3	460 220,3	449 662,6	458 236,0

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1999. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

2. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/1999. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabefestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabensexekutionsordnung

Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/1999. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögensschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 28/1999.

Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im Besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex — ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 82 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1427/97 vom 23. Juli 1997, ABIEG Nr. 196 vom 24. Juli 1997, S. 31;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 126/1998;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1995;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, dass die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948¹⁾] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1997 bis 2000 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1997 — FAG 1997).

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungübersichten

Gebarungübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich von der Statistik Österreich in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	43 663,2	4 658,6
1999	44 496,6	5 537,2
1999 vorl. Erfolg	43 921,8	4 830,3
2000	45 103,8	5 409,3

¹⁾ Gemäß § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

190

Kapitel 53 — Titel 530

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	13 107,7	—
1999	13 570,0	—
1999 vorl. Erfolg.....	13 726,5	—
2000	13 732,2	—

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Vorschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 2000 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1999 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 363 Millionen Schilling zu erwarten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten:

Ertragskopfquote für nebenstehende Jahre	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Schilling						
niedrigste	9 358	10 011	9 200	10 034	10 085	10 608	10 762
höchste	10 810	11 652	10 742	11 808	11 688	12 428	12 519
im Durchschnitt.....	10 032	10 731	9 913	10 854	10 929	11 473	11 620

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1991 bis 2000 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1991	1 295,681	1996	1 352,489
1992	1 502,023	1997	1 396,197
1993	1 532,906	1998	1 259,519
1994	1 282,879	1999 vorl. Erfolg.....	1 372,832
1995	1 358,724	2000 (BVA)	1 363,000

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 2000 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Vorschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden

Gemäß § 21 FAG 1997 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,34 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 2000 sind 1 083,0 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Vorschlagsansatz 1/53027 Bedarfszuweisung an Länder

Gemäß § 21a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt. Für das Jahr 2000 sind 7 905,3 Millionen Schilling vorgesehen, die nach der Volkszahl auf die Bundesländer verteilt werden.

Kapitel 53 — Titel 532

191

Voranschlagsansatz 1/53047 Finanzausweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzausweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Elektrizitätsabgabe und Erdgasabgabe.

Für das Jahr 2000 sind für diese Zwecke 919,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden

Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 346/1982 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, dass es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren. Im Jahre 2000 ist für diese Zwecke ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut

Gemäß § 20 Abs. 5 FAG 1997, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, dass sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Im Jahre 2000 ist ein Beitrag von 25,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53077 Finanzausweisungen in Agrarangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 2000 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1997 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzausweisung in Höhe von 200 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53097 Finanzausweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden im Jahre 2000 gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1997 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzausweisungen von insgesamt 2 221,5 Millionen Schilling.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	27 178,0	1 281,1
1999	26 878,2	1 418,8
1999 vorl. Erfolg.....	26 702,1	1 337,1
2000	27 373,1	1 410,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem BVA 1999 ergibt sich aus den Zuschüssen zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten

Gemäß § 21 Abs. 1a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern zum Zwecke der Krankenanstaltenfinanzierung einen Zweckzuschuss in Höhe von 0,642 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer abzüglich der Ausgaben des Bundes für Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 746/1996. Dieser Zweckzuschuss wird durch einen Vorwegabzug von den Ertragsanteilen der Gemeinden finanziert (§ 8 Abs. 3 Z 4 FAG 1997) und stellt somit den „Gemeindebeitrag“ an der Finanzierung der Krankenanstalten dar. Die Finanzierung durch den Vorwegabzug wird beim Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung, die entsprechenden Einnahmen des Bundes werden beim Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung dargestellt.

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Im Jahre 2000 ist für diesen Zweck ein Betrag von 350 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1997 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hierfür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühnen Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz (3 Millionen Schilling) wurde für das Jahr 2000 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1997 vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.

Im Haushaltsjahr 2000 werden voraussichtlich 100 Millionen Schilling erforderlich sein.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach § 1 und § 5 WBF-ZG

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse beträgt gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, in den Jahren 1996 bis 2000 je 24,5 Milliarden Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 2 FAG 1997 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 2000 einen Zweckzuschuss von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen

Der Bund gewährt den Ländern im Jahr 2000 zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen einen Zweckzuschuss in Höhe von 596,3 Millionen Schilling (§ 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1997).

Voranschlagsansatz 2/53204 Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes**Voranschlagsansatz 2/53214 Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes**

Für Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

Kapitel 53 — Titel 534

193

Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung

Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	3 377,5	3 377,5
1999	4 048,4	4 118,4
1999 vorl. Erfolg.....	3 493,2	3 493,2
2000	3 998,4	3 998,4

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansätze 1/53408 bis 1/53488 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)**Voranschlagsansatz 2/53400 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)**

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1999, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden zu verwenden.

Die Katastrophenfondsmittel werden nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997 — FAG 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999, aufgebracht und sind nutzbringend anzulegen.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1999 ist gemäß § 5 KatFG 1996 mit 400 Millionen Schilling begrenzt.

	Schilling
Von den Ausgaben 1999 entfallen:	
1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften ...	243 671 630
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	199 765 000
zusammen ...	443 436 630
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	101 011 489
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	277 792 711
5. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden.....	239 241 800
6. Für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen	45 480 000
als Bundeszuschuss für Wildbach- und Lawinenverbauung	960 778 000
als Bauaufwand für Bundesflüsse.....	342 904 000
als Bundeszuschuss für Konkurrenzgewässer.....	350 889 000
zusammen ...	1 700 051 000
im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	72 719 000
als Aufwendungen für Wasserbauten	51 200 000
als Bundeszuschuss für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.....	16 000 000
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	396 726 000
zusammen ...	536 645 000
Summe ...	2 236 696 000
7. Für das Warn- und Alarmsystem	50 000 000
8. Hagelversicherung.....	145 037 307
Gesamtausgaben 1999 ...	3 493 215 937

194

Kapitel 53 — Titel 534

Für das Jahr 2000 sind nachstehend angeführte Gebarungen vorgesehen:

Einnahmen

	Millionen Schilling
2/53400 Dotierung des Fonds.....	3 998,411

Ausgaben

	Millionen Schilling
1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen.....	141,943
1/53418 Zahlungen an Länder.....	397,841
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden.....	306,677
1/53438 Bankspesen.....	0,011
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes.....	249,900
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden.....	2 682,039
1/53478 Warn- und Alarmsystem.....	50,000
1/53488 Hagelversicherungsförderung.....	170,000

Kapitel 54 — Titel 540

195

Kapitel 54 Bundesvermögen**Gesamtgebarung**

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt
	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling	Sachausgaben Millionen Schilling
1998	9 804,1	25 391,6	0,0
1999	16 287,4	27 950,1	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	10 672,0	23 857,0	0,0
2000	13 936,3	25 729,5	0,0

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)**Gesetzliche Grundlagen**

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
- ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 204/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 426/1996;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, 298/1987, 973/1993 und BGBl. I Nr. 97/1997;
- Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
- Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
- Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997;
- Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991;
- Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 60/1998;
- EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
- Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. I Nr. 60/1998;
- Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazität, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;
- Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. I Nr. 69/1999;
- Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines österreichischen Beitrages zur 6. Wiederauffüllung (ADF VI), BGBl. Nr. 24/1992, 7. Wiederauffüllung (ADF VII), BGBl. Nr. 718/1996, 8. Wiederauffüllung (ADF VIII), BGBl. I Nr. 151/1999, des Afrikanischen Entwicklungsfonds;
- Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines achten (BGBl. Nr. 30/1988), neunten (BGBl. Nr. 466/1990), zehnten (BGBl. Nr. 696/1993), elften (BGBl. Nr. 625/1996) und zwölften (BGBl. I Nr. 152/1999) zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation;
- Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. I Nr. 14/1998;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;
- Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD 3), BGBl. Nr. 174/1991; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD 4), BGBl. I Nr. 92/1997;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 750/1996;

Übereinkommen zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. I Nr. 181/1997; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. Nr. 185/1998;

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991; Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995; Leistung eines Beitrages zur zweiten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF 2), BGBl. I Nr. 61/1999.

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an

der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,

der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,

der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft)

und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Erschädigungszahlungen anhand eingereicherter Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	919,6	12 000,1
1999	1 701,6	7 708,1
1999 vorl. Erfolg.....	1 451,5	10 323,6
2000	1 208,2	10 691,2

Vorschlagsansätze 1/54013 und 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

Für das Geschäftsjahr 1999 werden keine Dividendenzahlungen erwartet.

Vorschlagsansätze 1/54043 und 2/54044 Elektrizitätswirtschaft

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 1999 251,491 Millionen Schilling budgetiert.

Vorschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen

Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstofffonds (CF), der Europä-

Kapitel 54 — Titel 540

197

ischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Europäischen Investitionsbank (EIB), bei der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) und beim Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und ist an deren Kapital mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei diesen Kapitalanteilen wird zwischen einzahlbarem (callable), abrufbarem (on call) und eingezahltem (paid-in) Kapital unterschieden. Der Beitritt zur Bank für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Bank) ist vorgesehen.

Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzsituationen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine (BSS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BSS ist durch das Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

Internationaler Währungsfonds

Anlässlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 9. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 775,6 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1 188,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz, BGBl. Nr. 173/1991). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. 1998 wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 3 715 Kapitalanteilen zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten beteiligt hat. Davon sind 6% in acht Jahresraten ab 2000 einzuzahlen. Der österreichische Anteil an der Bank wird dann 0,44% betragen (9 707 Anteile). Für 2000 ist eine Barzahlung für die erste Rate in Höhe von 5 Millionen Schilling vorgesehen.

Afrikanischer Entwicklungsfonds

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammbeiträge in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 16 666 650 US-Dollar (BGBl. Nr. 601/1981).

1999 wurde von den Mitgliedern eine achte Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag von 363,3 Millionen Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 151/1999).

Für 2000 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 140 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Schillinggegenwert von 1 334 600 000 US-Dollar, das sind 0,71% des gesamten Kapitals.

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).

Mit BGBl. I Nr. 152/1999 hat sich Österreich an der zwölften Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation mit 1 145 430 000 Schilling beteiligt.

Die Leistung erfolgt zur Gänze durch Erlag von Bundesschatzscheinen in den Jahren 2000 und 2001.

Für 2000 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 660 Millionen Schilling vorgesehen.

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6 020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10 000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966. 1997 wurde eine Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF VII) beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag in Höhe von 242 583 579 Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 14/1998).

Für 2000 sind für Barzahlungen und Bundesschatzscheineinlösungen in Höhe von 105 Millionen Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9 313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10 000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959 und erhöht seinen Beitrag zum Fonds für Sondergeschäfte um einen Höchstbetrag von 56 596 883,64 Schilling.

Für 2000 sind für Bundesschatzscheineinlösungen 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluss einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Darlehen und Kapitalbeteiligungen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 100 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956). Österreich beteiligte sich an der letzten Kapitalerhöhung (1992) mit 8,538 Millionen US-Dollar.

Für 2000 sind keine Zahlungen geplant.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft wurde 1984 gegründet. Österreich hat sich als Gründungsmitglied an dieser Finanzinstitution, die sich dem Privatsektor in Lateinamerika widmet, mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.

An der 1999 abgeschlossenen Kapitalerhöhung wird sich Österreich — vorbehaltlich parlamentarischer Genehmigung — mit 2,45 Millionen US-Dollar beteiligen.

Für 2000 sind für Barzahlungen 4 Millionen Schilling veranschlagt.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 4. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 74,7 Millionen Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 92/1997).

Für 2000 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 18 Millionen Schilling vorgesehen.

Gemeinsamer Rohstofffonds (CF)

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2 391 005 Fondsrechnungseinheiten (FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich an den Gemeinsamen Rohstofffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereits anlässlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. Die Zahlung wird in mehreren Raten erfolgen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22 800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen ECU gezeichnet. Davon waren 68,4 Millionen ECU (30 vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen ECU), zum Teil bar (je 6,84 Millionen ECU) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.

Mit Bundesgesetz vom 30. Dezember 1996, BGBl. Nr. 750/1996, wurde die Zeichnung von zusätzlichen 22 800 Anteilen zu je 10 000 ECU genehmigt.

Für 2000 ist für die Einlösung von Bundesschatzscheinen und Barzahlung ein Betrag von 68 Millionen Schilling veranschlagt.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995, EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995, wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB). Am gezeichneten Kapital der EIB ist Österreich mit 1,516 Milliarden ECU bzw. 2,44% beteiligt.

Für 2000 sind keine Mittel vorgesehen.

Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Bank)

Die Gründungsvorbereitungen für die Bank wurden von den interessierten Staaten aus politischen Gründen bis auf weiteres eingestellt. Für Österreich war ein Kapitalanteil von 1% (5 Milliarden US-Dollar) vorgesehen.

Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA)

Österreich ist der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur im Jahre 1997 beigetreten (BGBl. I Nr. 181/1997).

Der Kapitalanteil Österreichs beträgt 775 Sonderziehungsrechte zum Festkurs von 1 082 US-Dollar, wovon 10% des gezeichneten Kapitals 1997 in bar einbezahlt wurden. Weitere 10% wurden in Form von unverzinslichen Bundesschatzscheinen hinterlegt. Mit BGBl. I Nr. 185/1998 hat sich Österreich zur Zeichnung von 591 zusätzlichen Kapitalanteilen in Höhe von 6 394 620 US-Dollar verpflichtet, davon sind 17,65% (das sind 1 128 650 US-Dollar) in den Jahren 2000 und 2001 in bar zu leisten.

Für 2000 sind Mittel in der Höhe von 8 Millionen Schilling vorgesehen.

Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)

Das Übereinkommen zur Errichtung des 8. EEF wurde mit BGBl. Nr. 119/1998 veröffentlicht. Der Kapitalanteil Österreichs zum 8. EEF beträgt 340 Millionen Euro (das sind 2,65% des Gesamtvolumens).

Im Dezember 1999 wurde Einigung über die Dotierung der 9. EEF erzielt. Dieser soll Mitte 2000 bis zu 13,5 Milliarden Euro beschlossen werden. Der österreichische Anteil am 9. EEF wird 366 Millionen Euro betragen (das sind 2,65% des Gesamtvolumens).

Für 2000 sind Mittel in der Höhe von 132 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansätze 1/54093 und 2/54094 Sonstige Unternehmungen

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Bei den veranschlagten Ausgabenbeträgen handelt es sich um Kapitaleinzahlungen für künftige Kapitalerhöhungen beim Bundesländerflughafen Klagenfurt (37 Millionen Schilling) sowie um die Verrechnung einer fälligen Annuitätenzahlung aus einer Darlehensforderung des Bundes betreffend das Sonderwohnprogramm Aichfeld-Murboden (11,2 Millionen Schilling).

Diesen Ausgaben stehen gleich hohe Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/54094 und 2/54307 gegenüber.

Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges.m.b.H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-AG, Flughafen Wien AG, Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Graz Ges. m. b. H. sowie Salzburger Flughafen Ges. m. b. H.

Paragraf 2/5407 Oesterreichische Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, idF des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 60/1998, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Für das Geschäftsjahr 1999 werden 10 400 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 8,250 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand bzw. Erlöse)

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	1,8	2 798,0
1999	1,1	3 000,1
1999 vorl. Erfolg.....	9,1	23,9
2000	1,5	686,7

Titel 542 Bundesdarlehen

Aufgaben

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen und Post und Telekom Austria AG.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	12,1	622,6
1999	12,2	1 776,5
1999 vorl. Erfolg.....	10,9	1 771,0
2000	9,0	469,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verringerung bei den Einnahmen ist dadurch bedingt, dass im Jahre 2000 weniger Darlehensrückzahlungen von osteuropäischen Staaten erwartet werden.

Kapitel 54 — Titel 543 und 545

201

Die Verrechnung der im Zusammenhang mit dem nachrangigen Darlehen an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft stehenden Zinsen und Darlehensrückzahlungen ist beim Paragraphen 5421 vorgesehen. Im BVA 2000 wurden für Zinsen 213,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Für das Jahr 2000 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (1,650 Millionen Schilling) und der Post und Telekom Austria AG (1,8 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB- und PTA-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzahlung) rund 5,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTA erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.

Zur Verrechnung der Darlehen an osteuropäische Staaten im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe der Industriestaaten ist der VA-Ansatz 1/54285 „Ausland“ und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraph 2/5428 „Ausland“ vorgesehen. Im BVA 2000 sind Zinseinnahmen in Höhe von 20,5 Millionen Schilling und Darlehensrückzahlungen in Höhe von 45 Millionen Schilling präliminiert.

Bei den Einnahmen handelt es sich weiters um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB Salzburger Flughafen Betriebsges.m.b.H., Flughafen Linz Ges.m.b.H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. und ÖIAG. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile**Aufgaben**

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung werden — mit Ausnahme des Flughafens Wien — überwiegend in der Form finanziert, dass der Bund, das jeweils beteiligte Bundesland und die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen, Flugsicherungsanlagen und Abfertigungs- und Betriebsgebäude) errichten und instand halten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Es ist geplant, dass die Flughafenbetriebsgesellschaften, wenn sie finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, das Treuhandvermögen zum Teil oder zur Gänze erwerben und in das Betriebsvermögen übernehmen. Mit der 2000 beabsichtigten Übernahme des Treuhandvermögens des Flughafens Klagenfurt in das Betriebsvermögen ist diese Planung abgeschlossen.

	Einnahmen Millionen Schilling
1998	0,0
1999	41,0
1999 vorl. Erfolg.....	0,0
2000	37,0

Bei den Einnahmen für 2000 handelt es sich um Rückzahlungen aus dem Treuhandvermögen des Flughafens Klagenfurt. Diesen Einnahmen stehen gleichhohe Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54093 gegenüber.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz**Gesetzliche Grundlage**

Verbotsgesetz, StGBI. Nr. 13/1945.

Aufgaben**Ehem. NS-Vermögen**

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermö-

202

Kapitel 54 — Titel 546

gensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträge aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflussbarer Willenserklärungen der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	0,0	121,4
1999	1,7	55,0
1999 vorl. Erfolg.....	0,1	92,1
2000	1,2	63,6

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesfinanzgesetz 2000 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999;

Bundesforstgesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996;

Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1998.

Aufgaben

Das unbewegliche Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegliche Bundesvermögen, wie Verkäufe, Tausche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, dass eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	5,4	1 676,4
1999	5,6	4 238,1
1999 vorl. Erfolg.....	5,6	2 560,0
2000	17,0	6 112,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Veranschlagung für 2000 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen (vor allem durch die BIG) und nach den erwarteten Einnahmen aus der Übertragung

des Fruchtgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften. Die vermehrten Abfuhrer der BIG haben höhere Provisionszahlungen zur Folge. Gemäß Zusatzvereinbarung zur 5. BIG-Gesetz-Novelle sind auch Zinszahlung an die BIG zu leisten.

Einnahmen

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenussentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Für die Veräußerung von Grundstücken wurden 5 001,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt. Die Abfuhrbeträge der Bundesimmobilienengesellschaft m.b.H. wurden 2000 mit 983,0 Millionen Schilling und jene der Österreichischen Bundesforste AG mit 20,0 Millionen Schilling veranschlagt. Außerdem wurden 100,0 Millionen Schilling für Fruchtgenussentgelte im Zusammenhang mit Art. I § 11 des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes präliminiert.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes

Gesetzliche Grundlagen

Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994 und BGBl. I Nr. 79/1998;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämienparförderungs-gesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Atomhaftungsgesetz 1999, BGBl. I Nr. 170/1998;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungs-gesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 733/1995;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/1998;

Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 88/1998;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/1998;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/1998;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft (Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz — SCHIG), BGBl. Nr. 201/1996;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds“ auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 3 BWG; BGBl. Nr. 532/1993 im Art. IX des BFG in der geltenden Fassung;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EURO-FIMA, BGBl. Nr. 968/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994 sowie des Bundesfinanzgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 1/1998;

KMU-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 432/1996 in der Fassung BGBl. I Nr. 34/1999;

Forschungsförderungsgesetz 1982 — FFG, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1999.

Bundesgesetz betreffend die Übernahme einer Garantie für eine von der Oesterreichischen Nationalbank gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich („BIZ“) einzugehende Haftung, BGBl. I Nr. 40/1999.

Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1999 wurden Bundeshaftungen von rund 3 273 487 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schilling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1999 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen.....	rund 182 009
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regressforderungen im Betrage von.....	rund 168 519
entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rund 13 490
somit nur rund 0,41 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen.	

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	7 476,2	7 850,0
1999	13 475,4	11 081,2
1999 vorl. Erfolg.....	8 132,6	8 414,7
2000	11 957,3	10 557,9

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Kapitel 54 — Titel 547

205

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes 1) 2)

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in	
		Fremdwährung	Schillingwährung			Fremdwährung	Schillingwährung
in Millionen Schilling				in Millionen Schilling			
1980	258 410	73 140	185 270	1990	598 398	183 700	414 698
1981	360 693	117 112	243 581	1991	614 193	194 102	420 091
1982	400 615	118 078	282 537	1992	644 673	219 415	425 258
1983	440 818	126 908	313 910	1993	676 721	242 757	433 964
1984	490 127	147 380	342 747	1994	661 580	223 641	437 939
1985	497 593	141 076	356 517	1995	682 286	233 085	449 201
1986	496 643	134 345	362 298	1996	682 985	244 520	438 465
1987	499 404	137 263	362 141	1997	721 084	274 937	446 147
1988	520 507	148 172	372 335	1998	737 956	282 211	455 745
1989	560 209	166 715	393 494	1999 3)	778 074	317 622	460 452

Stand der Haftungen des Bundes per 31. Dezember 1999 1) 4)

	Millionen Schilling	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandskredite	806,9	
b) Auslandsanleihen	1 971,7	
c) Energieanleihen (Inland)	80,3	
d) Sonstige Inlandkredite	358,5	3 217,4
Ausfuhrförderungsgesetz		381 911,3
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		230 774,1
Agrarinvestitionskredite		175,3
Österr. Industrieholding AG		25 942,4
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Straßenbau	67 886,6	
b) Bundeshochbauten	4 227,0	
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	18 258,6	
d) Schieneninfrastruktur-Finanzierung	14 674,6	
e) Sonstiges	12,5	105 059,3
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds		13 395,7
Bundeswohnbaufonds		1 377,0
Sonstige Kredite:		
a) Prämiensparen	0,1	
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	5 278,1	
c) Atomhaftungsgesetz	1 120,0	
d) Erdöllageres. m. b. H.	985,9	
e) ÖBB-EUROFIMA	3 123,9	
f) Arbeitsmarktförderung	60,0	4 778,8
g) BÜRGES-Förderungsbank	4 778,8	
h) BIZ-Kredit an Brasilien	160,0	
i) Forschungsförderungsfonds (FFF)	632,2	
j) Österr. Hotel und Tourismusbank (ÖHT)	83,0	16 222,0
Gesamtsumme		778 074,5

Fußnoten auf Seite 209.

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen ⁵⁾ 1980—1999

	Ausfuhrförderung ⁶⁾		Übrige	
	Inanspruchnahme	Rückflüsse	Inanspruchnahme	Rückflüsse
in Millionen Schilling				
1980	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6
1983	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986	9 100,2	3 666,2	16,5	0,2
1987	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4
1988	6 162,4	3 902,0	40,0	2,0
1989	9 187,5	8 071,6	38,7	2,2
1990	9 627,9	5 804,2	37,0	2,0
1991	14 851,6	11 032,6	59,4	4,9
1992	13 424,8	8 329,8	59,7	1,7
1993	14 274,6	8 550,7	40,9	1,9
1994	14 758,2	7 497,1	84,9	0,2
1995	10 375,4	8 281,7	100,3	5,7
1996	9 735,3	5 032,9	184,1	0,0
1997	8 442,2	7 348,8	173,5	0,0
1998	7 313,9	4 498,5	175,6	0,0
1999	7 694,9	4 597,9	151,3	0,0

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

Gesetzliche Grundlagen

- Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;
- Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;
- IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1997;
- Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 74/1998;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987, BGBl. Nr. 973/1993, BGBl. Nr. 383/1996, BGBl. Nr. 426/1996 und BGBl. I Nr. 97/1997;
- Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;
- Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;
- Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;
- Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;
- Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;
- Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;
- Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979;
- Bundesgesetz betreffend Börsfondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998;
- Bundesgesetz über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft — Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem

⁵⁾ Fußnoten auf Seite 209.

Kapitel 54 — Titel 548

207

Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG auf Grund des zitierten Bundesgesetzes, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung und Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen wurde bis einschließlich 1997 die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichs-
	Sachausgaben	Einnahmen	haushalt
	Millionen Schilling		
1998	1 191,1	323,0	0,0
1999	1 089,9	50,1	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	1 062,2	671,6	0,0
2000	742,0	112,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Jahre 1997 wurde bei den Ausgaben und Einnahmen die Verrechnung der im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 113/1997, stehenden Zahlungen an die BIG für die Abdeckung der Forderungen der Gesellschaft gegenüber dem Bund vorgenommen.

Voranschlagsansatz 1/54817 Zahlungen an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 35. Rate werden für 2000 128 000 Schilling benötigt.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 2000 wurden für Kapital und Zinsen 5,276 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Für das Jahr 2000 wurden als Kostenersatz des Bundes 230,0 Millionen Schilling (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 3,2 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 US-Dollar auf 25 000 US-Dollar verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 2000 wurden hierfür insgesamt 12,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

208

Kapitel 54 — Titel 548

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluss vom 31. März 1981 mit 2350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.

Für das Jahr 2000 sind 0,001 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluss vom 28. Juli 1992 mit 1 500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.

Für das Jahr 2000 sind 80,999 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54846 Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungen

Hiezu zählen Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes (10,0 Millionen Schilling) und einen Zuschuss an die Wiener Börse AG (30 Millionen Schilling).

Voranschlagsansätze 1/54847 und 7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**Ersatz an ÖIAG**

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW, BBU bzw. Nachfolgesellschaft genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Für 2000 wurden auf Grund der Anrechnung von Veräußerungserlösen und der Dividende der ATW auf die Ersatzzahlungen keine Beträge für Zinsen und Tilgungen veranschlagt.

Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar (BGBl. Nr. 486/1985). Mit BGBl. Nr. 719/1996 wurde festgelegt, den österreichischen Anteil mit 1,5 Millionen US-Dollar festzusetzen.

Im Jahre 1999 wurde mit BGBl. I Nr. 62/1999 der österreichische Anteil für die Jahre 1999, 2000 und 2001 mit 4,5 Millionen US-Dollar beschlossen.

Für 2000 ist ein Beitrag in Höhe von 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Globale Umweltfazilität der Weltbank

1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 417/1991).

Mit Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1999, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 2. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,14 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in vier gleichen Raten, beginnend im Jahre 1999, geleistet.

Für 2000 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 30 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen**Leistungen an Bank Austria AG**

Gemäß Bundesgesetz vom 31. März 1982, BGBl. Nr. 206, hat der Bund der Gesamtrechtsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 218,618 Millionen Schilling im Jahr 2000 zu ersetzen.

Leistungen an ÖIAG

Gemäß Bundesgesetz vom 30. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993, sind vom Bund der ÖIAG alle anfallenden Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung von bundesbehafteten Anleihen, Darlehen oder Krediten zu ersetzen.

Für 2000 wurden auf Grund der Anrechnung von Veräußerungserlösen und der Dividende der Austria Tabakwerke AG auf den Ersatz der Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung keine Beträge veranschlagt.

Paragraf 2/5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen**EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal**

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1997 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für das Jahr 1998 erfolgte eine Rückzahlung von 40,6 Millionen Schilling, für 1999 39,7 Millionen Schilling. Für Zinsen langten für 1998 6,1 Millionen Schilling, für 1999 4,7 Millionen Schilling ein. Für das Jahr 2000 wurden für die Rückzahlung 44,8 Millionen Schilling und für die Zinsen 4,0 Millionen Schilling veranschlagt.

1) In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsbiligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

2) Kapitalbeträge.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387, und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

3) Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betragen zum 31. Dezember 1998 261 587 Millionen Schilling.

4) Kapitalbeträge.

5) Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsinanspruchnahmen.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387, und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

6) Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

Kapitel 55 Pensionen

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten [der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Salinen AG, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH), der Österreichischen Bundesforste AG und der Österreichischen Bundestheater GesmbH] veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Beiträge der Österreichischen Postsparkasse, die Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG, der Bundesanstalt Statistik Österreich, der Österreichischen Donau-Betriebs-AG, der Bundesversuchswirtschaften GmbH, der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, der Schönbrunner Tiergarten GmbH, der Bundesmuseen (Anst. öffentl. Rechts), der Umweltbundesamt GesmbH, der Bundessporteinrichtungen GesmbH, von Institutionen (Kunsthalle Wien), Beiträge von Landeslehrern, der Österreichischen Salinen AG, der Bundesrechenzentrum GmbH, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH), der Österreichischen Bundesforste AG und der Österreichischen Bundestheater GesmbH zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1995 bis 1999 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	30 304,2	43 301,4	73 605,6	18 847,0
1999	32 858,0	44 236,3	77 094,3	18 866,8
1999 vorl. Erfolg.....	31 508,6	44 300,5	75 809,1	18 824,5
2000	32 827,0	45 533,0	78 360,0	19 181,0

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

Gesetzliche Grundlagen

- Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
- Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;
- Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000;
- Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998;
- Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;
- Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
- Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 136/1999;
- Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000;
- Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997;
- Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998;
- Bundesgesetz BGBl. I Nr. 149/1998 über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen — BSEOG und Änderung des Bundes-Sportförderungsgesetzes;
- Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998;
- Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekannt gegeben.

Kapitel 55 — Titel 551 und 552

211

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	29 981,5	534,5	30 516,0	65,5
1999	32 205,2	606,3	32 811,5	61,1
1999 vorl. Erfolg.....	30 897,4	570,1	31 467,5	76,5
2000	31 653,0	606,0	32 259,0	104,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich vor allem aus den weiteren Übernahmen bei den Bundesmuseen (Anst. öffentl. Rechts) und der Bundesanstalt Statistik Österreich ins Kapitel 55.

Titel 551 Ersätze an Länder**Gesetzliche Grundlage**

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 746/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Aufgaben

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthöhe stehenden Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1998	8 704,1	168,0
1999	9 709,7	173,3
1999 vorl. Erfolg.....	9 091,2	151,5
2000	9 726,0	154,0

Titel 552 Sonstige Bedienstete**Gesetzliche Grundlagen**

Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich
 Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;
 Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
 Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999;
 Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996;
 Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, Art. 53;

Bundestheaterorganisationsgesetz BGBl. I Nr. 108/1998;

Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Mozarteum, Südtiroler, Kanaltaler, Stadtschutzwache, Dorotheum, Vertragspensionen, Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei AG und Wiener Zeitung GmbH, der Münze Österreich AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Bundesforste AG, der Österreichischen Bundestheater GesmbH sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	322,6	19,8	342,4	25,7
1999	651,7	34,8	686,5	101,3
1999 vorl. Erfolg.....	611,2	22,0	633,2	105,4
2000	1 173,0	35,0	1 208,0	250,0

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Ausgabenerhöhung gegenüber dem BVA 1999 ergibt sich durch die ganzjährige Übernahme der Österreichischen Bundestheater GesmbH ins Kapitel 55.

Die Einnahmenerhöhung gegenüber dem BVA 1999 ergibt sich durch die ganzjährige Beitragszahlung der Österreichischen Bundestheater GesmbH.

**Voranschlagsansätze 1/55305 Pensionsvorschüsse und
2/55309 Pensionsvorschussersätze**

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Im BVA 2000 sind für Pensionsvorschüsse 1 Million Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,7 Millionen Schilling zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuss hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

Für 2000 wird 1 Million Schilling veranschlagt.

Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	34 042,5	10 404,7
1999	33 884,1	10 241,0
1999 vorl. Erfolg.....	34 616,7	10 330,7
2000	35 165,0	10 327,2

Paragraf 5550 Österreichische Bundesbahnen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger der österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte; zuzüglich 3 vH ab 1. Juli 1996 bzw. 4 vH ab 1. Juli 1999 von den Aktivbezügen und von den Ruhebezügen als weiteren Pensionsbeitrag für diese aktiven Bediensteten bzw. Pensionssicherungsbeitrag für die Ruhegenussempfänger. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Paragraf 5551 Post und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 95, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/1999.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger der Post und Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leistet die Post und Telekom Austria AG einen Beitrag in Höhe von 27,5 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Postbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen Millionen Schilling
1998	8 182,5
1999	8 289,5
1999 vorl. Erfolg.....	8 159,8
2000	8 344,3

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung ergibt sich vor allem aus den Pensionsbeiträgen und den Pensionssicherungsbeiträgen infolge Berücksichtigung der ausgegliederten Betriebe.

Kapitel 55 — Titel 2/556

213

Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000;

Nebengebührenerzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999.

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Mai 1995 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 11,75 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebührenerzulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 11,75 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Im Jahre 2000 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 7 525,3 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 1/2000.

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 2000 mit 271,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/55615 Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG**Gesetzliche Grundlage**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung der BGBl. I Nr. 127/1999.

Im Jahre 2000 sind Einnahmen in Höhe von 548,0 Millionen Schilling zu erwarten.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 2000			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1995	1996	1997	1998	1999
					Anzahl				
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			¹⁾					
55000	Ruhebezüge	51 510	—	51 510	⁴⁾ 49 985	⁴⁾ 50 044	⁴⁾ 49 897	50 250	50 728
55010	Versorgungsbezüge	28 320	—	28 320	⁴⁾ 27 798	⁴⁾ 27 964	⁴⁾ 28 054	28 168	28 237
55020	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	63	—	63	⁴⁾ 99	⁴⁾ 89	⁴⁾ 84	75	68
	Titel 550 (Summe) ...	79 893	79 893	⁴⁾ 77 882	⁴⁾ 78 097	⁴⁾ 78 035	78 493	79 033
552	Sonstige Bedienstete: ²⁾								
55200	Ruhebezüge	190	1 996	2 186	³⁾ 737	³⁾ 676	³⁾ 628	588	2 186
55210	Versorgungsbezüge	258	982	1 240	³⁾ 769	³⁾ 736	³⁾ 771	711	1 245
55220	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	373	—	373	³⁾ 507	³⁾ 457	³⁾ 447	412	378
	Titel 552 (Summe) ...	821	2 978	3 799	³⁾ 2 013	³⁾ 1 869	³⁾ 1 846	1 711	3 809
	Kapitel 55 (Summe) ...	80 714	2 978	83 692	79 895	79 966	79 881	80 204	82 842

¹⁾ Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge 21
Versorgungsbezüge 30

²⁾ Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionsparteien der „Austria“ Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH), der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Bundesforste AG, der Österreichischen Bundestheater GesmbH und der Münze Österreich AG enthalten.

³⁾ Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge	1995	1996	1997	1998	1999
Versorgungsbezüge	541	495	442	409	2 019
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	529	508	483	451	986
Summe ...	1 070	1 003	925	860	3 005

⁴⁾ Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

Kapitel 56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesfinanzierungsgesetz, § 2 Abs. 1 Z 10, BGBl. Nr. 763/1992, in der Fassung BGBl. I Nr. 124/1997;

Bundeshaushaltungsgesetz, § 65c, BGBl. Nr. 213/1996, in der Fassung BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Gemäß den oben angeführten Bestimmungen im Bundesfinanzierungsgesetz bzw. Bundeshaushaltungsgesetz wurde die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur ermächtigt, nach Aufforderung des Bundesministers für Finanzen die Aufnahme von Schulden, den Abschluß von Währungstauschverträgen und die Veranlagungen auch für sonstige Rechtsträger und Sonderkonten des Bundes durchzuführen. Die Ausweitung des Aufgabengebietes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur als zentrale Clearingstelle des Bundes trägt zur Verbesserung der Liquiditätshaltung und der Kosten bei.

Die aus dieser Tätigkeit resultierenden Transaktionen werden bei Kapitel 56 dargestellt.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1998 *).....	1 375,0	1 375,0	95 686,0	95 686,0	97 061,0	97 061,0
1999	195,6	195,6	0,0	0,0	195,6	195,6
1999 vorl. Erfolg.....	3 491,2	3 491,2	65 185,8	65 185,8	68 671,1	68 671,1
2000	4 174,7	4 174,7	8 251,8	8 251,8	12 426,5	12 426,5

Die ansatzmäßige Gliederung wurde weitgehend der Darstellung bei Kapitel 58 nachgebildet.

Die Voranschlagsbeträge 2000 weisen die Verbindlichkeiten des Bundes sowie die Forderungen des Bundes gegenüber den oben zitierten Rechtsträgern aus den oben angeführten Aufgaben aus. Bei Bedarf kann der Bundesminister für Finanzen gemäß § 41 Bundeshaushaltungsgesetz bzw. auf Grund der Bestimmungen im jeweiligen Bundesfinanzgesetz Überschreitungen genehmigen.

*) 1998: Kapitel 57

Kapitel 58 — Titel 580

215

Kapitel 58 Finanzschuld, Währungstauschverträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 5 B-VG, im § 65, 65 a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 124/1997, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1998 *).....	105 383,7	19 325,9	195 666,8	261 508,0	301 050,5	280 833,9
1999	107 277,8	8 686,6	189 077,3	259 223,5	296 355,1	267 910,1
1999 vorl. Erfolg.....	110 448,4	19 001,4	204 202,0	272 235,8	314 650,5	291 237,2
2000	117 689,5	19 041,9	207 758,5	262 406,6	325 448,0	281 448,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 536 Milliarden Schilling Ende 1998 auf rd. 1 623 Milliarden Schilling Ende 1999.

Titel 580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1999	56 140,0	0,0	120 179,3	10 000,0	176 319,3	10 000,0
1999 vorl. Erfolg.....	69 848,0	4 220,9	153 459,3	219 678,3	223 307,3	223 899,2
2000	69 871,7	6 865,5	142 986,7	20 000,0	212 858,4	26 865,5

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren des Bundes verrechnet.

*) 1998: Kapitel 59.

216

Kapitel 58 — Titel 581 bis 584, 587 und 588**Titel 581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung**

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1999	18 691,1	0,0	17 485,0	0,0	36 176,1	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	18 399,3	0,0	18 642,0	10 124,9	37 041,3	10 124,9
2000	16 581,4	0,0	14 817,6	0,0	31 399,1	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen und Kredite in heimischer Währung verrechnet.

Titel 582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1999	8 832,2	0,0	7 467,5	0,0	16 299,7	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	10 072,2	39,2	7 305,8	17 776,2	17 378,0	17 815,4
2000	10 531,8	24,0	27 636,9	0,0	38 168,8	24,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Schuldverschreibungen und Bundesschatzscheine in fremder Währung sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren des Bundes verrechnet.

Titel 583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1999	744,6	0,0	138,0	0,0	882,6	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	714,5	0,0	395,2	0,0	1 109,7	0,0
2000	828,6	0,0	137,6	0,0	966,2	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung verrechnet.

Titel 584 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1999	5 864,0	8 686,6	13 807,3	14 164,5	19 671,3	22 851,1
1999 vorl. Erfolg.....	6 041,2	9 426,2	24 399,7	24 656,4	30 440,9	34 082,6
2000	7 364,7	11 089,9	19 765,8	17 667,3	27 130,5	28 757,2

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 580, 581, 582 und 583 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. -gewinnen und Spesen aus dem Abschluss von Währungstauschverträgen werden beim Titel 589 mitveranschlagt.

Titel 587 Gebarung mit Gegenposition

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
2000	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bei diesem Titel werden die unmittelbar miteinander verbundenen Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren verrechnet.

Titel 588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1999	13 010,4	0,0	30 000,2	235 059,0	43 010,6	235 059,0
1999 vorl. Erfolg.....	236,4	237,8	0,0	0,0	236,5	0,0
2000	3 486,0	0,0	2 413,8	224 739,4	5 899,8	224 739,4

Kapitel 58 — Titel 589

217

Paragraf 5880 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltungsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

Bei diesem Paragraf wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 2000 nach Erstellung des Voranschlages durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansatzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen (überplanmäßige Ausgaben gemäß § 41 Abs. 3 BHG und Art. V Abs. 3 BFG) bei den Titeln 580, 581, 582, 583 und 584.

Im Voranschlag 2000 sind für Zinsen und Aufgeld 3 485,6 Millionen Schilling und für Tilgungen 0,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 8/58809 Schuld aufnehmen gemäß Art. II BFG**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltungsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der geltenden Fassung, § 16 Abs. 1 und § 65b Abs. 1.

Die **Veranschlagung** der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansatzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.

Im Voranschlag 2000 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 0,000 Millionen Schilling angesetzt.

Paragraf 5882 Devisentermingeschäfte

Bei diesem Paragraf werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 589 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1999	3 995,5	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	5 136,8	5 077,4
2000	9 025,2	1 062,5

Voranschlagsansätze 1/58908 und 2/58904

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsverluste, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsgewinne im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengedarung und dem Abschluss von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/58918 und 2/58914

Bei diesen VA-Ansätzen werden Agio und Disagio von unmittelbar miteinander verbundenen Ankäufen und Verkäufen von Wertpapieren verrechnet.

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt H (ausgenommen Angelegenheiten des Umweltschutzes und der Altlastensanierung).

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	1 660,2	23 497,6	25 157,9	2 709,2
1999	1 686,6	21 760,6	23 447,2	2 735,1
1999 vorl. Erfolg.....	1 755,0	22 313,8	24 068,8	2 615,1
2000	1 922,3	21 552,3	23 474,6	2 450,3

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind im BVA 2000 erstmals auch Personalausgaben des Umweltbereiches des ehemaligen Kapitels 18 enthalten. Die Voranschlagsziffern 2000 sind daher nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen Folgendes zu bemerken:

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Gesetzliche Grundlagen

- Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
- AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;
- Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
- Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1997;
- Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
- Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;
- Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 155/1999;
- Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 156/1999;
- Wassergütererhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
- Saatgutgesetz 1997 — SaatG 1997 — BGBl. I Nr. 72/1997;
- Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;
- Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;
- Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
- Weingesetz 1999, BGBl. Nr. 141/1999.

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Saatgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen.

Kapitel 60 — Titel 600

219

schaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserbautechnischen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardsthal bis zur Mündung in die March handelt, bi- und multilaterale sowie internationale Wasserwirtschaft, Wasserwirtschaft der Europäischen Union.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	354,5	877,0	1 231,5	139,8
1999	334,7	1 234,2	1 568,9	232,5
1999 vorl. Erfolg.....	376,1	1 260,2	1 636,3	142,1
2000	543,1	1 231,4	1 774,8	261,2

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr

In der angeführten Beträgen sind auch die Personalausgaben sowie die Bezugsvorschüsse, Familienbeihilfen, Dienstreisen, Fahrtkostenzuschüsse usw., des Umweltbereiches (ehemaliges Kapitel 18) für neun Monate enthalten.

Paragraf 6000 Zentralleitung

Der Paragraf 6000 umfasst die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gemäß BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gemäß BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gemäß BGBl. Nr. 222/1985, Mitgliedsbeitrag für Internationale Donauschutzkommission gemäß BGBl. Nr. 139/1998, vorgesehen.

Weiters ist bei diesem Paragraf für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60018 Agrarmarkt Austria

Die Bundesaufsicht über die „Agrarmarkt Austria“ wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992 vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt. Unter diesem Voranschlagsansatz sind die Verwaltungsaufwendungen der Agrarmarkt Austria budgetiert.

Paragraf 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen**Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen**

Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in § 9 LWG vorgesehenen **Lageberichtes** („Grüner Bericht“) sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert.

Weiters sind die veranschlagten Mittel für **Anerkennungsprämien** an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.

Die veranschlagten Mittel dienen weiters der Führung des **Wasserwirtschaftskatasters** sowie der Erstellung wasserwirtschaftlicher Unterlagen gemäß § 25 Abs. 1 und 2 Wasserbautenförderungsgesetz, der Erstellung des Gewässerschutzberichtes gemäß Wasserrechtsgesetz und des Wassergüterberichtes gemäß Hydrographiegesetz.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an **das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum**, Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS) und der Rinderkennzeichnungsverordnung.

Die Mittel unter der Voranschlagspost „**Forstpolitische Unterlagen**“ dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben, der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes sowie marktorientierter Analysen bezüglich forstlicher Produkte und Leistungen. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des „Waldberichtes“ nach § 16 Forstgesetz gemäß der Entschließung des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs sowie des Landesschutzwaldkonzeptes erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hierfür veranschlagt.

Paragraf 6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959

Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, dass die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinigung notwendige Anordnung trifft und durchführen lässt.

Paragraf 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes

Wasserkreislauf

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, das unterirdische Wasser, den Niederschlag einschließlich der Quellen, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie auf die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, dass sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im Hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein Hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte

Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Novelle 1999 trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.

Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Messstellen, dh. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/1991) von Grundwasser und Fließgewässern.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.

Diese Maßnahmen werden zum Großteil mit Mitteln aus dem Katastrophenfonds finanziert.

Kapitel 60 — Titel 600

221

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben

Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift „Förderungsdienst“ mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Publikation von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (zB Parlament und Landtage) vorgesehen.

Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers über agrar- und betriebswirtschaftliche sowie förderungspolitische Fragen hergestellt.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind im Sinne des Saatgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 72/1997, auch Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. In erster Linie ist die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind auch fachlich befähigte Personen beizuziehen, die nicht aus dem Bereich der Bundesbehörden stammen. Diese sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit bei den ortslastigen Tätigkeiten im Rahmen dieses Gesetzes (Feldanerkennung, Probenahme usw.) einzusetzen.

Im Bereich des Forstwesens und der Wasserwirtschaft werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zur jährlichen „Woche des Waldes“, und des „Tages des Wassers“, Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.

Darüber hinaus werden Mittel für Maßnahmen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit, der Ministerkonferenz und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1994, BGBl. Nr. 273/1994, dienen.

Paragraf 6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 2200/96, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 2930/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1907/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraf 6008 Sonstige Aufgaben**Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land-, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8 900 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 20,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen

Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1998 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 30,2 Millionen Schilling.

Weiters wurden im Bereich Forstwirtschaft 226 000 S für den Transfer an sonstige Institutionen, und für forstliche Projekte im Zusammenhang mit der FAO 350 000 S veranschlagt.

Paragraf 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975**Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gemäß § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlass der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gemäß Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gemäß § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 298/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 102/1998;

Weingesetz, BGBl. Nr. 141/1999;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 155/1999;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.

Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	2 104,6	7,7
1999	1 893,4	0,1
1999 vorl. Erfolg	1 616,7	8,4
2000	1 703,2	0,3

Unterschiede gegenüber Vorjahr

Unter dem Titel 601 sind die Budgetmittel für die nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen veranschlagt. Diese Förderungsmaßnahmen sind auf Grund der verstärkten Förderung der kofinanzierten Maßnahmen durch die EU (Titel 602 und 603) rückläufig.

Voranschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**Beratungswesen**

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch die Agenda 2000 beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.

Im Einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den oben

genannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.

Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vorgesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten

Umfangreiche Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Vorschlagsansatz 1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)

Die Mittel sind insbesondere für forstlich biologisch und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung.

Vorschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen

Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau

Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, die Saatgutwirtschaft, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.

Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.

Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung

Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.

Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.

Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinzzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen

Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für Verbände von biologisch wirtschaftenden Landwirten vorgesehen, wobei insbesondere Beratung und Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden soll.

Förderung landtechnischer Maßnahmen

Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.

Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,5 Milliarden Schilling. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse

Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Investitionen für die Energieerzeugung (Biomasse-Heizanlagen, Biogasanlagen ua.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im Besonderen der Biomasse.

Forstliche Maßnahmen

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterführung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie zB die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschusst.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen

Verkehrerschließung ländlicher Gebiete

Die veranschlagten Mittel sind für die Errichtung von dringend benötigten Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.

Durch diese Maßnahme wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert, wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und auf eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Kapitel 60 — Titel 601

225

Weiters werden die Umstellung vorhandener Tierhaltungssysteme auf besonders tierfreundliche Aufstallungsformen gefördert. Zeitgemäße Düngelagerstätten sind eine Hauptvoraussetzung für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zufolge wassergefährdender Gülle, Jauche und Sickersäfte.

Weiters werden Investitionen in den Bereichen „Urlaub am Bauernhof“, Direktvermarktung und Almwirtschaft gefördert.

Landtechnische Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für die Neu- und Ersatzanschaffung von Bergbauernspezialmaschinen und für die Mechanisierung der Innenwirtschaft zur Vereinfachung oder Erleichterung der Arbeitsvorgänge vorgesehen.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz und Verwertungsmaßnahmen**Werbung und Markterschließung**

Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbesserung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im pflanzlichen und tierischen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung für nicht gewerbliche Betriebe („Urlaub am Bauernhof“) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland für Bundes- und Landesorganisationen sollen bereitgestellt werden. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft bei Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, für die Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen. Es sind daher nur mehr die zur Abdeckung der Vorbelastungen für Förderungsfälle der letzten fünf Jahre erforderlichen Mittel veranschlagt.

Zur Sicherung der erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung durch die Gewährung von Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

Paragraf 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite**Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen**

Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu Investitionen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU-Fitnessprogrammes sowie für die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen

Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie für die Bearbeitung von Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU-Fitnessprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Paragraf 6019 Sonstige Maßnahmen**Voranschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben**

Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Forstwirtschaft

Im Rahmen der forstwirtschaftlichen Forschungsförderung werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation-Vermehrungsverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben. Weiters werden Forschungsvorhaben im Schnittstellenbereich zur Holzwirtschaft finanziell unterstützt.

Voranschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungsk Kooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Landwirtschaft

Unter den angeführten Zielvorgaben — Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte — erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft

Bedeckung laufender Forschungsaufträge, BOKU-Spezialforschungsbereich, Waldökosystemsanierung, Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (Diversifikation und Marketing), Forschungsaufträge zum Themenkreis Ökologisierung der Waldbewirtschaftungssysteme (naturnahe Waldwirtschaft).

Wasserwirtschaft

Schwerpunktthemen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Grundwassersanierung im engen Zusammenhang mit Vorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Titel 602 Agrarische Strukturförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996; Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben

Dem BMLF obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muß die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.

Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1998	3 799,5	0,0
1999	3 642,1	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	3 605,3	0,0
2000	1 537,0	0,0

Der Titel 602 enthält die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel-1-, Ziel-5a- und Ziel-5b-Gebieten, sowie des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF). Darüber hinaus ist auch der Bundesanteil an diesen Förderungen unter diesem Titel veranschlagt.

Kapitel 60 — Titel 603

227

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)

Der Strukturfonds „Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung“ beteiligt sich an der Finanzierung struktur- und regionalpolitischer Fördermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.

In diesem Ansatz finden sich dem entsprechend sowohl Maßnahmen des EAGFL-Ausrichtung, die die Periode 2000 bis 2006 betreffen (Ziel 1 und Gemeinschaftsinitiative Leader +) als auch die Ausfinanzierung von Maßnahmen der Periode 1995 bis 1999, für die teilweise Zahlungen bis 2001 geleistet werden können (Ziel 1, Ziel 5a, Ziel 5b, Gemeinschaftsinitiativen Leader II und Interreg II A).

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes

Dieser Ansatz umfasst die Bundesanteile der für die Verwendung der bei Ansatz 1/60206 dargestellten Maßnahmen erforderlichen nationalen Kofinanzierung, sofern sie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft betreffen.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FI AF), Mittel der EU**Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorplan Fischerei und Aquakultur sowie Erzeugerorganisationen des Fischereiwesens, Bundesmittel**

Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume).

Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben

Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.

Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	13 079,5	616,1
1999	12 426,2	497,5
1999 vorl. Erfolg	13 051,0	479,2
2000	14 580,0	505,8

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker, Stärke und Textilerzeugnisse), Überweisung an die AMA

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.

Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Leinsamen außer Faserlein sowie Beihilfen für die Flächenstilllegung und Rohstoffherzeugung auf diesen Flächen laut EU-VO 1251/1999 und deren Durchführungsbestimmungen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Faserlein, Hanf, Trockenfutter und Körnerleguminosen, die Lagerkostenvergütung und die Produktionserstattung für Zucker die Produktionserstattung für Stärke sowie die Stärkeprämie und die Ausgleichszahlung für Kartoffelstärke.

Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse)

Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation, Umstellung, absatzfördernde Maßnahmen, operationelle Programme ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisung an die AMA

Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-VO 1221/97 für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsausgaben und flankierende Maßnahmen (Bundesanteile)

Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist eine zusätzliche Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen. Zudem sind bei diesem Ansatz Mittel für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen, wie zB nationale Zuschüsse für Lagerhaltung und für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig nach der EU-VO 1221/97, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60366 Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums, EAGFL-Garantie

Die Maßnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums werden ab dem Jahr 2000 aus der Abteilung Garantie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) kofinanziert. Diese Maßnahmen lösen eine Reihe von Maßnahmen, die bisher aus der Abteilung Ausrichtung des EAGFL kofinanziert wurden, ab (Ziel 5a und Ziel 5b).

Die Maßnahmen umfassen im gesamten Bundesgebiet:

- die Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL);
- die Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten;
- die Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen;

in den Gebieten außerhalb des Zieles 1 (Burgenland) betreffen die Förderungen außerdem Maßnahmen in den Bereichen:

- Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben;
- Prämien für die erste Niederlassung von Junglandwirten;
- Berufsbildungsmaßnahmen;
- Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- Forstwirtschaft;
- Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten;

wie sie im „Österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums“ dargestellt sind.

Insgesamt stehen für den Programmzeitraum 2000 bis 2006 Mittel des EAGFL-Garantie in Höhe von 2 960,7 Millionen Euro zu Preisen wie 1999 zur Verfügung.

Kapitel 60 — Titel 605

229

Voranschlagsansatz 1/60376 Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums; Anteile des Bundes

Dieser Ansatz umfasst die Bundesanteile der für die Verwendung der bei Ansatz 1/60366 dargestellten Maßnahmen erforderlichen nationalen Kofinanzierung, sofern sie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft betreffen.

Voranschlagsansatz 2/60305 Zucker, EU-Eigenmittel

Im Rahmen der Zuckermarktordnung der EU wird von den Mitgliedstaaten gemäß VO 1785/81 die Zuckerabgabe eingehoben, welche abzüglich der Verwaltungstangente an die EU weitergeleitet wird.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;

Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1995;

Saatgutgesetz 1997 — SaatG 1997 — BGBl. I Nr. 72/1997;

Weingesetz, BGBl. Nr. 141/1999;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 60/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	977,9	390,0	1 367,9	158,3
1999	964,7	414,2	1 378,9	193,7
1999 vorl. Erfolg.....	1 034,7	415,8	1 449,8	174,1
2000	1 034,0	382,3	1 416,3	176,0

Paragraf 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Aufgaben**

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

Der Wirkungsbereich der höheren Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau sowie der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau umfasst darüber hinaus laut BGBl. Nr. 515/1994 hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Dazu gehören ua.:

1. Forschung auf den Gebieten Weinbau, Obstbau, Obstlagerung, Kellerwirtschaft und Obstverarbeitung; amtliche Weinkommission.
2. Forschung auf dem Gebiet Gartenbau einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung gärtnerischer Produkte; Sortenprüfung.

Organisation

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

230

Kapitel 60 — Titel 605**In Niederösterreich:**

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraf 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten**Aufgaben**

Der Wirkungsbereich der Bundesämter umfasst hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Der Wirkungsbereich der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft umfasst Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs-, Prüfungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen ua. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und die Bundesanstalt:

1. Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)

Der Wirkungsbereich umfasst die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienezucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.

Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst).

Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtspröben.

Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

Kapitel 60 — Titel 605

231

2. Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)

Der Wirkungsbereich umfasst unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.

Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.

Forschung ua. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich der biologischen Landwirtschaft und Biodiversität.

3. Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)

Der Wirkungsbereich umfasst unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.

Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission; Behörde 1. Instanz bei der Bescheiderteilung über die staatliche Prüfnummer.

4. Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfasst die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Forschung ua. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Paragraf 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Organisation und Aufgaben**

Bei diesem Paragraf ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschnule in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst (Förster) sowie eine fundierte Ausbildung für die Bereiche Natur- und Umweltschutz. Der Maturant erreicht die Studienberechtigung an Universitäten, Fachhochschulen und Akademien.

Die Forstfachschnule vermittelt die Ausbildung für Forstwarte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eine qualifizierte Ausbildung eröffnet wird.

Paragraf 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt**Waldforschungszentrum FBVA****Forschungsbereich und Fachgebiete**

Als Hauptträgerin des angewandten forstlichen Forschungs- und Versuchswesens in Österreich ist die Forstliche Bundesversuchsanstalt mit der fachwissenschaftlichen Bearbeitung und Lösung forstlicher Fragen beauftragt. Ihre Aufgaben bestehen aus Forschung, Versuchstätigkeit, Gutachterstätigkeit und Beratung. Die Forstliche Bundesversuchsanstalt umfasst die acht Fachinstitute Waldbau, Forstgenetik, Forstökologie, Forstschutz, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Immissionsforschung Forstchemie sowie Lawinen- und Wildbachforschung, weiters sechs Abteilungen für wissenschaftliche und technische Hilfsdienste.

Die Schwerpunkte der Forschungs- und Untersuchungstätigkeit sind Waldschadenserhebungen und Umwelt-Monitoring sowie Programme zur Erhaltung und Sicherung des österreichischen Waldes und zur Risikoabschätzung von Muren und Lawinen. Viele Arbeiten dienen der Erfüllung internationaler Verpflichtungen, so die Einrichtung und wissenschaftliche Betreuung des österreichischen Natur-

waldreservatennetzes (Ende 1999 164 Reservate mit 7 955 ha Fläche) und die beiden Projekte „Österreichisches Waldschaden-Beobachtungssystem“ und „Flächen zur intensiven und fortgesetzten Waldzustandsüberwachung“, welche Daten über den österreichischen Waldzustand für EU- und andere internationale Gremien erheben. Sie liefern gleichzeitig Eckdaten für die österreichische Forstpolitik, was in besonderem Ausmaß auch für die österreichische Waldinventur gilt. Das österreichische Biondikatometz ermöglicht eine Abschätzung der Schadstoffbelastung des Waldes, in erster Linie in Bezug auf Schwefeleinwirkung.

Im Rahmen der ökosystemaren Studien am Höhenprofil Achenkirch in Tirol erforscht die FBVA gemeinsam mit zahlreichen in- und ausländischen Forschungsinstitutionen die Belastung und Belastbarkeit von Waldökosystemen, unter anderem durch Ozon.

1999 wurde das weltweit erste mehrdimensionale Lawinenkatastrophenmodell SAMOS, eine Gemeinschaftsforschung der FBVA, WLV, der TU Wien und der Grazer Firma AVL, einsatzfähig.

Weiter wichtige Projekte dienen der Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder und der Zusammenarbeit im Rahmen der EU im Bereich der Forstgenetik (Biodiversität in alpinen Waldökosystemen, Abschätzung der genetischen Variation im Vermehrungsgut der Rotbuche), der Forstökologie (Beziehungen zwischen Wachstumsänderungen und Ernährungszustand in europäischen Fichten-, Kiefern- und Buchenwäldern), im Forstschutz (Befallsrisiko von Splintholznematoden in Zusammenhang mit der südeuropäischen Kiefernweeke und Holzimporten aus Asien), in der Immissionsforschung (Reaktion junger Fichten auf Ozon-, Wasser- und Nährstoffstress) und in der Lawinenforschung (Lawinenkartierung, Modellvalidierung und Warnsysteme sowie Concerted Action on Forecasting, Prevention and Reduction of Landslide and Avalanche Risks).

Paragraf 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;

Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraf 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Aufgaben und Organisation

Für die milchwirtschaftlichen Belange dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Anstalten:

1. Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)

Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käseerikulturen.

2. Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt Forschung und Entwicklung auf den Sektoren Eutergesundheit, Milchhygiene, Gewinnungs- und Sammlungstechnik, Verfahrenstechnik, Qualitätssicherung, Analysetechnik im chemischen und mikrobiologischen Bereich, die Untersuchung von Milch und Erzeugnissen aus Milch, die Begutachtung von Molkereihilfsstoffen, Zusatzstoffen, Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Maschinen und Geräte, weiters die Be- und Verarbeitung von Milch, in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse sowie Herstellung und Vertrieb von Standard-Eichlösungen.

Beide Anstalten sind darüber hinaus in die milchwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eingebunden.

Paragraf 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Kapitel 60 — Titel 605

233

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

Paragraf 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Unter diesem Paragraf sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

Organisation und Aufgaben

1. Institut für Wassergüte in Wien.

Der Aufgabenbereich umfasst die Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster, Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Der Aufgabenbereich des Institutes umfasst die Forschung, Untersuchung und Gutachtenerstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Messgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde

Der Aufgabenbereich umfasst Erarbeitung sachlicher Grundlagen zur Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflussfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Paragraf 6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wieselburg.

Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet der Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

- Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Landtechnik und der nachwachsenden Rohstoffe;
- Untersuchung von Verfahren der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft einschließlich der Hauswirtschaft sowie der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung;
- Prüfung landwirtschaftlicher Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, technischer Einrichtungen und Verfahren hinsichtlich technischer und leistungsmäßiger Eigenschaften für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, auf Betriebs- und Arbeitssicherheit, ergonomisch richtige Gestaltung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit und die Verleihung von Prüfzeichen hierüber;
- Untersuchung und Prüfung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen für den Nichtnahrungsmittelbereich.

234

Kapitel 60 — Titel 606 und 607**Titel 606 Übergangsregelungen****Gesetzliche Grundlage**

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995.

Aufgaben

Finanzielle Regelungen für den Übergangszeitraum 1995—1998 zur Entlastung der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1998	1 117,5	1,0
1999	0,0	15,0
1999 vorl. Erfolg.....	55,2	10,7
2000	0,0	0,0

Vorschlagsansatz 1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen, Förderungen**Vorschlagsansatz 1/60608 Degressive Ausgleichszahlungen, Aufwendungen**

Seit dem Beitritt zur Europäischen Union haben Österreichs Landwirte, bedingt durch das niedrigere Förderungsniveau, hohe Preisverluste zu verkraften. Um diese Einbußen zum Teil zu kompensieren, werden während einer Übergangsperiode von vier Jahren degressive Beihilfen gewährt, die von Jahr zu Jahr reduziert werden. Artikel 138 des Beitrittsvertrages regelt die Gewährung dieser Beihilfen. Im Jahr 1999 sind hierfür nur mehr Restzahlungen aus dem nationalen Budget vorgesehen, die — bei Bedarf — durch Rücklagenentnahmen bedeckt werden.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**Gesetzliche Grundlagen**

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	21,3	454,5	475,9	7,4
1999	20,7	466,2	486,9	5,8
1999 vorl. Erfolg.....	23,0	468,8	491,8	8,2
2000	23,0	464,4	487,4	9,3

Paragraf 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1997 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, dass sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Kapitel 60 — Titel 608

235

Paragraf 6072 Forstliche Ausbildungsstätten**Aufgaben**

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie auch die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Sie nehmen darüber hinaus zunehmend Aufgaben der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit sowie der Waldpädagogik wahr.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung**Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	140,3	1 593,1	1 733,3	1 704,8
1999	195,2	1 595,3	1 790,5	1 713,4
1999 vorl. Erfolg.....	149,6	1 748,8	1 898,4	1 717,9
2000	149,6	1 571,7	1 721,3	1 712,0

Paragraf 6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinerverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinerverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Paragraf 6081 Öffentliches Wassergut

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraf 6082 Wildbach- und Lawinenverbauung

Im BVA 2000 sind nur Erinnerungsposten vorgesehen. Bei Bedarf kann die Ermächtigung gemäß Art. VI, Z 16 BFG 2000 in Anspruch genommen werden.

Paragraf 6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)**Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgeb. Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinenverbauung zu verwenden.

Paragraf 6084 Bundesflüsse

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraf 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraf 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflussverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten usw. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Kapitel 60 — Titel 609

237

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Weingesetz, BGBl. Nr. 141/1999;

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 73/1997;

Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997;

Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	166,2	81,9	248,1	72,2
1999	171,4	88,8	260,2	77,0
1999 vorl. Erfolg.....	172,3	90,1	262,4	74,4
2000	172,3	82,5	254,8	85,8

Paragraf 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraf erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) sowie sonstiger Maßnahmen im Pflanzenschutzbereich entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraf 6091 Bundeskellereiinspektion

Auf Grund des § 51 Abs. 1 des Weingesetzes 1999 idgF obliegt der Bundeskellereiinspektion, die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist, die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Unter diesem Paragraf erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

Paragraf 6093 Bundesgärten**Aufgaben und Organisation**

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schlosspark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schlosspark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.

3. Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien zahlreiche Bundesgebäude (zB Hofburg, Parlament, Justizpalast usw.) gärtnerisch zu betreuen.

Paragraf 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule

Aufgaben

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lipizzanergestüt sowie die hierfür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

Paragraf 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste

Aufgaben und Organisation

Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsförste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhub, Kollerhub, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschole Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhub und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhub sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Kapitel 61 — Titel 610, 611 und 612

239

Kapitel 61 Umwelt — Neu

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß dem Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2, Abschnitt H, soweit Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
2000	4 686,5	2 685,0

Auf Grund der Bundesministerengesetz-Novelle 2000 sind die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes mit Wirkung 1. April 2000 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft übertragen worden. Die mit dem Umweltschutz in Zusammenhang stehenden Ausgaben und Einnahmen waren bis vor dem Inkrafttreten der Bundesministerengesetz-Novelle bei Kapitel 18 veranschlagt.

Titel 610 Zentralleitung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
2000	88,8	0,0

Die Personalausgaben für die Zentralleitung sind beim Titel 600 mitveranschlagt.

Unter den Sachausgaben sind die Ausgaben für die Zentralleitung (Anlagen, Aufwendungen) veranschlagt.

Titel 611 Bundesministerium; Zweckaufwand

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1999 vorl. Erfolg.....	228,4	0,0
2000	148,2	0,0

Paragraf 6110 Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H.**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle und die Einrichtung einer Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 152/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1999.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier werden Zahlungen an die mit 1. Jänner 1999 gegründete UBA-GmbH. verrechnet.

Titel 612 Umweltschutz**Gesetzliche Grundlagen**

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998;

Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. II Nr. 95/1997;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999;

240

Kapitel 61 — Titel 612

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr.697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 773/1996;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalparkgesellschaft Donau-Auen GmbH, BGBl. Nr. 653/1996;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Oberösterreichische Kalkalpen Gesellschaft m. b. H., BGBl. I Nr. 50/1997;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Thayatal GmbH, BGBl. I Nr. 57/1998;

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/1994;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 60/1997;

Washingtoner Artenschutzübereinkommen-Durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 179/1996;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 115/1997;

Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, BGBl. I Nr. 115/1997;

Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1999;

Chemikaliengesetz, BGBl. I Nr. 53/1997;

Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 151/1998;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 151/1998;

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 309/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 228/1993;

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;

Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 137/1999;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 73/1998;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:

- die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
- die Umweltförderung im Inland,
- die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa) und
- die Förderung der Altlastensanierung.

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Kommunalkredit Austria AG betraut.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	3 003,5	135,4
1999	4 044,1	526,0
1999 vorl. Erfolg.....	3 385,2	2 306,2
2000	4 449,6	2 865,0

Bundesvoranschlag 2000 einschließlich der bei Kapitel 18 (Titel 186) für Jänner bis März 2000 veranschlagten Beträge:

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
2000	4 760,6	2 968,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert vor allem aus der Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft. Daraus ergeben sich in gleicher Höhe zu veranschlagende zweckgebundene Einnahmen.

Paragraf 6120 Umweltpolitische Maßnahmen**Anlagen**

Hier ist für die Einrichtung von Messstellen nach dem Smogalarmgesetz vorgesorgt.

Förderungen

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Insbesondere sind Förderungsmittel für den Betrieb und Erweiterungen von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Instandhaltungskosten für Messgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch erhebliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung der Gesetze und der Finanzierung der Nationalparkgesellschaften Donau-Auen, Kalkalpen und Thayatal.

Paragraf 6121 Ersatzvornahmen ALSAG

Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten) die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind. Im Wesentlichen sind hier Ausgaben für die Räumung (Sanierung) von Deponien veranschlagt.

Paragraf 6122 Altlastensanierung (zweckgeb. Gebarung)

Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gemäß § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraf 6123 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraf wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft gemäß § 16f UFG nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraf 6124 Sonstige Umweltmaßnahmen

Bei diesem Paragraf werden Mittel für die Umweltförderung im Inland und im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Paragraf 6125 Strahlenschutz

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Messgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Weiters sind die Kosten für die erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/61266 EU-Förderungen

Bei diesem Ansatz wird der Anteil der Europäischen Union an Aktionsprogrammen und Strukturfonds im Umweltbereich verrechnet.

Weitere Details über EU-Beträge und Rückflüsse können den Erläuterungen zu Kapitel 52, Titel 529, entnommen werden.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	708,2	3 018,4	3 726,6	834,7
1999	733,0	2 201,1	2 934,1	834,2
1999 vorl. Erfolg.....	744,8	3 125,1	3 869,9	925,0
2000	1 303,7	49 708,5	51 012,2	47 999,4

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur teilweise mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Agenden auf Kapitel 63 übertragen bzw. zu anderen Kapiteln abgegeben worden:

1. Empfangene Aufgabenbereiche:

Paragraf 6314 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen von VA-Ansatz 1/65256,
Paragraf 6341 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU von Paragraf 1501,
Paragraf 6342 Insolvenz-Ausfall-Geldfonds (zweckgeb. Gebarung) von Paragraf 1502,
VA-Ansatz 1/63457 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik von VA-Ansatz 1/15057,
Titel 635 Arbeitsmarktpolitik I von Titel 155,
Titel 636 Arbeitsmarktpolitik II von Titel 156,
Paragraf 6390 Heimarbeitskommission von Paragraf 1590,
Paragraf 6392 Arbeitsinspektion von Paragraf 1592.

2. Abgegebene Aufgabenbereiche:

Teile des Paragrafen 6317 Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich) zu Paragraf 6531,

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens zu Titel 658.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltchnikerwesens.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	543,2	354,3	897,5	143,0
1999	559,8	339,8	899,6	147,8
1999 vorl. Erfolg.....	576,1	343,6	919,7	243,7
2000	592,5	404,4	996,9	213,4

Kapitel 63 — Titel 631

243

Förderungen

Hier ist für den Zuschuss des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn Ges. m. b. H., an die Schloss Schönbrunn Ges. m. b. H. und an die Austrian Business Agency vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind hauptsächlich der Beitrag zur internationalen Arbeitsorganisation, die Beiträge für die WTO und an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;

Bundesgesetz über besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMV-Förderungsgesetz), BGBl. Nr. 432/1996;

Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;

Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Aufgaben

Die Förderungen erfolgen in:

- Angelegenheiten des Tourismus;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffförderung);
- Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	2 608,4	109,0
1999	1 803,2	99,7
1999 vorl. Erfolg.....	2 720,6	96,3
2000	1 533,0	30,2

Förderungen**Tourismusförderung**

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,

- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensibler Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Regionalförderung

Die mit den Bundesländern für neuabgegrenzte Problemgebiete vereinbarte Regionalförderungsaktion (Regionale Innovationsprämie) wurde entsprechend veranschlagt.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekannt gegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sind Mittel für die gewerbliche Wirtschaft veranschlagt.

Aufwendungen**Verein „Österreich Werbung“**

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreich-Werbung“ obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Bais-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Tourismus“ und der „Sonstigen Wirtschaft“ sowie Werkleistungen im Rahmen der „Osthilfe“ ist hier vor allem für den Verwaltungsaufwand der ÖHT für die Abgeltung der Leistungen der BÜRGES für Förderungsabwicklung, die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse“ vorgesorgt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen mit Wirkung vom 1. April 2000 sind die Angelegenheiten des Patentwesens dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie übertragen worden. Weitere Erläuterungen über Einrichtungen des Patentwesens sind daher unter Titel 658 zu finden.

Titel 633 Bergbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

1. Mineralrohstoffgesetz — MinroG, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;
2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1999 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung

Kapitel 63 — Titel 634 und 635

245

der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1999, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. II 412/1999, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1999, die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. I Nr. 38/1999, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. II Nr. 412/1999, und die Bergpolizeiverordnung für Elektrotechnik, BGBl. I Nr. 38/1999;

3. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;
4. Bundesgesetz über das Grubenwehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;
5. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	28,7	8,7	37,4	267,5
1999	29,7	7,6	37,3	290,4
1999 vorl. Erfolg.....	26,0	12,3	38,3	248,1
2000	26,7	7,6	34,3	290,4

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

Titel 634 Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
2000	2 500,0	0,0

Paragraf 6341 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

Vorsorge für Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen der Budgetmittel.

Paragraf 6342 Insolvenz-Ausfall-Geldfonds (zweckgeb. Gebarung)

Gemäß BGBl. I Nr. 107/1997 ist der Insolvenz-Ausfall-Geldfonds berechtigt, dem Bund zweckgebundene Mittel zur Bedeckung von Ausgaben zur Verfügung zu stellen.

VA-Ansatz 1/63457 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik

Gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG hat der Bund jährlich einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik in Höhe von 2 500 Millionen Schilling zu leisten.

Titel 635 Arbeitsmarktpolitik (I)**Gesetzliche Grundlagen**

- Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;
- Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;
- Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;
- Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;
- Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998;
- Karenzgeldgesetz BGBl. I Nr. 47/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 174/1999.

Organisation

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger „Arbeitsmarktservice“ geschaffen.

Aufgaben

Im Rahmen der Fortsetzung der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist es das Ziel des Arbeitsmarktservice zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.

Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitssuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	695,1	59 151,8	59 846,9	58 271,1
1999	658,1	57 618,4	58 276,5	56 987,5
1999 vorl. Erfolg.....	704,0	58 794,8	59 498,8	58 085,6
2000	476,6	43 942,7	44 419,1	47 411,5

Bundeschätzung 2000 einschließlich der bei Kapitel 15 (Titel 155) für den Zeitraum Jänner bis März 2000 veranschlagten Beträge:

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
2000	704,0	57 921,8	58 625,8	58 625,8

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 2000 folgende Ausgaben geleistet:

	Paragraf bzw. VA- Ansatz	Millionen Schilling
6350 Ämter des AMS		501,1
6351 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG		6 199,7
63547 Sonderunterstützung		630,9
6355 Leistungen nach dem AVG		26 664,9
63567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG		7 998,0
6357 Überweisung an das AMS gemäß AMSG		2 214,5
63587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung		170,0
63597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe		40,0
Titel 635 (Summe) . . .		44 419,1

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Paragraf 6350 Ämter des Arbeitsmarktservice

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, dass Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 745 Millionen Schilling umfasst den Personalaufwand für die im Arbeitsmarktservice tätigen Beamten zuzüglich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraf 6351 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

Angesichts der im Jahr 2000 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage — sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch — adäquat abgestimmt.

Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, dass jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.

Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.

Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, dass auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, dass das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraf 6351 verbucht.

Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.

In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, dass alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung — von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs — angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlussmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.

Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten ArbeitnehmerInnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge der beruflichen Rehabilitation.

Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenz, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und — in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte — systematisch einzurichten.

ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.

Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.

Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluss an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, dass die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.

Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluss mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.

Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muß jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Vorschlagsansatz 1/63547 Sonderunterstützung

Nach § 1 Absatz 1:

Angenommen wurden 2 363 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues) mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 21 330 S. Der Gesamtaufwand (14 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 870 Millionen Schilling veranschlagt.

Nach Artikel IV Absatz 3:

Angenommen wurden rund 510 Anspruchsberechtigte mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 14 000 S. Der Gesamtaufwand (12 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 102 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/63554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG

Gemäß BGBl. I Nr. 47/1997 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AIVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/63557 Leistungen nach dem AIVG und KGG

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 106 000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 84 000 Bezieher/innen von Notstandshilfe, 8 300 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe und 78 000 Bezieher/innen von Karenzurlaubsgeld.

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 9 780 S monatlich, die durchschnittliche Notstandshilfe mit 8 340 S monatlich, die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 5 580 S monatlich und das durchschnittliche Karenzurlaubsgeld (inklusive Karenzurlaubszuschüsse) mit 6 150 S monatlich angenommen. Hiezu kommen noch Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 9,1 vH des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher/innen wurden 22,8 vH des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß § 6 Abs. 8 AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/63577 Überweisungen an das AMS

Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.

Für die Möglichkeit der Zahlung des Bundes an das Arbeitsmarktservice gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 AMPFG (Überschüsse der Gebarung Arbeitsmarktpolitik) ist vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/63578 Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG

Hier sind die Personal- und Sachaufwendungen (ausgenommen Ruhegelder für Beamte sowie Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage) des Arbeitsmarktservice für die Vollziehung des Arbeitsmarktservicegesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Die den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung für die Einhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge erwachsenden Kosten werden in einem hier veranschlagten Pauschalbetrag abgegolten.

Voranschlagsansatz 1/63597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen

Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63530 Überweisungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

Bei diesem Ansatz werden Rückflüsse aus der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen) verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/63550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 und 7 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und die Teilzeitbeihilfe.

250

Kapitel 63 — Titel 636**Voranschlagsansatz 2/63570 Abgangsdeckung (zweckgeb. Einnahmen)**

Hier sind Beiträge des Arbeitsmarktservice an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 Abs. 1 Z 4 in Verbindung mit § 6 Abs. 3 Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (Abgangsfinanzierung durch das Arbeitsmarktservice) vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/63580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG mit einem Beitragssatz von 6,0 vH einzuheben.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden rd. 2 500 000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 22 900 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Voranschlagsansatz 2/63581 Beitrag der Gebietskörperschaften

Unter diesem VA-Ansatz sind die Beiträge der Gemeinden für Ausgaben der Sondernotstandshilfe gemäß § 6 Abs. 6 AMPFG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (zweckgebundene Einnahmen)

Hier wird der Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 veranschlagt sowie ein Beitrag des Bundes der zum Tragen kommt, wenn auf Grund der Überweisung des AMS an den Ausgleichsfonds der PV-Träger (VA-Ansatz 1/15567) ein Abgang in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik entsteht.

Titel 636 Arbeitsmarktpolitik (II)**Gesetzliche Grundlagen**

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1998;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1997;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1997;

Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz 1998, BGBl. I Nr. 91/1998.

Aufgaben

Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	81,6	0,0
1999	810,0	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	1 531,4	0,0
2000	1 251,0	0,0

Voranschlagsansatz 1/63626 Sicherung der Jugendausbildung

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Ausgaben gemäß BGBl. I Nr. 91/1998 (Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz) verrechnet. Die Mittelzuführung erfolgt im Wege von überplanmäßigen Ausgaben.

Voranschlagsansatz 1/63627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für Leistungsbezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Paragraf 6363 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

Hier sind die EU-Anteile arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG veranschlagt.

Kapitel 63 — Titel 639

251

Voranschlagsansatz 1/63647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Voranschlagsansatz 1/63656 Beschäftigungsprogramm

Die Umsetzung des nationalen Aktionsplanes zur Beschäftigung wird ab dem BVA 2000 bei 1/63516 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63665 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 51a AMFG(D)

Darlehen an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherheit von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/63666 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß §51a AMFG

Zuschüsse an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Titel 639 Verschiedene Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 69/1998;
 Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;
 Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 836/1992;
 Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 683/1995;
 Heimarbeitskommissions-Rahmengesäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;
 Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1997;
 Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
 Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;
 Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 631/1994;
 Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	220,5	69,0	289,5	6,3
1999	227,5	81,7	309,2	6,2
1999 vorl. Erfolg	233,7	75,4	309,1	5,4
2000	162,8	59,8	222,6	4,2

Paragraf 6390 Heimarbeitskommissionen**Aufgaben und Organisation**

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

3 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 2 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluss, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitsstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitsstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuss einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen

einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitsstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben

Dieser Paragraf umfasst die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befassten Gerichtshofes besorgt.

Paragraf 6392 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt.

Anlagen

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Messgerätesektor vorgesorgt.

Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen

Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hierfür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 364 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfangs der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 38 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 64 — Titel 640

253

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	1 695,4	16 125,5	17 821,0	2 282,8
1999	1 803,4	16 662,4	18 465,8	3 179,9
1999 vorl. Erfolg	1 713,4	15 225,4	16 938,8	2 352,7
2000	1 409,0	7 255,2	8 664,2	848,2

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Aufgabenbereiche von Kapitel 64 abgegeben worden:

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung zu Titel 656;

Paragraf 6415 Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz), Paragraf 6416 Wasserbau — Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Gebarung), VA-Ansatz 1/64196 Sonstige Förderungsmaßnahmen; Förderungen und Titel 644 Wasserbauverwaltung zu Titel 654;

VA-Ansatz 1/64633 Liegenschaftsverkäufe für die Landesverteidigung und Paragraf 6473 Bauten für die Landesverteidigung zu Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	26,3	64,9	91,2	13,4
1999	29,9	63,0	92,9	22,4
1999 vorl. Erfolg	27,1	52,2	79,4	13,4
2000	27,6	57,4	85,0	22,4

Bundesmobilenverwaltung**Aufgaben**

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilen- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;

2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilen, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloss Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

254

Kapitel 64 — Titel 641**Schönbrunner Tiergartenamt****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben

Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

Beschussämter**Gesetzliche Grundlage**

Beschussgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben

Die Beschussämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschussämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schusssicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schusserprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschussämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschussämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nicht erprobte oder mit ungültigen Beschusszeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagegütern veranschlagt.

Bäder**Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau und Wr. Neustadt.

Ausgaben

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

Regierungsgebäude

Hier wird der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	145,5	74,2
1999	580,9	505,2
1999 vorl. Erfolg.....	150,5	90,3
2000	74,1	30,2

Kapitel 64 — Titel 641

255

Wohnbauforschung**Gesetzliche Grundlage**

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993.

Aufgaben

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfasst insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplannerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Technisches Versuchswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Mess- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Allgemeine Bauforschung**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufgaben

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

Ausgaben

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

256

Kapitel 64 — Titel 645 und 646**Sonstige Förderungsmaßnahmen****Aufwendungen**

Im Wesentlichen sind hier die Beiträge an das Österreichische Normungsinstitut veranschlagt.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongresszentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	822,0	138,1	960,1	107,0
1999	875,2	152,9	1 028,1	132,4
1999 vorl. Erfolg.....	834,8	131,8	966,7	143,1
2000	590,3	129,3	719,6	122,2

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)**Aufgaben**

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schlossverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Kongresszentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongresszentrums.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

Aufgaben

Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)**Aufgaben**

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Kapitel 64 — Titel 647

257

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfasst Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemein historischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamstensiedlungen, Arbeits- und Invalidenämter und Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1998	42,3	717,3	759,7	408,9
1999	37,8	688,0	725,8	395,5
1999 vorl. Erfolg.....	38,5	720,6	759,1	376,7
2000	32,7	509,8	542,5	353,3

Betriebskosten und Hauserfordernisse**Organisation**

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen (Bundesdienststellen und im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung).

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

Ausgaben

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefasst.

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG**

Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, stellt sich wie folgt dar:

258

Kapitel 64 — Titel 647

	BVA 2000	vorl. Erfolg 1999 Millionen Schilling	Erfolg 1998
Mietenzahlungen der Ressorts:			
Bereich Bildung und Kultur	1 940	1 833	1 739
Bereich Wissenschaft	1 894	1 900	1 846
sonstige Nutzer	336	357	331
Summe Mietenzahlungen ...	4 170	4 090	3 916
Einnahmen:			
Fruchtgenussentgelt:	983	1 046	961

Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	7 163,0	68,0
1999	7 137,1	29,1
1999 vorl. Erfolg	6 554,6	92,6
2000	5 300,1	29,1

Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

A. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemein bildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundeserschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummenerziehungsinstitut Wien.

B. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Schulen der Wissenschaftsverwaltung

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Kapitel 64 — Titel 649

259

Sonstige Bundesgebäude

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	740,0
Konjunkturbelebungsquote	530,0

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1997 und die dazu ergangenen Verordnungen

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	712,4	179,1	891,4	172,5
1999	748,1	183,6	931,7	249,8
1999 vorl. Erfolg	725,5	180,5	906,1	185,9
2000	731,1	183,6	914,7	186,2

Aufgaben des Eichwesens

1. Aufbewahrung der Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten, für ihren Anschluss an die internationalen Etalons sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festlegen;

2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Messtechnik durch Verordnung festlegen;

3. für die eichpflichtigen Messgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eicheanweisungen erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen“ kundmachen;

4. Zulassung neuer Messgerätebauarten zur Eichung;

5. Eichung von Messgeräten;

6. Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen;

7. Prüfung und Beglaubigung von Messgeräten im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes, Durchführung entsprechender Untersuchungen und Förderung der Messtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten; Erlassung von Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Messgeräte.

Aufgaben des Vermessungswesens

Die auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im Besonderen aber zur Erfüllung der durch das Ver-

messungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, und zwar
 - a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
 - b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
 - c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivelement) und
 - d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkräftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen;
8. Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes).

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im Wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostensätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

Kapitel 65 — Titel 650

261

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	331,6	34 847,4	35 179,0	922,8
1999	343,8	24 574,0	24 917,8	856,4
1999 vorl. Erfolg.....	358,4	25 797,1	26 155,5	3 276,7
2000	638,9	30 628,0	31 266,9	7 045,0

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur teilweise mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Bereiche auf Kapitel 65 übertragen worden:

Paragraf 6503 Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung von Titel 630 (Teilbeträge),

Paragraf 6530 Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF; zweckgeb. Gebarung) von Paragraf 1005,

Paragraf 6531 Technologie- und Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF von Paragraf 6317,

Paragraf 6531 Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftliche)/FWF von Paragraf 1414,

Paragraf 6533 Forschungs- und Technologietransfer von VA-Ansatz 1/14136, 1/14138, 1/14157 und 1/14168,

Paragraf 6535 Forschungsunternehmungen von Paragraf 1417 und 1419,

Paragraf 6536 Amt des ÖFPZ Arsenal von Paragraf 1402,

Titel 654 Wasserbauverwaltung von Titel 644, von Paragraf 6415 und 6416 sowie VA-Ansatz 1/64196 und 1/63016,

Titel 656 Straßenverwaltung von Titel 642,

Titel 658 Einrichtungen des Patentwesens von Titel 632.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie**Aufgaben**

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie umfasst im Wesentlichen Folgendes:

Angelegenheiten der Verkehrspolitik, insbesondere des Wasserbaues hinsichtlich Wasserstraßen,

Angelegenheiten des Verkehrswesens bezüglich Eisenbahnen, Schifffahrt und Luftfahrt,

Angelegenheiten der Straßenpolizei, Unfallforschung, Kraftfahrwesen,

Angelegenheiten der Bundesstraßen und der Unternehmen, die mit Bau und Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind,

Angelegenheiten des Wasserbaues hinsichtlich der Flüsse Donau, March, Thaya und sonstiger Wasserstraßen, Verwaltung des Marchfeldkanals,

Angelegenheiten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs und der Beförderung im Werksverkehr,

Angelegenheiten der Österreichischen Bundesbahnen und der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an Eisenbahnunternehmungen und an der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH,

Angelegenheiten des Arbeitsschutzes für Arbeitnehmer der Verkehrsbetriebe,

Regulierung des Post- und Telekommunikationswesens,

Angelegenheiten der wirtschaftlich-technischen Forschung (soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen) und
Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes insbesondere Patentwesens.

Paragraf 6500 Zentralleitung

Unter diesem Paragrafen sind die Verwaltungsausgaben des Bundesministeriums und auch Beiträge an internationale Organisationen, wie ICAO-Montral, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, TER, JAA und UPU, veranschlagt.

Ebenso sind die Instandhaltung und Betriebskosten des elektronischen Ökopunktesystems veranschlagt.

Paragraf 6501 Schifffahrtspolizei

Gesetzliche Grundlagen

Schifffahrtsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 62/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998;
Verordnung des BMfWuV, BGBl. II Nr. 312/1997.

Aufgaben

Der Schifffahrtspolizei obliegen auf Wasserstraßen, ausgenommen in die Landesvollziehung fallende, die Aufgaben der Schifffahrtspolizeibehörde und die Wahrnehmung der schifffahrtspolizeilichen Aufgaben gemäß Schifffahrtsgesetz 1997 (Überwachung der Einhaltung aller die Schifffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, Regelung der Schifffahrt einschließlich der Bezeichnung des Fahrwassers und Hilfeleistung bei Havarien).

Außenstellen (Strom-, Schleusen- bzw. Hafenaufsichten) befinden sich in Hainburg, Wildungsmauer, Wien, Greifenstein, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach, Engelhartzell und Freudenaus.

Paragraf 6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten

Gesetzliche Grundlagen

Telekommunikationsgesetz — TKG, BGBl. I Nr. 100/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 188/1999;

Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;

Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 160/1999;

Telekommunikationsgebührenverordnung — TKGV, BGBl. II Nr. 29/1998.

Aufgaben

Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:

Die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen, die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes. Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gemäß Regionalradiogesetz.

Paragraf 6503 Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung

Unter diesem Paragrafen sind die Personal- und Verwaltungsausgaben aus Paragraf 6300 für den mit Wirkung vom 1. April 2000 von Kapitel 64 übernommenen Aufgabenbereich veranschlagt.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

Gesetzliche Grundlagen

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 166/1999;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1999;

Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/1999;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. I Nr. 81/1999;

Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/1997;

Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957, das Bundesbahngesetz 1992 und das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz geändert werden (Schienenverkehrsmarkt-Regulierungsgesetz), BGBl. I Nr. 166/1999;

Kapitel 65 — Titel 651

263

Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personenah- und Regionalverkehrs, BGBl. I Nr. 204/1999;

Kraftfahrliniengesetz, BGBl. I Nr. 203/1999;

Schieneinfrastrukturfinanzierungsgesetz — SCHIG, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 166/1999;

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/1999;

Postgesetz 1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 18/1998;

Führerscheingesetz — FSG, BGBl. I Nr. 120/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/1999;

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbände.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahninfrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gem. § 3 Bundesbahngesetz 1992, § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr überträgt durch Verordnung den Österreichischen Bundesbahnen, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG bzw. der Brenner-Eisenbahngesellschaft die Planung und den Bau bestimmter Eisenbahninfrastrukturvorhaben, wofür der Bund ganz bzw. teilweise die Kosten zu tragen hat.

Für Zwecke der Finanzierung der Schieneinfrastrukturinvestitionen, der Benutzungsentgeltfestsetzung und -einhebung, der Fahrplantrassenvermittlung usw., wurde die Schieneinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m. b. H. (SCHIG) gegründet. Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes sind die von der ASFINAG eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Eisenbahnhochleistungsstrecken auf die SCHIG übergegangen und sind dieser die Zinsen zu ersetzen.

Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — lässt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten.

Auch im Verkehrsbereich wird es immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange objektive Beurteilungskriterien erfordert.

Im Bereich der Verkehrsverbände ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbänden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust“, der durch den Bund teilweise abgegolten wird.

Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	31907,3	0,0
1999	21 948,9	0,0
1999 vorl. Erfolg.....	23 157,6	850,0
2000	19 660,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Weniger veranschlagte Ausgaben auf Grund der Einsparungsziele insbesondere für Eisenbahninfrastruktur und gemeinwirtschaftliche Leistungen für den Postzeitungsversand.

Aufwendungen

	Millionen Schilling
Kosten für Eisenbahninfrastruktur	9 350,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB.....	8 174,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen.....	569,7
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Post und Telekom Austria AG.....	950,0,0
Verkehrsverbände	559,0
Allgemeiner Verkehr	57,2

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 82/1999;

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und der Folgeverträge hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1 500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischen Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn—ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn GesmbH hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Dies bezieht sich auch auf Investitionen der AG der Wiener Lokalbahnen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1998	2 422,1	129,1
1999	2 204,8	93,8
1999 vorl. Erfolg.....	2 269,9	104,3
2000	1 993,4	4,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Übertragung der Regionalen Innovationsprämie auf Kapitel 63 und Umstellung der Verrechnung des ITF von Paragraph 6527 auf Paragraph 6530. Weniger veranschlagte Ausgaben auf Grund des Einsparungszieles.

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

1 500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen

72,330 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

42,001 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Innovation und strukturpolitische Maßnahmen;

360,992 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

6,852 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

Kapitel 65 — Titel 653

265

Innovations- und strukturpolitische Maßnahmen

Die Regionale Innovationsprämie ist ab 2000 bei Kapitel 63 veranschlagt. Für die im Kapitel 65, Titel 652, angeführten übrigen regional- und strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen (Abwicklung der bereits genehmigten Förderungen aus RIF — Regionale Infrastrukturförderung und sonstigen regional- und strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen) wurde vorgesorgt.

Sonstige Förderungen

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 6,852 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 653 Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

Vor April 2000 waren die im gegenständlichen Titel zusammengefassten Förderungen und Aufwendungen bei den Kapiteln 10, 14, 63 und 65 veranschlagt (im Detail siehe dazu Beilage I.D im Teilheft).

Gesetzliche Grundlagen

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1999;

Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mbH, BGBl. I Nr. 15/1997;

ESA, BGBl. Nr. 95/1987;

EUMETSAT, BGBl. Nr. 304/1994.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
2000	46,5	2 218,5	2 265,0	471,1

Paragraf 6530 Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF; zweckgeb. Gebarung)**Aufgaben**

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbliche Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich.

Die unter Voranschlagsansatz 1/65308 veranschlagten Mittel dienen der internationalen wissenschaftlichen Kooperation in verschiedenen ESA-Programmen (die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994).

Einnahmen

Diese Einnahmen setzen sich aus

- Überweisungen gemäß Innovations- und Technologiefonds-Gesetz,
- Darlehenszinsen und
- Darlehensrückzahlungen zusammen.

Paragraf 6531 Technologie und Forschungsförderung (gewerbliche) FFF

Dem Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft obliegt die Förderung konkreter Forschungsvorhaben natürlicher Personen (Einzelforscher oder -gruppen) oder juristischer Personen (zB GmbH, AG) — einschließlich der Gewährung von Forschungsbeihilfen für Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Nachwuchses — im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in Österreich.

Paragraf 6532 Technologie und Forschungsförderung (wissenschaftliche) FWF**Förderungen**

Aufgabe des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Bei den Spezialforschungsbereichen werden fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Universitäten, Kunsthochschulen oder gemeinnützige außeruniversitären Forschungseinrichtungen) gefördert.

Paragraf 6533 Forschungs- und Technologietransfer**Förderungen**

Unter diesem VA-Ansatz sind Förderungsmittel für die Einrichtung und Stärkung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, welche wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung für die Wirtschaft und mit der Wirtschaft betreiben, veranschlagt. Der VA-Ansatz ermöglicht die Abkoppelung der grundlagenorientierten Forschungsförderung und damit eine Verbesserung des Wissenstransfers durch Vernetzung bestehender Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zu EUMETSAT (Übereinkommen über die Nutzung von Meteorologischen Satelliten) sowie jene Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei der ESA (Europäische Weltraumorganisation) ergeben.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die Urheberrechtsgebühren des ORF für die Benützung von EUMETSAT-Satellitendaten.

Aufwendungen

Durch die Mittel für Expertengutachten sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, nationale Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie festgelegt.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewusstseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind Beiträge an internationale Organisationen vorgesehen.

Paragraf 6534 Sondervorhaben/Technologie**Förderungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Ausgaben für Förderungen veranschlagt, die im Bereich der Technologiepolitik für die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie für die Unterstützung des Technologietransfers von der Wissenschaft zur Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Weiters werden hier Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation veranschlagt.

Aufwendungen

Im Bereich der Technologieoffensive werden Mittel für neue Impulssetzung zur Unterstützung von Unternehmen der österreichischen Wirtschaft vergeben sowie Vorhaben zur Stärkung der tech-

Kapitel 65 — Titel 654

267

nologischen Infrastruktur in Österreich mit besonderer Ausrichtung auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft finanziert.

Paragraf 6535 Forschungsunternehmungen**Förderungen**

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an die Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GmbH (ÖFZS) (vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie GmbH — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen.

Aufwendungen

Dieser Titel beinhaltet laufende Transferzahlungen an die per 1. Jänner 1997 gemäß Bundesgesetz (BGBl. I Nr. 15/1997) gegründete Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, die mit Einbringungsvertrag vom 16. März 1999 gemäß § 2 Abs. 4 leg. cit. in die Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GmbH eingegliedert wurde.

Paragraf 6536 Amt des ÖFPZ Arsenal GmbH

Durch die Ausgliederung des BFPZ Arsenal werden hier die für die Bundesbediensteten erforderlichen Personalausgaben, Kommunalsteuerzahlungen wie auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen (In- und Ausland) sowie die erforderlichen Fahrtkostenzuschüsse budgetiert. [Das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.) war bis zum Jahr 1996 unter dem Paragraf 1426 veranschlagt].

Einnahmen

Refundierung von Personalkosten für Beamte, die dem Amt der ÖFPZ Arsenal GmbH, gemäß § 8 Abs. 1 Bundesgesetz über die Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, dienst-zugeteilt sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
2000	46,5	3,6	50,1	69,0

Bis April 2000 erfolgte die Veranschlagung in Kapitel 14, Paragraf 1402.

Titel 654 Wasserbauverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 96/1997;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;

Wasserstraßen-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Verträge betreffend Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
2000	62,3	626,1	688,4	586,4

Paragraf 6541 Wasserstraßendirektion**Aufgaben**

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhal-

268

Kapitel 65 — Titel 655

tung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem der Thaya.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der (ehemaligen) Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

Paragraf 6542 Amt der Wasserstraßendirektion**Aufgaben**

Gemäß Bundesgesetzblatt über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft“ wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

VA-Ansätze 1/65438 und 1/65448 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgeb. Gebarung)**Aufgaben**

Der Aufgabenbereich der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfasst die Arbeiten an Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

VA-Ansatz 1/65466 Wasserbau — Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Gebarung)**Aufgaben**

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

VA-Ansatz 1/65476 Marchfeldkanal**Aufgaben**

Auf Grund des Marchfeldkanalgesetzes werden bei diesem Ansatz Förderungsmittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso wird für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

VA-Ansatz 1/65486 Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung**Aufgaben**

Hier ist für den Zuschuss des Bundes an die Österreichische Donau Betriebs AG vorgesorgt.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge**Gesetzliche Grundlagen**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;

Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 308/1999;

Gefahrgutbeförderungsgesetz — Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999;

Prüf- und Begutachtungsstellverordnung, BGBl. II Nr. 78/1998.

Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

Kapitel 65 — Titel 656

269

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	16,1	17,3	33,4	9,0
1999	16,9	18,5	35,4	1,8
1999 vorl. Erfolg.....	17,1	16,5	33,6	9,8
2000	17,9	17,0	34,9	3,8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Mehreinnahmen wurden für Prüfungsgebühren gemäß KFG veranschlagt.

Titel 656 Bundesstraßenverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 182/1999;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1997;

ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998;

Bundesstraßenfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/1999;

Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1998.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluss an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1998	7 504,4	1 282,9
1999	7 653,8	1 656,7
1999 vorl. Erfolg.....	7 260,5	1 312,5
2000	5 664,8	1 339,3

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Weniger veranschlagte Ausgaben resultieren insbesondere aus der Tatsache, dass die Gebarung für den Zeitraum Jänner bis März 2000 noch bei Kapitel 64 ausgewiesen sind sowie aus der allgemeinen Kürzung der Ermessensausgaben.

Bundesstraßen**Anlagen**

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen vorgesorgt.

Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)****Anlagen**

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, zB den Ausbau der Lawenschutzbauten an Bundesstraßen vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1997, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1997 bestimmt.

Straßenforschung

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie.

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrzeuggesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgen aus Veranlagungen.

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6;
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1998	97,1	39,9
1999	56,0	56,0
1999 vorl. Erfolg.....	54,9	40,0
2000	47,0	47,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Weniger erwartete zweckgebundene Einnahmen aus der Veranlagung von Fondsmittel und Einnahmen bei den Wunschkennzeichen.

Titel 658 Einrichtungen des gewerblichen Rechtsschutzes/Patentamt**Gesetzliche Grundlagen**

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 175/1998 und BGBl. I Nr. 191/1999;

Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 175/1998;

Schutzzertifikatsgesetz 1996, BGBl. Nr. 11/1997;

Halbleiterschutzgesetz, BGBl. Nr. 372/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 428/1996;

Gebrauchsmustergesetz, BGBl. Nr. 211/1994, zuletzt geändert BGBl. I Nr. 175/1998;

Kapitel 65 — Titel 658

271

Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1999 und BGBl. I Nr. 191/1999;

Musterschutzgesetz 1990, BGBl. Nr. 497/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;

Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 63/1999;

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1984;

Verordnung (EG) Nr. 40/1994 über die Gemeinschaftsmarke, ABI. Nr. L 011 vom 14. Jänner 1994, S 1, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 3288/1994 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 40/1994 zur Umsetzung der im Rahmen der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkünfte, ABI. Nr. L 349 vom 31. Dezember 1994, S 83;

Verordnung (EWG) Nr. 2081/1992 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, ABI. Nr. 208 vom 14. Juli 1992, S 1, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1068/1997, ABI. Nr. L 156 vom 13. Juni 1997, S 10;

Madriider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken BGBl. Nr. 400/1973 in der Fassung BGBl. Nr. 123/1984;

Protokoll zum Madriider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken, BGBl. III Nr. 32/1999, BGBl. I Nr. 191/1999;

Patent-Gebrauchsmuster-Marken- und Musterverordnung, BGBl. Nr. 226/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 238/1997;

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Herausgabe amtlicher Publikationen des Patentamtes, BGBl. II Nr. 237/1997;

Halbleiterschutzverordnung, BGBl. Nr. 528/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 439/1996;

Musteranmeldestellenverordnung, BGBl. Nr. 715/1990;

Patentamtsverordnung, PBl. I. Teil 1990, Nr. 161, zuletzt geändert durch Verordnung PBl. I. Teil 1999, Nr. 154;

Teilrechtsfähigkeitsverordnung, PBl. I. Teil 1996, Nr. 222.

Aufgaben**Patentangelegenheiten**

Zuständigkeit für die Prüfung, Erteilung, Rücknahme, Nichtigkeitsklärung, Aberkennung, Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, das Bestehen des Vorbenützerrechtes, Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister.

Weiters Zuständigkeit für alle internationalen Angelegenheiten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, insbesondere nach dem Patentszusammenarbeitsvertrag von Washington (April 1979), dem Europäischen Patentübereinkommen von München (Mai 1979) und dem PCT-Patentszusammenarbeitsvertrages (Patent Cooperation Treaty). Das Österreichische Patentamt ist internationale Prüfungs- und Recherchenbehörde nach dem PCT.

Weitere Schutzrechte

Zuständigkeit für alle nationalen und internationalen Belange betreffend
Schutzzertifikate;
Halbleiterschutz;
Gebrauchsmuster;
(Geschmacks-)Muster (Designschutz).

Markenangelegenheiten

Zuständigkeit in Markenangelegenheiten für das gesamte Prüfungs-, Anmelde-, Registrierungs- und Markenverwaltungsverfahren sowie Lizenz- und Pfandrechteinräumungen an nationalen österreichischen Marken; Entscheidung über die Eintragung von geografischen Angaben oder Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel in das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften geführte Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben; Führung des nationalen und internationalen Markenregisters.

Weiters Zuständigkeit für alle internationalen Angelegenheiten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Markenwesens, wie insbesondere nach dem Madrider Markenabkommen, dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen, der Verordnung (EG) Nr. 40/1994 über die Gemeinschaftsmarke.

Verwaltungsaufgaben mit richterlichem Einschlag

Entscheidung über Streitigkeiten in allen Schutzrechtsangelegenheiten, wie insbesondere die Beschwerde gegen Entscheidungen in Patent- oder Markenangelegenheiten oder die Nichtigerklärung und/oder Löschung von Patenten, Schutzzettifikaten, Gebrauchsmustern, Mustern und Marken.

Referat für den gewerblichen Rechtsschutz (in Personalunion mit dem Österreichischen Patentamt)

Patentwesen auch hinsichtlich der Angelegenheiten der Patentanwälte und ihrer beruflichen Vertretung, soweit hierfür nicht eine Sektion zuständig ist; Angelegenheiten des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen; Wahrnehmung und Vertretung internationaler Belange auf diesen Gebieten sowie auf dem Gebiet des Schutzes von Herkunftsangaben und anderen geografischen Bezeichnungen gegenüber dem Ausland und internationalen Institutionen, einschließlich des Verkehrs mit den österreichischen Vertretungsbehörden; Vorbereitung, Verhandlung und Durchführung einschlägiger Staatsverträge; Vertretung Österreichs hinsichtlich der Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	136,2	47,1	183,3	315,2
1999	143,5	50,5	194,0	296,2
1999 vorl Erfolg.....	142,7	48,7	191,3	337,0
2000	101,1	33,7	134,8	246,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Weniger veranschlagte Ausgaben resultieren insbesondere aus der Tatsache, dass die Gebahrung für den Zeitraum Jänner bis März 2000 noch bei Kapitel 63 ausgewiesen wird sowie aus der allgemeinen Kürzung der Ermessensausgaben.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent-, Patentverträge-Einführungs-, Schutzzertifikats-, Halbleiterschutz-, Gebrauchsmuster-, Markenschutz- und Musterschutzgesetzes eingehoben werden.

Kapitel 70 — Titel 700 und 702

273

Kapitel 70 Öffentliche Leistung und Sport

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport gemäß Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt I.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
2000	89,9	693,5	783,4	16,3

Die nunmehr bei Kapitel 70 budgetierten Ausgaben und Einnahmen waren vor dem Inkrafttreten der Bundesministerengesetz-Novelle bei folgenden Kapiteln mitveranschlagt:

Titel 700 Zentrale Leitung vormals Titel 100 und 500 mitveranschlagt,

Paragraf 7020 Verwaltungsakademie vormals Paragraf 1001,

Titel 703 Sportangelegenheiten vormals Titel 107.

Titel 700 Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport obliegen die allgemeinen Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten (soweit sie nicht in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallen), Angelegenheiten des Verwaltungsmanagements, Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der automationsunterstützten Datenverwaltung und Angelegenheiten des Sports.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
2000	58,6	82,6	141,2	0,3

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 27,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Aufwendungen

Diese Ausgaben betreffen den Administrativaufwand der Zentrale Leitung und den Aufwand für die automationsunterstützte Datenverarbeitung. Weiters sind hier die Erfordernisse für diverse Werkleistungen veranschlagt.

Titel 702 Dienststellen**Paragraf 7020 Verwaltungsakademie****Gesetzliche Grundlagen**

Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997.

Aufgaben

Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung und der Schulung von Führungskräften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1998	24,7	47,4	72,1	0,1
1999	28,8	55,7	84,5	0,7
1999 vorl. Erfolg.....	24,3	47,9	72,1	1,0
2000	18,9	36,7	55,6	0,6

274

Kapitel 70 — Titel 703

Bundесvoranschlag 2000 einschließlich der bei Kapitel 10 (Paragraf 1001) für Jänner bis März 2000 veranschlagten Beträge:

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
2000	24,4	48,5	72,9	1,1

Im Bundesvoranschlag 2000 sind auch Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Titel 703 Sportangelegenheiten**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999;

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999;

Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen, BGBl. I Nr. 149/1998.

Aufgaben

Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1998	69,1	741,4	810,5	73,9
1999	19,6	731,2	750,8	15,4
1999 vorl. Erfolg.....	16,7	828,9	845,6	10,2
2000	12,4	574,2	586,6	15,4

Bundесvoranschlag 2000 einschließlich der bei Kapitel 10 (Titel 107) für Jänner bis März 2000 veranschlagten Beträge:

2000	17,3	754,2	771,6	15,6
------------	------	-------	-------	------

Paragraf 7030 Sportförderung**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen

Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt Nachwuchsförderung. Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten gemäß § 1 des Bundessportförderungsgesetzes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

Paragraf 7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Hier sind die Mittel für den Betrieb der Bundessporteinrichtung Haus des Sports veranschlagt.

Kapitel 70 — Titel 703

275

Paragraf 7032 Amt der Bundessporteinrichtungen

Die hier veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der Kosten der Personalverwaltung der Beamten der neun Bundessporteinrichtungen: Wien-Blattgasse, Südstadt, Spitzerberg, Obertraun, Hintermoos, Kitzsteinhorn, Schielleiten, Faakersee und St. Christoph. Der Großteil der Ausgaben wird von der Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H. gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen (BSEOG) refundiert.

Paragraf 7033 Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.

Die hier veranschlagten Mittel sind für Gesellschafterzuschüsse, die Refundierung von Kosten sowie Ausgleichszahlungen an die Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H. gemäß § 5 und 10 des BSEOG vorgesehen.

B. Sonstiges**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 2000****Primärsaldo**

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluss über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundes- voranschlag 2000	Bundes- voranschlag 1999 *) Millionen Schilling	Erfolg 1998
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern ¹⁾	210 465	215 188	213 503
Übrige öffentliche Abgaben ²⁾	280 002	272 955	272 709
Sonstige Einnahmen ³⁾	254	250	233
Summe/Abgaben ...	490 721	488 392	486 445
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾	32 485	31 500	26 225
Summe 1.11 ...	458 236	456 892	460 220
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds ⁵⁾	19 097	19 031	18 303
für Krankenanstaltenfinanzierung bzw. Siedlungswasserwirtschaft ⁶⁾	2 177	1 419	1 281
Summe 1.12 ...	21 274	20 450	19 584
Summe 1.1 ...	479 510	477 342	479 804
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben ⁷⁾	93 568	89 938	88 345
Indirekte Abgaben ⁸⁾	498	598	710
Summe 1.2 ...	94 066	90 536	89 055
1.3 Bundesbetriebe:			
<i>Bundestheater</i>		427	754
1.4 Sonstige Einnahmen	153 101	129 133	141 960
Summe 1 ...	726 677	697 438	711 573
2. Ausgleichshaushalt	550 658	334 224	408 475
Insgesamt ...	1 277 335	1 031 662	1 120 048

Fußnoten siehe Seite 280.

278

Primärsaldo (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 2000	Bundes- voranschlag 1999 *) Millionen Schilling	Erfolg 1998
ab: 3. Nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus der EU und dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren ¹⁰⁾
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland ¹¹⁾	119	831	139
Einnahmen aus Vermögensverträgen ¹²⁾	0	0	2
Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter ¹³⁾	6	7
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland ¹⁴⁾	14 961	14 201	16 397
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland ¹⁵⁾	0	0	13
Zinsen aus Forderungen ¹⁶⁾	8 157	5 875	9 085
Summe 3.1 ...	23 243	20 915	25 636
3.2 Überweisungen vom AMS ¹⁷⁾	0	0
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	7 538	4 948	4 078
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	0	4 419	5 868
Summe 3.3 ...	7 538	9 365	9 946
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne ²¹⁾	23	18	244
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾ ...	10 558	11 081	7 850
Überweisungen des ERP-Fonds ²⁴⁾	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen ²⁵⁾	0	0	194
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen ²⁶⁾	14 254	13 428	14 574
Summe 3.4 ...	24 835	24 527	22 862
ab: 4. Nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in heimischer Währung ²⁷⁾	222 152	235 059	150 588
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	8 006	0	118 902
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	17 667	14 165	54 343
Kapitalrückzahlung ²⁰⁾	2 833	0
Entnahmen aus dem Bundesbesitz ⁴⁴⁾	20 000	10 000	6 508
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	280 000	75 000	78 134
Summe 4 ...	550 658	334 224	408 475
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	606 274	389 033	466 919
Verbleibende Einnahmen ...	671 061	642 629	653 129

Fußnoten siehe Seiten 280/281.

Primärsaldo (Ausgaben)

279

AUSGABEN	Bundes- voranschlag 2000	Bundes- voranschlag 1999 *) Millionen Schilling	Erfolg 1998
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Hoheitsverwaltung.....	781 324	765 667	774 507
1.2 Bundesbetriebe:			
<i>Bundestheater</i>		1 917	3 093
Summe 1 ...	781 324	767 584	777 600
2. Ausgleichshaushalt	496 010	264 077	342 448
Insgesamt ...	1 277 335	1 031 662	1 120 048
ab: 3. Nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an die EU und das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Ausland ³¹⁾	1 672	2 345	1 927
Erwerb von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	1 160	1 661	920
<i>Erwerb von ausländischen Wertpapieren</i> ¹⁰⁾			
Gewährung von Darlehen an das Ausland ¹¹⁾	0	0	
Ausgaben für Personal (Ausland) ³²⁾	356	305	311
Zinsen an das Ausland ³³⁾	1 548	126	5 578
Laufende Transferzahlungen (Ausland) ³⁴⁾	2 618	2 334	2 563
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) ³⁵⁾ ...	226	273	310
Summe 3.1 ...	7 580	7 044	11 609
3.2 Überweisungen an das AMS ³⁶⁾	2 837	2 490	2 595
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	1	110	14 957
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	193	4 652	5 868
Summe 3.3 ...	194	4 762	20 825
3.4 Finanzschuldenverwaltung (einschließlich sonstige Finanzierungen und Veranlagungen):			
Zinsen an das Ausland ³⁷⁾	12 253	10 725	19 813
Emissionsverluste ³⁸⁾	3 458	538	526
Sonstige Auslandszahlungen ³⁹⁾	345	236	1 660
Summe 3.4 ...	16 056	11 498	21 999

Fußnoten siehe Seiten 280/281.

280

Primärsaldo (Ausgaben)

	Bundes- voranschlag 2000	Bundes- voranschlag 1999 *) Millionen Schilling	Erfolg 1998
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste 40)	3 069	20	719
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) 22)
Haftungsübernahmen des Bundes 23)	11 957	13 475	7 746
Überweisungen an den ERP-Fonds 24) ...	443	51	119
Zahlungen an ASFINAG 41)	20	0	0
Zurückstellung von Silbermünzen 25)	80	80	274
Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger 45)	4 352	0	—
Überweisungen zwischen Kapitel des Bun- deshaushaltes auf Grund von Gesetzen 42)	14 218	13 428	14 577
Summe 3.5 ...	34 139	27 055	23 435
ab: 4. Nachfrageunwirksame Ausgaben des Aus- gleichshaushaltes:			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG (Til- gung) 43)	0	0
Rückzahlung von Finanzschulden in heimi- scher Währung 27)	137 893	145 664	133 078
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung 28)	38 351	19 606	24 687
Rückzahlung von Schulden/Währungs- tauschverträge (SWAP) 29)	19 766	13 807	84 125
Kapitalauszahlung — Forderungszugänge 20)	0	0
Erwerb von Bundstiteln 44)	20 000	10 000	22 581
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanz- schulden) für den laufenden Aufwand 30)	280 000	75 000	77 977
Summe 4 ...	496 010	264 077	342 448
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben) ...	556 816	316 926	422 911
Verbleibende Ausgaben ...	720 519	714 735	697 137
Primärsaldo I ...	49 458	72 107	44 008
ab: 5. Beitrag zur Europäischen Union 4)	32 485	31 500	26 225
Primärsaldo II ...	16 973	40 607	17 783

Fußnoten zur Übersicht „Primärsaldo“:

- *) Bundesvoranschlag 1999 idF BGBl. I Nr. 10/1999.
- 1) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 83 ...
- 2) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 84 ...
- 3) Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
- 4) Titel 529; hievon Länderanteil: 0,001 (BVA 2000), 0,001 (BVA 1999) und 5 920,000 (Erfolg 1998) Millionen Schilling sowie Anteil der Gemeinden: 0,001 (BVA 2000), 0,001 (BVA 1999) und 726,000 (Erfolg 1998) Millionen Schilling.
- 5) Voranschlagsposten: 83 .. der VA-Ansätze 19310, 19311 und 53400.
- 6) Voranschlagsposten: 84 .. der VA-Ansätze 17230, 18630, 51110, 53205.
- 7) Voranschlagsposten: 83 .. der Kapitel 01 bis 70 (ausgenommen Kapitel 52 und VA-Ansätze 19310, 19311 sowie 53400).
- 8) Voranschlagsposten: 84 .. der Kapitel 01 bis 70 (ausgenommen Kapitel 52 und VA-Ansätze 17230, 18630, 51110 und 53205).
- 9) Voranschlagsposten: 081 ..
- 10) Voranschlagsposten: 088 ..
- 11) Voranschlagsposten: 249., 259. und 268 ..
- 12) Voranschlagsposten: 884. des Titels 503.
- 13) Voranschlagsposten: 883. des Voranschlagsansatzes 1/15784.
- 14) Voranschlagsposten: 883. und 884. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784 und 503 ..).
- 15) Voranschlagsposten: 886., 887. und 888 ..
- 16) Voranschlagsposten: 8296.
- 17) VA-Ansätze: 2/1557., 2/6357.

Primärsaldo

281

- 18) Voranschlagsposten: 298 ..
- 19) Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 20) Voranschlagsposten: 306. und 307.
- 21) Voranschlagsposten: 8292 und 8298.
- 22) Voranschlagsposten: 085 . und 223 ..
- 23) Titel 547.
- 24) Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 25) Paragraph 5010.
- 26) Voranschlagsposten: 8262, 8263.
- 27) Voranschlagsposten: 300.
- 28) Voranschlagsposten: 301.
- 29) Voranschlagsposten: 302., 303., 304. und 305.
- 30) Voranschlagsposten: 355 ..
- 31) Voranschlagsansatz 40108, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 2000: 1 226, 1999: 1 807 sowie 1998: 1 619 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.
- 32) Voranschlagsposten: 5 .. 1.
- 33) Voranschlagsposten: 655 ..
- 34) Voranschlagsposten: 780 ., 781 ., 782 ., 783 . und 784 ..
- 35) Voranschlagsposten: 785 ., 786 ., 787 ., 788 . und 789 ..
- 36) VA-Ansätze: 1/1557., 1/6357.,
- 37) Voranschlagsposten: 653 . und 654 ..
- 38) Voranschlagsposten: 6579.
- 39) Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 der VA-Ansätze 1/56908 und 1/58908 sowie bis einschließlich 1998 der VA-Ansätze 1/57908 und 1/59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 ..).
- 40) Voranschlagsposten: 6571 und 658 ..
- 41) Voranschlagspost 7280 der VA-Ansätze 1/64298, 1/65698.
- 42) Voranschlagsposten: 7292, 7293.
- 43) Voranschlagsposten: 741 . /001 des Voranschlagsansatzes 7/54847.
- 44) Voranschlagsposten: 223. des Ausgleichshaushaltes.
- 45) Voranschlagspost 7317/001 des Voranschlagsansatzes 1/19387.

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, dass die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringemde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, dass diese Mittel wieder in Krediten im Inland verlangt werden.

Personalstand und Personalausgaben

Dem Bundesfinanzgesetz 2000 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich Lehrlinge) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 2000 vorgesehen ist, ist der hierfür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 3 und 5 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen ¹⁾ stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein.

Hinsichtlich der veranschlagten Stände wird auf den Amtsbehelf zum BFG 2000, II. Teil, Beilage G „Personalstand und Personalausgaben“ verwiesen.

	2000	1999
Stellenplan des Bundes — Teil II.A.....	155 276	158 800
Bundesbedienstete — Teil V ²⁾	44 303	45 433
Bundesbedienstete — Teil VI ³⁾	1 585	1 293
Bundesbedienstete — Teil VII ³⁾	11 617	11 617

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, idF BGBl. I Nr. 79/1998 enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte

Beamte und Vertragsbedienstete

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. I Nr. 6/2000), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. I Nr. 6/2000), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 5 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, etwa der Bühnenarbeiter der Bundestheater.

Sonstige Zahlungen

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden ua. berücksichtigt:

¹⁾ Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan.

²⁾ Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen.

³⁾ Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im Wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlass der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 in der Fassung des Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2000.

Sonderzahlungen ⁵⁾

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 ⁶⁾, bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ⁷⁾ jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen

Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 136/1999, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumswendungen

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1997 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984), vorgesehenen Jubiläumswendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. I Nr. 61/1997 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 222/1999, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Universitäten der Künste, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung

Auch im Jahre 2000 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 32/1999, von den Bundesländern getragen.

⁵⁾ Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

⁶⁾ In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

⁷⁾ In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

Besoldung der Landeslehrer

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden seit 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Über die Personalausgaben den veranschlagten Stand betreffend gibt die Beilage G.14 im Amtsbehelf zum BFG 2000, II. Teil, Auskunft.

Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 2000¹⁾

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2000, das Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 127/1999, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999, das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996, das Bundesforstegesetz, BGBl. Nr. 793/1996, und das Bundestheaterorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 108/1998, berücksichtigt.

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Kinderzulage (vormals Haushaltszulage), die Ergänzungszulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Der Anspruch auf Pflegegeld ist im Bundespflegegeldgesetz geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührende Ruhe-(Versorgungs-)Bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Sonderregelungen

Die Ruhe-(Versorgungs-)Genüsse von Pensions-(Provisions-)Parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsaufwand der Bundestheaterbediensteten ist im Bundestheaterorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 108/1998, geregelt.

¹⁾ Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 2000, II. Teil (Beilagen G₁₀ bis G₁₄).

²⁾ In der Fassung BGBl. I Nr. 1/1998.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamt, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärarischen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Die Pensionsverpflichtungen der Österreichischen Bundesforste werden nach § 2 Abs. 2 Bundesforstgesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, zur Gänze von der Österreichischen Bundesforste AG ersetzt.

Der Pensionsaufwand für Ruhe- und Versorgungsempfänger der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ist im § 21 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 166/1999, geregelt.

Der Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsempfänger der bisherigen Post- und Telegraphenverwaltung sowie für Ruhe- und Versorgungsempfänger nach Beamten, die der Post und Telekom Austria AG dienstzugehört waren, ist in § 17 Abs. 7 und 8 des Poststrukturgesetzes, BGBl. I Nr. 166/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/1999, geregelt.

Mittelbare Bundesverwaltung

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanswartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherren oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthöhe stehenden Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinbarten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

286

Starrheit des Bundeshaushaltes — Investitionen und Investitionsförderung**Starrheit des Bundeshaushaltes**

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 2000 ¹⁾		Bundesvoranschlag 1999 ¹⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	143 508	11,2	139 742	13,5
1.2. Sachausgaben	370 775	29,0	368 309	35,7
Summe 1. ...	514 283	40,3	508 051	49,2
2. Ermessensausgaben				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden und sonstige Finanzierungen ²⁾	619 875	48,5	371 709	36,0
Summe 1. und 2.1. ...	1 134 158	88,8	879 760	85,3
2.2. Übrige Ermessensausgaben ³⁾ <i>Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckge- bundener Einnahmen.....</i>	143 176 38 313	11,2 3,0	151 902 30 665	14,7 3,0
Summe 1. und 2. ...	1 277 334	100,0	1 031 662	100,0

¹⁾ Gesamthaushalt.

²⁾ Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden, Währungstauschverträgen sowie sonstige Finanzierungen und Veranlagungen (einschließlich Kassenstärker-Kreditoperationen), soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

³⁾ Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

Investitionen und Investitionsförderung

287

	2000 ¹⁾	1999 ¹⁾ Milliarden Schilling	1998 ²⁾
Bundесvoranschlag:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 4)}	14,6	17,8	17,5
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) ³⁾	0,8	0,9	1,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ^{3) 5)}	3,9	3,6	4,1
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ^{3) 6)}	49,6	50,6	57,9
Summe ⁷⁾ ...	68,9 ⁸⁾	72,9	80,5 ⁹⁾
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft ¹⁰⁾	6,1	7,8	7,1
Wohnungsbau ¹¹⁾	25,1	25,2	25,1
Übrige Gebäude ¹²⁾	7,2	8,7	9,2
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) ¹³⁾	4,6	5,5	5,3

	Stabilisierungs- quote	2000 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe	Stabilisierungs- quote	1999 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe
Milliarden Schilling						
Konjunkturausgleich- Voranschlag:						
Eigeninvestitionen:						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 16)}	0,9	2,2	3,1	0,8	2,1	2,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ¹⁶⁾	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ³⁾	0,4	0,1	0,5	0,5	0,2	0,7
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ¹⁷⁾	1,1	0,3	1,4	1,1	0,4	1,5
Summe...	2,4	2,6	5,0	2,4	2,7	5,1

	2000 ¹⁾	1999 ¹⁾ Milliarden Schilling	1998 ²⁾
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ¹⁴⁾	4,0	4,0	—
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds) ¹⁴⁾ ...	0,5	0,5	—
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) ¹⁴⁾	5,0	5,0	—
Schieneinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft ¹⁴⁾	4,0	4,0	3,7

Fußnoten siehe Seiten 288 bis 289.

Fußnoten zu Seite 287:

- 1) Voranschlag (BVA 1999 idF BGBl. I Nr. 10/1999).
 2) Jahreserfolg.
 3) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und Ähnliches.
 4) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits-(Amts-)Behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.
 5) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits-(Amts-)Behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung“ vermindert um die in der Fußnote ³¹⁾ auf Seite 281 des Arbeits-(Amts-)Behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.
 6) Investitionsförderung: siehe Beilage O₉ (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz zuzüglich Kapitalaufstockung (alle Voranschlagsposten 080., jedoch ohne die des Voranschlagsansatzes 1/54022).
 7) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsmachtungen des Bundesministers für Finanzen.
 8) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht.....	0,67	0,24	0,09	1,31	0,18	0,00	2,49
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,65	0,14	0,08	0,88	1,84	0,00	3,59
13	Kunst.....	0,23	0,02	0,58	0,34	0,00	1,17
21	Gesundheit.....	0,01	0,02	0,04	0,97	0,00	1,04
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,01	0,01	0,02	0,77	0,00	0,81
23	Wohnungsbau.....	0,04	0,00	0,00	24,95	0,09	0,01	25,09
32	Straßen.....	2,45	0,05	0,41	2,36	0,14	0,00	0,00	5,41
33	Sonstiger Verkehr.....	0,08	0,00	0,01	13,39	0,00	0,04	13,52
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,43	0,01	0,17	3,32	0,00	3,93
35	Energiewirtschaft.....	0,01	0,00	0,00	0,01
36	Industrie und Gewerbe.....	0,00	0,00	0,00	0,17	0,00	0,00	0,17
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	0,05	0,02	0,00	0,02	3,26	0,00	3,35
38	Private Dienstleistungen.....	0,04	0,00	0,04
41	Landesverteidigung.....	1,12	0,01	2,83	0,04	4,00
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,34	0,19	0,86	1,39
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	1,28	0,10	0,10	1,38	0,03	2,89
	Summe...	7,36	0,81	0,68	10,46	49,45	0,09	0,05	68,90
		19,31				49,59			

Investitionen und Investitionsförderung

289

Fußnoten zu Seite 287 (Fortsetzung):

⁹⁾ Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	Kapital- beteili- gung	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht.....	0,77	0,31	0,13	1,54	0,13	0,00	2,88
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,62	0,13	0,06	1,64	1,73	4,18
13	Kunst.....	0,28	0,04	0,94	0,34	1,60
21	Gesundheit.....	0,04	0,01	0,07	0,35	0,00	0,47
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,00	0,01	0,01	0,59	0,61
23	Wohnungsbau.....	0,09	0,00	0,00	24,95	0,08	25,12
32	Straßen.....	2,33	0,06	0,05	2,67	0,12	5,23
33	Sonstiger Verkehr.....	0,10	0,00	0,02	14,42	0,00	7,96	22,50
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,43	0,01	0,22	3,59	0,00	4,25
35	Energiewirtschaft.....	0,01	0,01
36	Industrie und Gewerbe.....	0,00	0,00	0,00	0,60	0,01	0,70	1,31
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	0,08	0,01	0,03	2,26	2,38
38	Private Dienstleistungen.....	0,03	0,03
41	Landesverteidigung.....	1,53	0,01	2,56	0,05	4,15
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,45	0,29	1,20	1,94
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	1,36	0,13	0,17	2,18	0,04	3,88
	Summe...	8,08	1,01	0,41	13,08	49,21	0,09	8,66	80,54
		22,58				57,96			

¹⁰⁾ Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61.), der Post-Untergliederungen 0. bis 8. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02. bis 06. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46), 10., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 70 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

¹¹⁾ Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46) der Kapitel 01 bis 70 (bis einschließlich BVA 1999: Kapitel 01 bis 71).

¹²⁾ Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau und beim Straßenbau.

¹³⁾ Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64208, 1/64228, 1/65608 und 1/65628 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61., 69., 720., 727., 7290, 73. und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4., sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 70 (bis einschließlich BVA 1999: Kapitel 01 bis 71) sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

¹⁴⁾ Diese Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds bzw. Gesellschaften.

¹⁵⁾ Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1999 und 2000 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

¹⁶⁾ Siehe die Beilagen O₁₂, O₁₃, O₁₅ und O₁₆ der Amtsbehalte zum Bundesfinanzgesetz vermindert um die Spalte „Landesverteidigung“; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

¹⁷⁾ Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen O₁₄ und O₁₇ der Amtsbehalte zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1999 und 2000.

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anlässlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Nähere Details über die Jahresbestandsrechnung des Bundes können dem jeweiligen Bundesrechnungsabschlüssen entnommen werden (Band 2, Abschnitt B).

Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen

291

Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen

Bezeichnung der Institution (des Unternehmens)	Bundes- voranschlag 2000	Bundes- voranschlag 1999	Bundes- rechnungs- abschluss 1998
	Millionen Schilling		
a) Zahlungen vom Bund an ausgegliederte Institutionen: 1)			
ASFINAG.....	20	0	0
Austro Control.....	0	0	0
Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG).....	3 223	4 138	3 870
Bundesrechenzentrum GmbH.....	6	8	6
Bundessporteinrichtungen GmbH.....	100	115	0
Bundestheatergesellschaften.....	2 757	991	0
Bundesversuchswirtschaften Ges.m.b.H.....	9	0	10
Diplomatische Akademie.....	29	30	30
Münze Österreich AG.....	37	36	33
Museen (Anstalten öffentlichen Rechts).....	637	208	0
ÖFPZ Arsenal GmbH.....	253	262	264
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur.....	35	25	19
Österreichische Donau Betriebs AG.....	73	100	74
Österreich Institut GmbH.....	14	15	11
Österreichische Bundesbahnen.....	40 709	41 551	44 718
Österreichische Bundesforste AG.....	19	21	18
Österreichische Postsparkasse AG.....	867	944	857
Österreichische Salinen AG.....	157	162	158
Österreichische Staatsdruckerei.....	50	51	49
Post und Telekom Austria AG.....	30 537	30 253	30 371
Schloss Schönbrunn GmbH.....	2	0	0
Statistik Österreich — BA öffentlichen Rechts.....	868	0	0
Tiergarten Schönbrunn GmbH.....	28	31	28
Umweltbundesamt Gesellschaft m.b.H.....	222	222	0
b) Zahlungen von ausgegliederten Institutionen an den Bund: 1)			
ASFINAG.....	100	100	191
Austro Control.....	2	2	2
Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG).....	5 503	3 942	1 153
Bundesrechenzentrum GmbH.....	7	8	7
Bundessporteinrichtungen GmbH.....	11	11	0
Bundestheatergesellschaften.....	385	124	0
Bundesversuchswirtschaften Ges.m.b.H.....	8	0	12
Münze Österreich AG.....	25	22	22
Museen (Anstalten öffentlichen Rechts).....	73	32	0
ÖFPZ Arsenal GmbH.....	81	98	81
Österreichische Donau Betriebs AG.....	88	80	65
Österreichische Bundesbahnen.....	6 649	6 201	6 159
Österreichische Bundesforste AG.....	38	41	57
Österreichische Postsparkasse AG.....	668	751	691
Österreichische Salinen AG.....	4	4	4
Österreichische Staatsdruckerei.....	7	5	6
Post und Telekom Austria AG.....	21 281	21 621	21 327
Schloss Schönbrunn GmbH.....	1	1	0
Statistik Österreich — BA öffentlichen Rechts.....	161	0	0
Tiergarten Schönbrunn GmbH.....	18	18	11
Umweltbundesamt Gesellschaft m.b.H.....	58	54	0

1) Ausgenommen Leistungsentgelte.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß §35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ist normiert, daß der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.

- Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten
- Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
 - Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
 - die von vom Bund verschiedenen Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, daß die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die gesetzliche Refundierungsverpflichtung unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs. 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs (gemäß § 5 Abs. 4 Z 3 BHG).

Zu den außerbudgetären Finanzierungen zählen die

- IAKW-Finanzierungen
- ÖIAG-Finanzierungen
- SCHIG-Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen.

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgenden Aufstellungen über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes geben an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß 1.,
4. die Entwicklung des Standes der Verschuldung, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie der gesetzliche Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften des Bundes.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger			Auswirkungen auf den BVA 2000				
(Gesetzliche Grundlage (BGBl. Nr.))	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Millionen S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 2000		
			in Milliarden Schilling				
a) Finanzierung (ausschließlich)							
298/1981 602/1981 633/1982 589/1983 298/1987 421/1991 973/1993	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neu- ordnung des ÖIAG-Konzerns	118,651	—	—	1/54847/7411	0,001
						7/54847/7411/001	0,002
						1/54847/7414	0,001
						7/54847/7414/001	0,002
						1/54847/7415	0,001
						7/54847/7415/001	0,002
						1/54847/7416	0,001
	7/54847/7416/001	0,002					
201/1996 113/1997	Schieneinfrastrukturfi- nanzierungs-Gesell- schaft mbH	Finanzierung von Eisenbahnin- frastrukturinvestitionen	83,000 ¹⁾	83,000	12,000	1/65148/7280	0,001
b) Finanzierung und Bau							
223/1985	IAKW-AG	Österreichisches Konferenzzentrum	4,500 ²⁾	3,200	—	1/54828/7280	12,000

¹⁾ 60 Milliarden Schilling Kapital zuzüglich Zinsen und weitere 23 Milliarden Schilling Eisenbahninfrastrukturschulden der ASFINAG mit Inkrafttreten der ASFINAG/SCHIG-Novelle 1997.

²⁾ Die Gesamtkosten stellen die bis einschließlich 1999 angefallenen Kosten dar. Bei einem Austritt der arabischen Partner ist gemäß Sydikatsvertrag (spätestens in 50 Jahren nach Vertragsabschluss 1984) bei der anzunehmenden „Schillingvariante“ die übernommene Beteiligung von 1,5 Milliarden Schilling zuzüglich einer Prämie von 25% zu leisten.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften) (bis 31.12.1996), der SCHIG, der ÖIAG³⁾ und der IAKW-AG sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften 1986 bis 1999

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonder- finanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen ¹⁾ zum 31. 12.
1986	63,4	19,6	+17,3	202,0 ²⁾
1987	83,6	22,3	+20,2	227,7 ²⁾
1988	94,5	13,0	+10,9	249,5 ²⁾
1989	103,3	11,2	+ 8,8	274,1 ²⁾
1990	112,6	13,6	+ 9,3	273,1 ²⁾
1991	118,4	9,3	+ 5,8	338,3 ²⁾
1992	129,5	10,6	+11,1	338,3 ²⁾
1993	137,0	14,4	+ 7,5	338,3 ²⁾
1994	145,4	14,7	+ 8,4	338,3 ²⁾
1995	151,2	20,6	+ 5,8	338,3 ²⁾
1996	146,8	13,1	- 4,4	338,3 ²⁾
1997	74,1	8,3	+ 7,4	210,5
1998	80,5	6,9	+ 6,9	210,5
1999 ⁴⁾	81,5	7,9	+ 7,9	210,5

1) Für Kapital, Zinsen und Kosten.

2) Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1986 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

3) In der Spalte „Verschuldung zum 31. 12.“ ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte „Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12.“ beinhaltet alle Haftungsgesetze.

4) Bei den Angaben für 1999 handelt es sich teilweise noch um vorläufige Werte.

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. In den nachfolgenden Übersichten 1 und 2 sind diese Rechtsträger zu Gruppen zusammengefasst. Die Gebarungsergebnisse dieser Rechtsträger werden jährlich von der Bundesanstalt Statistik Österreich (bis 1999: Österreichisches Statistisches Zentralamt) ausgewertet und publiziert („Gebarungsübersichten“ in der Reihe „Beiträge zur österreichischen Statistik“). Für das Rechnungsjahr 1998 umfasste diese Finanzstatistik insgesamt knapp 3700 Rechtsträger (neben Bund und Bundesländer etwa 2360 Gemeinden, 1000 Gemeindeverbände, 110 Bundes-, Landes- und Gemeindefonds, 80 Kammern und 50 Sozialversicherungsträger).

Übersicht 1

	Bruttoausgaben ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ²⁾	2000 ³⁾
	Milliarden Schilling									
Bund ⁴⁾	620,3	658,4	700,2	732,0	765,1	755,3	833,4	801,0	829,4	801,3
Länder (ohne Wien)	170,8	190,0	207,6	211,5	227,3	235,6	238,7	251,3	263,8	
Gemeinden (ohne Wien)	123,3	135,7	146,2	154,9	163,6	164,6	167,2	172,5	177,9	
Wien (Land und Gemeinde)	96,0	110,1	112,2	126,2	139,6	127,8	122,6	132,6	142,5	
Gemeindeverbände ⁵⁾	4,2	4,6	5,4	6,3	6,9	7,5	24,4	26,6	28,8	
Bundesfonds	43,0	44,6	44,5	43,8	65,7	68,2	72,1	46,3	46,3	
Landesfonds ⁶⁾	—	—	—	—	—	—	55,4	70,0	76,3	
Sonst. Träger öffentl. Rechts ⁷⁾	23,9	28,2	28,4	30,7	26,5	28,1	30,2	33,4	36,6	
Sozialversicherungsträger	331,2	361,3	412,1	410,6	461,1	484,0	496,8	503,0	514,5	
Staat (Summe)	1 412,9	1 532,9	1 656,6	1 716,0	1 855,8	1 871,2	2 040,9	2 036,6	2 116,2	

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1998); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Anteil in %									
Bund ⁴⁾	43,9	43,0	42,3	42,7	41,2	40,4	40,8	39,3	39,2	
Länder (ohne Wien)	12,1	12,4	12,5	12,3	12,2	12,6	11,7	12,3	12,5	
Gemeinden (ohne Wien)	8,7	8,9	8,8	9,0	8,8	8,8	8,2	8,5	8,4	
Wien (Land und Gemeinde)	6,8	7,2	6,8	7,4	7,5	6,8	6,0	6,5	6,7	
Gemeindeverbände ⁵⁾	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	1,2	1,3	1,4	
Bundesfonds	3,0	2,9	2,7	2,6	3,5	3,6	3,5	2,3	2,2	
Landesfonds ⁶⁾	—	—	—	—	—	—	2,7	3,4	3,6	
Sonst. Träger öffentl. Rechts ⁷⁾	1,7	1,8	1,7	1,8	1,4	1,5	1,5	1,6	1,7	
Sozialversicherungsträger	23,4	23,6	24,9	23,9	24,8	25,9	24,3	24,7	24,3	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Daten laut Finanzstatistik; ohne Schuldentilgung, einschließlich nicht über den Rechnungsabschluss geführte Ausgaben.

²⁾ Schätzungen.

³⁾ Bundesvoranschlag bzw. -entwurf.

⁴⁾ Einschließlich Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerchaften.

⁵⁾ Bis 1996 Gemeindeverbände im Range einer Gebietskörperschaft (Sozialhilfe- und Schulgemeindeverbände), ab 1997 einschließlich aller neu erhobenen Verbände (insbesondere Wasserversorgungs-, Umwelt-, Reinhaltungs- und Bezirkskrankenhausverbände).

⁶⁾ 1997: Landeskrankenanstaltenfonds (einschließlich Wien), ab 1998 einschließlich aller neu erhobenen Landesfonds (einschließlich Wien).

⁷⁾ Insbesondere Kammern.

Nettoausgaben

Übersicht 2

	Bruttoeinnahmen ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ²⁾	2000 ³⁾
	Milliarden Schilling									
Bund ⁴⁾	557,7	592,1	602,0	627,3	647,4	666,2	766,2	718,9	719,4	726,4
Länder (ohne Wien).....	171,3	188,8	205,9	207,5	214,7	232,9	243,4	253,5	263,6	
Gemeinden (ohne Wien)	122,2	133,3	141,4	148,1	154,7	160,9	166,9	170,3	180,0	
Wien (Land und Gemeinde).....	96,0	112,7	110,9	118,6	129,6	127,0	123,8	133,1	142,5	
Gemeindeverbände ⁵⁾	4,1	4,5	4,0	6,3	6,8	7,3	22,7	24,4	26,1	
Bundesfonds.....	36,5	36,4	39,2	35,3	64,3	70,6	70,9	47,7	47,7	
Landesfonds ⁶⁾	—	—	—	—	—	—	55,4	70,8	77,0	
Sonst. Träger öffentl. Rechts ⁷⁾	23,9	26,8	27,4	29,7	26,2	28,3	29,8	32,5	35,3	
Sozialversicherungsträger	323,9	347,9	401,5	394,2	456,9	480,7	497,0	506,1	511,1	
Staat (Summe)	1 335,7	1 442,6	1 532,3	1 567,1	1 700,7	1 773,9	1 976,2	1 957,3	2 006,7	

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1998); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 2)

	Bruttoeinnahmen									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Anteil in %									
Bund ⁴⁾	41,8	41,0	39,3	40,0	38,1	37,6	38,8	36,7	35,9	
Länder (ohne Wien).....	12,8	13,1	13,4	13,2	12,6	13,1	12,3	13,0	13,1	
Gemeinden (ohne Wien)	9,2	9,2	9,2	9,5	9,1	9,1	8,4	8,7	9,0	
Wien (Land und Gemeinde).....	7,2	7,8	7,2	7,6	7,6	7,2	6,3	6,8	7,1	
Gemeindeverbände ⁵⁾	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	1,2	1,2	1,3	
Bundesfonds.....	2,7	2,5	2,6	2,3	3,8	4,0	3,6	2,4	2,4	
Landesfonds ⁶⁾	—	—	—	—	—	—	2,8	3,6	3,8	
Sonst. Träger öffentl. Rechts ⁷⁾	1,8	1,9	1,8	1,9	1,5	1,6	1,5	1,7	1,8	
Sozialversicherungsträger	24,3	24,1	26,2	25,2	26,9	27,1	25,2	25,9	25,7	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Brutto- und Nettoeinnahme laut Finanzstatistik

In den Übersichten 1 und 2 sind zunächst die Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen der öffentlichen Rechtsträger dargestellt. Das sind die Gesamtausgaben/-einnahmen laut Rechnungsabschluss plus nicht über den Rechnungsabschluss geführte Ausgaben/Einnahmen minus Schuldentilgung/-aufnahmen. Für die Darstellung der Nettoeinnahme (Übersicht 3) werden folgende Positionen in Abzug gebracht:

- a) Interne Verrechnungen innerhalb desselben Rechtsträgers,
- b) Zuführung an/Entnahme aus Rücklagen,
- c) Überweisungen zwischen den einzelnen Rechtsträgern.

Weiters werden die Ausgaben und Einnahmen der brutto verrechneten Erwerbsbetriebe durch die entsprechenden Abgänge oder Überschüsse ersetzt.

¹⁾ Daten laut Finanzstatistik; ohne Schuldenaufnahmen, einschließlich nicht über den Rechnungsabschluss geführte Einnahmen.

²⁾ Schätzungen.

³⁾ Bundesvoranschlag bzw. -entwurf.

⁴⁾ Einschließlich Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerchaften.

⁵⁾ Bis 1996 Gemeindeverbände im Range einer Gebietskörperschaft (Sozialhilfe- und Schulgemeindeverbände), ab 1997 einschließlich aller neu erhobenen Verbände (insbesondere Wasserversorgungs-, Umwelt-, Reinhalte- und Bezirkskrankenhausverbände).

⁶⁾ 1997: Landeskrankenanstaltenfonds (einschließlich Wien), ab 1998 einschließlich aller neu erhobenen Landesfonds (einschließlich Wien).

⁷⁾ Insbesondere Kammern.

Volkswirtschaftliche Steuerquote

297

Übersicht 3

	Nettoeinnahme ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Staat, in Milliarden Schilling									
Bruttoausgaben ²⁾	1 412,9	1 532,9	1 656,6	1 716,0	1 855,8	1 871,2	2 040,9	2 036,6		
minus Saldo der Bereinigungs- posten ³⁾	-156,8	-180,6	-209,6	-172,5	-269,2	-189,0	-157,3	-177,7		
minus Intergovernmentale Transfers ⁴⁾	-218,1	-231,7	-245,4	-268,4	-309,9	-310,9	-343,0	-369,6		
Nettoausgaben	1 038,0	1 120,5	1 201,7	1 275,1	1 276,7	1 371,2	1 540,6	1 489,3		
Bruttoeinnahmen ⁵⁾	1 335,7	1 442,6	1 532,3	1 567,1	1 700,7	1 773,9	1 976,2	1 957,3		
minus Saldo der Bereinigungs- posten ³⁾	-200,0	-203,5	-216,2	-204,8	-223,4	-196,5	-153,9	-169,6		
minus Intergovernmentale Transfers ⁴⁾	-171,5	-182,6	-196,3	-215,4	-259,9	-266,9	-316,1	-352,4		
Nettoeinnahmen.....	964,2	1 056,5	1 119,9	1 146,9	1 217,5	1 310,5	1 506,2	1 435,3		

Quelle: Statistik Österreich

(zu Übersicht 3)

	Nettoeinnahme									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Bund, in Milliarden Schilling									
Bruttoausgaben ²⁾	620,3	658,4	700,2	732,0	765,1	755,3	833,4	801,0		
minus Saldo der Bereinigungs- posten ³⁾	-96,4	-104,3	-99,6	-94,3	-84,8	-52,2	-157,3	-177,7		
minus Intergovernmentale Transfers ⁴⁾	-142,6	-150,1	-167,9	-182,7	-221,1	-223,5	-343,0	-369,6		
Nettoausgaben	381,3	404,0	432,6	455,0	459,2	479,6	333,2	253,6		
Bruttoeinnahmen ⁵⁾	557,7	592,1	602,0	627,3	647,4	666,2	766,2	718,9		
minus Saldo der Bereinigungs- posten ³⁾	-200,0	-203,5	-215,4	-204,8	-223,4	-196,5	-153,9	-169,6		
minus Intergovernmentale Transfers ⁴⁾	-171,5	-182,6	-196,4	-215,4	-259,9	-266,9	-316,1	-352,4		
Nettoeinnahmen.....	186,1	205,9	190,2	207,1	164,2	202,9	296,3	196,8		

B. Volkswirtschaftliche Abgabenquote

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Abgaben [das sind die Steuern und tatsächlichen Sozialbeiträge gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR)] betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Übersicht 4 zeigt die entsprechenden Gebärungsresultate. Ab 1995 ist ein Teil der Steuereinnahmen direkt dem EU-Haushalt zuzurechnen (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Mehrwertsteuereigenmittel). Bei der Abgabenquote [Abgaben, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP)] ist daher zwischen den in Österreich eingehobenen Abgaben [Staat + EU (Summe)] und den in den Haushalten der österreichischen Rechtsträger vereinnahmten Abgaben (Staat) zu unterscheiden.

1) Daten laut Finanzstatistik.

2) Siehe Übersicht 1.

3) Vergütungen, Vorjahre-Abwicklungen, Zuführungen an den außerordentlichen/vom ordentlichen Haushalt, Zuführungen an/Entnahmen aus Rücklagen, Ausgaben/Einnahmen der bruttoverrechneten Erwerbsbetriebe abzüglich Abgänge/Überschüsse, Erwerb von Bundstiteln/Entnahme aus dem Bundesbesitz, Ausgaben/Einnahmen aus Bedarfszuweisungsmitteln sowie Gemeindeanteile an Abgaben.

4) Laufende Transfers sowie Kapitaltransfers zwischen den einzelnen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Darlehensgewährungen an/-rückzahlungen von Trägern öffentlichen Rechts.

5) Siehe Übersicht 2.

Übersicht 4 enthält — neben den Abgabenquoten — als weitere Kennziffer die „Aufkommenselastizität“. Das ist das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der Abgaben zur prozentuellen Steigerung des BIP.

Übersicht 4

	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Milliarden Schilling									
Bund.....	539,0	585,9	613,0	612,2	625,8	682,7	722,8	757,2	778,9	795,3
Länder (ohne Wien).....	5,0	5,4	5,8	6,2	6,9	7,2	6,7	6,9	6,9	7,0
Gemeinden (mit Wien).....	27,2	29,3	30,7	39,6	41,4	42,9	43,9	45,2	46,2	47,7
Kammern.....	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,2	15,2	15,8	16,4
Sozialversicherungsträger ²⁾	225,9	248,6	265,5	281,7	294,7	304,3	313,1	323,0	333,1	343,8
Fonds.....	4,8	5,2	5,6	2,8	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
Staat (Summe)	812,4	885,7	932,0	954,4	983,5	1 052,2	1 101,8	1 148,5	1 181,8	1 211,1
Beiträge zum EU-Haushalt.....	0,0	0,0	0,0	0,0	18,3	18,2	19,6	16,2	17,0	17,5
Staat + EU (Summe)	812,4	885,7	932,0	954,4	1 001,8	1 070,4	1 121,3	1 164,7	1 198,9	1 228,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ²⁾	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 237,9	2 375,2	2 453,2	2 522,2	2 610,9	2 685,9	2 782,5

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999, BIP bis einschließlich 1998); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 1999); BMF

(zu Übersicht 4)

	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	in % des BIP									
Staat (Summe).....	41,8	43,0	43,9	42,6	41,4	42,9	43,7	44,0	44,0	43,5
Staat + EU (Summe).....	41,8	43,0	43,9	42,6	42,2	43,6	44,5	44,6	44,6	44,2

(zu Übersicht 4)

	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr									
Abgaben, Staat + EU										
in Milliarden Schilling.....	64,9	73,2	46,3	22,4	47,4	68,5	51,0	43,4	34,2	29,8
in %.....	8,7	9,0	5,2	2,4	5,0	6,8	4,8	3,9	2,9	2,5
BIP ²⁾										
in Milliarden Schilling.....	132,3	111,4	68,1	112,6	137,2	78,1	69,0	88,7	75,0	96,6
in %.....	7,3	5,7	3,3	5,3	6,1	3,3	2,8	3,5	2,9	3,6

(zu Übersicht 4)

	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Aufkommenselastizität									
(Abgaben, Staat + EU) BIP.....	1,19	1,58	1,58	0,45	0,82	2,06	1,71	1,11	1,00	0,69

¹⁾ Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 1995), Stand: März 2000.

²⁾ Zeitreihenbruch: Bis 1994 gemäß ESVG, 2. Auflage, ab 1995 gemäß ESVG 1995.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung —
Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen 299

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im Wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet. In den Übersichten 5 bis 8 werden einige Hauptaggregate der VGR, die Komponenten der Ausgaben und Einnahmen des Staates und des Bundes laut VGR sowie Daten zur öffentlichen Verschuldung zusammengefasst.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Definitionen und Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind durch internationale Vereinbarungen festgelegt und in von internationalen Organisationen herausgegebenen Handbüchern dokumentiert. Die Vorläufer der heute gültigen Standards gehen bis 1947 zurück. Weltweit verbindlich ist derzeit das **SNA 1993**. Die vom Europäischen Rat im Juni 1996 beschlossene Verordnung über das „Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ (**ESVG 1995 Verordnung**) verpflichtet die Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission ab dem Jahr 1999 VGR-Daten nach den Konzepten des neuen ESGV zu liefern. Das ESGV 1995 (das Methodenhandbuch selbst ist als Anhang A in der ESGV 1995 Verordnung enthalten) stimmt mit den weltweit geltenden Regeln des SNA 1993 überein, berücksichtigt jedoch stärker die Gegebenheiten und den Datenbedarf der Europäischen Union.

Übersicht 5

	Hauptaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ¹⁾					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	in Milliarden Schilling					
Arbeitnehmerentgelt	1 278,6	1 290,9	1 310,5	1 365,7	1 411,7	1 450,1
Bruttobetriebsüberschuss und Selbständi- genseinkommen	808,1	863,3	882,7	911,2	927,9	971,9
Produktionsabgaben minus Subventionen	288,5	299,0	329,0	334,0	346,2	360,5
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	2 375,2	2 453,2	2 522,2	2 610,9	2 685,9	2 782,5
Konsumausgaben	1 816,6	1 903,5	1 932,8	1 982,2	2 036,0	2 095,4
Bruttoinvestitionen	575,5	581,2	600,3	645,8	668,5	705,8
Exporte	983,7	969,9	1 074,3	1 172,4	1 223,5	1 306,5
minus Importe	-922,7	-996,2	-1 110,7	-1 186,4	-1 242,1	-1 325,2
Statistische Differenz	2,0	-5,3	25,5	-3,1	0,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	2 375,2	2 453,2	2 522,2	2 610,9	2 685,9	2 782,5
plus/minus Primäreinkommen aus der übrigen/ an die übrige Welt	-27,0	-11,5	-14,2	-23,5	-21,0	-23,9
Bruttonationaleinkommen	2 348,2	2 441,7	2 508,1	2 597,5	2 664,8	2 758,6
minus Abschreibungen	-313,5	-324,7	-335,0	-347,6	-361,5	-375,9
plus/minus laufende Transfers aus der übrigen/ an die übrige Welt	-7,1	-11,5	-10,2	-15,8	-17,0	-17,5
Verfügbares Nettonationaleinkommen	2 027,6	2 105,6	2 162,8	2 224,1	2 286,4	2 365,2

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1998), Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 1999)

¹⁾ Daten gemäß ESGV 1995.

Die erste Phase der Implementierung des ESGV 1995 in die österreichische VGR konnte im **September 1999** mit der Berechnung der „Hauptaggregate“ für die Berichtsjahre 1995 bis 1998 abgeschlossen werden. Gemäß „Lieferprogramm“ musste Österreich erstmals im September 1999 VGR-Daten nach dem neuen System an Eurostat übermitteln [Tabelle 1 („Hauptaggregate, jährlich“, bestehend aus 12 Teiltabellen) und Tabelle 2 („Hauptaggregate für den Staat“)]. National wurden die Ergebnisse in Form von zwei Aufsätzen im Heft 11/1999 der Statistischen Nachrichten des ÖSTAT publiziert.

300 **Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen über das wirtschaftliche Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode: Entstehung von Waren und Dienstleistungen, Verteilung der erzielten Einkommen und Verwendung der Waren und Dienstleistungen. Bereinigt man das BIP um die Abschreibungen und die Zahlungen (Primäreinkommen und Transfers) aus der übrigen bzw. an die übrige Welt, so erhält man das Verfügbare Nettonationaleinkommen. Übersicht 5 quantifiziert die Zusammenhänge zwischen diesen VGR-Hauptaggregaten.

Ausgaben und Einnahmen des Staates bzw. des Bundes

In der VGR werden die Ausgaben und Einnahmen („Transaktionen“) der einzelnen Einheiten („Transaktoren“) in einer zusammenhängenden Serie von Konten dargestellt. Für die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Staates wurde eine eigene Form entwickelt (Übersichten 6 und 7).

Fiskalische Maastricht-Kennzahlen

Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:

- Öffentliches Defizit, in % des BIP (siehe Übersicht 6),
- Öffentliche Verschuldung, in % des BIP (siehe Übersicht 8).

Übersicht 6

	Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Milliarden Schilling									
Einnahmen										
Marktproduktion und Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.....	31,7	35,4	39,1	41,5	44,3	46,4	49,0	48,6	50,4	50,0
Erlöse der Nichtmarktproduzenten.....	49,7	54,1	58,7	64,7	67,6	69,0	31,6	35,7	36,8	37,0
Produktions- und Importabgaben.....	303,9	323,6	337,5	353,8	337,7	355,2	376,6	391,4	408,1	419,9
Vermögenseinkommen.....	41,6	46,5	42,2	42,7	45,5	33,5	30,3	22,9	21,9	22,0
Einkommen- und Vermögensteuern.....	241,4	266,1	276,9	256,7	284,3	321,2	339,5	358,2	363,4	367,9
Sozialbeiträge.....	309,4	340,8	365,5	394,1	413,1	427,6	435,9	449,5	462,6	477,2
Sonstige laufende Transfers.....	28,3	35,4	35,7	36,0	44,9	38,9	45,0	40,1	43,8	44,4
Vermögenstransfers.....	2,0	2,5	2,3	2,3	2,4	2,7	5,3	2,1	2,1	2,1
Summe Einnahmen	1 007,9	1 104,4	1 157,9	1 191,8	1 239,8	1 294,5	1 313,2	1 348,5	1 389,0	1 420,6
Ausgaben										
Vorleistungen.....	174,5	190,5	208,8	226,5	235,8	245,9	260,7	276,2	289,7	294,5
Arbeitnehmerentgelt.....	237,4	256,3	274,5	288,3	299,4	302,5	288,1	294,6	306,1	314,3
Produktions- und Importabgaben.....	4,8	5,2	6,0	6,2	6,5	6,6	6,8	7,1	6,9	7,0
Subventionen.....	65,3	69,3	73,5	65,9	68,9	64,6	64,6	71,4	71,2	71,2
Zinsen für die Staatsschuld.....	83,4	89,1	93,7	92,8	102,7	103,8	97,4	98,5	97,0	99,3
Monetäre Sozialleistungen.....	350,9	378,5	420,4	445,7	462,3	475,5	475,4	479,8	493,7	511,7
Sonstige laufende Transfers.....	50,0	51,3	58,5	61,0	67,2	70,3	71,3	76,7	76,7	74,7
Vermögenstransfers.....	38,8	40,7	41,9	41,0	49,7	49,0	49,5	59,7	54,5	52,3
Bruttoinvestitionen.....	60,8	64,5	70,9	75,0	72,4	69,4	49,0	48,5	47,8	46,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.....	0,7	0,0	1,3	2,4	-4,3	0,1	-1,6	0,3	0,0	-4,2
Summe Ausgaben	1 066,7	1 145,5	1 249,5	1 304,8	1 360,6	1 387,6	1 361,2	1 412,8	1 443,4	1 466,6
Finanzierungssaldo [= Öffentliches Defizit (-)]	-58,8	-41,1	-91,6	-113,0	-120,7	-93,1	-48,0	-64,3	-54,4	-46,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ²⁾	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 237,9	2 375,2	2 453,2	2 522,2	2 610,9	2 685,9	2 782,5
Öffentl. Defizit, in % des BIP	3,0	2,0	4,3	5,0	5,1	3,8	1,9	2,5	2,1	1,7

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF

¹⁾ Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: März 2000.

²⁾ Zeitreihenbruch: Bis 1994 gemäß ESGV, 2. Auflage, ab 1995 gemäß ESGV 1995.

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung — Einkommenskonto 301

Übersicht 7

	Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Bundes ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Milliarden Schilling									
Einnahmen										
Marktproduktion und Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.....	0,3	0,4	0,5	0,7	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Erlöse der Nichtmarktproduzenten.....	3,4	3,7	4,1	4,3	3,6	3,9	3,5	3,4	3,0	3,0
Produktions- und Importabgaben.....	214,3	227,6	239,2	240,7	235,1	244,0	268,3	280,5	292,8	301,6
Vermögenseinkommen.....	25,4	29,5	26,5	28,8	30,7	19,8	15,1	8,4	8,2	7,0
Einkommen- und Vermögenssteuern.....	154,2	172,0	182,1	166,9	187,9	216,6	233,2	246,6	252,0	255,5
Sozialbeiträge.....	54,3	61,2	67,3	78,1	82,7	86,4	88,3	91,2	93,9	95,5
Sonstige laufende Transfers.....	31,9	27,8	34,3	43,2	49,4	47,7	42,2	42,0	44,5	42,0
Vermögenstransfers.....	1,5	1,7	1,6	1,4	4,2	2,1	5,8	2,7	2,5	2,5
Summe Einnahmen	485,3	523,7	555,7	564,1	594,1	621,0	656,8	675,2	697,2	707,5
Ausgaben										
Vorleistungen.....	34,6	36,4	39,5	44,2	44,8	46,3	45,8	50,3	51,4	48,0
Arbeitnehmerentgelt.....	94,0	99,8	106,8	111,8	114,7	115,5	116,2	118,6	123,3	125,8
Produktions- und Importabgaben.....	1,9	2,0	2,2	2,3	2,4	2,3	2,2	2,4	2,2	2,3
Subventionen.....	38,3	40,7	44,2	36,5	29,0	29,2	28,3	32,4	31,2	30,5
Zinsen für die Staatsschuld.....	69,2	74,2	78,5	77,7	86,1	87,2	88,3	89,7	88,3	90,6
Monetäre Sozialleistungen.....	114,9	127,7	150,3	155,9	155,8	156,6	152,8	146,5	146,8	154,2
Sonstige laufende Transfers.....	148,4	156,3	177,6	194,1	209,3	225,0	239,7	255,9	267,3	271,5
Vermögenstransfers.....	37,2	27,9	38,0	33,9	47,0	43,3	38,6	44,4	41,0	41,0
Bruttoinvestitionen.....	14,0	15,0	16,1	16,5	15,6	14,6	12,2	12,4	11,6	9,6
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.....	0,4	-0,6	0,2	0,6	-0,2	-0,7	-0,7	-0,2	-1,0	-4,0
Summe Ausgaben	552,8	579,5	653,4	673,5	704,5	719,4	723,5	752,4	762,1	769,5
Finanzierungssaldo [= Öffentliches Defizit (-)].....	-67,5	-55,8	-97,7	-109,4	-110,4	-98,4	-66,7	-77,2	-64,9	-62,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ²⁾	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 237,9	2 375,2	2 453,2	2 522,2	2 610,9	2 685,9	2 782,5
Öffentl. Defizit, in % des BIP	-3,5	-2,7	-4,6	-4,9	-4,6	-4,0	-2,6	-3,0	-2,4	-2,2

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF

¹⁾ Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: März 2000.²⁾ Zeitreihenbruch: Bis 1994 gemäß ESGV, 2. Auflage, ab 1995 gemäß ESGV 1995.

Übersicht 8

	Öffentliche Verschuldung ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	in Milliarden Schilling									
Bund										
Finanzschulden laut Bundesrechnungsabschluss.....	932,0	988,0	1 046,1	1 218,1	1 333,7	1 416,1	1 497,4	1 599,3	1 763,6	
plus Netto-SWAP-Schulden.....	5,8	4,0	4,4	10,3	16,6	1,1	-1,7	4,0	3,0	
minus Finanzschulden für andere Rechtsträger.....	—	—	—	—	—	—	—	-30,4	-76,4	
minus Eigene Bundestitel.....	-1,1	-1,1	-1,5	-2,8	-8,0	-20,3	-19,8	-37,2	-66,9	
minus Bundesanleihen im Besitz anderer öffentl. Rechtsträger.....	—	—	—	—	-1,9	-4,8	-27,7	-36,0	-35,4	
minus Darlehen von öffentl. Rechtsträgern.....	-0,1	-0,1	-0,1	-1,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	
plus Silbermünzen (OeNB).....	0,0	1,3	1,4	1,5	1,4	1,9	2,7	2,7	3,0	
Verschuldung des Bundes laut EU	936,6	992,2	1 089,1	1 225,9	1 341,9	1 393,9	1 451,0	1 502,3	1 591,0	1 636,3

¹⁾ Daten gemäß EU-Bestimmungen.

302

Einkommenskonto

	Öffentliche Verschuldung ¹⁾									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Milliarden Schilling									
ASFINAG	68,9	72,5	78,2	79,6	83,1	80,2	0,0	0,0	0,0	
Bundesfonds	13,7	17,1	23,5	23,7	24,6	22,6	20,8	17,8	17,1	
Länder (ohne Wien)	40,5	41,3	45,4	49,6	64,2	64,4	60,9	59,3	57,5	
Gemeinde (ohne Wien)	45,2	47,7	53,2	58,7	59,6	65,7	47,3	48,1	49,0	
Wien	27,4	24,5	26,9	37,0	50,6	49,5	31,7	29,3	28,0	
Öffentl. Verschuldung laut EU ..	1 132,4	1 195,3	1 336,2	1 474,5	1 624,1	1 676,3	1 611,7	1 656,9	1 742,6	1 783,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ²⁾	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 237,9	2 375,2	2 453,2	2 522,2	2 610,9	2 685,9	2 782,5
Öffentl. Verschuldung, in % des BIP	58,2	58,1	62,9	65,9	68,4	68,3	63,9	63,5	64,9	64,1

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF

1) Daten gemäß EU-Bestimmungen.

2) Zeitreihenbruch: Bis 1994 gemäß ESVG, 2. Auflage, ab 1995 gemäß ESVG 1995.

III. Bundesgebarung der Jahre 1998 und 1999

Im folgenden Abschnitt wird über die Gebarung der Finanzjahre 1998 und 1999 berichtet. Die Ergebnisse früherer Jahre können den jeweiligen Rechnungsabschlüssen oder den Erläuterungen im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz entnommen werden.

Bundesrechnungsabschluss 1998

Grundlage für den Bundesvoranschlag 1998 waren folgende wirtschaftliche Eckdaten:

Nominelles Wirtschaftswachstum +3,8%, reales Wirtschaftswachstum +2,2%, Zunahme der Beschäftigung +0,4%, Preissteigerung +1,6% und eine Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) von 6,9%.

Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug das nominelle Wirtschaftswachstum +4,3%, das reale Wirtschaftswachstum +3,3%, die Zunahme der Beschäftigung +1,0%, der Preisauftrieb nur +0,9% und die Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 7,2%.

Im Voranschlag des Allgemeinen Haushaltes waren Ausgaben in Höhe von 754,1 Milliarden Schilling, Einnahmen von 686,8 Milliarden Schilling budgetiert. Der administrative Budgetabgang betrug 67,3 Milliarden Schilling (das waren zum damaligen Zeitpunkt 2,6% des BIP). Im Vollzug waren die Ausgaben um 23,5 Milliarden Schilling (+3,1%) und die Einnahmen um 24,8 Milliarden Schilling (+3,6%) höher. Der Abgang verminderte sich um 1,3 Milliarden Schilling auf 66,0 Milliarden Schilling (das sind 2,5% vom BIP).

Auf der Einnahmenseite sind vor allem folgende Abweichungen zu nennen:

Öffentliche Abgaben +7,6 Milliarden Schilling (Bruttoeinnahmen +2,6 Milliarden Schilling, die Überweisungen an Länder, Gemeinden und Fonds waren um 1,0 Milliarden Schilling und der Beitrag zur Europäischen Union um 4,0 Milliarden Schilling geringer), Rücklagenentnahmen und -auflösungen (+2,8 Milliarden Schilling), Rückflüsse von der EU (+1,6 Milliarden Schilling), Schuldentrückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen (+2,0 Milliarden Schilling; veranschlagt waren nur 3,8 Milliarden Schilling), Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+1,2 Milliarden Schilling), Zinsen und Provisionen aus der Durchführung von Finanzierungen für sonstige Rechtsträger (+1,4 Milliarden Schilling) und Mehreinnahmen im Rahmen der Finanzschuldengebarung aus Emissions- und Kursgewinnen, Einnahmen aus Währungstauschverträgen, Stückzinsen ua. (+6,3 Milliarden Schilling).

Die Abweichungen auf der Ausgabenseite betrifft in erster Linie folgende Bereiche:

Personalausgaben (Gebarungsgruppe 0) (+1,1 Milliarden Schilling), Ersätze für den Aufwand der Landeslehrer (+1,2 Milliarden Schilling), Pensionen für ÖBB und Post (+0,8 Milliarden Schilling), Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung (+1,4 Milliarden Schilling), Förderungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Leistungen nach dem AIVG (insgesamt +1,5 Milliarden Schilling), für Zahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (+2,6 Milliarden Schilling), Zinsen und Provisionen aus der Durchführung von Finanzierungen für sonstige Rechtsträger (+1,4 Milliarden Schilling), für Zinsen aus Finanzschulden, Stückzinsen und Kursverlusten (+1,0 Milliarden Schilling), Erhöhung des Grund- bzw. Stammkapitals bei den Österreichischen Bundesbahnen, bei der Schieneninfrastrukturfinanzierungs GesmbH, Graz-Köflacher-Eisenbahn GesmbH und bei der Technologieimpulse GesmbH (insgesamt +8,7 Milliarden Schilling) und Rücklagenzuführungen.

304

Erfolg 1999

Vorläufiger Gebarungserfolg 1999 1)**1. Gesamtüberblick**

Der vorläufige Gebarungserfolg 1999 zeigt nachstehende Schlusssummen:

	Bundes- voran- schlag	vorl. Gebarungserfolg in Milliarden Schilling 2))	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt				
Personalausgaben (UT 0)	139,7	141,4	+ 1,7	+ 1,2
Sachausgaben	627,83	646,2	+ 18,3	+ 2,9
Summe ...	767,6	787,6	+ 20,0	+ 2,6
Einnahmen	697,4	719,4	+ 22,0	+ 3,2
Abgang ...	70,1	68,2	- 2,0	- 2,8
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	264,1	421,8	+157,7	+59,7
Einnahmen	334,2	490,0	+155,8	- 8,3
Überschuss ...	70,1	68,2	- 2,0	- 2,8
Gesamthaushalt				
Ausgaben	1 031,7	1 209,4	+177,8	+17,2
Einnahmen	1 031,7	1 209,4	+177,8	+17,2
Abgang des allgemeinen Haushaltes im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt				
Brutto-Inlandsprodukt 3)	2 735,4	2 685,9	- 49,5	- 1,8
Abgang in vH des BIP	2,6	2,5	- 0,1	—

Planmäßiger Budgetvollzug

In allen vier Finanzjahren der vergangenen Legislaturperioden wurden die prognostizierten (administrativen) Budgetabgänge nicht nur eingehalten, sondern sogar Jahr für Jahr unterschritten:

	Abgang laut BVA	Abgang laut BRA/Erfolg in Mrd. S	Unterschied	Abgang in vH zum BIP
1996	89,8	89,4	-0,4	3,7
1997	68,0	67,2	-0,8	2,7
1998	67,3	66,0	-1,3	2,5
1999	70,1	68,2	-2,0	2,5

2. Maastricht-Defizit und öffentliche Verschuldung im Jahre 1999

Im österreichischen Stabilitätsprogramm wird die **gesamtstaatliche** Defizitquote für 1999 mit 2,0% und die **gesamtstaatliche** Schuldenquote mit 63,5% des BIP vorgegeben.

Nach den vorläufigen Ergebnissen für 1999 beträgt das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates 2,0% und die **gesamtstaatliche** Schuldenquote 64,9% des BIP. Die Erhöhung der Schuldenquote ist vor allem durch den Anstieg des Yen-Kurses begründet.

3. Rechtliche Grundlagen für den Budgetvollzug**3.1 Bundesfinanzgesetz**

Bindende Grundlage für die Gebarung des Finanzjahres 1999 war das Bundesfinanzgesetz 1999, BGBl. I Nr. 105/1998.

1) Bei den Erfolgswerten für 1999 handelt es sich noch um vorläufige Daten mit Stand 31. Jänner 2000.
 2) Die Betragsangaben wurden nach den mathematischen Regeln auf- oder abgerundet. Bei Summen- bzw. Saldenbildungen können sich daher Rundungsdifferenzen ergeben.
 3) BIP laut WIFO-Prognose vom März 1997 bzw. Dezember 1999.

3.2 Abänderungen des Bundesfinanzgesetzes und seiner Anlagen

1. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 107/1998;
2. BFG-Novelle, BGBl. I Nr.123/1998, Art. XIX;
Kundmachung, BGBl. I Nr. 157/1998, (Druckfehlerberichtigung);
3. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 189/1998;
4. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 5/1999, Art. IX;
5. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 10/1999, Art. VIII;
6. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 102/1999;
7. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 127/1999, Art. XVII;
8. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 161/1999, Art. VI und
Budgetüberschreitungsgesetz, BGBl. I Nr. 103/1999.

4. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Aus der folgenden Übersicht sind die wichtigsten wirtschaftlichen Eckdaten im Zeitpunkt der Erstellung des Bundesvoranschlages bzw. die derzeit aktuellen Werte für das Finanzjahr 1999 zu ersehen:

	wirtschaftliche Eckdaten 1999	
	im Zeitpunkt der Budgeterstellung	derzeit aktuelle Werte
nominelles Wirtschaftswachstum	+4,5%	+2,9%
reales Wirtschaftswachstum	+3,0%	+2,2%
Beschäftigung	+0,9%	+1,2%
Preissteigerung	+1,5%	+0,5%
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung)	7,1%	6,7%

5. Voranschlagsabweichungen

„Bilanzverlängerungen“

Im Budgetvollzug 1999 wurden die Ausgaben des Allgemeinen Haushaltes per Saldo um 20,0 Milliarden Schilling und die Einnahmen um 22,0 Milliarden Schilling überschritten. Darunter sind verhältnismäßig umfangreiche Zahlungen, die zwar eine Erhöhung der Ausgaben- und Einnahmensumme, aber **keine** Saldänderung bewirkten (sogenannte „Bilanzverlängerungen“). Dazu zählen zB. die Finanzierungen für sonstige Rechtsträger (Kap. 56), EU-Rückflüsse, Zinsenzahlungen aus der Durchführung von Währungstauschverträgen, Rücklagenentnahmen, zweckgebundene Gebahrungen, bundesinterne Überweisungen usw. Weiters hat die Umstellung der Verrechnung der Mittel für die Siedlungswasserwirtschaft — rein ziffernmäßig — zu einer Ausgaben- und Einnahmensteigerung bei Kap. 51 geführt.

Von den eingangs Überschreitungen in Höhe von 20 Milliarden Schilling ist gut die Hälfte als „Bilanzverlängerung“ zu qualifizieren.

Ausgabenbindung gemäß BFG 1999

Auf Grund Art. XVI BFG 1999 wurde eine Ausgabenbindung bei den Ermessensausgaben (Gebarungsguppe 3, 6 und 8) im Ausmaß von 5% verfügt. Unter Berücksichtigung der im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen ergab diese Maßnahme Einsparungen in Höhe von 4,0 Milliarden Schilling, die vor allem zur Bedeckung der Mehrausgaben im Personalbereich (einschließlich Landeslehrer) herangezogen wurden.

Der Bindungsbetrag teilt sich auf die Ressorts wie folgt auf:

	Beträge in Millionen Schilling
Oberste Organe (Kap. 01 bis 06)	32,0
Bundeskanzleramt (Kap. 10 und 13)	133,9
Inneres (Kap. 11)	304,9
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Kap. 12 und 71)	379,8
Wissenschaft und Verkehr (Kap. 14 und 65)	661,2
Arbeit, Gesundheit und Soziales (Kap. 15 bis 17)	334,9
Umwelt, Jugend und Familie (Kap. 18 und 19)	62,1
Äusseres (Kap. 20)	142,4
Justiz (Kap. 30)	189,8
Landesverteidigung (Kap. 40)	428,7
Finanzen (Kap. 50 bis 58)	349,0
Land- und Forstwirtschaft (Kap. 60)	169,1
Wirtschaftliche Angelegenheiten (Kap. 63 und 64)	811,9

Im folgenden Abschnitt wird über betragsmäßig wesentliche Voranschlagsabweichungen berichtet:

Öffentliche Abgaben, Ertragsanteile und Überweisungen an die EU (Kap. 52)

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen 1999 mit 669,8 Milliarden Schilling um 11,3 Milliarden Schilling (1,7%) unter dem BVA. Für die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden, für die Krankenanstaltenfinanzierung, Siedlungswasserwirtschaft, Gesundheitsförderung sowie für den Familienlastenausgleichs- und Katastrophenfonds wurden insgesamt fast 191 Milliarden Schilling (BVA 1999: 192,7 Milliarden Schilling) und an die Europäische Union 29,2 Milliarden Schilling (BVA 1999: 31,5 Milliarden Schilling) überwiesen. Netto verblieben dem Bund 449,7 Milliarden Schilling; somit um 7,2 Milliarden Schilling (1,6%) weniger als budgetiert.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig wichtigsten Abgaben und Überweisungen des Bundes in den Jahren 1998 und 1999 und die Abweichungen vom BVA 1999:

	BRA 1998	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Veranlagte Einkommensteuer.....	41,5	42,0	39,8	- 2,2
Lohnsteuer	193,7	198,0	203,0	+ 5,0
Kapitalertragsteuer (I).....	5,4	5,0	6,1	+ 1,1
Kapitalertragsteuer auf Zinsen (II)	21,3	25,0	19,1	- 5,9
Körperschaftsteuer	52,1	48,0	44,7	- 3,3
Wohnbauförderungsbeitrag.....	7,7	7,8	7,9	+ 0,0
Umsatzsteuer.....	216,2	233,0	227,0	- 6,0
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	3,3	3,5	3,4	- 0,1
Tabaksteuer	15,1	15,5	15,9	+ 0,4
Mineralölsteuer	35,6	35,0	37,1	+ 2,1
Stempel- und Rechtsgebühren	11,9	10,5	10,3	- 0,2
Verkehrssteuern.....	45,4	48,1	46,8	- 1,3
Abgabenguthaben	13,6	3,0	1,6	- 1,4
übrige Abgaben	7,5	6,7	7,2	+ 0,5
Summe Bruttoeinnahmen ...	670,2	681,1	669,8	-11,3
Ab Überweisungen (I):				
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	163,0	172,1	168,1	- 4,1
Steueranteil für die Krankenanstaltenfinanzierung ..	1,3	1,4	1,3	- 0,1
Gewerbesteuer an Gemeinden.....	0,4	0,0	0,2	+ 0,1
Gesundheitsförderung	0,1	0,1	0,1	-
Siedlungswasserwirtschaft.....	-	-	2,3	+ 2,3
Anteile und Abgeltungen für Familienlastenausgleichs- fonds.....	15,0	15,0	15,0	+ 0,0
Katastrophenfonds	4,0	4,0	4,1	+ 0,0
Summe Überweisungen (I) ...	183,8	192,7	191,0	- 1,7
Beitrag zur Europäischen Union	26,2	31,5	29,2	- 2,3
Summe Nettoeinnahmen ...	460,2	456,9	29,2	- 7,2

Bei den Verkehrssteuern sind vor allem die Energieabgabe um 0,9 Milliarden Schilling (-14,3%) und die Versicherungssteuer um 0,5 Milliarden Schilling (-4,5%) unter dem Voranschlag geblieben.

Die Verrechnung der Steueranteile für die Siedlungswasserwirtschaft wurde im Laufe des Jahres 1999 umgestellt. Dadurch ist zwar das Nettoergebnis bei Kap. 52 um 2,3 Milliarden Schilling niedriger, aber im Gesamthaushalt ergibt sich keine Saldoveränderung, weil gleichzeitig bei Kap. 51 die Einnahmen entsprechend höher sind.

Personalausgaben (Gebärungsgruppe 0)

Im Voranschlag 1999 waren für den Aktivitätsaufwand 106,3 Milliarden Schilling und für den Pensionsaufwand (ehemalige Beamte der Hoheitsverwaltung, Bundestheater und sonstige Unternehmungen mit Bundesbediensteten) 33,4 Milliarden Schilling — insgesamt somit 139,7 Milliarden Schilling — präliminiert. Der Aktivitätsaufwand wurde um 3,1 Milliarden Schilling (2,9%) überschrit-

ten und der Pensionsaufwand um 1,4 Milliarden Schilling (4,1%) unterschritten. Per Saldo ergibt sich bei der Gebarunggruppe 0 eine Überschreitung in Höhe von 1,7 Milliarden Schilling (1,2%).

Die Mehrausgaben beim aktiven Personal resultieren in erster Linie aus der allgemeinen Bezugserhöhung, aus der Reform des Vertragsbedienstetengesetzes und anderen besoldungsrechtlichen Verbesserungen, aus der Übernahme von Zeitsoldaten und aus der Änderung bei der Verrechnung der Nachdienstzulagen (Übertragung von Sachausgaben zu den Personalausgaben; ausschlaggebend vor allem bei den Kap. 11 und 30). Bei der Budgetierung der Personalausgaben für 1999 (im Februar 1998) wurde eine 1%ige Gehaltserhöhung angenommen; tatsächlich wurden die Bezüge um 2,5% angehoben.

Die betragsmäßig größten Abweichungen sind bei den Kapiteln Inneres (+0,6 Milliarden Schilling), Unterricht (+0,7 Milliarden Schilling), Wissenschaft und Forschung (+0,6 Milliarden Schilling), Justiz und militärische Angelegenheiten (jeweils +0,2 Milliarden Schilling) sowie beim Amt der Post und Telekom Austria AG (+0,3 Milliarden Schilling) zu verzeichnen. Der Mehraufwand für das Postpersonal wurde von der Post und Telekom Austria AG ersetzt, sodass dadurch keine zusätzliche Belastung des Budgets entstehen konnte.

Beim Pensionsaufwand wurde der Jahresvoranschlag unterschritten, weil vor allem der Neuzugang an Pensionsempfängern zahlenmäßig deutlich geringer war als erwartet.

Sonstige bezugsähnliche Ausgaben (Sachausgaben; Kap. 12, 55 und 60)

Die Überweisungen an die Länder für Landeslehrer (Aktive) sowie die Zahlungen an die ÖBB und Post für den Pensionsaufwand dieser Unternehmungen lagen teilweise erheblich über dem Voranschlag 1999 (in Klammer die Abweichung vom BVA):

Aktivitätsaufwand für Landeslehrer 37,3 Milliarden Schilling (+1,6 Milliarden Schilling), Pensionsaufwand für Landeslehrer 9,1 Milliarden Schilling (-0,6 Milliarden Schilling), für ÖBB-Pensionen 22,9 Milliarden Schilling (+0,6 Milliarden Schilling) und für Postpensionen 11,7 Milliarden Schilling (+0,1 Milliarden Schilling). Zur teilweisen Abdeckung des Pensionsaufwandes wurden von den beiden ausgegliederten Unternehmen ÖBB und Post Beiträge in Höhe von insgesamt 10,3 Milliarden Schilling (+0,1 Milliarden Schilling) geleistet.

Technologie- und Exportförderung

In Fortsetzung der im Jahre 1997 begonnenen Technologie- und Exportoffensive war im BVA 1999 bei Kap. 51 eine Pauschalvorsorge in Höhe von einer Milliarde Schilling budgetiert, die fast zur Gänze in Anspruch genommen wurde (Überschreitungen bei diversen VA-Ansätzen der Kap. 14, 63 und 65). Ein weiterer Betrag in Höhe von 250 Millionen Schilling war im Budgetüberschreitungsgesetz vorgesehen. Auch Rücklagen aus Vorjahren wurden für diesen Zweck herangezogen.

Kap. 10 Bundeskanzleramt

Abgesehen von den höheren Ausgaben im Zusammenhang mit Rückflüssen aus dem Europäischen Regionalfonds (+0,4 Milliarden Schilling) sind vor allem für Hilfsmaßnahmen in süd(ost)europäischen Ländern und für Vertriebene aus dem Kosovo höhere Zahlungen geleistet worden.

Kap. 15 Soziales; Arbeitsmarktpolitik (Titel 155 und 156)

Im BVA 1999 war der Bereich Arbeitsmarktpolitik auf der Ausgabenseite mit 59,1 Milliarden Schilling und auf der Einnahmenseite mit 57,0 Milliarden Schilling dotiert. Die Ausgaben wurden per Saldo um 1,9 Milliarden Schilling und die Einnahmen um 1,1 Milliarden Schilling überschritten.

Die Mehrausgaben sind vor allem auf verstärkte arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung (NAP) zurückzuführen. Besonderer Stellenwert wurde der Sicherung der Jugendausbildung eingeräumt.

Auf der Einnahmenseite hat sich vor allem das höhere Aufkommen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen zu Buche geschlagen.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig bedeutendsten Ausgaben und Einnahmen der AMP-Gebarung in den beiden vergangenen Jahren und die Abweichungen vom BVA 1999:

308

Erfolg 1999

	BRA 1998	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			
Ausgaben (Titel 155 und 156)	59,9	59,1	61,0	+ 1,9
Davon entfallen auf:				
Leistungen nach dem AIVG und KGG (VA-Ansatz 1/15557)	40,6	39,4	39,3	- 0,1
hievon:				
Arbeitslosengeld	13,8	13,5	13,8	+ 0,3
(Sonder-)Notstandshilfe	9,3	8,7	9,1	+ 0,4
Karenzurlaubsgeld	7,3	7,7	6,9	- 0,8
KV-Beiträge (inkl. Unfallversicherung)	5,1	4,5	4,3	- 0,2
Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger	5,1	5,0	5,1	+ 0,1
Sonderunterstützung	1,3	1,1	1,1	- 0,1
Überweisungen an Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß AMPFG	6,9	7,7	7,7	-
Überweisungen an das AMS gemäß AMSG	2,6	2,5	2,7	+ 0,2
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (inkl. EU-Zahlungen)	7,1	6,4	7,6	+ 1,2
Sicherung der Jugendausbildung	0,1	0,0	0,4	+ 0,4
Beschäftigungsprogramm (VA-Ansatz 1/15656)	0,0	0,5	1,0	+ 0,5
Einnahmen (Titel 155 und 156)	58,3	57,0	58,1	+ 1,1
Davon entfallen auf:				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	47,6	48,1	49,0	+ 0,9
Beitrag des FLAF für Karenzurlaubsgeld	7,2	6,0	5,7	- 0,3
Bundesbeitrag zur AMP	2,5	2,5	2,5	-
AMP-Abgangsdeckung	0,3	0,0	0,4	+ 0,4

Leistungen nach dem Bundespflegegesetz

Bei den Kostenersätzen für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz wurde der Voranschlag von 17,2 Milliarden Schilling um 0,3 Milliarden Schilling unterschritten. (Erfolg 1998: 16,2 Milliarden Schilling). Weiters ergab die Abrechnung für 1998 ein Guthaben für den Bund in Höhe von 0,2 Milliarden Schilling.

Kap. 16 Sozialversicherung

Für Zahlungen des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung waren 71,2 Milliarden Schilling budgetiert. Der vorgegebene Ausgabenrahmen wurde zwar um 4,2 Milliarden Schilling (6,0%) überschritten, aber auch auf der Einnahmenseite kann nach Abrechnung der Bundesleistungen für die Jahre 1996 und 1997 ein Plus von 5,1 Milliarden Schilling ausgewiesen werden. Somit ist der Saldo bei diesem Kapitel um 0,9 Milliarden Schilling günstiger als budgetiert.

An die PVA der Arbeiter wurden Bundesbeiträge in Höhe von 23,5 Milliarden Schilling (+1,1 Milliarden Schilling), an die PVA der Angestellten 11,7 Milliarden Schilling (+2,0 Milliarden Schilling), an die SVA der gewerblichen Wirtschaft 13,6 Milliarden Schilling (+1,1 Milliarden Schilling) und der Bauern 12,2 Milliarden Schilling (-0,3 Milliarden Schilling), an die VA der österreichischen Eisenbahnen 0,8 Milliarden Schilling (+0,2 Milliarden Schilling) sowie an die VA des Bergbaues 1,8 Milliarden Schilling überwiesen. Für die Ausgleichszulagen wurden 10,4 Milliarden Schilling (+0,2 Milliarden Schilling), für die Kranken- und Unfallversicherung der Bauern insgesamt fast eine Milliarde Schilling und für die Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz 0,3 Milliarden Schilling bereitgestellt.

Kap. 17 Gesundheit**Klinischer Mehraufwand und Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz**

Für den Betrieb, Neubau beziehungsweise für die Ausstattung von Universitätskliniken wurden im Vorjahr 4,4 Milliarden Schilling (-0,4 Milliarden Schilling) zur Verfügung gestellt. Die Bundeszuschüsse für die Krankenanstaltenfinanzierung beliefen sich auf 6,3 Milliarden Schilling (-0,2 Milliarden Schilling).

20*

Kap. 18 Umwelt

Für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden 2,3 Milliarden Schilling, für die Altlastensanierung 0,3 Milliarden Schilling (-0,5 Milliarden Schilling) und für sonstige (umweltpolitische) Maßnahmen 0,8 Milliarden Schilling (inkl. EU-Zahlungen) bereitgestellt.

Kap. 19 Jugend und Familie; Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Titel 193)

Die Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen erhöhte sich gegenüber dem BVA geringfügig um 0,3 Milliarden Schilling (0,6%) auf 57,8 Milliarden Schilling. Der Ausgleichsfonds konnte im Vorjahr mit einem Überschuss von 6,2 Milliarden Schilling (BVA 4,7 Milliarden Schilling) abschliessen. Davon wurden 2,4 Milliarden Schilling an den Bund zur Tilgung der Restschuld überwiesen.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig bedeutendsten Ausgaben und Einnahmen in den beiden vergangenen Jahren und die Abweichungen vom BVA 1999:

	BRA 1998	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Ausgaben (Titel 193)	56,5	57,4	57,8	+ 0,3
Davon entfallen auf:				
Familienbeihilfen	31,7	34,5	34,6	+ 0,1
Geburtenbeihilfen	0,1	0,2	0,1	- 0,1
Schulfahrtbeihilfe, Schüler- u. Lehrlingsfreifahrten..	4,0	4,1	4,1	+ 0,0
Schulbücher	1,2	1,2	1,3	+ 0,1
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld	7,2	6,2	5,6	- 0,3
Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld	1,7	1,8	1,0	- 0,8
Teilersatz der Aufwendungen für Wochengeld	2,7	2,9	2,7	- 0,1
Überweisungen für Mutter-Kind-Pass	0,5	0,5	0,4	- 0,1
Unterhaltsvorschüsse	1,0	1,0	1,1	+ 0,1
Überschuss	5,9	4,7	6,2	+ 1,6
Einnahmen (Titel 193)	56,5	57,4	57,8	+ 0,3
Davon entfallen auf:				
Dienstgeberbeiträge	40,5	41,5	41,8	+ 0,3
Anteile und Abgeltungen von Steuern	15,0	15,0	15,0	+ 0,0
Rückzahlung von Unterhaltsvorschüssen	0,4	0,4	0,5	+ 0,0
Selbstbehalte (Schulbücher, Freifahrten)	0,3	0,3	0,3	+ 0,0

Kap. 40 Militärische Angelegenheiten

Die Mehrausgaben resultieren in erster Linie aus den Katastrophen- und Hilfeinsätzen des Bundesheeres im In- und Ausland (zB. Galtür, Grenzschutz, Albanien).

Kap. 50 Finanzverwaltung

Für Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (BGBl. Nr. 746/1996) wurden 14,9 Milliarden Schilling (+2,9 Milliarden Schilling), für IT-Dienstleistungen 1,2 Milliarden Schilling (+0,2 Milliarden Schilling) und für Zahlungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 0,5 Milliarden Schilling (+0,1 Milliarden Schilling) ausgegeben.

Ausgabenersparungen konnten unter anderem bei den Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler Aktionen (-0,3 Milliarden Schilling), bei den Zahlungen an die OeKB-AG gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (-0,2 Milliarden Schilling) und bei den Zuschüssen für Betriebsneugründungen (-0,3 Milliarden Schilling) erzielt werden.

Kap. 51 Kassenverwaltung

Bei diesem Kapitel hat sich die geänderte Verrechnung der Budgetmittel für die Siedlungswasserwirtschaft niedergeschlagen, und zwar auf der Ausgabenseite mit 1,8 Milliarden Schilling und auf der Einnahmenseite mit 2,6 Milliarden Schilling. Der Differenzbetrag von rd. 0,8 Milliarden Schilling wurde der Rücklage zugeführt.

Im BVA 1999 war auch eine allgemeine Pauschalvorsorge (2,6 Milliarden Schilling) und eine Pauschalvorsorge für die Technologie- und Exportoffensive (1,0 Milliarden Schilling) budgetiert. Die letztere wurde fast zur Gänze für Zwecke der Technologie- und Exportförderung verwendet (Mehrausgaben vor allem bei den Kap. 14, 63 und 65). Die allgemeine Pauschalvorsorge wurde nur im Ausmaß von 0,1 Milliarden Schilling in Anspruch genommen.

310

Erfolg 1999

Höhere Ausgaben sind auch für Zinsen aus kurzfristigen Kreditaufnahmen („Kassenstärker“) entstanden (+0,5 Milliarden Schilling). Die Einnahmen solcher Kreditaufnahmen und ihre Rückzahlung, die im Ausgleichshaushalt veranschlagt und verrechnet werden, betragen im Vorjahr 152,4 bzw. 152,6 Milliarden Schilling. Auf Grund einer günstigen Kursentwicklung war die Rückzahlung um rd 161 Millionen Schilling geringer als die Aufnahme.

Bei den Rücklagen haben sich gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen ergeben:

	Stand 1998	Entnahmen und Auflösung in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	Zuführungen	Stand Ende 1999
Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen	7,0	- 4,1	+4,1	7,9
Allgemeine Rücklage	3,6	- 0,7	+0,9	3,8
Besondere Rücklagen	15,1	- 3,1	+2,6	14,6
Besondere Einnahmerücklagen (EU).....	0,4	- 0,3	+0,2	0,4
Besondere Aufwenderücklagen	0,7	- 0,2	+0,5	1,0
Ausgleichsrücklage	5,7	- 3,7	-	2,0
Summe ...	32,5	-12,0	+9,2	29,6

Im Zeitpunkt der Budgeterstellung wurden die EU-Rückflüsse (ESF, EFRE, EAGFL-Garantie und -Ausrichtung) mit 13,4 Milliarden Schilling angesetzt. Tatsächlich konnten Einnahmen in Höhe von fast 15,9 Milliarden Schilling erzielt werden. Bemerkenswert wird, dass den Rückflüssen aus dem Regional- und Sozialfonds höhere Ausgaben bei verschiedenen Budgetkapiteln (zB Kap. 10, 15, 18, 63, 65) gegenüberstehen.

Die bei Kap. 51 verrechneten EU-Rückflüsse zeigen folgendes Ergebnis:

	BRA 1998 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BVA 1999	vori. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
Europäischer Sozialfonds — Arbeitsmarktpolitik	1,1	1,3	1,2	-0,1
Europäischer Sozialfonds — Übrige	0,4	0,0	0,3	+0,3
Europäischer Regionalfonds	1,0	0,0	0,8	+0,8
EAGFL/Garantie	11,2	10,4	11,6	+1,3
EAGFL/Ausrichtung	1,4	1,7	1,9	+0,2
Artikel 81 EU-Beitrittsakte (mit Ende 1998 ausgelaufen).....	0,5	-	-	-
Summe Bruttoeinnahmen ...	15,6	13,4	15,9	+2,5

Kap. 53 Finanzausgleich

Die Bedarfszuweisung an Länder gemäß § 21a Finanzausgleichsgesetz betrug 8,2 Milliarden Schilling (+0,3 Milliarden Schilling). Die Höhe dieser Ausgabe errechnet sich aus bestimmten Abgaben im Zeitraum Oktober 1998 bis September 1999.

Die Zahlungen nach dem Katastrophenfondsgesetz für die Behebung von Schäden und für vorbeugende Maßnahmen betragen 3,5 Milliarden Schilling (BVA: 4,0 Milliarden Schilling). An Einnahmen standen für diesen Zweck 4,2 Milliarden Schilling (inkl. Rücklagenentnahme) zur Verfügung. Nach Wiederauffüllung der Rücklage (0,4 Milliarden Schilling) konnten gemäß den Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes 0,6 Milliarden Schilling abgeschöpft werden (Voranschlagswirksame Einnahme bei Kap. 54).

Kap. 54 Bundesvermögen

Die Ausgaben für Beteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen betragen 1,4 Milliarden Schilling (Abweichung vom BVA: -0,2 Milliarden Schilling) und für Haftungen (speziell Ausfuhrförderung) 8,1 Milliarden Schilling (-5,3 Milliarden Schilling).

Auf der Einnahmenseite sind neben der bereits erwähnten Abschöpfung von Katastrophenfondsmitteln vor allem folgende Voranschlagsabweichungen zu erwähnen:

Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank 10,3 Milliarden Schilling (+2,9 Milliarden Schilling), Einnahmen aus Haftungen (hauptsächlich Ausfuhrförderung) 8,4 Milliarden Schilling (-2,7 Milliarden Schilling), Fruchtgenussentgelt 1,4 Milliarden Schilling (+0,3 Milliarden Schilling), Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften 1,2 Milliarden Schilling (-2,0 Milliarden Schilling) und aus der Veräußerung von Bundesbeteiligungen 0,0 Milliarden Schilling (-3,0 Milliarden Schilling).

Kap. 56 Finanzierungen für sonstige Rechtsträger

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz kann die Österr. Bundesfinanzierungsagentur nach Aufforderung durch den BM für Finanzen Finanzierungen für sonstige Rechtsträger durchführen. Im Finanzjahr 1999 sind im Rahmen dieser Ermächtigung Ausgaben und Einnahmen für Zinsen, Provisionen sowie Emissionsgewinnen (allgemeiner Haushalt) je 3,5 Milliarden Schilling (+3,3 Milliarden Schilling) und für Kapitalzahlungen (Ausgleichshaushalt) je 65,2 Milliarden Schilling BVA 0,0 Milliarden Schilling) voranschlagswirksam verrechnet worden.

Kap. 58 Finanzschuld und Währungstauschverträge

Für Zinsen, Provisionen und Emissionsverluste wurden 110,4 Milliarden Schilling (+3,2 Milliarden Schilling), für die Tilgung von Finanzschulden und für Kapitalzahlungen aus der Durchführung von Währungstauschverträgen wurden 204,2 Milliarden Schilling (+15,1 Milliarden Schilling) ausgegeben.

Die Einnahmen aus Zinsen, Stückzinsen, Kursgewinnen und Emissionsgewinnen sind auf 19,0 Milliarden Schilling (+10,3 Milliarden Schilling) und die Einnahmen aus Finanzschuld aufnahmen und aus Währungstauschverträgen auf 272,3 Milliarden Schilling (+13,0 Milliarden Schilling) angestiegen.

Kap. 60 Land- und Forstwirtschaft

Im Rahmen der Marktordnungsmaßnahmen sind vor allem höhere Prämien für Mais und Zucker, weiters für die Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten und für Umweltmaßnahmen (ÖPUL) geleistet worden.

Kap. 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Der weitaus überwiegende Teil der Mehrausgaben bei diesem Budgetkapitel entfällt auf die Verstärkung der Aktivitäten im Technologie- und Forschungsbereich (+0,8 Milliarden Schilling).

Kap. 64 Bauten und Technik

Für Neubauten und Instandhaltungen im Hochbaubereich wurden 6,6 Milliarden Schilling (-0,6 Milliarden Schilling), im Strassenbaubereich 7,3 Milliarden Schilling (-0,4 Milliarden Schilling) und für Wasserbauten 0,1 Milliarden Schilling (-0,4 Milliarden Schilling) ausgegeben. Die Wasserbauprojekte werden zum Grossteil aus Mitteln des Katastrophenfonds finanziert.

Kap. 65 Verkehr und Telekom

Im BVA 1999 waren die Einnahmen aus der Veräußerung der 4. GSM-Lizenz und die Gewinnabfuhr aus dem Absatzbereich der ÖBB (insgesamt 2,2 Milliarden Schilling) sowie die Ausgaben für Kapitalzuführungen in Höhe von 2,4 Milliarden Schilling nicht vorgesehen.

Für die Eisenbahn-Infrastruktur wurden 9,85 Milliarden Schilling (Abweichung vom BVA: -1,15 Milliarden Schilling) zur Verfügung gestellt.

6. Aufgliederung der Einnahmen nach Einnahmengruppen

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die öffentlichen Abgaben, die abgabenähnlichen Einnahmen, die Betriebseinnahmen und die sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1999 und die Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu ersehen:

	BRA 1998	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			
Allgemeiner Haushalt				
a) Öffentliche Abgaben				
aa) Kap. 52 (netto)				
Einkommen- und Vermögensteuern	213,5	215,2	211,8	- 3,4
Übrige Abgaben.....	272,7	273,0	266,8	- 6,2
Sonstige	0,2	0,2	0,2	- 0,8
Zwischensumme ...	486,4	488,4	478,8	- 9,6
Ab: Beitrag zur Europäischen Union.....	26,2	31,5	29,2	- 2,3
Summe aa) ...	460,2	456,9	449,7	- 7,2

312

Erfolg 1999

	BRA 1998	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			
ab) Überweisungen (Abgabenanteile)				
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	15,0	15,0	15,0	+ 0,0
an Katastrophenfonds	4,0	4,0	4,1	+ 0,0
an Krankenanstaltenfinanzierung	1,3	1,4	1,3	- 0,1
an Siedlungswasserwirtschaft	-	0,0	2,3	+ 2,3
an Gesundheitsförderung	0,1	0,1	0,1	-
Summe ab) ...	20,4	20,6	22,7	+ 2,2
Summe a) ...	480,6	477,4	472,4	- 5,0
b) Abgabenähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	47,6	48,1	49,1	+ 0,9
Dienstgeberbeiträge zum FLAF	40,5	41,5	41,8	+ 0,3
übrige abgabenähnliche Einnahmen	0,9	0,7	0,6	- 0,0
Summe b) ...	89,0	90,4	91,6	+ 1,1
c) Betriebseinnahmen (Bundestheater)				
	0,8	0,4	0,5	+ 0,1
d) Sonstige Einnahmen				
Beitrag der Post und Telekom Austria AG zum Aktivitäts- und Pensionsaufwand	21,6	21,2	21,2	+ 0,0
Beitrag der ÖBB zum Pensionsaufwand	6,2	6,2	6,5	+ 0,3
Sonstige Pensionseinnahmen	8,4	8,6	8,5	- 0,1
Rückflüsse der EU (Titel 2/513)	15,6	13,4	15,9	+ 2,5
Rücklagenentnahmen und -auflösungen	4,1	4,9	12,0	+ 7,1
Veräußerung von Bundesanteilen an Unter- nehmungen (Titel 541)	2,8	3,0	0,0	- 3,0
Veräußerung von Liegenschaften	0,7	3,4	1,4	- 2,0
Veräußerung 4. GSM-Lizenz	0,0	0,0	1,4	+ 1,4
OeNB-Gewinnabfuhr	11,3	7,4	10,3	+ 2,9
Entgelte und Rückflüsse aus Haftungen	19,3	8,7	19,0	+ 10,3
Finanzschuld, Währungstauschverträge	19,3	8,7	19,0	+ 10,3
Sonstige Finanzierungen (Rechtsträger)	1,4	0,2	3,5	+ 3,3
Überweisung vom FLAF für Karenzurlaubsgeld	7,2	6,0	5,7	- 0,3
Abrechnung der Bundesbeiträge zur Pensions- versicherung (Kap. 16)	0,0	0,0	5,1	+ 5,1
übrige Einnahmen	34,7	35,1	36,0	+ 0,9
Summe d) ...	141,2	129,2	154,9	+ 25,7
Summe a) — d) ...	711,6	697,4	719,4	+ 22,0
Ausgleichshaushalt	408,5	334,2	490,0	+155,8
Summe Gesamthaushalt ...	1 120,0	1 031,7	1 209,4	+177,8

7. Aufgliederung der Ausgaben nach Gebarungsgruppen

	BRA 1998	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			
Allgemeiner Haushalt				
Aktivitätsaufwand	105,3	106,3	109,4	+ 3,1
Pensionsaufwand	31,1	33,4	32,0	- 1,4
Summe Personalausgaben (UT 0) ...	136,4	139,7	141,4	+ 1,7
Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	0,9	1,7	1,4	- 0,2
Anlagen (Ermessensausgaben)	20,1	11,7	12,9	+ 1,2
Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	24,6	21,8	24,9	+ 3,1
Förderungen (Darlehen)	0,3	0,5	0,3	- 0,2
Förderungen (Zuschüsse)	35,9	35,0	36,4	+ 1,4

Erfolg 1999

313

	BRA 1998 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	340,3	344,9	347,9	+ 3,0
Aufwendungen (Ermessensausgaben — erfolgswirksam)	198,1	201,9	206,5	+ 4,6
Aufwendungen (Ermessensausgaben — bestandswirksam)	21,0	10,4	15,9	+ 5,5
Summe Sachausgaben (UT 2 bis 9) ...	641,2	627,8	646,2	+ 18,3
Summe Allgemeiner Haushalt ...	777,6	767,6	787,6	+ 20,0
Ausgleichshaushalt				
Aufwendungen (Ermessensausgaben — bestandswirksam)	342,4	264,1	421,8	+157,7
Summe Gesamthaushalt ...	1 120,0	1 031,7	1 209,4	+177,8

8. Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die **organorientierte Gliederung** des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

Die **funktionelle Gliederung** des Budgets hingegen gibt Aufschluss über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. In der nachstehenden Übersicht werden die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes und des Ausgleichshaushaltes nach siebzehn Aufgabenbereichen aufgliedert:

Kennziffer	Aufgabenbereich	BRA 1998 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
Allgemeiner Haushalt					
11	Erziehung und Unterricht.....	72,0	73,6	75,1	+ 1,6
	<i>hievon: Aktivitätsaufwand für Landeslehrer.....</i>	<i>35,4</i>	<i>35,7</i>	<i>37,3</i>	<i>+ 1,6</i>
12	Forschung und Wissenschaft.....	31,2	33,9	32,8	- 1,0
13	Kunst.....	8,8	8,4	8,7	+ 0,3
14	Kultus.....	0,6	0,6	0,6	+ 0,0
21	Gesundheit.....	25,3	25,5	25,6	+ 0,1
	<i>hievon: Zahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich</i>				
	<i>Beihilfengesetz.....</i>	<i>14,6</i>	<i>12,0</i>	<i>14,9</i>	<i>+ 2,9</i>
22	Soziale Wohlfahrt.....	217,0	215,9	222,7	+ 6,9
	<i>hievon:</i>				
	<i>Arbeitsmarktpolitik (Titel 155 und 156).....</i>	<i>59,9</i>	<i>59,1</i>	<i>61,0</i>	<i>+ 2,0</i>
	<i>Kriegsopfer- und Heeresversorgung.....</i>	<i>6,2</i>	<i>6,3</i>	<i>5,9</i>	<i>- 0,3</i>
	<i>Sozialversicherung.....</i>	<i>72,4</i>	<i>71,2</i>	<i>75,4</i>	<i>+ 4,2</i>
	<i>Leistungen nach dem Bundespflegegesetz.....</i>	<i>16,1</i>	<i>17,2</i>	<i>16,8</i>	<i>- 0,3</i>
	<i>Familienlastenausgleich (Titel 1/193).....</i>	<i>56,5</i>	<i>57,4</i>	<i>57,8</i>	<i>+ 0,3</i>
23	Wohnungsbau.....	25,1	25,2	25,1	- 0,1
32	Straßen.....	7,6	7,7	7,3	- 0,4
33	Sonstiger Verkehr.....	87,6	78,5	80,0	+ 1,5
	<i>hievon:</i>				
	<i>PTA-AG (Personal- und Pensionsausgaben).....</i>	<i>28,9</i>	<i>28,7</i>	<i>29,0</i>	<i>+ 0,3</i>
	<i>ÖBB: Pensionen.....</i>	<i>22,5</i>	<i>22,3</i>	<i>22,9</i>	<i>+ 0,6</i>
	<i>Kosten für Eisenbahninfrastruktur.....</i>	<i>12,3</i>	<i>11,0</i>	<i>9,9</i>	<i>- 1,2</i>
	<i>Gemeinwirtschaftliche Leistungen (ÖBB, Post und Privatbahnen).....</i>	<i>10,2</i>	<i>10,2</i>	<i>10,2</i>	<i>- 0,0</i>
34	Land- und Forstwirtschaft.....	23,3	21,4	22,1	+ 0,6
	<i>hievon:</i>				
	<i>Agrarische Strukturförderung (Titel 1/602).....</i>	<i>3,8</i>	<i>3,6</i>	<i>3,6</i>	<i>- 0,0</i>
	<i>Marktordnungsmaßnahmen (Titel 1/603).....</i>	<i>13,1</i>	<i>12,4</i>	<i>13,1</i>	<i>+ 0,6</i>
35	Energiewirtschaft.....	0,0	0,1	0,0	- 0,1
36	Industrie und Gewerbe.....	12,3	15,7	11,5	- 4,3
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	4,3	4,9	4,7	- 0,2

314

Erfolg 1999

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	BRA 1998 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
38	Private Dienstleistungen	3,1	3,9	3,6	- 0,3
41	Landesverteidigung	21,7	21,8	22,3	- 0,5
42	Staats- und Rechtssicherheit	28,9	29,9	30,2	+ 0,3
43	Übrige Hoheitsverwaltung	208,8	200,8	215,3	+ 14,6
	<i>hievon:</i>				
	Finanzschuld — WTV (Zinsen, Provisionen).....	105,4	107,3	110,4	+ 3,2
	Finanzierungen für sonstige Rechtsträger.....	1,4	0,2	3,5	+ 3,3
	Rücklagenzuführungen	15,0	0,1	9,2	+ 9,1
	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	30,8	33,4	32,0	- 1,4
	Pensionen (Landeslehrer)	8,7	9,7	9,1	- 0,6
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	777,6	767,6	787,6	+ 20,0
	Ausgleichshaushalt				
43	Übrige Hoheitsverwaltung	342,4	264,1	421,8	+157,7
	Summe Gesamthaushalt ...	1 120,0	1 031,7	1 209,4	+177,8

9. Investitionen und Investitionsförderung

Die folgende Übersicht zeigt die Ausgaben für Investitionen und für investitionsfördernde Maßnahmen in den Jahren 1998 und 1999:

	BRA 1998 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BVA 1999	vorl. Erfolg 1999	Abweichung vom BVA 1999 in vH
Eigeninvestitionen:				
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung).....	17,5	17,8	16,9	-0,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermö- gens (ohne Landesverteidigung)	1,0	0,9	0,9	-
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Aus- gaben im Inland).....	4,1	3,6	4,1	+0,5
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)	57,9	50,6	50,4	-0,2
Summe ...	80,5	72,9	72,3	-0,6

10. Schulden, Verpflichtungen und Forderungen des Bundes**10.1 Schulden**

Die Schulden des Bundes (**Phase 4** der voranschlagswirksamen Verrechnung) zeigen gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung (Erfolg 1999: vorläufige Werte):

	BRA 1998 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	vorl. Erfolg 1999	Unterschiede in vH	
(nichtfällige) Finanzschulden	1 568,9	1 690,2	+121,3	+ 7,7
Schulden aus sonstigen Finanzierungen (Rechts- träger)	30,4	104,3	+ 73,9	+243,0
sonstige nichtfällige Schulden	237,2	264,1	+ 26,9	+ 11,3
am Jahresende fällige Schulden	6,7	7,8	+ 1,1	+ 17,1
Anzahlungen und Ersatzschulden.....	13,7	15,1	+ 1,5	+ 10,6
Summe ...	1 856,8	2 081,5	+224,7	+ 12,1

Die unter der Position „nichtfällige Finanzschulden“ angeführten Beträge sind mit den Angaben unter TZ 12 (Finanzschulden in Nettodarstellung) nicht vergleichbar.

Die Erhöhung der Finanzschulden resultiert in erster Linie aus Schuldauflagen zur Finanzierung des Budgetabganges und aus dem Anstieg des Yen-Kurses.

Unter den sonstigen Ende 1999 nichtfälligen Schulden sind zum Beispiel folgende Verbindlichkeiten enthalten:

- Schulden aus der Durchführung von Währungstauschverträgen (131,1 Milliarden Schilling),
- Kapitaleinzahlungen aus Beteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen (33,5 Milliarden Schilling),
- Schulden aus Kreditoperationen der Schieneninfrastrukturfinanzierungsges. (19,1 Milliarden Schilling),
- Schulden gegenüber der ÖIAG (46,2 Milliarden Schilling),
- künftige Zahlungen des Bundes zur Erleichterung der Schuldenlast armer und hochverschuldeter Staaten auf Grund internationaler Aktionen (zB. Post-Toronto-Abkommen) (9,6 Milliarden Schilling) ua.

10.2 Verpflichtungen des Bundes

Die Verpflichtungen des Bundes (**Phase 3** der voranschlagswirksamen Verrechnung) zeigen gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung:

	BRA 1998	vorl. Erfolg 1999	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Verpflichtungen zu Lasten künftiger Jahre	797,2	901,0	+103,8	+13,0
offen gebliebene Verpflichtungen.....	7,1	7,6	+ 0,5	+ 7,6
Summe ...	804,3	908,6	+104,3	+13,0

Der weitaus größte Teilbetrag entfällt auf in künftigen Jahren fällige Zinsen für Finanzschulden (628,0 Milliarden Schilling), für Rechtsträgerverpflichtungen (55,2 Milliarden Schilling) und auf Zinsen aus der Durchführung von Währungstauschverträgen (44,1 Milliarden Schilling). In der Phase 3 sind unter anderem auch die (voraussichtlichen) Ausgaben für Leistungen und Warenlieferungen verbucht, die zwar schon bestellt aber mit Jahresende noch nicht vollbracht worden sind.

11. Forderungen des Bundes

Die Forderungen des Bundes (**Phase 4** der voranschlagswirksamen Verrechnung) zeigen gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung:

	BRA 1998	vorl. Erfolg 1999	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Fällige Forderungen.....	112,2	122,4	+ 10,2	+ 9,1
nichtfällige Darlehensforderungen.....	43,2	84,0	+ 40,8	+ 94,3
Forderungen aus Währungstauschverträgen	96,2	131,1	+ 34,9	+ 36,2
Forderungen aus Finanzierungen für sonstige Rechtsträger.....	30,4	104,3	+ 73,9	+243,0
sonstige nichtfällige Forderungen	14,9	11,4	- 3,5	- 23,5
gegebene Anzahlungen und Ersatzforderungen	4,5	4,5	- 0,0	- 0,5
Summe ...	301,5	457,7	+156,1	+ 51,8

Unter den fälligen Forderungen sind unter anderem Rückstände von öffentlichen Abgaben (Kap. 52) in Höhe von 80,0 Milliarden Schilling, Forderungen aus Haftungsansprüchen (25,2 Milliarden Schilling), aus Unterhaltsvorschüssen (6,4 Milliarden Schilling) enthalten.

12. Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen und Schulden aus Rechtsträgerfinanzierungen (in Nettodarstellung)

Die folgende Aufstellung des Bundes zeigt die Entwicklung der nichtfälligen Finanzschuld (FS) im weiteren Sinne unter Berücksichtigung von Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) und Schulden aus Rechtsträgerfinanzierungen im Jahre 1999:

316

Erfolg 1999

	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	
Stand am 31. 12. 1998 (ohne Bundesbesitz) ...	1 535,687	
zuzüglich Bundesbesitz	+ 37,208	1 572,894
Erhöhung durch Finanzschuld aufnehmen zur Bedeckung des Budgetabganges	+ 220,983	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV	+ 10,724	
abzüglich Forderungen aus WTV	- 10,636	+ 221,072
Erhöhung durch FS-Aufnahmen 1999 gemäß § 65a (Abs. 1a) BHG zur Bedeckung des Budgetabganges 1998		+ 8,100
Verminderung durch FS-Aufnahmen durch den Transfer vom Kap. 58 zu Kap. 56 (Verkauf von Bundeswertpapieren für RT)		- 3,440
Erhöhung durch Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger	+ 45,235	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV für RT	+ 16,679	
abzüglich Forderungen aus WTV für RT	- 16,725	+ 45,189
Erhöhung durch Konversionsaufnahmen	+ 175,826	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV	+ 1,288	
abzüglich Forderungen aus WTV	- 1,256	+ 175,857
Erhöhung gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c des BHG:		
Schuldaufnahmen aus WTV	+ 26,955	
abzüglich Forderungen aus WTV	- 26,835	+ 0,121
Verminderung durch Tilgung von FS	- 137,923	
zuzüglich Tilgung von Verpflichtungen aus WTV	- 13,764	
abzüglich Begleichung von Forderungen aus WTV	+ 13,932	- 137,755
Verminderung durch Konversionstilgungen von FS		- 175,962
Verminderung der FS gemäß § 65c Abs. 1 BHG		- 45,189
Verminderung durch Kurswertänderungen bei der Umstellung der EWWU-Währungen auf EURO		- 0,078
Verminderung durch Wertberichtigungen von Schulden aus WTV:		
Erhöhung durch Kurswertänderungen bei FS	+ 32,262	
zuzüglich Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV	+ 9,845	
abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen aus WTV	- 11,176	
abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen gegenüber RT	- 1,459	+ 29,572
Verminderung durch Kurswertänderungen bei FS	- 0,102	
zuzüglich Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV	- 0,080	
abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen aus WTV	+ 0,045	- 0,234
abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen gegenüber RT	+ 0,017	- 0,121
Schuld (einschließlich Bundesbesitz)		1 690,259
Verminderung durch Bundesbesitz (im Sinne des EU-Vertrages)		- 66,899
Stand am 31. 12. 1999 (ohne Bundesbesitz) ...		1 623,361

Die Gesamtschuld des Bundes (in Nettodarstellung) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 87,7 Milliarden Schilling (+5,1%) erhöht. Der Anteil der Schuld in heimischer Währung beträgt 1 392,5 Milliarden Schilling (85,8%) und der Anteil der Fremdwährungsschuld 230,9 Milliarden Schilling (14,2%). Die Finanzschulden in heimischer Währung erhöhten sich um 240,2 Milliarden Schilling (+20,9%), die der Fremdwährungsschulden verringerten sich um 152,6 Milliarden Schilling (-39,8%).

Der Finanzierungsbedarf des Bundes für das Jahr 1999 wurde zu 92,2% durch Schuldaufnahmen in heimischer Währung und zu 7,8% in fremder Währung gedeckt.

Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, dessen Einführung der Nationalrat Mitte 1994 beschlossen hat, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit („Inkrementalismus“) und einer bloßen operativen Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Begleitet wird das Budgetprogramm von einem jährlichen Budgetbericht, der dem Nationalrat und der interessierten Öffentlichkeit Informationen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen sowie die Entwicklung des Bundeshaushaltes zur Verfügung stellen und insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluss geben soll. Er ist spätestens zu Beginn der Beratungen des Bundesvoranschlagsentwurfes dem Budgetausschuss vorzulegen.

Das Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 2000

Nähere Details über das Budgetprogramm 1996 bis 2000 können dem Amtsbehelf zum BFG 1999, I. Teil, Seite 336 entnommen werden.

Budgetprogramm für die Jahre 2000 bis 2003

Gemäß § 12 BHG hat die Bundesregierung bis zum Anfang August 2000 dem Nationalrat das Budgetprogramm für die Jahre 2000 bis 2003 zur Kenntnis zu bringen.

IV. Bundshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlages als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie den Fahrzeugplan. Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG obliegt dem Bundesminister für Finanzen. Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluss über die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Budgetbericht und Budgetprogramm

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen des von ihr vorgelegten Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes in dem damit betrauten Ausschuss des Nationalrates diesem Ausschuss einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG). Der Budgetbericht hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes (§ 12 BHG) Aufschluss zu geben.

Jedes haushaltsleitende Organ hat die für die Erstellung des Budgetprogrammes und des Budgetberichtes erforderlichen Unterlagen samt Erläuterungen dem Bundesminister für Finanzen rechtzeitig zu übermitteln, der den Entwurf des Budgetberichtes und des Budgetprogrammes sodann der Bundesregierung rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen hat.

Bundesrechnungsabschluss

Der Rechnungshof verfasst den Bundesrechnungsabschluss und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 B-VG in Verbindung mit § 98 BHG und § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluss ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluss erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluss in der Folge dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.

Der Bundesrechnungsabschluss selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vorschriften für die Haushaltsführung

Die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) des Bundes hat sich nach den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen (Art. 13 Abs. 2, 51, 51 a, 51 b und 51 c B-VG) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der geltenden Fassung und den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften zu orientieren. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung werden durch das Bundshaushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen

Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hierzu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

Oberstes Ziel der Haushaltsführung ist die Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hierfür benötigten Geldmittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wobei insbesondere auch die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen ist.

V. Gliederung des Bundesvoranschlages 1)

Gebarung

Wirksame und unwirksame Gebarung

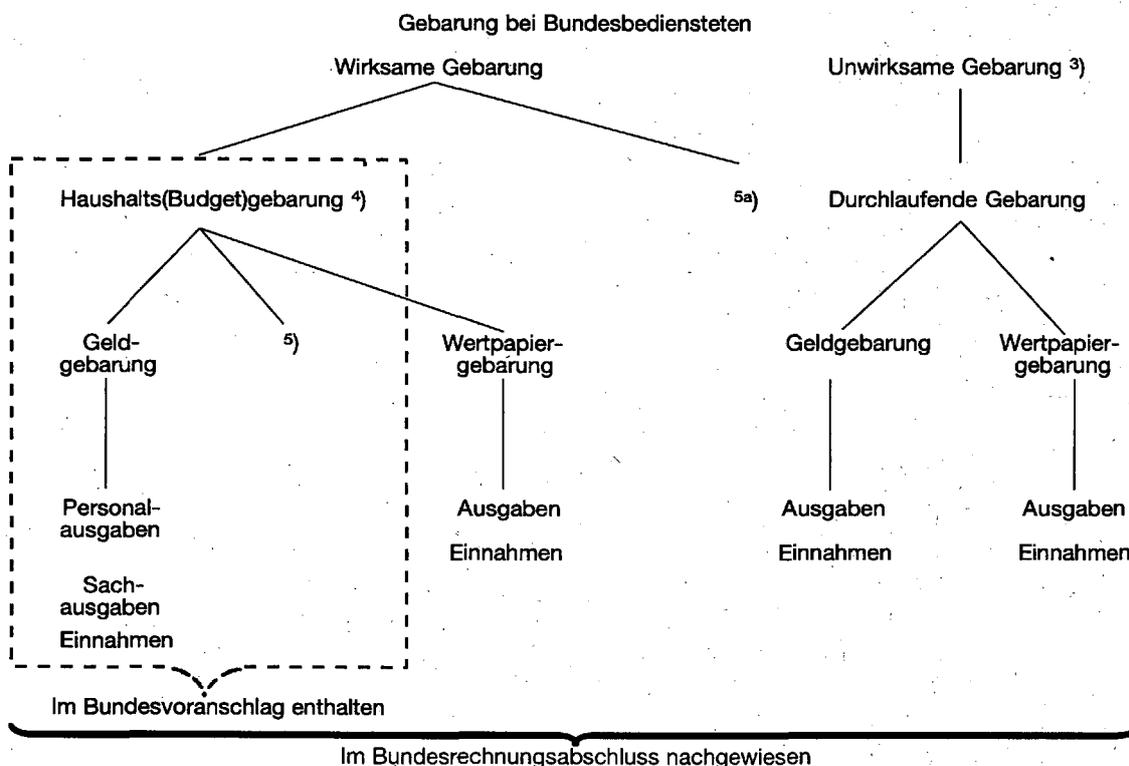
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam“ ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam“. Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in Bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind ²⁾. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit die haushaltsrechtlichen Vorschriften solche vorsehen, zur wirksamen Gebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushaltsgebarung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfasst der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.



1) Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote 7); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde zuletzt im Dezember 1990 aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

2) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

3) Entspricht der Gebarung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

4) Entspricht der Gebarung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

5) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 321.

5a) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuld aufnehmen in der sogenannten Anlehensgebarung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts-(Budget-)Gebarung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 321 unter „Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988“.

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebarung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, dass nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebarung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswertbeschaffung im Rahmen der ordentlichen Gebarung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, dass die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend nummerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, dass diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes wurde die Erkenntnis gewonnen, dass auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch nummerierten System erstellt werden musste.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch nummerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfasst die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, die Ausgaben für die Tilgung von Schulden aus Haftungen und die Einnahmen aus diesbezüglichen Regressforderungen sowie die Ausgaben für den Ersatz oder die Übernahme von Ausgaben für Tilgungen von Anleihen, Darlehen und sonstigen kreditoperationen auf Grund bundesgesetzlicher Anordnung, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken ⁷⁾:

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs- ziffer	Kurzbezeich- nung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8	Eu

⁶⁾ frei.

⁷⁾ Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Auflage 1990).

322

Ansatzplanschema — Gebarungsgruppen

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestands-wirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personal-	Sach-		
								ausgaben ^{a)}			
								Millionen Schilling			
Voranschlags-ansatz											

^{a)} Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		Oberste Organe:
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		Innenverwaltung:
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Bildung und Kultur
	3	Kunst
	4	Wissenschaft
	5	Soziale Sicherheit und Generationen
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit
	8	Umwelt
	9	Jugend und Familie
7	0	Öffentliche Leistung und Sport
2		Auswärtige Angelegenheiten:
	0	Äußeres
3		Justizwesen:
	0	Justiz
4		Landesverteidigung:
	0	Militärische Angelegenheiten
5		Finanzen:
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben

Gebärungsgruppen

323

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen
	6	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen
	8	Finanzschuld, Währungstauschverträge
6		Wirtschaft:
	0	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
	1	Umwelt neu
	3	Wirtschaft und Arbeit
	4	Bauten und Technik
	5	Verkehr, Innovation und Technologie

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade „Unterteilung“

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebärungsgruppen)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebärungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Personalausgaben:

Gebärungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P

Sachausgaben:

2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B

324

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarunggruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 } Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgs- 1 } wirksame Einnahmen).....	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	ZE
2 } Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirk- 3 ⁹⁾ } same Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	ZB
4 } 5 } Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Ein- 6 } nahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	E
7 } 8 } Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Ein- 9 ⁹⁾ } nahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	B

Als Ausgaben für „Anlagen“ sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im Einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen“ zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen¹⁰⁾.

Als Ausgaben für „Förderungen“ sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten¹¹⁾.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzzuweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter^{11a)}.

Unter „Aufwendungen“ sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarunggruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, dass eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarunggruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebarunggruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen“ (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, dass sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind

⁹⁾ Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

¹⁰⁾ Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluss.

¹¹⁾ Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungen (Förderungszuwendungen) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte ersichtlich).

^{11a)} Sozialleistungen sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

325

den Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben“ zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags nach funktionellen Gesichtspunkten aufgliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht.....	EU
12	Forschung und Wissenschaft.....	FW
13	Kunst.....	Kn
14	Kultus.....	KI
21	Gesundheit.....	Gh
22	Soziale Wohlfahrt.....	SW
23	Wohnungsbau.....	Wb
32	Straßen.....	St
33	Sonstiger Verkehr.....	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft.....	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft).....	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau).....	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel).....	PD
41	Landesverteidigung.....	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

326

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilerwerbungen an Unternehmungen und Ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (EU) umfasst das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft“ (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst“ (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandsbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus“ (KI) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit“ (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hierzu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ (SW) umfasst alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

327

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsoffer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen“ (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr“ (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfasst, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ (Lf) umfasst die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft“ (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe“ (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefasst.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungswise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

**Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) —
Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben**

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen“ (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung“ (Lv) umfasst alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit“ (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ (Hv) umfasst die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof), für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlags 2000 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits und funktionellen Gesichtspunkten andererseits sowie deren Kombination enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlags 2000 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen

¹²⁾ frei.

Kontenplan für die Bundesverwaltung

oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.¹³⁾ Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung 13a)

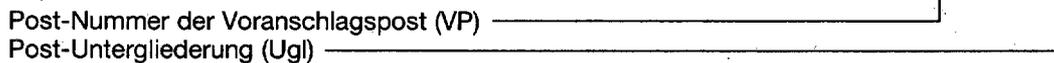
Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hierbei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat^{13b)}.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluss:

Kontenplan

Konten-Klasse (KI) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	0●●●	14)
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer ..	●0●●	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●0●	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●●0	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	0000	●●●
Konten-Untergliederung (Ugl)	●●●●	000

Postengliederung



Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind z u m i n d e s t nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-

¹³⁾ Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

^{13a)} Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Auflage 1990).

^{13b)} Die Kontenplanverordnung (KVP) erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPv mit BGBl. Nr. 314/1990.

¹⁴⁾ Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
	Kontenklasse	
erfolgswirksame	4—7	8
bestandswirksame	0—3	0—3

330 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerlässliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlags, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muss daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, dass die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und andererseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hierbei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlags nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Vermögenstransaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite andererseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich¹⁵⁾.

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlags werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

¹⁵⁾ Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 331**Ausgaben****I. Hauptgruppe**

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seinen Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfasst Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsorgane und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen“ in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögenstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfasst, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven“ Zinszuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müssten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müssten gleich hohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ als „imputierte Zinsen“ ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind,

332 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefasst, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuld aufnehmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hierfür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes andererseits) an. Die zweite Gruppe umfasst die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen“ wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so dass sie auch nicht gesondert erfassbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen“, 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften“ werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen“ sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfasst.

Als „Darlehen“ sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen“, die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 333

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden“ ist kennzeichnend, dass sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im Wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers lässt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam“ zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, dass diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfasst. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbst erstellten Anlagen entsprechen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müssten gleich hohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbst erstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen

334

Aufgliederung der Bundesgebarung — Betriebliche Einrichtungen

Haushalten. Im Übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im Allgemeinen nimmt man an, dass die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilter Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die *Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite*.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, dass die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungsweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt [§ 4(4) BHG].

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen.

Mehrfährige Vorhaben — Zweckgebundene Einnahmen — Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe 335**Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlags durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet****Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben**

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, dass nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bau-sektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hierfür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;
2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, dass nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Allgemeines**Bruttoprinzip**

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sowie die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes sind gemäß § 16 Abs. 3 und 3 a BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags 2000 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlags 1999 und die des Bundesrechnungsabschlusses 1998 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften“, in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in fremder Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, § 71 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung und § 41 BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die ÖPSK bzw. die OeNB durchzuführen.

Anweisende Organe, die ständig einen umfangreichen Zahlungsverkehr in das Ausland oder ihren Sitz im Ausland haben (zB Vertretungsbehörden, Kulturinstitute) oder die aus sachlichen Gründen Zahlungsgeschäfte im Ausland abwickeln müssen, können gemäß § 54 BHV 1989 mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen Fremdwährungskonten eröffnen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheim gefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Verrechnung

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die ÖPSK (in Ausnahmefällen an die OeNB) — wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet — zunächst mit dem Kassenwert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die ÖPSK (oder OeNB) ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstechnischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den angekauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Für anweisende Organe, die ihren Sitz im Ausland haben oder die aus sachlichen Gründen Gebahrungen im Ausland bzw. besondere Geschäftsfälle in ausländischer Währung abwickeln, sind entsprechende Sonderregelungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen und dem Rechnungshof zu erlassen (§ 55 Abs. 2 BHV 1989). Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei Finanzschulden (einschließlich Währungstauschverträge) in fremder Währung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im Übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

Kassenwerte

Auf Grund § 12 Abs. 4 des Konsulargebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 100/1992, werden jeweils zum 1. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres Schillingwerte (Kassenwerte) festgesetzt. Abänderungen erfolgen zum nächsten Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während eines Monats.

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Versicherungssteuer, der Feuerschutzsteuer und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 49 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, des § 5 Abs. 5 und des § 20 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, des § 5 Abs. 6 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 449/1992, sowie des § 3 Abs. 3 des Feuerschutzsteuergesetzes 1952, BGBl. Nr. 198/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 13/1993, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen **Zollwertkurse** festgesetzt.

Für jene Währungen, für die kein Zollwertkurs festgesetzt wird, ist der jeweilige Kassenwert der betreffenden Währung zur Ermittlung des Zollwertes maßgebend.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfälle der Zollverwaltung fest (**Zollentrichtungskurse**).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“, im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ sowie im Internet „<http://www.bmf.gv.at/banken.htm>“, die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.